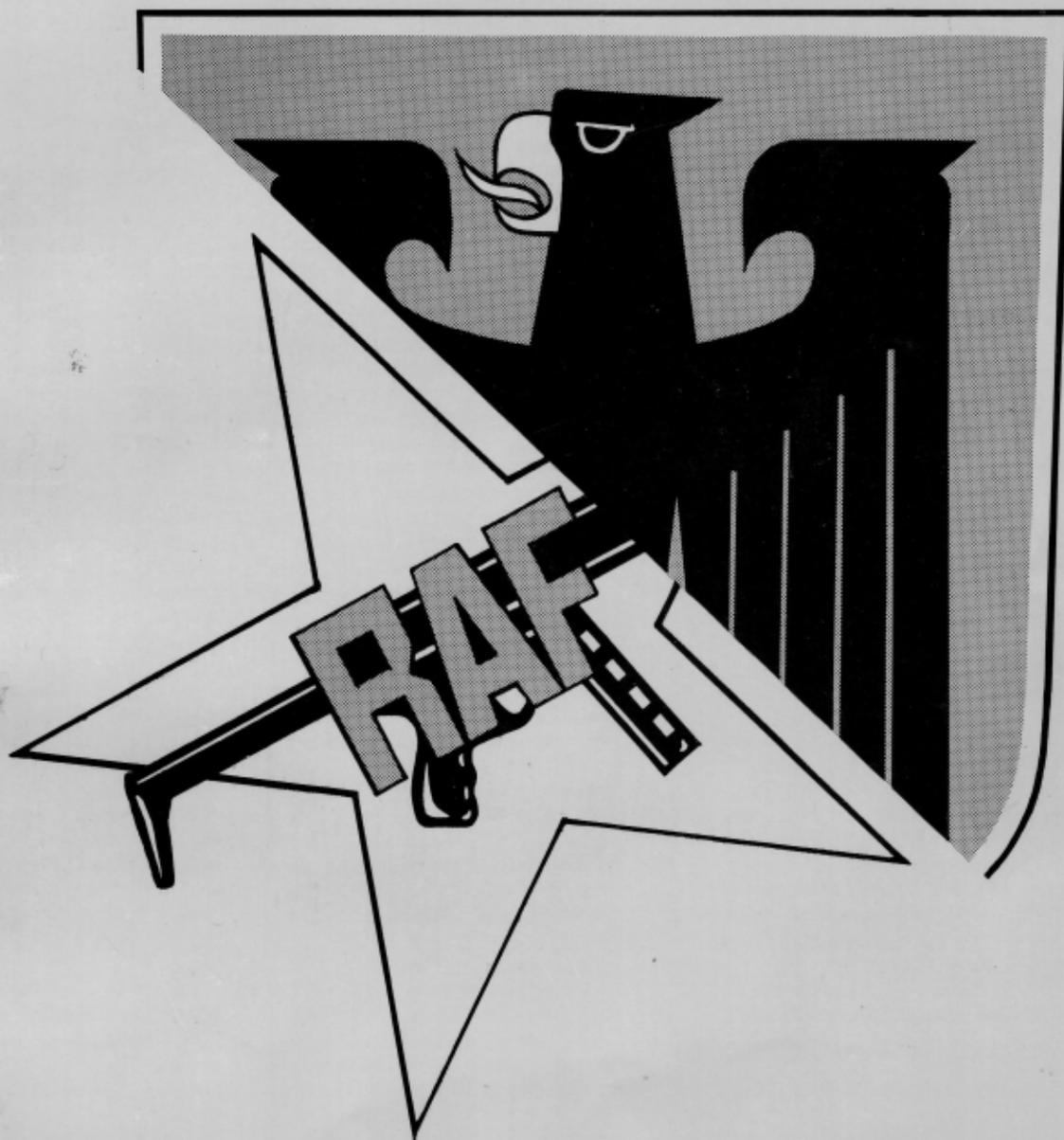


AUSGEWÄHLTE DOKUMENTE DER ZEITGESCHICHTE

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (BRD)



ROTE ARMEE FRAKTION (RAF)

Inhalt		BRD/Sozialdemokratie – Dritte Welt	60
Erklärung zur Befreiung von Andreas Baader Die Rote Armee aufbauen	4	Geschichte der BRD	70
Rote Armee Fraktion: Das Konzept Stadtguerilla	5	Zum Tode Ulrike Meinhofs: Bericht der IUK Erklärung von Jan Carl Raspe	87
Protokoll der Innenministerkonferenz v. 27.1.1972	14	Ernst Albrecht: Der Staat – Idee und Wirklichkeit	88
Rote Armee Fraktion: Stadtguerilla und Klassenkampf	15	Kommandoerklärung zu Buback	89
Kommandoerklärung zu Frankfurt	27	Regierungserklärung vom 20.4.1977	90
Kommandoerklärung zu Buddenberg	27	Pressespiegel: September/Oktober 1977	92
Kommandoerklärung zu Heidelberg	28	Ansprache des DGB-Vorsitzenden Vetter v. 8.9.1977	94
Erklärung der Bundesregierung betr. Fragen der inneren Sicherheit	28	Erklärung des Rates der EKD v. 16.9.1977	94
Die Aktion des Schwarzen September in München – Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes	31	Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz v. 17.9.1977	95
Dokumente zum Toten Trakt: Strafantrag gegen NRW-Justizminister Posser	41	Kontaktsperregesetz Auszüge aus der Bundestagsdebatte v. 29.9.1977	96
Ein Brief Ulrike Meinhofs aus dem Toten Trakt	41	BVerfG zu den Grenzen verfassungsgerichtlicher Kontrolle	98
BVerfG zum Verteidigerausschluß	42	Erklärung I. Möllers vor dem baden-württembergischen Untersuchungsausschuß	98
Dokumente zur Isolationshaft: Haftstatut von Holger Meins	42	Regierungserklärung vom 20.10.1977	98
BVerfG zur Isolationshaft	43	Scheel: Mahnung und Verpflichtung des Todes von Hanns Martin Schleyer	99
Sjef Teuns: Isolation/Sensorische Deprivation: die programmierte Folter	44	Auszüge aus der Bundestagsdebatte vom 28.10.1977	99
Bewaffneter antiimperialistischer Kampf und die Defensive der Konterrevolution in ihrer psychologischen Kriegsführung gegen das Volk	47	F.J. Strauß: Die Zeit der Entscheidung ist da	102
Hungerstreikerklärung vom 13.9.1974	50	Ernst Topitsch: Die Masken des Bösen	105
Auszüge aus der Bundestagsdebatte vom 13.11.1974	51	Gesetzesfreie Bewältigung aktueller Ernstfälle	109
„Spiegel“-Interview der Stammheimer Gefangenen	52	BVerfG zum Kontaktsperregesetz	110
Regierungserklärung vom 13.3.1975	53	Generalbundesanwalt Rebmann: Terrorismus und Rechtsordnung	111
Regierungserklärung vom 25.4.1975	54	Wehrethik in Theorie und Praxis	114
ISC-Studie: Neue Dimension der Sicherheit in Europa	55	Offener Brief westdeutscher Ärzte	116
Erklärung von Andreas Baader vom 18.6.75	57	Rote Armee Fraktion: Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front	116
Erklärung der RAF zum Bombenanschlag im Hamburger Hauptbahnhof	59	24-Punkte-Haftstatut	122
Erklärung zur Sache – Auszüge aus dem Manuskript		Erklärung zu '77	124

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte: Bundesrepublik Deutschland (BRD) – Rote Armee Fraktion (RAF)

Für die Redaktion verantwortlich: Christiane Schneider

Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – 3. Auflage, Köln, Dezember 1987 – Auflage: 4001 bis 6000. – Preis: 8,00 DM. – Bezugsadresse: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zulpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1, Tel. 0221/211658.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Dokumentation so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Dokumentation dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Zu dieser Dokumentation

Vor mehr als 17 Jahren, am 14. Mai 1970, begann mit der Befreiung Andreas Baaders die bis heute andauernde Auseinandersetzung zwischen der Roten Armee Fraktion (RAF) und der Staatsmacht der Bundesrepublik Deutschland (BRD). Vor allem für die jüngere Generation ist es nahezu unmöglich, sich über diese Auseinandersetzung ein Bild zu machen, weil die dazu erforderlichen Quellen weitgehend unzugänglich sind.

Zwar sind in den letzten Jahren einige nützliche Beiträge zur Aufklärung und Aufarbeitung der Auseinandersetzung geleistet worden; zu nennen sind z.B. die Broschüren von Anwälten der politischen Gefangenen zu verschiedenen Gesichtspunkten und das Buch „Stammheim“ des niederländischen Rechtsanwaltes Pieter Bakker Schut, der eine juristisch-politische Analyse des Stammheimer Prozesses vornimmt und die staatliche Prozeßführung in allen ihren Dimensionen als Versuch zur gezielten Vernichtung politischer Gegner enthüllt.

Gleichwohl fehlt bisher eine Sammlung auch nur der wichtigsten Dokumente der Auseinandersetzung zwischen der RAF und der BRD. Das erschwert die Diskussion, die stattfinden muß und auch stattfindet, ganz erheblich. Nicht nachweisbare Behauptungen über angebliche oder auch wirkliche Zielsetzungen der RAF auf der einen, Unkenntnis oder auch absichtsvoll die Politik der BRD verhüllende Behauptungen auf der anderen Seite wirken hier vielfach bestimmend.

Mit der vorliegenden Sammlung ausgewählter Dokumente der Roten Armee Fraktion sowie der Staatsorgane und des gesellschaftlichen Überbaus will der Verlag GNN dazu beitragen, die bestehende Lücke zu schließen und die Diskussion zu wissenschaftlichen.

Die Veröffentlichung von programmatischen Schriften und Erklärungen der Roten Armee Fraktion soll die Kenntnis ihrer politischen Zielsetzungen, ihrer Kritik am Imperialismus und ihrer Begründung des politischen Konzepts der Stadtguerilla vermitteln.

Die dokumentierten Texte der Staatsorgane und des gesellschaftlichen Überbaus sind, im Unterschied zu den Texten der RAF, im Prinzip öffentlich zugänglich. Doch der Aufwand, sich diese Quellen zu erschließen, ist so hoch, daß sie auch für den Interessiertesten praktisch verschüttet sind. Die bürgerliche Agitation trägt die in der Auseinandersetzung mit der RAF entwickelten Argumente und Positionen, die die Staatspolitik bestimmten und bestimmen, nicht lauthals zu Markte. Mit ihrer Veröffentlichung verbinden wir die Absicht, sie über einen kleinen Kreis von Spezialisten hinaus bekannt zu machen und die Kritik daran zu entwickeln und zu fördern. Die von den Staatsorganen begründeten und durchgeführten Maßnahmen gegen die RAF und verwandte Bewegungen beweisen ein hohes Maß an Bereitschaft, ja das Bestreben, den für die Ausübung der Exekutive bestehenden gesetzlichen Raum zu verlassen und Opposition mit Mitteln totzuschlagen, die erst nachträglich oder niemals legalisiert wurden oder deren Legalisierung selbst einen Rechtsbruch bedeutet.

Die Dokumente sind chronologisch geordnet und durch die knappe Aufzeichnung von in der Auseinandersetzung wichtigen Ereignissen verbunden.

Der Schwerpunkt der Dokumentation liegt auf den Jahren 1970 bis 1977, der ersten Phase der Auseinandersetzung, die in gewisser Weise mit dem GSG 9-Einsatz in Mogadischu und dem Tod der Stammheimer Gefangenen abgeschlossen ist. Aus dieser Phase fehlt vor allem der 1971 von Horst Mahler verfaßte Text „Kollektiv RAF, Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa“ (auch bekannt unter: „Die neue Straßenverkehrsordnung“), der in der RAF von Anfang an umstritten war. Dieser Text wurde aus demselben Grund nicht abgedruckt, aus denen auch Texte verwandter Bewegungen, vor allem der Bewegung 2. Juni und

der Revolutionären Zellen, fehlen: Die Dokumentation mußte eingegrenzt werden, um nicht uferlos zu werden. – Die Texte aus den Jahren nach 1977 dokumentieren, wie die RAF und wie die BRD die erste Phase der Auseinandersetzung selbst aufarbeiten.

Daß die Dokumentation mit der Aktion beginnt, mit der die RAF in das politische Leben der BRD tritt, soll nicht das Vorurteil befestigen, daß die in der chronologischen Aufzeichnung und vor allem in den Dokumenten selbst erkennbare Entfesselung der Staatsmacht von der RAF verursacht, provoziert oder doch zumindest erleichtert worden wäre. In den verschiedenen Texten der Staatsorgane wird dieses Argument immer wieder in den verschiedensten Variationen aufbereitet. Deshalb sei daran erinnert, daß, bevor irgend jemand in der BRD und Westberlin daran dachte, die RAF oder verwandte Bewegungen zu organisieren, die westdeutsche Monopolbourgeoisie

1956 die KPD verboten hat,
in den 50er Jahren die Wiederaufrüstung betrieben hat,
in den 60er Jahren das gegen die Länder der Dritten Welt gerichtete Bündnis mit dem US-Imperialismus durch direkte Unterstützung des Vietnam-Krieges gefestigt hat,

mit den Notstandsgesetzen im Innern alle gesetzlichen Einschränkungen im Gebrauch der Staatsmacht für den Fall der Fälle beseitigt hat,

die gesetzlichen Grundlagen für die Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten geschaffen hatte,

mit der Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 die ganze staatliche Gewalt gegen Leute zum Einsatz gebracht hat, die Kritik an der imperialistischen Politik der BRD vorgebracht hatten.

Dies bezeichnet nur einige der wichtigsten Entwicklungen, die die Herausbildung der RAF sowie auch anderer Strömungen der politischen Opposition mit bedingten.

Die nicht dokumentarische Chronologie ist durch schmalere Satzbreite gekennzeichnet. In schmalere Satzbreite sind ebenfalls die kurzen, stichwortartigen Hinweise auf den Inhalt, die den längeren Dokumenten vorangestellt sind.

Um das Verständnis der für den Zeitgenossen verfaßten Dokumente zu erleichtern, gibt die Redaktion einige Erläuterungen, die als Fußnoten jeweils im Anschluß an die Dokumente abgedruckt sind. Die originalen Anmerkungen und Fußnoten sind dabei teils, jedoch nicht immer übernommen worden.

Die verschiedenen Vorlagen für die Dokumente der RAF weichen z.T. geringfügig ab, meistens aufgrund von Übertragungsfehlern. Die Redaktion hat nach sorgfältiger Prüfung von Fall zu Fall entschieden.

Die RAF verwendet v.a. in den früheren Texten Zitate in der Regel ohne Quellennachweis. Dies entspricht einer in der Linken der 70er Jahre weit verbreiteten Unsitte. Die Redaktion liefert die Quellennachweise nicht nach und hat auch auf die Überprüfung der Zitate verzichtet.

In Anlehnung an die Ausgabe „Texte der RAF“ sind Zitate kursiv geschrieben. Die kursive Schreibweise für Zitate wurde aus Gründen der Einheitlichkeit für alle Texte verwandt.

Die Schreibweise v.a. der späteren RAF-Texte ist insoweit geändert, als die Redaktion die Kleinschreibung nicht übernommen hat.

In der Redaktion, die die Dokumentation erstellte, arbeiteten zusammen:

Mitglieder von BWK – Bund Westdeutscher Kommunisten; FAU/R – Freie Arbeiterunion/Rätekommunisten; GJA/R – Gruppe Junger Anarchisten/Rätekommunisten; PA – Proletarische Aktion; Volksfront; VSP – Vereinigte Sozialistische Partei; ehemalige politische Gefangene.

Redaktion

14.05.1970 Befreiung von Andreas Baader. Andreas Baader war am 4. April in Westberlin in eine Verkehrskontrolle geraten und verhaftet worden, da er eine längere Reststrafe u.a. wegen Kaufhausbrandstiftung abzusitzen hat. Seine Befreiung findet während eines Aufenthaltes im Institut für Soziale Fragen statt. Mit der Gefangenenbefreiung proklamiert sich die Rote Armee Fraktion (RAF).

In einem Brief an die Westberliner Untergrundzeitung „883“ erklärt die RAF, an wen sie sich mit der Aktion wendet: an die, die es satt haben, und warum sie die Rote Armee aufbaut: um die Konflikte auf die Spitze zu treiben.

Erklärung zur Befreiung von Andreas Baader Die Rote Armee aufbauen

Genossen von 883 –

es hat keinen Zweck, den falschen Leuten das Richtige erklären zu wollen. Das haben wir lange genug gemacht. Die Baader-Befreiungs-Aktion haben wir nicht den intellektuellen Schwätzern, den Hosenscheißern, den Alles-besser-Wissern zu erklären, sondern den potentiell revolutionären Teilen des Volkes. Das heißt denen, die die Tat sofort begreifen können, weil sie selbst Gefangene sind. Die auf das Geschwätz der „Linken“ nichts geben können, weil es ohne Folgen und Taten geblieben ist. Die es satt haben!

Den Jugendlichen im Märkischen Viertel habt ihr die Baader-Befreiungs-Aktion zu erklären, den Mädchen im Eichenhof, in der Ollenhauer, in Heiligensee, den Jungs im Jugendhof, in der Jugendhilfsstelle, im Grünen Haus, im Kieferngrund.

Den kinderreichen Familien, den Jungarbeitern und Lehrlingen, den Hauptschülern, den Familien in den Sanierungsgebieten, den Arbeiterinnen von Siemens und AEG-Telefunken, von SEL und Osram, den verheirateten Arbeiterinnen, die zu Haushalt und Kindern auch noch den Akkord schaffen müssen – verdammt!

Denen habt ihr die Aktion zu vermitteln, die für die Ausbeutung, die sie erleiden, keine Entschädigung bekommen durch Lebensstandard, Konsum, Bausparvertrag, Kleinkredite, Mittelklassewagen. Die sich den ganzen Kram nicht leisten können, die da nicht dran hängen.

Die alle Zukunftsversprechen ihrer Erzieher und Lehrer und Hausverwalter und Fürsorger und Vorarbeiter und Meister und Gewerkschaftsfunktionäre und Bezirksbürgermeister als Lügen entlarvt haben und nur noch Angst vor der Polizei haben. Denen – und nicht den kleinbürgerlichen Intellektuellen – habt ihr zu sagen, daß jetzt Schluß ist, daß es jetzt los geht, daß die Befreiung Baaders nur der Anfang ist! Daß ein Ende der Bullenherrschaft abzusehen ist! Denen habt ihr zu sagen, daß wir die Rote Armee aufbauen, das ist ihre Armee. Denen habt ihr zu sagen, daß es jetzt losgeht. – Die werden nicht blöde fragen, warum gerade jetzt? Die haben die tausend Wege zu Behörden und Ämtern schon hinter sich – den Tanz mit Prozessen – die Wartezeiten und – immer, das Datum, wo es bestimmt klappt und nichts geklappt hat. Und das Gespräch mit der netten Lehrerin, die die Überweisung an die Hilfsschule dann doch nicht verhindert hat, und der hilflosen Kindergärtnerin, wo auch kein Platz frei wurde. Die fragen euch nicht, warum gerade jetzt – verdammt!

Die glauben euch natürlich kein Wort, wenn ihr selbst nicht mal in der Lage seid, die Zeitung zu verteilen, bevor sie beschlagnahmt wird. Weil ihr nicht die linken Schleimscheißer zu agitieren habt, sondern die objektiv Linken, habt ihr ein Vertriebsnetz aufzubauen, an das die Schweine nicht rankommen.

Quatscht nicht, das sei zu schwer. Die Baader-Befreiungs-Aktion war auch kein Deckchensticken. Wenn ihr kapiert habt, was los ist – (und eure Kommentare zeigten, daß ihr was kapiert habt, nur daß ihr selbst 'ne Kugel im Bauch hättet, war natürlich opportunistische Scheiße – ihr Arschlöcher), wenn ihr

was kapiert habt, müßt ihr den Vertrieb besser organisieren. Und wir werden euch über die Methoden so wenig sagen wie über den Aktionsplan – ihr Torfköpfe! Solange ihr euch schnappen laßt, könnt ihr den Leuten keine Ratschläge geben, wie man sich nicht schnappen läßt. Was heißt denn Abenteuererum? Daß man sich selbst die Lampen baut. Also.

Was heißt: die Konflikte auf die Spitze treiben? Das heißt: sich nicht abschlagen lassen.

Deshalb bauen wir die Rote Armee auf. Hinter den Eltern stehen die Lehrer, das Jugendamt, die Polizei. Hinter dem Vorarbeiter steht der Meister, das Personalbüro, der Werkschutz, die Fürsorge, die Polizei. Hinter dem Hauswart steht der Verwalter, der Hausbesitzer, der Gerichtsvollzieher, die Räumungsklage, die Polizei. Was die Schweine mit Zensuren, Entlassungen, Kündigungen, mit Kuckuck und Schlagstock schaffen, schaffen sie damit. Klar, daß sie zur Dienstpistole greifen, zu Tränengas, Handgranaten und MP's, klar, daß sie die Mittel eskalieren, wenn sie anders nicht weiterkommen. Klar, daß die GI's in Vietnam auf Guerilla-Taktik umgeschult wurden, die Green-Berrets auf Folterkurs gebracht. Na und?

Klar, daß der Strafvollzug für Politische verschärft wird. Ihr habt klarzumachen, daß das sozialdemokratische Dreck ist, zu behaupten, der Imperialismus samt allen Neubauern und Westmorelands, Bonn, Senat, Landesjugendamt und Bezirksämtern, der ganze Schweinkram ließe sich unterwandern, nasführen, überrumpeln, einschüchtern, kampfflos abschaffen. Macht das klar, daß die Revolution kein Osterspaziergang sein wird. Daß die Schweine die Mittel natürlich so weit eskalieren werden, wie sie können, aber auch nicht weiter. Um die Konflikte auf die Spitze treiben zu können, bauen wir die Rote Armee auf.

Ohne gleichzeitig die Rote Armee aufzubauen, verkommt jeder Konflikt, jede politische Arbeit im Betrieb und im Wedding und im Märkischen Viertel und in der Plötze und im Gerichtssaal zu Reformismus, d.h.: Ihr setzt nur bessere Disziplinierungsmittel durch, bessere Einschüchterungsmethoden, bessere Ausbeutungsmethoden. Das macht das Volk nur kaputt, das macht nicht kaputt, was das Volk kaputt macht! Ohne die Rote Armee aufzubauen, können die Schweine alles machen, können die Schweine weitermachen: einsperren, entlassen, pfänden, Kinder stehlen, einschüchtern, schießen, herrschen. Die Konflikte auf die Spitze treiben heißt: Daß die nicht mehr können, was die wollen, sondern machen müssen, was wir wollen.

Denen habt ihr's klar zu machen, die von der Ausbeutung der Dritten Welt, vom persischen Öl, Boliviens Bananen, Südafrikas Gold – nichts abkriegen, die keinen Grund haben, sich mit den Ausbeutern zu identifizieren. Die können das kapiern, daß das, was hier jetzt losgeht, in Vietnam, Palästina, Guatemala, in Oakland und Watts, in Kuba und China, in Angola und New York schon losgegangen ist. Die kapiern das, wenn ihr's ihnen erklärt, daß die Baader-Befreiungs-Aktion keine vereinzelte Aktion ist, nie war, nur die erste dieser Art in der BRD ist. Verdammt.

Sitzt nicht auf dem hausdurchsuchten Sofa herum und zählt die Lieben, wie kleinkarierte Krämerseelen. Baut den richtigen Verteilungsapparat auf, laßt die Hosenscheißer liegen, die Rotkohlfröscher, die Sozialarbeiter, die sich doch nur anbieten, dies Lumpenpack. Kriegt raus, wo die Heime sind und die kinderreichen Familien und das Subproletariat und die proletarischen Frauen, die nur drauf warten, den Richtigen in die Fresse zu schlagen. Die werden die Führung übernehmen. Und laßt euch nicht schnappen, und lernt von denen, wie man sich nicht schnappen läßt – die verstehen mehr davon als ihr.

**Die Klassenkämpfe entfalten
Das Proletariat organisieren
Mit dem bewaffneten Widerstand beginnen
Die Rote Armee aufbauen!**

(Quelle: Nr. 21)

24.06.1970 Die letzte noch existierende SDS-Gruppe in Heidelberg wird vom baden-württembergischen Innenminister verboten. Der SDS hatte sich am 21.3.1970 als bundesweite Organisation aufgelöst.

- 05.11.1970 Der Deutsche Bundestag verabschiedet ein „Sofortprogramm zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung“, das v.a. eine materielle und personelle Stärkung des BKA sowie die Erweiterung seiner zentralen Befugnisse vorsieht.
- 28.01.1971 Der Innenminister der sozialliberalen Bundesregierung Genscher (FDP) übergibt den Fahndungsauftrag „gegen Baader und andere“ an die Sicherungsgruppe Bonn. Diese ist dem Innenministerium direkt unterstellt. In einem Vorbericht des BKA-Beamten Alfred Klaus heißt es am 19.2. über die RAF: „Die Beweggründe für das strafbare Tun der Täter und die von ihnen verfolgten revolutionären Ziele haben ihren Ursprung in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung der letzten Jahre, die durch die antiautoritäre Studentenbewegung und andere Kräfte der außerparlamentarischen Opposition ausgelöst wurde.“
- 10.02.1971 Die Sicherungsgruppe Bonn und der Verfassungsschutz beschatten zwei Mitglieder der RAF, Manfred Grashof und Astrid Proll, und versuchen sie im Frankfurter Westend festzunehmen. Die zwei können flüchten, obwohl die Beamten schießen. Die Springerpresse erklärt die RAF zum „Staatsfeind Nr. 1“.
- Seit Mai letzten Jahres hat die Polizei zwölf Beschuldigte in Untersuchungshaft genommen und acht Haftbefehle erlassen.
- 28.02.1971 Die Bundesanwaltschaft (BAW) übernimmt das Ermittlungsverfahren gegen die RAF.
- 01.03.1971 Im Kriminalgericht Moabit, das zur Festung ausgebaut wurde, wird Horst Mahler mangels Beweisen freigesprochen, unter Hinzuziehung des § 129 (kriminelle Vereinigung) aber weiter in Haft behalten bis zu seinem zweiten Prozeß im Oktober 1972. Irene Goergens und Ingrid Schubert werden wegen der Baader-Befreiung zu hohen Haftstrafen verurteilt.
- April 1971 Die RAF-Schrift „Rote Armee Fraktion: Das Konzept Stadtguerilla“ erscheint.
- Inhalt: erstes Jahr der Praxis; Stärke des Systems in der BRD; Funktion des Reformismus; Schwäche der revolutionären Bewegung; Verdienst der Studentenbewegung; Bedeutung des Internationalismus; Notwendigkeit der revolutionären Initiative; Klassenanalyse und Primat der Praxis; Negation der parlamentarischen Demokratie und Stadtguerilla als Konsequenz daraus; Differenzen zu anderen Strömungen der Linken, insbesondere den Parteaufbaukonzepten; Organisierung der Illegalität.

Decke steckten. Wenn wir vom Feind bekämpft werden, dann ist das gut; denn es ist ein Beweis, daß wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben. Wenn uns der Feind energisch entgegentritt, uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, dann ist das noch besser; denn es zeugt davon, daß wir nicht nur zwischen uns und dem Feind eine klare Trennungslinie gezogen haben, sondern daß unsere Arbeit auch glänzende Erfolge gezeitigt hat.

Mao Tse Tung, 26. Mai 1939

I. Konkrete Antworten auf konkrete Fragen

Ich beharre fest darauf, daß jemand, der keine Untersuchung angestellt hat, auch kein Mitspracherecht haben kann. Mao

Einige Genossen sind mit ihrem Urteil über uns schon fertig. Für sie ist es eine „Demagogie der bürgerlichen Presse“, diese „anarchistische Gruppe“ mit der sozialistischen Bewegung überhaupt in Verbindung zu bringen. Indem sie ihn falsch und denunziatorisch benutzen, hebt sich ihr Anarchismusbegriff von dem der Springerpresse nicht ab. Auf einem so miesen Niveau möchten wir uns mit niemandem unterhalten.

Viele Genossen wollen wissen, was wir uns dabei denken. Der Brief an „883“ vom Mai 70 war zu allgemein; das Tonband, das Michèle Ray (1) hatte, wovon Auszüge im „Spiegel“ erschienen sind, war ohnehin nicht authentisch und stammte aus dem Zusammenhang privatistischer Diskussion. Die Ray wollte es als Gedächtnisstütze für einen selbständigen Artikel von sich benutzen. Sie hat uns reingelegt, oder wir haben sie überschätzt. Wäre unsere Praxis so überstürzt wie einige Formulierungen dort, hätten sie uns schon. Der „Spiegel“ hat der Ray ein Honorar von 1000 Dollar dafür bezahlt.

Daß fast alles, was die Zeitungen über uns schreiben – und wie sie es schreiben: alles –, gelogen ist, ist klar. Entführungspläne mit Willy Brandt sollen uns zu politischen Hornochsen stempeln, die Verbindung zwischen einer Kindsentführung und uns zu Verbrechern, die in der Wahl der Mittel skrupellos sind. Das geht bis in die „gesicherten Einzelheiten“ in „Konkret“, wo allerdings schon die für die Sache belanglosen Details nur zusammengeschludert wurden. Daß es bei uns „Offiziere und Soldaten“ gäbe, daß jemand jemandem „hörig“ sei, daß jemals jemand „liquidiert“ werden sollte, daß Genossen, die sich von uns getrennt haben, noch was von uns zu befürchten hätten, daß wir uns mit der vorgehaltenen Knarre Zutritt zu Wohnungen oder Pässe verschafft hätten, daß „Gruppenterror“ ausgeübt würde – das alles ist nur Dreck.

Wer sich die illegale Organisation von bewaffnetem Widerstand nach dem Muster von Freikorps und Feme vorstellt, will selbst das Pogrom. Psychische Mechanismen, die solche Projektionen produzieren, sind in Horkheimer/Adornos „Autoritärer Persönlichkeit“ und in Reichs „Massenpsychologie des Faschismus“ im Zusammenhang mit dem Faschismus analysiert worden. Der revolutionäre Zwangscharakter ist eine *contradictio in adjecto* – ein Widerspruch, der nicht geht. Eine revolutionäre politische Praxis unter den herrschenden Bedingungen – wenn nicht überhaupt – setzt die permanente Integration von individuellem Charakter und politischer Motivation voraus, d.h. politische Identität. Marxistische Kritik und Selbstkritik hat mit „Selbstbefreiung“ nichts, dagegen mit revolutionärer Disziplin sehr viel zu tun. Wer hier „nur Schlagzeilen machen“ wollte, waren ganz sicher nicht einmal irgendwelche „linken Organisationen“, die – anonym – als Verfasser firmieren, sondern „Konkret“ selbst, dessen Herausgeber auch sonst als linke Hand von Eduard Zimmermann Image-Pflege treibt, um diese bestimmte Wichsvorlage in einer bestimmten Marktlücke zu behaupten.

Auch viele Genossen verbreiten Unwahrheiten über uns. Sie machen sich damit fett, daß wir bei ihnen gewohnt hätten, daß sie unsere Reise in den Nahen Osten organisiert hätten, daß sie über Kontakte informiert wären, über Wohnungen, daß sie was für uns täten, obwohl sie nichts tun. Manche wollen damit nur zeigen, daß sie „in“ sind. So hat es Günther Voigt erwischt, der sich gegenüber Dürrenmatt zum Baader-Befreier aufgeblasen hatte, was er bereut haben wird, als die Bullen kamen. Das Dementi, auch wenn es der Wahrheit entspricht, ist dann gar nicht so einfach. Manche wollen damit beweisen, daß wir blöde

Rote Armee Fraktion: Das Konzept Stadtguerilla

Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen! Mao

Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht:

Ich bin der Meinung, daß es für uns – sei es für den Einzelnen, für eine Partei, eine Armee oder eine Schule – schlecht ist, wenn der Feind nicht gegen uns Front macht – denn in diesem Fall würde es doch bedeuten, daß wir mit dem Feind unter einer

sind, unzuverlässig, unvorsichtig, durchgeknallt. Damit nehmen sie andere gegen uns ein. In Wirklichkeit schließen sie nur von sich auf uns. Sie konsumieren. Wir haben mit diesen Schwätzern, für die sich der antiimperialistische Kampf beim Kaffee-Kränzchen abspielt, nichts zu tun. – Solche, die nicht schwatzen, die einen Begriff von Widerstand haben, denen genug stinkt, um uns eine Chance zu wünschen, die uns unterstützen, weil sie wissen, daß ihr Kram lebenslängliche Integration und Anpassung nicht wert ist, gibt es viele.

Die Wohnung in der Knesebeckstraße 89 (Mahler-Verhaftung) ist nicht durch eine Schlamperei von uns hochgegangen, sondern durch Verrat. Der Denunziant war einer von uns. Dagegen gibt es für die, die das machen, was wir machen, keinen Schutz; dagegen, daß Genossen von den Bullen fertig gemacht werden, daß einer den Terror nicht aushalten kann, den das System gegen die entfaltet, die es tatsächlich bekämpfen. Sie hätten nicht die Macht, wenn sie nicht die Mittel hätten, die Schweine.

Manche geraten durch uns in einen unerträglichen Rechtfertigungsdruck. Um der politischen Auseinandersetzung mit uns auszuweichen, der Infragestellung der eigenen Praxis durch unsere Praxis, werden sogar einfache Fakten verdreht. So wird z.B. immer noch behauptet, Baader hätte nur drei oder neun oder zwölf Monate abzusitzen gehabt, obwohl die richtigen Daten leicht zu ermitteln sind: drei Jahre für Brandstiftung, sechs Monate von früher auf Bewährung, sechs Monate schätzungsweise für Urkundenfälschung etc. – der Prozeß stand noch bevor. Von diesen 48 Monaten hatte Andreas Baader 14 in zehn hessischen Gefängnissen abgesessen – neun Verlegungen wegen schlechter Führung, d.h. Organisation von Meuterei, Widerstand. Das Kalkül, mit dem die verbleibenden 34 Monate auf drei, neun und zwölf heruntergefälscht worden sind, hatte den Zweck, der Gefangenenbefreiung vom 14. Mai auch noch den moralischen Wind aus den Segeln zu nehmen. So rationalisieren einige Genossen ihre Angst vor den persönlichen Konsequenzen, die die politische Auseinandersetzung mit uns für sie haben würde.

Die Frage, ob die Gefangenenbefreiung auch dann gemacht worden wäre, wenn wir gewußt hätten, daß ein Linke (2) dabei angeschossen wird – sie ist uns oft genug gestellt worden –, kann nur mit Nein beantwortet werden. Die Frage: was wäre gewesen, wenn, ist aber vieldeutig – pazifistisch, platonisch, moralisch, unparteiisch. Wer ernsthaft über Gefangenenbefreiung nachdenkt, stellt sie nicht, sondern sucht sich die Antwort selbst. Mit ihr wollen Leute wissen, ob wir so brutalisiert sind, wie uns die Springerpresse darstellt, da soll uns der Katechismus abgefragt werden. Sie ist ein Versuch, an der Frage der revolutionären Gewalt herumzufummeln, revolutionäre Gewalt und bürgerliche Moral auf einen Nenner zu bringen, was nicht geht. Es gab bei Berücksichtigung aller Möglichkeiten und Umstände keinen Grund für die Annahme, daß ein Ziviler sich noch dazwischenwerfen könnte und würde. Daß die Bullen auf so einen keine Rücksicht nehmen würden, war uns klar. Der Gedanke, man müßte eine Gefangenenbefreiung unbewaffnet durchführen, ist selbstmörderisch.

Am 14. Mai, ebenso wie in Frankfurt, wo zwei von uns abgehauen sind, als sie verhaftet werden sollten, weil wir uns nicht einfach verhaften lassen – haben die Bullen zuerst geschossen. Die Bullen haben jedesmal gezielte Schüsse abgegeben. Wir haben z.T. überhaupt nicht geschossen, und wenn, dann nicht gezielt: in Berlin, in Nürnberg, in Frankfurt. Das ist nachweisbar, weil es wahr ist. Wir machen nicht „rücksichtslos von der Waffe Gebrauch“. Der Bulle, der sich in dem Widerspruch zwischen sich als „kleinem Mann“ und als Kapitalistenknecht, als kleinem Gehaltsempfänger und Vollzugsbeamten des Monopolkapitals befindet, befindet sich nicht im Befehlsnotstand. Wir schießen, wenn auf uns geschossen wird. Den Bullen, der uns laufen läßt, lassen wir auch laufen.

Es ist richtig, wenn behauptet wird, mit dem immensen Fahndungsaufwand gegen uns sei die ganze sozialistische Linke in der Bundesrepublik und Westberlin gemeint. Weder das bißchen Geld, das wir geklaut haben sollen, noch die paar Auto- und Dokumentendiebstähle, derentwegen gegen uns ermittelt wird, auch nicht der Mordversuch, den man uns anzuhängen

versucht, rechtfertigen für sich den Tanz. Der Schreck ist den Herrschenden in die Knochen gefahren, die schon geglaubt hatten, diesen Staat und alle seine Einwohner und Klassen und Widersprüche bis in den letzten Winkel im Griff zu haben, die Intellektuellen wieder auf ihre Zeitschriften reduziert, die Linken wieder in ihre Zirkel eingeschlossen, den Marxismus-Leninismus entwaffnet, den Internationalismus demoralisiert zu haben. So zimperlich freilich, wie die sich aufführten, so verletzbar ist die Machtstruktur, die sie repräsentieren, nicht. Man sollte sich von ihrem Gezeter nicht dazu verleiten lassen, selbst große Töne zu spucken.

Wir behaupten, daß die Organisation von bewaffneten Widerstandsgruppen zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik und Westberlin richtig ist, möglich ist, gerechtfertigt ist. Daß es richtig, möglich und gerechtfertigt ist, hier und jetzt Stadtguerilla zu machen. Daß der bewaffnete Kampf als „die höchste Form des Marxismus-Leninismus“ (Mao) jetzt begonnen werden kann und muß, daß es ohne das keinen antiimperialistischen Kampf in den Metropolen gibt.

Wir sagen nicht, daß die Organisation illegaler bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnte und Einzelaktionen Klassenkämpfe, und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte. Wir behaupten nur, daß das eine die Voraussetzung für den Erfolg und den Fortschritt des anderen ist. Wir sind keine Blanquisten und keine Anarchisten, obwohl wir Blanqui für einen großen Revolutionär halten und den persönlichen Heroismus vieler Anarchisten für ganz und gar nicht verächtlich.

Unsere Praxis ist kein Jahr alt. Die Zeit ist zu kurz, um schon von Ergebnissen reden zu können. Die große Öffentlichkeit, die uns die Herren Genscher, Zimmermann & Co. (3) verschafft haben, läßt es uns aber propagandistisch opportun erscheinen, schon jetzt einiges zu bedenken zu geben.

„Wenn ihr allerdings wissen wollt, was die Kommunisten denken, dann seht auf ihre Hände und nicht auf ihren Mund“, sagt Lenin.

II. Metropole Bundesrepublik

Die Krise entsteht nicht so sehr durch den Stillstand der Entwicklungsmechanismen als vielmehr durch die Entwicklung selbst. Da sie einzig das Anwachsen von Profit zum Ziel hat, speist diese Entwicklung mehr und mehr den Parasitismus und die Vergeudung, benachteiligt sie ganze soziale Schichten, produziert sie wachsende Bedürfnisse, die sie nicht befriedigen kann, und beschleunigt sie den Zerfall des gesellschaftlichen Lebens. Nur ein monströser Apparat kann die provozierten Spannungen und Revolten durch Meinungsmanipulation und offene Repression kontrollieren. Die Rebellion der Studenten und der Negerbewegung in Amerika, die Krise, in die die politische Einheit der amerikanischen Gesellschaft geraten ist, die Ausdehnung der studentischen Kämpfe in Europa, der heftige Wiederbeginn und die neuen Inhalte des Arbeiter- und Massenkampfes bis hin zur Explosion des „Mai“ in Frankreich, zur tumultuarischen Gesellschaftskrise in Italien und zum Wiederaufkommen von Unzufriedenheit in Deutschland kennzeichnen die Situation.

II Manifesto: Notwendigkeit des Kommunismus

Aus These 33

Die Genossen von II Manifesto (4) nennen bei dieser Aufzählung die Bundesrepublik zurecht an letzter Stelle und benennen das, was die Situation hier kennzeichnet, nur vage als „Unzufriedenheit“. Die Bundesrepublik, von der Barzel (5) vor sechs Jahren noch gesagt hat, sie sei ein wirtschaftlicher Riese, aber ein politischer Zwerg – ihre ökonomische Stärke ist seither nicht weniger geworden, ihre politische Stärke mehr, nach innen und außen. Mit der Bildung der Großen Koalition 1966 kam man der politischen Gefahr, die aus der damals bevorstehenden Rezession hätte spontan entstehen können, zuvor. Mit den Notstandsgesetzen hat man sich das Instrument geschaffen, das einheitliches Handeln der Herrschenden auch in zukünftigen Krisensituationen sichert – die Einheit zwischen politischer

Reaktion und allen, denen an Legalität noch gelegen sein würde. Der sozial-liberalen Koalition ist es gelungen, die „Unzufriedenheit“, die sich durch Studentenbewegung und außerparlamentarische Bewegung bemerkbar gemacht hatte, weitgehend zu absorbieren, insofern der Reformismus der Sozialdemokratischen Partei im Bewußtsein ihrer Anhänger noch nicht abgewirtschaftet hat, sie mit ihren Reformversprechen auch für große Teile der Intelligenz die Aktualität einer kommunistischen Alternative aufschieben, dem antikapitalistischen Protest die Schärfe nehmen konnte. Ihre Ostpolitik erschließt dem Kapital neue Märkte, besorgt den deutschen Beitrag zum Ausgleich und Bündnis zwischen US-Imperialismus und Sowjetunion, den die USA brauchen, um freie Hand für ihre Aggressionskriege in der Dritten Welt zu haben. Dieser Regierung scheint es auch zu gelingen, die Neue Linke von den alten Antifaschisten zu trennen und damit die Neue Linke einmal mehr von ihrer Geschichte, der Geschichte der Arbeiterbewegung, zu isolieren. Die DKP, die ihre Zulassung der neuen Komplizenschaft US-Imperialismus/Sowjetrevisionismus verdankt, veranstaltet Demonstrationen für die Ostpolitik dieser Regierung; Niemöller – antifaschistische Symbolfigur – wirbt für die SPD in bevorstehenden Wahlkämpfen. –

Unter dem Vorwand „Gemeinwohl“ nahm staatlicher Dirigismus mit Lohnleitlinien und Konzertierter Aktion (6) die Gewerkschaftsbürokratie an die Kandare. Die Septemberstreiks '69 (7) zeigten, daß man den Bogen zugunsten des Profits überspannt hatte, zeigten in ihrem Verlauf als nur-ökonomische Streiks, wie fest man das Heft in der Hand hat.

Die Tatsache, daß die Bundesrepublik mit ihren annähernd zwei Millionen ausländischen Arbeitern in der sich abzeichnenden Rezession eine Arbeitslosigkeit bis zu annähernd 10 Prozent dazu wird benutzen können, den ganzen Terror, den ganzen Disziplinierungsmechanismus, der Arbeitslosigkeit für das Proletariat bedeutet, zu entfalten, ohne ein Heer von Arbeitslo-

sen verkraften zu müssen, ohne die politische Radikalisierung dieser Massen am Hals zu haben, verschafft einen Begriff von der Stärke des Systems.

Durch Entwicklungs- und Militärhilfe an den Aggressionskriegen der USA beteiligt, profitiert die Bundesrepublik von der Ausbeutung der Dritten Welt, ohne die Verantwortung für diese Kriege zu haben, ohne sich deswegen mit einer Opposition im Innern streiten zu müssen. Nicht weniger aggressiv als der US-Imperialismus, ist sie doch weniger angreifbar.

Die politischen Möglichkeiten des Imperialismus sind hier weder in ihrer reformistischen noch in ihrer faschistischen Variante erschöpft, seine Fähigkeiten, die von ihm selbst erzeugten Widersprüche zu integrieren oder zu unterdrücken, nicht am Ende.

Das Konzept Stadtguerilla der Roten Armee Fraktion basiert nicht auf einer optimistischen Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und Westberlin.

III. Studentenrevolte

Aus der Erkenntnis des einheitlichen Charakters des kapitalistischen Herrschaftssystems resultiert, daß es unmöglich ist, die Revolution „in den Hochburgen“ von der „in den rückständigen Gebieten“ zu trennen. Ohne eine Wiederbelebung der Revolution im Westen kann nicht mit Sicherheit verhindert werden, daß der Imperialismus durch seine Logik der Gewalt dazu fortgerissen wird, seinen Ausweg in einem katastrophischen Krieg zu suchen, oder daß die Supermächte der Welt ein erdrückendes Joch aufzwingen.

II Manifesto. Aus These 52

Die Studentenbewegung als kleinbürgerliche Revolte abtun heißt: sie auf die Selbstüberschätzungen, die sie begleiten, reduzieren; heißt: ihren Ursprung aus dem konkreten Wider-



17.-18.2.1968: An der Westberliner Technischen Universität findet unter Beteiligung von mehreren tausend Studenten der „Internationale Vietnam-Kongreß“ statt. Das vom Westberliner Senat erlassene Demonstrationsverbot fällt – 12000 demonstrieren gegen den Vietnam-Krieg; sie rufen auf der Abschlußkundgebung zu einer Desertationskampagne von US-amerikanischen GI's und zu einer Kampagne „Zerschlagt die NATO“ auf.

spruch zwischen bürgerlicher Ideologie und bürgerlicher Gesellschaft leugnen; heißt: mit der Erkenntnis ihrer notwendigen Begrenztheit das theoretische Niveau verleugnen, das ihr anti-kapitalistischer Protest schon erreicht hatte.

Gewiß war das Pathos übertrieben, mit dem sich die Studenten, die sich ihrer psychischen Verelendung in Wissenschaftsfabriken bewußt geworden waren, mit den ausgebeuteten Völkern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens identifizierten; stellte der Vergleich zwischen der Massenaufgabe der „Bild“-Zeitung hier und dem Massenbombardement auf Vietnam eine grobe Vereinfachung dar; war der Vergleich zwischen ideologischer Systemkritik hier und bewaffnetem Kampf dort überheblich; war der Glaube, selbst das revolutionäre Subjekt zu sein – soweit er unter Berufung auf Marcuse (8) verbreitet war –, gegenüber der tatsächlichen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft und den sie begründenden Produktionsverhältnissen ignorant.

Es ist das Verdienst der Studentenbewegung in der Bundesrepublik und Westberlin – ihrer Straßenkämpfe, Brandstiftungen, Anwendung von Gegengewalt, ihres Pathos, also auch ihrer Übertreibungen und Ignoranz, kurz: ihrer Praxis, den Marxismus-Leninismus im Bewußtsein wenigstens der Intelligenz als diejenige politische Theorie rekonstruiert zu haben, ohne die politische, ökonomische und ideologische Tatsachen und ihre Erscheinungsformen nicht auf den Begriff zu bringen sind, ihr innerer und äußerer Zusammenhang nicht zu beschreiben ist.

Gerade weil die Studentenbewegung von der konkreten Erfahrung des Widerspruchs zwischen der Ideologie der Freiheit der Wissenschaft und der Realität der dem Zugriff des Monopolkapitals ausgesetzten Universität ausging, weil sie nicht nur ideologisch initiiert war, ging ihr die Puste nicht aus, bis sie dem Zusammenhang zwischen der Krise der Universität und der Krise des Kapitalismus wenigstens theoretisch auf den Grund gegangen war. Bis ihnen und ihrer Öffentlichkeit klar war, daß nicht „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, nicht Menschenrechte, nicht UNO-Charta den Inhalt dieser Demokratie ausmachen; daß hier gilt, was für die kolonialistische und imperialistische Ausbeutung Lateinamerikas, Afrikas und Asiens immer gegolten hat: Disziplin, Unterordnung und Brutalität für die Unterdrückten, für die, die sich auf deren Seite stellen, Protest erheben, Widerstand leisten, den antiimperialistischen Kampf führen.

Ideologiekritisch hat die Studentenbewegung nahezu alle Bereiche staatlicher Repression als Ausdruck imperialistischer Ausbeutung erfaßt: in der Springerkampagne, in den Demonstrationen gegen die amerikanische Aggression in Vietnam, in der Kampagne gegen die Klassenjustiz, in der Bundeswehrkampagne, gegen die Notstandsgesetze, in der Schülerbewegung. Enteignet Springer!, Zerschlagt die Nato!, Kampf dem Konsumterror!, Kampf dem Erziehungsterror!, Kampf dem Mietterror! waren richtige politische Parolen. Sie zielten auf die Aktualisierung der vom Spätkapitalismus selbst erzeugten Widersprüche im Bewußtsein aller Unterdrückten, zwischen neuen Bedürfnissen und den durch die Entwicklung der Produktivkräfte neuen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung auf der einen Seite und dem Druck irrationaler Unterordnung in der Klassengesellschaft als Kehrseite.

Was ihr Selbstbewußtsein gab, waren nicht entfaltete Klassenkämpfe hier, sondern das Bewußtsein, Teil einer internationalen Bewegung zu sein, es mit demselben Klassenfeind hier zu tun zu haben wie der Vietcong dort, mit demselben Papiertiger, mit demselben Pigs.

Die provinzialistische Abkapselung der alten Linken durchbrochen zu haben, ist das zweite Verdienst der Studentenbewegung: Die Volksfrontstrategie der alten Linken als Ostermarsch, Deutsche Friedensunion, „Deutsche Volkszeitung“, als irrationale Hoffnung auf den „großen Erdrutsch“ bei irgendwelchen Wahlen, ihre parlamentarische Fixierung auf Strauß hier, Heinemann da, ihre pro- und antikommunistische Fixierung auf die DDR, ihre Isolation, ihre Resignation, ihre moralische Zerrissenheit: zu jedem Opfer bereit, zu keiner Praxis fähig zu sein. Der sozialistische Teil der Studentenbewegung nahm – trotz theoretischer Ungenauigkeiten – sein Selbstbewußtsein aus der richtigen Erkenntnis, daß „die revolutionäre Initiative im Westen auf die Krise des globalen Gleichgewichts und auf das

Heranreifen neuer Kräfte in allen Ländern vertrauen kann“ (These 55 von II Manifesto). Sie machten zum Inhalt ihrer Agitation und Propaganda das, worauf sie sich angesichts der deutschen Verhältnisse hauptsächlich berufen konnten: daß gegenüber der Globalstrategie des Imperialismus die Perspektive nationaler Kämpfe internationalistisch zu sein hat, daß erst die Verbindung nationaler Inhalte mit internationalen, traditioneller Kampfformen mit internationalistischen revolutionäre Initiative stabilisieren kann. Sie machten ihre Schwäche zu ihrer Stärke, weil sie erkannt hatten, daß nur so erneute Resignation, provinzialistische Abkapselung, Reformismus, Volksfrontstrategie, Integration verhindert werden können – die Sackgassen sozialistischer Politik unter post- und präfaschistischen Bedingungen, wie sie in der Bundesrepublik und Westberlin bestehen.

Die Linken wußten damals, daß es richtig sein würde, sozialistische Propaganda im Betrieb mit der tatsächlichen Verhinderung der Auslieferung der „Bild“-Zeitung zu verbinden. Daß es richtig wäre, die Propaganda bei den GI's, sich nicht nach Vietnam schicken zu lassen, mit tatsächlichen Angriffen auf Militärlugzeuge für Vietnam zu verbinden, die Bundeswehrkampagne mit tatsächlichen Angriffen auf Nato-Flughäfen. Daß es richtig wäre, die Kritik an der Klassenjustiz mit dem Sprengen von Gefängnismauern zu verbinden, die Kritik am Springerkonzern mit der Entwaffnung seines Werkschutzes, richtig, einen eigenen Sender in Gang zu setzen, die Polizei zu demoralisieren, illegale Wohnungen für Bundeswehrdeserteure zu haben, für die Agitation bei ausländischen Arbeitern Personalpapiere fälschen zu können, durch Betriebs sabotage die Produktion von Napalm zu verhindern.

Und falsch, seine eigene Propaganda von Angebot und Nachfrage abhängig zu machen: keine Zeitung, wenn die Arbeiter sie noch nicht finanzieren, kein Auto, wenn die „Bewegung“ es noch nicht kaufen kann, keinen Sender, weil es keine Lizenz dafür gibt, keine Sabotage, weil der Kapitalismus davon nicht gleich zusammenbricht.

Die Studentenbewegung zerfiel, als ihre spezifisch studentisch-kleinbürgerliche Organisationsform, das „Antiautoritäre Lager“, sich als ungeeignet erwies, eine ihren Zielen angemessene Praxis zu entwickeln, ihre Spontaneität weder einfach in die Betriebe zu verlängern war noch in eine funktionsfähige Stadtguerilla noch in eine sozialistische Massenorganisation. Sie zerfiel, als der Funke der Studentenbewegung – anders als in Italien und Frankreich – nicht zum Steppenbrand entfalteter Klassenkämpfe geworden war. Sie konnte die Ziele und Inhalte des antiimperialistischen Kampfes benennen – selbst nicht das revolutionäre Subjekt, konnte sie deren organisatorische Vermittlung nicht leisten.

Die Rote Armee Fraktion leugnet im Unterschied zu den „proletarischen Organisationen“ der Neuen Linken ihre Vorgeschiede als Geschichte der Studentenbewegung nicht, die den Marxismus-Leninismus als Waffe im Klassenkampf rekonstruiert und den internationalen Kontext für den revolutionären Kampf in den Metropolen hergestellt hat.

IV. Primat der Praxis

Wer ein bestimmtes Ding oder einen Komplex von Dingen direkt kennenlernen will, muß persönlich am praktischen Kampf zur Veränderung der Wirklichkeit, zur Veränderung des Dinges oder des Komplexes von Dingen teilnehmen, denn nur so kommt er mit der Erscheinung der betreffenden Dinge in Berührung, und erst durch die persönliche Teilnahme am praktischen Kampf zur Veränderung der Wirklichkeit ist er imstande, das Wesen jenes Dinges bzw. jenes Komplexes von Dingen zu enthüllen und sie zu verstehen.

Aber der Marxismus legt der Theorie darum und nur darum ernste Bedeutung bei, weil sie die Anleitung zum Handeln sein kann. Wenn man über eine richtige Theorie verfügt, sie aber nur als etwas behandelt, worüber man einmal schwatzt, um es dann in die Schublade zu legen, was man jedoch keineswegs in die Praxis umsetzt, dann wird diese Theorie, so gut sie auch sein mag, bedeutungslos.

Mao Tse Tung: Über die Praxis

Die Hinwendung der Linken, der Sozialisten, die zugleich die Autoritäten der Studentenbewegung waren, zum Studium des wissenschaftlichen Sozialismus, die Aktualisierung der Kritik der politischen Ökonomie als ihrer Selbstkritik an der Studentenbewegung, war gleichzeitig die Rückkehr zu ihren studentischen Schreibtischen. Nach ihrer Papierproduktion zu urteilen, ihren Organisationsmodellen, dem Aufwand, den sie mit und in ihren Erklärungen treiben, könnte man meinen, hier beanspruchten Revolutionäre die Führung in gewaltigen Klassenkämpfen, als wäre das Jahr 1967/68 das 1905 des Sozialismus in Deutschland. Wenn Lenin 1903 in „Was tun?“ das Theoriebedürfnis der russischen Arbeiter hervorhob und gegenüber Anarchisten und Sozialrevolutionären die Notwendigkeit von Klassenanalyse und Organisation und entlarvender Propaganda postulierte, dann, weil massenhafte Klassenkämpfe im Gange waren. „Das ist es ja gerade, daß die Arbeitermassen durch die Niederträchtigkeit des russischen Lebens sehr stark aufgerüttelt werden, wir verstehen es nur nicht, alle jene Tropfen und Rinnsale der Volkserregung zu sammeln und – wenn man so sagen darf – zu konzentrieren, die aus dem russischen Leben in unermeßlich größerer Menge hervorquellen, als wir alle es uns vorstellen und glauben, die aber zu einem gewaltigen Strom vereinigt werden müssen.“ (Lenin: Was tun?)

Wir bezweifeln, ob es unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik und Westberlin überhaupt schon möglich ist, eine die Arbeiterklasse vereinigende Strategie zu entwickeln, eine Organisation zu schaffen, die gleichzeitig Ausdruck und Initiator des notwendigen Vereinheitlichungsprozesses sein kann. Wir bezweifeln, daß sich das Bündnis zwischen der sozialistischen Intelligenz und dem Proletariat durch programmatische Erklärungen „schweißen“, durch ihrem Anspruch nach proletarische Organisationen erzwingen läßt. Die Tropfen und Rinnsale über die Niederträchtigkeiten des deutschen Lebens sammelt bislang noch der Springer-Konzern und leitet sie neuen Niederträchtigkeiten zu.

Wir behaupten, daß ohne revolutionäre Initiative, ohne die praktische revolutionäre Intervention der Avantgarde, der sozialistischen Arbeiter und Intellektuellen, ohne den konkreten antiimperialistischen Kampf es keinen Vereinheitlichungsprozeß gibt, daß das Bündnis nur in gemeinsamen Kämpfen hergestellt wird oder nicht, in denen der bewußte Teil der Arbeiter und Intellektuellen nicht Regie zu führen, sondern voranzugehen hat.

In der Papierproduktion der Organisationen erkennen wir ihre Praxis hauptsächlich nur wieder als den Konkurrenzkampf von Intellektuellen, die sich vor einer imaginären Jury, die die Arbeiterklasse nicht sein kann, weil ihre Sprache schon deren Mitsprache ausschließt, den Rang um die bessere Marx-Rezeption ablaufen. Es ist ihnen peinlicher, bei einem falschen Marx-Zitat erappt zu werden als bei einer Lüge, wenn von ihrer Praxis die Rede ist. Die Seitenzahlen, die sie in ihren Anmerkungen angeben, stimmen fast immer, die Mitgliederzahlen, die sie für ihre Organisationen angeben, stimmen fast nie. Sie fürchten sich vor dem Vorwurf der revolutionären Ungeduld mehr als vor ihrer Korruption in bürgerlichen Berufen, mit Lukacz langfristig zu promovieren, ist ihnen wichtig, sich von Blanqui kurzfristig agitieren zu lassen, ist ihnen suspekt. Ihrem Internationalismus geben sie in Zensuren Ausdruck, mit denen sie die eine palästinensische Kommandoorganisation vor der anderen auszeichnen – weiße Herren, die sich als die wahren Sachwalter des Marxismus aufspielen; sie bringen ihn in den Umgangsformen von Mäzenatentum zum Ausdruck, indem sie befreundete Reiche im Namen der Black Panther Partei (9) anbetteln und das, was die für ihren Ablauf zu geben bereit sind, sich selbst beim lieben Gott gutschreiben lassen – nicht den „Sieg im Volkskrieg“ im Auge, nur um ihr gutes Gewissen besorgt. Eine revolutionäre Interventionsmethode ist das nicht.

Mao stellte in seiner „Analyse der Klassen in der chinesischen Gesellschaft“ (1926) den Kampf der Revolution und den Kampf der Konterrevolution einander gegenüber als „das Rote Banner der Revolution, hoch erhoben von der III. Internationale, die alle unterdrückten Klassen in der Welt aufruft, sich um ihr Banner zu scharen; das andere ist das Weiße Banner der Konterrevolution, erhoben vom Völkerbund, der alle Konterrevolutionäre aufruft,

sich um sein Banner zu scharen.“ Mao unterschied die Klassen in der chinesischen Gesellschaft danach, wie sie sich zwischen Rotem und Weißem Banner beim Fortschreiten der Revolution in China entscheiden würden. Es genügte ihm nicht, die ökonomische Lage der verschiedenen Klassen in der Chinesischen Gesellschaft zu analysieren. Bestandteil seiner Klassenanalyse war ebenso die Einstellung der verschiedenen Klassen zur Revolution.

Eine Führungsrolle der Marxisten-Leninisten in zukünftigen Klassenkämpfen wird es nicht geben, wenn die Avantgarde selbst nicht das Rote Banner des Proletarischen Internationalismus hochhält und wenn die Avantgarde selbst die Frage nicht beantwortet, wie die Diktatur des Proletariats zu errichten sein wird, wie die politische Macht des Proletariats zu erlangen, wie die Macht der Bourgeoisie zu brechen ist, und durch keine Praxis darauf vorbereitet ist, sie zu beantworten. Die Klassenanalyse, die wir brauchen, ist nicht zu machen ohne revolutionäre Praxis, ohne revolutionäre Initiative.

Die „revolutionären Übergangsforderungen“, die die proletarischen Organisationen landauf landab aufgestellt haben, wie Kampf der Intensivierung der Ausbeutung, Verkürzung der Arbeitszeit, gegen die Vergeudung von gesellschaftlichem Reichtum, gleicher Lohn für Männer und Frauen und ausländische Arbeiter, gegen Akkordhetze etc., – diese Übergangsforderungen sind nichts als gewerkschaftlicher Ökonomismus, solange nicht gleichzeitig die Frage beantwortet wird, wie der politische, militärische und propagandistische Druck zu brechen sein wird, der sich schon diesen Forderungen aggressiv in den Weg stellen wird, wenn sie in massenhaften Klassenkämpfen erhoben werden. Dann aber – wenn es bei ihnen bleibt – sind sie nur noch ökonomistischer Dreck, weil es sich um sie nicht lohnt, den revolutionären Kampf aufzunehmen und zum Sieg zu führen, wenn „siegen heißt, prinzipiell akzeptieren, daß das Leben nicht das höchste Gut des Revolutionärs ist“ (Debray – 10). Mit diesen Forderungen kann man gewerkschaftlich intervenieren – „die tradeunionistische Politik der Arbeiterklasse ist aber eben bürgerliche Politik der Arbeiterklasse“ (Lenin). Eine revolutionäre Interventionsmethode ist sie nicht.

Die sogenannten proletarischen Organisationen unterscheiden sich, wenn sie die Frage der Bewaffnung als Antwort auf die Notstandsgesetze, die Bundeswehr, den Bundesgrenzschutz, die Polizei, die Springerpresse nicht aufwerfen, opportunistisch verschweigen, nur insoweit von der DKP, als sie noch weniger in den Massen verankert sind, als sie wortradikaler sind, als sie theoretisch mehr drauf haben. Praktisch begeben sie sich auf das Niveau von Bürgerrechtlern, die es auf Popularität um jeden Preis abgesehen haben, unterstützen sie die Lügen der Bourgeoisie, daß in diesem Staat mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie noch was auszurichten sei, ermutigen sie das Proletariat zu Kämpfen, die angesichts des Potentials an Gewalt in diesem Staat nur verloren werden können – auf barbarische Weise. „Diese marxistisch-leninistischen Fraktionen oder Parteien“ – schreibt Debray über die Kommunisten in Lateinamerika – „bewegen sich innerhalb derselben politischen Fragestellungen, wie sie von der Bourgeoisie beherrscht werden. Anstatt sie zu verändern, haben sie dazu beigetragen, sie noch fester zu verankern ...“

Den Tausenden von Lehrlingen und Jugendlichen, die aus ihrer Politisierung während der Studentenbewegung erstmal den Schluß gezogen haben, sich dem Ausbeutungsdruck im Betrieb zu entziehen, bieten diese Organisationen keine politische Perspektive mit dem Vorschlag, sich dem kapitalistischen Ausbeutungsdruck erstmal wieder anzupassen. Gegenüber der Jugendkriminalität nehmen sie praktisch den Standpunkt von Gefängnisdirektoren ein, gegenüber den Genossen im Knast den Standpunkt ihrer Richter, gegenüber dem Untergrund den Standpunkt von Sozialarbeitern.

Praxislos ist die Lektüre des „Kapital“ nichts als bürgerliches Studium. Praxislos sind programmatische Erklärungen nur Geschwätz. Praxislos ist proletarischer Internationalismus nur Angeberei. Theoretisch den Standpunkt des Proletariats einnehmen heißt, ihn praktisch einnehmen.

Die Rote Armee Fraktion redet vom Primat der Praxis. Ob es

richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich ist; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln.

V. Stadtguerilla

Somit muß man von seinem Wesen her, aus einer langen Perspektive, in strategischer Hinsicht den Imperialismus und alle Reaktionäre als das betrachten, was sie in Wirklichkeit sind: als Papiertiger. Darauf müssen wir unser strategisches Denken gründen. Andererseits sind sie aber wiederum lebendige, eisenharte, wirkliche Tiger, die Menschen fressen. Darauf müssen wir unser taktisches Denken gründen.

Mao Tse Tung, 1.12.1958

Wenn es richtig ist, daß der amerikanische Imperialismus ein Papiertiger ist, d.h. daß er letzten Endes besiegt werden kann; und wenn die These der chinesischen Kommunisten richtig ist, daß der Sieg über den amerikanischen Imperialismus dadurch möglich geworden ist, daß an allen Ecken und Enden der Welt der Kampf gegen ihn geführt wird, so daß dadurch die Kräfte des Imperialismus zersplittert werden und durch ihre Zersplitterung schlagbar werden – wenn das richtig ist, dann gibt es keinen Grund, irgendein Land und irgendeine Region aus dem anti-imperialistischen Kampf deswegen auszuschließen oder auszuklammern, weil die Kräfte der Revolution dort besonders schwach, weil die Kräfte der Reaktion dort besonders stark sind.

Wie es falsch ist, die Kräfte der Revolution zu entmutigen, indem man sie unterschätzt, ist es falsch, ihnen Auseinandersetzungen vorzuschlagen, in denen sie nur verheizt und kaputtgemacht werden können. Der Widerspruch zwischen den ehrlichen Genossen in den Organisationen – lassen wir die Schwätzer mal raus – und der Roten Armee Fraktion ist der, daß wir ihnen vorwerfen, die Kräfte der Revolution zu entmutigen, und daß sie uns verdächtigen, wir würden die Kräfte der Revolution verheizen. Daß damit die Richtung angegeben wird, in der die Fraktion der in Betrieben und Stadtteilen arbeitenden Genossen und die Rote Armee Fraktion den Bogen überspannen, wenn sie ihn überspannen, entspricht der Wahrheit. Dogmatismus und Abenteuerismus sind seit je die charakteristischen Abweichungen in Perioden der Schwäche der Revolution in einem Land. Da seit je die Anarchisten die schärfsten Kritiker des Opportunismus waren, setzt sich dem Anarchismus-Vorwurf aus, wer die Opportunisten kritisiert. Das ist gewissermaßen ein alter Hut.

Das Konzept Stadtguerilla stammt aus Lateinamerika. Es ist dort, was es auch hier nur sein kann: die revolutionäre Interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären Kräften.

Stadtguerilla geht davon aus, daß es die preußische Marschordnung nicht geben wird, in der viele sogenannte Revolutionäre das Volk in den revolutionären Kampf führen möchten. Geht davon aus, daß dann, wenn die Situation reif sein wird für den bewaffneten Kampf, es zu spät sein wird, ihn erst vorzubereiten. Daß es ohne revolutionäre Initiative in einem Land, dessen Potential an Gewalt so groß, dessen revolutionäre Traditionen so kaputt und so schwach sind wie in der Bundesrepublik, auch dann keine revolutionäre Orientierung geben wird, wenn die Bedingungen für den revolutionären Kampf günstiger sein werden, als sie es jetzt schon sind – aufgrund der politischen und ökonomischen Entwicklung des Spätkapitalismus selbst.

Stadtguerilla ist insofern die Konsequenz aus der längst vollzogenen Negation der parlamentarischen Demokratie durch ihre Repräsentanten selbst, die unvermeidliche Antwort auf Notstandsgesetze und Handgranatengesetz, die Bereitschaft, mit den Mitteln zu kämpfen, die das System für sich bereitgestellt hat, um seine Gegner auszuschalten. Stadtguerilla basiert auf der Anerkennung der Tatsachen statt der Apologie von Tatsachen.

Was Stadtguerilla machen kann, hat die Studentenbewegung teilweise schon gewußt. Sie kann die Agitation und Propaganda, worauf linke Arbeit noch reduziert ist, konkret machen. Das kann man sich für die Springerkampagne von damals vorstellen



Benno Ohnesorg, erschossen auf der Anti-Schah-Demonstration am 2. Juni 1967. Der Polizist Kurras erschöß den Studenten, der vor Polizei und zivilen Greiftruppen auf einen Parkhof geflüchtet war, von hinten.

und für die Carborabassa-Kampagne (11) der Heidelberger Studenten, für die Hausbesetzungen in Frankfurt, in bezug auf die Militärhilfen, die die Bundesrepublik den Kompradoren-Regimes in Afrika gibt, in bezug auf die Kritik am Strafvollzug und an der Klassenjustiz, am Werkschutz und innerbetrieblicher Justiz. Sie kann den verbalen Internationalismus konkretisieren als die Beschaffung von Waffen und Geld. Sie kann die Waffe des Systems, die Illegalisierung von Kommunisten, stumpf machen, indem sie einen Untergrund organisiert, der dem Zugriff der Polizei entzogen bleibt. Stadtguerilla ist eine Waffe im Klassenkampf.

Stadtguerilla ist bewaffneter Kampf, insofern es die Polizei ist, die rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch macht, und die Klassenjustiz, die Kurras (12) freispricht und die Genossen lebendig begräbt, wenn wir sie nicht daran hindern. Stadtguerilla heißt, sich von der Gewalt des Systems nicht demoralisieren zu lassen.

Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören.

Stadtguerilla setzt die Organisierung eines illegalen Apparates voraus, das sind Wohnungen, Waffen, Munition, Autos, Papier. Was dabei im einzelnen zu beachten ist, hat Marighela in seinem „Minihandbuch der Stadtguerilla“ beschrieben. Was dabei noch zu beachten ist, sind wir jederzeit jedem bereit zu sagen, der es wissen muß, wenn er es machen will. Wir wissen noch nicht viel, aber schon einiges.

Wichtig ist, daß man, bevor man sich entschließt, bewaffnet zu kämpfen, legale politische Erfahrungen gemacht hat. Wo der Anschluß an die revolutionäre Linke auch noch einem modischen Bedürfnis entspricht, schließt man sich besser nur da an, von wo man wieder zurück kann.

Rote Armee Fraktion und Stadtguerilla sind diejenige Fraktion und Praxis, die, indem sie einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und dem Feind ziehen, am schärfsten bekämpft werden. Das setzt politische Identität voraus, das setzt voraus, daß einige Lernprozesse schon gelaufen sind.

Unser ursprüngliches Organisationskonzept beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Wir wollten, daß jeder von uns gleichzeitig im Stadtteil oder im Betrieb in den dort bestehenden sozialistischen Gruppen mitarbeitet, den Diskussionsprozeß mit beeinflusst, Erfahrungen macht, lernt. Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht. Daß die Kontrolle, die die politische Polizei über diese Gruppen hat, ihre Treffen, ihre Termine, ihre Diskussionsinhalte, schon jetzt so weit reicht, daß man dort nicht sein kann, wenn man auch noch unkontrolliert sein will. Daß der einzelne die legale Arbeit nicht mit der illegalen verbinden kann.

Stadtguerilla setzt voraus, sich über seine eigene Motivation im klaren zu sein, sicher zu sein, daß „Bild“-Zeitungsmethoden bei einem nicht mehr verfangen, daß das Antisemitismus-Kriminellen-Untermenschen-Mord & Brand-Syndrom, das sie auf Revolutionäre anwenden, die ganze Scheiße, die nur die abzusondern und zu artikulieren imstande sind und die immer noch viele Genossen in ihrem Urteil über uns beeinflußt, daß die einen nicht trifft.

Denn natürlich überläßt uns das System nicht das Terrain, und es gibt kein Mittel – auch keines der Verleumdung –, das sie nicht gegen uns anzuwenden entschlossen wären.

Und es gibt keine Öffentlichkeit, die ein anderes Ziel hätte, als die Interessen des Kapitals auf die eine oder andere Art wahrzunehmen, und es gibt noch keine sozialistische Öffentlichkeit, die über sich selbst, ihre Zirkel, ihren Handvertrieb, ihre Abonnenten hinausreichte, die sich nicht noch hauptsächlich in zufälligen, privaten, persönlichen, bürgerlichen Umgangsformen abspielte. Es gibt keine Publikationsmittel, die nicht vom Kapital kontrolliert würden, über das Anzeigengeschäft, über den Ehrgeiz der Schreiber, sich in das ganz große Establishment reinzuschreiben, über die Rundfunkkräfte, über die Konzentration auf dem Pressemarkt. Herrschende Öffentlichkeit ist die Öffentlichkeit der Herrschenden, in Marktlücken aufgeteilt, schichtenspezifische Ideologien entwickelnd, was sie verbreiten, steht im Dienst ihrer Selbstbehauptung auf dem Markt. Die journalistische Kategorie heißt: Verkauf. Die Nachricht als Ware, die Information als Konsum. Was nicht konsumierbar ist, muß sie ankotzen. Leserblattbindung bei den anzeigenintensiven Publikationsmitteln, ifas-Punktsysteme beim Fernsehen – das kann keine Widersprüche zwischen sich und dem Publikum aufkommen lassen, keine antagonistischen, keine mit Folgen. Den Anschluß an den mächtigsten Meinungsbildner am Markt muß halten, wer sich am Markt halten will; d.h. die Abhängigkeit vom Springerkonzern wächst in dem Maße, als der Springerkonzern wächst, der angefangen hat, auch die Lokalpresse einzukaufen. Die Stadtguerilla hat von dieser Öffentlichkeit nichts anderes zu erwarten als erbitterte Feindschaft. An marxistischer Kritik und Selbstkritik hat sie sich zu orientieren, an sonst nichts. „*Wer keine Angst vor Verteilung hat, wagt es, den Kaiser vom Pferd zu zerrn*“, sagt Mao dazu.

Langfristigkeit und Kleinarbeit sind Postulate, die für die Stadtguerilla erst recht gelten, insofern wir nicht nur davon reden, sondern auch danach handeln. Ohne den Rückzug in bürgerliche Berufe offen zu halten, ohne die Revolution noch mal an den Nagel im Reihenhaus hängen zu können, ohne also auch das zu wollen, also mit dem Pathos, das Blanqui ausgedrückt hat: „*Die Pflicht eines Revolutionärs ist, immer zu kämpfen, trotzdem zu kämpfen, bis zum Tod zu kämpfen.*“

– Es gibt keinen revolutionären Kampf und hat noch keinen gegeben, dessen Moral nicht diese gewesen wäre: Rußland, China, Kuba, Algerien, Palästina, Vietnam.

Manche sagen, die politischen Möglichkeiten der Organisation, der Agitation, der Propaganda seien noch längst nicht erschöpft, aber erst dann, wenn sie erschöpft seien, könnte man die Frage der Bewaffnung aufwerfen. Wir sagen: Die politischen Möglichkeiten werden solange nicht wirklich ausgenutzt werden können, solange das Ziel, der bewaffnete Kampf, nicht als das Ziel der Politisierung zu erkennen ist, solange die strategische Bestimmung, daß alle Reaktionäre Papiertiger sind, nicht hinter der taktischen Bestimmung, daß sie Verbrecher, Mörder, Ausbeuter sind, zu erkennen ist.

Von „bewaffneter Propaganda“ werden wir nicht reden, sondern werden sie machen. Die Gefangenenbefreiung lief nicht aus propagandistischen Gründen, sondern um den Typ rauszuholen. Banküberfälle, wie man sie uns in die Schuhe zu schieben versucht, würden auch wir nur machen, um Geld aufzureißen. Die „glänzenden Erfolge“, von denen Mao sagt, daß wir sie erzielt haben müssen, „wenn der Feind uns in den schwärzesten Farben malt“, sind nur bedingt unsere eigenen Erfolge. Das große Geschrei, das über uns angestimmt worden ist, verdanken wir mehr den lateinamerikanischen Genossen – aufgrund des klaren Trennungsstrichs zwischen sich und dem Feind, den sie schon gezogen haben –, so daß die Herrschenden hier uns wegen des Verdachts von ein paar Banküberfällen so „ener-

gisch entgegnetreten“, als gäbe es schon das, was aufzubauen wir angefangen haben: die Stadtguerilla der Roten Armee Fraktion.

VI. Legalität und Illegalität

Die Revolution im Westen, die Herausforderung der kapitalistischen Macht in den Hochburgen, ist das Gebot der Stunde. Sie ist von entscheidender Bedeutung. Die derzeitige Weltsituation kennt keinen Ort und keine Kräfte, die in der Lage wären, eine friedliche Entwicklung und eine demokratische Stabilisierung zu garantieren. Die Krise spitzt sich tendenziell zu. Sie jetzt provinzialistisch abzukapseln oder den Kampf auf später zu verschieben, bedeutet: Man wird in den Strudel des umfassenden Niedergangs hineingerissen.

II Manifesto. Aus These 55

Die Parole der Anarchisten „Macht kaputt, was Euch kaputt macht“ zielt auf die direkte Mobilisierung der Basis, der Jugendlichen in Gefängnissen und Heimen, in Schulen und in der Ausbildung, richtet sich an die, denen es am dreckigsten geht, zielt auf spontanes Verständnis, ist die Aufforderung zum direkten Widerstand. Die Black Power-Parole von Stokely Carmichael (13): „*Vertrau deiner eigenen Erfahrung!*“ meinte eben das. Die Parole geht von der Einsicht aus, daß es im Kapitalismus nichts, aber auch nichts gibt, das einen bedrückt, quält, hindert, belastet, was seinen Ursprung nicht in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen hätte, daß jeder Unterdrückter, in welcher Gestalt auch immer er auftritt, ein Vertreter des Klasseninteresses des Kapitals ist, das heißt: Klassenfeind.

Insofern ist die Parole der Anarchisten richtig, proletarisch, klassenkämpferisch. Sie ist falsch, soweit sie das falsche Bewußtsein vermittelt, man brauchte bloß zuzuschlagen, denen in die Fresse zu schlagen, Organisation sei zweitrangig, Disziplin bürgerlich, die Klassenanalyse überflüssig. Schutzlos der verschärften Repression, die auf ihre Aktionen folgt, ausgesetzt, ohne die Dialektik von Legalität und Illegalität organisatorisch beachtet zu haben, werden sie legal verhaftet. Der Satz einiger Organisationen „Kommunisten sind nicht so einfältig, sich selbst zu illegalisieren,“ redet der Klassenjustiz zum Munde, sonst niemandem. Soweit er besagt, daß die legalen Möglichkeiten kommunistischer Agitation und Propaganda, von Organisation, von politischem und ökonomischen Kampf unbedingt genutzt werden müssen und nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürfen, ist er richtig – aber das beinhaltet er ja gar nicht. Er beinhaltet, daß die Grenzen, die der Klassenstaat und seine Justiz der sozialistischen Arbeit setzen, ausreichen, um alle Möglichkeiten auszunutzen, daß man sich an die Begrenzungen zu halten hat, daß vor illegalen Übergriffen dieses Staates, da sie ja allemal legalisiert werden, unbedingt zurückzuweichen ist – Legalität um jeden Preis. Illegale Inhaftierung, Terrorurteile, Übergriffe der Polizei, Erpressung und Nötigung durch den Staatsanwalt – Friß Vogel oder stirb, Kommunisten sind nicht so einfältig ...

Der Satz ist opportunistisch. Er ist unsolidarisch. Er schreibt die Genossen im Knast ab, er schließt die Organisation und Politisierung all derer aus der sozialistischen Bewegung aus, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft und Lage nicht anders als kriminell überleben können: den Untergrund, das Subproletariat, unzählige proletarische Jugendliche, Gastarbeiter. Er dient der theoretischen Kriminalisierung all derer, die sich den Organisationen nicht anschließen. Er ist ihr Bündnis mit der Klassenjustiz. Er ist dumm.

Legalität ist eine Machtfrage. Das Verhältnis von Legalität und Illegalität ist an dem Widerspruch von reformistischer und faschistischer Herrschaftsausübung zu bestimmen, deren Bonner Repräsentanten gegenwärtig die sozial-liberale Koalition hier, Barzel/Strauß da sind, deren publizistische Repräsentanten z.B. die „Süddeutsche Zeitung“, der „Stern“, das Dritte Programm des WDR und des SFB, die „Frankfurter Rundschau“ hier sind, der Springerkonzern, der Sender Freies Berlin, das Zweite Deutsche Fernsehen, der Bayernkurier da, deren Polizei die Münchner Linie hier, das Berliner Modell da ist, deren Justiz das Bundesverwaltungsgericht hier, der Bundesge-

richtshof da ist.

Die reformistische Linie zielt darauf, Konflikte zu vermeiden, durch Institutionalisierung (Mitbestimmung), durch Reformversprechen (im Strafvollzug z.B.), indem sie überalterten Konfliktstoff ausräumt (der Kniefall des Kanzlers in Polen z.B.), indem sie Provokationen vermeidet (die weiche Linie der Münchner Polizei und des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin z.B.), durch die verbale Anerkennung von Mißständen (in der öffentlichen Erziehung in Hessen und Berlin z.B.). Es gehört zur konfliktvermeidenden Taktik des Reformismus, sich etwas innerhalb und etwas weniger außerhalb der Legalität zu bewegen, das gibt ihm den Schein von Legitimation, von Grundgesetz unterm Arm, das zielt auf Integration von Widersprüchen, das läßt linke Kritik totlaufen, leer laufen, das will die Jungsozialisten in der SPD halten. Daß die reformistische Linie im Sinne von langfristiger Stabilisierung kapitalistischer Herrschaft die effektivere Linie ist, wird nicht bezweifelt, nur ist sie an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Sie setzt wirtschaftliche Prosperität voraus, weil die weiche Linie der Münchner Polizei z.B. sehr viel kostspieliger ist als die harte Tour der Berliner – wie es der Münchner Polizeipräsident sinnfällig dargetan hat: *„Zwei Beamte mit Maschinengewehr können 1000 Leute in Schach halten, 100 Beamte mit Gummiknüppeln können 1000 Leute in Schach halten. Ohne derartige Instrumente benötigt man 300 bis 400 Polizeibeamte.“* Die reformistische Linie setzt die nicht bis gar nicht organisierte antikapitalistische Opposition voraus – wie man ebenfalls vom Beispiel München her weiß.

Unter dem Deckmantel des politischen Reformismus nimmt im übrigen die Monopolisierung von staatlicher und wirtschaftlicher Macht zu, was Schiller mit seiner Wirtschaftspolitik betreibt und Strauß mit seiner Finanzreform (14) durchgesetzt hat – die Verschärfung der Ausbeutung durch Arbeitsintensivierung und Arbeitsteilung im Bereich der Produktion, durch langfristige Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung und der Dienstleistungen.

Daß die Akkumulation von Gewalt in den Händen weniger widerstandsloser funktioniert, wenn man sie geräuschloser durchführt, wenn man dabei unnötige Provokationen vermeidet, die unkontrollierbare Solidarisierungsprozesse zur Folge haben können – das hat man aus der Studentenbewegung und dem Mai in Paris gelernt. Deshalb werden die Roten Zellen noch nicht verboten, deshalb wurde die KP als DKP – ohne Aufhebung des KP-Verbots – zugelassen, deshalb gibt es noch liberale Fernsehsendungen, und deshalb können es sich einige Organisationen noch leisten, sich nicht für so einfältig zu halten, wie sie es sind.

Der Legalitätsspielraum, den Reformismus bietet, ist die Antwort des Kapitals auf die Attacken der Studentenbewegung und der APO – solange man sich die reformistische Antwort leisten kann, ist sie die effektivere. Auf diese Legalität setzen, sich auf sie verlassen, sie metaphysisch verlängern, sie statistisch hochrechnen, sie nur verteidigen wollen, heißt, die Fehler der Strategie der Selbstverteidigungszonen in Lateinamerika wiederholen, nichts gelernt haben, der Reaktion Zeit lassen, sich zu formieren, zu reorganisieren, bis sie die Linke nicht illegalisiert, sondern zerschlägt.

Willy Weyer (15) macht eben nicht auf Toleranz, sondern macht Manöver und setzt der Kritik der liberalen Presse, daß er mit seinen Alkoholkontrollen alle Autofahrer zu potentiellen Straftätern macht, nur frech entgegen: *„Wir machen weiter!“* – womit er der liberalen Öffentlichkeit ihre Bedeutungslosigkeit nachweist. Eduard Zimmermann macht ein ganzes Volk zu Polizisten, der Springerkonzern hat die Berliner Polizeiführung gemacht, „BZ“-Kolumnist Reer schreibt den Berliner Haftrichtern die Haftbefehle vor. Die Massenmobilisierung im Sinn von Faschismus, von Durchgreifen, von Todesstrafe, von Schlagkraft, von Einsatz findet statt – der New Look, den die Brandt/Heinemann/Scheel-Administration der Politik in Bonn gegeben hat, ist die Fassade dazu.

Die Genossen, die mit der Frage von Legalität und Illegalität so oberflächlich umgehen, haben offenbar auch die Amnestie in den falschen Hals gekriegt, mit der der Studentenbewegung

noch nachträglich der Zahn gezogen worden ist. (16) Indem man die Kriminalisierung Hunderter von Studenten aufhob, kamen diese mit dem Schrecken davon, wurde weiterer Radikalisierung vorgebeugt, wurden sie energisch daran erinnert, was die Privilegien bürgerlichen Studentenseins wert sind, trotz Wissenschaftsfabrik Universität, der soziale Aufstieg. So wurde die Klassenschranke zwischen ihnen und dem Proletariat wieder aufgerichtet, zwischen ihrem privilegierten Alltag als Studium und dem Alltag des Akkordarbeiters, der Akkordarbeiterin, die nicht amnestiert wurden vom gleichen Klassenfeind. So blieb einmal mehr die Theorie von der Praxis getrennt. Die Rechnung: Amnestie gleich Befriedung ging auf.

Die sozialdemokratische Wählerinitiative von einigen honorablen Schriftstellern – nicht nur dem abgefuckten Grass –, als Versuch positiver, demokratischer Mobilisierung, als Abwehr also von Faschismus gemeint und deshalb zu beachten, verwechselt die Wirklichkeit von einigen Verlagen und Redaktionen in Funk- und Fernsehanstalten, die der Rationalität der Monopole noch nicht unterworfen sind, die als Überbau nachhinken, mit dem Ganzen der politischen Wirklichkeit. Die Bereiche verschärfter Repression sind nicht die, mit denen ein Schriftsteller es zuerst zu tun hat: Gefängnisse, Klassenjustiz, Akkordhetze, Arbeitsunfälle, Konsum auf Raten, Schule, „Bild“ und „BZ“, die Wohnkasernen der Vorstädte, Ausländerghettos – das alles kriegen Schriftsteller höchstens ästhetisch mit, politisch nicht.

Legalität ist die Ideologie des Parlamentarismus, der Sozialpartnerschaft, der pluralistischen Gesellschaft. Sie wird zum Fetisch, wenn die, die darauf pochen, ignorieren, daß Telefone legal abgehört werden, Post legal kontrolliert, Nachbarn legal befragt, Denunzianten legal bezahlt, daß legal observiert wird – daß die Organisation von politischer Arbeit, wenn sie dem Zugriff der politischen Polizei nicht permanent ausgesetzt sein will, gleichzeitig legal und illegal zu sein hat.

Wir setzen nicht auf die spontane antifaschistische Mobilisierung durch Terror und Faschismus selbst und halten Legalität nicht nur für Korruption und wissen, daß unsere Arbeit Vorwände liefert, wie der Alkohol für Willy Weyer und die steigende Kriminalität für Strauß und die Ostpolitik für Barzel und das Rotlicht an der Ampel, das der Jugoslawe überfuhr, für die Frankfurter Taxifahrer und der Griff in die Tasche für den Mörder des Autodiebs in Berlin. Und für noch mehr Vorwand, weil wir Kommunisten sind und es davon, ob die Kommunisten sich organisieren und kämpfen, abhängt, ob Terror und Repression nur Angst und Resignation bewirken oder Widerstand und Klassenhaß und Solidarität provozieren, ob das hier alles so glatt im Sinn des Imperialismus über die Bühne geht oder nicht. Weil es davon abhängt, ob die Kommunisten so einfältig sind, alles mit sich machen zu lassen, oder die Legalität u.a. dazu benutzen, die Illegalität zu organisieren, statt das eine vor dem anderen zu fetischisieren.

Das Schicksal der Black Panther Partei und das Schicksal der Gauche Proletarienne (17) dürfte auf jener Fehleinschätzung basieren, die den tatsächlichen Widerspruch zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit und dessen Verschärfung, wenn Widerstand organisiert in Erscheinung tritt, nicht realisiert. Die nicht realisiert, daß sich die Bedingungen der Legalität durch aktiven Widerstand notwendigerweise verändern und daß es deshalb notwendig ist, die Legalität gleichzeitig für den politischen Kampf und für die Organisation von Illegalität auszunutzen, und daß es falsch ist, auf die Illegalisierung als Schicksalsschlag durch das System zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist und das dann die Rechnung ist, die aufgeht.

Die Rote Armee Fraktion organisiert die Illegalität als Offensiv-Position für revolutionäre Intervention.

Stadtguerilla machen heißt, den antiimperialistischen Kampf offensiv führen. Die Rote Armee Fraktion stellt die Verbindung her zwischen legalem und illegalem Kampf, zwischen nationalem und internationalem Kampf, zwischen politischem und bewaffnetem Kampf, zwischen der strategischen und der taktischen Bestimmung der internationalen kommunistischen Bewegung.

Stadtguerilla heißt, trotz der Schwäche der revolutionären Kräfte in der Bundesrepublik und Westberlin hier und jetzt revolutionär intervenieren!

Entweder sie sind ein Teil des Problems, oder sie sind ein Teil der Lösung. Dazwischen gibt es nichts. Die Scheiße ist seit Dekaden und Generationen von allen Seiten untersucht und begutachtet worden. Ich bin lediglich der Meinung, daß das meiste, was in diesem Lande vor sich geht, nicht länger analysiert zu werden braucht – sagt Cleaver. (18)

**DEN BEWAFFNETEN KAMPF UNTERSTÜTZEN!
SIEG IM VOLKSKRIEG!**

(Quelle: Nr. 1, S. 337ff; Nr. 2, S. 22ff)



Black Panther, USA

- (1) M. Ray: französische Journalistin
- (2) Georg Linke: Bibliotheksangestellter im Institut für Soziale Fragen
- (3) Genscher war von 1969 bis 1974 Bundesinnenminister der sozialliberalen Koalition, danach Außenminister. Zimmermann war bzw. ist Moderator der Fernsehsendung „Aktzeichen xy ... ungelöst“
- (4) II Manifesto: bedeutende Gruppe der italienischen Neuen Linken, 1969 wegen Linksbewegung aus der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) ausgeschlossen; veröffentlichte im September '70 200 Thesen: „Die Notwendigkeit des Kommunismus. Die Plattform von II Manifesto“, auf deutsch 1971 im Merve-Verlag Westberlin erschienen.
- (5) Barzel: ab 1960 im CDU-Bundesvorstand, 62/63 Minister für Gesamtdeutsche Fragen im Kabinett Adenauer, ab 1964 Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, ab 1971 CDU-Parteivorsitzender, Rücktritt von den beiden Funktionen 1973. 1982 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, ab 1983 Bundestagspräsident, Rücktritt 1984.
- (6) Lohnleitlinien: von der Regierung vorgegebener Rahmen für Tarifabschlüsse; Konzentrierte Aktion: regelmäßige Beratungen von Regierung, Kapitalistenverbänden und Gewerkschaftsspitzen
- (7) Septemberstreiks '69: sogenannte „wilde“, d.h. gegen den Willen der Gewerkschaftsführungen und während der Friedenspflicht durchgeführte Streiks, an denen sich rund 150000 Lohnabhängige überwiegend im Stahl- und Bergbau beteiligten. Durch sie konnten Lohnerhöhungen bis zu 10% durchgesetzt werden. Die Septemberstreiks waren für die Herausbildung der Neuen Linken von großer Bedeutung.
- (8) Herbert Marcuse: Verfechter der kritischen Theorie mit großem Einfluß auf die APO. Schriften u.a.: „Die Kritik der reinen Vernunft“ (1966), „Der eindimensionale Mensch“ (1967), „Versuch über Befreiung“ (1969)
- (9) Black Panther Partei: revolutionäre Partei der Schwarzen in den USA, die die Großstadtghettos als innere Kolonien der USA betrachtete und deren Einwohner bewaffnet gegen Übergriffe der Staatsorgane zu schützen versuchte; 1966 von Huey Newton, Bobby Seal u.a. gegründet. Eine der in der Geschichte der USA größten Polizei- und Justizkampagnen – innerhalb von 18 Monaten 1968/69 wurden 28 Black Panther-Mitglieder von der Polizei erschossen – führte 1971 zur Zerschlagung.
- (10) R. Debray: führender Propagandist der Theorie des „foquismo“ in Lateinamerika. Der „foquismo“ besagt, daß der Einsatz eines kleinen Kerns („foco“) revolutionärer Kämpfer auf dem Lande als Funke für eine Massenrebellion der Bauern wirken wird. Die Erfahrung des Kampfes würde die revolutionäre Vorhut und die Bauernschaft proletarisieren, wobei die Guerilla als Ersatz für die leninistische Partei handeln würde. Debray „etablierte“ sich später und wurde politischer Berater des französischen Staatspräsidenten Mitterand.
- (11) Der Cabora-Bassa-Damm in Mosambik, der damaligen portugiesischen Kolonie, war das größte Staudammprojekt in Afrika; ab 1969 waren fünf westdeutsche Konzerne am Bau beteiligt. Das Projekt sollte Portugal wirtschaftlich und politisch stärken; von der Anlage profitierten vor allem die Regimes von Südafrika (Azania) und des damaligen Rhodesien (heute Zimbabwe). Portugal wollte dort eine Million Europäer ansiedeln. Viele afrikanische Staaten, auch die Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) und Befreiungsbewegungen wie die FRELIMO (Befreiungsfront in Mosambik) protestierten. Die FRELIMO schrieb einen offenen Brief an den damaligen Bundeskanzler Brandt (SPD).
- (12) Kurras: Polizist, der am 2. Juni 1967 den Studenten Benno Ohnesorg bei einer Demonstration gegen den Schah-Besuch in Westberlin erschöß. Er wurde von der Justiz freigesprochen, später befördert.
- (13) Stokely Carmichael: führendes Mitglied der Black-Power-Bewegung, die in den USA bewaffnet kämpfte.
- (14) Strauß (CSU) war von 1953 bis 1966 Bundesminister für „besondere Aufgaben“, „Atomfragen“, „Verteidigung“ und in der Großen Koalition (CDU/CSU/SPD-Regierung) bis 1969 Finanzminister, als Karl Schiller (SPD) Wirtschaftsminister war.
- (15) Weyer: damals NRW-Innenminister (FDP), entschiedener Befürworter der Aufrüstung und Militarisierung der Polizei
- (16) Die damalige SPD/FDP-Regierung mit Willy Brandt als Kanzler führte im Mai 1970 eine Liberalisierung des Demonstrationsrechts durch; der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann (SPD) erließ eine begrenzte Amnestie (Straffreiheit) für Demonstrationsdelikte aus der Zeit der Studentenbewegung, die ein Strafmaß von acht Monaten nicht überschritten.
- (17) Gauche prolétarienne: maoistische Organisation der französischen Neuen Linken, die im Mai 1970 verboten wurde. Aus Protest gegen dieses Verbot gab Jean-Paul Sartre daraufhin die Zeitung der GP „La Cause du Peuple“ heraus.
- (18) Eldrige Cleaver: ein Führer der Black Panther Partei

15.07.1971 In Hamburg wird im Zuge der ersten Großfahndung nach der RAF, der Großaktion „Kora“, Petra Schelm durch einen Schuß aus der Maschinenpistole, der unterhalb des linken Auges trifft, getötet. Werner Hoppe wird festgenommen. Ein Ermittlungsverfahren gegen den Schützen wird von der Hamburger Staatsanwaltschaft Ende Juli 1971 eingestellt. Der Beamte habe in Notwehr gehandelt.

01.09.1971 Horst Herold wird Chef des Bundeskriminalamtes (BKA). Herold trifft alle Vorbereitungen für eine neue Fahndungsmethode. Herold einige Jahre später: „Die EDV versetzt uns vielmehr in die Lage, das Vergleichen von Fakten, d.h. die Voraussetzung detektivischer Kombinationsarbeit, schneller und zuverlässiger durchzuführen. So ist es mit Hilfe der EDV erstmals möglich, einen Fingerabdruck, den die Polizei an einem Tatort etwa in Garmisch-Partenkirchen findet, in kürzester Zeit mit den Fingerabdrücken sämtlicher 2,8 Millionen Personen zu vergleichen, die



Das Bundeskriminalamt wird ausgebaut und in eine Festung verwandelt.

wir im BKA verwahren.“ Das BKA kann seine Daten auch unmittelbar mit dem Ausländerzentralregister abgleichen.

Wenige Wochen später, am 4.10.1971, bringt die Bundesregierung einen Antrag für ein Bundesmeldegesetz ein, das lückenlose Erfassung von Personendaten und deren Verfügbarkeit für alle staatlichen Behörden ermöglichen soll.

22.10.1971 Bei der Festnahme Margrit Schillers wird ein Polizeibeamter erschossen. Der vermutliche Schütze G. Müller wird später „Kronzeuge“ der Bundesanwaltschaft, die Ermittlungen gegen ihn betreffend den Tod des Polizisten werden dafür niedergeschlagen.

04.12.1971 In Westberlin erschießen Polizisten in Zivil im Rahmen der Fahndung „Trabrennen“ Georg von Rauch. Bei einer Fahrzeugkontrolle waren Georg von Rauch und zwei Begleiter aufgefordert worden, sich mit erhobenen Händen und dem Gesicht zur Wand an eine Hauswand zu stellen. Er wurde erfolglos nach Waffen durchsucht. Als Georg von Rauch zur Seite blickt, trifft ihn die Kugel aus einem Meter Entfernung. Die Oberstaatsanwaltschaft Westberlin stellt das Ermittlungsverfahren gegen „unbekannte Bedienstete“ Ende Mai ein.

19.12.1971 Das 11. und 12. Strafrechtsänderungsgesetz, mit denen die Strafen für Flugzeugentführung und

Geiselnahme verschärft werden, treten in Kraft.

22.12.1971 Bei einem Banküberfall in Kaiserslautern wird ein Polizist erschossen. Obwohl über die Täterschaft Unklarheit besteht, startet die Springerpresse eine hysterische Hetzkampagne gegen die RAF.

27.01.1972 Die Ständige Sitzung der Innenminister des Bundes und der Länder berät Maßnahmen gegen die RAF. Den Vorsitz der Tagung führt Senator Ruhnau (SPD), Hamburg.

Protokoll der Innenministerkonferenz

Punkt 5 A der Tagesordnung:

Präsident Dr. Herold (Bundeskriminalamt) gibt eine Übersicht über Maßnahmen zur besseren Bekämpfung der Baader-Meinhof-Bande.

Maßnahmen der staatlichen Sicherheitsorgane müssen sich an Strategie und Taktik des Gegners orientieren. Die strategischen und taktischen Grundzüge der Baader-Meinhof-Bande sind in dem sog. Mahler-Brief vom 14. Januar 1972, veröffentlicht im Spiegel Nr. 5, sowie im sog. Baader-Brief beschrieben.

Im Mahler-Brief heißt es z.B.: „Um eine revolutionäre terroristische Arbeit zu betreiben, bedarf es einer sorgfältig aufgebauten Infrastruktur im Untergrund mit hoher Beweglichkeit, ständiger Übung und wachsender Erfahrung auf technischem und taktischem Gebiet, mit einem Stützpunkt- und einem Nachrichtensystem.“

Baader ergänzt diese taktischen Überlegungen noch durch folgende Gesichtspunkte: Die Aktion der Roten-Armee-Fraktion zielt jetzt auf die Bildung politisch-militärischer Kader, die Verbesserung der Bewaffnung und die Verankerung der Gruppen in der Sympathisantenenebene, die bereit ist, den bewaffneten Widerstand zu unterstützen. Die Propaganda der Stadtguerilla in den noch legalen revolutionären Organisationen ist zu entwickeln und eine breite logistische Basis in allen Schichten aufzubauen.

Gegen dieses Konzept der Baader-Meinhof-Bande sind für die Aktionen der Polizei folgende Thesen anzuwenden:

1. Die Aktionen müssen überraschend geführt werden, also bis zum Einsatz der Polizei geheim bleiben (daran hat es in der Vergangenheit leider erheblich gemangelt).

2. Sie müssen unter einheitlichen strategischen und taktischen Aspekten erfolgen.

3. Sie müssen immer so abgewickelt werden, daß Sympathisantenpositionen abgedrückt werden können.

(Quelle: Nr. 7, S. 209)

28.01.1972 Die Regierungschefs des Bundes (Brandt, SPD) und der Länder fassen den „Extremistenbeschluß“: „... darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr bietet, – daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt ...“ Der NRW-Ministerpräsident Kühn (SPD) erklärt: „Ulrike Meinhof als Lehrerin oder Andreas Baader bei der Polizei beschäftigt, das geht nicht.“

02.03.1972 Thomas Weißbecker wird in Augsburg von einem polizeilichen Sonderkommando aus 2 m Entfernung erschossen. Das Ermittlungsverfahren wird Ende August eingestellt. – Am gleichen Tag wird bei der Verhaftung von Manfred Grashof und Wolfgang Grundmann in Frankfurt ein Polizist erschossen. Manfred Grashof wird schwer verletzt (Schüsse in Kopf und Brust) nach wenigen Tagen in eine Haftzelle gesperrt.

22.03.1972 Die sozialliberale Bundesregierung verabschiedet das „Schwerpunktprogramm ‚Innere Sicherheit‘“. Im Zentrum steht der Ausbau des Bundeskriminalamtes. Das Amt wird personell von 933 Stellen (1969) auf 2062 Stellen (1973) (1981: 3536 Beamte und Angestellte) ausgebaut. Finanziell sind das 1969: 22,4 Mio. DM, 1973: 122 Mio. DM (1981: 290 Mio. DM).

Die Bereitschaftspolizeien der Länder, im „Sortprogramm von 1970“ (siehe oben) noch nicht einmal erwähnt, gewinnen an Bedeutung als „ein wichtiger Ordnungsfaktor der inneren Sicherheit“. Von 18000 Mann soll die Truppenstärke auf 22300 Mann aufgestockt werden. Die Ausrüstung soll auf Kosten des Bundes modernisiert und ergänzt werden um Fernmeldegerät, Kraftfahrzeuge und sonstiges polizeitaktisches-technisches Gerät. Die Bewaffnung soll Handgranaten und MG's einbeziehen.

Der Bundesgrenzschutz soll zu einem „zusätzlichen, jederzeit abrufbaren Sicherheitspotential“ werden. Vorgesehen wird der personelle Ausbau von 20000 Stellen 1969 auf 22159 Stellen im Jahre 1973. Zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit sollen u.a. Hubschrauberstaffeln aufgestellt werden.

Schwerpunkt des Ausbaus des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist die bessere Ausstattung mit Observationsgruppen. Der Stellenplan wird von 1016 (1969) auf 1409 Stellen im Jahre 1973 aufgestockt.

April 1972 Die RAF-Schrift „Rote Armee Fraktion – Stadtguerilla und Klassenkampf“ erscheint.

Inhalt: Konzerne und Staat; westdeutsche Innen- und Außenpolitik als Innen- und Außenpolitik der Konzerne; multinationale Organisation der Konzerne, nationale Beschränktheit des Proletariats; Stadtguerilla als Verbindung von nationalem und internationalem Kampf; die exemplarische Bedeutung des Chemiarbeiterstreiks 1971; Militarisierung der Klassenkämpfe; objektive Aktualität der sozialen Frage: Armut in der BRD; subjektive Aktualität der Eigentumsfrage; Reformismus und Unterschied zwischen CDU und SPD; Rolle der Springerpresse; Möglichkeiten und Funktion der Stadtguerilla; Anmerkungen zu Verrat, Liberalismus, Bankraub, Solidarität.

Dem Volk dienen Rote Armee Fraktion: Stadtguerilla und Klassenkampf

„Der Tod ist jedem beschieden, aber nicht jeder Tod hat die gleiche Bedeutung. In alten Zeiten gab es in China einen Schriftsteller namens Sima Tjiän. Dieser sagte einmal: ‚Es stirbt allerdings ein jeder, aber der Tod des einen ist gewichtiger als der Tai-Berg, der Tod des anderen hat weniger Gewicht als Schwanenflaum.‘ Stirbt man für die Interessen des Volkes, so ist der Tod gewichtiger als der Tai-Berg; steht man im Sold der Faschisten und stirbt für die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes, so hat der Tod weniger Gewicht als Schwanenflaum.“ (1)

20000 Menschen sterben jedes Jahr – weil die Aktionäre der Automobilindustrie nur für ihre Profite produzieren lassen und dabei keine Rücksicht auf die technische Sicherheit der Autos und den Straßenbau nehmen.

5000 Menschen sterben jedes Jahr – am Arbeitsplatz oder auf dem Weg dahin oder auf dem Heimweg, weil es den Produktionsmittelbesitzern nur auf ihre Profite ankommt und nicht auf einen Unfalltoten mehr oder weniger.

12000 Menschen begehen jedes Jahr Selbstmord, weil sie nicht im Dienst des Kapitals hinsterven wollen, machen sie lieber selber mit allem Schluß.

1000 Kinder werden jedes Jahr ermordet, weil die zu kleinen Wohnungen nur dazu da sind, daß die Haus- und Grundbesitzer eine hohe Rendite einstreichen können.

Den Tod im Dienst der Ausbeuter nennen die Leute einen natürlichen Tod. Die Weigerung, im Dienst der Ausbeuter zu sterben, nennen die Leute einen „unnatürlichen Tod“. Die Verzweiflungstaten der Menschen wegen der Arbeits- und Lebensbedingungen, die das Kapital geschaffen hat, nennen die Leute ein Verbrechen. Sie sagen: dagegen kann man nichts machen.

Damit diese falschen Ansichten der Menschen nicht von richtigen Ansichten abgelöst werden, haben der Bundesinnenminister, die Innenminister der Länder und die Bundesanwaltschaft jetzt Exekutionskommandos der Polizei aufgestellt. Ohne die falschen Ansichten von Verbrechen und Tod kann das Kapital nicht herrschen.

Petra, Georg und Thomas starben im Kampf gegen das Sterben im Dienst der Ausbeuter. Sie wurden ermordet, damit das Kapital ungestört weitermorden kann und damit die Leute weiterhin denken müssen, daß man nichts dagegen machen kann.

Aber der Kampf hat erst begonnen!

1.
Persien und der Widerspruch in der neuen Linken

Brandt ist nach Teheran gefahren, um beim Schah die Reste

von Verstimmung über seinen Empfang im Sommer '67 durch die westdeutschen und Westberliner Studenten auszuräumen; um ihm mitzuteilen, daß diese Linke in der Bundesrepublik und Westberlin tot ist, die Reste gerade liquidiert werden, die Konföderation iranischer Studenten ausreichend isoliert ist, die Ausländergesetze, die ihre Liquidation legalisieren werden, in Arbeit sind. Brandt hat seine Außen- und Innenpolitik als das definiert, was sie ist: die Außen- und Innenpolitik der Konzerne, die im In- und Ausland die Märkte beherrschen und die Politik bestimmen. Brandt in Teheran: Die Außenpolitik der Bundesrepublik müsse von ihren eigenen Interessen ausgehen und sich von ideologischen Vorurteilen frei halten.

Die Interessen der Bundesrepublik in Persien sind die Interessen der deutschen Kolonie in Teheran, das sind: Siemens, AEG-Telefunken, Bayer, BASF, Hoechst, Daimler-Benz, Deutsche Bank, Mannesmann, Hochtief, Klöckner-Humboldt-Deutz, Merck, Schering, Robert Bosch, die Bayerische Vereinsbank, Thyssen, Degussa u.a. – das sind die, die in den Teheraner Tageszeitungen zur Begrüßung des Kanzlers inserierten, derentwegen der Schah der Tagespresse die Anweisung gab, den Kanzler als Friedensnobelpreisträger groß herauszubringen, die da sind, weil auch der Schah keine ideologischen Vorurteile hat: wegen der billigen Arbeitskräfte im Iran, wegen der politisch stabilen Verhältnisse im Iran, außerdem wegen der Rohstoffe und der Nähe bestimmter Märkte.

Unter „ideologische Vorurteile“ subsumieren Kanzler und Schah die Interessen des deutschen und persischen Volkes in den Beziehungen der beiden Länder. Drei Tage vor Brandts Ankunft wurden in Teheran vier Genossen ermordet, in Augsburg Thomas Weisbecker. Eine Woche nach Brandts Abreise wurden in Teheran neun Todesurteile gegen Genossen vollstreckt. Bundesanwalt Martin (2) lobte die Polizeibeamten, die sich bei der Großfahndung in Augsburg und Hamburg hervorragend bewährt hätten.

Deutsches Kapital in Persien wird niedriger besteuert als anderes Kapital in Persien; deutsche Entwicklungshilfekredite finanzieren deutsche Projekte in Persien, mit deutscher Militärhilfe wurde das kaiserliche Arsenal in Persien modernisiert, 22 Millionen DM für die persische Rüstungsindustrie 1969 zogen 250-Millionen-DM-Folgeaufträge für die deutsche Rüstungsindustrie nach; mit G-3 und MG-3 sorgt das Regime des Schah – im Kampf gegen die „Kriminalität“ in Persien – dafür, daß auch in Zukunft die Löhne in Persien niedrig, die politischen Verhältnisse stabil, die Verwertungsbedingungen für deutsches Kapital im Iran günstig bleiben, daß Druck auf die Löhne hier mit der Drohung hantieren kann, man könnte ja auch mit der Produktion ins Ausland gehen, Druck auf die Öffentlichkeit hier, antifaschistischer Protest gegen den Schah gefährde die deutsche Außenpolitik, die Interessen der Bundesrepublik Deutschland.

Nach dem Kniefall des Kanzlers in Polen nun der Kniefall vor dem Mörder Schah. Die Unterwerfung des polnischen, russischen, tschechischen, ungarischen Volkes unter den deutschen Faschismus ist nicht mehr aktuell. Die Unterwerfung des persischen Volkes unter den deutschen Imperialismus ist aktuell. Die Nürnberger Gesetze sind nicht mehr aktuell. Gesetze gegen iranische Studenten, gegen griechische, türkische und spanische Arbeiter, die aus Ländern mit faschistischen Regimes kommen, sind aktuell. Deutsche Konzerne profitieren vom Faschismus in diesen Ländern, setzen die Arbeiter hier mit dem, was ihnen der Faschismus dort bietet, unter Druck. Die Todesurteile, die den inhaftierten Genossen hier erspart bleiben, bleiben ihnen erspart, weil sie in Persien, in der Türkei, in Griechenland und in Spanien vollstreckt werden.

Die westdeutsche Linke hat zu Brandts Persien-Besuch geschwiegen. Sie hat ihn dort schwatzen lassen. Sie hat Howaida (3) schwatzen lassen, die Todesurteile richteten sich nur gegen einfache Kriminelle. Obwohl der Schah empfindlich ist. Obwohl schon das bißchen 2. Juni die Beziehungen Bundesrepublik-Iran gestört hat, obwohl die Reputation des Schah so kümmerlich ist, wie sie nur sein kann, obwohl man weiß, daß die Feinde des Volkes nichts so sehr fürchten, wie die Feinde des Volkes genannt zu werden. Obwohl man annehmen kann, daß auch Brandt nicht ganz wohl war bei dieser Heuchelei. Obwohl das deutsche Kapital faschistisch vorbelastet ist, obwohl es relativ

leicht ist, den Zusammenhang zwischen Faschismus im Iran und deutschem Kapital im Iran darzustellen und es niemanden gibt, der diese Beziehungen, ohne selbst ins Zwielicht zu geraten, verteidigen kann.

Mit ihrer Erkenntnis, daß nicht sie, die intellektuelle Linke, die Verhältnisse ändern kann, sondern nur die proletarischen Massen, nur die westdeutschen Massen die Konzerne enteignen können, die vom Faschismus des Schah profitieren, von denen der Faschismus des Schah profitiert, hat diese Linke aufgehört, den Faschismus des Schah, die Herrschaft des westdeutschen Kapitals in der Dritten Welt zu kritisieren. Mit der Erkenntnis, daß der Widerstand der westdeutschen Massen gegen die Herrschaft des Kapitals sich nicht an Problemen der Dritten Welt entzünden wird, sondern nur an den Problemen hier entwickeln kann, haben sie selbst aufgehört, die Probleme der Dritten Welt zum Gegenstand von Politik hier zu machen.

Das ist der Dogmatismus und die Engstirnigkeit eines Teils dieser Linken. Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin nur in nationalem Rahmen denkt und handeln kann, hebt die Tatsache nicht auf, daß das Kapital multinational denkt und handelt, ist vielmehr Ausdruck der Spaltung des Proletariats, Ausdruck von Schwäche. Eine Linke, die nur die Innenpolitik des Kapitals zum Gegenstand ihrer Kritik macht und seine Außenpolitik übergeht, hat selbst die Spaltung der Arbeiterklasse verinnerlicht, sagt der Arbeiterklasse nur die halbe Wahrheit über den Charakter des Systems, über die Politik des Kapitals, mit der die Arbeiterklasse es zu tun hat, alltäglich, in Lohnkämpfen, in absehbarer Zukunft. Das ist der Widerspruch in der Neuen Linken, daß ihre ökonomischen Analysen und politischen Einschätzungen gründlicher, radikaler und genauer sind als alles, was die westdeutsche Linke bis zur Rezession von 66/67 produziert hat, daß diese Linke das Ende der Rekonstruktionsphase, der Nachkriegszeit und das Erstarken des westdeutschen Imperialismus kennt, daß sie weiß, daß sie sich auf außerordentliche Klassenkämpfe vorzubereiten hat, daß sie aber, indem sie sich selbst propagandistisch und organisatorisch auf den nationalen Rahmen beschränkt, phantasielos und engstirnig ist in bezug auf das, was sie sich als revolutionäre Interventionsmethoden vorstellen kann. Ihre Versuche, dem antikapitalistischen Protest, der bis in die Schulen, die Gewerkschaften, die SPD reicht, eine wissenschaftliche Orientierung zu geben, ihre Positionen an den Hochschulen zu halten und auszubauen, sich den Marxismus anzueignen, ihn Lehrlingen und Schülern zugänglich zu machen, die Geschichte der Arbeiterbewegung aufzuarbeiten, in den Betrieben und Schulen Fuß zu fassen, die in diesen Aktivitäten sichtbare Bereitschaft, zu handeln und zu intervenieren, steht im Widerspruch dazu, daß ihr als Interventionsmethoden immer noch nur die einfallen, die die Arbeiterklasse in der Phase von Konkurrenzkapitalismus und Parlamentarismus entwickelt hat: als Rosa Luxemburg am Beispiel der Massenstreiks in Rußland 1905 die immense Bedeutung von Streiks im politischen Kampf erkannte und Lenin die Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes. Es ist der Widerspruch zwischen ihrer Berufung auf die deutsche Arbeiterbewegung als ihrer eigenen Geschichte und der fortgeschrittenen Organisation des westdeutschen Kapitals als westdeutschem Imperialismus als ihrer historischen Gegenwart.

Wenn immer noch ein Teil der revolutionären Linken die RAF für die persönliche Angelegenheit von Baader und Meinhof hält und die Frage des bewaffneten Kampfes wie Howaida auf dem Terrain von „Bild“ und „BZ“ als Kriminalität diskutiert und uns zu diesem Zweck auch falsche Begründungen unterstellt, falsche Positionen anhängt, dann löst sie damit den Widerspruch nicht zwischen ihren Erkenntnissen vom Stand der Klassenkämpfe und ihren Vorstellungen von revolutionären Interventionsmethoden – dann schiebt sie als subjektives Problem auf uns ab, was ihr und uns objektives Problem ist. Dann verhält sie sich wie einer, der vor der Schwere der Aufgabe, die auf ihn zukommt, Angst hat – sie steckt den Kopf in den Sand und denkt nicht mehr nach. Die Verurteilung des Konzepts Stadtguerilla innerhalb eines Teils der Linken erfolgt viel zu oberflächlich und aus dem Ärmel geschüttelt, als daß wir uns damit abfinden könnten, die Lücke zwischen ihrer Einsicht und unserer Praxis einfach wuchern zu lassen, obwohl wir meinen, daß wir diese Lücke

durch unsere Anstrengungen allein nicht schließen können. Den Anspruch, daß sie selbst sich an diesen Anstrengungen beteiligt, halten wir ihrem und unserem Selbstverständnis nach für gerechtfertigt.

Wir haben vor einem Jahr gesagt: Stadtguerilla ist die Verbindung von nationalem und internationalem Klassenkampf. Stadtguerilla ist eine Möglichkeit, im Bewußtsein der Menschen die Zusammenhänge imperialistischer Herrschaft herzustellen. Stadtguerilla ist die revolutionäre Interventionsmethode von insgesamt schwachen Kräften. Einen Fortschritt im Klassenkampf gibt es nur, wenn die legale Arbeit mit illegaler Arbeit verbunden wird, wenn die politisch-propagandistische Arbeit die Perspektive bewaffneter Kampf hat, wenn die politisch-organisatorische Arbeit die Möglichkeit Stadtguerilla einschließt. Das soll hier konkretisiert werden: am Beispiel der Chemie-Arbeiterstreiks 1971, angesichts der objektiven Aktualität der sozialen Frage, der subjektiven Aktualität der Frage des kapitalistischen Eigentums und der Militarisierung der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik und Westberlin.

„Im gegenwärtigen Stadium der Geschichte kann niemand mehr bestreiten, daß eine bewaffnete Gruppe, so klein sie auch sein mag, bessere Aussichten hat, sich in eine große Volksarmee zu verwandeln, als eine Gruppe, die sich darauf beschränkt, revolutionäre Lehrsätze zu verkünden.“

(aus: 30 Fragen an einen Tupamaro) (4)

2.

Der Chemie-Arbeiterstreik 1971

Die großen Streikbewegungen 1971 in der chemischen Industrie und in der Metall-Industrie – die zu den fortgeschrittensten Industrien Westeuropas gehören – haben deutlich gemacht, was die Probleme der Arbeiterklasse in den nächsten Jahren sein werden. Sie haben eine große Bereitschaft zu kämpfen in der Arbeiterschaft gezeigt und gleichzeitig die ökonomische und politische Überlegenheit der Chemie- und Metallindustriellen der Arbeiterklasse gegenüber; sie haben die Komplizenschaft der Gewerkschaftsbürokratien mit der sozial-liberalen Regierung gezeigt und die Rolle dieser Regierung als ausführendem Organ dieses „Staates der Konzerne“. Die Arbeiter haben die Streiks verloren. Sie hatten für 11 und 12 Prozent gestreikt, die Gewerkschaften haben sich auf 7,8 und 7,5 Prozent mit den Unternehmern geeinigt. Die Situation, auf die sich Sozialisten in der Bundesrepublik und Westberlin in den nächsten Jahren einzulassen und zu beziehen haben, ist durch das, was in diesen Streiks sichtbar geworden ist, gekennzeichnet: subjektiv verschärfte Kampfbereitschaft in der Arbeiterklasse, objektiv verminderte Kampfkraft; objektiv Lohnabbau, Verlust des „sozialen Besitzstandes“, subjektiv mehr Bewußtsein vom Klassengegensatz, Klassenhaß.

Die Stärke der Chemie-Industrie war ökonomisch das Resultat einer Entwicklung von Konzentration und Kapitalexport, zu dem die Wirtschaft Westeuropas insgesamt unter dem Druck der nordamerikanischen Konkurrenz gezwungen ist. Sie war politisch das Resultat der Lehren, die die westdeutsche Industrie aus dem Mai '68 in Frankreich und den wilden Streiks im September '69 gezogen hat, ihre Gegenoffensive gegen das in den Septemberstreiks sichtbar gewordene, erstarkte Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft hier.

Konzentration

Die größeren amerikanischen Unternehmen können immer noch trotz höherer Löhne geringere Produktionskosten erzielen, aufgrund ihrer Größe und aufgrund ihres technologischen Vorsprungs. Hugh Stephenson von der „Times“: *„Das Problem der Größe gilt nicht so sehr für die Größe der Fabrikanlage, sondern darunter ist die finanzielle und wirtschaftliche Größe zu verstehen. Großer Umsatz allein bedeutet noch nicht viel. Er hat aber im Gefolge den Vorteil der beherrschenden Marktposition. Und das ist eine Prämie, ohne die die großen Kapitalinvestitionen in der modernen Industrie, selbst wenn sie nicht in den Bereich der fortgeschrittenen Technologie gehören, nicht befürwortet werden können. Die Art des Wettbewerbs zwischen Unterneh-*

men in fortgeschrittenen Industriezweigen, wie Auto, Chemie und Erdöl, hat sich grundlegend geändert. Die Kosten neuer Investitionen sind so hoch, daß den betroffenen Gesellschaften eine stabilere zukünftige Nachfrage gesichert sein muß, als dies bei scharfem Wettbewerb möglich wäre. Unter diesen Umständen ist es unausbleiblich, daß sich die Industrie in Europa in der Zukunft in einer weiteren Phase der Konzentration zu wenigen und größeren Gruppierungen zusammenschließen wird.“ („Die Welt“, 23.2.72)

Öffentliche Gelder

Konzentration ist die eine Sache. Der Zufluß öffentlicher Gelder für Forschungs- und Entwicklungsausgaben die zweite. Den nordamerikanischen Unternehmen stehen mehr Gelder dafür zur Verfügung durch ihre Größe und durch die permanente Rüstungswirtschaft der USA. 1963–64 gaben die USA 3,3 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Forschungszwecke aus – gegenüber nur 1,5 Prozent im Durchschnitt in Westeuropa. Hugh Stephenson: *„In den Bereichen fortgeschrittener Technologie mit riesigen und immer noch steigenden Forschungs- und Entwicklungskosten wird Europa keinen Erfolg haben, wenn nicht der ständige Fluß öffentlicher Gelder gewährleistet ist.“* Sei er das nicht, dann sei es besser, von Anfang an mit amerikanischen Firmen Korporationsabkommen zu schließen. Das ist der Druck, der heute von der Wirtschaft auf den Staat ausgeübt wird. Konzentration und staatliche Subvention sind zur Lebensfrage des kapitalistischen Westeuropas geworden.

Kapitalexport

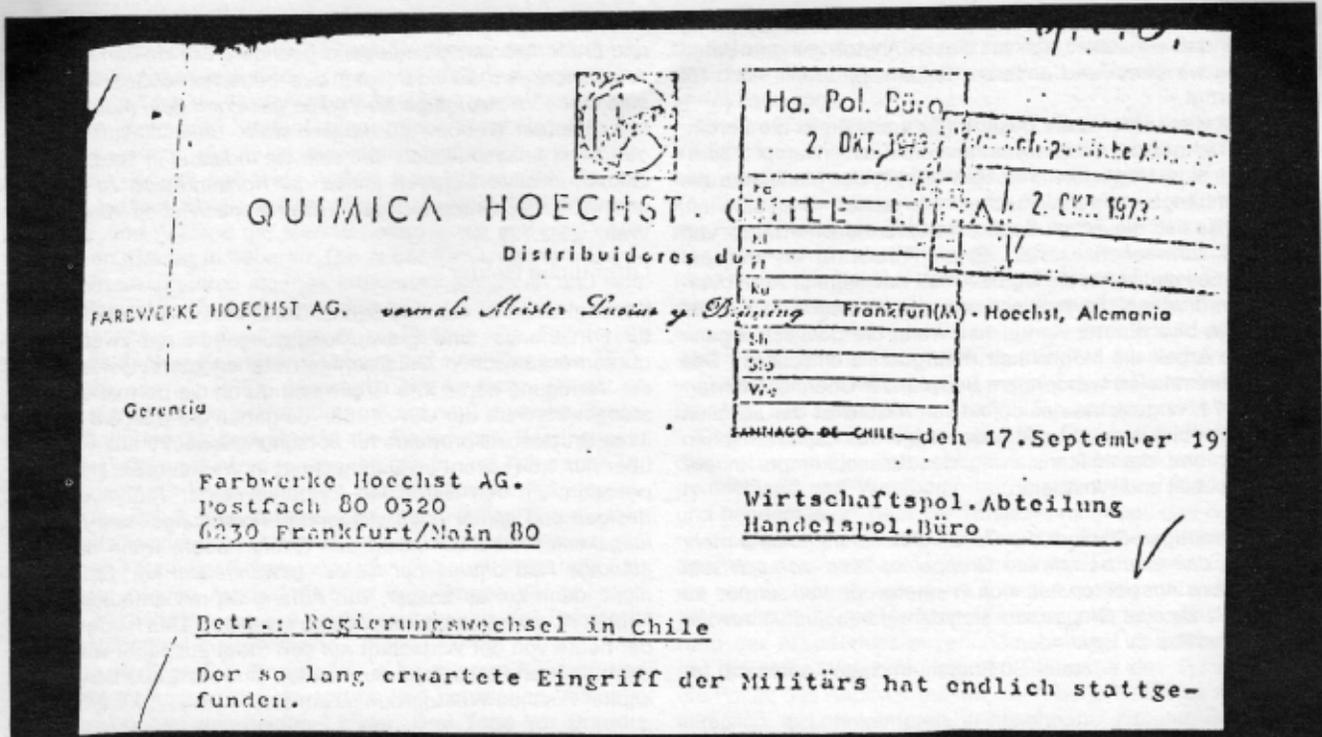
Die dritte Sache heißt Kapitalexport, heißt Beteiligung an ausländischen Unternehmen und Errichtung eigener Produktionsanlagen im Ausland, zum Zwecke der billigeren Rohstoffbeschaffung, um das niedrigere Lohnniveau in anderen Ländern als Profit zu kassieren, um Transportkosten beim Warenverkauf auf ausländischen Märkten zu sparen.

Weil die chemische Industrie an der Spitze dieser Entwicklung steht, hat der Chemie-Arbeiterstreik 1971 exemplarischen Charakter, kann an seinem Beispiel eine ganze Entwicklung begriffen werden, die von der Streikvorbereitung durch die Chemie-Arbeitgeber im Dezember '70 bis zum Rauschmiß von DKP-Lehrern aus dem Staatsdienst und der Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in eine Bundespolizei reicht, vom Faschismus in der Bundesrepublik, der sich erst entfaltet, bis zur CSU-Machtergreifung beim Bayerischen Rundfunk, der Ablehnung, Mandel an die FU zu lassen (5), bis zum Vollzug der Todesstrafe an der Roten Armee Fraktion. Es ergibt sich daraus, daß in den nächsten Jahren tatsächlich immer mehr Menschen, und zwar aller Schichten, die Kapitaleigner ausgenommen, mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen unzufrieden sein werden; und es ergibt sich daraus, daß es falsch, taktisch und strategisch falsch ist, die Eigentumsfrage nicht überall und andauernd als die Hauptfrage herauszustellen, da noch mit Wischi-Waschi-Argumentationen wie Mitbestimmung und „Wehret den Anfängen“ herumzuhantieren. Das ergibt sich aus einer Entwicklung, die diejenigen, die davon profitieren, am wenigsten verschleiern können.

Bayer – BASF – Farbwerke Hoechst

Die Chemie-Industrie gehört zu den am stärksten konzentrierten Industrien Westdeutschlands. Der Umsatzanteil der drei IG-Farben-Nachfolger Bayer, Farbwerke Hoechst und BASF liegt bei 50 Prozent der Branche. Die drei Chemiekonzerne gehören zu den vier größten Aktiengesellschaften der Bundesrepublik. Von 597000 in der Branche Beschäftigten arbeiten allein 200000 bei den großen drei. Sie verfügen über mehr als 50 Prozent der unternehmenseigenen Forschungs- und Entwicklungsaufwendung der chemischen Industrie. Allein die BASF gliederte sich in den Jahren 1965–70 Unternehmen und Konzerne im Wert von 4 Milliarden Umsatz ein, das war mehr, als sie selbst 1965 umgesetzt hat.

Über die Zusammenarbeit dieses Staates mit den Chemie-Konzernen heißt es im Bundesforschungsbericht 1969: *„Gerade in der chemischen Industrie kann man von einer echten Arbeitsteilung zwischen staatlich geförderter Grundlagenforschung*



Die Hoechst-Tochtergesellschaft in Chile telegraphiert nach dem Putsch 1973 an die Frankfurter Hoechst-Zentrale: „Der lang erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden. Am 13. abends stand bereits einwandfrei fest, daß der Staatsstreich mit relativ geringen Verlusten an Material und Menschenleben ... gelungen war. Chile wird in Zukunft ein für Hoechster Produkte zunehmend interessanter Markt sein.“

und Industrieforschung sprechen. Die chemische Industrie kann ihre bisherigen Wachstumsraten und ihre internationale Bedeutung nur aufrecht erhalten, wenn die (staatlich geförderte) Grundlagenforschung einen hohen Stand beibehält.“

Kapitalexport in der chemischen Industrie heißt: Während die gesamte westdeutsche Industrie 1970 19,3 Prozent ihrer Umsätze im Ausland machte, waren es für die Farbwerke Hoechst 44 Prozent, für BASF 50 Prozent, für Bayer 56 Prozent. Sie produzieren u.a. in Südafrika, Portugal, der Türkei, dem Iran und Brasilien. An Portugal, die Türkei und den Iran gibt die Bundesrepublik gleichzeitig Militärhilfe. Daß diese Militärhilfe dazu dient, die Kapitalverwertungsbedingungen des westdeutschen Kapitals in diesen Ländern zu sichern, d.h. das niedrige Lohnniveau zu halten, dagegen kämpfende Arbeiter zusammenzuschließen, weiß man. Bekannt ist inzwischen auch, daß diese Militärhilfe seit Mitte der 60er Jahre als Hilfe für den Ausbau von „Sicherungskräften“, d.h. für die Polizei, gegeben wird, insofern der Anti-Guerilla-Krieg als Kampf gegen Kriminalität geführt wird, eine Sprachregelung, mit der behauptet werden kann: Es gibt keinen Widerstand, die Massen sind mit allem einverstanden, es gibt nur Kriminelle und Kriminalität. Amerikanische Militärhilfe an den Iran wurde gegeben zur Unterstützung des Kampfes gegen Rauschgifthandel und -schmuggel, Brandt hat keine „ideologischen Vorurteile“, wenn Todesurteile gegen Revolutionäre als Verurteilungen von Kriminellen ausgegeben werden. Scheel (6) formulierte kürzlich erst das gemeinsame Interesse der Bundesrepublik mit der brasilianischen Militärjunta gegen „Terrorismus“ und „subversive Aktivitäten“, das war beim Abschluß des Vertrages, der der Bundesrepublik den Zugang zu brasilianischen Uranvorkommen sichert, das galt den lateinamerikanischen Guerillas, die der BASF Bomben ins Haus legen. Die westdeutsche Chemie kontrolliert zusammen mit amerikanischen Konzernen fast den gesamten chemischen und pharmazeutischen Markt im Iran. Der Iran hat die höchsten Wachstumsraten der westlichen Welt; Südafrika die höchsten Profitraten – VW z.B. zahlte im Durchschnitt der letzten Jahre 30 Prozent Dividende, 1968 sogar 45 Prozent. Die westdeutsche chemische und pharmazeutische Industrie beherrscht den südafrikanischen Markt zu 10 bis 12 Prozent allein schon mit den dort

von ihr produzierten und verkauften Waren.

Druck auf die Löhne, Herabsetzung des Lohnkostenanteils am Umsatz wird erreicht durch die Ausnutzung des niedrigen Lohnniveaus im Ausland, durch Gastarbeiter, durch Investitionen im Inland, die in der chemischen Industrie in den letzten Jahren zu 75 Prozent der Kapazitätserweiterung und Rationalisierung dienen, zur Freisetzung von Arbeitskräften. In Zahlen: Während die Beschäftigtenzahl in der chemischen Industrie von 1950 bis '70 um nur 100 Prozent stieg, stiegen die Umsätze um 636 Prozent. Allgemein besteht die Tendenz, die Beschäftigtenzahlen zu senken. Die Schließung der Phrixwerke hat Schlagzeilen gemacht. Hüls kündigte in diesem Februar an, daß es 1972 die Belegschaftsstärke um 3 bis 4 Prozent senken werde. Die Chemie-Industriellen sprechen von der „zunehmenden Bedeutung der Arbeitskostenbelastung“. Sie meinen: Entlassungen und Herabsetzung der Löhne. Sie gingen in die Tarifrunde 1971 mit der Absicht, ihre Vorstellungen von „Arbeitskostenbelastung“ durchzusetzen, d.h. die Arbeiterklasse mit einem massiven Angriff in die Defensive zu treiben.

Die Stärke der Kapitalistenklasse

Konzentration als Voraussetzung für eine starke Verhandlungsposition des Kapitals bedeutet: einheitliches Handeln der Arbeitgeber, insofern die Arbeitgeberverbände von denen beherrscht werden, die den Markt beherrschen: Bayer, BASF und Hoechst; Kapitalexport bedeutet Stärke, insofern die Arbeiterklasse, die den Chemie-Industriellen gegenübersteht, nicht die einzige mehrwertproduzierende der chemischen Industrie ist. Indem die Aufhebung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen im Arbeitskampf in den Nationalstaatsgrenzen immer noch ihre faktische Grenze hat, legt der Streik die Mehrwertproduktion für das Kapital nur teilweise still. Während die Arbeiter alles aufs Spiel setzen, steht für das Kapital nur ein Teil auf dem Spiel.

Darüber, daß die Chemie-Industriellen ihre Stärke in den Tarifverhandlungen rücksichtslos ausspielten, politisch einzusetzen wußten, gibt es überhaupt keinen Grund zu jammern. Es ist falsch, eine spezifische Bosheit der Chemie-Industriellen darin zu sehen, daß sie bestrebt sind, das Lohnniveau durch Ausnut-

zung der Sklavenarbeit in Afrika, Asien und Lateinamerika zu drücken, sich durch Investitionen Arbeitskräfte vom Hals zu schaffen, sich durch Konzentration ökonomische und politische Handlungsfreiheit und Flexibilität zu sichern. Die Brutalität ihrer Handlungen als Ausbeutung, als politische Unterdrückung, als das Bestreben, die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft auf ein Minimum zu drücken, entspricht der Rationalität des Systems, als Druck der nordamerikanischen Konkurrenz auf die Wirtschaft Westeuropas, der Rationalität der Branche, ihrer Produkte und Märkte – sie ist als Unmenschlichkeit und Verbrechen dem System immanent und wird nur mitsamt dem System abgeschafft oder gar nicht.

Die Chemie-Industriellen hatten die Streiks bis ins Detail vorbereitet, sie, nicht die Gewerkschaften, wollten den Streik, und sie, nicht die Gewerkschaften, haben den Streik gewonnen. Die Arbeiter erlitten eine Niederlage. Sie hatten, mit verteilten Rollen, alle gegen sich: das Kapital, die Regierung, die Gewerkschaftsbürokratien.

Die Vorbereitung der Streiks

Im Februar '71 kündigten die Gewerkschaften die Tarife für Hessen, Nordrhein und Rheinland-Pfalz zum 31. März und forderten 11 bis 12 Prozent, für Hessen linear 120,- Mark, das heißt für Hessen: Lohnerhöhung für alle Lohngruppen gleich, Einfrieren der Lohnschere, ein Schritt zur Herstellung von Einheit für die Arbeiterklasse. Die Chemie-Industriellen machten kein Angebot.

Im Dezember '70 schon hatten die Chemie-Industriellen die „gegenseitige Hilfeleistung“ der Unternehmen im Fall eines Streiks vorbereitet. Das war die Übernahme von Lohnaufträgen zu Be- und Verarbeitung von Rohstoffen, Vor- und Zwischenprodukten, die Zuverfügungstellung von Produktionseinrichtungen und Transportmitteln; das war die Bevorratung ihrer Produkte bei ihren Abnehmern für wenigstens acht Wochen, das ging bis runter zu den Apotheken und Universitäten – der Rektor der Universität Düsseldorf forderte z.B. die Institute und Seminare auf, sich vorsorglich einzudecken. Betriebliche Maßnahmen waren detailliert ausgearbeitet: Betriebsanleitungen für Streikbrecher, die Anlage abhörsicherer Telefone, die namentliche Erfassung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Druckmöglichkeiten für Flugblätter, Kontakte zur Lokalpresse und örtlichen Meinungsträgern wie Lehrer, Pfarrer, Vereine; namentliche Erfassung „politischer Untergrundkräfte“ zur Weitergabe an Verfassungsschutz und Polizei, Kontakte zur Polizei, zu Regierungsstellen, zu Innenministern. Argumentationsketten waren vorbereitet wie „Gefährdung der Arbeitsplätze durch Streik“ etc.

Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Farbwerke Hoechst hatten im Dezember '70 eine Mitgliederbefragung zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen verlangt. Die Tarifkommission – aus Vertretern der IG Chemie und Betriebsräten der Großbetriebe – lehnte das ab. Das Abstimmungsergebnis, mit dem Arbeitermitbestimmung abgelehnt wurde, war nicht einmal knapp: 4 gegen 1. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute von Merck, Darmstadt, stellten die Forderung 160 Mark oder 12 Prozent auf. Auch sie kamen in ihrer Tarifkommission nicht durch.

Staatliche Unterstützung für die Kapitalistenklasse

Staatliche Unterstützung hatten die Arbeitgeberverbände. Die ursprünglich auf 9 Prozent projektierte Lohnleitlinie wurde zu Jahresbeginn auf 7,5 Prozent reduziert. Brandt am 11. Mai im Bundestag: „Zu starke Lohnkosten könnten in dieser Phase die Gefahr von Unterbeschäftigung hervorrufen.“ Die Sachverständigen stellten in ihrem Sondergutachten zur Unterstützung der Chemie-Industriellen fest, daß „eine sehr langsame Verminderung der Lohnsteigerungsrate“ nicht ausreicht, sondern „eine Zäsur notwendig ist“ (Mai '71).

Im Mai kamen die Chemie-Industriellen mit einem Angebot von 5 Prozent heraus. Im Mai ließ die IG Chemie in ihren Pressemitteilungen durchblicken, daß sie nicht auf 11 bis 12 Prozent beharren würde, daß sie auch mit 8 oder 9 Prozent zufrieden wäre.

Der Verrat von Rheinland-Pfalz

Am 24. Mai aber wurde in Rheinland-Pfalz – zur Überraschung der Öffentlichkeit – ein Tarifvertrag abgeschlossen über 7,8 Prozent für zehn Monate, das sind bei einer faktischen Laufzeit von zwölf Monaten 6,5 Prozent, weniger also als Schillers Orientierungsdaten. In Rheinland-Pfalz herrscht die BASF. Die BASF brauchte keinen Streik. Auch bei Bayer und Hoechst wurde später nicht gestreikt. Die Belegschaften der Großbetriebe brauchten die Demütigung der Streikniederlage nicht, sie werden durch ein vielfach gefächertes Pazifizierungssystem diszipliniert: Werkswohnungen, scheinbare Gewinnbeteiligung, Ausbildungsbeihilfen, ein betrieblicher Vertrauensleutkörper neben dem gewerkschaftlichen, eine Arbeitsorganisation, die die Belegschaften hundertfach in räumlich getrennte Betriebseinheiten spaltet, ein Lohnsystem, das sie nach Lohngruppen spaltet, Leichtlohngruppen, die sie nach Männern und Frauen spaltet.

Das Flugblatt, das die IG Chemie zu diesem Abschluß an ihre Mitglieder verteilte, verteilten in Hessen die Chemie-Industriellen an ihre Belegschaften. Die Tarifkommissionen in Nordrhein und Hessen gaben sich empört über den Abschluß in Rheinland-Pfalz. Sie redeten von Kampfmaßnahmen, ohne sie vorzubereiten. Die IG Chemie forderte ihre Mitglieder lediglich auf, ihre Beiträge in Ordnung zu bringen und neue Mitglieder zu werben.

Streik

Am Widerstand der Chemie-Industriellen scheiterte schließlich die Bundesschlichtung für Nordrhein, für Hessen, später für Westfalen und Hamburg. Nach dem Scheitern der Bundesschlichtung begannen die Streiks. Von Anfang Juni bis Anfang Juli waren insgesamt 50000 Arbeiter in diesen vier Bezirken im Streik, 150000 beteiligten sich an Aktionen. In Nordrhein wurde für 9 Prozent gestreikt, in Hessen für eine lineare Erhöhung um mindestens 120 Mark, wenigstens 11 Prozent, in den anderen Bezirken für 11 und 12 Prozent. Es waren die ersten Streiks in der chemischen Industrie seit 40 Jahren, seit den Lohnkämpfen zu Anfang und Ende der 20er Jahre.

Die organisatorische Initiative ging nicht von den Gewerkschaften, sie ging von den Arbeitern aus. Bei Glanzstoff, Oberbruch, ging sie von 120 Handwerkern aus, die am 3. Juni spontan die Arbeit niederlegten. Als später die Gewerkschaft die Lahmlegung von Schlüsselindustrien empfiehlt, schließen sich andere Abteilungen dem aktiven Streik spontan an. Bei Dynamit Nobel, Troisdorf, begannen die Aktionen mit einer spontanen Arbeitsniederlegung der Handwerker der Zündstofffabriken. Bei den Clouth-Gummiwerken, Köln, bei denen vier Wochen lang gestreikt wurde, gingen die Walzwerker an. Bei Degussa, Wolfgang, gingen die Handwerker von sich aus in kleinen Gruppen durch die Produktionshallen, um die Arbeiter zur Kundgebung von Betriebsrat und Vertrauensleuten zu holen. Bei Braun, Meisungen, gingen die Arbeiter im Apparatebau an. Bei Glanzstoff, Kelsterbach, begannen die Aktionen mit den Sitzstreiks einiger Spanier. Bei Merck, bei den Farbwerken Hoechst – überall gingen die Aktionen von kleinen, aktiven Gruppen aus. In einigen Betrieben ist den ganzen Juni über gestreikt worden.

Am 8. Juni nahmen 10000 Arbeiter an einer Großkundgebung der IG Chemie in der Kölner Sporthalle teil. Am 14.6. war Aktionstag in Nordrhein: In 38 Betrieben streikten 19000 Arbeiter. Am 16.6. fand die zweite Großkundgebung der IG Chemie in Köln mit noch mal 10000 Arbeitern statt. Gleichzeitig beteiligten sich 16000 an Aktionen in Hessen – 4000 Arbeiter der Farbwerke Hoechst demonstrierten zu einer Kundgebung der Gewerkschaft, es war das erstemal seit 50 Jahren, daß bei Hoechst – wenn auch nur für ein paar Stunden – gestreikt wurde. Ende Juni streikten in Hessen, Nordrhein, Hamburg und Westfalen 38000 Arbeiter. Wenn man bedenkt, wie zweideutig die Gewerkschaftsbürokratien sich verhielten, daß die Initiative zu den Streiks von kleinen Gruppen ausging, dann sind das eindrucksvolle Zahlen.

Aber bei Merck stellte sich erst unter dem Druck der Belegschaft der Betriebsratsvorsitzende hinter die Forderung der Gewerkschaft. Die Streikleitung bei Bayer, Leverkusen, kam mit ihrem Streikbeschluß bei der Streikbezirksleitung nicht durch.

Viele wollten nicht streiken, weil ihnen die Forderung nicht hoch genug war. Viele wollten nicht streiken, weil sie meinten, am Ende gäbe es ja doch einen miesen Kompromiß. Daß es bei den Farbwerken Hoechst und bei Bayer, Leverkusen, – als den größten Betrieben in Hessen und Nordrhein – bei Einzelaktionen blieb, entmutigte viele. Das Pazifizierungssystem der Konzerne zahlte sich aus.

Während die Arbeiter streikten, unternahmen die Chemie-Industriellen alles, um in der Offensive zu bleiben – blieben die Gewerkschaften defensiv. Der stärkste Druck auf die Arbeiter wurde mit der Behauptung ausgeübt, die Streiks seien illegal, weil keine Urabstimmung stattgefunden hätte – die IG Chemie ist gesetzlich nicht verpflichtet, Urabstimmungen abzuhalten, anders als die IG Metall. Bei Hoechst ist es mit dem Argument „Kein Streik ohne Urabstimmung“ zu keinen Streiks gekommen. Die Streikleitung von Merck stellte die Frage des Rechts als Machtfrage im Klassenkampf: „Im Arbeitskampf, das sagt schon das Wort, ist unser Recht aufgrund der Meinung der Mehrheit, der Streikenden nämlich, vorrangig.“ Der IG Chemie fiel nur der Hinweis auf ihre Satzung ein.

Den Chemie-Industriellen waren legale und illegale Mittel gleich recht: Bei Merck wurden Gerüchte verbreitet, es gäbe Verletzte, es seien Steine auf Werksschienen gelegt worden, „betriebsfremde Elemente“ hätten Sabotage verübt, Streikposten seien mit Fahrradketten und Schlagringen bewaffnet. Bei Glanzstoff, Oberbruch, sind Gerüchte über Schießereien verbreitet worden. Polizeieinsätze verschafften Streikbrechern Durchgänge zu den Betrieben, bei Merck und bei Glanzstoff, Kripo fotografierte Streikposten, griff Streikposten an, Busse mit Streikbrechern fuhrten in die Streikposten rein (Glanzstoff); die Unternehmensleitung von Merck störte den Funkverkehr zwischen den Streikposten, verstärkte den Werkschutz, Bereitschaftspolizei stand bereit, Betriebsfremde wurden als Streikbrecher geholt, ein Lager wurde aus dem Werksgelände ausgelagert. Bei Glanzstoff waren die Polizeieinsätze so hart, daß junge Polizisten zu weinen anfangen und durch ältere ersetzt werden mußten, bevor die Polizei den Streikbrechern den Weg freimachen konnte.

Klassenjustiz

Einstweilige Verfügungen der Arbeitsgerichte kamen dazu, um den Zugang von Streikbrechern in die Betriebe abzusichern, Polizeieinsätze zu legalisieren, Streikaktionen zu illegalisieren. Bei Merck schloß die IG Chemie nach Erlaß der Einstweiligen Verfügung einen Vergleich, der den Inhalt der Verfügung nicht außer Kraft setzte – Durchgang für Streikbrecher –, dafür die gerichtliche Intervention noch gewerkschaftlich sanktionierte. So fiel die Gewerkschaft den Arbeitern von Merck in den Rücken, deren Streikleitung zu der Einstweiligen Verfügung erklärt hatte: „Das Auge des Gesetzes sitzt im Angesicht der herrschenden Klasse. (Ernst Bloch)“ „Uns unterstellt die Geschäftsleitung die Gewalt, die von eben dieser Geschäftsleitung und nur von ihr ausging und ausgeht.“ Die zu dem Vergleich erklärte: „Der Vergleich täuscht ein Recht für sogenannte Arbeitswillige, das heißt von Streikbrechern, vor. Aber die Unternehmer weigern sich ganz entschieden, ein wirkliches Recht auf Arbeit zu gewähren. Wo blieb das Recht auf Arbeit in der Krise 1966/67?“

Der Oberbürgermeister von Darmstadt verband die Neutralitätserklärung von Staat und Polizei mit der Drohung, daß doch wohl kein Arbeiter den Urlaub im Krankenhaus verbringen wollte.

Den Arbeitern von Merck gelang es immer wieder, den Durchgang für Streikbrecher zu blockieren, gegen die Polizei, zeitweilig mit Unterstützung von Studenten. Indem sie ihren Streik offensiv führten, kamen keine Zweifel an seiner Rechtmäßigkeit unter den Arbeitern auf. Unrechtmäßig dagegen war nach Beendigung der Streiks die Entlassung von 17 Lehrlingen und Jungarbeitern bei Merck.

Während die Gewerkschaften sukzessive ihre Forderungen herabsetzten, während die Arbeiter streikten, erklärten die Chemie-Industriellen die Löhne kurzerhand als vom 1. Juni an um 6,5 Prozent erhöht. Ein Korruptionsversuch, der gegenüber den Arbeitern weitgehend mißlang. Den Machenschaften der Gewerkschaftsführung aber waren sie nicht gewachsen. Die

schloß sich einem Kommuniqué der Konzentrierten Aktion im Juni an, das einer Aufforderung gleichkommt, die Streiks mit einer Niederlage zu beenden: „Die am Gespräch der Konzentrierten Aktion Beteiligten werden in voller Eigenverantwortlichkeit auf Unternehmer und Gewerkschaften einwirken mit dem Ziel, daß alle Beteiligten sich nicht an den Preis- und Einkommenserwartungen des Booms orientieren, sondern an den Notwendigkeiten einer Phase der gesamtwirtschaftlichen Konsolidierung.“

Damit kam es Anfang Juli zwischen dem Hauptvorstand der IG Chemie und den Chemie-Industriellen zum Abschluß: 7,8 Prozent = Lohnleitlinie = das Ergebnis von Rheinland-Pfalz. Die Streikleitung von Merck schickte ein Protesttelegramm an den Hauptvorstand, er möge zurücktreten. Bei den Clouth-Gummiwerken wurden die Gewerkschaftsvertreter bei Bekanntgabe des Abschlusses ausgepiffen. Der Streik war beendet.

Die Chemie-Industriellen hatten erreicht, was sie wollten. Sie wollten, daß der erste Streik in der Chemie-Industrie in seinem Verlauf und Inhalt von ihnen bestimmt wird, daß die erste Streikerfahrung der Chemiearbeiter dieser Generation die Erfahrung einer Niederlage ist, weil sie „im Hinblick auf die zuneh-



Chemiearbeiterstreik 1971

mende Bedeutung der Arbeitskostenbelastung mit der Möglichkeit rechnen, daß bei künftigen Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie ernste Auseinandersetzungen, also u.U. auch Arbeitskämpfe nicht vermieden werden können“ (aus: Hilfeleistung im Arbeitskampf) – weil für die Chemie-Industriellen dieser Streik keine vereinzelte Erscheinung war, sondern eine Etappe in einer langfristigen Strategie im Kampf gegen die Arbeiterklasse. Mit den Worten des Sprechers der Deutschen Bank, Ulrich: „Es bedarf mehrerer Schritte, die allerdings jeweils groß genug sein müssen, um bald das Ziel – Steigerungsraten von nur noch zwei oder drei Prozent – zu erreichen.“ (Februar '72)

Die Arbeiter haben nicht erreicht, was sie wollten: mehr Einheit – das war der Inhalt der 120-Mark-Forderung in Hessen; Lohnerhöhungen, die nicht hinter den Preissteigerungen zurückbleiben – das war der Inhalt der Streikbewegung; Geschlossenheit – mit, nicht ohne die Arbeiter von Bayer, BASF und Hoechst; Erfolg.

Sicher ist dieser Tarifabschluß Ausdruck des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen. Wobei man sagen kann, das Kapital hat fast alles in der Hand, die Arbeiter fast nichts. Die Seite des Kapitals ist geschlossen und „konzentriert“, die Arbeiterklasse vielfältig gespalten; das Kapital hat starke Organisationen, die es fest in der Hand hat, die Arbeiter Gewerkschaften, die sie nicht in der Hand haben, deren Bürokratie und Führung eine arbeiterfeindliche Politik macht, zusam-

men mit der jetzigen Regierung; das Kapital hat den Staat, die Arbeiterklasse hat ihn gegen sich; das Kapital ist international organisiert, die Arbeiterklasse kann immer noch nur im nationalen Rahmen handeln; das Kapital hat eine klare, langfristige Strategie und propagiert sie in allen Bereichen, ist entschlossen, den Angriff auf die Arbeiterklasse zu führen. Die Arbeiterschaft wird dem ihre Wut entgegenhalten – das ist aber auch alles, was sie dann hat.

Die Militarisierung der Klassenkämpfe

Trotz dieser Stärke des Kapitals, trotz dieser Schwäche der Arbeiterklasse rüstet der Staat auf, bereitet die Militarisierung der Klassenkämpfe vor. Die politischen Maßnahmen entsprechen den ökonomischen Fakten: der Aggressivität des Kapitals. Die politischen Fakten signalisieren den Umfang und die Schärfe des Angriffs.

Je weniger sich das Allgemeinwohl aus der Politik des Kapitals von selbst ergibt, als Wohlstand, wachsende Einkommen, Verbesserung der Lebensbedingungen aller, desto mehr muß getrommelt werden, desto weniger kann man sich Kritik an den Maßnahmen des Kapitals mehr leisten: Deshalb werden überall kritische Journalisten gefeuert, deshalb werden die Schulen von Linken gereinigt, deshalb greift die CSU zum Bayerischen Rundfunk, und das kann nur der Anfang der Gleichschaltung der ARD-Anstalten mit dem ZDF sein – auch wenn es in anderen Bundesländern nicht so schnell gehen kann.

In dem Maß, in dem die Loyalität der Massen gegenüber dem System nicht mehr erkaufte werden kann, muß sie erzwungen werden, nicht mehr freiwillig erfolgt, wird Gewalt angedroht: wird der Bundesgrenzschutz in eine Bundespolizei umgewandelt und von 23000 Mann auf 30000 vergrößert; wird die Polizei mit Maschinenpistolen ausgerüstet, soll sich der Bürger an den mit einer MP bewaffneten Bullen an der Kreuzung gewöhnen wie ans Steuerzahlen, wird das Haftrecht verschärft, werden Notstandsübungen durchgeführt, bei denen scharf geschossen wird, werden Genossen in U-Haft genommen, wird an RAF-Verdächtigen die Todesstrafe vollstreckt.

In dem Maß, in dem das Volk keinen Grund mehr hat, nachdem der Kapitalismus in Westdeutschland einmal erzwungen worden ist, weiterhin aus sich heraus antikommunistisch zu sein, müssen Kommunisten gewaltsam vom Volk isoliert werden: Deshalb fliegen die Linken aus den Betrieben, deshalb wird der Preis immer höher, den die DKP für ihre Legalität zahlen muß – (und es scheint: sie zahlt jeden) –, deshalb droht die chemische Industrie der FU, sie werde FU-Absolventen nicht einstellen, wenn nicht Ruhe und Ordnung an der FU wiederhergestellt werden.

In dem Maße, wie der Gedanke der kommunistischen Alternative aufgrund der Widersprüche, die das System selbst erzeugt, an Boden gewinnt, müssen Freiräume, von denen aus er noch propagiert werden könnte, geschlossen werden: Deshalb wird Mandel nicht an die FU gelassen, ruft der Universitätspräsident in Frankfurt die Bullen, damit die Klausuren geschrieben werden, die die Industrie verlangt, hetzt Löwenthal gegen Spartakus, greifen Löwenthal-Kameramänner Studenten an, um jene Krawallszenen ins Bild zu kriegen, die zur Volksverhetzung gebraucht werden.

Nachdem in zehn Jahren Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik – seit der Mauer 1961 – die Unfallquoten der Ausländer immer noch doppelt so hoch sind wie die der deutschen Arbeiter, die schon hoch genug sind, die Unterkünfte immer noch Ghettos, die Diskriminierung im Betrieb und im Stadtteil immer noch total ist und die ausländischen Arbeiter nun anfangen, sich selbst zu organisieren, um sich besser wehren zu können, wird das Grundgesetz geändert, um die Ausländerorganisationen noch besser überwachen, noch schneller zerschlagen zu können, als das aufgrund des faschistischen Ausländergesetzes und des antikommunistischen Vereinsgesetzes schon möglich ist.

Angesichts dieser Entwicklung das bißchen Vorwand, das die Rote Armee Fraktion dem Kapital propagandistisch bietet, für den Kern des Problems zu halten, die Zuspitzung der Klassenkämpfe in kausalen Zusammenhang mit uns zu bringen, das

Aufkommen von Rechtsradikalismus für eine Reaktion auf uns zu halten, ist objektiv die Argumentation des Klassenfeindes, ist subjektiv eine ganz oberflächliche Betrachtungsweise, die nur von der äußerlichen Erscheinung der Dinge, so wie die bürgerliche Presse sie darstellt, ausgeht.

Die legale Linke und der Staatsfeind Nr. 1

Die legal arbeitende Linke ist dieser Offensive des Kapitals gegenüber nicht nur defensiv, sie ist auch objektiv ratlos. Sie setzt dem ihre Flugblätter und Zeitungen entgegen, ihre Arbeiteragitation, die besagt, daß das Kapital an allem schuld ist, was ja richtig ist, daß die Arbeiter sich organisieren müssen, die sozialdemokratische Linie in den Gewerkschaften überwinden müssen, lernen, ökonomische Kämpfe zu führen, das Bewußtsein als Klasse zurückgewinnen – was notwendige politische Arbeit ist. Als einzige politische Arbeit ist sie kurzichtig. Sie sieht die Maschinenpistolen und sagt: den Ökonomischen Kampf entwickeln. Sie sieht die Notstandsübungen und sagt: Klassenbewußtsein. Sie sieht den Faschismus und sagt: die Klassenkämpfe nicht zuspitzen. Sie sieht die Kriegsvorbereitungen und sagt: Bündnispolitik mit dem Mittelstand. Sie sieht die Arbeits- und Bundesarbeitsgerichtsurteile, mit denen zukünftige Streiks illegalisiert werden sollen, und sagt: Legalität.

Die Konterrevolution traut sich zu, mit allen Problemen fertig werden zu können, die sie produziert, auch ist ihr kein Mittel zu dreckig dafür. Aber sie kann nicht warten, bis der Faschismus sich wirklich entfaltet hat, die Massen für sie mobilisiert sind, und sie braucht die Gewißheit, daß Bewaffnung und bewaffneter Kampf ihr Monopol bleibt – daß die Wut der Arbeiterklasse, die sie zu provozieren entschlossen sind, diese Idee nicht faßt und mit der Idee die Mittel nicht: die Idee des bewaffneten Kampfes als revolutionäre Guerilla, die aus dem Hinterhalt kämpft und nicht zu fassen ist, die sie zur Rechenschaft zieht, die ihre Polizei demoralisiert, die als Gegengewalt ihrer Gewalt Widerstand leistet.

Genscher wäre nicht der Innenminister der herrschenden Klasse, wenn er nicht die unglaublichsten Anstrengungen unternähme, uns „aus dem Verkehr zu ziehen“, wenn er uns nicht zum Staatsfeind Nr. 1 erklärt hätte, noch bevor wir etwas gemacht haben, was uns als solchen ausweisen würde, wenn er nicht alles, aber auch alles täte, um uns von den Linken, der Arbeiterschaft, der Bevölkerung zu isolieren, wenn er uns nicht ermorden ließe. Das kann nur noch viel schlimmer werden.

Aber sie können ihre Kriegsvorbereitungen nicht mehr heimlich durchführen und nicht mehr auf dem Boden ihrer eigenen Legalität, sie sind gezwungen, ihre eigene Ordnung zu brechen und als das aufzutreten, was sie sind: als Feinde des Volkes – und die Linke macht auf einer dialektisch höheren Ebene die richtige Propaganda, als sie sie eigentlich machen will, wenn sie sagt: Der Terror gilt nicht der RAF, sondern der Arbeiterklasse. Natürlich gilt er nicht der RAF, sondern ist Vorbereitung auf bevorstehende Klassenkämpfe. Es geht darum, die Idee des bewaffneten Kampfes mit aller Gewalt, deren das System im Augenblick fähig ist, von der Arbeiterklasse fern zu halten. Nicht wir sind ungeduldig. Das System ist nervös. Das Kapital kann nicht warten, bis sich der Faschismus entfaltet hat, die amerikanische Konkurrenz wartet nicht. Die Hysterie des Systems macht unsere Strategie und Taktik nicht falsch. Sie wird dadurch nicht falsch, daß das System es uns unendlich schwer macht, die Guerilla in den Massen zu verankern. Widerstand zu leisten wird dadurch nicht falsch, daß der Krieg ein langwieriger Krieg ist.

Was erwarten die Genossen eigentlich in einem Land, das Auschwitz hat widerstandslos über sich ergehen lassen? Deren Arbeiterbewegung die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hat und deren Polizei die Geschichte der SS?

„Die Kommunisten kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung.“

(Kommunistisches Manifest)

Das verstehen wir unter DEM VOLK DIENEN. (7)

3. Die Eigentumsfrage und die Militarisierung des Konflikts

Das Argument, die Bundesrepublik sei nicht Lateinamerika, verschleiern die hiesigen Verhältnisse mehr, als daß es sie aufdeckt. Gemeint ist damit – sofern es nicht nur schwatzhaft in die Debatte geworfen wird –: Hier herrscht nicht dieselbe katastrophale Armut wie dort, hier ist der Feind nicht eine ausländische Macht, hier ist das Regime dem Volk nicht so verhaßt, hier herrscht noch keine Militärregierung wie in vielen lateinamerikanischen Staaten. Gemeint ist: Dort sind die Verhältnisse so unerträglich, daß nur noch Gewalt hilft – hier sind die Verhältnisse noch erträglich genug, so daß Gewalt nicht gerechtfertigt ist. In dem Rowohl-Band „Zerschlagt die Wohlstandsinseln der III. Welt“, in dem auch Marighelas Handbuch über Stadtguerilla abgedruckt ist, heißt es in der Vorbemerkung, die Veröffentlichung geschehe aus Protest gegen Verhaftung und Folter in Brasilien, nicht als Anleitung zum Handeln hier, „wie schwach und durch die eigene Wirtschaftsordnung gefährdet die parlamentarische Demokratie auch immer sein mag;“ – „Diese Gegengewalt (der lateinamerikanischen Stadtguerillas) gegen das terroristische Herrschaftssystem des Kapitals in einem Land anzuwenden, in dem über Mitbestimmung zumindest diskutiert wird, ist eine Verhöhnung der Verdammten dieser Erde.“ Demnach sind Bomben gegen die BASF in Ludwigshafen ein Hohn auf die Bombenleger gegen die BASF in Brasilien. Die lateinamerikanischen Genossen denken anders darüber. Die BASF auch.

Das Argument, die Bundesrepublik sei nicht Lateinamerika, wird von Leuten vorgetragen, die aus der Sicht gesicherter Monateinkünfte das Zeitgeschehen kommentieren, zur Sicherung ihrer Monateinkünfte; es ist ein Ausdruck der menschlichen Kälte und intellektuellen Arroganz gegenüber den Problemen des Volkes hier. Die bundesrepublikanische Wirklichkeit fällt dabei faktisch und analytisch unter den Tisch.

Von der objektiven Aktualität der sozialen Frage, von der subjektiven Aktualität der Eigentumsfrage und von der Militarisierung der Klassenkämpfe ist bei der Analyse der Verhältnisse hier auszugehen.

Armut in der Bundesrepublik

Objektive Aktualität der sozialen Frage heißt: Armut in der Bundesrepublik. Die Tatsache, daß diese Armut weitgehend stumm ist, bedeutet nicht, daß es sie nicht gibt. Die Tatsache, daß aus ihr nicht die Möglichkeit der sozialen Revolution abgeleitet werden kann, ist kein Grund, sich nicht auf sie zu beziehen, so zu tun, als gäbe es sie nicht.

Jürgen Roth hat in seinem Buch „Armut in der Bundesrepublik“ das meiste, was zum Thema Armut zu sagen ist, zusammengetragen. Demnach leben in der Bundesrepublik und Westberlin heute 14 Millionen Menschen in Armut: 1,1 Millionen leben in ländlichen Gebieten und müssen mit 100 bis 400 Mark im Monat auskommen, das sind die Familien der Kleinbauern und Altenteiler, 4,66 Millionen Haushalte mit ca. drei Personen verfügen über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 600 Mark, das sind 21 Prozent aller Haushalte. Über fünf Millionen Rentenabhängige haben eine monatliche Rente bis zu 350 Mark. Hinzu kommen 600000 Bewohner in Armenanstalten, 450000 Nichtseßhafte, 100000 Heimkinder, 100000 Geistesranke in Anstalten, 50000 Erwachsene in Gefängnissen, 50000 Jugendliche in Fürsorgeerziehung. Das sind offizielle Zahlen. Jeder weiß, daß offizielle Zahlen in diesem Bereich nach unten abgerundet werden. In Bremen bekommen 11000 Menschen Feuerungshilfe, weil sie zu wenig Geld haben, um sich die Kohlen selber zu kaufen. Das Münchner Wohnungsamt rechnet damit, daß die Zahl der Obdachlosen von jetzt 7300 auf 25000 steigen wird. In Köln lebten schon 1963 17000 in Armenanstalten.

In der Frankfurter Nordweststadt zahlt man heute für zwei Räume, etwa 60 qm groß, 460 Mark Miete. In der Nordweststadt hängen die Zähler für die Elektrizität in den Kellern. In fast jedem Hochhaus ist mindestens ein Zähler abgestellt, ungeachtet dessen, ob Kleinkinder in der dazugehörigen Wohnung sind oder ob Winter ist. 50 Abschaltungen pro Tag meldet die Stadt

Frankfurt, ungefähr 800 Familien wird monatlich der Strom abgestellt.

In Frankfurt am Main leben 5000 Panner. Nachts werden sie mit Wasser aus ihren Schlafstätten in der B-Ebene der Hauptwache herausgespritzt. Wenn die Polizei weg ist, kommen sie wieder, legen sich Zeitungen auf den nassen Boden und schlafen weiter.

7 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik haben weder Bad noch Toilette. 800000 Familien leben in Baracken. In Frankfurt gibt es 20000 Wohnungssuchende, in Düsseldorf 30000.

600000 Menschen in der Bundesrepublik sind an Schizophrenie erkrankt. Wenn Schizophrenie nicht behandelt wird, führt sie zu Invalidität. 3 Prozent der Bevölkerung sind durch seelische Erkrankung arbeits- und berufsunfähig. 5 bis 6 Millionen Menschen bedürfen auf irgendeine Art psychischer Hilfe. In einigen psychiatrischen Krankenanstalten geht man von 0,75 qm Platz pro Patient aus.

80 Prozent aller Arbeiterkinder, die nach Ansicht ihrer Lehrer auf die Oberschule gehören, kommen nicht dahin.

Armut in der Bundesrepublik ist nicht im Verschwinden, sie ist im Kommen. Die Wohnungsnot wächst. Die Schulnot wächst. Die Kindesmißhandlungen nehmen zu.

Ende 1970 wurden 7000 Kindesmißhandlungen gezählt, man nimmt an, daß es in Wirklichkeit 100000 waren. Man nimmt an, daß 1000 Kinder im Jahr totgeprügelt werden.

„Schulen in der Bundesrepublik beschreiben, heißt, Armut in einem reichen Land beschreiben“, sagt Luc Jochimsen in ihrem Buch „Hinterhöfe der Nation“, das anschauliches Material dazu liefert. „Das öffentliche Erziehungssystem ist ein Elendsbezirk, ausgestattet mit den Merkmalen aller Slums: Mangel, Defizit, Fehlbestand, Überalterung, Überfüllung, Erosion, Unzufriedenheit, Resignation, Abgestumpftsein, Erbarmungslosigkeit.“ „Was heute in den Grundschulen der Bundesrepublik mit sechs- und siebenjährigen Kindern geschieht, läuft auf eine bewußte und für die Zukunft geplante Verweigerung des Rechts auf Bildung und Ausbildung mit Hilfe der allgemeinen Schulpflicht hinaus, ist Erziehungskriminalität. Ein Verbrechen, für das es keine Strafen gibt. Ein Verbrechen, das nicht verfolgt wird.“

Im Märkischen Viertel in Berlin lebten 1970 35000 Menschen, 1980 sollen es 140000 sein. Die Leute sagen: „Brutal sieht das hier aus, ganz gemein, das tötet doch ab, irgendwie – aber innen, die Wohnung ist an und für sich gut geschnitten.“ Im Märkischen Viertel fehlt alles: Spielplätze, Verkehrsmittel, Schulen, billige Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Anwälte. Brutstätten von Armut, Kindesmißhandlungen, Selbstmord, Bandenkriminalität, Verbitterung, Not. Das Märkische Viertel ist soziale Zukunft.

(Bürgerliche Autoren, auf deren Ergebnisse wir uns hier beziehen, machen sich nicht die Mühe, ihre Beobachtungen aus den Bewegungen des Kapitals zu analysieren, die Kapitalkonzentration bei Banken, Versicherungen, Haus- und Grundbesitz als Ursache von Verelendung bloßzulegen. Sie arrangieren sich mit ihren Recherchenergebnissen durch verbalen Protest.)

Die Aktualität der Armut ist nicht identisch mit der Aktualität der Revolution. Die Armen sind nicht revolutionär, nicht unvermittelt, nicht von sich aus. Ihre Aggressivität richten sie mehr gegen sich als gegen ihre Unterdrücker, Aggressionsobjekt sind die noch Ärmeren, nicht die Nutznießer der Armut, nicht die Wohnungsbaugesellschaften, Banken, Versicherungen, Konzerne, Stadtplaner, sondern deren Opfer. Nicht mobilisierendes, eher deprimierendes, abschreckendes Beispiel, Faschismusmaterial für „Bild“ und ZDF.

Das ZDF setzt sowas in Szene: In Wiesbadener Slums mußten die Kinder für ein ZDF-Team im Dreck spielen, sich untereinander schlagen, schreien. Die Erwachsenen mußten sich anschreien, aufeinander losgehen. Das Fernsehen gibt dem Satz „Die Bundesrepublik ist nicht Lateinamerika“, die Armen in der Bundesrepublik haben selbst schuld, sie sind kriminell, es gibt nur wenige Arme – die anschauliche Evidenz. Die Springerpresse druckt sowas nach.

Faschismusmaterial.

Die Aktualität der Eigentumsfrage

Aber die objektive Aktualität der Armut hat subjektiv die Frage

des kapitalistischen Eigentums in einem Maß aktualisiert, wie es das seit den ersten Nachkriegsjahren – dem Ahlener Programm der CDU – nicht gegeben hat. Nicht unvermittelt, aber vermittelt. Wenig bei den Armen selbst, aber in der übrigen Gesellschaft, als Bürgerinitiative und als Gemeinplatz weit verbreitet, noch wenig organisiert, vage, aber nicht mehr zu unterdrücken.

Daß 20000 Verkehrstote die Opfer des Profitstrebens der Automobilindustrie sind, die ohne Rücksicht auf die Entwicklung des Straßenbaus produziert; daß Versicherungspaläste das Kapital repräsentieren, das sie aus Krankheit schlagen, dessen Kehrseite Krankenhauselend ist; der Widerspruch zwischen der Verschuldung der Gemeinden und der Rendite der Konzerne, die auf ihrem Boden produzieren; zwischen Gastarbeiterausbeutung und Gastarbeiterunterkünften; Kinderelend und den Profiten der Spielzeugindustrie; Miethausprofiten und Miethauselend – das alles sind schon fast Gemeinplätze, der „Spiegel“ ist jede Woche voll davon, „Bild“ täglich, in Einzelfällen als Einzelfälle dargestellt, aber so massenhaft wird an diesen Zuständen Anstoß genommen, daß sie nicht mehr verschwiegen werden können. Deutsche-Bank-Sprecher Ulrich jammert über die „Verteufelung der Gewinne“, über „die Angriffe auf unser Wirtschaftssystem“, die „Kritik an den Erträgen“: *„Wir alle sind noch immer nicht eindringlich genug, um die Bedeutung der Unternehmergewinne überall verständlich zu machen, ohne die ja in der Freien Marktwirtschaft Fortschritt und Entwicklung unmöglich sind“* – daß damit noch Gemeinwohl gemeint sein könnte, nimmt ihm außer den Kapitaleignern selbst kaum einer mehr ab.

Eppler (8) will die unpopuläre Erhöhung der Verbrauchssteuern propagandistisch durch Besteuerung der höheren Einkommen absichern. Die CDU hat Angst, daß durch die Ostverträge eine ideologische Aufweichung im Innern der Bundesrepublik die Folge sein könnte – Schröders (9) Hauptargument: Weil die Verteufelung des Kommunismus an Glaubwürdigkeit verlieren könnte, weil Kommunismus heißt: Enteignung, Vergesellschaftung von Produktionsmitteln. Nicht ihren Inhalt bekämpft die CDU, sie bekämpft in den Ostverträgen die ideologische Toleranz einem Gedanken gegenüber, der der Todfeind des Kapitalismus ist.

Die Initiativen der Linken nach 1968, sofern sie überhaupt eine größere Basis hatten, hatten die Eigentumsfrage (10) zum Inhalt, stellten einen Angriff auf kapitalistisches Eigentum dar, hatten ihren Reibungspunkt im kapitalistischen Profitstreben, ihren Konsens in der Kritik daran: die Hausbesetzungen in vielen Städten der Bundesrepublik, die Bürgerinitiativen gegen Stadtansanierung, die Initiativen für gemeinnützige Einrichtungen in Stadtrandgebieten – Märkisches Viertel, Frankfurter Nordweststadt, die Bürgerinitiativen gegen Industrieansiedlungen in der Nähe von Wohngebieten. Das Heidelberger SPK (11) hat den Zusammenhang von Krankheit und Kapitalismus so konsequent in einem kollektiven Erkenntnis- und Handlungsprozeß kritisiert, daß die Kader des SPK wegen §129 seit Juli '71 (12) im Gefängnis sitzen. Die Kämpfe der Studenten gegen Prüfungsordnungen, die ihnen das Kapital aufzwingt, selbst die Kampagnen der Jusos gegen Privateigentum in landschaftlichen Erholungsgebieten machen kapitalistisches Eigentum zum Gegenstand der Kritik. Die wichtigsten Streiks waren die im September '69, die sich an den hohen Dividenden des Jahres entzündeten. Die stärkste Kampagne der Studentenbewegung war die gegen den Springerkonzern: „Enteignet Springer“. Die brutalsten Polizeieinsätze richteten sich gegen die Hausbesetzungen in der Belgiersiedlung in Kassel, wo Frauen und Kinder herausgeprügelt worden sind, gegen die Hausbesetzer in Hannover, die jetzt mit Schadensersatzprozessen fertig gemacht werden. Nach Georgs Ermordung gab es in Berlin einen Aufkleber: *„Die Killerschweine haben unsern Bruder Georg ermordet, weil sie Angst um ihren Zaster haben.“*

Sozialdemokratismus und Reformismus

Reformversprechen sind zum Religionsersatz geworden, Opium fürs Volk, das Versprechen auf eine bessere Zukunft, das nur dazu dient, eine psychologische Motivation zugunsten Geduld und Abwarten, Passivität zu liefern. Mit den Anstrengungen, die nötig wären, um Reformen durchzusetzen, könnte man die Re-

volution selber machen. Wer den Leuten was anderes erzählt, wie die Jusos, und wer die Jusos für die Kraft hält, die wirksame Reformen durchsetzen wird, verkennt die Widerstandskraft des Systems, seine Entschlossenheit, die Gesellschaft an die Verwertungsbedingungen des Kapitals anzupassen und nicht umgekehrt, und längst nicht mehr nur „mit allen Mitteln des Rechtsstaats“, verkennt vor allem, daß die Jusos in erster Linie die junge Generation der Sozialdemokraten sind.

Ein Unterschied zwischen SPD und CDU besteht trotzdem. Sie schätzen die Arbeiterklasse, das Volk verschieden ein. Die SPD sagt: Zuckerbrot und Peitsche. Die CDU will lieber nur die Peitsche. Die SPD, erfahrener darin, wie man die Arbeiterklasse an der Nase herumführt, Wehner (13), erfahrener darin, wie man die Linken austrickt und austreibt, Brandt, erfahrener darin, wie man sich an die Spitze einer Bewegung stellt, um sie besser abwürgen zu können (die Anti-Atombewegung in Berlin 1958 z.B.) – sie trauen sich mehr Taktieren gegenüber dem Volk zu als die CDU. Die SPD hat die Amnestie durchgesetzt, damit für sich die Gefahr von Solidarisierungen an Studentenprozessen gebannt, die Kontinuität der Kritik an der Justiz unterbrochen, die Linken gegenüber der Justiz und Administration entsolidarisiert und schmeißt sie jetzt, wo es deswegen keinen Aufstand mehr gibt, einzeln aus dem Staatsdienst. Mit ihrer Ostpolitik hält sie sich die Kritik am Scheitern ihrer Reformpolitik vom Hals. Der Berliner Senat hat bei der Besetzung des Bethanienkrankenhauses und Umbenennung in Georg-von-Rauch-Haus die Polizei nicht eingesetzt, stattdessen den Linken das Wasser abgegraben, indem sie es in Senatsregie übernahm. Heinemann hat wegen der Proteste gegen seinen Persienbesuch noch die diplomatische Augenkrankheit gekriegt; während Brandt fuhr, war das Verbot der Ausländerorganisationen schon in Arbeit. Die SPD ist sich des Einflusses, den sie über die Gewerkschaften auf die Arbeiter hat, sicherer, als es die CDU sein kann, die den Gewerkschaften mißtraut, ihren Funktionsmechanismen: Kapitalbildung durch freiwillige Mitgliederbeiträge statt durch Mehrwerterschöpfung. Und Posser (14) nimmt mancher die Lüge noch ab, Mahler sei „Mitmensch“, während Brigitte Asdonk in seinem Wirkungsbereich mißhandelt wurde. Den Unterschied zwischen SPD und CDU haben einige Genossen als den zwischen Pest und Cholera definiert. Dazwischen hat das westdeutsche Volk die freie Wahl.

Um den gesellschaftlichen Status quo zu halten, rüstet das System auf. Status quo halten heißt: durch europäische Unternehmenskonzentration; der amerikanischen Konkurrenz standhalten; durch Grundlagenforschung mit Steuergeldern die Profiteure hoch halten; durch Kapitalexport die Märkte, durch Waffenlieferungen in die Dritten Welt die Befreiungsbewegungen in Schach, durch Auslandsproduktion die Löhne hier niedrig halten; die Siemenshauptversammlung von Kritik an der Carborabassa-Beteiligung frei halten; dem Schah die Kritik an der Todesstrafe in Persien vom Hals halten; Status quo halten heißt: diejenigen, die arm sind, von denen, die die Eigentumsfrage stellen, getrennt halten; die Arbeiterklasse gespalten halten; die Arbeiterklasse durch Vermögensbildung und Reformversprechen hinhalten; die Behauptungen aufrecht halten: Konsumeigentum ist gleich Produktionsmitteleigentum; jeder Angriff auf Privateigentum ist den anderen gleich; alle Angriffe auf Privateigentum sind kriminell; die kapitalistische Produktionsweise ist eine natürliche Angelegenheit; sie ist die beste unter den möglichen und die beste, die man sich denken kann; Kapitalismuskritik dient partikularistischen, egoistischen Interessen einzelner und einzelner Gruppen; an der Inflation sind die Löhne schuld; Unternehmergewinne dienen dem Allgemeinwohl; wer anderer Ansicht ist, ist verstiegen, ist isoliert und letzten Endes kriminell. Das ist der Status quo der Besitzverhältnisse und Ideen, der ohne die Militarisierung der Klassenkämpfe und die Kriminalisierung der Linken nicht gehalten werden kann.

Die Springerpresse

Die Rolle der Springerpresse bei der Militarisierung der Klassenkämpfe ist schon 1968 in der Kampagne „Enteignet Springer“ genau beschrieben worden:

„Man kann das Schema, nach dem die Springerpresse Öffentlichkeit produziert, auf folgende einfache Formel bringen: Jeden

Befreiungsversuch der Menschen aus den Zwängen des Spätkapitalismus stellt die Springerpresse als Verbrechen dar. Der politische Revolutionär erhält die Attribute des Gewaltverbrechers. Der politische Kampf erscheint als individualistischer und abstrakter Terror, die imperialistischen Verhinderungsfeldzüge als Ungezielfertigungsaktion. „Der Springerkonzern bildet die propagandistische Vorhut des aggressiven Antikommunismus. Die Springerpresse ist der Feind der Arbeiterklasse. Sie verstümmelt die Fähigkeit zum politischen Willensausdruck und zum solidarischen Handeln. Aus dem Wunsch des Lesers nach Gerechtigkeit macht die Springerpresse Lynchinstinkte, aus der Sehnsucht nach einer freien Gesellschaft den Haß gegen diejenigen, die sie errichten wollen. Die Springerpresse dient der psychologischen Kriegsvorbereitung. Durch die Feindkonstruktionen will sie sagen: Wenn ihr euch niemals rührt, wenn ihr Scheidungen nicht dem Scheidungsanwalt, Lohnerhöhungen nicht den Tarifverhandlungen, Wohnungen nicht dem Wohnungsamt, Ungechtigkeiten nicht dem Richter, eure Sicherheit nicht der Polizei, euer Schicksal nicht dem Spätkapitalismus überlaßt, dann kommt Mord, Folter, Vergewaltigung und Verbrechen.“

(aus: Untergang der Bildzeitung)



Ostern 1968: Auslieferung der Springerpresse blockiert

Die Situation hat sich seit der Molotowcocktailveranstaltung im Februar '68 (15) verschärft. „Bild“ hat die Spalte „Bild kämpft für Sie!“ eingeführt, und „Bild“ meldet tägliche Erfolge von der Kampffront gegen Mietwucher, gegen Ausländerkriminalisierung, gegen Kinderreiche-Familien-Kündigungen, gegen Frührentner- und Rentnerverzwweiflung. Noch bevor sich die ausgebeuteten Massen von den Institutionen des Rechtsstaates abwenden, hat „Bild“ sich von ihnen abgewandt; noch bevor sich die Unzufriedenheit mit den Institutionen des Klassenstaates als Klassenbewußtsein konstituieren kann, stellt „Bild“ sich an die Spitze der Unzufriedenheit, dahin, wo die Nazis 1933 standen, berufen vom Kapital, nicht vom Proletariat. Böll hat das faschistisch genannt, um Mißverständnissen vorzubeugen: „Verhetzung, Lüge, Dreck.“ Er hat damit analytisch und politisch den Nagel auf den Kopf getroffen. Die Reaktionen zeigten, wie empfindlich das System geworden ist, wie labil der Status quo, wie faschistisch „Bild“, wie nervös das Klima im Springerkon-

zern.

Die Dialektik von Revolution und Konterrevolution

Es ist nicht die Frage, ob wir die reaktionäre Militarisierung wollen oder nicht, es ist die Frage, ob wir die Verhältnisse, die sie zur faschistischen Militarisierung zwingen, zur revolutionären Mobilisierung ausnutzen können, ob es uns gelingen kann, die reaktionäre Militarisierung in eine revolutionäre umzuwandeln, ob es besser ist, „sich einfach hinzulegen und zu sterben oder aufzustehen und Widerstand zu leisten“. (Kim Il Sung)

Die meisten sagen: Es geht nicht. Die meisten sagen: Die Massen wollen nicht. Viele sagen, jetzt kämpfen, heißt den Faschismus provozieren. Böll sagt: „Sechs gegen 60000000 – das Kapital hat alles, wir hätten nichts.“ Sie haben nur den Status quo vor Augen. Sie sehen in der Gewalttätigkeit des Systems nur die Gewalttätigkeit, nicht seine Angst. Sie sehen in der Militarisierung nur die Waffen, nicht das Abbröckeln ihrer Massenbasis. Sie sehen in der Hetze von „Bild“ nur die Hetze, nicht die Unzufriedenheit der „Bild“-Leser; sie sehen in dem Bullen mit der MP nur den Bullen mit der MP, nicht das Ausbleiben faschistischer Massenaufmärsche; sie sehen in dem Terror gegen uns nur den Terror, nicht die Angst vor der sozialen Explosivkraft der RAF, die sie „im Keim ersticken“ müssen.

Sie sehen in der politischen Apathie des Proletariats nur die Apathie, nicht den Protest gegen ein System, für das es sich nicht zu engagieren lohnt; sie sehen in der hohen Selbstmordquote des Proletariats nur den Akt der Verzweiflung, nicht den Protest. Sie sehen in der Unlust des Proletariats zum ökonomischen Kampf nur die Unlust zum Kampf, nicht die Weigerung, für läppische Prozente und blöden Konsum zu kämpfen. Sie sehen in der gewerkschaftlichen Unorganisiertheit des Proletariats nur die Unorganisiertheit, nicht das Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsbürokratien als Komplizen des Kapitals. Sie sehen in der Aggressivität der Bevölkerung gegen die Linken nur die Aggressivität gegen die Linken, nicht den Haß auf die sozial Privilegierten. Sie sehen in unserer Isolierung von den Massen nur unsere Isolierung von den Massen, nicht die wahnwitzigen Anstrengungen, die das System unternimmt, um uns von den Massen zu isolieren. Sie sehen in der langen Untersuchungshaft der Genossen nur die lange Untersuchungshaft, nicht die Angst des Systems vor den freien Genossen der RAF. Sie sehen im Rausschmiß von DKP-Lehrern nur das Ende des Marsches durch die Institutionen, nicht den Anfang der Revolutionierung der Kinder und Eltern, die erstickt werden soll. Sie sehen in allem nur die gegenwärtige Bewegung, nicht die zukünftige, nur das Schlechte, nicht das Gute: die Dialektik von Revolution und Konterrevolution.

Wir sagen nicht, daß es leicht ist, Guerilla zu machen, daß die Massen nur darauf warten, sich der Guerilla anzuschließen. Wir glauben aber vor allem nicht, daß die Situation von selbst umschlägt. Wir glauben nicht, daß die Guerilla aus Massenkämpfen spontan entstehen kann, wir halten solche Vorstellungen für unrealistisch. Eine aus Massenkämpfen spontan entstehende Guerilla ist das Blutbad, nicht die Guerilla. Wir glauben nicht, daß die Guerilla sich als „illegaler Stab“ einer legalen Organisation bilden kann. Der illegale Stab würde zur Illegalisierung der Organisation führen, d.h. ihrer Liquidation, sonst nichts. Wir glauben nicht, daß der Begriff von der Guerilla von selbst aus politischer Arbeit entstehen kann. Wir glauben, daß die Möglichkeiten und spezifischen Funktionen der Guerilla im Klassenkampf erst dadurch kollektiv denkbar, kollektiv faßbar werden, daß die Guerilla da ist, angesichts des Terrors der Bewußtseinsindustrie.

Wir haben gesagt: Erfolgsmeldungen über uns können nur heißen: verhaftet oder tot. Wir meinen damit, daß die Guerilla sich ausbreiten wird, Fuß fassen wird, daß die Entwicklung der Klassenkämpfe selbst das Konzept durchsetzen wird, aber nur dann, wenn es noch welche gibt, die es tun, die handeln, die nicht demoralisiert sind, die sich nicht einfach hinlegen.

Wir meinen, daß die Idee der Guerilla, die Mao, Fidel, Che, Giap (16), Marighela entwickelt haben, eine gute Idee ist, daß niemand sie mehr vom Tisch fegen kann, daß man die Schwierigkeiten, sie praktisch durchzusetzen, unterschätzt hat, wenn man vor den Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben,

nur erschrickt, daß das auch eine Unterschätzung der Schwierigkeiten beinhaltet, mit denen die Guerilla, wo sie schon weiter und in den Massen verankert ist, zu kämpfen hat. Wir meinen, daß das Berührungsangst ist vor dem Eingeständnis dessen, was das Kapital zu inszenieren bereit ist, wenn es um die Sicherung seiner Verwertungsbedingungen geht, womit es nie gezögert hat: In der Pariser Kommune nicht, 1918 in Deutschland nicht, 1933 nicht, in Algerien, Vietnam, Kongo, Kuba, Lateinamerika, Mozambique, Attika (17), Los Angeles, Kent (18), Augsburg und Hamburg nicht.

Die Eigentumsfrage in allen Bewegungen zur Hauptfrage machen!

Gegen die reaktionäre Militarisierung die revolutionäre Guerilla propagieren!

„Keine Partei kann sich als revolutionär bezeichnen, wenn sie sich nicht auf den bewaffneten Kampf vorbereitet, und zwar auf allen Stufen der Partei. Das ist das einzige Mittel, der Reaktion auf jeder Etappe des Revolutionsprozesses mit einem Maximum an Wirksamkeit entgegenzutreten. Jede Vernachlässigung dieses Standpunktes kann dazu führen, sich die Chancen einer revolutionären Situation entgehen zu lassen.“

(Aus: 30 Fragen an einen Tupamaro)

Das verstehen wir unter DEM VOLK DIENEN!

4. Über aktuelle Einzelfragen

Ruhlandprozeß

Gäbe es in der Bundesrepublik noch eine liberale Presse, der Prozeß wäre ein Skandal gewesen. Ruhland (19) war nie so nah an der Roten Armee Fraktion dran, wie er es darstellt. Seine Beflissenheit, seine Berufung auf Ermittlungsergebnisse statt die eigene Erinnerung, die Tatsache, daß Mahlers Verteidiger Schily zu diesem Prozeß nicht zugelassen worden ist, die Tatsache, daß von Prozeßbeginn an feststand, daß es ein Urteil geben werde, das weder Bundesanwaltschaft noch Pflichtverteidigung anfechten würden (die „FAZ“ berichtete darüber), eine Verhandlungsführung, die der „Frankfurter Rundschau“ so vorkommt, „als bespreche ein netter Lehrer mit einem sympathischen Schüler ein längst bekanntes Stück“ – daß das alles mit Wahrheitsfindung und Rechtsstaatlichkeit überhaupt nichts mehr zu tun hat, ist überdeutlich. Die Beteuerung, Ruhland sage bestimmt die Wahrheit, die Drohung, die Leute, die er belastet, sagten nicht die Wahrheit, das Vorurteil, wer mit der Klassenjustiz nicht kollaboriert, belaste sich selbst – eben das ist Klassenjustiz, ist Schauprozeß, macht ihn – funktional überladen – zum Bestandteil der allgemeinen Offensive des Kapitals gegen die Linke als Vorhut der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und Westberlin.

Einer am Klassenwiderspruch sich zunehmend polarisierenden Öffentlichkeit kann man V-Leute, wie früher in den Kommunistenprozessen, wie Urbach (20), nicht mehr anbieten. Die linke Öffentlichkeit soll mit dem Kronzeugen aus der Retorte der Sicherungsgruppe Bonn eingeschüchert werden und wird es sicher auch. Wer dabei vollends in Arsch geht, ist Ruhland selbst, seitdem er Freund und Feind nicht mehr unterscheiden kann, oben nicht von unten, die Revolution nicht von der Konterrevolution, sich armes Schwein nicht von denen, die das mit ihm abziehen.

Stadtguerilla machen heißt, sich von der Gewalt des Systems nicht demoralisieren zu lassen. Es gibt keinen Grund, sich von einem Prozeß, der uns politisch und moralisch recht gibt, deswegen demoralisieren zu lassen, weil er eben zu diesem Zweck veranstaltet worden ist. Der Ruhlandprozeß ist nur ein sehr äußerliches Ereignis innerhalb der historischen Entwicklung, innerhalb der Entwicklung der Klassenkämpfe, innerhalb derer es richtig ist, Stadtguerilla zu machen.

Über Verrat

Es gibt Leute, die meinen, an dem, was Homann (21) und Gen. so herumerzählen, könnte was Wahres dran sein. Zumindest Homann, meinen sie, habe doch nicht nur Stroh im Hirn. Sie

nehmen ihn als das, als was er sich im „Spiegel“ präsentiert hat: als „politisch Gebildeten“; zum gleichen Wortschatz gehören Verführer und Verführte. Mit dem Klassengegensatz haben diese Attribute nichts zu tun, eine Aussage wird dadurch nicht richtig, daß ein Gebildeter sie macht, daß einer sie macht, der auf die Techniken von „Spiegel“-Journalisten eingehen kann. Das ist das Wesen des Marxismus, der Dialektik von Sein und Bewußtsein, daß Aussage bei der Polizei und richtige Auskunft über revolutionäre Strategie einander ausschließen. Marxismus kann nur von Marxisten gelehrt werden, hat Margharita von Brentano (22) dem „Spiegel“ erklärt, was Mandel zu sagen hat, kann Schwan (23) nicht buchstabieren. Über Möglichkeiten, der gesellschaftlichen Veränderung kann, wer am Status quo interessiert ist, keine Auskunft geben. Das ist aber die Verfassung des Verräters, daß er am Status quo interessiert ist, daß er zurück will an seinen angestammten Platz in der Klassengesellschaft, daß er sich unter veränderten Bedingungen nicht zu recht findet, nur in seinem gewohnten Milieu Identität hat, Objekt der Entwicklung bleiben will. Ruhland fühlt sich in seiner alten Rolle als krimineller Proletarier wohl, in Handschellen und ausgebeutet. Homann in der Rolle des lumpenproletarisch-verlorenen Sohnes, der wie eh und je auf dem Strich der Bourgeoisie – beim „Spiegel“ und „konkret“ – seine Haut, keinen interessanten Aspekt in dieser Angelegenheit zu Markte trägt; die Sturm (24) ist von einem Seitensprung heimgekehrt in den Schoß der Familie. Ruhland bleibt Opfer, Homann Konsument, der Ungebildete zahlt zu, der Gebildete profitiert – der Klassenunterschied ist wieder hergestellt, die Legalität, der scheinbare Naturzustand. Die „FAZ“ schreibt über Homann: „... Journalist und bildender Künstler mit politisch nicht geschulter, aber sensibler Intelligenz“; über Ruhland: „... er will kein Bösewicht sein, er ist vielleicht ein Biedermann von arglosem Gemüt. Gegenüber seinen Bewachern im Gerichtssaal, den beiden jungen Schutzpolizeibeamten, hat er ein ganz natürliches, kameradschaftliches Gebahren“. Die psychische Verfassung des Verräters ist käuflich und konservativ. Die konservative „FAZ“ sympathisiert mit Sohn und Gesinde.

Wir haben die falsche Faszination, die Illegalität hat, unterschätzt. Wir haben die Verbindlichkeit, mit der einige Organisationen arbeiten, überschätzt. Das heißt, wir haben nicht alle Implikationen der Studentenbewegung als einer Bewegung relativ Privilegierter berücksichtigt, nicht genug beachtet, daß für viele und wie viele von der Politisierung der Jahre 67/68 nicht mehr übrig geblieben ist als eine neue Möglichkeit, sich zu privilegieren. Insofern es natürlich auch sehr angenehm sein kann, ein bißchen Marxismus zu kennen, durchzublicken, über die ökonomischen Bedingungen von Herrschaft und ihre psychischen Vermittlungen ein bißchen aufgeklärt zu sein, entlastet vom selbstquälenden Leistungsdruck eines bürgerlichen Über-Ichs, von entfremdeten Umgangsformen. Marxismus als Inventarstück intellektuellen Wohl- und Besitzstandes, erworben aufgrund von Privilegierung, nicht sozialisiert, um dem Volk zu dienen. Die Bevorzugung gewisser Handlungen wegen ihrer Illegalität ist Ausdruck eben jenes bürgerlichen Eigennutzes, von dem die Studentenbewegung von ihren Voraussetzungen her nicht frei sein konnte, von Mitläufer- und Söldnermentalität. Die mühsame, langwierige Kleinarbeit der Stadtguerilla, die ihre Existenz mit allem, was dazu gehört, überhaupt erstmal aufbauen muß, muß Leuten, die so falsch programmiert dazu stoßen, in der Tat zum Horrortrip werden. Wer mit kriminellen Vorstellungen daher kommt, wer nur seine persönliche Lage verbessern will, wird sie mit einer gewissen Zwangsläufigkeit durch Verrat verbessern.

Wir haben geglaubt, daß, wenn einer sagt, er habe in der und der Organisation so und so lange mitgearbeitet, dann weiß der, was politische Arbeit ist, was Verbindlichkeit, sonst hätten die ihn schon gefeuert. Wir wissen jetzt, daß wir den Begriff von politischer Verbindlichkeit, der die Voraussetzung für Stadtguerilla ist, selbst zu vermitteln haben, daß wir Fehler machen, wenn wir uns einfach auf andere verlassen.

Wir meinen allerdings, daß es für uns sehr schwer sein wird, allein durch die Vermeidung unserer Fehler die Verräterei zu verhindern. Wir meinen, daß ein falscher Begriff von der Funktion der Polizei und der Justiz, ein falscher Begriff von DEM

VOLK DIENEN, eine falsche Behandlung der Widersprüche innerhalb der neuen Linken die Verräterei begünstigt hat.

Solange Verräter noch bei Genossen landen können, nicht mal die Fresse voll kriegen, sogar noch Verständnis dafür finden, daß sie um der schnellen Rekonstruktion ihrer bürgerlichen Existenz willen anderer Existenz vernichten, weil sie keinen Tag länger im Knast aushalten konnten, andere für Jahre reinbringen, andere den Exekutionskommandos der Polizei ausliefern; solange die Zusammenarbeit mit der bewaffneten Macht des Kapitals immer noch eher toleriert wird als eine politische Meinungsverschiedenheit, privat geduldet wird, was man politisch längst verurteilt hat – solange wird es Verräterei geben. Ohne den Liberalismus innerhalb der Linken zu kritisieren, können wir die Verräterei nicht abschaffen.

Verräter müssen aus den Reihen der Revolution ausgeschlossen werden. Toleranz gegenüber Verrätern produziert neuen Verrat. Verräter in den Reihen der Revolution richten mehr Schaden an, als die Polizei ohne sie anrichten kann. Wir meinen, das gilt allgemein. Von der Drohung, sie würden dann noch mehr verraten, darf man sich dabei nicht bestimmen. Von der Tatsache, daß sie arme Schweine sind, darf man sich nicht erpressen lassen. Das Kapital wird Menschen solange zu armen Schweinen machen, bis wir seine Herrschaft abgeschafft haben. Wir sind für die Verbrechen des Kapitals nicht verantwortlich.

Über Bankraub

Manche sagen: Bankraub ist nicht politisch. Aber seit wann ist die Frage der Finanzierung einer politischen Organisation keine politische Frage. Die Stadtguerillas in Lateinamerika nennen Bankraub „Enteignungsaktionen“. Niemand behauptet, daß der Bankraub für sich an der Ausbeuterordnung etwas ändert. Für die revolutionäre Organisation bedeutet er erstmal nur die Lösung ihres Finanzierungsproblems. Er ist logistisch richtig, weil anders das Finanzierungsproblem gar nicht zu lösen ist. Er ist politisch richtig, weil er eine Enteignungsaktion ist. Er ist taktisch richtig, weil er eine proletarische Aktion ist. Er ist strategisch richtig, weil er der Finanzierung der Guerilla dient.

Ein Politikbegriff, der sich von der parlamentarischen Demokratie herleitet, der Politikbegriff des Konkurrenzkapitalismus, der den Klassenantagonismus nur als Spiel der Kräfte erfaßt, der die Institutionen des Klassenstaates noch für Institutionen eines Rechtsstaates hält und Fortschritt und Humanität darin für gut aufgehoben, kann Bankraub nicht erfassen. In den Metropolen des Imperialismus kann die Organisation des antiimperialistischen Kampfes als gleichzeitig legalem und illegalem, politischem und bewaffnetem Kampf auf den Bankraub nicht verzichten. Er gibt die Richtung an, die gemeint ist: Enteignung; und die Methode, mit der die Diktatur des Volkes gegen die Feinde des Volkes nur errichtet werden kann: bewaffnet.

Über Logistik und Kontinuität

Vielen Genossen imponieren die Aktionen der Tupamaros. Sie verstehen nicht, warum wir keine populären Aktionen machen, uns stattdessen mit Logistik beschäftigen. Sie machen sich nicht die Mühe, sich vorzustellen, was Stadtguerilla ist und wie das funktioniert.

Es ist wahrscheinlich schon Bosheit, wenn die Genossen die Meinung von Ruhlands Düsseldorfer Richter nachbeten, Ruhland sei der Handwerker und Knacker des Haufens gewesen. Abstrakt ist ihnen das Problem kapitalistischer Arbeitsteilung schon begegnet, praktisch stellen sie sich den proletarischen Genossen immer noch als den All-round-Handwerker aus der oberschlesischen Idylle vor. Daß die technischen Mittel nur in einem kollektiven Arbeits- und Lernprozeß beschafft werden können, daß Stadtguerilla tendenziell die Aufhebung von Arbeitsteilung sein muß, soll nicht die Verhaftung eines einzelnen die Katastrophe für alle sein – soweit reicht die Phantasie der Genossen nicht.

Ohne die logistischen Probleme teilweise gelöst zu haben, ohne sich selbst bei der Lösung logistischer Probleme kennengelernt zu haben, ohne in kollektiven Lernprozessen kollektive Arbeitsprozesse eingeleitet zu haben, wird der Ausgang von Aktionen technisch, psychisch und politisch dem Zufall überlas-

sen.

Die Lösung der logistischen Probleme schließt die Sicherung der Kontinuität der revolutionären Organisation ein. Wir messen der taktischen Aufgabe, die Kontinuität der Roten Armee Fraktion zu sichern, große Bedeutung bei. So wie es das Interesse des Kapitals ist, zu teilen, zu unterbrechen, zu entsolidarisieren, zu isolieren, geschichtliche Zusammenhänge zu leugnen – im Bereich der Produktion wie im Bereich des Wohnens, des Verkehrs, der Meinungsbildung, der Erziehung –, um die Kontinuität der Profite zu sichern, so ist in allem das Gegenteil das Interesse der proletarischen Revolution: Einheit, Kontinuität, Geschichts- und Klassenbewußtsein. Ohne organisatorische Kontinuität, ohne die Ergebnisse revolutionärer Prozesse permanent organisatorisch zu sichern, überläßt man revolutionäre Prozesse der Anarchie des Systems, dem Zufall, geschichtsloser Spontaneität. – Die Vernachlässigung der Frage der organisatorischen Kontinuität halten wir für eine Erscheinungsform des Opportunismus.

Über Solidarität

Der revolutionäre Prozeß ist eben deswegen einer, weil er die Gesetze kapitalistischer Warenproduktion und Austausch sich zum Objekt macht und nicht ihr Objekt ist. Er kann nicht mit den Kriterien dieses Marktes gemessen werden. Er kann nur mit den Kriterien gemessen werden, die gleichzeitig die Erfolgskriterien dieses Marktes außer Kraft setzen.

Solidarität, indem sie nicht von den Kriterien des Marktes ausgeht, setzt diese außer Kraft. Solidarität ist politisch, nicht erst als Solidarität mit Politischen, sondern als Weigerung, nur unter dem Büttel des Wertgesetzes, nur unter dem Aspekt von Tauschwert zu handeln. Solidarität ist ihrem Wesen nach herrschaftsfreies Handeln, als solches immer Widerstand gegen den Einfluß der herrschenden Klasse auf die Beziehungen der Menschen zueinander, als Widerstand gegen die herrschende Klasse immer richtig. Im Sinne des Systems sind Leute, deren Handlungen sich nicht an den Erfolgskriterien des Systems orientieren, Ausgeflippte und Trottel oder Versager. Im Sinne der Revolution ist jeder, der sich solidarisch verhält, wer es auch sei, ein Genosse.

Solidarität wird zur Waffe, wenn sie organisiert und konsequent angewendet wird: gegenüber Gerichten, Polizei, Behörden, Vorgesetzten, Spitzeln, Verrätern. Wenn jede Zusammenarbeit mit denen verweigert wird, ihnen keine Mühe erspart, kein Beweis erleichtert, keine Information geschenkt, kein Aufwand abgenommen wird. Zur Solidarität gehört: den Liberalismus innerhalb der Linken bekämpfen, Widersprüche innerhalb der Linken wie Widersprüche im Volk behandeln und nicht so, als seien sie der Klassenwiderspruch.

Jede politische Arbeit ist auf Solidarität angewiesen. Ohne Solidarität ist sie der Repression schutzlos ausgeliefert.

„Wir müssen nach Möglichkeit unnötige Opfer vermeiden. Alle Menschen in den Reihen der Revolution müssen füreinander sorgen, müssen sich liebevoll zueinander verhalten, einander helfen.“

**DEM VOLK DIENEN!
DIE EIGENTUMSFRAGE ÜBERALL ZUR HAUPTFRAGE MACHEN!
DEN BEWAFFNETEN KAMPF UNTERSTÜTZEN!
DIE REVOLUTIONÄRE GUERILLA AUFBAUEN!
SIEG IM VOLKSKRIEG!**

„Der bewaffnete Kampf ist eine technische Angelegenheit und erfordert deshalb technische Kenntnisse: Ausbildung, Kampf-moral und schließlich Praxis. Auf diesem Gebiet kostet die Improvisation viele Menschenleben und führt zu Fehlschlägen.“

Die ‚Spontaneität‘, mit der sich diejenigen brüsten, die vage von der Revolution des Volkes, ‚der Massen‘, reden, ist entweder einfach eine Ausrede oder besteht darin, sich in der entscheidenden Phase des Klassenkampfes auf die Improvisation zu verlassen. Jede avantgardistische Bewegung muß, wenn sie im entscheidenden Augenblick des Kampfes sich selbst treu bleiben will, eingreifen und es verstehen, die Gewalt des Volkes gegen die Unterdrückung technisch in die richtigen Bahnen zu lenken

damit das Ziel mit möglichst wenig Verlusten erreicht wird."

ALLE MACHT DEM VOLK!

(Quelle: Nr. 1, S. 368ff; Nr. 2, S. 113ff)

- (1) Das Zitat stammt von Mao Tse-Tung.
 (2) Ludwig Martin: von 1963 bis 1974 Generalbundesanwalt, Vorgänger Bubacks
 (3) Howaida: damaliger Ministerpräsident des Iran unter dem Schah
 (4) Bei den Tupamaros handelt es sich um Stadt-Guerilla in Lateinamerika, vornehmlich in Montevideo (Uruguay).
 (5) Ernest Mandel: marxistischer Wissenschaftler (Ökonom) aus Belgien; 1970/71 Gastdozent am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin, 1972 dort als einziger Kandidat für eine ordentliche Professur vorgeschlagen, aber vom Westberliner Senat abgelehnt. Ende Februar 1972 wurde ihm die Einreise in die BRD verweigert, das Einreiseverbot wurde erst 1978 wieder aufgehoben.
 (6) Walter Scheel (FDP): 1968-74 FDP-Vorsitzender, 1969-74 Außenminister und Vizekanzler der ersten sozialliberalen Koalition, 1974-79 Bundespräsident.
 (7) Dem Volk dienen: Titel der Rede Mao Tse-Tungs auf einer Trauerfeier für einen Kämpfer des Wachregiments des ZK der KPCh, s. Mao Tse-Tung, *Ausgewählte Werke* Bd. 3, S. 205f. Die Parole „Dem Volke dienen“ spielte in der großen proletarischen Kulturrevolution eine bedeutende Rolle, z.B. bei den Kampagnen für Barfußärzte oder „Mittelschüler aufs Land“. In der BRD und Westberlin griffen 1969/70 verschiedene revolutionäre Studentenorganisationen die Parole auf, um die Hinwendung der Studenten zur Arbeiterklasse zu propagieren. So nannte der KSV, die Studentenorganisation der KPD/AO, seine Zeitung „Dem Volke dienen“. Sie verbanden mit der Parole Vorstellungen von „Ausbildung im Dienste des Volkes“ u.ä.: „Ärzte, die Arbeiter wirklich gesund machen“, Juristen, die „dem Proletarier vor Gericht helfen“, Ingenieure, Chemiker und Naturwissenschaftler, die „unermüdlich an der Erfindung von arbeitserleichternden Verbesserungen der Maschinen arbeiten, für die Entwicklung von einfachen und haltbaren Produkten eintreten“, Lehrer, „die auf jedes einzelne Kind und seine Fähigkeiten ... eingehen“, (KSV)
 (8) Erhard Eppler (SPD): in der Regierung Brandt/Scheel Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Unter ihm galt das BMZ als „linksorientiert“; Eppler trat 1974 zurück.
 (9) Schröder (CDU): 1953 Bundesinnenminister in zwei Kabinetten, 1961 bis Nov. 1966 Außenminister, in der Regierung der Großen Koalition ab 66 Verteidigungsminister
 (10) in beiden Vorlagen: Eigentumsfragen
 (11) Sozialistisches Patientenkollektiv (SPK): gegründet 1970 in Heidelberg; zuletzt waren 500 Patienten im Kollektiv; die Strafverfolgungsbehörden konstruierten einen „inneren Kern“, den sie als „kriminelle Vereinigung“ verfolgten.
 (12) in allen Vorlagen: 72
 (13) Herbert Wehner: Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion von 1969 bis 1983, stellvertretender SPD-Vorsitzender 1958 bis 1973
 (14) Posser (SPD): von 1972 bis 1978 Justizminister in NRW
 (15) Molotowcocktailveranstaltung: Vorbereitung zu einem Hearing gegen Springer, das für den Februar '68 geplant war, wegen der Eskalation der Ereignisse (Pogrom-Stimmung gegen die studentische Linke, Langhaarige, Intellektuelle) jedoch fallengelassen wurde. In einer Vorbereitungsveranstaltung wurde ein Film von Holger Meins gezeigt, in dem über den Bau von Molotowcocktails berichtet wurde. Das Tribunal gegen Springer fand – dann – Ostern '68 auf der Straße statt, nach dem Attentat auf Rudi Dutschke wurden die Auslieferungen von Springer-Blättern verhindert.
 (16) Mao Tse-Tung: Seit 1945 Vorsitzender des ZK und des Politbüros der KP Chinas, 1949-1954 Vorsitzender des Zentralen Volksregierungsrates und des Revolutionären Militärates der VR China. Mao Tse-Tung starb am 9.9.1976.
 Fidel Castro: Seit dem Sieg der Revolution in Kuba und dem Sturz des Diktators Batista am 1.1.59 Regierungschef Kubas. Seit 1965 Generalsekretär der Partido Comunista de Cuba/PCC und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Seit 1976 Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber.
 Che Guevara: Mitstreiter Fidel Castros; schloß sich nach dem Sieg der Revolution auf Kuba der bolivianischen Guerilla an und wurde am 9.10.1967 in einem Partisanenlager ermordet.
 Vo Nguyen Giap: 1941 Mitbegründer der Vietminh. Ab 1945 Innenminister der von Ho Tsch Minh proklamierten Demokratischen Republik Vietnam, 1946 Oberbefehlshaber der Vietminh, seit 1954 Verteidigungsminister von Nord-Vietnam; Ende 1980 wegen hohen Alters von seinen Pflichten als Ressortminister entbunden, blieb Giap aber stellvertretender Ministerpräsident und bis 1982 auch Mitglied des Politbüros.
 (17) Attika: Gefängnis in den USA. Am 13.9.71 besetzten 1500 Gefangene, hauptsächlich Schwarze und Puertoricaner, das Zuchthaus. Sie stellten verschiedene Forderungen zur Verbesserung der Haftbedingungen auf. Nach vier Tagen endete die Revolte in einem Massaker. 1700 Nationalgardisten und Polizisten mit sieben Hubschraubern stürmten das besetzte Gefängnis. Sie töteten 33 Gefangene und neun von ihnen festgehaltenen Wärter. Über 300 Häftlinge erlitten schwere Schußverletzungen. 90% der Schüsse trafen fliehende Gefangene in den Rücken.
 (18) Kent: Anfang Mai 1970 demonstrierten Studenten des Kent State College in den USA gegen den Überfall des US-Imperialismus auf Kambodscha. Die Nationalgarde eröffnete das Feuer auf die Demonstranten, vier Menschen starben. Angeklagt wurden später 25 Studenten, aber keiner der Nationalgardisten.
 (19) Ruhlend: ehemaliges RAF-Mitglied, nach einer Verhaftung erster „Kronzeuge“ in verschiedenen Verfahren
 (20) Urbach: bis 1970 V-Mann in Westberlin
 (21) Homann: ehemaliges RAF-Mitglied, jetzt freier Journalist
 (22) M. von Brentano: Professorin an der FU Westberlin
 (23) A. Schwan: Professor in Westberlin, Mitglied im reaktionären „Bund Freiheit der Wissenschaft“
 (24) Beate Sturm: ehemaliges RAF-Mitglied, 70/71 verhaftet, danach Artikel im „Spiegel“, in späteren Prozessen hat sie ihre in diesem Artikel gemachten Aussagen widerrufen.

11.05.1972 Im Hauptquartier des V. US-Corps in Frankfurt gehen drei Bomben hoch. Ein Offizier wird getötet, 13 Soldaten werden verletzt. Das RAF-„Kommando Petra Schelm“ gibt eine Erklärung ab:

Kommandoerklärung

Am Donnerstag, den 11. Mai 1972, – dem Tag, an dem die Bombenblockade der US-Imperialisten gegen Nordvietnam begann – hat das Kommando Petra Schelm im Frankfurter Hauptquartier des V. Armee-Corps der amerikanischen Streitkräfte in Westdeutschland und Westberlin drei Bomben mit einer Sprengkraft von 80 kg TNT zur Explosion gebracht. Für die Ausrottungsstrategen von Vietnam sollen Westdeutschland und Westberlin kein sicheres Hinterland mehr sein. Sie müssen wissen, daß ihre Verbrechen am vietnamesischen Volk ihnen neue erbitterte Feinde geschaffen haben, daß es für sie keinen Platz mehr geben wird in der Welt, an dem sie vor den Angriffen revolutionärer Guerilla-Einheiten sicher sein können.

Wir fordern den sofortigen Abbruch der Bomben-Blockade gegen Nordvietnam.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam.

Wir fordern den Abzug aller amerikanischen Truppen aus Indochina.

Für den Sieg des Vietcong!

Die revolutionäre Guerilla aufbauen!

Habt Mut zu kämpfen – habt Mut zu siegen!

Schafft zwei, drei, viele Vietnam!

Rote Armee Fraktion, 14. Mai 1972

(Quelle: Nr. 1, S. 448)



Hauptquartier des V. US-Corps in Frankfurt

12.05.1972 Bombenanschläge auf die Polizeihauptquartiere in Augsburg und München. Dabei wird niemand verletzt.

16.05.1972 Sprengstoffanschlag auf Buddenberg, BGH-Richter in Karlsruhe, bei dem dessen Frau verletzt wird. Das RAF-„Kommando Manfred Grashof“ macht Buddenberg für einen Mordversuch an dem RAF-Gefangenen Grashof, für die Zwangsnarkotisierung gegen die RAF-Gefangene Carmen Roll und für die Isolationshaftbedingungen verantwortlich. In einer Erklärung vom 20.5. schreibt das Kommando u.a.:

Kommandoerklärung

... Wir verlangen, daß ab sofort die Untersuchungshaftvollzugsordnung, die Genfer Menschenrechtskonvention, die Charta der Vereinten Nationen bei der Durchführung der U-Haft der politi-

schen Gefangenen angewendet werden. Wir verlangen von der Justiz, daß das Leben und die Gesundheit der Gefangenen nicht länger systematisch angegriffen und zerstört werden.

Wir werden sooft und solange Sprengstoffanschläge gegen Richter und Staatsanwälte durchführen, bis sie aufgehört haben, gegen die politischen Gefangenen Rechtsbrüche zu begehen. Wir verlangen damit nichts, was für diese Justiz unmöglich wäre. Andere Mittel, um sie dazu zu zwingen, haben wir nicht. (Quelle: Nr. 1, S. 449)

19.05.1972 Zwei Bomben explodieren in Hamburg im Springer-Hochhaus. Trotz rechtzeitiger und dreimaliger Warnung vorher läßt Springer nicht räumen. 17 Arbeiter werden verletzt. Die RAF übt Selbstkritik und schreibt: „Wir haben Springer nicht als das Schwein eingeschätzt, das er tatsächlich ist.“

24.05.1972 **Bombenanschlag auf das Hauptquartier der US-Armee in Europa in Heidelberg**, wo der Zentralcomputer installiert ist, mit dem die US-Flug-einsätze über Nordvietnam koordiniert werden. Drei Soldaten werden getötet. Das RAF-„Kommando 15. Juli“ übernimmt mit der Kommando-erklärung vom 25.5.72 die Verantwortung:

Kommandoerklärung

Alle Arten von Ungeheuern werden vernichtet werden! Mao
Im Hauptquartier der amerikanischen Streikkräfte in Europa in Heidelberg sind gestern abend, am Mittwoch, den 24. Mai 1972, zwei Bomben mit einer Sprengkraft von 200 kg TNT explodiert. Der Anschlag wurde durchgeführt, nachdem General Daniel James, Abteilungsleiter im Pentagon, am Mittwoch in Washington erklärt hatte: „Für die US-Luftwaffe bleibt bei Bombenangriffen künftig kein Ziel nördlich und südlich des 17. Breitengrades ausgenommen.“ Am Montag hatte das Außenministerium in Hanoi die Vereinigten Staaten erneut beschuldigt, dicht besiedelte Gebiete in Nordvietnam bombardiert zu haben. Die amerikanische Luftwaffe hat in den letzten 7 Wochen mehr Bomben über Vietnam abgeworfen als im 2. Weltkrieg über Deutschland und Japan zusammen. Von weiteren Millionen Sprengstoffen ist die Rede, die das Pentagon einsetzen will, um die nordvietnamesische Offensive zu stoppen. Das ist Genocid, Völkermord, das wäre die „Endlösung“, das ist Auschwitz.

Die Menschen in der Bundesrepublik unterstützen die Sicherheitskräfte bei der Fahndung nach den Bombenattentätern nicht, weil sie mit den Verbrechen des amerikanischen Imperialismus und ihrer Billigung durch die herrschende Klasse hier nichts zu tun haben wollen. Weil sie Auschwitz, Dresden und Hamburg nicht vergessen haben, weil sie wissen, daß gegen die Massenmörder von Vietnam Bombenanschläge gerechtfertigt sind. Weil sie die Erfahrung gemacht haben, daß Demonstrationen und Worte gegen die Verbrechen des Imperialismus nichts nützen.

Wir fordern die Einstellung der Bombenangriffe auf Vietnam. Wir fordern den Abbruch der Minenblockade gegen Nordvietnam.

Wir fordern den Abzug der amerikanischen Truppen aus Indochina.

(Quelle: Nr. 21)

28.05.1972 Bei dpa in Hamburg geht eine Meldung ein, derzufolge am 2. Juni in der Stuttgarter Innenstadt drei mit Sprengstoff beladene Autos explodieren sollen. Die Meldung ist mit RAF unterzeichnet. Zu dieser Zeit steht die Garage in Frankfurt, in der sich ein Sprengstofflager der RAF befindet, bereits seit neun Tagen unter Beobachtung durch die Sicherungsgruppe Bonn. In einem Brief an dpa, der mit dem Fingerabdruck von Andreas Baader unterzeichnet ist, dementiert die RAF am 30. Mai die Stuttgarter Bombendrohung. Der

Brief, der vom 28. Mai datiert ist, wird in keiner Zeitung abgedruckt. In Frankfurt wird der in der Garage gelagerte Sprengstoff von der Sicherungsgruppe Bonn durch harmloses Material ersetzt.

31.05.1972 Unter Oberbefehl des Bundeskriminalamtes findet die „Aktion Wasserschlag“ statt, an der die gesamte Polizei beteiligt ist. Mit allen verfügbaren Hubschraubern des öffentlichen Dienstes werden den ganzen Tag über Autobahn-Auf- und Abfahrten gesperrt und Personenkontrollen durchgeführt.

01.06.1972 Andreas Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe werden bei einer Großaktion der Sicherungsgruppe Bonn mit 300 Polizisten (bewaffnet mit Maschinenpistolen) und mit Einsatz eines Panzerwagens in der Frankfurter Garage verhaftet. Andreas Baader wird von einem Scharfschützen angeschossen und verletzt.

Weitere Verhaftungen folgen: Am 7. Juni Gudrun Ensslin in Hamburg, am 9. Juni Brigitte Mohnhaupt in Westberlin, am 15. Juni Ulrike Meinhof und Gerhard Müller in Hannover und am 7. Juli Irmgard Möller und Klaus Jünschke in Offenbach.

07.06.1972 Die Bundesregierung gibt eine Erklärung betreffend Fragen der Inneren Sicherheit ab. Bundesinnenminister Genscher (FDP) zu: Programm für Ausbau und Ausrichtung des staatlichen Unterdrückungsapparates; Grenzen der Kritik, Berufsverbote, Maßnahmen gegen „Sympathisanten“; Isolierung der RAF.

Erklärung der Bundesregierung betr. Fragen der inneren Sicherheit

Genscher (FDP), Bundesminister des Innern:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bombenanschläge in sechs deutschen Städten haben das Augenmerk der Öffentlichkeit verstärkt auf die Probleme der inneren Sicherheit in unserem Lande gelenkt ...

Die Konzeption der Bundesregierung für innere Sicherheit umfaßt vier Bereiche:

erstens die Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen des Bundes durch personelle, finanzielle, technische und organisatorische Maßnahmen,

zweitens die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf allen Gebieten der inneren Sicherheit nach den Grundsätzen eines kooperativen Föderalismus, um angesichts der notwendigerweise föderalistischen Struktur des Aufbaus unserer Sicherheitsorgane Reibungsverluste zu vermeiden,

drittens die schnelle Verabschiedung schon im Parlament liegender Gesetzentwürfe, die uns in die Lage versetzen sollen, die erreichten personellen und technischen Kapazitäten voll einzusetzen, und die andererseits erkannte Lücken in einigen für die innere Sicherheit wichtigen Rechtsgebieten schließen sollen.

Viertens sind diese Maßnahmen eingebettet in eine umfassende gesellschaftspolitische Zielprojektion, die darauf abgestellt ist, das demokratische Engagement des einzelnen Bürgers zu fördern und die gesellschaftlichen Bedingungen zu erkennen und zu verändern, unter denen Kriminalität und politischer Radikalismus entstehen oder sich ausbreiten.

Dem ersten Ziel, Ausbau der Sicherheitsbehörden, dienen die im Sofortprogramm zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung vom 29. Oktober 1970 dargestellten Maßnahmen und schließlich das am 22. März dieses Jahres vorgelegte, daran anknüpfende Schwerpunktprogramm Innere

Sicherheit.

Ein Schwerpunkt der Maßnahmen liegt, der Rechtslage und der Verantwortung des Bundes im Bereich der Verbrechensbekämpfung entsprechend, beim personellen und technischen Ausbau des Bundeskriminalamts zu einer modernen Behörde wirksamer Verbrechensbekämpfung ...

Entsprechend ist der Ausbau des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Ebenfalls ist der Bundesgrenzschutz im Rahmen unserer Bemühungen um eine Verbesserung der inneren Sicherheit wesentlich verstärkt worden ...

Von erheblichem Gewicht für die innere Sicherheit sind die Gesetzesvorlagen, die gegenwärtig dem Hohen Haus vorliegen. Es sind dies das von der Bundesregierung am 25. August 1971 beschlossene Gesetz für den Bundesgrenzschutz, der am 6. Mai 1970 von der Bundesregierung beschlossene Gesetzentwurf zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes und die dazugehörigen Grundgesetzänderungen ... Das sind ferner der Entwurf eines Waffengesetzes und die Haftrechtsnovelle. Die Bundesregierung hat die dringende Bitte an das Hohe Haus, über diese Gesetze noch in diesem Monat in zweiter und dritter Lesung zu entscheiden.

Von Bedeutung für die innere Sicherheit sind noch die Novelle zur Reform des Strafverfahrensrechts, die sogenannte Beschleunigungsnovelle, sowie die beabsichtigte Pönalisierung der Verherrlichung oder Verharmlosung brutaler Gewalt in den Massenmedien und der von der Bundesregierung am 28. Mai 1971 beschlossene Entwurf eines Bundesmeldegesetzes.

Dem Bundesgrenzschutz sind neben seiner Hauptaufgabe, der polizeilichen Sicherung unserer Grenzen, in den vergangenen Jahren weitere Aufgaben zugewachsen. Die Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland und die zu erwartende Entwicklung erfordern die Bereithaltung eines zusätzlichen, jederzeit abrufbaren Sicherheitspotentials beim Bund zur Unterstützung der Länder auf deren Anforderung. Der Bundesgrenzschutz als Polizei des Bundes, dem schon mit der Grundgesetzänderung des Jahres 1968 Aufgaben der inneren Sicherheit zugewiesen wurden, ist dieses zusätzliche Sicherheitspotential. Das Konzept des Reservopotentials Bundesgrenzschutz hat sich schon jetzt bewährt ...

Es gibt, meine Damen und Herren, in unserer Gesellschaft keinen kritikfreien Raum, auch nicht für die Organe der inneren und äußeren Sicherheit. Aber es besteht ein fundamentaler Unterschied zwischen Kritik aus demokratischer Verantwortung und Herabsetzung und Zersetzung mit dem Ziel, die Funktionsunfähigkeit des Staates herbeizuführen ...

Das Verhalten der Gesellschaft wird besonders deutlich im Bereich des politischen Radikalismus. Kann es denn nicht sein, daß radikale Agitatoren unter anderem deshalb Wirkung erzielen, weil sie auf zu wenig Widerstand stoßen, und daß der Grund dafür nicht etwa darin liegt, daß ihnen viele zustimmen, sondern darin, daß viele die politische Auseinandersetzung mit diesen radikalen Kräften scheuen?! Deshalb ist die Stärkung des demokratischen Bewußtseins in unserem Lande und die Ermütigung für den einzelnen, sich auch im Alltag demokratisch verantwortlich zu verhalten, ein wichtiger Beitrag zur Eindämmung des Radikalismus.

Zu der notwendigen Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Radikalismus gehört, daß Feinde unserer Verfassungsordnung vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden. Unser demokratischer Staat kann seine freiheitssichernde und freiheitsfördernde Funktion nur erfüllen, wenn er selbst freibleibt von den Gegnern der Freiheit. (Beifall) ...

Das zentrale Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen haben, ist die vorbehaltlose und uneingeschränkte Ablehnung der Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. In dem aktuellen Fall der Baader-Meinhof-Bande haben wir es mit dem Ergebnis eines Prozesses zunehmender Enttabuisierung der Gewaltanwendung zu tun, mit einem Prozeß, der nicht nur die Täter selbst erfaßt, sondern vor allem auch jene Umgebung, in der sie sich bewegen, die ihnen hilft und die ihr Verhalten zu rechtfertigen, zumindest aber zu bagatellisieren versucht.

Die Bemühungen, der Anwendung von Gewalt unter be-

stimmten Voraussetzungen oder von bestimmter Seite den Schein der Rechtfertigung zu geben, haben jenes breite Sympathisantenfeld geschaffen, das die Arbeit der Polizei so sehr erschwert.

Deshalb geben die Namen der Bandenmitglieder allein nicht die ganze Breite und Schwere des Problems wieder. Die Terroristen legen es nicht zuletzt darauf an, unseren Staat und unsere Demokratie als „Papiertiger“ bloßzustellen. Sie wollen beweisen, daß ein demokratischer Rechtsstaat nicht in der Lage ist, mit den Mitteln des Rechtsstaates den Terror einer kleinen Gruppe von Fanatikern zu brechen, ja, sie sähen es am liebsten, wir verließen bei ihrer Bekämpfung den Boden des Rechts, damit sie unter Hinweis darauf ihre Verbrechen noch im nachhinein mit dem Schein der Rechtfertigung versehen könnten.

Es wird ihnen weder das eine noch das andere gelingen ...

Meine Damen und Herren, der mutmaßliche Täterkreis der Bombenattentäter und auch die Absichten dieser Täter sind uns bekannt. Es handelt sich um eine, vielleicht auch mehrere untereinander lose verbundene Gruppen von Terroristen, die den „bewaffneten Kampf“ gegen einen – wie sie sagen – „aggressiven Staat“ aufgenommen haben. Kern dieses Täterkreises ist die Baader-Meinhof-Bande oder die Rote-Armee-Fraktion.

Ich habe am 28. Januar 1971 das Bundeskriminalamt mit der zentralen Fahndung beauftragt und diesen Fahndungsauftrag am 15. und 19. Mai dieses Jahres auf die Täter der Bombenanschläge erweitert. Mir scheint dieser Hinweis wichtig, daß die bundesweite Vorrangfahndung der Polizeien der Länder und des Bundeskriminalamtes nach den Terroristen nicht erst seit den Ereignissen von Frankfurt, Augsburg, München, Karlsruhe, Heidelberg oder Hamburg läuft.

Auch der Erfolg der Festnahme von Baader, Meins und Raspe war kein Zufallstreffer, sondern das Ergebnis polizeilicher Präzisionsarbeit. Die Fahndung der Länder und des Bundes war vor dieser Festnahme am letzten Donnerstag nicht ohne Erfolg, aber auch – wie Sie wissen – nicht ohne Opfer an Menschenleben verlaufen.

Nach unseren Ermittlungen bestand der harte Kern der Bande aus 23 Personen; davon befinden sich 15 in Haft. In vier Fällen haben die Gerichte Haftverschonung ausgesprochen. Vom ursprünglichen Kern der Bande werden noch drei Personen mit Haftbefehl gesucht. Aus der Umgebung der Baader-Meinhof-Bande befinden sich 13 Personen in Haft. In elf Fällen ist Haftverschonung ausgesprochen worden, und elf weitere Personen werden mit Haftbefehl gesucht. Außerdem sind 24 Strafverfahren wegen Begünstigung eingeleitet worden. Gegen die davon Betroffenen liegen keine Haftbefehle vor.

Das ist die Bilanz der bisherigen Fahndung, die mit unveränderter Intensität fortgesetzt wird. Ihr gegenüber steht die Bilanz der bisherigen Taten der Bande. Diese sind nicht – wie vor allem vor den Bombenanschlägen nicht selten zu hören war – Ausdruck der Verzweiflung einer Gruppe von Idealisten, die durch hysterische Reaktionen eines Teils der Öffentlichkeit und unangemessenen Einsatz polizeilicher Mittel in eine Notwehrsituation getrieben worden seien; nein, meine Damen und Herren, sie sind die Konsequenz eines planvollen Handelns, eines eiskalten revolutionären Kalküls, das auf die gewaltsame Beseitigung unserer Verfassungsordnung zielt.

Diese Bande hat sehr wohl erkannt, daß unsere Ordnung mit politischen Mitteln nicht beseitigt werden kann, weil – wie sie es nennt – eine revolutionäre Situation in der Bundesrepublik nicht gegeben ist. Sie handelt nach einer Strategie, die sie mit einem eigentümlichen Rechtfertigungsdrang, vor allem wohl gegenüber gesellschaftlichen oder politischen Gruppen, denen sie sich einmal verbunden gefühlt hat, immer wieder öffentlich bekanntgibt ...

Die Bande kann ohne Sympathisanten nicht existieren, was sie auch selber sagt: die Sympathisanten sind das Wasser, in dem diese Guerilla schwimmt. Sie darf kein solches Wasser mehr finden. Die Anarchisten haben sich mit ihren Aktionen außerhalb jeder denkbaren Form von Gesellschaft gestellt. Letztlich ist das der Ausdruck ihres Scheiterns. Sie sind auch in dem Lager, dem sie sich einmal verbunden gefühlt haben, politisch zunehmend isoliert. Der Griff zur Gewalt war zugleich das

Eingeständnis jener Isolierung. Weder die Täter noch ihre Helfer und Sympathisanten stehen für irgendwen in unserem Land, außer für sich selbst.

(Quelle: Nr. 4, S. 10975ff)

17.06.1972 Der Bundesgerichtshof schließt Otto Schily als Verteidiger in der Strafsache gegen Gudrun Ensslin aus. Das Gericht behauptet, daß Schily Mitglied einer kriminellen Vereinigung sei und begründet das damit, daß bei der Verhaftung von Ulrike Meinhof eine Nachricht (Kassiber) von der inhaftierten Gudrun Ensslin gefunden worden sei, die nur über Schily aus dem Gefängnis gelangt sein könne.

22.06.1972 In dritter Lesung verabschiedet der Bundestag das Verfassungsschutzgesetz (veröffentlicht am 07.08.1972), das die Überwachungsmöglichkeiten für den Verfassungsschutz ausdehnt und die wechselseitige Amtshilfe zwischen Gerichten und Behörden und dem Bundesverfassungsschutz einführt.

Am gleichen Tag verabschiedet der Bundestag das Bundesgrenzschutzgesetz (veröffentlicht am 18.08.1972). Damit erhält der BGS umfassende polizeiliche Befugnisse für das Landesinnere. Als besondere Aufgabe legt das Gesetz fest: Grenzschutz, Einsatz im Notstands- und Verteidigungsfall, Schutz von Bundesorganen, Sicherung eigener Einrichtungen, Bundesgrenzschutz auf hoher See, Unterstützung der Polizei der Länder, Aufgaben im Zusammenhang mit dem Ausländergesetz, dem Paßgesetz, dem Waffengesetz, dem Sprengstoffgesetz etc.

25.06.1972 Im Rahmen einer Fahndungsaktion gegen die RAF wird in Stuttgart Ian MacLeod erschossen. In den frühen Morgenstunden stürmen Kriminalbeamte die Wohnung des schottischen Geschäftsmannes. Dieser öffnet unbedeutend seine Schlafzimmertür und schießt sie sofort wieder. Im gleichen Moment schießt ein Kriminalobermeister mit einer Maschinenpistole durch die geschlossene Tür. McLeod ist sofort tot. Ein Verfahren gegen den Kriminalobermeister wird nicht eröffnet, der Beamte, so die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, habe sich in Putativ-Notwehr („Vermeintlicher Notwehr“) befunden.

02.09.1972 Demonstration der KPD/ML zum Anti-Kriegstag und gegen die „Friedensolympiade“ in München. Die Demonstration wird nur außerhalb der Innenstadt genehmigt. Es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

05.09.1972 In den frühen Morgenstunden greifen acht Mitglieder der Gruppe „Schwarzer September“ (der Name bezieht sich auf das Massaker der jordanischen Armee an den Palästinensern in Jordanien im September 1970) die israelische Olympiamannschaft im Olympischen Dorf in München an und nehmen neun israelische Sportler als Geiseln, zwei israelische Sportler finden den Tod. Die Gruppe fordert die Freilassung von 200 namentlich genannten Arabern, die von Israel gefangen gehalten werden. Bundesinnenminister Genscher führt die Verhandlungen in Absprache mit Kanzler Brandt. Sie vereinbaren mit der Gruppe „Schwarzer September“, daß sie am Abend ausfliegen könne. Stattdessen wird das Kommando nicht, wie von Innenminister Genscher zugesagt, mit Hubschraubern zum Zivilflughafen geflogen, sondern zum Militärflughafen

Fürstfeldbruck. Die Mitglieder des Kommandos und die Geiseln werden mit Scheinwerfern geblendet. Fünf Scharfschützen eröffnen das Feuer gegen zwei Mitglieder des Kommandos, die gerade das Flugzeug betreten. Die deutschen Scharfschützen richten ihr Feuer auch auf einen Hubschrauber, der daraufhin explodiert. Bei dem Überfall kommen alle neun israelischen Geiseln, fünf Mitglieder der Gruppe „schwarzer September“ und ein Polizist ums Leben. Die überlebenden Mitglieder des Kommandos „Schwarzer September“ erklären, daß sie weder auf die Gefangenen gezielt haben noch entsprechende Anweisung dazu gehabt hätten. Genscher und Strauß sind in unmittelbarem Sichtkontakt beim Überfall dabei.

Am 7. September erklärt ein Sprecher der ägyptischen Regierung, die westdeutschen Behörden seien für die Tragödie voll verantwortlich, weil sie ihr Versprechen nicht gehalten hätten, die arabischen Guerillas und ihre israelischen Geiseln in eine arabische Hauptstadt fliegen zu lassen. Auf die Vorwürfe Brandts und Heinemanns, arabische Regierungen seien mitverantwortlich, droht Ägypten mit dem Auszug der arabischen Mannschaften von den Olympischen Spielen.

In einem Kommuniqué der Organisation „Schwarzer September“ fordert diese den Ausschluß Israels von den Olympischen Spielen. Der Münchener Polizeipräsident und Sicherheitsbeauftragte für die Olympischen Spiele, Dr. Manfred Schreiber, erklärt: „Die Tendenz dieser Spiele war es, daß sich Deutschland anders präsentieren sollte, als es 1936 der Fall war: heiterer, gelassener, liberaler.“

Die Aktion des „Schwarzen September“ ist unter den arabischen Staaten und Organisationen – auch innerhalb der PLO – umstritten.

Am 7. September bombardiert Israel Flüchtlingslager im Libanon und tötet 200 Zivilisten.

13.09.1972 Auf Anregung von Bundesinnenminister Genscher beschließt die Innenministerkonferenz auf Bundes- und Länderebene die Aufstellung von Spezialeinheiten zur „Terrorismusbekämpfung“. Am 21. September genehmigt der Haushaltsausschuß des Bundestags einstimmig 188 Planstellen für den Aufbau einer Sondereinheit des BGS. Mit Erlaß vom 26. September ordnet Bundesinnenminister Genscher die Aufstellung des Sonderverbandes GSG 9 mit sofortiger Wirkung an. Im Konzept der Innenministerkonferenz vom 15. Februar 1974 wird der „Auftrag“ der GSG 9 so formuliert: „Die GSG 9 ist zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben in Fällen von besonderer Bedeutung vorgesehen. Sie kann vor allem dann eingesetzt werden, wenn die Lage ein geschlossenes Vorgehen – offen oder verdeckt – unter Anwendung unmittelbaren Zwangs gegen Gewalttäter erfordert. Dies ist insbesondere der Fall, wenn bandenmäßig organisierte Terroristen in größerem Umfang tätig werden.“

03.10.1972 Die Bundesregierung verbietet die antiimperialistischen Organisationen Generalunion Palästinensischer Arbeiter (GUPA) und Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS). Am 8.10. demonstrieren in Dortmund, von einer zentralen Aktionseinheit aufgerufen, über 10000 gegen das Verbot und gegen die von der Bundesregierung eingeleitete Verschärfung der Ausländergesetze.

Nov. 1972 Die RAF-Schrift „Die Aktion des Schwarzen September in München – Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes“ erscheint.

Inhalt: Strategie des antiimperialistischen Kampfes; den Kampf ins Zentrum tragen; Bedeutung des Nahen Ostens für den Imperialismus; imperialistische Einkreisungspolitik; Imperialismus als Einheit der Widersprüche; Imperialismus und Dritte Welt; Führungsanspruch der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen; Opportunismus in den Metropolen und seine Grundlage; Ausbeutung, Massenkonsum, Massenmedien; der 24-Studenten Tag der Herrschaft des Systems; revolutionäres Subjekt; Faschismus und Antifaschismus; Antifaschismus und Antiimperialismus; Demaskierung des Systems.

**Den antiimperialistischen Kampf führen!
Die Rote Armee aufbauen!**

Die Aktion des Schwarzen September in München Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes

Proletarische Revolutionen ... kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich ihre Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhaft ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: hic Rhodus, hic salta.

Karl Marx

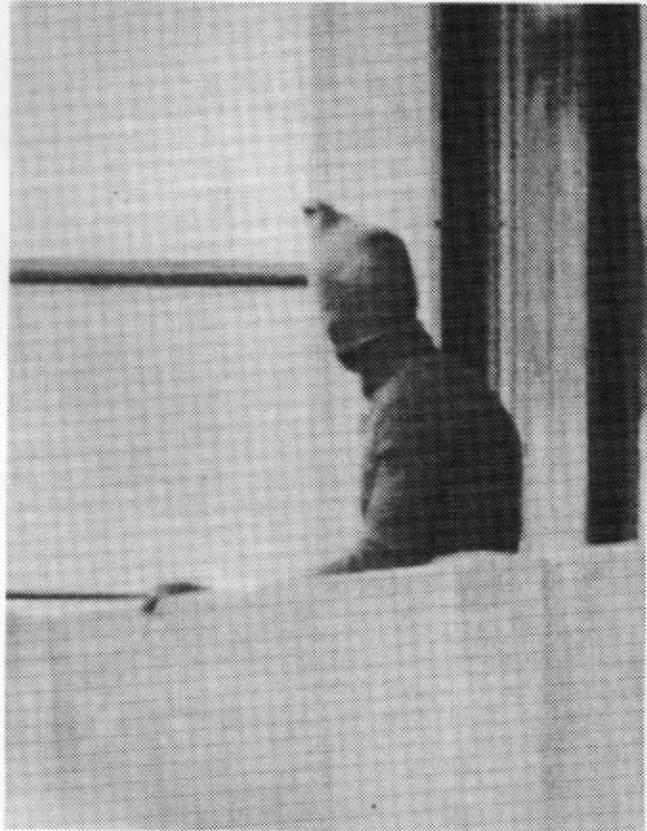
Der Stein, den sie aufgehoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen.

Die Aktion des Schwarzen September in München hat das Wesen imperialistischer Herrschaft und des antiimperialistischen Kampfes auf eine Weise durchschaubar und erkennbar gemacht wie noch keine revolutionäre Aktion in Westdeutschland und Westberlin. Sie war gleichzeitig antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch. Sie hat eine Sensibilität für historische und politische Zusammenhänge dokumentiert, die immer nur das Volk hat – das sind die, denen die Profite ausgesaugt werden, die – frei von Komplizenschaft mit dem System – keinen Grund haben, an die Masken ihrer Ausbeuter zu glauben, die Geschichte ihrer Ausbeuter zu beschönigen, auf deren Ansichten was zu geben. – Sie hat einen Mut und eine Kraft dokumentiert, die die Revolutionäre nur aus ihrer Verbundenheit mit dem palästinensischen Volk haben können, ein Klassenbewußtsein, das sich seiner historischen Mission, Avantgarde zu sein, klar bewußt ist – eine Menschlichkeit, die vom Bewußtsein bestimmt ist, gegen dasjenige Herrschaftssystem zu kämpfen, das als das historisch letzte System von Klassenherrschaft gleichzeitig das blutrünstigste und abgefemtete ist, das es je gab: gegen den seinem Wesen und seiner Tendenz nach durch und durch faschistischen Imperialismus – in welcher Charaktermaske auch immer er sich selbst am besten repräsentiert findet: Nixon und Brandt, Moshe Dayan oder Genscher, Golda Meir oder McGovern (1).

Die westdeutsche Linke könnte an ihr ihre eigene politische Identität wiederfinden – Antifaschismus – antiautoritäres Lager – antiimperialistische Aktion –, wenn sie noch nicht ganz der

Springerpresse und dem Opportunismus verfallen ist, wenn Auschwitz, Vietnam und Abstumpfung der Massen hier durch das System sie noch was angeht.

Die Strategie des schwarzen September ist die revolutionäre Strategie des antiimperialistischen Kampfes in der Dritten Welt und in den Metropolen unter den Bedingungen des entfalteten Imperialismus der multinationalen Konzerne.



5. September 1972: Ein Mitglied des Kommandos des Schwarzen September

1. Imperialismus

Antiimperialistischer Kampf

Die Aktion war antiimperialistisch

Die Genossen vom Schwarzen September haben ihren eigenen Schwarzen September 1970 – als die jordanische Armee über 20000 Palästinenser hingemetzelt hat, dahin zurückgetragen, wo dieses Massaker ursprünglich ausgeheckt worden ist: Westdeutschland – früher Nazideutschland – jetzt imperialistisches Zentrum.

Dahin, von wo aus die Juden in West- und Osteuropa nach Israel auszuwandern gezwungen worden sind – dahin, wo man zuerst vom Raub palästinensischen Landes profitieren wollte – dahin, von wo Israel sein Wiedergutmachungskapital bezog und bis 1965 offiziell Waffen – dahin, wo der Springerkonzern Israels Blitzkrieg im Juni 1967 als antikommunistische Orgie gefeiert hat; dahin, von wo Husseins Armee mit gepanzerten Fahrzeugen, Karabinern, Maschinenpistolen und Munition versorgt wird; dahin, von wo aus alles versucht wird, die arabischen Regierungen mit Entwicklungshilfe, Ölabbkommen, Investitionen, Waffen und diplomatischen Beziehungen gegeneinander auszuspielen, sie alle gegen die palästinensische Befreiungsbewegung. Dahin, von wo aus der Imperialismus – wenn anders er die arabischen Befreiungsbewegungen nicht zur Unterwerfung erpressen kann – seine Bombengeschwader gegen sie starten wird: Westdeutschland – München – Nato-flughafen Fürstenfeldbruck.

Vietnam

Oder glaubt man, Vietnam sei nur ein Spaß? Guatemala, Santo Domingo, Indonesien, Angola (2) sind alles nur Spaß? – Vietnam ist die grauenhafte Erfahrung der Völker der Dritten Welt, daß der Imperialismus entschlossen ist, Völkermord an ihnen zu begehen, wenn nichts mehr bei ihnen herauszuholen ist – sie als Markt, als Militärbasis, als Rohstofflieferant, als Lieferant von billigen Arbeitskräften nicht mehr mitmachen; und daß das die opportunistische Linke in den Metropolen einen feuchten Käse schert – die sitzt im Arsch jenes Teils der Massen, der als Arbeiteraristokratie des Imperialismus (Lenin) in den Klauen des Systems ist – die gehen auf die Straße, wenn's ihnen mal stinkt, wenn der Krieg eskaliert, wenn geschossen wird – wie Ostern 1968 in Berlin (3), Mai 1970 in Kent –, wenn das System ihnen mal kommt wie den Völkern der Dritten Welt permanent, dann haben sie die Schnauze voll, laufen zur Polizei, laufen dem Rattenfänger McGovern nach, einem Posten im Betriebsrat, schreiben wieder Gedichte gegen den Krieg.

Imperialistisches Zentrum

Der Schwarze September hat seinen Krieg von der arabischen Peripherie des Imperialismus ins Zentrum getragen. Zentrum heißt: Zentrale der multinationalen Konzerne, die die Märkte beherrschen, die das Gesetz der ökonomischen, politischen, militärischen, kulturellen, technologischen Entwicklung der Länder bestimmen, die zu ihrem Markt gehören. Zentrum sind: die USA, Japan, Westeuropa unter Führung der BRD. – Die Größe, der Umsatz, die Beschäftigungszahl der Konzerne sind bloß ihre äußerlichen, quantitativen Daten – ihre Rüstungsproduktion ist nur ein Sektor ihrer gegen die Befreiungsbewegungen gerichteten Produktionstätigkeit, ihr Preisdiktat im Rohstoffbereich nur eine Form neben anderen, Herrschaft über die Länder der Dritten Welt auszuüben.

Der aggressive Charakter imperialistischer Investitionspolitik

Marx hat den Kriegsmittelcharakter industrieller Maschinerie analysiert, die im 19. Jh. die Arbeiter dazu gebracht hat, Maschinen zu zerstören. Marx: „Die Maschinerie wird das machtvollste Kriegsmittel zur Niederschlagung der periodischen Arbeiteraufstände, Streiks usw. wider die Autarkie des Kapitals. Man könnte eine ganze Geschichte der Erfindungen seit 1880 schreiben, die bloß als Kriegsmittel des Kapitals wider Arbeiteremeuten (4) ins Leben traten.“ Das war die Maschinerie, die dem Proletariat Arbeitslosigkeit aufzwang, die den Lohnarbeiter schuf, indem sie das Proletariat vor die Alternative stellte, zu verhungern oder sich der Despotie des Kapitals zu unterwerfen.

Heute hätte man die Geschichte imperialistischer Investitionstätigkeit zu schreiben und ihre Analyse zu leisten, die zu nichts anderem „ins Leben tritt“ als zur Niederschlagung der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt.

Multinationale Konzerne

Die multinationalen Konzerne verfügen über alles, was den Ländern, die der Imperialismus jeder Möglichkeit, sich zu entwickeln, beraubt hat, fehlt, und setzen das gegen sie ein. Gleichzeitig Kapital heckend, Profite absahnend und mit denselben Projekten, Investitionen und Gewinnen die von ihm abhängigen Länder gegeneinander ausspielend – die eigene Abhängigkeit von den Rohstoffen der Dritten Welt dazu benutzend, diese damit zu erpressen.

Kriegsmittel

Seine Kriegsmittel heißen: Kapitalpotential, Technologie, Kommunikationsmittel, Informationswesen, Transportmittel. Seine Eroberungsstrategien heißen: Investitionen, Gewinntransfer, Informationspolitik, Risikostreuung, Marketing, Absatzplanung, Vorratsplanung. Seine Besatzer- bzw. Kolonial-Ideologie heißt: Devisen bringen und Arbeitsplätze schaffen. Sein Ziel ist: integrieren, unterwerfen, ausrauben – als Alternative bietet er an: aushungern, ausrotten.

Ölinvestitionen

Gegenüber den arabischen Staaten, die die palästinensische Befreiungsbewegung unterstützen, geht es primär um Öl. 70% aller westeuropäischen Ölimporte stammen von dort. Westeuropas Erdölbedarf wird sich bis 1985 verdoppeln (1970: 647 Mio. t). Das Schreckgespenst, arabische Revolutionsregierungen könnten noch mal den Anspruch stellen, ihre eigene Industrialisierung mit ihrem Öl durchzuführen – dann wäre es für die Ölkonzerne mit Profitraten über 100% aus –, bestimmt die Ölpolitik der Konzerne und ihrer Regierungen.

Algerisches Erdgas

Amerikanische Konzerne investieren Milliarden-Dollar-Summen zur Gewinnung, Verflüssigung und den Überseetransport von algerischem Erdgas, um algerisches Erdgas gegen libysches auszuspielen und gegen arabisches Öl: Kuwait, Libyen, Syrien, Irak, Saudi-Arabien.

Pipelines

Westeuropäische Konsortien investieren Milliarden-DM-Summen für die Anlage von Pipelines (1 km kostet zwischen 1 und 2 Millionen DM) für algerisches Erdgas, um sich von Nahost-Öl partiell unabhängig zu machen (Bayerngas – Saarferngas – Gasversorgung Süddeutschland).

Nordsee-Öl

Ölgesellschaften und Regierungen investieren Milliarden zur Öl- und Erdgasgewinnung aus der Nordsee. Nordseeöl ist hinsichtlich der Erschließungskosten – nur jede sechste Bohrstelle ist fruchtig, Bau und Installationen von Bohrinselfen, Unterwasser-Pipelines – zehn mal so teuer wie Öl aus dem Persischen Golf. (Den Anteil des Nordseeöls an den Weltvorkommen schätzt man auf 1%, den des Mittleren Ostens auf 60%.) Das wird vergedeutet, um gegenüber dem Nahen Osten flexibel zu werden. „Der zunehmende Druck einiger Ölländer auf die westlichen Gesellschaften sowie politische Krisen könnten zu Versorgungsschwierigkeiten führen“, behauptete die EWG-Europa-Kommission – gemeint sind die Schwierigkeiten der Konzerne, ihre Profitraten so hoch zu halten, wie sie sind.

Australien und Kanada

Über die Rohstofffunde in Australien und Kanada schreibt die Wirtschaftsausgabe der „FAZ“ in zynischer, kapitalistischer Offenherzigkeit: „Die Stellung der Entwicklungsländer verschlechtert sich wieder durch das Auffinden riesiger Rohstoffreserven in Kanada und Australien. Die geologisch gut gelegenen Stätten in diesen Ländern mit stabiler Regierung, geringer Besteuerung und einer entwickelten Industrie haben multinationale Unternehmen aus der ganzen Welt angezogen.“

Die Konferenz in Santiago de Chile

Über die Ohnmacht der „Entwicklungsländer“, die auf der Konferenz in Santiago de Chile im April/Mai 1972 Preissicherung auf den Rohstoffmärkten verlangten (5), schreibt die „FAZ“ mit der Herablassung und dem imperialistischen Selbstbewußtsein eines Konzernbulletins: „Die Entwicklungsländer übersehen, daß Rohstoffvorkommen allein noch keinen Reichtum darstellen. Die Erschließung, der Transport und die anwendungstechnische Forschung sind im Grunde genommen viel wichtiger, da wir z.Zt. in der Welt über ausreichende Reserven verfügen. Es ist kein Zufall, daß die potenten multinationalen Unternehmen in ihren Investitionen in den Entwicklungsländern, die eine restriktive Politik betreiben, große Zurückhaltung üben.“

Raubbau und Bevorratung

Auf der einen Seite betreiben die Konzerne wüsten Raubbau an den Rohstoffen der Dritten Welt. In Kuwait z.B. befürchtet man, daß das Öl in 16 Jahren – der Ölboom in Kuwait begann 1934 – alle sein könnte. 95% seiner Einnahmen hat Kuwait vom Öl – 800 Mio. Dollar im Jahr bei 740000 Einwohnern. Jetzt wird in Kuwait mit 12,8% der jährlichen Öleinnahmen ein Kronschatz angelegt – ein Sparstrumpf; wenn Öl und Kronschatz alle sind,

hüten die Kuweiter wieder Schafe, Libyen und Venezuela haben ihre Ölförderung schon eingeschränkt, um die Vorräte zu schonen.

Gleichzeitig betreibt man Bevorratungspolitik in der EWG und der BRD: Erhöhung der Vorräte von 85 auf 90 Tage – der Iran liefert eine 10-Mio.-t-Menge dazu – die BRD verbraucht gegenwärtig 133 Mio. t Öl im Jahr.

Die USA haben sich ein riesiges Einsparungsprogramm vorgenommen – bis 1980 will man 365 Mio. t Öl im Jahr einsparen – gegenwärtig verbraucht man dort 770 Mio. t. Die Einsparungsmaßnahmen sollen u.a. sein: Verlegung des Güterverkehrs von LKWs auf Eisenbahn, des Passagierverkehrs von der Luft auf die Straße, des Stadtverkehrs vom Auto auf Massenverkehrsmittel.

Öl und Verkehrstote

So wird der Wahnsinn einer Automobilproduktion, der in der BRD z.B. in den letzten zehn Jahren einen Tribut von 170000 Verkehrstoten gefordert hat – in den USA rechnet man für 1972 mit 56000, in der BRD mit 20000 – zugunsten derselben Extraprofite der Öl- und Automobilkonzerne wieder abgeschafft, zu deren Gunsten er aufgebracht worden ist: zum Zweck der Niederschlagung der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, nachdem er nur zu Lasten der Völker der Dritten Welt ins Leben treten konnte. Die Angst, der Circulus Vitiosus (6) Konsums – die Anarchie kapitalistischer Warenproduktion als nur für den Markt, nicht für die Bedürfnisse der Menschen – könnte auf eine Grenze der psychischen Anpassungsfähigkeit der Menschen stoßen, bestimmt unter anderem das Gefasel von der „Qualität des Lebens“. Das Abbröckeln der Massenloyalität aufgrund von nichts als Konsum – „Konsumscheiße“ – hat ohnehin eingesetzt, auch wenn das Massensterben auf den Straßen als Abstumpfung und Brutalisierung der Menschen immer noch mehr zugunsten des Systems zu Buche schlägt als zu seinen Ungunsten.

Boycott

Das Ziel ist die Wiederholung des Öl-Boycotts, der Anfang der 50er Jahre gegen die Nationalisierung persischen Öls durch Mossadegh (7) geklappt hat, den Weg frei gemacht für die Marionette des amerikanischen Imperialismus, den Schah. Angesichts der Verstaatlichungsmaßnahmen des Irak hat der Iran sich bereiterklärt, seine Jahresölproduktion von 271 Mio. t auf 400 Mio. t zu erhöhen. Solche Regierungen hat der Imperialismus gerne.

In den 90er Jahren hofft man mit Atomkraft allmählich vom Erdöl als dem bis dahin wichtigsten Energieträger unabhängig zu werden. Dann – so hofft man – wird man auch die Hochleistungstemperaturöfen haben, mit denen man aus Kohle Erdgas herstellen kann – was den Inhalt der Rede vom eventuellen Comeback der Kohle ist.

Das Ziel imperialistischer Energiepolitik ist es, die erdöliefernden Länder schon jetzt für alle Zukunft der Möglichkeiten zu berauben, auf ihr eigenes Öl nochmal ihre Industrialisierung und politische Unabhängigkeit gründen zu können.

Einkreisungspolitik

Was im übrigen der Imperialismus gegenüber dem Nahen Osten betreibt, kann man ruhig Einkreisungspolitik nennen. Im Westen frißt er sich fest im Maghreb – Algerien, Tunesien, Marokko. Westdeutsche Konzerne investieren im Bergbau (Rohstoffe); in der Bekleidungsindustrie (niedrige Löhne); in Staudammprojekten (Elektrifizierung); Automobilindustrie. Schwerpunkt westdeutscher Entwicklungshilfe an arabische Staaten sind Tunesien und Marokko – beide Länder sind gleichzeitig Objekt westdeutscher Militärhilfe. – Im Osten und Norden: Türkei und Iran. Beide Länder sind sowieso amerikanische Militärstützpunkte. Im Rahmen der NATO liefert die BRD der Türkei Waffen. Im Rahmen der freien Marktwirtschaft liefert Siemens neuerdings Fernsehrelaisstationen, mit denen die Regierungsstimme – „Hier spricht die Kriminalpolizei“ – bis in den türkischen Osten reicht. Die deutsche Kolonie in Teheran ist bekannt – der Umfang westdeutscher Waffenlieferungen ist es

nicht.

Militärbasis

Es gehört wenig Phantasie dazu, sich einen Rollenwechsel des Maghreb im Westen, der Türkei und des Iran im Osten vom Markt zur militärischen Ausgangsbasis vorzustellen.

Und es gehört überhaupt keine Phantasie dazu, sich die Lage Algeriens in drei Jahren vorzustellen, wenn die Erdgasförderung durch amerikanische Konzerne – also das große Geld – begonnen hat und Algerien trotzdem seine Solidarität mit den anderen arabischen Staaten aufrecht erhalten will; sie kann nur verweigert sein.

Der Imperialismus ist die Einheit

Der Imperialismus der multinationalen Konzerne ist die Einheit, die in sich die Widersprüche von entwickelten und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten beraubten Länder, von Staaten mit gewählten und mit vom CIA eingesetzten Regierungen, reichen und armen Ländern, Norden und Süden als Zentren und Peripherien seines Systems vereint. Er ist das System, das sich der politischen Form des Rechtsstaats ebenso bedient wie der des Faschismus. Er hebt diese Widersprüche nicht auf, er koordiniert sie nur, spielt sie gegeneinander aus, integriert sie als verschiedene, aufeinander abgestimmte Kapitalverwertungsbedingungen für seine Konzerntöchter.

„Sklaven des Systems“

Äußerlich paßt er sich vorhandenen Bedingungen an – bedient sich, wenn es geht – inländischer Kapitalreserven, überläßt das mittlere Management Einheimischen, lernt die Landessprache, hält sich an geltendes Landesrecht, operiert mit der normativen Kraft seiner faktischen Macht auf dem Markt. Von oben herab belehrt die „FAZ“ die „Entwicklungsländer“, die sich mit Einschränkungen vor dem Raubbau ihrer Bodenschätze zu schützen versuchen: Sie verkennt die Marktlage und qualifizierten ihre Rolle als Sklave des Systems richtig, wenn sie zu dem „Dilemma“ Devisenbedarf einerseits und dem Bedürfnis, sich vor Raubbau zu schützen, andererseits konstatiert: „Den Entwicklungsländern sind bei der Durchsetzung ihrer Politik gegen die internationalen Rohstoffgesellschaften die Hände gebunden.“

Dieser Imperialismus vermeidet Provokationen. Er übernimmt, wo er kann, die Regierung der Länder der Dritten Welt in die eigene Galerie der Charaktermasken des Systems. Er arbeitet mit der „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ – sein Reservoir an Mitteln ist größer, als das irgendeiner herrschenden Klasse vor ihm es war.

Sein Reservoir an Mitteln

Er überläßt die Völker der Dritten Welt der Disziplinierung durch Analphabetismus und Hunger, in den Metropolen der Verblödung, Abstumpfung und Brutalisierung durch Fernsehen, Springer und Verkehrsunfälle – er überläßt die Liquidation der amerikanischen Linken McGovern, er überläßt persische, türkische, palästinensische Genossen der Folter, die antiimperialistische Linke in Westdeutschland und Westberlin der Bundesanwaltschaft – er wird hier im November freie Wahlen abhalten, nachdem er im September palästinensische Freiheitskämpfer maskiert hat und aufkommendes Entsetzen mit der Dampfwalze der Olympischen Spiele in Farbe niedergewalzt hat.

Dieser Imperialismus zeigt sein faschistisches Wesen nur vor, wenn er auf Widerstand stößt – eine spätkapitalistische Machtergreifung hat er nicht nötig. Seiner historischen Tendenz nach ist er faschistisch: auf Ausbeutung aus und Unterwerfung, Vernichtung, Vergeudung, Entlaubung, Zerstörung von Menschen und Bodenschätzen. Er hat das größte Zerstörungspotential bereitgestellt, das je eine herrschende Klasse für sich bereitgestellt hat, um nach sich die Sintflut kommen zu lassen – wo für ihn nichts mehr zu holen ist, verwüstet er alles; das Land und die Menschen – Krater und Krüppel – Vietnam.

Die Strategie des Schwarzen September

Mit seinem Bombenanschlag bei Strüver in Hamburg hat er Kriegsmittelnachschub für Israel angegriffen.

Mit seiner Aktion im Olympischen Dorf hat er den nur schein-

bar lokalen Konflikt zwischen der imperialistischen Metropole Israel und Palästinensern von der Peripherie des Systems ins Zentrum getragen – hat er die Charaktermasken des „Rechtsstaats“ Bundesrepublik gezwungen, abzuschminken und als das aufzutreten, was alle Charaktermasken des Imperialismus objektiv sind: kriegsführende Partei gegenüber den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt – letzten Endes: Ausrottungsstrategen und Faschisten.

Die arabischen Völker sind durch die Aktion für den anti-imperialistischen Kampf mobilisiert worden, sie haben die Revolutionäre als Helden gefeiert, ihr Wille zu kämpfen ist ungeheuer ermutigt worden.

Daß es noch besser gewesen wäre, Genscher als Geisel zu nehmen, weiß der Schwarze September selbst. Auf dem ungeheuer hohen Niveau von marxistischer Theorie und revolutionärer Praxis, das der Schwarze September hat, braucht man ihm das nicht zu sagen. Die Erkenntnis, daß ein Austausch der israelischen Geiseln gegen die Charaktermasken der sozialliberalen Koalition noch besser gewesen wäre, insofern er die Komplizenschaft Israels/westdeutscher Imperialismus zerstört hätte, Israel isoliert, den Widerspruch zwischen dem Faschismus des entfaltenen Imperialismus und Israels Nazi-Faschismus (siehe Kap. Nationalsozialismus) auch noch auf die Spitze getrieben hätte, Widersprüche im System ausgenützt im Sinne von: Die Kräfte des Imperialismus zersplittern! – Diese Erkenntnis kann nicht als Kritik an der Aktion vorgebracht werden, insofern wir sie der Aktion selbst verdanken. Diese Erkenntnis ist ein Paradebeispiel dafür, wie die Praxis die Theorie vorantreibt, die Theorie die Praxis – für die Dialektik von Theorie und Praxis.

2. Opportunismus

Der Opportunismus in den Metropolen

Die Marx-Bibelforscher – nur mit Zitaten ausgerüstet, nicht weiterdenkend – werden einwenden, Marx selbst habe Maschinenstürmerei eine „Dummheit“ genannt. Marx: *„Da also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert ...“*, sei also nicht die Maschinerie zu bekämpfen, sondern ihre kapitalistische Anwendung.

Das alles ist auf den Teil imperialistischer Investitionstätigkeit, der nur zum Zweck der Niederschlagung der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt ins Leben tritt, nicht zu übertragen. Insofern er „an sich betrachtet“ nichts als Vergeudung von Rohstoffen und Arbeitskraft ist, nichts als Kriegsmittel – man kann sagen: Rüstungsproduktion im zivilen Bereich. Mit ihr soll die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung in den Zentren des Imperialismus und den Ländern der Dritten Welt, d.h. das imperialistische Herrschaftssystem verewigt werden.

Sabotage

Der Verzicht auf Sabotage in den Metropolen – weil es besser wäre, solche Projekte zu übernehmen, als sie zu zerstören, kommt auf den Ausspruch raus: Die Völker der Dritten Welt sollen mit ihren Revolutionen solange warten, bis die Massen in den Metropolen soweit sind – ignoriert das zuerst von Lenin erkannte Problem der Arbeiteraristokratie des Imperialismus, heißt von den Völkern der Dritten Welt zu verlangen, sich in das Schlepptau desjenigen Teils des Weltproletariats nehmen zu lassen, der am meisten in den Fängen des Systems ist – es ist der Führungsanspruch des Opportunismus.

Der Solidaritätsbegriff des Opportunismus

Es ist kein Zufall, daß gerade die Opportunisten mit dem Begriff der Solidarität nichts mehr anfangen können – sie vertreten einen Führungsanspruch, der imperialismus-analytisch falsch ist – so müssen sie den Teil der Beherrschten aus ihrem Solidaritätsbegriff ausschließen, der ihren Führungsanspruch nicht anerkennt, stattdessen den der Völker der Dritten Welt. Sie müssen diejenigen ausschließen, die unter „Dem Volke dienen“

nicht verstehen, dem vom Imperialismus beherrschten Volk in den Arsch zu kriechen, sondern den Imperialismus bekämpfen, der das Volk beherrscht.

Negt – das Schwein

Negt, der in Frankfurt nach Noskes Devise „Einer muß der Bluthund werden“ rangegangen ist (8), hat dort die Position des Opportunismus – mit allem Kauderwelsch, aller Massenverachtung, allen Appellen an „die Politiker“, aller Berufung auf den gesunden Menschenverstand, die dazu gehören – formuliert. Allerdings ohne sich auch nur andeutungsweise – wie Bernstein – die Mühe einer ökonomischen Analyse zu machen. Da das Problem des Opportunismus aber unabhängig vom theoretischen Niveau seiner Sprecher objektiv besteht, ist es notwendig, sich mit ihm auseinanderzusetzen. Es besteht objektiv als Resultat der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung, die das System geschaffen hat, der Ungleichmäßigkeit der Formen der Ausbeutung, die das System anwendet, der Ungleichmäßigkeit der Erfahrung der Unterdrückung innerhalb dieses Systems.

Daß Negt überhaupt Beifall bekam, trotz des schwachsinnigen theoretischen Niveaus seiner Ausführungen, beweist, wie stark die objektiven Gründe sind, die hier dafür sprechen, eine opportunistische Position einzunehmen. Wir nehmen uns Negt auch deshalb vor, damit seine Anhänger sehen, welchem Bockmist sie da aufgefressen sind.

Negt über Solidarität

Negt: *„Die Mechanik der Solidarität zerstört jede sozialistische Politik. Sie ist das schlechteste Erbe der Protestbewegung.“*

„Mechanisch“ mögen Leute zum Portemonnaie greifen, wenn sie einem Mundharmonikaspieler an der Hauptwache begegnen, und mag Bertold Beitz (9) einen Scheck für die Bodelschwingschen Anstalten in Bethel unterschreiben – Solidarität ist keine Reflexhandlung, was jeder weiß, der jemals solidarisch gehandelt hat. Oder will Negt mit seiner „Mechanik“ von hinten den Begriff der Spontaneität gleich mit erledigen?: „Spontane Solidarität“ ...? Tiefer als Negt kann man den Begriff der Solidarität nicht in den Dreck ziehen und diejenigen nicht, die den Mut und die psychische Widerstandskraft aufbringen, bei Gefahr für sich selbst solidarisch zu handeln.

Negts Kinderstube

„Ungebeten und oft anonym“ stünden sie vor der Tür – was glatt gelogen ist, bei Negt stand nie einer – in der Tat, ohne ihre Visitenkarte vorher eingereicht zu haben oder dem Verfassungsschutz das Tonband am Telefon vollgequatscht. Dann waren sie noch unrasiert, und nachher haben sie das Badezimmer vollgespritzt. Das wollen Revolutionäre sein? Wo kämen wir da hin?

Opportunistische Anmaßung

Statt den Zusammenhang zwischen Wohlstand hier und Verelendung dort herzustellen – das hieße: die Einheit des Systems analysieren –, maßte sich Negt Richtersprüche an aufgrund eingebildeter Macht, indem er proklamiert: *„... daß politische Moral unteilbar ist“* – soso (s.o.) – *„daß derjenige, der den Völkermord in Vietnam toleriert oder gutheißt, das Recht verliert, im Namen von Demokratie zu sprechen“* – das Bundesverfassungsgericht hustet ihm eins – soll er das denen doch mal verwickeln.

Prinzip der Vereinzelung

Die Verbindung zwischen Verelendung hier und Verelendung dort – von Solidarität, Erkenntnis des Zusammenhangs – zu verhindern, macht sich Negt zur Hauptaufgabe: Lokalisierung der Konflikte, wie das System sie mit allen Mitteln betreibt.

Negt: *„Die unter Solidarisierungszwang stehende Masse der Politisierten, der Studenten, Schüler, Jungarbeiter, die sich mühsam von ihren Familien, dem disziplinierenden Druck der Betriebe und der Ausbildungsstationen abgesetzt haben“* – (nicht emanzipiert, nicht im Prozeß der Befreiung befreit, der weitergeht, weiter will, sondern „abgesetzt“) – *„verlieren allmählich die Fähigkeit, selber Erfahrungen zu machen“* – (eine Sozialarbeiterunverschämtheit) –, *„ständig im Zugzwang, den Anschluß*

an die radikalsten Positionen nicht zu verpassen, gewinnen sie ihre labile, außergeleitete Identität" – (woher nimmt er die Frechheit, mit sozialpsychologischen, mit Jugendamtsjargon über die herzufallen, über die er da redet?) – „aus der bloßen Identifizierung mit den Erfahrungen anderer.“ Also: die „Bild“-Zeitung erfährt nur der, über den sie berichtet, über die Siege des Vietkong darf sich nur der Vietkong freuen. Bomben gegen das US-Hauptquartier kriegt nur mit, wer sie legt – oder was?

„Selbsternannte Avantgarde“

Negt: „Selbsternannte Avantgarden“ – (also von keinem Kultusminister ernannt, durch die Besetzung keiner Marktlücke legitimiert – oder was?) – „spiegeln ihnen gesellschaftliche und geschichtliche Erfahrungen vor“ – (denn der antiimperialistische Kampf findet in Wirklichkeit gar nicht statt) –, „die der einzelne Schüler, Arbeiter, Lehrling, Student in den eigenen Arbeitszusammenhängen weder nachvollziehen noch auf politische Konsequenzen bringen kann.“ Wieso identifizieren sie sich denn? Glaubt Negt an die Selbstfertigung der Ideen im Hirn? Offenbar.

Materialistische Dialektik

Mao: „Die materialistische Dialektik betrachtet die äußeren Ursachen als Bedingung der Veränderung und die inneren Ursachen als deren Grundlage – wobei die äußeren Ursachen vermittels der inneren wirken.“

Das heißt: Negt – als äußere Ursache – hat für sein dummes Gewäsch in Frankfurt Beifall gekriegt, weil der Opportunismus in den Metropolen starke innere Gründe hat. Die Leute wollen „Freiheit für Angela Davis“ – aber den Kampf nicht mit der Härte führen wie der Vietkong, wie der Schwarze September – das nicht – so verzweifelt über das System, ihrer eigenen Sache so sicher sind sie denn doch nicht, daß ihnen das 'ne Sache aufgeben und Tod wert wäre. Kommt Negt, sagt, braucht ihr auch nicht, wir machen das schon – sind sie erleichtert, Beifall.

Dagegen steht die RAF – ihrer eigenen Sache so sicher wie die Völker der Dritten Welt, weil sie deren Führungsanspruch anerkennt, weil sie weiß, daß der Kampf nur mit der Härte geführt werden kann, wie die ihn führen. Die RAF – als äußere Ursache – hat zunehmend bei Schülern, Studenten, Lehrlingen Zustimmung gefunden. – Negt hat es bezeugt, ebenso dreckige „Meinungsumfragen“ haben es bezeugt, Flugblätter, Sprechchöre, Demonstrationen, Teach-ins etc. – Aber wie anders als durch „innere Ursachen“? – wie anders als dadurch, daß diese in ihren eigenen Arbeits- und Lebenszusammenhängen täglich erfahren, daß eben nur diese Härte, nur die Härte, mit der die Völker der Dritten Welt den Kampf führen, zum Ziel – ihrer Befreiung – führen kann? Negts Gezeter beweist das Gegenteil von dem, was er behauptet: Gerade weil Schüler, Lehrlinge, Studenten in ihren Lebens- und Arbeitszusammenhängen – innere Ursache – die Erfahrungen der Völker der Dritten Welt anfangen nachzuvollziehen, identifizieren die sich mit deren Kampf, mit der RAF, die ihn in die Metropole getragen hat, die ihn vermittelt – als äußere Ursache.

Wäre es anders, hätte nie ein Hahn nach der RAF gekräht, Genscher und Ruhnau (10) nicht, und Negt wäre mit einem Nebensatzseitenhieb auf die RAF ausgekommen in Frankfurt – oder Sein und Bewußtsein haben nichts miteinander zu tun, die materialistische Dialektik wäre ein Hirngespinnst.

Daß dieser Prozeß nur unendlich langsam, schwer, mühsam, erst stellenweise in Gang gekommen ist, wissen wir. Daß er überhaupt in Gang gekommen ist, beweist, daß die Situation „reif“ ist, den antiimperialistischen Kampf auch in den Metropolen aufzunehmen – nicht „reif“ für den Umsturz, aber „reif“ für die antiimperialistische Offensive.

Daß es Genossen gibt, die sich selbst zu schade dafür sind, schon in diesem Anfangsstadium der „Reife“ der Situation ihr Leben und ihre Freiheit zu verlieren, nur um diesen Prozeß überhaupt erst mal in Gang zu setzen, beweist, wie groß die Anziehungskraft des Systems in den Metropolen noch ist. Daß es Genossen gibt, denen ihr Leben außerhalb des revolutionären Befreiungskampfes nichts mehr wert ist, beweist, wie groß die Anziehungskraft der Revolution schon ist. Insofern es keine einzige Idee und keinen einzigen Gedanken gibt, der seinen Ursprung woanders hat als im Leben, in der Gesellschaft – da

mögen Gedanken, Ideen und Menschen so viel eingesperrt, ausgebürgert, ausgeschlossen und für verrückt erklärt werden, wie man will.

Die Spaltung der Linken in den Metropolen in einen revolutionären, antiimperialistischen Flügel und einen opportunistischen hat eingesetzt. Nicht weil der Opportunismus an Boden gewinnt, sondern weil der verliert – wobei er mit der Erstarkung der linken Bewegung noch an Boden gewinnen wird. Negts Attacke war ein Rückzugsgefecht. Insofern kann es nur recht sein, daß er obendrein so saumäßig argumentiert und damit selbst die Demaskierung des Opportunismus vorantreibt. Er macht es uns leicht.

Negt als Alexander der Große

„Der Knoten“ aus „mechanisierter Solidarität“, „Minderwertigkeitskomplexen“, „Trennungsgängen“, „verzerrter Realitätsauffassung“, „Vernebelung der Gehirne“, „kann nur zerhauen werden (da hat er recht) – nicht mehr „mit behutsamem Verständnis“ aufgelöst. Was heißt: bei Erstarren des linken Flügels der sozialistischen Bewegung diesen von den Faschisten liquidieren lassen. Was heißt: marxistische Theorie, ernsthafte Diskussion gleich „behutsames Verständnis“ – man verschone die sozialistische Diskussion in der Tat mit Negts pfäffischem Zuspruch und seiner Seminar-Pädagogik. Marx und Freud könnten zu all dem allerhöchstens sagen: Wie bitte? Ein völlig durchgedrehter, wild um sich schlagender Kleinbürger – dieser Negt. Wenn man nicht wüßte, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, könnte man auf die Idee kommen, bei dieser durch und durch korrupten Ratte sei „Korruption im Spiel“.

Die objektive Rolle der Opportunisten

Für seinen Arbeitsbereich hat Negt sie – unvernebelt – dargestellt: „Man sollte sich hüten, die linken Lehrer und Hochschul-Lehrer aus Schulen und Universitäten zu drängen“, sie seien die einzigen, „die durch alltägliche Überstunden, durch Organisation kleiner Gruppen“ diesen katastrophalen Laden „am Laufen“ hielten. Gegen genau diese systemstabilisierende Integration ihrer Arbeit als „Überstunden“ hatten sich die Berliner Studenten der Gegenuniversität (11) mit Händen und Füßen gewehrt – so kommt die opportunistische Katze auch aus dem seminar-marxistischen Sack.

Der Kern: Wissenschaft für die Bourgeoisie

Als praktischer Kern bleibt noch bürgerliche Wissenschaft: „Würde man auch nur einen Teil des Geldes, das für die Bekämpfung der Kriminalität ausgegeben wird, für die Bekämpfung der Ursachen ausgeben, dann könnte man mit langfristigen Wirkungen rechnen; eine Gesellschaft, die diese Minimalaufgabe nicht zu lösen vermag, hat ihre Berechtigung verloren“ – (laßt Negt mal ran, der wird den Laden schon schmeißen).

Auf diese Art langfristige Wirkung mit Geld statt militärischer Abenteuer ist die Investitionstätigkeit der multinationalen Konzerne berechnet.

Und um das Maß wirklich voll zu machen, haut Negt noch den ganzen Marxismus-Leninismus über Bord: „Es gibt kein objektives und eindeutiges Kriterium für die Unterscheidung zwischen rechts und links.“ Wieso nennt sich dieses dumme Schwein noch „Sozialist“?

Rosa Luxemburg über Bernstein: „Wie – das ist alles, was ihr zu sagen habt? Kein Splitter von einem neuen Gedanken! Kein einziger Gedanke, der nicht schon vor Jahrzehnten von dem Marxismus niedergetreten, zerstampft, ausgelacht, in nichts verwandelt worden wäre. Es genügt, daß der Opportunismus sprach, um zu zeigen, daß er nichts zu sagen hatte.“ Es genügt, daß Negt offen auftrat, um zu zeigen, daß er mit den Faschisten unter einer Decke steckt – ihr „berufenes“, möglicherweise „unberufenes Werkzeug“ (R.L.).

Lenin: „Am gefährlichsten sind Leute, die nicht verstehen wollen, daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus.“

Daß die Unterdrückten selbst ihnen noch mal ihren ganzen „katastrophalen Laden“ zusammenschlagen könnten, das System an seinen eigenen Widersprüche zugrunde gehen könnte

– das Bewußtsein: Wir sitzen alle in einem Boot –, schweißt Opportunismus und System zusammen. Sie quatschen von Sozialismus und meinen das System. Sie stellen keine Fragen, sie verpassen Antworten. Niederlagen der Revolutionäre quittieren sie schadenfroh: Wieder einmal hat das Pferd das Rennen gemacht, auf das sie gesetzt haben.

Revolutionäres Subjekt

Das Problem des Opportunismus ist damit, daß Negt sich entlarvt hat, nicht aus der Welt. Die Bestimmung des revolutionären Subjekts aus der Analyse des Systems ist mit der Erkenntnis, daß die Völker der Dritten Welt die Avantgarden sind, und der Übertragung von Lenins Begriff der „Arbeiteraristokratie“ auf die Massen in den Metropolen nicht erledigt und nicht abgetan. Im Gegenteil: Es läuft überhaupt erst an.

Mit Marx' Begriff des Lohnarbeiters, dem in der Produktion der Mehrwert ausgepreßt wird, allein, ist die Ausbeutungssituation der Massen in den Metropolen nicht mehr gedeckt.

Tatsache ist, daß die Ausbeutung im Bereich der Produktion eine nie dagewesene Form der physischen Belastung, einen nie dagewesenen Grad der psychischen Belastung angenommen hat, mit der weiteren Aufsplitterung der Arbeit eine ungeheure Steigerung der Arbeitsintensität stattgefunden hat und fort-schreitet.

Tatsache ist darüber hinaus, daß mit der Einführung des 8-Stundentages – der Voraussetzung für die Steigerung der Arbeitsintensität – das System sich der gesamten Freizeit der Menschen bemächtigt hat. Zu ihrer physischen Ausbeutung im Betrieb ist die Ausbeutung ihrer Gefühle und Gedanken, Wünsche und Utopien dazu gekommen – zur Despotie der Kapitalisten im Betrieb die Despotie der Kapitalisten in allen Lebensbereichen durch Massenkonsum und Massenmedien.

Mit der Einführung des 8-Stundentages hat der 24-Stundentag der Herrschaft des Systems über den Arbeiter seinen Siegeszug angetreten – mit der Schaffung von Massenkaukraft und „Einkommensspitze“ hat das System den Siegeszug über die Pläne, Bedürfnisse, Alternativen, Phantasie, Spontaneität, kurz: den ganzen Menschen angetreten!

Das System hat es in den Metropolen geschafft, die Massen so tief in seinen eigenen Dreck zu ziehen, daß sie das Gefühl für ihre Lage als Ausgebeutete und Unterdrückte, als Objekt des imperialistischen Systems weitgehend verloren zu haben scheinen, so daß sie für's Auto, ein paar Plünnen, 'ne Lebensversicherung und 'nen Bausparvertrag jedes Verbrechen des Systems billigend in Kauf nehmen, sie sich was anderes als ein Auto, eine Ferienreise, ein gekacheltes Bad kaum noch vorstellen und wünschen können.

Daraus folgt aber, daß das revolutionäre Subjekt jeder ist, der sich aus diesen Zwängen befreit und seine Teilnahme an den Verbrechen des Systems verweigert. Daß jeder, der im Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt seine politische Identität findet, jeder, der sich verweigert, jeder, der nicht mehr mitmacht: revolutionäres Subjekt ist – Genosse.

Daraus ergibt sich, daß wir den 24-Stundentag des imperialistischen Systems zu analysieren haben. Daß wir für alle Lebens- und Arbeitsbereiche dieser Gesellschaft nachzuweisen haben, wie sich das Mehrwertaussaugen in ihnen abspielt, wie es sich zur Ausbeutung im Betrieb verhält, was jeweils genau der Punkt ist. Mit dem Postulat: Das revolutionäre Subjekt des Imperialismus in den Metropolen ist der Mensch, dessen Tag der 24-Stundentag unter dem Diktat, der Bevormundung des Systems ist – stecken wir nicht mehr als den Rahmen ab, innerhalb dessen die Klassenanalyse gemacht werden muß – wir behaupten nicht, daß das Postulat schon die Analyse ist.

Tatsache ist, daß weder Marx noch Lenin noch Rosa Luxemburg noch Mao es mit dem „Bild“-Leser, dem Fernseh Zuschauer, dem Autofahrer, dem psychologisch konzipierten Schüler, der Hochschulreform, der Werbung, dem Radio, dem Versandhandel, dem Bausparvertrag, der „Qualität des Lebens“ usw. zu tun hatten. Tatsache ist, daß das System in den Metropolen sich durch seine fortschreitende Offensive auf die Psyche der Menschen reproduziert, und eben gerade nicht offen faschistisch, sondern über den Markt.

Nur deswegen ganze Bevölkerungsschichten als für den antiimperialistischen Kampf abgestorben zu erklären, weil sie in Marx' Kapitalismusanalyse noch nicht vorkommen konnten, ist ebenso wahnwitzig, sektiererisch wie unmarxistisch.

Nur indem es uns gelingt, den 24-Stundentag auf den imperialistischen–antiimperialistischen Begriff zu bringen, können wir dazu kommen, die tatsächlichen Probleme der Menschen in diesem so zu formulieren und darzustellen, daß wir von den Menschen verstanden werden, nicht nur unsere Aktionen verstanden werden – wie die der RAF verstanden worden sind –, sondern auch unsere Propaganda, unsere Sprache, unsere Wörter. Dem Volk dienen!

Wenn die Völker der Dritten Welt die Avantgarde der antiimperialistischen Revolution sind, das heißt: die objektive, große Hoffnung der Menschen in den Metropolen auf ihre eigene Befreiung, dann ist es unsere Aufgabe: den Zusammenhang herzustellen zwischen dem Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt und der Sehnsucht nach Befreiung, wo immer sie in den Metropolen auftaucht: in den Schulen, in den Hochschulen, in den Betrieben, in den Familien, in den Gefängnissen, in Großraumbüros, Krankenhäusern, Verwaltungen, Parteien, Gewerkschaften – überall. Gegen alles, was diesen Zusammenhang äußerlich negiert, unterdrückt, zerstört: Konsum, Medien, Mitbestimmung, Opportunismus, Dogmatismus, Herrschaft, Bevormundung, Brutalisierung, Vereinzelung.

„Gemeint sind wir!“ Revolutionäres Subjekt sind wir. Wer immer anfängt, zu kämpfen und Widerstand zu leisten, ist einer von uns.

Die Fragen, wie und an welcher Stelle das System am besten zu bekämpfen, am besten zu erpressen, selbst am schwächsten ist – die Frage haben wir zu beantworten – nicht nach der Devise: eins nach dem anderen, sondern in der Dialektik von Theorie und Praxis.

3. Faschismus

Die Aktion des Schwarzen September war antifaschistisch. Sie hat den Zusammenhang zwischen dem alten NS-Faschismus und dem entfalteten Imperialismus als dem erst durch und durch faschistischen System hergestellt.

Die Olympiade Sie hat ihn äußerlich hergestellt, indem sie auf die Olympischen Spiele zielte, die die Erinnerung an 1936, Auschwitz und Reichskristallnacht auslöschen sollten, insofern sie die Fassade abgeben sollten für das, was gegenwärtig in Vietnam läuft, Palästina, Israels Gefängnissen, der Türkei, Uruguay, Brasilien, Griechenland, Persien. Insofern sie als mörderische Wettkämpfe nur



„... die Völker der Dritten Welt (sind) die Avantgarde der antiimperialistischen Revolution“ – Bild: palästinensische Befreiungskämpfer.

Sieger und Besiegte kennen, das Gegenteil von Befreiungskämpfen, von solidarischer Aktion sind, stattdessen Konkurrenz-Kämpfe um imperialistisches Selbstbewußtsein von Industrienationen – Aggressionsspiele.

„Bild“

„GOLD-GOLD-GOLD“, hechelt, hetzt, pfeift, keift Bild in den ersten Tagen der Olympiade – „Ich sah sie sterben nachts um elf – wie die Spiele weitergehen“, war die „Bild“-Schlagzeile am 7. September.

– Wollt Ihr den totalen Sieg? – Jaaaaa!

Die Sportler

Das betrifft nicht die Sportler. Die haben jahrelang trainiert, die wollten Wettkämpfe austragen. Nicht sie gaben der Olympiade den Charakter einer imperialistischen Veranstaltung. Sie waren an ihr beteiligt wie der Lohnarbeiter am Kapitalismus – es geht nicht ohne sie, aber sie sind Objekt des Spektakels, Objekt von Neckermanns Sporthilfe. Daß sie Spaß daran haben, hebt das nicht auf.

Der Nationalsozialismus

Der Nationalsozialismus war nur die politische und militärische Vorwegnahme des imperialistischen Systems der multinationalen Konzerne.

Raffgierig wie die Kapitalistenklasse – besonders in Deutschland – nun einmal ist, wollte sie, unter der Führung der Flick-, Thyssen-, Krupp-, IG-Farben-Konzerne unter noch unreifen Bedingungen schon haben, was sie später sowieso gekriegt hätten. Fickrig ging sie das Bündnis mit dem alten, absterbenden Kleinbürgertum ein, lud sich dessen irrationalen Antisemitismus an den Hals. Statt auf die Kleinaktionäre zu warten, den gewissermaßen echten, weil durch den extremen Kapitalbedarf der Konzerne selbst geschaffenen Mittelstand des Imperialismus – gingen sie das Bündnis ein mit der ideologisch rückwärts gewandten Nazi-Partei. – Statt die Entfaltung seiner eigenen Möglichkeiten abzuwarten, sich Länder und Völker ohne militärische Abenteuer zu unterwerfen, fingen sie den 2. Weltkrieg an. Antisemitismus und Krieg hatten den Faschismus in Deutschland langfristig kompromittiert, die herrschende Klasse in Deutschland schon einmal vor den Massen voll entlarvt – hatten das Bündnis von Kommunisten und Teilen des Bürgertums im Antifaschismus ermöglicht.

Antifaschismus

Es war dieser Antifaschismus im In- und Ausland, der die politische Entfaltung des westdeutschen Imperialismus so nachhaltig behindert hat. Es war die Sensibilität der Antifaschisten für Unrecht, Übergriffe, staatliche Brutalität, Übermacht der Exekutive, die diesen Staat bisher zwang, Rechtsstaat zu sein.

So wie der Imperialismus seinem Wesen nach faschistisch ist, war der Antifaschismus seiner Tendenz nach antiimperialistisch.

Die RAF hat ihn bei einem Teil ihrer Sympathisanten für den antiimperialistischen Kampf aktualisiert. Mit den §129-Prozessen Anfang der 50er Jahre und dem KPD-Verbot ist die KP von ihrem eigenen Antifaschismus abgeschnitten worden, ihr Bündnis mit Teilen des Bürgertums aufgelöst worden. – Es war eine der wesentlichen Aufgaben der Brandt/Scheel/Heinemann-Administration, die Reste des Antifaschismus in der SPD und im Bildungsbürgertum zu liquidieren – die als APO 1967/68 nochmals hervorgetreten waren – ermutigt von der Studentenbewegung – in Republikanischen Clubs, auf Vietnam-Demonstrationen, gegen Notstandsgesetze und Polizeiterror.

Antiautoritäres Lager

Daß die Führer der Studentenbewegung diese selbst ihres antiimperialistischen Bewußtseins berauben konnten, ist ein Kapitel für sich. Die Inhalte der antiautoritären Bewegung waren ganz klar antiimperialistisch: 2. Juni, Vietnam, Springer, gegen die politische Entfaltung des westdeutschen Imperialismus gerichtet, den Schlußstrich unter die Nachkriegsgeschichte der BRD durch die Bildung der Großen Koalition. Als kleinbürgerlich erwies sich diese Bewegung erst, als sie sich, nachdem die ersten Schüsse gefallen waren, die kein privater Faschismus (Kurras) waren, sondern Produkt systematischen imperialistischen Terrors – auf Dutschke gezielt, von Springer aufgepeitscht – von

ihren eigenen Theorie-Assen ihres antiimperialistischen Bewußtseins berauben ließ. Als sie die Erfahrung ihrer Ohnmacht in Organisationsfetischismus zu kompensieren anfang – ihr Verfall in ein rechthaberisches, konkurrenzstüchtiges Zirkelwesen, das nur noch die Herrschaftsstrukturen des Systems reproduziert, Vereinzelung, Besserwisseri, Unsensibilität gegen Unterdrückung; das Spontaneität ebenso haßt und denunziert wie das System selbst, deren „Parteivorsitzende“ – Gralshüter des Marxismus – das Proletariat zum Objekt ihres Führungsanspruchs machen und die Massen nur noch als das begreifen und wahrnehmen, was das System aus ihnen gemacht hat: „Bild“-Leser, Fernsehzuschauer, Autofan, Urlauber, SPD-Wähler, Deutsche – wie der Spieß (schon klassisch) nur noch fragen: „Was sagen die Leut?“ Kleinbürgerlich ist die nationalstaatliche Borniertheit der opportunistischen Linken, die nicht erkennt und nicht anerkennt, daß die Avantgarde der antiimperialistischen Revolution die Völker der Dritten Welt sind und daß der Kampf in den Metropolen der Kampf der internationalen Brigaden ist für den Sieg im Volkskrieg vor Quang Tri und Hue, Palästina, Libanon, Angola, Mozambique, Türkei oder überhaupt nicht stattfindet. Kleinbürgerlich und unmarxistisch ist es, sich nicht vorstellen zu können, daß die Massen auch hier langfristig auf der Seite des Befreiungskampfs ihre politische Identität finden werden, langfristig sich aus dem Griff des Systems, seinen Lügen, Täuschungsmanövern, Wahlgeschenken und Lotteriespielen lösen können.

Kleinbürgerliche Ungeduld war es, nach einem knappen Jahr Studentenbewegung ihre antiimperialistischen Inhalte aufzugeben, weil sie in der kurzen Zeit vom Proletariat nicht aufgegriffen werden konnten und Springer so schnell und kurzerhand nicht zu enteignen ist.

Anarchismus-Vorwurf

Die antiautoritäre Bewegung als anarchistisch abzutun, die Internationale des antiimperialistischen Kampfes als Internationale des Anarchismus – damit verfolgt das System bereits nur denunziatorische Zwecke – wo Dogmatiker so argumentieren, ziehen sie ihre Schlüsse nicht aus der Analyse des Systems und seiner Entfaltungsprozesse, sondern aus der chemischen Analyse von Sprengstoff – aus historischer Analogiebildung aufgrund von nichts als Äußerlichkeiten – prototypisch: Harich (12).

Weder die tatsächlichen sozio-ökonomischen Voraussetzungen noch der Begriff vom Staat der alten Anarchisten – von Blanqui bis Kropotkin – (die Machno-Bewegung und der spanische Anarcho-Syndikalismus sind sowieso nicht gemeint von den Denunziatoren) haben das geringste mit den objektiven Bedingungen und den subjektiven Inhalten von antiautoritärer Bewegung und RAF zu tun. Die Genossen, die sich selbst Anarchisten nennen, auch nicht. Sie sind ganz klar Antiimperialisten – randvoller Mißtrauen gegen alle „Marxisten“, die sie besserwisserisch aufgrund von nichts als bürgerlichem Bildungsvorsprung subordinieren (13) wollen. Durch antiautoritären Habitus halten sie sich falsche Bevormundung vom Hals.

Der alte Anarchismus-Begriff ist nicht mehr zu gebrauchen – nicht in der Form, wie ihn Marx, Engels, Lenin, Rosa Luxemburg aus der Sozialdemokratie rausgeteufelt haben – zu recht. Nicht in der Form, wie Blanqui, Bakunin, Most, Kropotkin ihn entwickelt haben – unreife Ideen in einer unreifen Situation.

Die legale Linke verhält sich völlig kritiklos sich selbst gegenüber, wenn sie ihr bißchen Massenbasis gegen die Massenbasis des antiimperialistischen Kampfes ausspielt. So kommt überhaupt niemand weiter. Mit dem Anarchismusbegriff will man uns eine Diskussion aufzwingen, mit der von den Problemen, die wir heute dringend zu lösen haben, abgelenkt wird.

Ob der Herrschaftsbegriff der alten Anarchisten ein Vorgriff war auf die erst durch die Entfaltung des Imperialismus entfaltete Herrschaft des Kapitals über den Menschen – ihr Arbeitsbegriff also ein Vorgriff gewesen wäre auf den Freiheitsbegriff des antiimperialistischen Kampfes – man müßte das untersuchen – es kann sein.

Integration

Zur Integration der KP bedurfte es noch ihrer Illegalisierung, zur

Integration der bürgerlichen Antifaschisten der Ostverträge – der Studentenbewegung genügte die Amnestie – ein Linsengericht.

Die verblödete Linke

Verblödet ist das kleinbürgerlich gehässige, spitzfindige Gewäsch derjenigen Genossen, denen zu München nur einfällt, nun würde Genscher das wieder ausnützen, um gegen sie vorzugehen. So ist es. Was daraus spricht, ist nicht das politische Bewußtsein von Marxisten, sondern von pikierten Kleinaktionären – „Immer ich!“

Fürstentfeldbruck und die Ostverträge

Das Massaker in Fürstentfeldbruck wäre ohne die Ostverträge nicht möglich gewesen; ohne die vollständige Demoralisierung der alten Antifaschisten und den maßlosen Opportunismus, in den sich Teile der neuen Linken durch ML und AO haben abführen lassen – völlig erblindet gegenüber der grauenhaften Bestätigung ihrer eigenen Erkenntnis von 1967/68.

Gerade nicht Strauß, sondern genau nur Brandt konnte das Verbrechen in Fürstentfeldbruck begehen: den Feuerchutz des westdeutschen Imperialismus auf einer amerikanischen NATO-Basis zur Unterstützung Israels – seiner Folter, seiner Morde, Ausbeutung, Napalm, Landraub am palästinensischen Volk.

Genau nicht Dregger (14), sondern genau nur Scheels Parteifreund Genscher kann die Massendeportation der Palästinenser aus der BRD durchführen, derjenigen, die hier sind, weil sie aufgrund nationalistischer Ausrottungspolitik jetzt israelischer Ausrottungspolitik ausgesetzt sind. Tiefer kann eine öffentliche Meinung nicht auf den Hund gekommen sein als die, die das, bar jeglichen historischen Erinnerungsvermögens, hinnimmt und nicht einmal ahnt, wie maßlos der Haß sein wird, mit dem sie das noch einmal heimgezahlt kriegt.

Sozial-liberale Koalition & Strauß

Seit dem Eintritt der SPD in die Regierung 1966 ist mehr an „Demokratie“ abgeschafft worden als in den 17 Jahren davor unter allen CDU-Regierungen zusammen: Notstandsgesetze, Handgranatengesetz (15), Verfassungsschutzgesetz, Ministerpräsidentenerlaß, Bundesarbeitsgerichtsurteile gegen Streiks, BGS-Gesetz.

Von der Angst vor Strauß narkotisiert, wird ein Teil der Linken, wenn Strauß das von der sozial-liberalen Koalition geschaffene Instrumentarium übernimmt, merken, daß ihr die Stimmbänder schon durchgeschnitten sind, mit denen sie dann noch bellen will.

Aber Strauß kann auch nicht viel mehr, als Genossen abknallen. McLeods liquidieren, Araber ausweisen, Prinzregentenstraße (16), Löwenthal, „Bild“, Schauprozesse, Polizeieinsätze. Die Polizei der sozial-liberalen Koalition ist genauso die Polizei der Konzerne, ihre Meinungsfreiheit die des Springerkonzerns, ihre Außenpolitik die von Wolff von Amerongen, Beitz, Messerschmidt, Bölkow-Blohm, Siemens, Hochtief, Schickedanz und Gelsenberg AG; ihre Innenpolitik die von Daimler-Benz, Glanzstoff, Klöckner, Bayer-Leverkusen, ihre Hochschulpolitik die der BASF.

Weil es nicht um parlamentarische Demokratie (Brandt) hier und Faschismus (Strauß) da geht, sondern um hier imperialistisches Zentrum und da revolutionären Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt und antiimperialistischen Kampf in den Metropolen – nicht darum, dieser oder jener Regierung in den Arsch zu kriechen, sondern dem Volk zu dienen.

Der schmackhafte Imperialismus

Die sozial-liberale Koalition hat der bürgerlichen, in Äußerlichkeiten vernarrten Linken den westdeutschen Imperialismus schmackhaft gemacht – sie nimmt bei der Durchsetzung der Politik des Imperialismus Rücksicht auf die Gefühle der Menschen – sie arbeitet mit der „Verhältnismäßigkeit der Mittel“, sie kann die Landessprache, sie bedient sich der Form der parlamentarischen Auseinandersetzung wie der von BGS-Terrortruppen – der Mittel des Rechtsstaats wie der des Faschismus.

Die antiimperialistische Linke hätte es mit Strauß leichter. Er

hat noch den scheppernden Auftritt des Kolonial- und Nazi-Imperialismus, noch nicht die angepaßten Umgangsformen der Konzern-Vorstände, er hat noch das fickrige Verhältnis zur Macht wie Thyssen, Flick, Krupp 1933, noch nicht das entfaltete Selbstbewußtsein der multinationalen Konzerne. Er würde in den Betrieben ausgepiffen werden, er würde den Haß nicht mehr säen, sondern auch ernten.

Die „rechte Machtergreifung“

Die „rechte Machtergreifung“ ist der völlig aus der Luft gegriffene Popanz der SPD-Linken, die Beschwörungsformel der hirn- und theorieleeren Opportunisten gegen die antiimperialistische Linke – ihr Verschleierungsbegriff dafür, daß Brandt und Strauß nichts sind als zwei verschiedene Charaktermasken desselben imperialistischen Systems.

Die Ideologie von den hoffnungslos verblödeten Massen ist das Pendant dazu – bewiesen durch nichts als die Dreckspresse aus dem Hause Springer, die Abstimmung am Kiosk, d.h.: die Konzentration der Medien.

4. Die antiimperialistische Aktion

Das Massaker

Brandt, Genscher, Merck, Schreiber, Vogel, Daume, Brundage (17) und wie die Charaktermasken des Imperialismus alle heißen, haben keine Sekunde lang daran gedacht, die Forderungen der Revolutionäre nach Freilassung der Gefangenen zu unterstützen. Sie haben, noch bevor Golda Meir überhaupt benachrichtigt war und Stellung genommen hatte, schon nur und ausschließlich darüber nachgedacht, wie sie die Revolutionäre am besten – mit Gas oder Sturmtruppen oder Präzisionsschützen oder wie nun – massakern könnten. Alle Aufschübe des Ultimatums, das sie mit Lügen und falschen Versprechungen erreicht haben, diente ihnen nur zu einem ausschließlichen Zweck: für die Vorbereitung des Massakers Zeit zu gewinnen. Sie hatten nur ein Ziel, nur ja dem Moshe-Dayan-Faschismus – diesem Himmeler Israels – in nichts nachzustehen. Die Dokumentation des Bayerischen Innenministeriums vom 7. September über den Ablauf der Ereignisse – als erste Dokumentation immer noch ungeschminkt als das, was danach kam, besteht aus nichts anderem als Gewinsel und Beteuerung, daß man doch in Wirklichkeit genauso ein Schwein sei wie Moshe Dayan, alles genauso gedacht war wie sein heimtückisches Vorgehen gegen die Flugzeugentführer in Tel Aviv, daß man wirklich alles getan hat, die Revolutionäre ebenso viehisch in die Falle zu locken – bloß eben leider, leider ...

Daß Genscher so weit gegangen ist, den Austausch der Geiseln für den 6. September morgens um 8 Uhr in Kairo zu versprechen, verschweigen die westdeutschen Dokumentationen – das hat erst der Leiter der ägyptischen Delegation bei den Olympischen Spielen mitgeteilt.

Entsetzt war das imperialistische Ausland nur über die Unfähigkeit der Deutschen, wieder einmal nicht nur die Kommunisten, sondern die Juden gleich mit liquidiert zu haben.

Israel vergießt Krokodilstränen. Es hat seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden – Brennstoff für die imperialistische Ausrottungspolitik. Sie benutzt München eben gerade nicht als Vorwand, wenn es jetzt palästinensische Dörfer bombt – es tut, was es sowieso tut als imperialistisches System: Es bombt gegen die Befreiungsbewegung. Es bombt, weil die arabischen Völker die Aktion des Schwarzen September begriffen haben, weil die Aktion von den Massen verstanden worden ist: daß ihr Feind nicht nur Israel ist, daß ihr Feind der Imperialismus ist, daß nicht nur Israel blutrünstig ist, nicht nur die USA gegenüber Vietnam, sondern der ganze Imperialismus gegen alle Befreiungsbewegungen, daß es ohne antiimperialistischen Kampf keinen Sieg im Volkskrieg gibt.

Die Entlarvung des Establishments

Das westdeutsche Establishment hat sich entlarvt – mehr als ihm selbst recht sein kann, systemimmanente Widersprüche haben sich als das erwiesen, was sie unter den Bedingungen des entfaltenen Imperialismus sind: Scheingefechte, deren ge-

sellschaftliche Substanz Bla-Bla ist.

Die „Rundschau“ verlangte sofort die Auflösung sämtlicher palästinensischer Organisationen in der BRD, die Ausweisung sämtlicher Mitglieder und brachte in bezug auf die Entwicklungshilfe den alten „Bild“-Zeitungshut aus der Studentenbewegung – „Unsere Steuergelder“ – wieder auf. Die „FAZ“ formulierte – Schaum vor'm Mund – im Stil des Mainzer Baader-Meinhof-Reports über Habbasch (18): Er sei ein von Zynismus und Minderwertigkeitskomplexen bestimmter Mann. Wischnewsky wollte gleich „alle Araber“ ausweisen, deren Regierungen auf seiten der Palästinenser sind. Augstein forderte gequält „Sanktionen“, Nannen sprach die „Stern“-leser in einer Art Tagesbefehl an: fristlose Ausweisung, Lufthansaboykott gegen arabische Flughäfen, „keinen Pfennig“ Entwicklungshilfe und Handelskredite. Scheel beschwor den „zivilisierten Teil“ der Menschheit, Heinemann nahm die arabischen Regierungen ins Gebet, als sei er der Aufsichtsratsvorsitzende des Jüngsten Gerichts.

Diese Ausbrüche ohne Augenmaß diesseits der Springerpresse können ihnen selbst auf die Dauer so wenig recht sein wie die Politik und Informationspolitik der Behörden vor und in den ersten Stunden nach dem Massaker. Brandt, als er mit Sidki, dem ägyptischen Ministerpräsidenten, telefonierte, glaubte noch, er könnte mit den Revolutionären so umspringen wie mit der westdeutschen Linken. Er wußte nicht, was die wollten, behauptete er, als brauchte er das gar nicht zu wissen, als sei man sich ja wohl einig, daß das Verbrecher, Anarchisten, Untermenschen, Kranke oder sonstwas seien – über die wird verfügt, die werden nicht gefragt. Sidki legte auf.

Genscher, Merck, Schreiber dachten, sie brauchten nicht gleich mit der peinlichen Wahrheit, die Geiseln mitermordet zu haben, rausrücken, sie hätten Zeit, sich eine Version zurechtzulegen, die würde ihnen dann schon abgenommen, so wie ihnen die Notwehr-Version bei der Ermordung von Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weisbecker schließlich abgenommen worden ist.

Genscher dachte im ersten Moment, er könnte die Sache auf die Bayern abwälzen, so wie die Ermordung McLeods auf den Stuttgarter Bullen abgewälzt wird, der abgedrückt hat.

Die Staatsanwaltschaft München dachte, sie könnte mit dem Vorwand, Ermittlungen würden gefährdet, den Journalisten Informationen vorenthalten. Sie waren ihrer eigenen Gegenpropaganda, die sie zwei Jahre lang gegen die RAF eingeübt hatten, erlegen, daß es den antiimperialistischen Kampf in Wirklichkeit gar nicht gibt, das sei nur ein Spuk – links von der sozial-liberalen Koalition gebe es nur noch Irre, Anarchisten, Kriminalität und Krankheit.

Eppler

Die taktisch richtige, d.h. ihrer augenblicklichen Interessenlage entsprechende Position hat in der BRD nur noch Eppler durchgehalten. Keine pauschalen Urteile, keine Sanktionen, Entwicklungshilfe doch sowieso nur im Maghreb im Sinne imperialistischer Einkreisungspolitik, Unterwanderung mit Investitionen etc. etc. Insofern man noch das Öl, die Bodenschätze, die Arbeitskraft ausrauben will, denen also noch mit Völkerfreundschaft und Partnerschaft zu kommen hat.

Demaskierung

Der Schwarze September hat die Charaktermasken der sozial-liberalen Koalition und ihrer Propagandisten entlarvt, indem er die wirklichen statt der vermeintlichen Widersprüche des Systems auf die Spitze getrieben hat: den Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den Völkern der Dritten Welt, er hat sie gezwungen, schon zu einem Zeitpunkt ihre wirklichen Ziele und Intentionen preiszugeben, wo sie sich das eigentlich noch gar nicht leisten können. Die Bullen spielten nicht mit, weigerten sich, das Massaker im Flugzeug durchzuführen. Die Nachrichtenjournalisten spielten nicht mit. Das Ausland spielte nicht mit. Die westdeutschen Massen sind nicht gefragt worden. Die arabischen Völker haben massenhaft begriffen, wen sie mit Westdeutschland vor sich haben: imperialistische Ausrottungsstrategien.

Demaskieren heißt, sie zwingen, den übernächsten Schritt

vor dem nächsten zu tun, sie zwingen, ihre Ziele preiszugeben, so daß jeder sehen kann, wo's lang geht. Ihnen das zu einem Zeitpunkt aufzuzwingen, wo die revolutionäre Linke noch zu Gegenstrategien in der Lage ist, nicht erst, wenn alles verboten und gefeuert ist und in den Gefängnissen sitzt. Demaskieren heißt, die Widersprüche auf die Spitze zu treiben, das Gesetz des Handelns zu bestimmen, die Initiative zu ergreifen, wo es noch geht, nicht erst, wenn es nicht mehr geht. – Bei der herrschenden Pressekonzentration und der prinzipiellen Einigkeit des Establishments sich vorzustellen oder zu behaupten, das System könnte nochmal um Vorwände verlegen sein oder mangels Vorwänden sogar zusammenbrechen, weshalb zu seiner Erhaltung beisteuert, wer Vorwände liefert, ist kindisch. Auf dem Niveau von Wahlkämpfen und Waschmittelwerbung findet der antiimperialistische Kampf nicht statt.

Antiimperialistisches Bewußtsein

Die antiimperialistische Aktion zielt propagandistisch auf die Dialektik von Sein und Bewußtsein, insofern die Loyalität der Massen gegenüber dem System ihr Glauben an seinen schönen Schein ist, seine Versprechen, seine Lügen, seine jede Spontaneität entmutigende Perfektion die Anpassung der Massen an den „stummen Zwang der Verhältnisse“ (Marx), die sich den Massen als Naturtatsache aufdrängen. Die antiimperialistische Aktion zerstört die Symmetrie von Selbstdarstellung des Systems plus Manipulation und Massenloyalität, provoziert es zum Eingeständnis der Wahrheit, zu der die Menschen noch allemal sagen: Das hätten sie nicht gewollt. Sie geht (19) in der Tat davon aus, daß die Unerträglichkeit des Systems längst massenhaft empfunden wird, kein Hirngespinnst ist, wie die Opportunisten glauben machen möchten.

Wer hat das Massaker in Fürstenfeldbruck gewollt? Die Sportler, die von der Olympiade abgereist sind, haben es nicht gewollt. Die Menschen, die bedrückt und erschrocken die Fortsetzung erlebt haben, die die ungeheure Kaltschnäuzigkeit des IOC und der Springerpresse empfunden haben, haben es nicht gewollt. Idiotisch zu glauben, die Revolutionäre hätten es gewollt. Sie wollten die Freilassung der Gefangenen. Sie wollten das, was 1000000e in diesem Land immer noch wollen: daß nicht gefoltert wird – weshalb die politischen Gefangenen hier nicht gefoltert werden, – daß Landraub, Mord, Napalm, Bombenterror gegen palästinensische Flüchtlingslager durch Israel nicht geschieht. Auch deshalb sind sie massakert worden. Weil Erfolg unendlich viel mehr Identifikation mit ihnen und ihrer Revolution bedeutet hätte – mit ihrer „menschlichen Haltung“, ihrem Mut, ihrer Solidarität, als eine Niederlage das kann.

Antiimperialistisches Bewußtsein faßt angesichts der Perfektion von imperialistischer Herrschaft schwer Fuß. Die Massen kriegen jeden Tag die „Bild“-Zeitung um die Ohren geschlagen. Von allen Seiten mit vorfabrizierten Meinungen und Veranstaltungen eingedeckt, ist es schwer, seiner Trauer und seinem Entsetzen Ausdruck zu geben.

„Terror“

Die Aktionen der RAF zielten auf die Herstellung von antiimperialistischem Bewußtsein. Die Charaktermasken des Systems hatten das begriffen. Sie hatten begriffen, daß diese Art von Kampf langfristig auf ihre Massenbasis abzielt, weil Widerstand langfristig anzieht, ermutigt, nicht abstößt. Mit der Taktik der gefälschten Bombendrohungen – gegen Stuttgart angewandt – sind sie voll darauf eingestiegen, nachdem sie mit Hunderten von Wohnungsdurchsuchungen, tausenden durchkämmten Straßenkilometern und millionenfachem Appell durch die Medien in die Sympathisanten-Szene der RAF nicht einbrechen konnten. Mit der Taktik der gefälschten Bombendrohungen und gleichzeitiger Unterdrückung der Gegenerklärungen der RAF durch die Medien erzeugten die Bullen selbst das Chaos, das dann von sich aus nach Sicherheit und Ordnung verlangt. Die sozialistische Linke war unfähig, die echten von den gefälschten Bombendrohungen zu unterscheiden, obwohl alle echten gegen Herrschaft gerichtet waren, auf Räumung abzielten, Unterbrechung von Herrschaftsbetrieb, Kulturbetrieb, Kommunikationsbetrieb, Medienbetrieb – nur die Stuttgarter war gegen Menschen gerichtet – offen faschistisch, massenfeindlich.

Der antiimperialistische Krieg bedient sich der Waffen des Systems im Kampf gegen das System – die Konterrevolution terrorisiert das Volk. Die legale Linke – von den Aktionen der Bullen verwirrt – hat den Opportunisten (Negt) das Terrain überlassen.

(Was im einzelnen zu den Verhaftungen von Juni und Juli zu sagen ist, müssen die Genossen im Knast selbst sagen.)

Schwarzer September

An der Aktion des Schwarzen September in München gibt es nichts mißzuverstehen. Sie haben Geiseln genommen von einem Volk, das ihnen gegenüber Ausrottungspolitik betreibt. Sie haben ihr Leben eingesetzt, um ihre Genossen zu befreien. Sie wollten nicht töten. Sie haben ihr Ultimatum mehr als aufgeschoben. Sie haben angesichts der unnachgiebigen Haltung Israels vorgeschlagen, die israelischen Geiseln als Gefangene zu behalten. Die israelischen Geiseln waren mit diesem Ausweg einverstanden. Sie sind von den deutschen Behörden genauso getäuscht worden wie die Revolutionäre. Die deutsche Polizei hat die Revolutionäre und die Geiseln massakert.

Die Aktion des Schwarzen September in München wird aus dem Gedächtnis des antiimperialistischen Kampfes nicht mehr zu verdrängen sein.

Der Tod der arabischen Genossen wiegt schwerer als der Tai-Berg.

Der Stein, den sie in Fürstfeldbruck aufgehoben haben, diese Bestien, wird auf ihre eigenen Füße fallen!
Solidarität mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes!

Solidarität mit der Revolution in Vietnam!

Revolutionäre aller Länder, vereinigt Euch!

(Quelle: Nr. 1, S. 411ff; Nr. 2, S. 255ff)

(1) R. Nixon: US-Präsident von 1968 bis 1974, Rücktritt als Präsident wegen Watergate

Moshe Dayan: wurde am 1.6.67, vier Tage vor dem Beginn des „Sechstagekrieges“, israelischer Kriegsminister im „Kabinett der nationalen Einheit“, blieb es bis 1974.

Golda Meir: israelische Ministerpräsidentin von 1969 bis 1974

McGovern: Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei in den USA 1972, verlor gegen Nixon.

(2) Orte der massiven direkten oder indirekten Einmischung und Intervention des US-Imperialismus

(3) Am 11. April 1968 wurde nach langer Hetzkampagne der Springer-Pressen ein Attentat auf Rudi Dutschke verübt, wobei er lebensgefährlich verletzt wurde. Dutschke starb 1979 an den Spätfolgen.

(4) in beiden Vorlagen: Arbeitermeuten, Erneute (veraltet) bedeutet: Aufstand, Aufruhr.

(5) Am 13.4.72 eröffnete der chilenische Präsident S. Allende in Santiago de Chile die 3. Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD). In seiner Eröffnungsansprache erklärte Allende, daß die Länder der Dritten Welt die herrschende Weltwirtschaftsordnung nicht länger akzeptieren.

(6) *Circulus Vitiosus*: Zirkelschluß

(7) Mossadegh: wurde am 28.4.51 erstmals von beiden Häusern des iranischen Parlaments zum Ministerpräsidenten gewählt. Am 16.7. Rücktritt, doch bereits am 22.7. erneut gewählt. Am 17.8.53 vom Schah aus diesem Amt entlassen, von einem Militärgericht zu vier Jahren Haft verurteilt; starb 1967 in Teheran.

(8) Oskar Negt: Professor für Soziologie an der TU Hannover; die Kritik an Negt bezieht sich auf sein Referat beim Solidaritätskongreß „Am Beispiel Angela Davis“ am 3./4. Juni 1972 in Frankfurt/M., dokumentiert im Fischer-Taschenbuch „Am Beispiel Angela Davis“, Fischer Informationen zur Zeit, November 1972, sowie auszugsweise im *rororo*-Taschenbuch „Briefe zur Verteidigung der Republik“, hrsg. von Freimut Duve.

(9) Bertold Beitz: Krupp-Manager und Sportfunktionär (Nationales und Internationales Olympisches Komitee)

(10) Ruhnau: damals SPD-Innensenator in Hamburg

(11) Berliner Gegenuniversität: von den Studenten selbstorganisierte Veranstaltungen außerhalb des offiziellen Lehrbetriebs

(12) Wolfgang Harich: DDR-Wissenschaftler, der in den späten 70er Jahre für kurze Zeit in Österreich und der BRD war (bei den GRÜNEN), jedoch inzwischen wieder in der DDR lebt.

(13) subordinieren: unterordnen

(14) Dregger (CDU): im 2. Weltkrieg Bataillonskommandeur; seit 1976 einer der Stellvertreter Kohls im Fraktionsvorsitz der CDU/CSU, seit 1977 stellv. Vorsitzender der CDU und Mitglied im CDU-Präsidium; nach März 1983 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(15) Handgranatengesetz: Am 11.6.70 wurde das Westberliner „Handgranatengesetz“ verabschiedet. Die Westberliner Polizei wurde mit Handgranaten, Maschinenpistolen und Maschinengewehren ausgerüstet.

(16) Prinzregentenstraße: Als 1971 in München, in der Prinzregentenstraße, nach einem Bankraub mit Geiselnahme Polizisten das Feuer eröffneten und zwei Menschen starben, war Strauß persönlich anwesend.

(17) Merck: damaliger bayerischer Innenminister; Schreiber: damaliger Polizeipräsident von München; Vogel: damaliger Oberbürgermeister von München, ab 1974 Bundesjustizminister; Daume, Brundage: Funktionäre des Internationalen Olympischen Komitees.

(18) George Habbasch: Führer der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)

(19) in beiden Vorlagen: sie gehen.

17.01.1973 40 politische Gefangene treten in den Hungerstreik. Sie fordern die Aufhebung der Isolation und insbesondere, daß Ulrike Meinhof aus dem Toten Trakt in Köln-Ossendorf herauskommt. Mit dem Hungerstreik, den die Justiz zeitweilig mit Wasserentzug bei verschiedenen Hungerstreikenden beantwortet, erreichen die Gefangenen, daß Ulrike Meinhof am 9.2.73 aus dem Toten Trakt in eine Einzelzelle der Männerabteilung des Gefängnisses Köln-Ossendorf verlegt wird. Daraufhin brechen sie den Hungerstreik am 12.2. ab.

Die Dokumente zum Toten Trakt machen deutlich: Die Staatsschutzbehörden haben der systematischen Isolation aller politischen Gefangenen bei Ulrike Meinhof und Astrid Proll in einem – auch akustisch isolierten – toten Gefängnistrakt eine Komponente hinzugefügt, die auf den neuesten Ergebnissen der Forschung beruht. Die vollständige Isolation ist schmerzhaft und zerstörerisch.

Strafantrag gegen NRW-Justizminister Posser

gestellt durch den Verteidiger U. Meinhofs, Prof. Dr. Preuss, am 27.6.1973

In der Zeit von Anfang November 1971 bis Mitte Januar 1972 sowie vom 15. April bis 15. Juni 1972 wurde meine Mandantin Frau Astrid Proll, in der Zeit vom 16.6.1972 bis 9.2.1973 meine Mandantin Frau Ulrike Meinhof in der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf in dem als „Frauenpsychiatrie“ bezeichneten Trakt dieser Anstalt verwahrt.

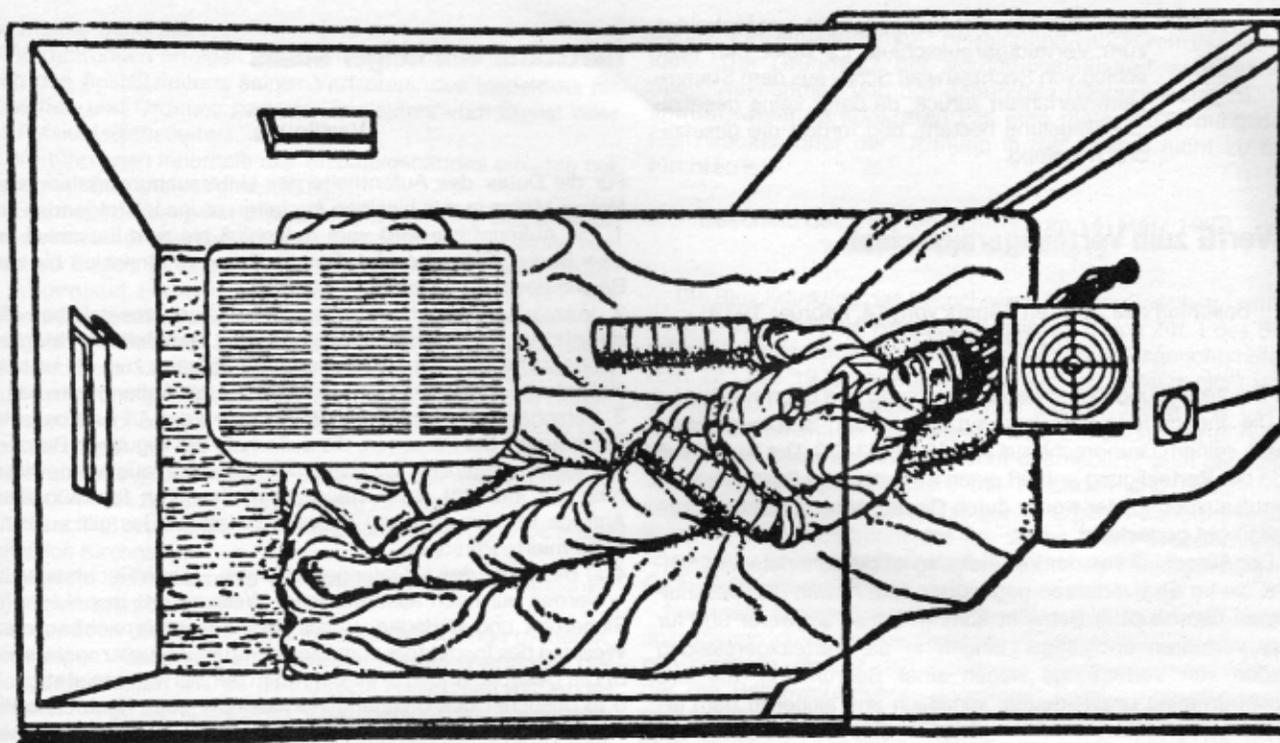
Der Trakt ist ein einstöckiger, am Rande des Anstaltskomplexes gelegener Flügel, der im Innern sechs Zellen enthält und zu dem ein Hof gehört, der erheblich kleiner ist als die zu den übrigen Gefängnisflügeln gehörenden Höfe, in denen die Gefangenen ihre Freistunde verbringen. Während der genannten Zeiträume der Verwahrung von Frau Proll und Frau Meinhof in diesem Flügel war kein weiterer Raum dieses Trakts belegt. Bemerkenswert an diesem Flügel ist die Tatsache, daß in ihm, im Gegensatz zu allen anderen Anstaltsflügeln, die bis zu 30 Zellen haben, nur eine sehr kleine Zahl von Zellen enthalten ist ...

Die völlige Isolierung des Trakts in Verbindung mit seiner Leere bewirkten eine spezifische Form akustischer Isolation meiner Mandantinnen, wie sie als Schocktherapie gegenüber psychiatrischen Patienten durchaus angewendet zu werden pflegt. Offenbar handelt es sich hier um die „camera silens“ der Justizvollzugsanstalt; der Arzt der Anstalt, Herr Dr. Goette, erklärte dann auch in seiner Vernehmung im Mahler-Prozeß vor dem Kammergericht Berlin in Hinblick auf diesen Trakt, es handle sich hierbei um die „stille Abteilung“ der Anstalt.

Zu der räumlichen und akustischen Isolation dieses gesamten Trakts trat hinzu, daß die Zellen meiner Mandantinnen sowie die gesamte Zimmereinrichtung – mit Ausnahme der Zellentür – vollständig in weißer Farbe geölt waren; daß sich das Zellenfenster zunächst gar nicht, später nur einen winzigen Spalt öffnen ließ und mit einem feinmaschigen Fliegengitterdraht verhängt war; daß die in der Zelle befindliche weiße Neonbeleuchtung nachts bei Frau Meinhof nicht ausgeschaltet wurde; schließlich, daß die Zelle von Frau Meinhof in den Wintermonaten permanent unterkühlt war.

In dieser akustischen und visuellen Isolation hatten meine Mandantinnen lediglich den für die Essensversorgung unabdingbaren minimalen akustischen und sozialen Kontakt mit den Vollzugsbeamtinnen. Sie lebten praktisch 24 Stunden lang ohne unterscheidbare Umwelt. So war es beispielsweise meinen Mandantinnen sogar verboten, Plakate, Bilder, Tabellen o.ä. an die fahl-weißen Wände zu hängen.

(Quelle: Nr. 8, S. 87ff)



Die Isolation im Toten Trakt erfolgt in Anwendung der Ergebnisse der Isolationsforschung. In „Organisation und Technik“ (Walter-Verlag 1971) beschreibt Hugo Kükelhaus die wissenschaftlich erprobte Wirkung völliger Isolation eines Menschen – es handelt sich dort um ein Experiment für die Raumfahrt – wie folgt: „Der Effekt dieses Zustandes war eklatant. Bereits nach wenigen Minuten stellten sich panikartige Halluzinationen ein. Nach etwa 6-8 Minuten kam es zu derart extremen Angstzuständen, daß der gesamte Hormonhaushalt des Organismus durcheinander geriet. Nach 10-15 Minuten schließlich mußte man den Versuch abbrechen, weil sich das Blut aufzulösen begann. Die weißen Blutkörperchen vermehrten sich, die Hypophyse (Hirnanhangsdrüse – Red.) stellte ihre Funktion ein, und die Hormonausschüttung wurde gestoppt – kurz, nach 10 Minuten Prozeßlosigkeit begann sich der Organismus zu zersetzen. Damit wird überdeutlich, wovon der Mensch lebt, nämlich von der Auseinandersetzung mit der ihm entgegenstehenden Welt ...“ – In der Universitätsklinik in Hamburg-Eppendorf wird 1971 ein Sonderforschungsbereich (SFB) zum Thema Isolation und Aggression eingerichtet; der Leiter des SFB ist Jan Gross, der sich schon zuvor u.a. mit Experimenten über die Beeinflussbarkeit von Personen unter Isolationsbedingungen befaßt hatte.

Ein Brief Ulrike Meinhofs aus dem Toten Trakt

Aus der Zeit: 16.6.72 bis 9.2.73:

das Gefühl, es explodiert einem der Kopf (das Gefühl, die Schädeldecke müßte eigentlich zerreißen, abplatzen) –
 das Gefühl, es würde einem das Rückenmark ins Gehirn greißt,
 das Gefühl, das Gehirn schrumpelte einem allmählich zusammen, wie Backobst z.B.
 das Gefühl, man stünde ununterbrochen, unmerklich, unter Strom, man würde ferngesteuert –
 das Gefühl, die Assoziationen würden einem weggehackt –
 das Gefühl, man pißte sich die Seele aus dem Leib, als wenn man das Wasser nicht halten kann –
 das Gefühl, die Zelle fährt. Man wacht auf, macht die Augen auf: die Zelle fährt; nachmittags, wenn die Sonne reinscheint, bleibt sie plötzlich stehen. Man kann das Gefühl des Fahrens nicht absetzen.
 Man kann nicht klären, ob man vor Fieber oder vor Kälte zittert –
 man kann nicht klären, warum man zittert –
 man friert.
 Um in normaler Lautstärke zu sprechen, Anstrengungen, wie für lautes Sprechen, fast Brüllen –
 das Gefühl, man verstummt –
 man kann die Bedeutung von Worten nicht mehr identifizieren, nur noch raten –
 der Gebrauch von Zisch-Lauten – s, B, tz, z, sch – ist absolut unerträglich –

Wärter, Besuch, Hof erscheint einem wie aus Zelluloid –
 Kopfschmerzen –
 flashes –
 Satzbau, Grammatik, Syntax – nicht mehr zu kontrollieren.
 Beim Schreiben: zwei Zeilen – man kann am Ende der zweiten Zeile den Anfang der ersten nicht behalten –
 Das Gefühl, innerlich auszubrennen –
 das Gefühl, wenn man sagen würde, was los ist, wenn man das rauslassen würde, das wäre, wie dem anderen kochendes Wasser ins Gesicht zischen, wie z.B. kochendes Tankwasser, das den lebenslänglich verbrüht, entstellt –
 Rasende Aggressivität, für die es kein Ventil gibt. Das ist das Schlimmste. Klares Bewußtsein, daß man keine Überlebenschance hat; völliges Scheitern, das zu vermitteln; Besuche hinterlassen nichts. Eine halbe Stunde danach kann man nur noch mechanisch rekonstruieren, ob der Besuch heute oder vorige Woche war –
 Einmal in der Woche baden dagegen bedeutet: einen Moment auftauen, erholen – hält auch für paar Stunden an –
 Das Gefühl, Zeit und Raum sind ineinander verschachtelt –
 das Gefühl, sich in einem Verzerrspiegelraum zu befinden –
 torkeln –
 Hinterher: fürchterliche Euphorie, daß man was hört – über den akustischen Tag-Nacht-Unterschied –
 Das Gefühl, daß jetzt die Zeit abfließt, das Gehirn sich wieder ausdehnt, das Rückenmark wieder runtersackt – über Wochen.
 Das Gefühl, es sei einem die Haut abgezogen worden.
 (Quelle: Nr. 8, S. 90f)

- 14.02.1973 Das Bundesverfassungsgericht entscheidet zum Verteidigerausschluß. Es weist den Ausschluß von Rechtsanwalt Schily aus dem Stammheim-Verfahren zurück, da dafür keine gesetzliche Regelung besteht, und fordert die gesetzliche Regelung.

BVerfG zum Verteidigerausschluß

Beschluß des Zweiten Senats vom 14. Februar 1973
– 2 BvR 667/72 –

... Die Verfassungsbeschwerde ist zulässig und begründet.

Die angegriffene Entscheidung verletzt den Beschwerdeführer in seinem Grundrecht aus Art. 12 Abs. 1 GG. Der Ausschluß von der Verteidigung enthält einen Eingriff in die Freiheit seiner Berufsausübung, der weder durch Gesetz noch durch Gewohnheitsrecht gedeckt ist ...

Der Ausschluß von der Verteidigung ist die schärfste Maßnahme, die im Strafverfahren gegenüber dem Anwalt des Beschuldigten überhaupt in Betracht kommt. Ein so schwerer und für das Verfahren endgültiger Eingriff in die Verteidigerstellung bedarf von Verfassungen wegen einer Begründung, die ihre Rechtfertigung unzweideutig, verlässlich und sicher in dem erklärten, objektivierten Willen des Gesetzgebers findet. Dazu genügt es nicht, daß der Ausschlußtatbestand „in Umrissen“, also nur unvollkommen und lückenhaft, aus Sinn und Zweck einer Reihe gesetzlicher Vorschriften gewonnen werden kann. Vielmehr muß er sich insgesamt, in seinem vollen Umfang, als Ausdruck einer gesetzlichen Regelungsabsicht nachweisen lassen, wozu auch gehört, daß deutlich erkennbar ist, bei welchem Verdachtsgrad der tatbeteiligte Verteidiger aus dem Verfahren ausscheiden soll und wer im Streitfall darüber zu befinden hat. Diese strengen Anforderungen an Klarheit, Bestimmtheit und Vollständigkeit der gesetzlichen Grundlage sind ein Gebot der Rechtsstaatlichkeit. Sie ergeben sich daraus, daß der Verteidigerausschluß Grundsätze von hohem Rang berührt. Die Entziehung der Verteidigungsbefugnis nimmt dem Beschuldigten den Anwalt seiner Wahl ...

Das Bundesverfassungsgericht verkennt nicht, daß mit diesem Ergebnis ein höchst unbefriedigender Rechtszustand aufgedeckt worden ist, dessen Aufrechterhaltung sich mit dem Interesse an einer geordneten Strafrechtspflege in keiner Weise vereinbaren läßt. Der Gesetzgeber wird daher die Voraussetzungen des Verteidigerausschlusses in naher Zukunft zu regeln haben ...

(Quelle: Nr. 9)

- 08.05.1973 80 politische Gefangene treten in den Hungerstreik für die Forderungen: „Gleichstellung der politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen!“ und „Freie politische Information für alle Gefangenen – auch aus außerparlamentarischen Medien!“ (Aus der Erklärung) Erneut versucht die Justiz, den Hungerstreik zu brechen, u.a. durch Wasserentzug bei Andreas Baader. Als Gerichte bei zwei Gefangenen die Aufhebung der Isolation anordnen, wird der Hungerstreik am 29.6.1973 beendet.

Die Dokumente zur Isolationshaft zeigen: 1. Isolation kann aus dem bestehenden Strafvollzug heraus entwickelt werden durch Konzentration vorhandener Einzelemente. 2. Einfache Lebensäußerungen werden unter den „Vorbehalt der verfassungsmäßigen Ordnung“ gestellt. 3. Die Persönlichkeitsdeformation ist Ziel der Isolation, was bereits 1973 öffentlich nachgewiesen wird.

Haftstatut von Holger Meins

Verfügung

Für die Dauer des Aufenthalts des Untersuchungsgefangenen Holger Meins in den hiesigen Anstalten ordne ich folgendes an:

1. Die Außenpforte wird vom Aufschluß bis zum Einschluß mit zwei Bediensteten besetzt. Für die Zeit vom Einschluß bis zum Beginn des Nachtdienstes – wie 2. –
2. Verstärkung des Nachtdienstes um einen zusätzlichen Bediensteten, der den Bereich des A-Hofes, den Bereich zwischen Außenpforte und Hausvateri und den Zugang zum B-Hof kontrolliert und dabei ständigen Kontakt mit der Außenpforte hält.
3. Verschärfte Kontrollen bei Besuchern jeder Art und bei allen Fahrzeugen. Bei Personen, die außerhalb der regulären Bürozeiten Einlaß begehren, ist durch vorherige genaue Vergewisserung die Identität festzustellen, notfalls durch fernmündliche Anfrage bei der örtlichen Polizeidienststelle. Das gilt auch für uniformierte Personen.
4. a) Besucher des U-Gefangenen Meins – auch Rechtsanwälte – werden nur nach ausdrücklicher Weisung des Inspektors für Sicherheit und Ordnung – falls dieser nicht erreichbar, nach Weisung des Inspektors vom Dienst – zum Besuch zugelassen.
b) Die Besuche finden in einem Raum der Verwaltung statt.
5. a) Besucher des U-Gefangenen Meins – auch Rechtsanwälte – werden vor der Zulassung zum Besuch einer körperlichen Durchsuchung (Mantel und Jacke ausziehen, Taschen der Kleidung entleeren und Abtasten über der Kleidung) sowie einer Durchsuchung der mitgeführten Behältnisse (Taschen pp.) unterzogen.
b) Das Mitbringen von Diktiergeräten, Tonbandgeräten u.A. zum Besuch wird nicht zugelassen.
c) Wegen der Durchsuchung weiblicher Besucher ist vor dem Besuch die Kripo Wittlich zu verständigen.
d) Besuche bei dem U-Gefangenen Meins werden nur in Gegenwart von zwei Beamten durchgeführt.
e) Bei Besuchen durch Rechtsanwälte ohne Besuchsüberwachung wird der Besuchsraum durch einen bewaffneten Bediensteten abgeschirmt, der vor der Tür des Besuchsraums zu stehen hat.
f) Der Gefangene wird unmittelbar nach jedem Besuch im Besuchsraum vom Aufsichtsdienstleiter im Beisein eines weiteren Beamten körperlich durchsucht und neu eingekleidet.
6. Während der Bewegung des U-Gefangenen Meins im Freien werden keine Fahrzeuge in die Anstalt eingelassen, die in den Bereich des A-Hofs fahren wollen. Fahrzeuge, die in den übrigen Bereich der Anstalt fahren wollen, werden nur eingelassen, sofern der Fahrer genau bekannt ist (z.B. Viehhändler B ..., Eierlieferant D ...) Beginn und Ende der Freistunde sind der Außenpforte vom Aufsichtsdienstleiter jeweils zu melden.
7. Der Untersuchungsgefangene Meins wird auf Abteilung 2, Zelle 51 in strenger Einzelhaft gehalten.
8. Die unmittelbar rechts und links und die unter und über der Zelle des U-Gefangenen Meins liegenden Zellen dürfen nicht mit Gefangenen belegt werden.
9. Die Zelle des U-Gefangenen ist Tag und Nacht unter doppeltem Verschuß zu halten. Der Riegel wird zusätzlich mit einem Vorhängeschloß versehen. Der Schlüssel wird vom Aufsichtsdienstleiter bzw. in dessen Abwesenheit vom Wachhabenden verwahrt. Die jeweilige Übergabe des Schlüssels ist in einem besonderen Buch zu vermerken. Ein Doppel des Schlüssels wird vom Inspektor für Sicherheit und Ordnung verwahrt.
10. Der Gefangene wird nur im Beisein des Aufsichtsdienstleiters in Begleitung eines zweiten Beamten in der Zelle aufgesucht.
11. Die Essensausgabe, der Kleidertausch, die Ausgabe von Reinigungsmitteln u.Ä. erfolgt ausschließlich durch Anstaltsbedienstete ohne Beisein von Gefangenen.
12. Der Abteilungsbedienstete der Abteilung 2 hat die Zelle des U-Gefangenen ständig unter Bewachung zu halten. Sobald irgendein Gefangener (z.B. Flurreiniger) in der Nähe der Zelle des U-Gefangenen beschäftigt ist, muß der Abteilungsbedienstete

unmittelbar dabei sein.

13. Vorführungen erfolgen nur nach Anweisung oder Genehmigung des Anstaltsleiters, seines Vertreters, des Inspektors für Sicherheit und Ordnung bzw. des Inspektors vom Dienst oder des Aufsichtsdienstleiters.

14. Vorführungen innerhalb des Anstaltsgebäudes erfolgen nur durch zwei Bedienstete gleichzeitig.

15. Einzelspaziergang mit Bewachung durch zwei Bedienstete. Von diesen ist ein Bediensteter bewaffnet. Er hat die Waffe verdeckt zu tragen. Einer der Bediensteten ist mit einem Funkgerät ausgerüstet. Ferner ist zu dieser Zeit bei der Pforte, bei dem Aufsichtsdienstleiter und bei dem Rundgangbediensteten je ein Funkgerät in Betrieb. Der Rundgangbedienstete kontrolliert während dieser Zeit den Bereich zwischen Außenpforte und Hausvaterei und den Bereich zwischen Außenpforte und Durchfahrt zum B-Hof bis zur Wäscherei. Er hat eine Schußwaffe verdeckt zu tragen.

16. Der U-Gefangene ist bei der Bewegung im Freien ab Austritt aus der Zelle bis zu seiner Rückführung zu fesseln.

17. Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen einschließlich Kirchgang.

18. Tägliche Zellenkontrolle in Abwesenheit des Gefangenen und Leibesvisitation.

19. In der Zelle dürfen keine gefährlichen Werkzeuge (Scheren, Nagelzangen, Rasierzeug pp.) belassen werden. Wenn sich der Gefangene rasieren will, so ist ihm sein Rasierzeug mit eingespannter Klinge zu übergeben. Zwei Bedienstete haben das Rasieren zu überwachen und das Rasierzeug nach beendeter Rasur wieder einzuziehen und auf Vollständigkeit (Klinge) zu kontrollieren.

20. Zum Baden wird der Gefangene von zwei Bediensteten in das Bad der Hausvaterei geführt.

21. Der Gefangene trägt Anstaltskleidung, sofern nicht für Einzelfälle etwas anderes angeordnet wird.

22. Keine Arbeitszuweisung.

23. Bei Gefahr im Verzuge treten die besonderen Anordnungen nach dem Sicherungs- und Alarmplan in Kraft.

Wittlich, den 26. März 1973

Der Anstaltsleiter

(Quelle: Nr. 10, S. 18f)



Überwachung der Gefangenen im 7. Stock in Stammheim

BVerfG zur Isolationshaft

Die Anordnung einer über eine einzelne Maßnahme hinausgehenden generellen Beschränkung des Besuchs- und Briefverkehrs von Untersuchungsgefangenen nach § 119 Abs. 3 StPO ist mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel vereinbar, wenn und soweit eine reale Gefährdung der dort bezeichneten öffentlichen Interessen nicht jeweils

durch Einzelmaßnahmen hinreichend abgewehrt werden kann. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebietet jedoch, Ausnahmen von der generellen Beschränkung zu gestatten, wenn im konkreten Fall eine reale Gefährdung des Haftzweckes oder der Ordnung in der Anstalt nicht zu befürchten ist.

Beschluß des Zweiten Senats vom 14. März 1973

2 BvR 621, 622, 635, 912/72

... Die Beschränkung des Besuchsverkehrs der Beschwerdeführer B... und M... auf Angehörige, wie sie durch Ziff. I des Beschlusses des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes vom 12. Juni 1972 angeordnet worden ist, verletzt nicht das Grundrecht dieser Beschwerdeführer aus Art. 2 Abs. 1 GG. Die Anordnung beeinträchtigt zwar die freie Entfaltung der Persönlichkeit der Beschwerdeführer nicht unerheblich; dem persönlichen Gespräch insbesondere mit Freunden und Bekannten kann gerade in der Untersuchungshaft erhöhte Bedeutung zukommen. Das Grundrecht des Art. 2 Abs. 1 GG ist jedoch von vornherein nur unter dem Vorbehalt der verfassungsmäßigen Ordnung gewährleistet ...

Nach den Feststellungen des Bundesgerichtshofes ist davon auszugehen, daß eingehende Briefe im wesentlichen von Personen kommen, die mit den Zielen der kriminellen Vereinigung, der die Beschwerdeführer angehören sollen, sympathisieren und möglicherweise zur Unterstützung von Befreiungsversuchen bereit sind. Die auf der Würdigung des Sachverhalts beruhende Feststellung des Bundesgerichtshofes, daß auch bei sorgfältiger Prüfung aller eingehenden Schreiben nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden könne, ob ein Brief verdeckte Mitteilungen an den Empfänger enthält, ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Unter diesen Umständen durfte der Bundesgerichtshof ohne Verletzung des Grundrechts aus Art. 2 Abs. 1 GG eine generelle Beschränkung des eingehenden Briefverkehrs für unerlässlich halten.

Die getroffene Anordnung schließt ebensowenig wie die Beschränkung des Besuchsverkehrs Ausnahmegenehmigungen im Einzelfall aus. Der Ermittlungsrichter muß vielmehr eine Ausnahme von der generellen Beschränkung erteilen, wenn eine Gefährdung des Haftzweckes oder der Ordnung in der Anstalt durch den in Frage stehenden Brief ersichtlich nicht zu befürchten ist. Dem Absender des Briefes steht im übrigen im Falle der Rücksendung die Möglichkeit der Beschwerde offen, die zu einer Überprüfung führt, ob eine Ausnahme von der Beschränkung geboten ist.

Wie die Beschränkung des Besuchsverkehrs muß außerdem auch die generelle Beschränkung des Briefverkehrs regelmäßig darauf hin überprüft werden, ob der Stand der Ermittlungen oder andere Gründe die Aufhebung oder Änderung der Anordnungen gebieten.

Diese Entscheidung ist mit sechs gegen zwei Stimmen ergangen ...

Angesichts der Gefahr des Mißbrauches zugesandter Druckschriften zur Übermittlung verschlüsselter Nachrichten, die allenfalls durch eine äußerst zeitraubende Kontrolle abgewehrt werden könnte, ist es bei der gebotenen Abwägung der einander gegenüberstehenden Interessen gerechtfertigt, die Beschwerdeführer bei dem von ihnen gewünschten Bezug von Zeitungen und Zeitschriften auf die Vermittlung der Anstalt zu verweisen. Das Grundrecht aus Art. 5 Abs. 1 GG, sich aus frei gewählten Informationsquellen unterrichten zu können, wird durch diese Maßnahme nicht berührt ...

Der Beschwerdeführer G... hat erst im Verfassungsbeschwerde-Verfahren vorgebracht, daß die durch den angegriffenen Beschluß des Landgerichts Kaiserslautern bestätigte Beschränkung des Besuchs- und Postverkehrs auf die Vernichtung seiner physischen Existenz ziele und ihn in seinem Recht auf körperliche Unversehrtheit verletze. Für die Behauptung des Beschwerdeführers, die angeordneten Beschränkungen verfolgten das Ziel, ihn in seiner physischen Existenz zu vernichten, liegen keinerlei Anhaltspunkte vor. Die Frage, inwieweit einzelne Untersuchungsgefangene ständig von allen Mithäftlingen isoliert und von Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen wer-

den dürfen, ist nicht Gegenstand des mit der Verfassungsbeschwerde angegriffenen Beschlusses.

Diese Entscheidung ist einstimmig ergangen.
(Quelle: Nr. 9)

Sjef Teuns **Isolation/Sensorische Deprivation:** **die programmierte Folter**

Isolation wird in der Allgemeinmedizin angewandt sowohl in der Prävention, z.B. bei Infektionskrankheiten wie Tuberkulose oder Pocken, als auch zur Unterstützung von Genesungsprozessen, z.B. bei der kurzfristigen Isolation nach einem schweren Unfall oder bei einer komplizierten Operation. Sie wird in diesen Fällen stets als notwendiges Übel von möglichst kurzer Dauer betrachtet, und moderne Techniken werden in zunehmendem Maße eingesetzt, um den Patienten zu helfen, Krankenhaus oder Quarantänestation auf schnellstem Wege zu verlassen.

Nicht so in der Psychiatrie und bei der Justiz. Es fällt auf, welche Vielzahl von Methoden die Wissenschaft, die man Psychiatrie nennt, entwickelt hat, um Menschen in verschiedenen Bereichen ihrer Existenz zu isolieren. So ist in psychiatrischen Krankenhäusern das Verbot oder die Zensur des brieflichen Verkehrs und des Lesestoffs eine normale Erscheinung, die Beschränkung oder das Verbot von Besuchen allgemein üblich. Schlaf- und Insulin-Kuren sind künstliche Methoden, um Menschen längerfristig zu isolieren, unter dem Vorwand, sie zu „beruhigen“; aber häufig werden die Patienten damit so konditioniert, daß sie ihre Isolierung nicht mehr verlassen wollen, weil das Vakuum, in das sie zurückkehren sollen, ihnen nun bewußt unerträglich erscheint. Und jede psychiatrische Abteilung hat ihre Isolierzellen. Der Elektroschock ist eine kurze, aber sehr intensive Form von Isolation, ähnlich der des epileptischen Anfalls. Die Branche der Psychiatrie, die sich mit der körperlichen Behandlung von Patienten beschäftigt, beschäftigt sich hauptsächlich mit der wissenschaftlichen Erforschung immer perkterer Isolationsmethoden. In der Psychiatrie wird denn auch Heilung stets identischer mit der Unterdrückung menschlichen Handelns.

In der Justiz werden – in dem Maße, wie die Todesstrafe und körperliche Züchtigung in den Hintergrund treten – alle Formen von Isolation gebraucht als Prävention, als Untersuchungsmethoden und als Strafe. Diese Zwecke überschneiden einander. Strafe dient der speziellen und generellen Prävention, soll einschüchtern, Angst und Schrecken einjagen und verbreiten; Angst und Schrecken wiederum dienen der Erzwingung von Geständnissen oder auch nur der Erzwingung eines konventionellen Rollenverhaltens in der Gerichtsverhandlung. Unter dem Vorwand von Untersuchung und Verhör werden in zunehmendem Maße Menschen in die Isolation gebracht, die dazu führen kann, daß sie aufgrund einer drastischen Einschränkung ihrer sinnlichen Wahrnehmungsmöglichkeiten ihre selbständige Denkfähigkeit einbüßen. Die Vergewaltigung der unmittelbaren Umgebung des Gefangenen erfolgt auf eine äußerst subtile und perfektionierte Weise, die wissenschaftlich gründlich untersucht worden ist.

Im Mittelpunkt dieser Untersuchungen steht der Begriff der sensorischen Deprivation, den ich mit einigen allgemeinen Bemerkungen erläutern möchte.

Unter sensorischer Deprivation verstehen wir eine drastische Einschränkung – Deprivation – der sinnlichen Wahrnehmung – des Sensoriums –, durch die der Mensch sich in seiner Umgebung orientiert, also Isolation von der Umwelt durch Aushungerung der Seh-, Hör-, Riech-, Geschmacks- und Tast-Organen.

Die menschlichen Sinnesorgane nehmen in erster Linie Veränderungen in der Umwelt wahr. Ihre Nahrung besteht aus einer ständigen Aufeinanderfolge von Veränderungen. Die Wahrnehmung, Registrierung und Weitergabe von Umweltveränderungen an das Gehirn ist die physiologische Funktion unserer Sinnesorgane im Wachzustand. Im Schlaf hingegen müssen die Sinneseindrücke viel intensiver sein, um von den ruhenden

Wahrnehmungsorganen registriert und verarbeitet werden zu können, womit aber stets auch eine Überstrapazierung des Sensoriums verbunden ist.

Menschliche Lebensfunktionen im Sinne der Selbststeuerung und Entwicklung des menschlichen Organismus in seiner jeweiligen Umgebung werden in erster Instanz von der sinnlichen Wahrnehmung dieser veränderlichen Umgebung gespeist.

Die Herstellung und Aufrechterhaltung einer künstlichen Umgebung, die sich einerseits durch ihre Konstanz und Unveränderlichkeit und andererseits durch willkürlich dosierte Reize – auch im Schlaf – auszeichnet, legt im Laufe der Zeit die Sinnesorgane lahm und führt zu einer Desintegration und extremen Desorientierung des so isolierten Individuums, so wie etwa lang andauernde, erzwungene Bewegungslosigkeit zu einer Erschlaffung der Muskulatur, zu Gelenkversteifungen und Knochenverformungen führen kann. Wir haben das in jüngster Zeit in Bildern und Berichten von Gefangenen aus den südvietnamesischen Tigerkäfigen gesehen. Durch die Lahmlegung der motorischen Funktionen wurde hier – nach klassischen Vorbildern – erreicht, was durch die Ausschaltung sensorischer Funktionen, die ja stets Quelle und Grundlage aktiver (motorischer) Umweltveränderungen sind, gründlicher und subtiler zuwege gebracht werden kann.

Andererseits werden die ihrer Nahrung beraubten – deprivierten – Sinnesorgane besonders empfindlich gegenüber auch geringfügigen Veränderungen in der Umwelt und geben diese als überproportionale Signale an das Gehirn weiter. Das kann sich äußern in unverhältnismäßigen Reaktionen der Angst oder der Freude oder der Wut. Jedenfalls führt die künstlich herbeigeführte Desorientierung des Individuums durch sensorische Deprivation nach kürzerer oder längerer Zeit mit Sicherheit zu unverhältnismäßigen Reaktionen auf Umweltreize.

Es wäre aber verfehlt, aus derartigen Reaktionen auf so etwas wie den „Kern einer Persönlichkeit“, der im Zustand der sensorischen Deprivation freiliegen soll, zu schließen, denn solche Reaktionen sind nachweislich eindeutig das Produkt einer Persönlichkeitsdeformation durch sensorische Deprivation. Während gewöhnlich Umweltreize als Teile eines kontinuierlichen Flusses von Umweltveränderungen wahrgenommen, erfahren und in einen systematischen Zusammenhang eingegliedert und verarbeitet werden können, ist dies in der durch sensorische Deprivation herbeigeführten Persönlichkeitsverfassung nicht mehr möglich. Diese Situation ist nur vergleichbar mit den Reaktionen des unvorbereiteten Individuums auf gewaltsame Übergriffe des Staatsapparates, auch Kriegshandlungen, die sich ja gerade durch ihren völlig chaotischen Ablauf auszeichnen, der dem unvorbereiteten Menschen eine sinnvolle Orientierung in einer total von der Willkür anderer bestimmten Umwelt unmöglich macht.

Der gesteigerten und deformierten Sensibilität für jede geringfügige Umweltveränderung, gepaart mit einem stark herabgesetzten Wahrnehmungsvermögen für Qualitätsunterschiede in diesen Umweltveränderungen, entspricht eine überintensive Beschäftigung mit der eigenen Individualität. Als weitergehende Effekte sensorischer Deprivation können Halluzinationen, auch und gerade autoskopische Symptome, ebenso auftreten wie Störungen der vegetativen körperlichen Funktionen.

Das alles sind Manifestationen der mit der sensorischen Deprivation einhergehenden fortschreitenden Desorientierung des Individuums in seiner künstlichen, total fremdbestimmten Umgebung.

Im Zusammenwirken von progressiver Desorientierung, halluzinatorischen Tendenzen und Störungen vegetativer körperlicher Funktionen (Verstärkung des Hunger- und Durst-Gefühls, des Schlafbedürfnisses, des Urindranges usw.) manifestiert sich die Zerstörung der Identität des der sensorischen Deprivation ausgesetzten Individuums.

Der menschliche Organismus ist der künstlich herbeigeführten sensorischen Deprivation nicht gewachsen.

In der Natur ist höchstens die Situation eines in die Wüste verirrt Menschen, der Fata-Morgana-Erscheinungen halluziniert, mit der Situation des total sensorisch Deprivierten vergleichbar. Aber in der Wüste finden zumindest noch die naturgesetzlich ablaufenden Veränderungen von Tag und Nacht mit

ihren wahrnehmbaren und voraussehbaren Licht- und Temperaturschwankungen statt, die der Verirrte mit seinen Sinnesorganen registriert und auf die er sich einstellen kann und muß. Derartige Orientierungshilfen fehlen dem künstlich und gewaltsam sensorisch Deprivierten völlig. Vielmehr ist er einem für ihn undurchschaubaren und aus seiner Situation heraus unveränderlichen Willkürregime ausgesetzt, das selbst die Naturgesetze des Wechsels von Tag und Nacht, warm und kalt, Geräusch und Stille außer Kraft zu setzen scheint. Vor allem eine fast totale Geräuschisolation, höchstens unterbrochen durch gelegentliche seltene Schalleruptionen, hat hier wohl eine Schlüsselfunktion: Veränderungen oder eine Strukturierung des Geräuschpegels sind in der Natur entweder Indizien für den Ablauf von Wettergeschehnissen (Wind, Regen, Donner usw.) oder aber für die Anwesenheit anderer Lebewesen. Gerade das letztere ist für Menschen als soziale Lebewesen der erste und letzte Anker oder Strohalm, in dem sich ihre Verbindung, ihr Zusammenhang mit ihrer sozialen Umwelt manifestiert. Nicht umsonst ist die Sprache – und die Musik – als akustisches Kommunikationsmittel die älteste und am weitesten entwickelte Form des Informationsaustausches der Menschen untereinander. Menschliches Zusammenleben, menschliche Zusammenarbeit und akustische Kommunikation sind weder historisch noch technisch voneinander zu trennen. Das gilt sowohl in bezug auf die Menschheitsgeschichte als auch bezüglich der individuellen Entwicklung des Menschen von Geburt an. Das vollständige vitale Funktionieren des Organismus eines Neugeborenen ändert sich für seine Umwelt zuallererst akustisch: Das Baby schreit. Und Eltern oder Arzt oder Hebamme nehmen das neue Leben unmittelbar akustisch wahr. Nicht zu vergessen, daß das Hören – auch anatomisch – eng verbunden ist mit dem Gleichgewichtsgefühl, einer äußerst wichtigen Grundlage der Orientierung, und daß eine Beeinträchtigung des Orientierungsvermögens eines der Hauptsymptome sowohl des epileptischen Anfalls als auch des akuten Elektroschocks ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sensorische Deprivation durch das Versetzen Einzelner in eine total künstliche, gleichbleibende Umgebung wohl das zur Zeit geeignetste Mittel zur Zerstörung spezifisch menschlicher Vitalsubstanz ist. Durch Aushungerung im herkömmlichen Sinne kann man ebenso wie durch Erschießen oder Vergasen sowohl menschliches als auch tierisches Leben vernichten. Sensorische Deprivation hingegen ist eine speziell auf den menschlichen Organismus zugeschnittene Methode der Zerstörung von Lebenssubstanz – in gewissem Sinne ein Gegenstück zu den neuzeitlichen Methoden bei der Mastung von Schlachtvieh.

Sensorische Deprivation ist – weil sie nur unter von Menschen arbeitsteilig produzierten Bedingungen durchgeführt werden kann – zugleich die menschlichste und unmenschlichste Methode der verzögerten Auslöschung von Leben. Über Monate und Jahre angewendet, ist sie der sprichwörtliche „perfekte Mord“, für den keiner – oder alle, außer den Opfern – verantwortlich ist ...

Die rein wissenschaftliche Erforschung der Auswirkungen der sensorischen Deprivation wurde erst vor etwa 20 Jahren systematisch in Angriff genommen. Wie so häufig, wurden Forschungs- und Experimentiermethoden entwickelt aus intuitiv gewonnenen Erkenntnissen, die bereits lange zuvor angewandt worden waren. Vorläufer der Isolierzellen, in denen sensorische Deprivation durchgeführt wird, sind nicht nur die Tigerkäfige, die Isolierabteilungen psychiatrischer Krankenhäuser, Gefängnisse und Konzentrationslager, sondern schon viel früher die Felsenhöhlen und Kellerräume, in denen Menschen eingemauert wurden, die sogenannten „oubliettes“. Aus dem vorigen Jahrhundert stammt ein reiches Arsenal von Zellen-Einrichtungen, auf dem unser heutiges Gefängniswesen noch immer aufbaut. In diesen Zellen-Gefängnissen gibt es gewöhnlich einige Zellen, die vom übrigen Gebäude vollständig getrennt sind und in denen besondere Gefangene bewacht werden. Die Indikation für eine solche Sonderbehandlung in einer dieser Zellen, die in Holland „Dovencel“ – etwa: Dampfkessel – heißt, wird meist nicht durch Gerichtsbeschluss festgestellt, sondern dem Gefängnispersonal überlassen. So habe ich einen sechzehnjährigen Jungen erlebt, der, weil er eines Verbrechens beschuldigt,

seit seinem elften Lebensjahr in einer vollständig isolierten Zelle einer staatlichen Erziehungsanstalt eingesperrt war. Jahrelang waren weder Sonnenlicht noch Außengeräusche zu ihm durchgedrungen. Kontakt hatte er nur mit seinen Bewachern. Kunstlicht erhielt er nur, wenn und solange es ihnen gefiel. Geräusche drangen selbst dann nicht zu ihm durch, wenn man seine Zellentür aufschloß, dafür lag die Zelle zu tief unter der Erdoberfläche. Als ich ihn kennenlernte, war der Junge durch die abnormale Umgebung schwer deformiert.

In derartigen Zellen wurden zu Beginn der fünfziger Jahre mit Menschen in Absonderungssituationen Beobachtungen angestellt und Versuche durchgeführt. Gegen Ende der fünfziger Jahre wurden für diese Zwecke besondere Experimentierzellen gebaut, vor allem in den USA und in Kanada, die sogenannten „silent rooms“ (Heron, Bexton, Scott, Salomons und viele andere).

Viel später erst wurden derartige Forschungen in Deutschland aufgenommen, wo sich momentan die am meisten perfektionierte „stille Zelle“ befindet: im „Laboratorium für klinische Verhaltensforschung“ an der Universität Hamburg. Hier werden nicht nur die körperlichen Reaktionen von Versuchspersonen beobachtet und gemessen, sondern auch psychologische Test-



Perzeptuelle Deprivation: „Ich hörte Geräusche. Was es war und woher sie kamen, wußte ich nicht. Ich sah durch das Fliegengitter verschwommene und zerteilte Leute auf der Straße. Wohin die Straße führte, konnte ich nicht sehen. Alles, was sich an ‚Leben‘ auf den Gefängnisstationen abspielte, war weder zu hören noch zu sehen. Wenn die Stille im Trakt unerträglich wurde, habe ich schon mal die Klospülung betätigt, um Geräusche zu hören. Den ganzen Tag konnte ich Radio nicht ertragen, Selbstgespräche sind öde; Kopfschmerzen waren mein ständiger Begleiter, hervorgerufen auch vom ständigen Lauschen, nicht doch etwas hören zu können.“ (Aus: „Machen Sie sofort die Schranktür zu!“ Zweiunddreißig Zeichnungen und eine Plastik zur Isolationshaft, gezeichnet und modelliert nach Schilderungen ehemaliger Isolationshäftlinge)

maßstäbe erarbeitet an Versuchspersonen, die sich für einige Zeit in die „camera silenta“ begeben.

Aufgrund solcher Untersuchungen klassifiziert man die Reaktionen von Menschen in verschiedenen Kategorien. Immer wieder zeigt sich dann, daß unter dem intensiven oder lang andauernden Druck der sensorischen Deprivation neben Angst und panischen Reaktionen meistens folgende konstante Begleiterscheinungen zum Vorschein kommen: Störungen der Wahrnehmung und der Erkenntnis (Halluzinationen, Autoskopie, illusorische Verfälschungen) und vegetative körperliche Störungen wie etwa deformiertes (verstärktes) Hungergefühl, Schlaf-Rhythmus-Störungen, funktionelle Herzleiden, motorische Desequilibrium (intensives Zittern, Zuckungen wie beim Elektroschock usw.).

In dem Hamburger Experiment (J. Gross u.a.) hat man aufgrund dieser Beobachtungen und der Testprotokolle eine vereinfachte Form der Klassifizierung menschlicher Persönlichkeitstypen durchgeführt. Die Reaktionen auf die Experimente werden dort in drei Kategorien eingeteilt:

- A. die Kategorie der animalischen Reaktionen
- B. die Kategorie der basalen Persönlichkeitsstrukturen, wie sie durch Anlage und Frühentwicklung geformt und ziemlich stabilisiert sind und die unter dem Druck der Streßsituationen länger überdauern als die Reaktionen der Kategorie C.
- C. die Kategorie der Reaktionen, die einen response auf Stimulationen der Umwelt, sowohl der sozialen und kulturellen als auch der physischen Umwelt, bedeuten.

Die durch planmäßig angelegte Experimentalsituationen herbeigeführten Persönlichkeitsdeformationen werden als dem menschlichen Organismus inhärente Persönlichkeitsmerkmale ausgegeben.

Das Willkürliche an den Schlußfolgerungen aus diesen Experimenten ist also, daß das, was allenfalls als Arbeitshypothese für weitere Untersuchungen dienen könnte, umgeformt wird zu dogmatischen Aussagen über menschliche Persönlichkeitsstrukturen überhaupt. So wird behauptet, daß die Reaktionen von Menschen, die sich in Situation B befinden, die Indikation des „wesentlichen Kerns der Persönlichkeit“ seien.

Dem Richter wird so ein Freibrief ausgestellt, die verhafteten, „ihm anvertrauten“ Personen unter den Folterdruck der sensorischen Deprivation zu setzen, um mit der „eigentlichen“ Person sprechen zu können, obwohl er in Wirklichkeit eine durch die Haftbedingungen schwer verkrüppelte Person vor sich hat.

Bemerkenswert an diesen Hamburger Experimenten ist noch, daß nicht nur die Auswirkungen untersucht werden, die eine Einschließung in eine solche Zelle und die Unterwerfung unter sensorische Deprivation auf die Versuchspersonen haben, sondern daß auch geprüft wird, wie man bei Menschen, die nicht in eine so perfekte Isolierzelle gesperrt werden, dieselben Wirkungen durch chemo-pharmazeutische Mittel erreichen kann. Durch die Anwendung sehr spezifischer Präparate hofft man, die komplizierte Struktur der „camera silenta“, der modernen „oubliette“, überflüssig zu machen und dieselben Resultate mit einer Tablette zu erreichen, die die Industrie ohne weiteres massenhaft herstellen kann. Die Anwendungsmöglichkeiten einer solchen Droge kann man sich leicht ausmalen.

(Quelle: Nr. 10, S. 118ff)

- 28.06.1973 Das neue BKA-Gesetz erweitert die Kompetenzen des Bundeskriminalamtes, das zu einer „Zentralstelle für elektronischen Datenverbund zwischen Bund und Ländern wird“ und das damit beauftragt wird, die Länderpolizeien in der „Vorbeugearbeit zur Verbrechensbekämpfung“ zu unterstützen. Es erhält die Zuständigkeit für eine Reihe von Straftatbeständen und für die Verfolgung die gleichen Freiheiten wie der BGS, wobei § 6 des Gesetzes feststellt: „Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2, Satz 1 GG), der Freiheit der Person (Art. 2, Abs. 2, Satz 2 GG), der Freizügigkeit (Art. 11, Abs. 1 GG), der Unverletzlichkeit der Wohnungen (Art. 13 GG) werden nach Maßgabe dieser Vorschrif-

ten eingeschränkt.“

- 25.01.1974 Eine gutachterliche Bestätigung bescheinigt, daß Astrid Proll handlungsunfähig ist. Später wird sie aufgrund ihres lebensbedrohlichen Gesundheitszustandes infolge der Isolation aus der Haft entlassen.
- 15.02.1974 Die Innenministerkonferenz beschließt die überarbeitete und erweiterte Fassung des „Programms für die innere Sicherheit der BRD“ (siehe oben). Die bereits 1972 verabschiedeten Teile I bis IV sind Bestandteile dieses Programms. Schwerpunkte der Abschnitte V bis XI betreffen: spezielle polizeiliche Sicherheitsprobleme bei „Ereignissen mit politischem Charakter“; die Koordinierung der Verfassungsschutzbehörden und deren Zusammenwirken mit anderen Nachrichtendiensten, Polizei usw.; die Zusammenarbeit im EG-Bereich.
- Im Einzelnen geht es um einheitliches Verhalten der Polizei bei Demonstrationen und anderen Ereignissen mit politischem Charakter, die Gewährleistung von „funktionsfähigen Lagezentren“ durch die Innenministerien und die Einsatzbereitschaft der Mobilen Einsatzkommandos der Länder, deren Stärke auf 1500 Beamte beziffert wird, in Verbindung mit der Grenzschutzgruppe 9.
- Für die Zusammenarbeit von Verfassungsschutzbehörden, Bundesnachrichtendienst, Militärischem Abschirmdienst, der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden in Staatsschutzangelegenheiten wird die Bedeutung des „Nachrichtendienstlichen Verbundsystems“ (NADIS) hervorgehoben.
- 21.05.1974 Im Zuge der „Terroristenfahndung“ wird der Taxifahrer Günter Jendrian um 3 Uhr früh in seiner Wohnung erschossen. Auch hier wird das Verfahren gegen den Polizeibeamten mit der Begründung der „Notwehr“ eingestellt. – Insgesamt sind von 1971 bis 1978 über 146 Tote durch polizeiliche Todesschüsse dokumentiert: 16 im Zusammenhang mit der sogenannten Terroristenjagd; 52 in Verfolgung von – meist einfachen – Kriminellen; 13 in Verfolgung von Verkehrssündern; die übrigen im Zuge allgemeiner Hysterie.
- 04.06.1974 In Westberlin wird Ulrich Schmücker, vormalis Bewegung 2. Juni, erschossen. Die Staatsschutzbehörden machen die Bewegung 2. Juni verantwortlich. Tatsächlich jedoch spielt der Verfassungsschutz sowohl beim Tode Ulrich Schmückers wie bei den Ermittlungen – er selbst legt die Spur zu den Angeklagten – wie im Prozeß – der „Kronzeuge“ entpuppt sich als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes – eine höchst trübe und bis heute unaufgeklärte Rolle. Trotzdem werden 1986 in einem dritten Prozeß Ilse Schwipper wiederum zu lebenslänglicher und ihre Mitangeklagten zu jeweils mehreren Jahren Haft verurteilt. Die Verurteilungen 1976 und 1979 waren vom Bundesgerichtshof aufgehoben worden mit der Begründung, daß die Verbindungen des „Kronzeugen“ zum Verfassungsschutz nicht genügend aufgeklärt worden seien. Mehr als 13 Jahre nach Schmückers Tod muß der BGH zum dritten Mal über eine Revision entscheiden.
- 10.09.1974 Prozeßbeginn gegen Horst Mahler, Ulrike Meinhof u.a. wegen Gefangenenbefreiung. Horst Mahler wird zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt (er wird 1980 entlassen) und Ulrike Meinhof

zu acht Jahren. Am 13.09. hält Ulrike Meinhof in dem Prozeß eine Rede zu „Bewaffneter antiimperialistischer Kampf und die Defensive der Konterrevolution in ihrer psychologischen Kriegsführung gegen das Volk“.

Inhalt: Proletarischer Internationalismus; Kampf der Metropolenguerilla im Hinterland des antiimperialistischen Befreiungskampfes; Fiktion des Nationalstaats; Guerilla und Gesellschaft; Methoden und Ziele der psychologischen Kriegsführung; Funktion von Führung; Hungerstreikankündigung.

Bewaffneter antiimperialistischer Kampf und die Defensive der Konterrevolution in ihrer psychologischen Kriegsführung gegen das Volk

Dieser Prozeß hier ist ein taktisches Manöver der psychologischen Kriegsführung des Bundeskriminalamtes, der Bundesanwaltschaft, der Justiz gegen uns – mit dem Zweck, das politische Interesse an unseren Prozessen in Westdeutschland und die in ihnen programmierte Vernichtungsstrategie der Bundesanwaltschaft zu verschleiern; durch Einzelverurteilung ein Bild der Zersplitterung von uns zu vermitteln; durch öffentliche Zurschaustellung einzelner von uns den politischen Zusammenhang aller Prozesse gegen die Gefangenen aus der RAF im Bewußtsein der Öffentlichkeit aufzuspalten, um die Tatsache, daß es auf dem Terrain des westdeutschen Imperialismus und in Westberlin eine revolutionäre Stadtguerilla gibt, aus dem Gedächtnis der Menschen wieder zu löschen. Wir – RAF – werden uns an diesem Prozeß nicht beteiligen.

Antiimperialistischer Kampf

Antiimperialistischer Kampf, wenn das nicht nur eine hohle Phrase sein soll, zielt darauf, das imperialistische Herrschaftssystem zu vernichten, zu zerstören, zu zerschlagen – politisch, ökonomisch, militärisch; die kulturellen Institutionen, durch die der Imperialismus die Homogenität der herrschenden Eliten herstellt und die Kommunikationssysteme, mit denen er sich ideologisch behauptet.

Vernichtung des Imperialismus militärisch heißt im internationalen Rahmen: der Militärbündnisse des US-Imperialismus rund um die Erde, hier: der NATO und der Bundeswehr; im nationalen Rahmen: der bewaffneten Formation des Staatsapparates, die das Gewaltmonopol der herrschenden Klasse, ihre Macht im Staat verkörpern – hier: Polizei, BGS, Geheimdienste; ökonomisch heißt: der Machtstruktur der multinationalen Konzerne; politisch heißt: der staatlichen und nichtstaatlichen Bürokratien, Organisationen und Machtapparate – Parteien, Gewerkschaften, Medien –, die das Volk beherrschen.

Proletarischer Internationalismus

Antiimperialistischer Kampf hier ist nicht und kann auch nicht sein: nationaler Befreiungskampf – seine historische Perspektive nicht: Sozialismus in einem Land. Der transnationalen Organisation des Kapitals, den weltumspannenden Militärbündnissen des US-Imperialismus, der Kooperation von Polizei und Geheimdiensten, der internationalen Organisation der herrschenden Eliten im Machtbereich des US-Imperialismus entspricht auf unserer Seite, der Seite des Proletariats, der revolutionären Klassenkämpfe, der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt, der Stadtguerilla in den Metropolen des Imperialismus: der proletarische Internationalismus.

Seit der Pariser Kommune ist klar, daß ein Volk in einem imperialistischen Staat beim Versuch, sich in nationalem Rahmen zu befreien, die Rache, die bewaffnete Macht, die Todfeindschaft der Bourgeoisien aller anderen imperialistischen Staaten auf sich zieht. Wie jetzt die NATO eine Eingreifreserve für innere Unruhen aufstellt, die in Italien stationiert werden soll.

„Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren“, sagt Marx. Was der Metropolenguerilla, der RAF

hier, der Brigade Rosse in Italien, der United Peoples Liberation Army in den USA, die militärische Relevanz gibt, ist die Tatsache, daß sie im Rahmen der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt, im solidarischen Kampf dem Imperialismus hier, von wo aus er seine Truppen, seine Waffen, seine Ausbilder, seine Technologie, seine Kommunikationssysteme, seinen Kulturfaschismus zur Unterdrückung und Ausbeutung der Völker der Dritten Welt exportiert, in den Rücken fallen kann. Das ist die strategische Bestimmung des Metropolenguerilla: im Hinterland des Imperialismus die Guerilla, den bewaffneten, antiimperialistischen Kampf, den Volkskrieg entfesseln, in einem langwierigen Prozeß. – Denn die Weltrevolution ist ganz sicher nicht eine Sache von ein paar Tagen, Wochen, Monaten, nicht Sache von nur ein paar Volksaufständen, kein kurzer Prozeß, nicht die Machtübernahme des Staatsapparats – wie die revisionistischen Parteien und Parteiansätze sich das vorstellen bzw. behaupten, insofern sie sich überhaupt etwas vorstellen.

Zum Begriff des Nationalstaats

In den Metropolen ist der Begriff des Nationalstaats durch die Realität der herrschenden Klassen, ihre Politik und ihre Herrschaftsstruktur eine durch nichts mehr gedeckte Fiktion, die nicht mal mehr in den Sprachgrenzen eine Entsprechung hat, seit es in den reichen Ländern Westeuropas Millionen von Arbeitsemigranten gibt. Es bildet sich vielmehr durch die Internationalisierung des Kapitals, durch neue Medien, durch die gegenseitigen Abhängigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung, durch die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, durch die Krise auch subjektiv ein Internationalismus des Proletariats in Europa heraus – so daß an seiner Unterwerfung, Kontrolle, Institutionalisierung, Unterdrückung die Gewerkschaftsapparate schon seit Jahren arbeiten.

Der nationalstaatlichen Fiktion, an die sich die revisionistischen Gruppen mit ihrer Organisationsform klammern, entspricht ihr Legalitätsfetischismus, ihr Pazifismus, ihr Massenopportunismus. Nicht daß die Mitglieder dieser Gruppen aus dem Kleinbürgertum kommen, werfen wir ihnen vor, sondern daß sie in ihrer Politik und Organisationsstruktur die Ideologie des Kleinbürgertums reproduzieren, dem seit je der Internationalismus des Proletariats fremd ist, das sich – und das kann seiner Klassenlage und seinen Reproduktionsbedingungen nach nicht anders sein – schon immer komplementär (1) zur nationalen Bourgeoisie, zur herrschenden Klasse im Staat organisiert.

Das Argument, die Massen sind noch nicht so weit, erinnert uns, RAF und gefangene Revolutionäre in der Isolation, in den Trakts, in den künstlichen Gehirnwäsche-kollektiven, im Gefängnis und in der Illegalität, nur an die Argumente der Kolonialschweine in Afrika und Asien seit 70 Jahren: Die Schwarzen, die Analphabeten, die Sklaven, die Kolonisierten, die Gefolterten, die Unterdrückten, die Hungernden, die unter dem Kolonialismus, dem Imperialismus leidenden Völker wären noch nicht so weit, ihre Verwaltung, die Industrialisierung, ihr Schulwesen, ihre Zukunft als Menschen in die eigene Hand zu nehmen. Es ist das Argument von Leuten, die um eigene Machtpositionen besorgt sind, darauf aus, das Volk zu beherrschen, nicht auf Emanzipation und Befreiungskampf.

Der Metropolenguerilla

Unsere Aktion am 14. Mai 1970 ist und bleibt die exemplarische Aktion des Metropolenguerilla. In ihr sind/waren schon alle Elemente der Strategie des bewaffneten, antiimperialistischen Kampfes enthalten: Es war die Befreiung eines Gefangenen aus dem Griff des Staatsapparats. Es war eine Guerilla-Aktion, war die Aktion einer Gruppe, die zum militär-politischen Kern wurde, durch den Entschluß, die Aktion zu machen. Es war die Befreiung eines Revolutionärs, eines Kaders, der für den Aufbau der Metropolenguerilla unentbehrlich war und ist, nicht nur wie jeder Revolutionär in den Reihen der Revolution unentbehrlich ist, sondern weil er schon damals alles das, was die Guerilla, die militär-politische Offensive gegen den imperialistischen Staat erst ermöglicht, schon verkörperte: die Entschlossenheit, den Willen zu handeln, die Fähigkeit, sich selbst nur und ausschließlich über die Ziele zu bestimmen, dabei den kollektiven Lernprozeß der Gruppen offenzuhalten, von Anfang an Führung als kol-

lektive Führung zu praktizieren, die Lernprozesse jedes einzelnen kollektiv zu vermitteln.

Die Aktion war exemplarisch, weil es im antiimperialistischen Kampf überhaupt um Gefangenenbefreiung geht, aus dem Gefängnis, das das System für alle ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des Volkes schon immer ist und ohne historische Perspektive als Tod, Terror, Faschismus und Barbarei; aus der Gefangenschaft der totalen Entfremdung und Selbstentfremdung, aus dem politischen und existentiellen Ausnahmezustand, in dem das Volk im Griff des Imperialismus, der Konsumkultur, der Medien, der Kontrollapparate der herrschenden Klasse, in Abhängigkeit vom Markt und vom Staatsapparat zu leben gezwungen ist.

Die Guerilla – nicht nur hier, das war in Brasilien, in Uruguay, auf Kuba und für Che in Bolivien nicht anders – kommt immer aus dem Nichts, und die erste Phase ihres Aufbaus ist die schwierigste; insofern die Herkunft aus der vom Imperialismus prostituierten bürgerlichen Klasse und der von ihm kolonisierten proletarischen Klasse nichts hergibt, was in diesem Kampf zu gebrauchen wäre. Man ist eine Gruppe von Genossen, die sich entschlossen hat zu handeln, die Ebene der Lethargie, des Verbalradikalismus, der immer gegenstandsloser werdenden Strategiediskussionen zu verlassen, zu kämpfen. Aber es fehlt noch alles – nicht nur alle Mittel; es stellt sich auch jetzt erst heraus, was einer für ein Mensch ist. Es stellt sich das Metropolenindividuum heraus, das aus den Fäulnisprozessen, den tödlichen, falschen, entfremdeten Lebenszusammenhängen des Systems kommt – Fabrik, Schreibtisch, Schule, Universität, revisionistische Gruppen, Lehre und Gelegenheitsjobs. Es zeigen sich die Auswirkungen der Trennung von Berufs- und Privatleben, der Arbeitsteilung in geistige und körperliche Arbeit, der Entmündigung in hierarchisch organisierten Arbeitsprozessen, die psychischen Deformationen durch die Warengesellschaft, der in Fäulnis und Stagnation übergegangenen Metropolengesellschaft.

Aber das sind wir, da kommen wir her: die Brut aus den Vernichtungs- und Zerstörungsprozessen der Metropolengesellschaft, aus dem Krieg aller gegen alle, der Konkurrenz jeder gegen jeden, des Systems, in dem das Gesetz der Angst, des Leistungsdrucks herrscht, des einer-auf-die-Kosten-des-andern, der Spaltung des Volkes in Männer und Frauen, Junge und Alte, Gesunde und Kranke, Ausländer und Deutsche und der Prestigekämpfe. Und da kommen wir her: aus der Isolation im Reihenhause, in den Betonsilos der Vorstädte, den Zellengefängnissen, Asylen und Trakts. Aus der Gehirnwäsche durch die Medien, den Konsum, die Prügelstrafen, die Ideologie der Gewaltlosigkeit; aus der Depression, der Krankheit, der Deklassierung, aus der Beleidigung und Erniedrigung des Menschen, aller ausgebeuteten Menschen im Imperialismus. Bis wir die Not jedes einzelnen von uns als Notwendigkeit der Befreiung vom Imperialismus, als Notwendigkeit zum antiimperialistischen Kampf begriffen haben und begriffen, daß es mit der Vernichtung dieses Systems nichts zu verlieren, im bewaffneten Kampf aber alles zu gewinnen gibt: die kollektive Befreiung, Leben, Menschlichkeit, Identität; daß die Sache des Volkes, der Massen, der Fließbandarbeiter, der Lumpen, der Gefangenen, der Lehrlinge, der untersten Massen hier und der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt unsere Sache ist. Unsere Sache: bewaffneter, antiimperialistischer Kampf die Sache der Massen und umgekehrt – auch wenn das erst in einem langwierigen Prozeß der Entwicklung der militär-politischen Offensive der Guerilla, der Entfesselung des Volkskriegs real werden kann, real werden wird.

Das ist der Unterschied zwischen wirklich revolutionärer und nur vermeintlich revolutionärer, in Wirklichkeit opportunistischer Politik: daß wir von der objektiven Lage ausgehen, den objektiven Bedingungen, von der tatsächlichen Situation des Proletariats, der Massen in den Metropolen – wozu gehört, daß das Volk durch alle Schichten und von allen Seiten im Griff und unter der Kontrolle des Systems ist. Die Opportunisten gehen vom entfremdeten Bewußtsein des Proletariats aus – wir gehen von der Tatsache der Entfremdung aus, aus der sich die Notwendigkeit der Befreiung ergibt. „Es liegt kein Grund vor“, schrieb Lenin 1916 gegen das Kolonial- und Renegatenschwein Kautsky, „ernsthaft anzunehmen, daß im Kapitalismus die Mehr-

heit der Proletarier in Organisationen zusammengefaßt werden könnte. Zweitens – und das ist die Hauptsache – handelt es sich nicht so sehr um die Mitgliederzahl der Organisationen als vielmehr um die reale, objektive Bedeutung ihrer Politik: Vertritt diese Politik die Massen, dient sie den Massen, d.h. der Befreiung der Massen vom Kapitalismus, oder vertritt sie die Interessen der Minderheit, ihre Versöhnung mit dem Kapitalismus? – Wir können nicht und niemand kann genau ausrechnen, welcher Teil des Proletariats den Sozialchauvinisten und Opportunisten folgt und folgen wird. Das wird erst der Kampf zeigen, das wird endgültig die sozialistische Revolution entscheiden. Aber es ist unsere Pflicht, wenn wir Sozialisten bleiben wollen, tiefer, zu den untersten Massen, zu den wirklichen Massen zu gehen: Darin liegt die ganze Bedeutung des Kampfes gegen den Opportunismus und der ganze Inhalt dieses Kampfes.“

Der Guerilla ist die Gruppe

Die Funktion von Führung in der Guerilla, die Funktion von Andreas in der RAF ist: Orientierung – nicht nur in jeder Situation die Hauptsachen von den Nebensachen unterscheiden, auch in jeder Situation am ganzen politischen Zusammenhang in allen Einzelheiten festhalten, über den Details, den technischen, logistischen Einzelproblemen nie das Ziel, die Revolution, im Zusammenhang Bündnispolitik nie die Klassenfrage, im taktischen Zusammenhang nie den strategischen aus den Augen verlieren, das heißt: nie dem Opportunismus verfallen. Es ist „die Kunst, Prinzipienfestigkeit mit Geschmeidigkeit im Handeln dialektisch zu verbinden, die Kunst, bei der Führung der Revolution das Entwicklungsgesetz anzuwenden, das die progressiven Veränderungen in qualitative Sprünge überführt...“, sagt Le Duan (2). Es ist auch die Kunst, vor „der Ungeheuerlichkeit der eigenen Zwecke nicht zurückzuschrecken“, sondern sie beharrlich und unbeirrbar zu verfolgen, die Entschlossenheit, aus Fehlern zu lernen, überhaupt zu lernen. – Jede revolutionäre Organisation, jede Guerillaorganisation weiß das, daß das Prinzip Praxis die Entwicklung dieser Fähigkeiten erfordert – jede Organisation, die vom dialektischen Materialismus ausgeht, deren Ziel der Sieg im Volkskrieg ist und nicht der Aufbau einer Parteibürokratie, Partnerschaft an der Macht des Imperialismus.

Wir reden nicht von demokratischem Zentralismus, weil die Stadtguerilla in der Metropole Bundesrepublik keinen zentralistischen Apparat haben kann. Sie ist keine Partei, sondern eine politisch-militärische Organisation, die ihre Führungsfunktionen kollektiv aus jeder einzelnen Einheit, Gruppe entwickelt – mit der Tendenz, sie in den Gruppen, im kollektiven Lernprozeß aufzulösen. Das Ziel ist immer die selbständige taktische Orientierung der Kämpfer, der Guerilla, der Kader. Die Kollektivierung ist ein politischer Prozeß, der in allem läuft, in der Interaktion (3) und Kommunikation, im Lernen voneinander in allen Arbeits- und Ausbildungsprozessen. Autoritäre Führungsstrukturen haben in der Guerilla keine materielle Basis, auch weil die wirkliche, d.h. freiwillige Entwicklung der Produktivkraft jedes einzelnen Bedingung der Wirksamkeit der revolutionären Guerilla ist: mit schwachen Kräften revolutionär intervenieren, den Volkskrieg entfesseln.

Psychologische Kriegsführung

Andreas steht, weil er das ist und von Anfang an war: Revolutionär – im Fadenkreuz der psychologischen Kriegsführung der Bullen gegen uns, seit 1970 vom ersten Auftreten der Stadtguerilla in der Aktion zu seiner Befreiung aus dem Gefängnis an.

Das Prinzip psychologischer Kriegsführung, um das Volk gegen die Guerilla aufzuhetzen, die Guerilla vom Volk zu isolieren, ist: die materiellen, realen Ziele der Revolution, um die es geht – Befreiung von der Herrschaft des Imperialismus, von besetzten Gebieten, von Kolonialismus und Neokolonialismus, von der Diktatur der Bourgeoisie, von Militärdiktatur, Ausbeutung, Faschismus und Imperialismus –, durch Personalisierung und Psychologisierung zu verzerren, zu mystifizieren, das Verständliche unverständlich zu machen, das Rationale als irrational erscheinen zu lassen, die Menschlichkeit der Revolutionäre als Unmenschlichkeit. Die Methode ist: Hetze, Lüge, Dreck, Rassismus, Manipulation, Mobilisierung der unbewußten Ängste des Volkes, der in Jahrzehnten und Jahrhunderten von Kolonial-

und Ausbeuterherrschaft eingebrannten Reflexe von Existenzangst und Aberglauben gegenüber unbegriffenen Mächten, weil undurchschaubaren Herrschaftsstrukturen.

In dem Versuch der Bullen, durch psychologische Kriegsführung die Sache: revolutionäre Politik, bewaffneter antiimperialistischer Kampf in der Metropole Bundesrepublik und ihre Wirkung im Bewußtsein des Volkes durch Personalisierung und Psychologisierung zu vernichten, stellen sie uns dar als das, was sie sind, die Struktur der RAF als die, durch die sie herrschen – wie ihre Herrschaftsapparate organisiert sind und funktionieren: als Ku-Klux-Clan, als Mafia, als CIA und wie die Charaktermasken des Imperialismus und ihre Marionetten sich durchsetzen: mit Erpressung, Bestechung, Konkurrenz, Protektion, Brutalität, Über-Leichen-gehen.

Die Bullen setzen in ihrer psychologischen Kriegsführung gegen uns auf die Verschmelzung von Leistungsdruck und Angst, die das System jedem eingebrannt hat, der gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen, um überhaupt leben zu können, sie setzen auf die seit Jahrzehnten, Jahrhunderten gegen das Volk gerichteten Hetzsyndrome der herrschenden Klasse aus Antikommunismus, Antisemitismus, sexueller Unterdrückung, Unterdrückung durch Religion, durch autoritäre Schulsysteme, Rassismus, auf die Gehirnwäsche durch Konsumentenkultur und imperialistische Medien, durch Reduktion und „Wirtschaftswunder“.

Das ist das Schockierende an der Guerilla in ihrer ersten Phase, war das Schockierende an unserer ersten Aktion, daß Leute handeln, ohne sich von den Zwängen des Systems bestimmen zu lassen, ohne sich mit den Augen der Medien zu sehen, angstfrei, daß Leute handeln, indem sie von den wirklichen Erfahrungen, ihren eigenen und denen des Volkes, ausgehen. Denn die Guerilla geht von den Tatsachen aus, die das Volk täglich am eigenen Leib erfährt: Ausbeutung, Terror der Medien, Unsicherheit der Lebensverhältnisse trotz höchster Technisierung und größtem Reichtum in diesem Land – psychische Krankheiten, Selbstmorde, Kindesmißhandlungen, Schulelend, Wohnungsnot. Das war das Schockierende an unserer Aktion für den imperialistischen Staat: daß die RAF im Bewußtsein des Volkes begriffen wurde als das, was sie ist: die Praxis, die Sache, die sich logisch und dialektisch aus den bestehenden Verhältnissen ergibt – die Praxis, die als Ausdruck der wirklichen Verhältnisse, als Ausdruck der einzigen realen Möglichkeit, sie zu verändern, umzustürzen, dem Volk seine Würde wiedergibt, den Kämpfen, Revolutionen, Aufständen, Niederlagen und Revolten der Vergangenheit wieder Sinn – dem Volk das Bewußtsein seiner Geschichte wieder ermöglicht. Weil alle Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist, weil ein Volk, das die Dimension revolutionärer Klassenkämpfe verloren hat, im Zustand der Geschichtslosigkeit zu leben gezwungen ist, seines Selbstbewußtseins, d.h. seiner Würde beraubt ist.

An der Guerilla kann jeder für sich bestimmen, wo er steht – kann überhaupt erst mal rausfinden, wo er überhaupt steht, seinen Platz in der Klassengesellschaft, im Imperialismus rausfinden, für sich bestimmen. Denn viele denken, sie stünden auf der Seite des Volkes – aber sobald es zu Zusammenstößen mit der Polizei kommt, sobald das Volk anfängt zu kämpfen, rennen sie weg, denunzieren, bremsen, stellen sich auf die Seite der Polizei. Es ist das von Marx soundsooft ausgesprochene Problem, daß einer nicht ist, was er sich selbst dünkt, sondern was er seinen tatsächlichen Funktionen, seiner Rolle in der Klassengesellschaft nach ist, das ist, als was er, wenn er nicht bewußt gegen das System handelt, d.h. sich bewaffnet und kämpft – vom System gelebt, für die Zwecke des Systems real instrumentalisiert ist.

Die Bullen versuchen in ihrer psychologischen Kriegsführung, die Tatsachen, die durch die Aktion der Guerilla vom Kopf auf die Füße gekommen sind – nämlich daß nicht das Volk vom Staat, sondern der Staat vom Volk abhängig ist, daß nicht das Volk auf die Aktiengesellschaften, die Multis, deren Fabriken angewiesen ist, sondern die Kapitalistenschweine auf's Volk, daß nicht die Polizei dazu da ist, das Volk vor Verbrechern zu schützen, sondern dazu da, die Ausbeuterordnung des Imperialismus vor'm Volk zu schützen, das Volk nicht auf die Justiz, sondern die Justiz aufs Volk, wir nicht auf die Präsenz amerika-

nischer Truppen und Einrichtungen hier, sondern der US-Imperialisten auf uns – wieder auf den Kopf zu stellen. Durch Personalisierung und Psychologisierung projizieren sie auf uns, was sie sind, die Klischees der Anthropologie des Kapitalismus, die Wirklichkeit seiner Charaktermasken, seiner Richter, Staatsanwälte, seiner Gefängnispirg, der Faschisten: das Schwein, das seine Entfremdung genießt, das davon lebt, andere zu quälen, zu unterdrücken, auszunutzen, dessen Existenzbasis Karriere, Aufstieg, Treten, Leben auf Kosten anderer ist, die Ausbeutung, der Hunger, die Not, das Elend von einigen Milliarden Menschen in der Dritten Welt und hier.

Was die herrschende Klasse an uns hat, ist, daß die Revolution trotz hundert Jahre Repression, Faschismus, Antikommunismus, imperialistischer Kriege, Völkermord wieder ihren Kopf erhebt. In der psychologischen Kriegsführung hat die Bourgeoisie, der Bullenstaat alles, was sie am Volk hassen und fürchten, auf uns und besonders Andreas gehäuft – er ist der Inbegriff des Mob, der Straße, des Feinds; hat sie in uns erkannt, was sie bedroht und stürzen wird: die Entschlossenheit zur Revolution, zur revolutionären Gewalt, zur politisch-militärischen Aktion – ihre eigene Ohnmacht, die Begrenztheit ihrer Mittel, wenn das Volk sich bewaffnet und anfängt zu kämpfen.

Nicht uns, sondern sich selbst stellt das System in seiner Hetze gegen uns dar, wie alle Hetze gegen die Guerilla Auskunft gibt über die, die sie produzieren, über ihren Schweinebauch, ihre Ziele, Ehrgeize und Ängste. Auch „selbsternannte Avantgarde“ z.B. ergibt keinen Sinn. Avantgarde zu sein, ist eine Funktion, zu der man sich weder ernennen noch die man beanspruchen kann. Es ist eine Funktion, die das Volk der Guerilla in seinem eigenen Bewußtsein, im Prozeß seines eigenen Aufwachens, der Wiederentdeckung seiner eigenen Rolle in der Geschichte gibt, indem es in der Aktion der Guerilla sich selbst erkennt, die Notwendigkeit „an sich“, das System zu vernichten, als Notwendigkeit „für sich“ erkennt, durch die Aktion der Guerilla, die sie bereits zur Notwendigkeit für sich gemacht hat. Der Begriff „selbsternannte Avantgarde“ bringt ein Prestigedenken zum Ausdruck, das in der herrschenden Klasse seinen Platz hat, auf Herrschaft aus ist – mit der Funktion der Besitzlosigkeit des Proletariats, mit Emanzipation, mit dialektischem Materialismus, mit antiimperialistischem Kampf hat das nichts zu tun.

Die Dialektik von Revolution und Konterrevolution

Das ist die Dialektik der Strategie des antiimperialistischen Kampfes: daß durch die Defensive, die Reaktion des Systems, die Eskalation der Konterrevolution, die Umwandlung des politischen Ausnahmezustandes in den militärischen Ausnahmezustand der Feind sich kenntlich macht, sichtbar – und so, durch seinen eigenen Terror, die Massen gegen sich aufbringt, die Widersprüche verschärft, den revolutionären Kampf zwingend macht.

Marighela: *„Das Grundprinzip der revolutionären Strategie unter den Bedingungen einer permanenten, politischen Krise ist, sowohl in der Stadt als auf dem Land ein solches Ausmaß revolutionärer Aktionen durchzuführen, daß der Feind sich gezwungen sieht, die politische Situation des Landes in eine militärische zu verwandeln, daraufhin wird die Unzufriedenheit alle Schichten ergreifen, und die Militärs werden die einzig Verantwortlichen für alle Mißgriffe sein.“*

Und A.P. Puyan, ein persischer Genosse: *„Durch den Druck der verschärften, konterrevolutionären Gewalt auf die Widerstandskämpfer werden alle anderen beherrschten Schichten und Klassen unvermeidlich noch massiver unterdrückt werden. Dadurch verschärft die herrschende Klasse die Widersprüche zwischen den unterdrückten Klassen und sich selbst, und durch die Schaffung einer solchen Atmosphäre, in die sie zwangsläufig hineingerät, treibt sie das politische Bewußtsein der Massen sprunghaft voran.“*

Und Marx: *„Der revolutionäre Fortschritt bricht sich Bahn in der Erzeugung einer mächtigen, geschlossenen Konterrevolution, die der Erzeugung eines Gegners, durch dessen Bekämpfung die Umsturzpartei erst zu einer wirklich revolutionären Partei heranreift.“*

Wenn die Bullen 1972 mit 150000 Mann die totale Mobilmachung für die Fahndung gegen die RAF gemacht haben, die

Volksfahndung übers Fernsehen, Einschaltung des Bundeskanzlers, Zentralisierung der gesamten Polizeimacht beim Bundeskriminalamt – dann waren damit zu diesem Zeitpunkt durch eine zahlenmäßig kleine Gruppe von Revolutionären schon alle materiellen und personellen Kräfte dieses Staates im Einsatz: Es wurde materiell sichtbar, daß das Gewaltmonopol des Staats begrenzt ist, seine Kräfte erschöpfbar, daß der Imperialismus taktisch ein menschenfressendes Ungeheuer, daß er strategisch ein Papiertiger ist. Es wurde materiell sichtbar, daß es an uns liegt, wenn die Unterdrückung bleibt, und ebenfalls an uns, wenn sie zerbrochen wird.

Jetzt

sind die Schweine drauf, nach allem, was sie in ihrer psychologischen Kriegsführung gegen uns vorbereitet haben – Andreas zu ermorden. Wir politischen Gefangenen aus der RAF und anderen antiimperialistischen Gruppen befinden uns ab heute im Hungerstreik. Den Liquidationsfahndungen der Bullen gegen die RAF und ihrer psychologischen Kriegsführung gegen uns entspricht die Tatsache, daß sich die meisten von uns seit Jahren in Isolationshaft befinden, das heißt: Vernichtungshaft. Wir sind aber entschlossen, nicht aufzuhören zu denken und zu kämpfen – wir sind entschlossen, den Stein, den der imperialistische Staat gegen uns aufgehoben hat, ihm auf seine eigenen Füße fallen zu lassen.

Die Bullen sind drauf, Andreas – wie sie es schon beim vorigen Hungerstreik im Sommer '73 versucht haben – durch Wasserentzug zu ermorden. Damals lief das so, daß die Anwälte und die Öffentlichkeit glauben gemacht worden sind, er bekäme nach ein paar Tagen wieder zu trinken – in Wirklichkeit bekam er nichts, und das Arztschwein in Schwalmstadt sagt ihm, als er nach neun Tagen ohne Trinken schon erblindet war: „*Sie sind in zehn Stunden tot, oder sie trinken Milch.*“ Der Justizminister von Hessen kam zwischendurch in seine Zelle, um sich das anzusehen, und das hessische Knastärztkorps tagte in der Zeit in Wiesbaden im Justizministerium. Dazu gibt es einen Erlaß, daß Hungerstreiks in Hessen durch Flüssigkeitsentzug gebrochen werden sollen. Die Anzeigen gegen das Arztschwein, das den Mordversuch durchgeführt hat, sind abgewiesen, das Klageerzwingungsverfahren ist eingestellt.

Dazu ist jetzt zu sagen: Sollten die Bullen ihre Absichten und Pläne in die Tat umsetzen, indem sie Andreas das Wasser entziehen, werden alle streikenden Gefangenen aus der RAF darauf mit der Verweigerung jeglicher Flüssigkeitsaufnahme antworten. Dasselbe gilt für jeden Mordversuch durch Wasserentzug, egal wo und an welchen streikenden Gefangenen er ausgeübt wird.

(Quelle: Nr. 1, S. 62ff)

(1) komplementär: sich gegenseitig ergänzend

(2) Le Duan: Nach 1945 u.a. Befehlshaber der Kampftruppen der Befreiungsfront in Südvietnam, seit 1951 Mitglied des Politbüros und des ZK-Sekretariats der Partei der Werktätigen Vietnams, ab 1959 ihr Generalsekretär. 1976 zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams gewählt. Le Duan starb am 10.7.1986 in Hanoi.

(3) Interaktion: aufeinander bezogenes Handeln zweier oder mehrerer Personen



Demonstration 1973 in Frankfurt

13.09.1974 Die politischen Gefangenen beginnen den dritten Hungerstreik, der fast fünf Monate, bis zum 5.2.1975, andauert. Sie wenden sich damit „gegen Sonderbehandlung, gegen die Vernichtungshaft an politischen Gefangenen in den Gefängnissen der Bundesrepublik und Westberlins, gegen die Counterinsurgency-Programme der imperialistischen Vollzugsmaschinen, der Bundesanwaltschaft, der Sicherungsgruppe Bonn – Abteilung Staatsschutz des Bundeskriminalamts zur Vernichtung gefangener Revolutionäre und von Gefangenen, die im Gefängnis angefangen haben, sich zu organisieren und zu kämpfen“. Die politischen Gefangenen erklären u.a.:

Hungerstreikerklärung

Der Hungerstreik ist in der Isolation unsere einzige Möglichkeit zu kollektivem Widerstand gegen die Counterstrategie des Imperialismus, gefangene Revolutionäre und Gefangene, die im Gefängnis angefangen haben, sich organisiert zu wehren, psychisch und physisch, das heißt politisch zu vernichten, entworfen, gefangen, isoliert, ist er unsere einzige Möglichkeit, unsere physischen und geistigen Kräfte, unsere Identität als Menschen einzusetzen, um den Stein, den der Staat der herrschenden Klasse gegen uns aufgehoben hat, ihm auf seine eigenen Füße fallen zu lassen.

Kampf ist, aus Schwäche Stärke machen.

Isolation ist die Waffe des Vollzugs gegen alle Gefangenen, die entschlossen sind, sich im Gefängnis nicht vernichten zu lassen, das Menschenexperiment, die Gehirnwäsche, das Programm des imperialistischen Vollzugs zu bekämpfen. Sie werden isoliert, um Politisierung, Widerstand im Gefängnis überhaupt zu liquidieren; um alle anderen Gefangenen, die noch nicht durchblicken, obwohl sie leiden und eigentumslos sind wie wir und nichts mehr zu verlieren haben als ihre Ketten, um so totaler unterdrücken zu können.

Wir fordern alle isolierten Gefangenen auf, mit uns die Isolation zu bekämpfen.

Die Abschaffung der Isolation ist die Bedingung, die wir uns erkämpfen müssen, wenn Selbstorganisation der Gefangenen, wenn revolutionäre Politik, wenn Befreiungskampf im Gefängnis überhaupt eine realistische Möglichkeit von proletarischer Gegengewalt werden soll – im Rahmen der Klassenkämpfe hier, im Rahmen der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten und Vierten Welt, im Rahmen von proletarischem Internationalismus und einer antiimperialistischen Befreiungs- und Einheitsfront in den Gefängnissen und Kriegsgefangenenlagern der vom Imperialismus beherrschten Teile der Welt.

(Quelle: Nr. 18, S. 203ff)

27.09.1974 Monika Berberich gibt für die Gefangenen aus der RAF bekannt, daß Horst Mahler nicht mehr Teil der RAF sein kann.

09.11.1974 Holger Meins stirbt nach achtwöchigem Hungerstreik in der Strafanstalt Wittlich/Eifel. Kurz vor dem Tod von Holger Meins schreibt sein Anwalt Siegfried Haag an den zuständigen Richter Dr. Prinzing: „Sie sind für seinen Tod verantwortlich, denn die Bedingungen der Haft bestimmen Sie.“ In vielen Städten der BRD und Westberlin kommt es zu spontanen Protestdemonstrationen.

10.11.1974 In Westberlin wird der Kammergerichtspräsident Günther von Drenckmann von einem Kommando der Bewegung 2. Juni erschossen als Antwort auf den Tod von Holger Meins.

13.11.1974 Die Bundesregierung gibt eine Erklärung ab. In



Holger Meins

der anschließenden Debatte etabliert Bundesjustizminister Vogel (SPD) das Gesinnungsverbrechen, das selbst unter Isolationshaftbedingungen noch begangen werden kann. NRW-Innenminister Weyer (FDP) propagiert Polizeiaufrüstung zwecks Chancengleichheit.

Auszüge aus einer Bundestagsdebatte

Bundesjustizminister Vogel (SPD):

... Dieser Hungerstreik dient ebenso wie der angedrohte Durststreik nicht einer Verbesserung angeblich schlechter Haftbedingungen; er ist vielmehr, wie Kollege Maihofer (1) zutreffend dargestellt hat, Teil eines geplanten Kampfes gegen den Rechtsstaat mit dem Ziel, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen die Entlassung aus rechtmäßiger Haft zu erzwingen oder doch zumindest die Rechtsstaatlichkeit der zuständigen Institutionen gegenüber der Öffentlichkeit in Zweifel zu ziehen, verächtlich zu machen und wenigstens teilweise zu lähmen. Der Rechtsstaat darf und wird bei Wahrung aller medizinischen und humanen Erfordernisse vor solchen Aktionen nicht kapitulieren ...

Die Bundesregierung ist sich dessen bewußt, daß im Zusammenhang mit den in Rede stehenden Verfahren eine sorgfältig geplante Sympathie- und Mitleidskampagne betrieben wird, an der sich einzelne und Gruppen aus unterschiedlichen Motiven beteiligen. Im Zuge dieser Kampagne ist von „politischen Gefangenen“, von „Isolationsfolter“, vom „Toten-Trakt“ und „Vernehmungshaft“ die Rede. Neuerdings ist auch der Vorwurf der schrittweisen und planmäßigen Ermordung von Untersuchungsgefangenen erhoben worden.

Gemeinsam mit den Justizministern und -senatoren der Länder weist die Bundesregierung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen als Verdrehung der Wahrheit, als Versuch der Irreführung der Öffentlichkeit und als Versuch zur Motivierung von Sympathisanten mit Entschiedenheit zurück. Schon die Wortwahl ist übrigens ein wesentlicher und kennzeichnender Bestandteil eines auf Emotionalisierung angelegten Agitationskonzepts.

Namens der Bundesregierung stelle ich ausdrücklich fest: In der Bundesrepublik Deutschland wird niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder Überzeugung verfolgt oder gar in Haft gehalten. In Haft befinden sich in diesem Lande lediglich Personen, gegen die der gesetzliche Richter wegen des dringenden Verdachts schwerer Straftaten, etwa wegen Mordes, Mordversuchs, schweren Raubes, schwerer Brandstiftung, einen Haftbefehl erlassen hat oder die rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Ebenso unwahr ist der Vorwurf, die Gefangenen würden besonderen Vollzugsbedingungen, insbesondere einer sogenannten Isolationsfolter, unterworfen ...

Sämtliche Maßnahmen im Vollzug der Untersuchungshaft und auch der Strafhaft unterliegen der Kontrolle unabhängiger

Gerichte. Für Untersuchungsgefangene werden darüber hinaus auch Haftbedingungen von Richtern im einzelnen festgelegt. Soweit besondere Maßnahmen angeordnet werden, finden sie ihren rechtfertigenden Grund in der besonderen Gefährlichkeit der Inhaftierten und ihrer bis in die letzten Tage hinein bekundeten Absicht, ihren Kampf gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik auch während der Haft und erst recht nach einer eventuellen Befreiung fortzusetzen ...

Weyer (FDP), nordrhein-westfälischer Innenminister und Sprecher der Innenministerkonferenz:

... Aber mit dem Ausbau des Bundeskriminalamtes ist es doch wohl nicht getan! Das ist auch eine Frage der Polizeistärke in den Ländern. Auf den letzten Polizeibeamten kommt es an, wenn wir mit der Bande fertig werden wollen. Nicht allein auf das FBI oder das Bundeskriminalamt, sondern auch auf den letzten Polizeibeamten auf der Straße kommt es dabei an ...

Es war ja nicht nur das Bundeskriminalamt, das ausgebaut wurde, sondern es sind überall die MEKs ausgebaut worden – sowohl beim Grenzschutz als auch bei den Polizeien der Länder –, damit wir auch in diesem Bereich eine dahin gehende Chancengleichheit haben, mit diesen Radikalen, mit diesen Gangs fertig zu werden. (Vogel (Ennepetal, CDU/CSU): Sie wissen auch, wie mühsam manches war!) – Es ist nicht mühsam gewesen. Wir brauchten nur Freiwillige, die sich dann auch gemeldet haben. Denen haben wir eine anständige Ausbildung, denen haben wir die Waffen gegeben, die erforderlich sind, damit wir hier im Vergleich zu den kriminellen Elementen eine Gleichheit in der Bewaffnung haben ...

(Quelle: Nr. 5, S. 8795ff)

(1) Werner Maihofer: 1972 bis 1978 FDP-Bundesminister für besondere Aufgaben, Bundesinnenminister (Rücktritt nach der „Traube-Affäre“ und „Fahndungspanne Schleyer“)

*

26.11.1974 Auf Beschluß der Konferenz der Innenminister findet eine großangelegte bundesweite Fahndungsaktion, die „Aktion Winterreise“, statt. In einer unangekündigten Gemeinschaftsaktion sämtlicher Polizei- und Bundesgrenzschutzeinheiten werden in der gesamten BRD Straßensperren errichtet und von schwerbewaffneter Polizei scharfe Kontrollen durchgeführt. Als links geltende Anwaltskanzleien, Büros, Druckereien und Wohngemeinschaften werden durchsucht. Die Aktion wird von seiten der Polizei mit militärischer Härte durchgeführt, Wohnungen werden zerstört und Leute mißhandelt. Zahlreiche Leute werden vorläufig festgenommen. Von den 23 Personen, die wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung gesucht werden, wird keiner gefaßt. Innenminister Maihofer erklärt: „Ein Erfolg war die ‚Winterreise‘ nämlich vor allem für das Image und das Selbstbewußtsein der Polizei.“

*

07.12.1974 In einem Schließfach des Bremer Hauptbahnhofs explodiert eine Bombe, die fünf Verletzte fordert. Die RAF distanziert sich in einer Erklärung vom 9. Dezember, in der es heißt: „Die Bomben der RAF sind nie gegen das Volk gerichtet.“

*

18.12.1974 Der Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Ergänzung des Ersten Gesetzes zur Reform des Strafverfahrensrechts. Es begrenzt die Höchstzahl der Wahlverteidiger, regelt das Verbot der Mehrfachverteidigung und den Verteidigerausschluß, ermöglicht, die Hauptverhandlung ohne Angeklagte bei verschuldeter Verhandlungsunfähigkeit durchzuführen, und verschärft die Ordnungsstrafgewalt in der Hauptverhandlung. Der Berichterstatter des Rechtsausschusses des Bundestages Gnädinger, SPD, wird 18 Monate später erklären: „Jedem Eingeweihten ist klar,

daß z.B. ohne die bereits beschlossenen Änderungen der Strafprozeßordnung der Prozeß in Stammheim gegen die Baader/Meinhof-Terroristen in noch größere Schwierigkeiten geraten wäre, ja unter Umständen hätte abgebrochen werden müssen." (Deutscher Bundestag, 24.7.1976, Protokolle S. 17990)

20.01.1975 Der „Spiegel“ veröffentlicht ein Interview mit den Stammheimer Gefangenen.

In dem dokumentierten Auszug äußern sich die Gefangenen zur Rolle der BRD und zur Rolle der Metropolenguerilla im Entwicklungsprozeß der Weltrevolution.

„Spiegel“-Interview

Frage: Von welcher Analyse des Tatbestands Bundesrepublik gehen Sie aus?

Antwort: Imperialistisches Zentrum. US-Kolonie. US-Militärbasis. Imperialistische Führungsmacht in Westeuropa, der EG, zweitstärkste Militärmacht der Nato. Interessensvertreter des US-Imperialismus in Westeuropa. Die Verschmelzung des westdeutschen Imperialismus – politisch/ökonomisch/militärisch/ideologisch, über das identische Ausbeutungsinteresse in den Ländern der Dritten Welt und die Homogenität der gesellschaftlichen Struktur durch Kapitalkonzentration und Konsumentenkultur – mit dem US-Imperialismus definiert die Rolle der Bundesrepublik gegenüber den Ländern der Dritten Welt als Partei in den Kriegen, die der US-Imperialismus gegen sie führt, als „Stadt“ im weltrevolutionären Prozeß der Einkreisung der Städte durch die Dörfer. (1) Insofern ist die Metropolenguerilla Stadtguerilla im doppelten Sinn des Wortes: Sie entsteht, operiert, entwickelt sich in den Großstädten, geographisch und ist Stadtguerilla im strategischen, im politisch-militärischen Sinn, indem sie die Unterdrückungsmaschine des Imperialismus von innen, in den Metropolen angreift, als Partisaneneinheit im Rücken des Feindes kämpft. Das ist es, was wir unter proletarischem Internationalismus heute verstehen. Das eine: daß die Bundesrepublik Teil des Staatensystems des US-Imperialismus ist, nicht eine unterdrückte, sondern selbst eine Unterdrückernation. In solch einem Staat kann die Entwicklung von proletarischer Gegenmacht, Befreiungskampf, die Zerrüttung der herrschenden Machtstruktur von Anfang an nur internationalistisch sein, ist nur im strategischen und taktischen Zusammenwirken mit den Befreiungskämpfern der unterdrückten Nationen möglich. Geschichtlich: Seit 1918/19 hat in den Klassenkämpfen in Deutschland die imperialistische Bourgeoisie, ihr Staat, die Initiative und ist in der Offensive gegen das Volk – bis zur völligen Zerschlagung der Organisationen des Proletariats im Faschismus, bis zur Niederlage des alten Faschismus, nicht durch bewaffneten Kampf hier, sondern die sowjetische Armee und die Westalliierten bis heute. Es gab in den zwanziger Jahren den Verrat der Dritten Internationale, die völlige Orientierung der kommunistischen Parteien auf die Sowjet-Union, so die Unfähigkeit der KPD, zu einer an der proletarischen Revolution/Eroberung der politischen Macht durch bewaffneten Kampf orientierten Politik zu kommen, die im Proletariat Klassenidentität und revolutionäre Energie hätte entwickeln können – nach '45 die Gehirnwäscheoffensive des US-Imperialismus gegen das Volk mit Antikommunismus, Konsumentenkultur, der politischen, ideologischen, schließlich militärischen Restauration/Refaschisierung im Kalten Krieg und einer DDR, die kommunistische Politik nicht als Befreiungskampf vermittelt hat. Es hat hier nicht wie in Frankreich, Italien, Jugoslawien, Griechenland, Spanien, selbst Holland massenhaften bewaffneten antifaschistischen Widerstand gegeben. Ansätze dazu sind seit '45 von den Westalliierten sofort zerbrochen worden. Das alles heißt für uns und die legale Linke hier: Es ist nichts da, woran wir anknüpfen, worauf wir uns historisch stützen, was wir organisatorisch oder im Bewußtsein des

Proletariats voraussetzen könnten, nicht einmal demokratische, republikanische Traditionen. Innenpolitisch ist das einer der Gründe, weshalb der Faschisierungsprozeß, das Über- und Auswuchern des Polizeiapparates, der Staatsschutzmaschine als Polizeistaat im Staat, die faktische Beseitigung der Gewaltenteilung, die Verabschiedung von faschistischen Sondergesetzen im Rahmen des Programms „innere Sicherheit“ – von den Notstandsgesetzen bis zu den Sondergesetzen jetzt, politische Verfahren ohne Angeklagte und Verteidiger als reine Schauprozesse durchführen zu können, aber auch der Ausschluß von „Radikalen“ aus dem öffentlichen Dienst, die Erweiterung der Kompetenzen des Bundeskriminalamtes – so reibungslos möglich ist. Eine Demokratie, die nicht erkämpft, dem Volk nur aufgestülpt wurde, hat keine Massenbasis, kann nicht verteidigt werden, wird es nicht. Das alles sind spezifische Bedingungen des politischen Territoriums Bundesrepublik.

... die Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß eine taktisch noch schwache, zersplitterte legale Linke die reaktionäre Mobilisierung – gegen die Stärke der Repression im nationalen Rahmen – nicht in eine revolutionäre verwandeln kann. Sich dieser Frage nicht stellt. Wir sagen: Genau in diesem Widerspruch kann proletarische Politik nur als bewaffnete Politik die Politik des Proletariats werden – in Vermittlungen, die als Probleme der Revolution, der Strategie, der Klassenanalyse dem Verständnis Ihrer platten Polemik sicher entzogen sind. Die RAF ist nicht das Volk, sondern eine kleine Gruppe, die den Kampf aufgenommen hat – als Teil des Volkes, das für sich als geschichtliche Kraft nur im Kampf gegen den Imperialismus, im langandauernden Prozeß der Befreiungskriege entstehen kann. Die RAF, ihre Politik, ihre Linie, ihre Aktionen sind proletarisch, sind ein Anfang proletarischer Gegengewalt. Der Kampf hat angefangen. Sie reden davon, daß einige von uns gefangen sind – das ist eine Niederlage. Sie reden nicht vom politischen Preis dieser Jagd nach einer nur kleinen Einheit der RAF für den imperialistischen Staat. Weil ein Ziel revolutionärer Aktion – ihrer Taktik in dieser Phase der Entwicklung ist, den Staat zum offenen Auftreten zu zwingen, zu einer Reaktion, in der die Struktur der Repression, des Repressionsapparats sichtbar wird, faßbar, und sich so als Kampfbedingung revolutionärer Initiative vermittelt. Marx sagt, „der revolutionäre Fortschritt bricht sich Bahn in der Erzeugung einer mächtigen, geschlossenen Konterrevolution, in der Erzeugung eines Gegners, durch dessen Bekämpfung die Umsturzpartei erst zu einer wirklich revolutionären Partei heranreift“. Das Erstaunliche ist nicht, daß wir eine Niederlage hatten, sondern daß es sie seit fünf Jahren gibt: die RAF – und die Tatsache, von denen die Regierung ausgeht, sind andere. 1972 erklärten nach Meinungsumfragen fast 20 Prozent der Erwachsenen, sie würden strafrechtliche Verfolgung in Kauf nehmen, um einen von uns für eine Nacht bei sich zu verstecken. 1973 ergab eine Schülerumfrage, daß 15 Prozent der Schüler sich mit den Aktionen der RAF identifizieren. Sicher ist die Relevanz revolutionärer Politik nicht durch demoskopische Umfragen auszumachen, weil Bewußtseins-, Erkenntnis- und Politisierungsprozesse nicht zu quantifizieren sind. Aber das meint die Entwicklung der Theorie vom bewaffneten Aufstand zum lang anhaltenden Volkskrieg – daß im Kampf gegen die imperialistische Machtstruktur das Volk langfristig seine Sache finden wird, sich aus dem Griff der Gehirnwäsche durch die Medien lösen wird – weil unser Kampf Realpolitik, Kampf gegen die tatsächlichen Feinde des Volkes ist, während die Konterrevolution darauf angewiesen ist, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Aber es gibt das Problem des Metropolenchauvinismus im Bewußtsein des Volkes, der mit dem Begriff Arbeiteraristokratie als ökonomischer Kategorie nur schlecht benannt ist. Es gibt das Problem, daß nationale Identität in den Metropolen nur reaktionär möglich ist, als Identifikation mit dem Imperialismus. Das heißt, daß revolutionäres Bewußtsein im Volk von Anfang an nur im Rahmen von proletarischem Internationalismus möglich ist, in der Identifikation mit den antiimperialistischen Befreiungskämpfen der Völker der Dritten Welt, sich nicht aus den Klassenkämpfen nur hier entwickeln kann. Eben diese Verbindung zu sein, proletarischen Internationalismus als Bedingung von revolutionärer Politik hier zu ver-

wirklichen, so die Verbindung zwischen den Klassenkämpfen hier und den Befreiungskämpfen der Völker der Dritten Welt zu sein, ist Sache der Metropolenguerilla.

(Quelle: Nr. 1, S. 241ff)

(1) Deutlicher Bezug auf die von Lin Piao in „Es lebe der Sieg im Volkskrieg!“ 1965 dargelegten Auffassungen über die Entwicklung der Weltrevolution. In der Schrift heißt es: „Wenn, im Weltmaßstab gesehen, Nordamerika und Westeuropa als „Städte der Welt“ bezeichnet werden können, kann man Asien, Afrika und Lateinamerika die „ländlichen Gebiete“ der Welt nennen ... In gewissem Sinne befindet sich die gegenwärtige Weltrevolution auch in einer Lage, bei der die Städte durch ländliche Gebiete eingekreist sind. Die ganze Sache der Weltrevolution hängt in letzter Analyse von den revolutionären Kämpfen der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker ab, welche die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung sind.“ (Zitiert nach Schickel (Hrsg.), *Guerilleros, Partisanen, Theorie und Praxis*) – Lin Piao war führend beteiligt am Sieg der Revolution in China; 1950/51 war er Oberbefehlshaber der Armee der chinesischen Volkstreiwillingen im Korea-Krieg; 1959 wurde er Verteidigungsminister der VR China, 1969 designierter Nachfolger Mao Tse-tungs. Lin Piao spielte eine große Rolle in der Kulturrevolution. Er wurde 1971 entmachtet und kam angeblich bei einem Flugzeugabsturz auf der Flucht in die SU ums Leben.

Febr. 1975 In einem Seminar der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (IKPO – Interpol) in Paris beraten Kriminalbeamte aus 37 Ländern über Erfahrungen und geeignete Gegenmaßnahmen der Polizei bei Guerilla-Aktionen mit Geiselnahme. Das nationale Zentralbüro von Interpol ist das Bundeskriminalamt (BKA).

27.02.1975 Beginn der Lorenz-Entführung. Der Westberliner CDU-Vorsitzende und Bürgermeisterkandidat Lorenz wird zwei Tage vor den Wahlen von der Bewegung 2. Juni entführt. Sie verlangt die Freilassung von sechs inhaftierten politischen Gefangenen: Rolf Pohle, Verena Becker, Rolf Heißler, Gabi Kröcher-Tiedemann, Horst Mahler, Ingrid Siepmann. Die Gefangenen außer Horst Mahler, der nicht ausgetauscht werden will, werden freigelassen, Lorenz wird freigelassen.



Politische Gefangene werden freigelassen und ausgeflogen

13.03.1975 Bundeskanzler Schmidt (SPD) gibt eine Regierungserklärung ab: Staatsgewalt gegen Staatsverneinung.

Regierungserklärung

Bundeskanzler Schmidt (SPD):

... dem Rechtsstaat stehen im Grundgesetz und in den Gesetzen eine große Zahl verschiedenartiger Mittel, auch staatliche Gewalt in vielfältiger Form, zur Verfügung, um sie gegen Rechtsbrecher anzuwenden. So weit die gesetzliche Verant-

wortung der Bundesregierung und so weit ihr politischer Führungsauftrag reichen, so weit treten wir für volle Ausschöpfung der rechtsstaatlichen Gewalt ein. Unser Auftrag ist, die Verfassung und die Gesetze zu wahren und zu verteidigen; d.h.: die gesetzliche Ordnung zu verwirklichen – nicht anders kann ich den Amtseid verstehen, den die Bundesminister und der Bundeskanzler geleistet haben ...

Auch unsere Bürger müssen wissen – was die Innenminister natürlich schon längst wissen –, daß einerseits öffentliche polizeiliche Fahndungen, wie übrigens auch verdeckte Fahndungen, zweckmäßige Instrumente der Kriminalpolizei sind, daß aber bei der Bekämpfung konspirativen Terrors darüber hinaus auch die übrigen Sicherheitsbehörden in ihrer Arbeit unverzichtbar sind. Es kommt – ich spreche es aus – auf Infiltration in die Sympathisantengruppen hinein an. Ich spreche auch aus, daß es darüber hinaus auf die Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten ankommt, die das Gesetz nach Art. 10 des Grundgesetzes (1) zur Verfügung gestellt hat und für solche Zwecke hat zur Verfügung stellen wollen.

Die neue Herausforderung durch den Terrorismus gibt allen Anlaß, sorgfältig zu prüfen, ob alle die eben angedeuteten Möglichkeiten und Notwendigkeiten überall von den dazu Berufenen wirklich voll genutzt werden; denn z.B. ohne die nachrichtendienstliche Arbeit des Verfassungsschutzes in Bund und Ländern würden polizeiliche Ergebnisse zu einem erheblichen Teil vom Zufall abhängen ...

Mir scheint, in erster Linie ist die Wirksamkeit der Strafverfolgung, also die Sicherheit, mit der ein Täter seine Bestrafung erwarten muß, für die Sicherheit in unserem Lande entscheidend. Allerdings: Gegenüber Terroristen, die sich in bewußter Willensentscheidung gegen unsere rechtsstaatliche Ordnung auflehnen und ihr eigenes Leben dabei aufs Spiel setzen wollen – und dafür gibt's ja Beispiele im Inland wie im Ausland –, müssen zwei wesentliche Grundgedanken des Strafrechts versagen: Gegenüber solchen muß die Abschreckung und muß wohl auch die Resozialisierung versagen; denn der Terrorist will sich ja in unsere Gesellschaft nicht einfügen. Im Gegenteil, er will sie umstürzen, ihr seine totalitären Ansprüche aufzwingen, und er läßt sich auch durch noch so hohe Strafen, auch nicht durch die Todesstrafe abschrecken; denn er ist ja bereit, aus Fanatismus sein Leben wegzuerwerfen. Alle Beispiele, auch die internationalen, zeigen das. Auch das israelische, vielfältig zitierte Beispiel zeigt immer wieder, daß selbst härtestes Durchgreifen eines Staates, der in einer Verteidigungssituation sich nicht scheuen kann, selbst zu töten, den Terrorismus nicht bricht, weil eben die Terroristen ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen wollen.

Für die Bekämpfung dieser Terroristen bleibt folglich nur der dritte Grundgedanke des Strafrechts wirksam, nämlich die Sicherung. Das heißt, wir müssen sie hinter Schloß und Riegel bringen ...

Dabei sind wir uns sicherlich einig, daß die grundlegende, die grundsätzliche Fehlhaltung dieser Staatsverneiner, dieser Terroristen darin besteht, daß sie einen totalitären Anspruch erheben und dann auch noch glauben, daß Terror das geeignete Mittel zur Durchsetzung ihres totalitären Anspruchs wäre. Sie stellen sich damit als Gewaltkriminelle selbst außerhalb der Spielregeln, die unser demokratischer Rechtsstaat setzt. Meinungen können nicht durch Terror in politische Willensbildung umgesetzt werden. Und wer an die Stelle von Kritik und politischer Agitation nunmehr Drohung setzt und Gewalt setzt, der hat die Grenze überschritten, die politisches Handeln von Kriminalität scheidet.

Dies muß auch denjenigen gesagt werden, die es ja auch gibt – es sind nicht so ganz viele Menschen in unserem Lande –, die immer noch glauben, daß die Terroristen eigentlich einen politischen Anspruch erheben könnten, daß sie nur leider die falschen Mittel wählten. Es muß Schluß sein mit solcher Art von versteckter Sympathie. Wer da liebäugelt, macht sich mitschuldig ...

(Quelle: Nr. 5, S. 10731ff)

(1) Brief- und Postgeheimnis

- 11.04.1975 Die Innenministerkonferenz in Bonn beschließt eine weitere Zentralisierung der Fahndungskompetenzen beim BKA. Zu dem bisherigen Sonderkommando „Sicherungsgruppe Bonn“ und „Staatsschutz“ erhält das BKA eine Abteilung „T“ (Terrorismus), die bereits im Juni mit 180 Mann und einem Budget für 1976 von 7 Mio. DM einsatzbereit sein soll.
- 24.04.1975 Kurz vor Mittag besetzt das „Kommando Holger Meins“ der RAF die Botschaft der BRD in Stockholm und nimmt zwölf Botschaftsangehörige als Geiseln. Das Kommando fordert die Freilassung von 26 politischen Gefangenen. Die Polizei stürmt das Gebäude. Ein Angehöriger des Kommandos, Ulrich Wessel, und zwei Botschaftsangehörige kommen zu Tode. Ein Angehöriger des Kommandos, Siegfried Hausner, wird durch Gewehrkolbenschläge der Polizeibeamten schwer verletzt; er erleidet mehrere Schädelbrüche. Obwohl schwedische Ärzte ihn für transportunfähig erklären, verfügt die Bundesregierung seinen Transport in die BRD. Dort wird er nicht in ein Krankenhaus, sondern in die Intensivstation des Stammheimer Gefängnisses verlegt; er stirbt am 4. Mai an den Folgen der Mißhandlungen.
- 25.04.1975 Bundeskanzler Schmidt gibt eine Regierungserklärung ab: im Kampf gegen die RAF sind polizeiliche Methoden unzureichend; verlangt ist die Bereitschaft, bis an die Grenzen des Rechtsstaates zu gehen; Identifikation mit dem Staatsschutz wird zur Bürgerpflicht erklärt.

Regierungserklärung

Bundeskanzler Schmidt (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestern nachmittag und heute nacht stand für zwölf Stunden unser Bundesstaat vor der schwerwiegenden Herausforderung seiner bisherigen 26jährigen Geschichte. Wir haben diesen ruchlosen Angriff auf den Bestand des Rechts gemeinsam mit allen Landesregierungen, gemeinsam mit der Opposition und in enger Zusammenarbeit mit der schwedischen Regierung abwehren können.

Sechs der Terroristen, welche die deutsche Botschaft in Stockholm überfallen hatten, sind hinter Schloß und Riegel; der siebte ist tot. Zehn der zwölf Geiseln, alles Angehörige unseres Auswärtigen Dienstes, konnten befreit werden ...

Die von den Verbrechern gestellten Forderungen muß ich hier nicht im einzelnen wiederholen, da Sie alle inzwischen den Text aus den Nachrichtenmedien kennen. Sie liefen im Kern darauf hinaus, 26 Terroristen, darunter Baader und Meinhof, freien Abzug zu gewähren. Unter den 26 Namen befand sich der harte Kern der kriminellen Baader-Meinhof-Vereinigung, dem zahlreiche Morde, Mordversuche, Sprengstoffattentate und Banküberfälle zur Last zu legen sind. Die dafür Verantwortlichen hatten bis zum Stockholmer Verbrechen mindestens neun Tote und mehr als 100 Verletzte, zum Teil Schwerverletzte, auf dem Gewissen. Eine Freilassung dieser Verbrecher, die ihren Prozeß zum Teil erst noch erwarten, hätte eine unvorstellbare Zerreißprobe für unser aller Sicherheit und für den Staat bedeutet. Alle, die an der Beratung beteiligt waren, haben gleichwohl die gewaltige Last der Verantwortung vor der Entscheidung gespürt, die wir nach gründlicher Abwägung des Für und Wider zuletzt einhellig – unbeschadet unserer unterschiedlichen politischen Standorte – gefällt haben.

Abermals, wie im Falle der Entführer des Berliner Abgeordneten Lorenz, galt es abzuwägen zwischen der Rettung von unmittelbar bedrohtem Menschenleben auf der einen Seite und andererseits der Gefährdung, der Infragestellung der überragen-

genden Aufgabe des Staats, das Leben aller seiner Bürger zu sichern. Es war zwischen sehr hohen Rechtsgütern abzuwägen: Zehn oder elf Menschenleben – der Oberstleutnant von Mirbach war bereits niedergeschossen worden, als die sogenannten Forderungen der Verbrecher mitgeteilt wurden – waren in höchstem Maße bedroht; dagegen stand die lebensschützende, die friedens- und rechtsschützende Funktion unseres Staats.

Der Rechtsstaat kann seine Funktion nur dann erfüllen, wenn die Bürger darauf vertrauen können, daß er seine Gesetze auch durchsetzt. Unsere Verfassung weist allein dem Staat die Verpflichtung und das Recht zu, über Strafe und über Freiheit zu entscheiden. Das hat nach festen gesetzlichen Regeln, nach einem gesetzlich geordneten Verfahren zu geschehen. Terroristen dürfen Entscheidungen über Leben und Freiheit anderer nicht an sich reißen ...

Meine Damen und Herren, am 13. März hatte ich vor dem Parlament gesagt: Wir wollen den freiheitlichen Rechtsstaat, das Bollwerk der offenen, der demokratischen Gesellschaft mit Härte und Konsequenz verteidigen. Ich hatte in jenen Tagen auch gesagt, wir werden unsere Pflicht erfüllen. Niemand hat sich gestern abend seine Pflicht leicht gemacht. Ich bin überzeugt, daß wir unsere Pflicht gestern richtig erfüllt haben.

Gewiß sind wir – wie fast alle Staaten der Welt heutzutage – auch zukünftig vor Gewalttaten keineswegs geschützt. Wir müssen deshalb weiterhin wachsam sein und sorgfältig bleiben. Die seit einigen Monaten von den Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Länder eingeleiteten neuartigen Maßnahmen zur offensiven Bekämpfung des Terrorismus beginnen jetzt, Wirkungen zu zeigen. Ich darf heute erstmalig bekanntgeben, daß wir in Zusammenarbeit mit ausländischen Sicherheitsbehörden seit der Lorenz-Entführung zehn Gewalttäter haben dingfest machen können – wenn ich sage: wir, so meine ich alle beteiligten Behörden der Länder und des Bundes –, Gewalttäter, die zum Teil führende Rollen in Organisation und Logistik der Terroristen gespielt haben. Dies sowie auch der Einsatz neuentwickelter Fahndungsformen und die Ausschöpfung der von der Strafprozeßordnung eröffneten neuen Möglichkeiten haben unter den Mitgliedern dieser terroristischen Gruppe gegenwärtig einen Prozeß der Entsolidarisierung und Verunsicherung ausgelöst. Die zuständigen Behörden, denen es gelungen ist, in die anarchistischen Kreise einzudringen, versprechen sich bei konsequenter Verfolgung des eingeschlagenen Weges in absehbarer Zeit weitere Erfolge.

Wir werden auch die ins Ausland entkommenen Verbrecher weltweit verfolgen. Wir wissen uns dabei der Hilfe ausländischer Staaten und Regierungen ebenso gewiß, wie wir ihnen helfen. Die schreckliche Seuche des internationalen Terrorismus bedarf der internationalen Zusammenarbeit der Staaten, die wir praktizieren. Aber auch im eigenen Land bedürfen unsere Sicherheitsbehörden und ihre Beamten und Angestellten weiterhin unserer Hilfe. Dies gilt für die Polizeien, dies gilt für den Grenzschutz, die Verfassungsschutzämter, die Justiz, die Strafvollzugsbehörden. Sie alle bedürfen der Solidarität. Ich meine damit, sie bedürfen der inneren Identifizierung und auch der äußerlich sichtbaren und hörbaren Identifizierung durch uns alle, durch alle gesetzestreuen Bürger unseres Staates.

Ich will heute keinerlei Rezepte geben; Patentrezepte gibt es nicht, wie wir alle wissen. Ich will aber sagen, daß es mit polizeilichen Methoden – Razzien und alles, was dazugehört – allein nicht genug sein kann. Wer den Rechtsstaat zuverlässig schützen will, muß innerlich auch bereit sein, bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist ... (Quelle: Nr. 5, S. 11781ff)

- Mai 1975 Das Londoner „Institute for the Study of Conflict“ (Institut für Konfliktforschung) veröffentlicht eine Studie zur Terrorismusbekämpfung. Die Studie ist das Ergebnis der Arbeit von vier Studiengruppen zwischen Oktober 1974 und April 1975, deren Schlußfolgerungen während einer internationalen Konferenz im April 1975 von Experten aus den USA und Westeuropa begutachtet wurden. In den Studiengruppen arbei-

teten Vertreter verschiedener Regierungen, „Terror-Experten“, ehemalige Vietnam- und Malaysia-Offiziere und Wirtschaftsmanager von Ölkonzernen mit.

Das in der Studie entwickelte Konzept bezieht sich ausdrücklich auf „NATO-Europa“ und stimmt mit der Strategie auch der westdeutschen Guerilla-Bekämpfung überein: Infiltration der Guerilla-Gruppen, Ausschaltung der Kader, Kriminalisierung des bewaffneten Kampfs, internationale Aktion. (Es handelt sich im folgenden um Auszüge aus einer umlaufenden Übersetzung der Studie.)

ISC-Studie: Neue Dimension der Sicherheit in Europa

Antwort auf den Terrorismus – Allgemeine Prinzipien

Politische Gewalt muß als Teil eines Kontinuums gesehen werden: als die scharf schneidende Klinge eines breiten Prozesses der Erosion und Entfremdung, die die Grundfesten der westlichen Gesellschaft aushöhlt. Das heißt, daß Terrorismus (wenn es über isolierte Kamikaze-Aktionen hinausgeht) nicht einfach ein Problem der Polizei oder der Armee ist, sondern der Gesellschaft als Ganzes. Die Frage, die sich die Verantwortlichen immer stellen müssen, ist: Was hat zu der politischen Gewalt geführt? Werden politische und soziale Reformen dazu dienen, die Terroristen von ihrer Basis im Volk zu isolieren, oder werden sie bloß zeigen, daß die Regierung schwach ist? Gelingt es den Terroristen, Sympathien für ihre Sache über die Medien zu erlangen, und wenn es so ist, ist die Notwendigkeit für Countermaßnahmen mit genug Kraft und Phantasie vertreten worden? Aus dem folgt nicht, daß eine schwere terroristische Kampagne das Produkt sozialer Mißstände ist, mit dem nur mit langfristigen Reformen umzugehen ist. Es ist richtig, daß Terroristen versuchen, die wirklichen oder eingebildeten sozialen Ungerechtigkeiten einer notwendig unvollkommenen Gesellschaft auszunutzen; das kann nicht heißen, daß es sich die Gesellschaft leisten kann, die Pistolenhelden und Bombenwerfer als Sprecher legitimer Interessenverbände zu behandeln. Die erste Aufgabe der Behörden einer Gesellschaft, die friedliche Veränderung zuläßt, muß sein, die Herrschaft des Gesetzes denen aufzuzwingen, die gegen sie Krieg führen. Anders zu handeln hieße, dem Ziel der Terroristen, eine legitime politische Macht zu sein, Glaubwürdigkeit verleihen.

Es gilt noch eine andere Gefahr zu vermeiden. Wenn es den staatlichen Behörden nicht gelingt, terroristischen Kampagnen in der Anfangsphase effektiv zu begegnen, können sie mit dem Entstehen privater Selbstschutzgruppen, die das Gesetz in die eigene Hand nehmen, rechnen. Wenn der Staat einmal sein Gewaltmonopol verloren hat, wird es sich als zunehmend schwierig erweisen, Nachfolgergruppen daran zu hindern, sich aufzudrängen. Die Regierung, die von Terrorismus bedroht ist, muß handeln gesehen werden, um das Vertrauen wiederaufzubauen und privaten Antworten die Spitze zu nehmen. Und sie muß eine phantasievolle erzieherische Kampagne aufbauen, um die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit bestimmter Countermaßnahmen zu überzeugen – die nicht jedem verständlich sein können am Anfang einer Kampagne, die später das Leben von Großstädten unterbrechen können.

A. Innere Aktion

Während der Druck, der von einer subversiven Bewegung ausgeht, in der Tätigkeit gesehen und in einem gewissen Maß antizipiert werden kann, erfolgen terroristische Aktionen meistens ohne vorherige Warnung und gegen willkürliche und zufällig gewählte Ziele. Es ist unmöglich, jede Bank vor einem Terroristenüberfall zu schützen oder jede prominente Persönlichkeit

vor Ermordung oder Kidnapping, und niemand kann die Leben unschuldiger Bürger retten, wenn eine Bombe in einem überfüllten Ladenzentrum explodiert. Nur die Terroristen selbst wissen, wann und wo der nächste Angriff laufen wird (es sei denn, ihre Organisation ist von Agenten der Sicherheitsbehörden infiltriert). Die Ziele der Counteraktion müssen deshalb sein:

- terroristische Organisationen zu infiltrieren oder sich auf anderen Wegen Informationen über ihre Pläne zu sichern;
- den Terrorismus verhindern, indem die Terroristen-Aktionszentren aufgespürt und isoliert werden, ihnen lebensnotwendige Hilfe versagt wird (d.h. Essen, Unterkunft, Geld und medizinische Hilfe) und sie so gezwungen werden, ins Offene zu treten;
- die Führer auszuschalten durch Gefangennahme und Haft. Weniger wichtige Kader können, wenn einmal identifiziert, in der Zirkulation drin bleiben, wenn über sie die Fäden zu der Spitze zu beschaffen sind. Ohne Führer neigen kleine Gruppen dazu, zu zerfallen oder in internen Streitereien sich zu zersetzen zum Wohl der Sicherheitsorgane.

1. Koordinierte Planung:

Der Angriff der Counteraktion wird durch die nationalen Polizeikräfte, durch die Geheimdienste für innere und äußere Sicherheit (wo es letztere gibt) geführt werden. Aber viele andere Regierungsstellen werden darin verwickelt sein. Das schließt lokale Polizeieinheiten und Gendarmerie, Einwanderungsbehörden, Grenz- und Küstenwacht und die offiziellen Nachrichtenagenturen ein. Das Problem ist, daß diese Stellen verschiedenen Ministerien unterstehen. In einigen Ländern – wie Spanien und Italien – arbeiten die inneren oder Gegenspionage-Dienste ebenso wie die, die im Ausland arbeiten, unter der Kontrolle des Verteidigungsministeriums und nicht, wie in anderen Ländern, unter dem Innenministerium.

In jeder Antiterroristenkampagne ist es in höchstem Maße wünschenswert, daß es eine einzige Behörde gibt, die einem Minister oder Premierminister oder dem Staatsoberhaupt, der die Macht hat, eine akzeptierte Strategie allen damit befähigten Stellen zu empfehlen, verantwortlich ist. Wenn das politisch oder von der Verfassung her unmöglich ist, sollte es zumindest eine gemeinsame abgemachte Strategie geben.

2. Geheimdienst:

Die meisten europäischen Länder haben verschiedene Geheimdienste: den Geheimdienst für Äußeres, den für Innere Sicherheit, Polizei-Sondereinheiten, militärische Geheimdienste. Geheimdienstmaterial dieser verschiedenen Organisationen sollte zusammengeworfen und zentral ausgewertet werden. Drei verschiedene Prozesse sind im Nachrichten-Sammeln enthalten:

1. das Herstellen detaillierter Dossiers über aktive und potentielle Terroristen und die, die ihnen Unterstützung geben können – Herstellung von Organisations-Diagrammen, um die Befehlsstrukturen von Unterorganisationen zu zeigen;

2. die Schaffung eines effizienten Netzes, so daß die Information so schnell wie möglich an die Leute in der Szene gelangt, so wie sie sie brauchen;

3. die Entwicklung des „strategischen Geheimdienstes“ zum „operationellen Geheimdienst“ über lokale Kontakte, die es möglich machen, zur richtigen Zeit den richtigen Mann festzunehmen. Die Entwicklung der Computerwissenschaft hat fast grenzenlose Möglichkeiten für die Anhäufung und blitzschnelle Weiterleitung von sortiertem Material an den größten Teil der Bevölkerung; das Problem staatlicher Stellen in einer freiheitlichen Demokratie ist, zu entscheiden, an welchem Punkt die Computerisierung von Informationen ein untragbarer Einbruch in die persönliche Freiheit ist. Aber es gibt keinen Zweifel, daß die Zentralisierung relevanter Informationen – und die Möglichkeit, Leute in die neue Szene einzuschleusen – die Arbeit der Sicherheitsbehörden in der Konfrontation mit einer Stadtguerillabewegung in großem Maß erleichtert.

3. Die Polizei:

Die Polizei (mit den Geheimdiensten) findet sich unweigerlich in der vordersten Front. Die Anzahl verfügbarer Polizei in einem Land ist fast immer weniger signifikant als ihr Vorbereitetsein, mit politischer Gewalt umzugehen, was von einer Spezialausbil-

dung abhängt – sowohl in intellektueller wie technischer Hinsicht. In England z.B. ist das Verhältnis von Polizei zu Bevölkerung höher als in den USA oder einigen westeuropäischen Staaten, und trotzdem hat die Polizei bis vor kurzem keine Ausbildung in Counterinsurgency-Operationen.

4. Spezialeinheiten:

In jeder Antiterroristenkampagne ist es wünschenswert (und sollte es möglich sein), eine nationale Spezialeinheit aufzustellen, die aus den damit befaßten Stellen zusammengestellt wird und die sich der Suche, Erforschung und Koordination von Countermaßnahmen widmet, zu denen die vorhandenen Kräfte mit ihren jeweiligen Fähigkeiten eingesetzt werden. Zusätzlich sollten die Spezialeinheiten Spezialisten wie Psychologen, Linguisten, Schlosser, Pfarrer, Analytiker für Politik, Medienleute usw. haben.

Tatsächlich haben die meisten westeuropäischen Länder bereits für die Aufstellung von Spezialeinheiten gestimmt – das sind „Feuerwehr“, paramilitärische Polizeieinheiten, die dazu ausgerüstet sind, sowohl bei schweren Unruhen wie bei Stadtguerillaaktionen zu intervenieren. Die Nützlichkeit einer spezialisierten Counterterroristeneinheit wurde breit gezeigt bei den Vorfällen in den Niederlanden am 31.10.1974. Die 15 Geiseln, die von bewaffneten Kriminellen im Gefängnis von Scheveningen festgehalten wurden, wurden befreit als Ergebnis eines Kommandoangriffs der holländischen Anti-Terror-Einheit. Die holländischen Streitkräfte wandten eine Vielzahl von Talenten an: Verwirrungsaktionen (ungeheuren Lärm, flackerndes Licht, Rauchbomben und Sirenen), Gebrauch einer Hitzelanze, um in sechs Sekunden eine Stahltür zu zerschneiden, schnelle Bewegungen, Scharfschützen und gut recherchiertes Geheimdienstmaterial über arabische Terroristen, die das Kidnapping und die Kriminellen im Gefängnis organisiert hatten.

Anti-Terror-Einheiten sollten auch den Rat eines Psychologenteams heranziehen, das die Probleme von Verhandlungen mit Terroristen studiert hat. Das ist in den Niederlanden und Deutschland bereits die Regel, ebenso in vielen städtischen Einheiten der USA.

5. Information und Öffentlichkeit:

Öffentliches Unbehagen in einem demokratischen Land muß mit entsprechender Publizität für die Notwendigkeit von Countermaßnahmen beschwichtigt werden, so daß die psychologischen Mittel und die Taktik, die von den Terroristen angewandt wird, und ihr Ziel, die zivile Unterstützung der Regierung zu untergraben, vollkommen verstanden werden können. Das ist vor allem dann wichtig, wenn es notwendig wird, militärische Hilfe einzuberufen, die im Hinblick auf die fortgeschrittenere Bewaffnung, die den Terroristen zur Verfügung steht, notwendig sein kann. Die Terroristen haben oft die Medien zu ihrem großen Vorteil genutzt. TV-Interviewer sind bekannt, die die Terroristen in einem sympathischen Licht darstellen, und einseitige Berichterstattung kann dem offiziellen Fall schaden. Nichts dient den Terroristen besser als ein verklärtes „clandestines“ Interview mit verummten Männern, das ausdrücklich fürs TV aufgenommen wurde. Es ist die Pflicht derer, die die Öffentlichkeit gegen die Bewaffneten und Bombenleger schützen wollen, die Zusammenarbeit mit Medienleuten zu suchen mit dem Ziel einer fairen Darstellung der Notwendigkeit von Countermaßnahmen im öffentlichen Interesse. Westdeutsches und britische TV haben Programme zu Kriminalfällen, in denen die Öffentlichkeit eingeladen wird, mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Das hat sich als erfolgreiches Konzept erwiesen und könnte auf Zusammenarbeit gegen den Terrorismus ausgedehnt werden. Terroristen sollten nicht davonkommen unter dem Vorwand, daß sie Sprecher legitimer Interessengruppen sind.

6. Psychologische Kriegsführung:

Der Kampf gegen den Terrorismus ist primär ein Kampf um Meinungen. Es gibt eine Menge Literatur, die für die theoretische Rechtfertigung des Terrorismus sorgt, die hinüberreicht bis zu direkter Aufhetzung zu Gewalt in der „Untergrund“-Presse. Viel effektiver jedoch sind propagandistische Versuche, die Sicherheitsbehörden wie z.B. in Nord-Irland mit Anklagen wie „Folter“, Brutalitäten bei Razzien und Mord an unschuldigen Zivilpersonen zu diskreditieren ...



Die Autoren der ISC-Studie beziehen sich namentlich auf Nordirland (Bild) und die Bundesrepublik.

Die Techniken der psychologischen Kriegsführung müssen immer den Zielgruppen entsprechend gewählt werden. Argumente über die Moral der Gewalt werden vielleicht in England oder Westdeutschland schnell akzeptiert, werden aber keine Wirkung in einem katholischen Ghetto wie Ardoyne in Belfast haben, die eine Rekrutierungsquelle für Terroristen sind, oder in der Gemeinschaft arabischer Gastarbeiter in Frankfurt. Auf dieser Ebene müssen die Sicherheitsbehörden erfinderisch sein; z.B. müssen sie Rivalitäten und Korruption in der Führung der Terroristen öffentlich machen.

7./8. Kontrolle der Sprengstoffe ... Legale Macht:

Die kurze Antwort ist, daß Terroristen auf dem normalen Weg krimineller Anklagen wo immer möglich angeklagt werden sollen. Es kann jedoch die Situation entstehen, daß eine entsprechend (verschanzte) Terroristengruppe fähig ist, Zeugen, Richter und sogar Ehrenrichter zu bedrohen und ein normales Strafverfahren unmöglich zu machen. In dieser Situation muß die Sicherheitsbehörde die Macht haben, bekannte Gunmen (sehr wirkungsvoll, eine Organisation zu verbieten – Beispiel: IRA) von der Straße zu nehmen für eine begrenzte Zeit. Wenn Notstandsmaßnahmen erforderlich sind, sollte jedoch klar sein, daß sie zeitlich begrenzt sind und fallengelassen werden, wenn es die Situation erlaubt.

9. Strafen – Todesstrafe:

Eines der Hauptargumente gegen sie ist: ... das Risiko, eine nützliche Quelle für Informationen zu verlieren unter der Annahme, daß der Gefangene umgedreht werden kann. Wenn immer möglich (d.h. wenn die Terroristen unter der normalen kriminellen Anklage verurteilt worden sind), sollen die Terroristen wie normale kriminelle Gefangene gehalten werden. Besondere Vorsicht muß darauf verwandt werden, daß sich keine „Schulen für Terroristen“ in den Gefängnissen bilden, wenn die Anzahl der Gefangenen steigt.

Internationale Aktion:

– 1 – Koordination:

Ihre Notwendigkeit ist klar. Internationale Koordination war bisher jedoch ungenügend, vor allem da nicht alle Länder in gleicher Weise vom Terrorismus bedroht sind. Dazu hindern Unterschiede im politischen, militärischen und rechtlichen System manchmal eine internationale Antwort.

– 2 – Geheimdienste:

Obwohl Verbrechen immer noch Verbrechen bleiben, selbst wenn sie politisch motiviert sind, erfordert die Koordination der polizeilichen Anstrengungen bei politisch motivierten Verbrechen neue Maschinerie. Interpol kann nicht benutzt werden, und wenn es nur wegen der Mitgliedschaft der arabischen Staaten ist. Die jeweiligen Länderpolizeien akkumulieren eine Masse von Fakten und Daten, einschließlich Statistiken über Terrorismus. Viel von dem könnte computerisiert werden. Alle europäischen Länder sollten Profile von terroristischen Gruppen und Individuen anfertigen. Diese Informationen sollen gesammelt und für alle möglichen Fälle für jede Polizeistelle, die Informationen braucht, zur Verfügung stehen.

(Quelle: New Dimension of Security in Europa, Mai 1975)

Mai 1975 Interpol ändert seinen Grundsatz, nicht gegen politische Täter vorzugehen. Interpol-Generalsekretär Nepote erklärt jetzt die RAF zu Kriminellen. 15 BRD-Bürger werden auf die Fahndungsliste gesetzt.

09.05.1975 In Köln erschießt Polizei auf einem Parkplatz Philipp Werner Sauber und verletzt Karl-Heinz Roth schwer. Über dem am Boden liegenden Werner Sauber schießt ein Polizist sein ganzes Magazin leer. Karl-Heinz Roth erhält einen Bauchschuß. Ein Polizist wird erschossen. Karl-Heinz Roth und Roland Otto werden nach mehrjähriger Untersu-

chungshaft von der Anklage des versuchten Mordes freigesprochen.

21.05.1975 In Stuttgart beginnt das Stammheim-Verfahren gegen die RAF. Wenige Wochen vor Prozeßbeginn werden die drei Hauptverteidiger Croissant, Groenewold und Ströbele aus dem Verfahren ausgeschlossen mit der Begründung, sie würden den organisatorischen Zusammenhalt einer kriminellen Vereinigung (RAF) betreiben. Am 23. Juni werden Croissant und Ströbele verhaftet und zahlreiche Prozeßunterlagen beschlagnahmt.

22.05.1975 In Obernai bei Straßburg treffen sich die Justizminister der 18 Mitgliedsländer des Europarates. Sie treffen Vereinbarungen über die Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“:

Erstens werden sie „Terroristen“ kein politisches Asyl mehr gewähren. Zweitens: bei „Terroranschlägen“ wollen sich die Minister künftig telefonisch beraten. Drittens soll Interpol verstärkt ausgebaut werden. Weiterhin soll eine „Konvention gegen den Terrorismus“ angestrebt werden.

In der Folge findet eine Reihe weiterer Konsultationen mit verschiedenen Ländern statt. Bis Ende 1975 besteht eine „polizeiliche Zusammenarbeit“ zwischen dem BKA und den politischen Polizeien Frankreichs, der Schweiz, Schwedens, Italiens, Dänemarks, Belgiens, Hollands und Großbritanniens. Unterdessen sind auch noch Spanien, Tunesien und die Türkei ans westdeutsche „Sicherheitssystem“ angegliedert worden.

06.06.1975 In Westberlin wird Till Meyer (Bewegung 2. Juni) bei seiner Festnahme angeschossen. Weitere Verhaftungen von Angehörigen der Bewegung 2. Juni folgen am 9. September: Inge Viett, Ralf Reinders und Juliane Plambeck.

18.06.1975 Andreas Baader verliert vor Gericht eine Erklärung der Stammheimer Gefangenen betreffend Isolationshaft und Folter. Anlaß ist der Antrag der Verteidiger auf Anhörung medizinischer Sachverständiger und – damit zusammenhängend – Einstellung des Verfahrens wegen Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten infolge der Isolationshaft. Inhalt der Erklärung, deren Verlesung durch das Gericht 17mal unterbrochen wird: Folter – kein revolutionärer Kampf begriff; Aufklärung über Folter ist letztlich gegen die Gefangenen gerichtet, wenn sie nicht mit der Propaganda des bewaffneten Kampfes verbunden wird.

Erklärung von Andreas Baader

Der Ablauf war genau: Trakt – und als es nicht klappte, das Geständnis nicht kam, aber die Folgen der Isolation sichtbar wurden – der Versuch, Ulrike für acht Wochen in eine geschlossene psychiatrische Abteilung – „zur Beobachtung“, so Götte im Auftrag der Bundesanwaltschaft – zu bringen. Als das nicht klappte – der Versuch der Zwangsnarkose und Zwangsszintigraphie (1): der Einfall des Bundesgerichtshofs, ihren Kopf aufzumachen, um festzustellen, woher die Gedanken der Menschen kommen – das konkrete Projekt der Bundesanwaltschaft war der stereotaktische (2) Eingriff ins Hirn; Witter sollte Zwangsnarkose und Zwangsszintigraphie machen, und für den neurochirurgischen Eingriff bot sich Löw an – beide Universität Homburg/Saar. Nachdem die Mobilisierung das Projekt verhindert hat – wieder Trakt. Der Hungerstreik, die Kampagne. Als

Reaktion auf die Kampagne das Gesetz, das es möglich macht, Verteidiger auszuschließen und ohne Gefangene zu verhandeln, d.h. den Rest öffentlicher Kontrolle zu beseitigen; denn der „Anhörungstermin“, bei dem die Verhandlungsunfähigkeit festgestellt wird, ist nicht öffentlich. Das Gericht kommt in den Trakt – wie in Stammheim.

Daß bei der Zwangsuntersuchung zu diesem Termin Gefangene verhandlungsunfähig gemacht werden können, ist vorige Woche in Zweibrücken an Carl (Manfred Grashof) bewiesen worden.

Wir wollen sicher nicht mit der Argumentation zu Folter, wie sie Schilys Antrag entwickelt, identifiziert werden. D.h. wir machen uns nicht zu ihrem Objekt. Über den, der gefoltert wird, zum Begriff der Folter zu kommen, ist ein ambivalenter Versuch, und es ist unmöglich, weil es sich hier nur folgenlos auf das Entsetzen eines liberalen Staatsverständnisses über die Deformation seines Staates beziehen kann, die zwangsläufig ist, weil sie in den Widersprüchen der Kapitalbewegung selbst bedingt ist. In der staatlichen Counterbewegung gegen revolutionäre Politik, die foltern muß, muß der imperialistische Staat nur deutlich werden. Sie wird durch die Empörung des verkommnen bürgerlichen Antifaschismus nur verschleiert. Er ist schon so schwach in seiner Korruption in der Sozialdemokratie oder im Revisionismus gefesselt, daß er sich nicht mal mehr relevant artikulieren kann.

Ein Beispiel für das alte Elend – wie er sich dem Staat angeeignet hat in der Hoffnung, ihn zu verändern – hat ihn der Staat verändert. Ihn instrumentalisiert, solange es opportun war, um einer Radikalisierung zu entgehen, und schließlich liquidiert als einen Ausdruck der tradierten bürgerlichen Ideologie, bürgerlichen Humanismus, bürgerlicher Freiheiten, der den erweiterten Reproduktionsprozeß des Kapitals im Bereich der ideologischen Staatsapparate stört.

Über Folter ist nur zu sprechen mit den Inhalten und der Strategie, die sie abschaffen wird: denen revolutionärer Politik. Vom Standpunkt des bürgerlichen Antifaschismus aus wird das Gerede darüber zur Klage, die den Gefolterten denunziert.

Sicher, Isolation ist Folter. Wie sie der, der ihr ausgesetzt wird, erlebt, ist sie als der langsame und so reflektierbare Prozeß der Zerstörung revolutionärer Identität fürchterlicher als jeder physische Schmerz – mit dem wir Erfahrung haben. Politisches Bewußtsein ist in der Falle der Warengesellschaft – der Falle aus entfremdeter Produktion und entfremdetem Konsum mit ihren komplexen kulturellen und psychologischen Vermittlungen, gegen die sich Identität nur entwickeln kann, immer ein Prozeß, der erkämpft wird. In der Agonie (3) der Isolation soll dieser Prozeß gebrochen und revidiert werden – durch den Entzug seiner Bedingung: Praxis, bewußter sozialer Interaktion, wird dem Gefangenen seine Geschichte genommen. Seine, insofern sie seine bewußte, seine politische Geschichte ist.

Das ist auch das Ende seiner Persönlichkeit.

Wie Geschichte der Prozeß ist, der und in dem sich Persönlichkeit konstituiert, verliert er mit ihr sich, nicht weil er sein Gedächtnis verliert (obwohl auch das eine Erscheinung ist), sondern weil die Fähigkeit, sie nachzuvollziehen, sie zu reflektieren, sie wiederzuerkennen, zerstört ist. Er wird unfähig, sich zu dem, was an ihm vollzogen wird, sich vollzieht, zu verhalten.

Der Apparat wird das Verhältnis. Er regrediert (4) und zappelt sich zu Tode zwischen den Mystifikationen bürgerlicher Sozialisation, die ihn einholen und ihn, wie er ist – allein – als totale, feindliche, nicht mehr begreifliche Macht belagern.

Er wird weiß, wie wir gesagt haben, Opfer (und so wird er vielleicht auch unschuldig), in dem Moment, in dem er aufhört zu kämpfen – nicht mehr kämpfen kann.

Wobei das Wesen seines Elends ist, daß er diesen Moment lange kommen sieht und weiß, daß Isolation über Jahre so eindeutig ist wie ein Schuß, nur unvorstellbar und – auch das gehört zur Methode – die Unvorstellbarkeit – viel qualvoller.

„Der Mensch ist im wörtlichsten Sinn ein zoon politicon (5), nicht nur ein geselliges Tier, sondern ein Tier, das nur in der Gesellschaft sich vereinzeln kann. Die Produktion der vereinzelt Einzelnen außerhalb der Gesellschaft – eine Rarität, die einem durch Zufall in die Wildnis verschlagenen Zivilisierten wohl vorkommen kann, der in sich dynamisch schon die Gesell-

schaftskräfte besitzt – ist ein ebensolches Unding als Sprachentwicklung ohne zusammen lebende und zusammen sprechende Individuen.“ (Marx, Grundrisse)

Wir haben ziemlich lange gebraucht – im Trakt, um die Methode und die Absicht der Isolation zu erkennen. Ich würde sagen, die Maßnahme hat ihre Logik in der Perspektive des ganzen Systems: den Zwang, auf den Widerspruch, den es hervorbringt, mit Vernichtung reagieren zu müssen, weil es in ihm seine endliche Vernichtung begreift. Denn was „umerzogen“ werden könnte, zerstört der Trakt. Er ist kein Projekt der Zwangssozialisation – obwohl auch sie das Problem, das sie zeigt: den sozialen Mangel, nur durch Zerstörung im Gefangenen lösen kann.

Der Versuch, das Ding und die Tortur dadrin so zu verstehen und zu rechtfertigen, kommt von Klug, inzwischen Justizsenator in Hamburg. Ganz natürlich – weil er eine korrumpierte liberale Maske ist – die ihren dreckigen Job mit der Illusion von Werten, die auch Umerziehung verlangen würde, verklärt, über die diese Gesellschaft nicht mehr verfügt.

Ihr Grundproblem ist auch in diesem Detail des Antagonismus, daß Umerziehung oder Gehirnwäsche als Projekt Legitimation vom Apparat verlangt. Das heißt, um es zu unterwerfen, muß der Apparat das Subjekt konstituieren (6) können. Sache zwischen repressivem Staatsapparat und (gefangenem) Revolutionär ist aber, daß beide wissen, daß sie in ihrer Unversöhnlichkeit (wie ihrer Beziehung) Ausdruck der Tendenz sind, in der die Legitimation des bürgerlichen Staates zerfallen ist. Die Ahnung der Potenz dieses Zerfalls entwickelt die staatliche Vernichtungsstrategie gegen uns. Posser als Sozialdemokrat meint das – (und er erfährt sie konkret an der Wirkungslosigkeit seiner panischen Dementis). Er war gar nicht erst auf Umerziehung aus, sondern auf die Zerstörung Ulrikes und die reibungslose propagandistische Verwertung des zerstörten Gefangenen im Prozeß, die ihm das Geständnis verschaffen sollte: der Zusammenbruch. Als Funktionär der staatstragenden Partei ist er pragmatischer: Das „reibungslose“ Ritual der Macht ist der Inhalt, den er vermitteln will, um das Loch zu stopfen, das auf den Abgrund gerade seiner Clique verweist. Als Reibungen auftreten – weil der Sache die Diskretion, die sie noch braucht, durch die Mobilisierung der Ärzte entrissen war – verfiel er so etwa analog der Wahrheit der Sozialdemokratie, ihrer Käuflichkeit – schließlich ist die ganze Parteispitze Brandt/Schumacher '45 vom amerikanischen Kapital gegen das deutsche Proletariat gekauft worden – darauf, dem Staat einen Zeugen zu kaufen. Natürlich auf Regierungsebene („gegen“ ist nicht genau genug. Die strategische Funktion der Sozialdemokratie ist, die Initiative des Kapitals in der Krise zu sichern).

Also den Kronzeugen, den Staatszeugen, der als Institution die Verfassung des ganzen ideologischen Begründungszusammenhangs Rechtsstaat allerdings bezeugt, und sicher für unsere Politik. Auch, wenn er nur ein beiäufiger Ausdruck des Bruchs ist, in dem unsere Bestimmung der staatlichen Reaktion auf bewaffnete Politik zu begreifen ist.

Denn die strategische Bestimmung ist in dieser Phase – die Krise des Kapitals und die ökonomische Krise des Staates – deren politische Interpretation jede Guerillaaktion ist – durch die Kontinuität des Angriffs in einem sicher langen und widersprüchlichen Prozeß in die endliche politische Krise des Staates zu verwandeln, den Bruch.

Darüber werden wir hier noch sprechen.

Naja, ich kann auch nicht über den, der gefoltert wird, reden. An ihm beweist sich schließlich auch nur in der endlich offenen Liquidierung der Fiktion des Subjektstatus des Objekts staatlicher Repression, daß die Werte bürgerlicher Rechtsideologie für den imperialistischen Staat lästige Antiquitäten sind, wenn sie den Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht mehr entsprechen.

Zu reden ist über den, der foltert, den Staat, und den Prozeß, in dem die staatliche Counterstrategie auf Folter angewiesen ist und sich entsprechend der Entwicklung eines neuen Faschismus im Staatsapparat die Technologie, die Apparate und immer etwas hinterherhinkend die Gesetze (und schließlich die strukturelle und organisatorische Voraussetzung in der Massenkommunikation – die Reflexe neutralisiert) schafft, die Folter

institutionell voraussetzt.

Wir sagen hier noch mal:

Folter ist kein revolutionärer Kampf begriff.

Aufklärung darüber hat vielleicht eine Schutzfunktion – aber die Mobilisierung, die sie braucht, muß sich gegen die Politik wenden, auf die der Staat mit Folter reagiert (und damit zuletzt gegen die Gefangenen selbst), solange das Vehikel ihrer Politik der moralische Reflex derer ist, die in diesem Staat noch zu Hause sind – und sei es, weil sie ihn als Revisionisten übernehmen wollen – das heißt, die Mobilisierung muß gegen uns laufen, wenn sie nicht mit der Propaganda bewaffneter Politik vermittelt ist – ihre Moral und Strategie propagiert, was immer heißt, selbst zur bewaffneten Aktion zu kommen.

(Quelle: Nr. 1, S. 89ff)

(1) Szintigraphie: Untersuchung und Darstellung innerer Organe mit Hilfe von Leuchtbildern, die durch die Einwirkung der Strahlung radioaktiver Stoffe auf eine fluoreszierende Schicht erzeugt werden

(2) stereotaktisch: bezieht sich auf Stereotaxie, d.h. punktförmig genaues Berühren eines bestimmten Gebietes im Gehirn durch ein kleines Bohrloch in der Schädeldecke

(3) Agonie: Gesamtheit der vor dem Eintritt des klinischen Todes auftretenden typischen Erscheinungen; Todeskampf

(4) regredieren: auf Früheres zurückgehen, zurückgreifen

(5) zoon politicon: nach Aristoteles: der Mensch als soziales, sich in der Gemeinschaft handelnd entfaltendes Wesen

(6) konstituieren: einsetzen, festsetzen; gründen

29.06.1975 Katharina Hammerschmidt (RAF) stirbt in einem Krankenhaus in Westberlin an einem Tumor. Ihr war in U-Haft die rechtzeitige Behandlung verweigert worden.

13.09.1975 Bombenanschlag im Hamburger Hauptbahnhof. RAF, Bewegung 2. Juni und Revolutionäre Zellen distanzieren sich. Die RAF veröffentlicht dazu am 23.9.1975 eine Erklärung:

Erklärung der RAF zum Bombenanschlag im Hamburger Hauptbahnhof

Gegen den Versuch der staatlichen Propaganda, den Anschlag im Hamburger Hauptbahnhof in die Nähe der RAF zu rücken, stellen wir fest: Die Sprache dieser Explosion ist die Sprache der Reaktion. Sie ist rational nur als Aktion der psychologischen Kriegsführung des Staatsschutzes gegen die Stadtguerilla. Die Methode und das Ziel dieses Verbrechens gegen das Volk weisen es als faschistische Provokation aus.

Die politisch-militärische Aktion der Stadtguerilla richtet sich nie gegen das Volk. Die RAF greift den imperialistischen Apparat, seine militärischen, politischen, ökonomischen und kulturellen Institutionen, seine Funktionäre in den repressiven und ideologischen Staatsapparaten gezielt an.

In der Offensive gegen den Staat kann Terrorismus keine Waffe der Stadtguerilla sein. Stadtguerilla operiert in dem Riß zwischen Staat und Massen, um ihn zu vertiefen, um Politisierung, revolutionäre Solidarität und Organisation von proletarischer Macht gegen den Staat zu entwickeln.

Dagegen ist die nachrichtendienstlich gesteuerte terroristische Provokation durch Terror gegen das Volk darauf aus, durch die Erzeugung von Angst und Diffusion im Volk Identifikation mit dem Staat zu erzwingen. Auf dem Hessenforum hat der Präsident des OLG Braunschweig, Wassermann, die Countertaktik des Staatsschutzes ausgesprochen – wörtlich: Man müsse „beim Gefühl der Unsicherheit des Bürgers ansetzen“ und „vom subjektiven Gefühl der Angst ausgehen“.

Inzwischen hat ein Bericht in der „FR“ (20.9.) bestätigt, daß die Counterprojekte des Staatsschutzes seit '72 – (Bombendrohung gegen Stuttgart, Drohung mit Trinkwasserverseuchung, Gelbkreuzdiebstahl, Sam-Raketen auf Fußballstadien, der Bombenanschlag im Hauptbahnhof Bremen und jetzt Hamburg) – nach dem Konzept der CIA-Zentrale entwickelt sind. Die „FR“ teilt da nur authentisch mit, was man lange weiß: Der Gift Einsatz in U-Bahnschächten und die Trinkwasserverseu-

chung in Großstädten sind Countertaktiken des special warfare (1) der „psychologischen Aktion“ imperialistischer Nachrichtendienste und Counterguerillaeinheiten.

Im Moment ist die Frage nicht zu klären, ob der Anschlag in Hamburg das Verbrechen eines einzelnen war, ob er von der nachrichtendienstlich geführten rechtsradikalen Gruppe in Bremen durchgeführt wurde, ob er vom Staatsschutz direkt oder von der seit Stockholm bei der amerikanischen Botschaft in Bonn etablierten Spezialeinheit des CIA für Counterinsurgency initiiert worden ist.

Tatsache ist, daß der Staatsschutz sein innerhalb der reaktionären Struktur der durch Medienkonzerne und öffentliche Anstalten institutionalisierten Öffentlichkeit operierendes Netz von Staatsschutzjournalisten benutzt, um die Rezeption (2) des Anschlags gezielt gegen die Stadtguerilla zu steuern. Profilierte Figuren in diesem Netz, das an die Pressestelle des BKA und die Pressekonferenz der Bundesanwaltschaft angeschlossen ist, sind Krumm in der „FR“, Busche in der „FAZ“, Leicht und Kuehnert in der „SZ“ und Rieber und Zimmermann, die in mehreren überregionalen Zeitungen publizieren. Der Artikel von Zimmermann, der einen Zusammenhang zwischen dem Anschlag, der RAF, der Bewegung 2. Juni und Siegfried Haag behauptet, ist außer in der Springerpresse parallel in acht überregionalen Tageszeitungen erschienen.

Wem es angesichts der Schwäche der Stadtguerilla hier unwahrscheinlich vorkommt, daß die staatliche Reaktion jetzt schon zu diesen Mitteln greift, der soll sich die strategische Bedeutung des Moments der Instabilität, das Stadtguerilla ist, aus der strategischen Bedeutung, die die Bundesrepublik im Staatensystem des US-Imperialismus hat, klar machen. – Die BRD ist sowohl im Nord-Süd- wie im Ost-West-Konflikt zentrale Operationsbasis des US-Imperialismus: militärisch die Nato, ökonomisch in der EG, politisch und ideologisch über die Führungsfunktion der Sozialdemokratie innerhalb der Sozialistischen Internationale.

Der Versuch einer reaktionären Massenmobilisierung durch den Staat, der mit nachrichtendienstlicher projektierte Provokation operiert, reagiert nicht auf die Stadtguerilla, sondern auf die Bedingungen ihrer Strategie: die ökonomische und politische Labilität des US-Staatensystems. Er meint die Möglichkeit und Aktualität revolutionärer Politik, und er ist als Falle und Funktion der psychologischen Kriegsführung gegen jede demokratische Operation gerichtet, um sie zu spalten, zu isolieren, einzukreisen und schließlich zu vernichten.

Marx sagt:

„Der revolutionäre Fortschritt bricht sich Bahn in der Erzeugung einer geschlossenen, mächtigen Konterrevolution, in der Erzeugung eines Gegners, durch dessen Bekämpfung erst die Umsturzpartei zu einer wirklichen revolutionären Partei heranreift.“

Die Stadtguerilla zeigt den Weg, wie der staatliche Terrorismus allein zu bekämpfen ist: durch bewaffnete proletarische Politik.

(Quelle: Manuskript)

(1) special warfare: Sonderkriegsführung

(2) Rezeption: Aufnahme, Übernahme

06.10.1975 Bombenexplosion im Nürnberger Hauptbahnhof. Distanzierung von RAF, Bewegung 2. Juni und Revolutionären Zellen.

12.11.1975 Im Kölner Hauptbahnhof explodiert eine Bombe. Nach Bremen, Hamburg und Nürnberg ist das der vierte Counter-Anschlag.

13.01.1976 Die RAF-Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan Raspe verlesen im Prozeß eine ca. 200 Seiten lange „Erklärung zur Sache“. Aus dem Manuskript zu dieser politischen Erklärung werden zwei Auszüge dokumentiert:

a. „BRD/Sozialdemokratie – Dritte Welt“

Inhalt: Offensive der Befreiungskriege; strategische Defensive des Imperialismus; imperialistische Völkermord-Strategie; neue Formen der internationalen Arbeitsteilung; imperialistisches Technologiemonopol; imperialistischer Weltmarkt und Befreiung; westdeutsche Außenpolitik; Wegbereiter der Aggression der transnationalen Konzerne; Bestechung der abhängigen Bourgeoisien in der Dritten Welt; Wirtschaftsimperialismus und neokolonialer Eroberungskrieg; Unterstützung des südafrikanischen Rassistenregimes; Widerspruch der BRD-Außenpolitik; Verbrechen des BRD-Imperialismus; Metropolen als strategisches Hinterland des Imperialismus; Funktion der Metropolenguerilla.

Erklärung zur Sache Auszüge aus dem Manuskript

BRD / Sozialdemokratie – Dritte Welt

Einleitung

Wir haben gesagt, das sozialdemokratische Projekt gegenüber dem Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt ist die Vietnamisierung der Counterinsurgency (1), die Strategie der Unterschleichung der offenen Intervention.

Wir werden das hier etwas genauer entwickeln – im ersten Teil (2) werden wir die allgemeinen Bestimmungen entwickeln, im zweiten etwas genauer zu Süd-Ost-Asien (3).

Es kommt uns hier darauf an zu zeigen, daß die Kapitalinvestitionen des multinationalen Kapitals, die dieser Staat in die Länder der Dritten Welt vermittelt, und so seine Entwicklungshilfepolitik eine Funktion in der amerikanischen Militärstrategie sind – so daß, wenn wir hier gegen diesen Staat bewaffnete Aktionen durchführen, diese eine unmittelbare Funktion der Befreiungskriege an der Peripherie sind und so aus dem internationalen Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Imperialismus eine revolutionäre Offensivposition in den Metropolen.

BRD – Sozialdemokratie – Dritte Welt Erster Teil

Die kapitalistische Strategie der Bekämpfung des tendenziellen Falls der Profitrate über die Ausbeutung der höheren Mehrwertraten in der Peripherie des Weltsystems, über den ungleichen Tausch als einer Methode der ursprünglichen Akkumulation ist seit dem Ende des 2. Weltkriegs in den revolutionären Befreiungskriegen der Völker Asiens und Lateinamerikas angegriffen worden. Die in dieser Strategie vermittelte Aggression des Kapitals gegen die Völker der Dritten Welt wurde durch den revolutionären Krieg zurückgeworfen, und – das sagen die Siege der kubanischen und algerischen Revolution – der Imperialismus und seine Profite wurden in die strategische Defensive gezwungen.

Die Metropolen des Weltsystems sind von der Avantgarde des Weltproletariats, dem Krieg der Dritten Welt, eingekreist. Die Offensive proletarischer Politik an der Peripherie engt die geographischen Grenzen des Kapitals ein, und indem der Prozeß der globalen Insurrektion (4) so Quelle um Quelle imperialistischer Extraprofite den transnationalen Konzernen in der Dritten Welt zudreht, wirft er das Kapital zurück auf die Metropole.

Im Maß, wie die höheren Mehrwertraten in der Peripherie nicht mehr zur Steigerung oder Stabilisierung der Durchschnittsprofitrate des Zentrums verfügbar gemacht werden können, muß die kapitalistische Strategie der Bekämpfung des Falls der Profitrate das Proletariat in der Metropole zu ihrem Ziel machen. D.h. daß das Kapital das Proletariat in den Metro-

polen mit Methoden der ursprünglichen Akkumulation ausbeuten, von der relativen zur absoluten Mehrwertproduktion übergehen muß – was sich im Maß der Vergesellschaftung nur institutionell durchsetzen läßt.

Es ist klar, daß die kapitalistische Strategie weiter gegen die Dritte Welt gerichtet ist und mit allen Mitteln versucht, die Initiative zurückzugewinnen – wir werden das noch untersuchen. Denn es ergibt sich aus der kapitalistischen Strategie gegen das Proletariat in den Metropolen, weil die Beseitigung der politischen Grenzen die Voraussetzung und Bedingung aller aggressiven Versuche einer Rekonstruktion in der Dritten Welt und einer erneuten Phase kapitalistischer Expansion sind.

Che in seiner Botschaft an die Tricontinentale (5): „Man muß endlich berücksichtigen, daß der Imperialismus ein Weltsystem, die letzte Stufe des Kapitalismus ist. Er muß in einer großen weltweiten Auseinandersetzung besiegt werden. Das strategische Ziel muß die Zerstörung des Imperialismus sein. Die Aufgabe, die uns, den Ausgebeuteten und Zurückgebliebenen der Welt, gestellt ist, besteht in der Eliminierung der Ernährungsbasen des Imperialismus.“ Das beschreibt die Führungsfunktion der Front, ihre Avantgarde-Rolle in der weltweiten Auseinandersetzung, weil sie die untersten Massen sind, ihr Standpunkt daher nur die radikale Negation des Imperialismus sein kann, ihre Befreiung das ganze System zerstören muß – und weil die Insurrektion dort aus der strategischen Situation der Weltstädte, die den Imperialismus zu einem komplizierten Kampf auf fremden und feindlichen Territorien zwingen und seine Kräfte zersplittern, die Bedingungen des gesamten Systems verändert, den Belagerungsring um die Weltstädte zusammenziehen kann und die Profite des in den Zentren akkumulierten Kapitals weiter einkreist, so die Investitionsrichtungen und die Zusammensetzung des Kapitals verändert. Revolutionäres Subjekt dieser Prozesse der Kapitalbewegung ist so die Befreiungsbewegung, war das vietnamesische Volk – denn Gewalt ist auch eine ökonomische Potenz, die revolutionäre sowie die konterrevolutionäre Gewalt.

In Vietnam hat der Befreiungskrieg den US-Imperialismus und sein Staatensystem politisch, ökonomisch und militärisch in die Krise gestürzt. Der Widerspruch zwischen Weltproletariat und Kapital ist im Kampf des vietnamesischen Volkes antagonistisch geworden und hat dem Imperialismus, indem er ihn an diesem Punkt besiegte, seine Maschine zerschlug, eine strategische Niederlage mit globalen Wirkungen versetzt, die unter den Bedingungen des in dieser Phase bestehenden Kräfteverhältnisses die Sache kippt – strategisch entscheidend. Weil hier die Untersten des Weltproletariats im bewaffneten Kampf, an der proletarischen Strategie des Krieges für die Befreiung vom Kapital und aus der Unterentwicklung die Avantgarde der weltweiten Insurrektion konstituiert (6) haben, so wird ihr Kampf Orientierung und Vermittlung für den Anfang des Befreiungskrieges in den Metropolen, in Europa IRA, ETA, korsische u.a. autonomistische Bewegungen. Strategisch entscheidend, weil in Vietnam die Strategie des Kapitals auf dem theoretischen und praktischen Vorrang der Fixierung des Kräfteverhältnisses insistiert (7) hat: Weil sie hier das Beispiel auslöschen wollte, um den Völkern der Welt zu demonstrieren, daß Befreiung unmöglich ist und die imperialistische Gewalt die Verewigung der kapitalistischen Herrschaft mit allen Mitteln garantieren würde, daß sie sie auch mit Völkermord zu sichern entschlossen ist – und hier ist sie besiegt worden. Hier bricht das Projekt beispielhafter Demonstration imperialistischer Unbesiegbarkeit und absoluter Fähigkeit zur Sicherung des Status quo zusammen.

Hier entwickelte sich in der Dialektik der Strategie des Proletariats und der als extremste konterrevolutionäre Gewalt gefaßten Strategie des Kapitals die revolutionäre Kraft für die Offensive gegen den Imperialismus – in den drei Kontinenten der Befreiungskriege und in der Metropole die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die Stadtguerilla.

Lin Biao 1963:

„Vietnam (ist) das überzeugendste Beispiel dafür, wie ein Opfer einer Aggression der USA in einem Volkskrieg siegt. Die USA haben aus Südvietnam ein Versuchsgelände gemacht, wie man den Volkskrieg unterdrückt. Sie haben Experimente durch viele Jahre fortgesetzt, und jetzt kann jedermann sehen, daß die USA-



Die Metropolen sind durch die um ihre Befreiung kämpfenden Völker der Dritten Welt eingekreist. Bild: Algerischer Befreiungskampf.

Aggressoren keinen Ausweg mehr finden, um sich gegen den Volkskrieg zu behaupten. Auf der anderen Seite aber hat das vietnamesische Volk seine Kraft im Volkskrieg gegen die USA-Aggressoren voll zur Geltung gebracht. Die USA-Aggressoren sind in Gefahr, im Volkskrieg in Vietnam unterzugehen. Sie befürchten sehr, daß ihre Niederlage in Vietnam eine Kettenreaktion auslösen könnte. Sie weiten den Krieg aus und machen damit einen Versuch, die Niederlage abzuwenden. Aber je mehr sie den Krieg ausweiten, um so stärker wird die Kettenreaktion sein. Je weiter sie bei der 'Eskalation' ihres Krieges gehen, um so tiefer wird ihr Fall sein und um so katastrophaler ihre Niederlage; um so klarer werden die Völker in anderen Teilen der Welt sehen, daß der US-Imperialismus besiegt werden kann und daß sie das, was das vietnamesische Volk kann, auch können." Er sagt das – zehn Jahre vor dem Tag, an dem das letzte Pig über das Botenschaftsdach davonkriechen mußte.

Weil das imperialistische Weltssystem in den vergangenen Jahrzehnten seinen Grundwiderspruch in seine Peripherien verlagert und er sich dort zuerst zum Antagonismus entwickelt, zeigt sich die Schwäche, manifestieren sich alle inneren Widersprüche des Kapitals zuerst in der Dritten Welt und in den inneren Kolonien der Metropolen, reduziert sich die Perspektive aller seiner Projekte dort zuerst auf das, was sie schließlich überhaupt nur noch sein können: Genocid-Strategien – zuerst dort, wo die Insurrektion, der bewußte Aufstand gegen das Kapital am weitesten entwickelt ist.

Aus den USA, dem Zentrum der transnationalen Konzerne als den Protagonisten der Tendenz, kommt – nachdem 15 Jahre nach den Allianzen für den Fortschritt die Lüge des Rostowschen Entwicklungsmodells (8) und seine rein demagogische Funktion im wachsenden Hunger evident (9) geworden ist, der Vorschlag, ein paar hundert Millionen Menschen einfach verhungern zu lassen. Es sind für den Imperialismus zu viele, um sie zu ernähren, und es sind so viel zu viele, um sie der Repression zu unterwerfen.

Aber es ist zu spät, die Sache „eindämmen und neutralisieren“ zu wollen. Was das Kapital will: die von der Partizipation an der Entwicklung des imperialistischen Weltsystems ausgeschlossenen Massen – und das waren 1970 nach einer Schätzung der Welternährungsorganisation FAO 1,2 Milliarden Menschen in der Dritten Welt, die in Armut und Elend leben, etwa

eine Milliarde, die mangelhaft ernährt, und 500 Millionen, die ständig unterernährt sind – auch formell aus der imperialistischen Reproduktion ausschließen, sie sozusagen aus dem Weltssystem wieder „entlassen“ – nur noch Rohstoffe von dort beziehen – läuft nicht: – weil das Kapital dort Strukturen an der Basis und im Überbau produziert hat – die traditionellen, vor allem die der Subsistenzwirtschaft zerstört –, die imperialistisch sind und die die Völker zwingen, den Imperialismus als den Feind ihres Lebens, ihrer Würde, ihrer Menschlichkeit zu identifizieren und in der Front gegen den Imperialismus zu kämpfen.

Es ist ein widersprüchlicher Prozeß – je mehr der Imperialismus durch die proletarischen Massen in der Dritten Welt, die er selbst durch die Strukturierung der Peripherie nach seinen Akkumulationsbedürfnissen vom System ausgeschlossen, marginalisiert, zu den Verdammten der Erde und so zu einem gewaltigen Potential des Befreiungskrieges gemacht hat, bedroht und auf seine Akkumulationszentren zurückgeworfen wird; je mehr hier die Ausbeutung intensiviert werden muß durch Technologie und Erhöhung der Maschinerie; je mehr in diesem Prozeß die Produktion vergesellschaftet, das Kapital konzentriert wird und in der Tendenz zur Automation die Quelle des Tauschwertes, die lebendige Arbeit, aus dem Produktionsprozeß eliminiert, den Wert auflöst – desto mehr braucht das Kapital die Ausbeutung der Peripherie, den dort produzierten Wert. Nicht nur, weil der Drang nach schrankenloser Ausdehnung „dem Kapital eigen ist“, sondern das Kapital kann nicht durch eine bloße Erhöhung der Mehrwertraten in den Metropolen die Entwicklung stabilisieren. Das verlangt eine Dimension des Zwangs, die Klassenkämpfe mobilisiert, so die organische Zusammensetzung weiter erhöht, die Tendenz zur Automation verstärkt und die Profitrate von diesem Punkt wieder angreift – den Widerspruch also nur auf einer höheren Ebene zur krisenhaften Zuspitzung entwickelt.

Das Kapital muß also, während es in den Metropolen das Kapitalverhältnis vermittels der außerökonomischen Zwangsgewalt des Staates in ein direkt politisches Verhältnis transformiert (10), weil es expandieren muß, die Peripherien weiter ausplündern, muß sich den dort produzierten Wert (über den ungleichen Tausch) aneignen, um ihn in den Akkumulationszentren zu realisieren.

Unter den Bedingungen der Offensive der Befreiungskriege

sind dazu neue Repressionstechnologien nötig, mußten Wirtschaftsbeziehungen zur Dritten Welt umstrukturiert werden. Das heißt also, während die großen Massen der Völker der Dritten Welt aus dem System ausgeschlossen werden, gegen sie eine Politik der Ausrottung durch Hunger und – wo sie dagegen kämpfen – Counterinsurgency, in jedem Fall eine Politik des Genocid gerichtet wird, werden die Kapitalinteressen auf jene Gebiete konzentriert, die noch nicht von der Insurrektion erfaßt sind, und es wird eine neue Form der internationalen Arbeitsteilung entwickelt.

Das Ziel ist, die klassische industrielle Produktion – die nicht automatisierte, die aus der lebendigen Arbeit den Mehrwert pressende – in „politisch stabile“, d.h. faschistisch beherrschte Peripherieländer auszulagern und in den Metropolen die technologisch am höchsten entwickelten Produktionszweige zu monopolisieren, so die ungleiche Entwicklung als die Grundlage des Imperialismus noch einmal auf einer neuen Ebene zu rekonstruieren, im Kampf gegen die tendenziell auf null fallende Profitrate, gegen den Klassenkampf. Das ist die Konzeption imperialistischer „Entwicklungs“politik als „Industrialisierung der Dritten Welt“ – und Genscher, Bahr (11), Eppler haben oft genug klar gemacht, daß „arbeitsintensive“ Produkte in die Dritte Welt gehören; inzwischen wird kaum noch versucht, das als Maßnahme gegen Hunger in der Dritten Welt zu verkaufen; Sache ist – offen –, daß da was zu holen ist:

„Es ist auf die Dauer wirtschaftlich unsinnig – sagt Bahr –, bei uns Waren zu produzieren, die in Entwicklungsländern mit ungelehrten und billigen Arbeitskräften ohne großen Kapitaleinsatz und mit billigeren Rohstoffen hergestellt werden können. Solche Produkte müssen – auch im Interesse der Verbraucher – künftig verstärkt importiert werden“ – die andere Seite des Projekts faßt Ulrich vom Vorstand der Deutschen Bank zusammen: *„Wir sind ein Land ohne Rohstoffe und benötigen daher hochwertige Industrieproduktionen. Industrielles Know-how ist unsere Stärke. Die dürfen wir nicht gefährden.“* („Wirtschaftswoche“ 5/75) – Gefährdung – das wäre die Vermittlung von Know-how, die Weitergabe von Technologien an die Länder der Dritten Welt.

Die imperialistischen Metropolen besitzen das Technologiemonopol und bauen es weiter aus, durch eine weltweite neue selektive (12) Arbeitsteilung: Durch Verlagerung arbeitsintensiver Produktion in imperialistische Subzentren und Belieferung regionaler Exportmärkte von dort aus nimmt die strategische Bedeutung des Technologiemonopols enorm zu. Sie ist ein anderer Aspekt des ungleichen Tauschs. Amin (13) stellt fest:

„Unctad, das Komitee der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, hat versucht, die Höhe der Beiträge zu errechnen, die die unterentwickelten Länder den entwickelten für Technologie in verschiedenen Formen bezahlen: Abgaben und Gebühren für die Benutzung von Patenten, Profite für die Beteiligung von Auslandskapital, die nur durch Lizenzen bezahlt werden, hohe Preise bei den Ersatzteilen und der Wartung verkaufter Anlagen usw. Die niedrigste Schätzung, die Unctad als viel zu tief ansieht, liegt bei 1,5 Mrd. \$ für 1968. Nun nehmen aber diese Transfers im Rhythmus von 20% pro Jahr zu und werden schon 1980 neun Mrd. Dollar, d.h. 20% der wahrscheinlichen Exporte der unterentwickelten Länder Ende der 70er Jahre, darstellen. Es handelt sich hier wiederum um einen Monopolpreis des allerabsolutesten Monopols, nämlich der Technik. Solange die Produktionstechnologien relativ einfach blieben, verlangte die Monopolisierung des Know-how die direkte Kontrolle der Produktionsmittel, d.h. praktisch durch ausländischen Kapitalbesitz. Diese direkte Aneignung wird tendenziell unnötig, sobald über den Umweg der Technologie das Kapital der Zentren die Industrien der Dritten Welt beherrschen und aus ihnen substantielle Profite ziehen kann, ohne erst ihre Errichtung bezahlen zu müssen.“

Indem das Kapital den herrschenden Eliten in den Ländern der Dritten Welt überläßt, dort eine Entwicklung in der Form von nationalstaatlichem Eigentum selbst durchzuführen – auch was die Finanzierung betrifft –, sie selbst eine klassische industrielle Produktionsmaschinerie errichten läßt – während es sich selbst in seinen Akkumulationszentren auf Automation, Elektronik, Atom-, Luft-, Raumfahrtindustrie usw. konzentriert –, wird es die Direktinvestition von Kapital in der Dritten Welt als Herrschaftsinstrument tendenziell überflüssig machen. Selbst

die einfachste Nationalisierung des ausländischen Kapitals in den Ländern der Dritten Welt kann die Reproduktion von Ungleichheit und Abhängigkeit nicht beenden. An der Desintegration der Sektoren der peripheren Wirtschaft, an ihrer Außengerichtetheit durch die Dominanz des Exportsektors, an der Stagnation der übrigen Sektoren – insbesondere der Agrarproduktion für die eigene Versorgung – als Folge des ständigen Profittransfers in die Metropolen und der Irrelevanz aller technischen Fortschritte im industriellen Exportsektor für die übrigen Sektoren – einfach: an der imperialistischen, deformierten Struktur des peripheren Kapitalismus – kann sich nichts ändern. Mit den proletarisierten und marginalisierten Massen hat diese „Entwicklung“ nur insofern was zu tun, als sie sie in noch stärkerem Maße vom Land an die Ränder der Städte zieht, als Reservearmee ohne reale Hoffnung auf Arbeit in Slums – hungern – die Ausgestoßenen des Systems der kapitalistischen Entwicklung.

Iran und Brasilien – die wachsenden Gürtel der Slums um Teheran und Sao Paulo – zeigen beispielhaft Folgen einer Entwicklung, die nach der Konzeption der neuen Arbeitsteilung an dem von den Multis beherrschten Weltmarkt orientiert verläuft – wie die Repression Pahlevis (14) und der brasilianischen Militärs beispielhaft die politische Form dieser Entwicklung: Terror, Folter, Faschismus. Es kann keine unabhängige, nationale Entwicklung geben unter den Bedingungen des Technologiemonopols der Konzerne und der Integration in den imperialistisch beherrschten Weltmarkt – so gibt es nur die Reproduktion von Abhängigkeit und Außengerichtetheit (wofür die Richtung der Petro-Dollar-Investitionen des Schah: in die Metropolen – ein Symptom ist).

Selbst wenn sich Subzentren der Akkumulation in nationalstaatlichem Eigentum entwickeln können – wie die OPEC-Länder, die sich nicht wegen fehlender Eigenmittel von den imperialistischen Organisationen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds Kredite beschaffen und damit Bedingungen diktieren lassen müssen –, sind diese Kapitale gezwungen, auf dem vom Imperialismus beherrschten Weltwaren- und Kapitalmarkt zu fungieren. Der Weltmarkt ist von einer Handvoll transnationaler Konzerne besetzt und geplant. Sie besitzen die Technologie der Konzernplanung und -steuerung, der langfristigen Absatzplanung aufgrund ihrer Informationsmonopole über die Bedingungen des Weltmarkts, sie verfügen über Währungsreserven, deren Bewegungen die nationalen Währungen in der Dritten Welt erschüttern und unterminieren können; ihren Strategien dienen die Rohstoffreserven der US-Regierung, deren Einsatz die Weltmarktpreise heben oder senken kann; sie fertigen Länderstudien an, um Investitions- und Absatzstrategien zu entwickeln, die der CIA mit Counterinsurgency politisch sichert. Die kybernetischen Techniken zur Unternehmensorganisation, d.h. zur Auspressung von Mehrwert, Erhöhung der Profitraten, sind von ihnen monopolisiert. Es kann keine gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung für die Völker der Dritten Welt geben, keinen gerechten Tausch untereinander, keine solidarische Hilfe beim Aufbau, keine Ökonomie der Rohstoffe, keine Herrschaft der Arbeiter in der Produktion, solange die Konzerne die Akkumulationsbedingungen der Weltwirtschaft – indirekt auch die Binnenmärkte der politisch unabhängigen sozialistischen Staaten – beherrschen, der Produktion ihren mörderischen Rhythmus, ihre destruktive Richtung aufzwingen.

Die Voraussetzung für jede Entwicklung einer unabhängigen nationalen Wirtschaft, deren Sektoren miteinander integriert sind und nicht mehr von einem Exportsektor beherrscht und verzerrt werden, einer Wirtschaft, die für das Volk funktioniert, ist die Enteignung des imperialistischen Kapitals und die Zerschlagung der Fessel des Landes an den imperialistischen Weltmarkt, so die Entwicklung des Agrarsektors, der nationalen Industrialisierung. Das ist nur möglich unter den Bedingungen der Politik sozialer Revolution, damit internationalistischer, anti-imperialistischer Politik weltweit, für die endgültige und restlose Vernichtung des Weltsystems der Konzerne. Erst das wird neue Abhängigkeit, neue Deformierung und Blockierung der Entwicklung ausschließen.

Dagegen läuft der Versuch des Systems der transnationalen Konzerne, der Dritten Welt eine neue Form der internationalen,

ungleichen Spezialisierung aufzuzwingen – ihnen, verpackt in der Demagogie der „Kooperation“, die arbeitsintensive Produktion für die Metropolen, für die Profite der transnationalen Konzerne, anzudrehen, wie Genscher es vor der 7. UN-Sondergeneralversammlung ausdrückte: Die BRD sieht „die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung als auch im eigenen Interesse liegend an“.

Dem imperialistischen Staatensystem mit den US an der Spitze steht außer militärischen und ökonomischen Strategien ein ganzes Arsenal zur Verfügung, um in strategischen Sektoren der Länder der Dritten Welt politische Autonomie zu verhindern und zu untergraben. Strategische Sektoren sind Ausbildung, Erziehung und Massenkommunikation. Der Imperialismus weiß, daß ihre Beherrschung, die Verfügung über strategische Punkte neokolonialer Aggression und Durchdringung, so die Reproduktion der von ihm geschaffenen sozialen Strukturen kolonialer Unterentwicklung und Erniedrigung, stört. Wo zum Beispiel der Freilimo (15) im Kampf um die Erziehung und Ausbildung der Kinder Schulhefte und Bleistifte fehlen, setzt der Imperialismus Nachrichtenagenturen ein, entwickelt Kommunikationssatelliten und Strategien der Gehirnwäsche, produzieren zahllose Agenturen Lernmaterial, Filme, Bücher, Radio- und TV-Programme, um sie zu verkaufen und als, wie es heißt, Entwicklungshilfe gezielt zu verteilen:

Während das Kapital über den Weltmarkt versucht, alle Länder, auch die befreiten, in eine Funktion der imperialistischen Akkumulation zu zwingen und – wo ihm das gelingt – damit auch den Absatz für seine imperialistischen Lern- und Ausbildungsprogramme und seine faschistischen Hollywoodheldenserien sichert – und die erreichen 500 Millionen TV-Zuschauer in 95 Ländern –, entwickelt diese Propaganda das ideologische Klima zur Erhaltung seiner Herrschaft. „Das Fernsehen mit seiner universalen Sprache hat sich als wirksames Instrument erwiesen, die Ideologie des Konsums zu verbreiten“, stellt eine Unesco-Studie fest – und die Ideologie des Konsums ist die des sich in seine Unterwerfung fügenden Objekts –, weshalb Bahr auch erklärt: „Für die Entwicklung der Dritten Welt ist Medienpolitik eine Aufgabe, die unmittelbar nach der Sicherstellung der Ernährung rangiert und mindestens gleich wichtig ist wie Wirtschaft-, Nahrungs- oder Bevölkerungspolitik.“ Was heißt, daß Bahr vom Standpunkt des Imperialismus richtig davon ausgeht, daß Gehirnwäsche genauso wichtig ist wie Ausplünderung, Auspressung und Ausrottung in der Dritten Welt, daß das die miteinander verbundenen Bedingungen der Politik der SPD in der Dritten Welt sind.

Das taktische Projekt, das über die westdeutsche Außenpolitik und die Sozialdemokratie läuft, ist die Funktion der Sozialdemokratie in der konterrevolutionären Strategie der Ungleichzeitigkeit, zur Sicherung der ungleichen internationalen Arbeitsteilung auf einer neuen Ebene – das ist der Zweck von Brandts, Wischniewskis (16) und Genschers Reisen nach Nahost – zu Sadat, Chaled (und Rabin natürlich) –, nach Afrika und Lateinamerika, zu Mobutu wie zu Echeverria und Perez (17): durch Erpressung, Bestechung, Korruption die Bedingungen für den Verrat und die bedingungslose Unterwerfung unter die transnationalen Konzerne zu schaffen. Weil der US-Imperialismus nackt als die Verkörperung der Verbrechen der Genocid-Strategie vor der Welt steht; und seine Repräsentanten viele Länder der Dritten Welt nicht betreten können, ohne daß dort der Ausnahmezustand verhängt werden muß –, schickt er die sozialdemokratischen Masken vor.

Auch hier haben sich die Verhältnisse umgekehrt: Operiert das westdeutsche Kapital während des Aufstiegs des US-Imperialismus im Schatten seiner Aggression, unter dem Schutz seiner politisch-militärischen Macht, so soll die westdeutsche Politik jetzt der Aggression der transnationalen Konzerne mit verdeckten Methoden den Weg bahnen, wo sie anders nicht mehr hinkommen können, weil die Macht ihrer politischen und militärischen Maschine in der Offensive des weltweiten Befreiungskrieges gebrochen worden ist, den Mythos ihrer Unbesiegbarkeit verloren hat.

„Bonn – sagt Genscher (lt. „Spiegel“ 48/75) – müsse überall dort einspringen, wo die Amerikaner, Briten und Franzosen in der Dritten Welt aus ihren angestammten Positionen verdrängt wer-

den.“ Das ist: Südeuropa, Nahost, Nordafrika, Schwarzafrika, Lateinamerika – wie er sich das denkt.

Wo Erpressung, Bestechung, Korruption nicht ausreichen, um aus defätistischen ganze Verräter und Kapitulanten zu machen – und weil das schließlich auch getarnt werden muß –, besteht die Politik Bonns gegenüber den Ländern der Dritten Welt zu einem wichtigen Teil darin, bei diesen Politikern Hoffnungen zu erzeugen, Verprechungen zu machen, bei denen von vornherein klar ist, sie zu halten, und deren Zweck ist, die wirklichen Interessen und Ziele zu verstecken, Zeit zu gewinnen, die „Konfrontation“ zu verzögern: Denn die Strategen des Kapitals wissen: daß in der Konfrontation der Imperialismus Bedingungen nicht mehr politisch, militärisch, ideologisch deutet.

So hat die Bundesregierung „ohne Vorbehalt“ dem Abschlußtext der 7. UN-Sondergeneralversammlung zugestimmt, in deren Präambel die Prinzipien der Grundsatzklärung des Aktionsprogramms für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung anerkannt werden, die abzielen auf:

- Abschluß von Rohstoffabkommen;
- Indexierung der Rohstoffpreise, d.h. ihre Bindung an die Entwicklung der Preise von Industriegütern, um so die weitere Verschlechterung der ungleichen Terms of Trade zu verhindern;
- Befürwortung der Bildung von Zusammenschlüssen der rohstoffproduzierenden Länder nach dem Muster der OPEC;
- Enteignung von ausländischem Kapital allein nach dem nationalstaatlichen Recht.

Prinzipien, gegen die die Bundesregierung sich noch ein Jahr früher bei der 6. UN-Sondergeneralversammlung ausgesprochen hatte. Sie hat jetzt mit ihrer Zustimmung außerdem die Absichtserklärung akzeptiert, bis zum Ende der 70er Jahre die „Entwicklungshilfe“ auf 0,7% des Bruttosozialprodukts zu erhöhen, und sie hat der Verbindung der IWF-Sonderziehungsrechte (18) mit „Entwicklungshilfe“ zugestimmt.

Weil das parallel zu den Bonner Haushaltsberatungen lief, wo nicht eine Erhöhung der „Entwicklungshilfe“ von gegenwärtig 0,37% des BSP, sondern eine Kürzung der Mittel für die Dritte Welt beschlossen wurde – und auf lange Sicht –, weil die Ablehnung von Rohstoffabkommen, Preisindexierung, Produzentenkartellen, Enteignungen, aller vor den UN anerkannten Prinzipien als Politik der Bundesregierung bekannt ist, stellt sie hier sofort klar, daß es sich da in New York schließlich um eine „unverbindliche Absichtserklärung“ handele. Die „FR“ nennt das eine „Beruhigungs- und Verzögerungspolitik“ und führt den Bonner Vorschlag der „Stabilisierung der Exporterlöse“ als gutes Beispiel für diese Taktik zur Vermeidung des Konflikts mit der Dritten Welt an. „Newsweek“, ohne Bemühung um Diskretion klarer: Es geht darum, die Forderungen der Länder der Dritten Welt totzureden.

So ist die Aufregung einiger imperialistischer Gruppen – um die CDU – über die Zustimmung der Bundesregierung zum Abschlußtext der 7. Sondergeneralversammlung und ihr Hinweis darauf, daß die USA das nicht getan haben, sondern ihr Botschafter „keinen Zweifel daran ließ, daß es für Washington niemals eine neue Weltwirtschaftsordnung auf Kosten der freien Marktkräfte“ – also der transnationalen Konzerne – geben wird, nur ein Ausdruck des Unverständnisses dieser Gruppen – die Brandt vom Standpunkt der sozialdemokratischen Konzeption daher auch zu recht als „Sicherheitsrisiko“ für die Bonner Außenpolitik bezeichnete – für die Verteilung der politischen Aufgaben innerhalb der Globalstrategie. Den US bleibt nichts anderes, als „keinen Zweifel“ an ihrer imperialistischen Politik zu lassen: Denn es bestehen keine mehr. Sie haben kein „Gesicht“ mehr, das sie noch vor den Völkern der Dritten Welt verlieren könnten. Aber die Bonner Sozialdemokraten haben das noch – was ihre scheinbar widersprüchliche Politik bestimmt.

Genscher – in seiner Rede vor der 7. Sondergeneralversammlung – bringt es, die Verewigung der ungleichen Entwicklung des Weltsystems vorauszusetzen und die Länder der Dritten Welt mit ihrer eigenen Abhängigkeit und Unterentwicklung zu Wohlverhalten und Akzeptierung ihrer ausgebeuteten Stellung im Weltsystem erpressen zu wollen: „Interdependenz – sagt Genscher – bestimmt heute auch die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern: Brauchen die Industrieländer Rohstoffe und Öl der Entwicklungsländer, so brau-

chen diese Kapital, Technologie und Getreide der Industrieländer. Jede Seite braucht für den Absatz ihrer Produkte den Markt der anderen.

Von den Exporten der Entwicklungsländer nehmen 75 Prozent allein die OECD-Länder auf; 20 Prozent sind Austausch zwischen den Entwicklungsländern selbst; 5 Prozent gehen in die Staatshandelsländer. Das bedeutet: Die Wachstumsrate der marktwirtschaftlichen Industrieländer und die Wachstumsraten der Entwicklungsländer stehen in unauflösbarem Zusammenhang. Verlangsamung des Wachstums in den OECD-Ländern führt über den Rückgang der Einfuhren automatisch auch zur Verlangsamung des Wachstums in den Entwicklungsländern. Wenn es dafür eines Beweises bedarf, so liefert ihn die gegenwärtige Lage.

Beide Seiten also können entweder gemeinsam expandieren, oder sie müssen gemeinsam stagnieren. Wer die Wachstumschancen des anderen nicht berücksichtigt, gefährdet auch das eigene Wachstum. Wer durch seine Politik das Wachstum des anderen gar beeinträchtigt, schadet mit Sicherheit im Endeffekt auch sich selbst.

Für die praktische Politik bedeutet das: Keine Seite kann gewinnen, wenn sie Ansprüche durchsetzt, die mit einem kontinuierlichen Wachstum der Weltwirtschaft unvereinbar sind. Umverteilung vorhandener Güter in einer stagnierenden Wirtschaft führt nicht weiter; Entwicklung läßt sich dauerhaft nur beschleunigen innerhalb einer expandierenden Weltwirtschaft. In einer interdependenten (19) Welt führen Konfrontation und einseitiges Handeln ohne Rücksicht auf den anderen unausweichlich dazu, daß am Ende alle Parteien verlieren. Interdependenz heißt also Zwang zu Zusammenarbeit und gemeinsamer Verantwortung. Sie bringt aber ebenso eine große Chance: Durch Kooperation können wir heute gemeinsam wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt für alle erreichen. Kooperation muß deshalb heute wie für die Zukunft die Grundlage des Zusammenlebens auf dieser Erde sein."

Genscher täuscht, um die Ziele des US-Imperialismus in der Dritten Welt zu realisieren, eine „Gleichheit“ der Staaten innerhalb der „Weltmarktwirtschaft“ vor, „Interessenausgleich“ von „Partnern“ „in völliger Gleichberechtigung“ – um die Ungleichheit zu erhalten und zu verewigen. Er droht den Ländern der Dritten Welt mit der imperialistischen Beherrschung des Weltmarktes und versucht, sie mit der „gegenwärtigen Lage“ zu erschrecken – um zu verhindern, daß diese Lage geändert wird. Aber hinter Genschers Beschwörung einer angeblichen „Interdependenz“, die immer nur meint das Wachstum der imperialistischen Profite auf Kosten der Entwicklung der Dritten Welt, daß die Völker der Dritten Welt hungern, wenn es den US-Konzernen gut geht – in den 25 Jahren imperialistischer Prosperität von 1945–1970 ist der Hunger der Völker nur größer geworden. – Hinter Genschers Versuch steht die Angst des Imperialismus, daß den Völkern genau diese „Interdependenz“ bewußt wird und sie mit bewaffneter Politik, Befreiungskrieg das weitere Wachstum des Imperialismus allerdings und für immer unmöglich machen, um sich selbst Entwicklung, Unabhängigkeit, Menschlichkeit zu erkämpfen.

So zielt Genschers beschwörender Appell zur „Kooperation“ auch auf die abhängigen Bourgeoisien der Länder der Dritten Welt, die er als Vermittlung zwischen den imperialistischen Interessen und den Gewehren der Völker einsetzen will – diese Bourgeoisien sollen, wie er sich das vorstellt, den Kampf der Völker unterdrücken, um dem Imperialismus weiteres Wachstum zu sichern und zugleich selbst zu partizipieren. Die Bourgeoisien der Länder der Dritten Welt sollen die Initiative des imperialistischen Kapitals in ihre Länder, d.h. gegen ihre Völker vermitteln. Es wird klar, daß die von Genscher vorgeschlagenen Maßnahmen zu diesem Zweck den verräterischen Vertretern der abhängigen kolonisierten Bourgeoisien der Dritten Welt in der Tat Grund gegeben haben, ihm zu seiner Rede zu gratulieren – denn schließlich sollen sie für ihre Funktion bezahlt werden.

Denn wie diese Maßnahmen die Struktur imperialistischer Beherrschung, durch die und in der diese Bourgeoisien nur existieren, nur reproduzieren und damit auch die Existenz dieser parasitären Klasse, so vergrößern diese Maßnahmen auch ihren eigenen Anteil an der Ausplünderung der Völker. An der Verzer-

rung der Wirtschaft, der Dominanz der Exportsektoren, der Nicht-Integration der einzelnen Sektoren, der Verwüstung der Agrarproduktion, der Außensteuerung der transnationalen Konzerne, der Entwicklung von Unterentwicklung – ändert das alles nichts. An dem Kernstück von Genschers Vorschlägen, der „Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse“, wird es klar: „Die meisten Entwicklungsländer – sagt Genscher – sind für ihre Deviseneinnahmen und für ihre Haushaltseinnahmen von Rohstoffexporten abhängig“, und weiter: „Stabilität und Steigerung der Rohstoffexporterlöse sind für diese Länder deshalb ein vitales Ziel“, das die BRD unterstützt – das heißt, daß die Abhängigkeit von Rohstoffexporten unterstützt wird – von einer Änderung ist natürlich nicht die Rede – und, ausgehend von der zentralen Frage: „Für wen?“, heißt es weiter, daß die Politik der Bundesregierung die „Stabilität und Steigerung“ der Erlöse nicht für die Ausgebeuteten und Verhungerten dieser Länder will, sondern für die kolonisierten Kompradorenbourgeoisien und die aufgeblähten Staatsbürokratien, die die Rohstoff-Förderung und den -Export kontrollieren, oder – wo sie in ausländischem Besitz sind – daran partizipieren, und die mit den „stabilisierten und gesteigerten“ Erlösen ihre das Nationaleinkommen verfressende Bürokratien noch mehr aufblähen, nur noch mehr Luxuskonsum, Ausrüstungsgüter, Prestigeobjekte, imperialistische Kommunikationssysteme und die dazugehörenden Gehirnwäscheprogramme, Bullenapparate und vor allem auch Rüstungsgüter von den imperialistischen Konzernen kaufen und so wiederum deren Profite „stabilisieren und steigern“ – kurz: Was die Bundesregierung unterstützt, ist ein in der Tat „vitales Ziel“ des Staatensystems des US-Imperialismus. Denn unter den Bedingungen dieses Systems bedeutet „Stabilisierung und Steigerung der Rohstoffexporterlöse“ Stabilität und Steigerung des imperialistischen Profits, der Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt vom und ihre Außensteuerung durch den Imperialismus – für die Völker der Dritten Welt bedeutet es nichts als Stabilität und Steigerung ihres Hungers, ihres Elends, ihrer Ausplünderung, ihrer Marginalisierung – Stabilität und Steigerung der Entwicklung von Unterentwicklung.

Die westdeutsche Außenpolitik operiert gegen die Länder der Dritten Welt mit Erpressung, Bedrohung, Einschüchterung ebenso wie mit Bestechung und Korruption, Demagogie und Täuschung und Lüge. Wie sie einerseits das von Kolonialkriegen seit Jahrzehnten unbefleckte Image des deutschen Kapitals auszunutzen versucht, so zielt sie andererseits auf die materiellen Interessen der die Interessen der Völker verrätenden herrschenden Klassen in den Ländern der Dritten Welt, um auf dieser Grundlage zu operieren, um die Strategie der transnationalen Konzerne durchzusetzen.

In „Dimension deutscher Außenpolitik heute“ (in: „Außenpolitik“, Zeitschrift für internationale Fragen, 4/74) stellt Genscher fest: „Im bisherigen Verlauf der Debatten der 29. Generalversammlung zeigt sich, wie schon zu Beginn auf der 6. Sondergeneralversammlung, daß die Gefahr einer Verschärfung des Nord-Süd-Gegensatzes gewachsen ist. Ein leider nicht unbeträchtlicher Teil der Länder der Dritten Welt neigt immer mehr dazu, die Mehrheit in den Vereinten Nationen ... zur Durchsetzung von Maximalforderungen auszunutzen, die mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Realitäten allenfalls nur um den Preis gefährlichster Konflikte in Übereinstimmung gebracht werden können.“

Was da „nicht in Übereinstimmung“ gebracht werden kann, ist die soziale, politische und ökonomische Befreiung der Länder der Dritten Welt – die „Maximalforderungen“ – mit der imperialistischen Herrschaft: den „politischen, wirtschaftlichen und sozialen Realitäten“.

Am Rande macht Genscher hier auch gleich klar, daß, nachdem die UNO nicht mehr für den Imperialismus funktioniert, sein Verständnis von der Mehrheit exakt dem von Scali und Moynihan (20) gleicht, die meinen, die US könnten sich nicht der „tyrannischen und ignoranten Mehrheit“ beugen, die auszunutzen oder „zu mißbrauchen“ die Länder der Dritten Welt sich anmaßen – was nur auf den Antagonismus verweist, der der Imperialismus und Demokratie sind – jenes Verhältnis zur Mehrheit, zu den Völkern zeigt, das der Imperialismus schließlich mit Folter und Terror, mit Krieg gegen das Volk durchzusetzen ver-

sucht.

Und Genscher droht mit Krieg – und gibt gleichzeitig die Methode, die Taktik an, mit der der Imperialismus seine Herrschaft aufrechterhalten will, ohne Krieg führen zu müssen: „Unsere zweiseitigen Beziehungen zu der ganz überwiegenden Mehrzahl der Länder der Dritten Welt sind vertrauensvoll und freundschaftlich.“

Das Projekt ist, mit „vertrauensvollen und zweiseitigen Beziehungen“ die Front zu spalten, als Bedingung imperialistischer Herrschaft, die dann „Kooperation“ genannt wird und das jeweilige Land in das imperialistische Weltssystem einbindet; es ist der Versuch, mit der Ideologie und der Institutionalisierung des Korporatismus den Klassenkampf von oben, imperialistische Hegemonie zu sichern. Das Instrument zur Erreichung „guter zweiseitiger Beziehungen“ ist die Erhöhung der bilateralen „Hilfe“ an die afrikanischen Länder – als ein Hauptziel der Aggression des westdeutschen Imperialismus –, während der Anteil, der über internationale Institutionen wie die OAU, die FAO usw. läuft, also weniger geeignet ist, durch selektiven Druck die Front der Staaten der Dritten Welt aufzuspalten, gleichgeblieben ist und verringert wird:

„Die Umorientierung der Bundesregierung bei der Vergabe von Entwicklungshilfe von multinationaler auf bilaterale Direkthilfe“ – schreibt die „SZ“ am 30.1.75 – „ist auf der Regionalkonferenz deutscher Afrika-Botschafter, die unter Vorsitz von Staatssekretär Walter Gehlhoff aus dem Bonner Auswärtigen Amt gegenwärtig in Nairobi stattfindet, debattiert worden ... Nach Ansicht von Konferenzkreisen ist die Umorientierung bei der Verteilung der Hilfe auch als ‚Warnschuß‘ an die Adresse der Entwicklungsländer gedacht, die zwar durchweg gute bilaterale Beziehungen zur Bundesrepublik unterhalten, jedoch in internationalen Organisationen – wie der UNO – in Blockstimmungen emotional gegen die Industriestaaten, darunter auch die Bonner Regierung, zu Felde ziehen. Ein Beschluß der Nairobi-Konferenz war es, durch einen Ausbau der bilateralen Hilfe in diesen Ländern auch für den Standpunkt der Bundesregierung in internationalen Fragen verstärkt zu werben.“

Aber trotz der Erpressung bzw. auch und gerade weil sie so notwendig geworden ist (21), ist das Problem Bonns schon, daß nicht alle Länder, sondern nur die „überwiegende Mehrzahl“ keinen Verdacht schöpft bzw. ihn nicht offen ausspricht – denn natürlich kennen alle Politiker der Dritten Welt die militärischen und politischen Ziele des BRD-Imperialismus, seine Funktion für den US-Imperialismus. Sie werden offensichtlich am Verhalten denen gegenüber, denen der Verdacht bewußt und Gewißheit geworden ist und die weder einen Grund noch Angst haben, um ihn nicht auszusprechen – zum Beispiel Mocambique:

So rennt das Bonner Regime der Volksrepublik Mocambique förmlich die Tür ein, um sich für ein paar Millionen wenigstens mal diplomatisch einzukaufen – in der Erkenntnis der strategischen Bedeutung Mocambiques, seines Befreiungskampfes und Sieges für den Befreiungskrieg im südlichen Afrika, für ganz Afrika und die Dritte Welt; in Erkenntnis auch, daß die Verachtung, mit der das befreite Volk Mocambiques die Bonner Regierung behandelt, den westdeutschen Imperialismus vor allen Völkern denunziert – der Faschist und Rassist Germani, Südafrika-korrespondent der „Welt“, sieht schon die Würde der BRD bedroht – während er einerseits nach NATO-Truppen, Bundeswehreinheiten schreit, nach einer „direkten militärischen Intervention eines westlichen Staates mit regulären Verbänden“, die an der Seite der südafrikanischen Apartheid-Rassisten gegen die MPLA (22) kämpfen sollen, spricht er damit das Dilemma der Bonner Regierung aus.

Denn das Problem sozialdemokratischer Außenpolitik ist, daß die Völker von Mocambique, Guinea-Bissau, Angola, Namibia hinter die Maske blicken, die Genscher, Bahr, Wischniewski und Brandt so angestrengt zu pflegen versuchen; daß sie die imperialistische Fratze hinter dem Geschwätz und den Millionen „Hilfskrediten“ sehen und ihr Befreiungskrieg sie hervorgezerrt hat.

Sie haben die andere Seite des sozialdemokratischen Projekts erfahren, erfahren sie gegenwärtig in Namibia und Angola, wo es seine Identität mit der US-imperialistischen Politik

nicht mit Demagogie und Public-Relations verbergen kann: die Finanzierung des Kolonialkrieges des faschistischen Portugal, die deutschen Waffenlieferungen für den Krieg, die wirtschaftliche und militärische Verflechtung mit den südafrikanischen Apartheid-Rassisten, die Unterstützung der Counterinsurgency in Namibia gegen die SWAPO – und was jetzt kommt und nur noch nicht offen ist: die Unterstützung der imperialistischen Aggression und militärischen Intervention gegen die Volksrepublik Angola.

Vor allem Angola und Mocambique zeigen die beiden Seiten des einen Projekts in einem Land: Wirtschaftsimperialismus und Kolonialkriegsführung – jetzt: neokolonialistischer Eroberungskrieg.

Und es gibt keinen Grund zu zweifeln, daß der rassistische südafrikanische Verteidigungsminister Botha nicht umsonst „den Westen“ um Hilfe gegen die angolische Revolution anruft, daß er von der Bonner Regierung gehört wird und schon gehört worden ist. Es gibt keinen Grund – schon allein wegen der westdeutschen Kapitalinteressen im südlichen Afrika – zu zweifeln, daß auch der BND – als Filiale der CIA, von der man neben allem dem anderen weiß, daß sie das Blutbad in Indonesien mitorganisiert hat, in dem 1965 500000 Kommunisten ermordet worden sind, und von der man weiß, daß sie Holden Roberts Faschistenbande (23) schon seit Anfang der 60er Jahre finanziert und sie inzwischen restlos zu ihrem Instrument gemacht hat – mit ihr zusammen und unter ihrer Führung seine dreckigen Finger im Krieg gegen das angolische Volk hat.

Weil der BND noch nicht so im Gerede ist wie die CIA, weil man noch nicht in jedem Westdeutschen, der sich im Ausland etwas merkwürdig benimmt, einen BND-Agenten vermutet, ist er inzwischen ein sicher nicht weniger gefährliches Instrument des Imperialismus. Daß er der CIA in nichts nachsteht, hat sein Chef Wessel im Sommer '74, als Kritik wegen Guillaume (24) aufkam, beteuert: Der BND sei ebenso schlagkräftig, leistungsfähig wie die CIA – sprich: steht der CIA, was Mord, Folter, Intervention, verdeckte Operationen angeht, nicht zu vergessen die Bespitzelung im Inland, in nichts nach – und hat dabei noch den Vorteil, daß er von den zerfressenden Instanzen der Legislative sicher nicht das zu erwarten hat, was in den US der Kongreß aus innen- und wahlpolitischen Gründen noch mit der CIA macht.

„Erzfeind des Volkes von Namibia“ nennt die SWAPO die imperialistische BRD.

Sie meint das Konsulat in Windhuk, von dem die BRD die Konterrevolution gegen die Befreiungsbewegung mitfinanziert. Sie meint die häufigen Besuche westdeutscher Politiker – von Wirtschaftsvertretern gar nicht zu reden – in Südafrika und das deutsch-afrikanische Kulturabkommen; und: Südafrika ist „weiterhin der Hauptgegner der schwarzafrikanischen Staaten“, die „effektive Autorität“ (Nyerere, 25) hinter den Marionetten in Namibia.

Weil es „nicht Bonner Interesse sein könnte, wenn sich im Süden Afrikas radikale Kräfte durchsetzen“ – so lautet es aus der Umgebung Genschers bei seiner Reise in vier afrikanische Staaten (sämtlich solchen, die sich – wie Genscher – mit „radikalen“, d.h. antiimperialistischen Kräften nur zusammensetzen, um sie zu partizipieren) –, wird „Bonn deshalb auch prüfen, ob es mehr als bisher durch Stipendien für die akademische Ausbildung der jungen afrikanischen Generation tun kann, die in zwei Jahrzehnten die Politik bestimmen wird“. Nach Ansicht maßgeblicher Kreise würde jede Million hierfür langfristig „gut angelegt“ sein. („FR“, 9.7.75)

Das ist CIA plus Massachusetts Institute of Technology, Fort Gulik/Panama-Kanalzone/CIA/Rangers plus Allianz für den Fortschritt/Friedenskorps. Man weiß, daß die Bundeswehr schon seit spätestens Anfang der 60er Jahre Soldaten aus der Dritten Welt ausbildet, daß sie ihr eigenes Fort Gulik in Sonthofen/Allgäu hat, daß es eine „institutionalisierte Folterausbildung bei der Bundeswehr“ gibt – seit mindestens fünf Jahren, wie zuletzt ein Reserveoberleutnant der „FR“ (27.9.75) mitteilte – wo Counterinsurgencyspezialisten aus der Dritten Welt und der Bundesrepublik ihre Bekenntnisse austauschen und gegenseitig weiterentwickeln, daß BGS und Polizei die Bullensysteme in Äthiopien, Afghanistan, Sudan, Saudi-Arabien aufgebaut haben

– und nicht nur die.

Zugleich wird hierzu in der Dritten Welt, wo der BRD-Imperialismus (26) sich am meisten bedroht sieht, klar, was „akademische Ausbildung“ im Imperialismus ist: Gehirnwäsche, Vermittlung von Herrschaftstechnik und Methoden psychologischer Kriegsführung. Der so „akademisch ausgebildete Blick“ sieht dann im südafrikanischen Faschismus den Rechtsstaat, in Apartheid-Rassismus und „Homelands“/Bantustans Programme zur Erhaltung ethnischer Identität und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker usw. ... Was den Afrikanern fehlt, ist akademische Ausbildung aus Bonn, um dann Kai-Uwe von Hassels (27) „In keinem Teil Afrikas wird besser für die Schwarzen gesorgt als in Südafrika“ würdigen zu können.

Die SWAPO meint mit „Erzfeind“ die Nachrichten- und Fernmeldeeinrichtungen samt NATO-Code, die elektronische Datenverarbeitungsanlage, die letztlich demselben Zweck dienen wird wie die im BKA, das der brasilianische Minister erst kürzlich besichtigt hat, weil sogar er offensichtlich den Eindruck hat, von der BRD für Folter, Faschismus, Bevölkerungskontrolle – Counterinsurgency in Brasilien noch lernen zu können.

Die SWAPO meint die 137 schweren Militärlastwagen, die Klöckner an Südafrika lieferte, die Bestellung von infrarotgesteuerten „Milan“-Panzerabwehrraketen und neun Transall-Flugzeugen, deutsch-französische Gemeinschaftsentwicklungen, die technische Hilfe, der Bundeswehr für reibungsloses Funktionieren der südafrikanischen Antiguerrilla-Hubschrauber CH53, und im übrigen soll, was bis jetzt noch offizielle Politik war: – Ausfuhr von Waffen außerhalb der NATO mit Sondergenehmigung – in „Spannungsgebiete“ kein Export – was ohnehin durch transnationale Gemeinschaftsentwicklungen und schwarzen BND-Handel umgangen wurde –, jetzt „pragmatischer“ behandelt werden. Denn die Rüstungsindustrie will diese lästigen Beschränkungen loswerden, und die „Rezession“ eignet sich besonders dazu – hängt doch der deutsche „Wohlstand vom Export“ ab. Aber auch wenn das Bonner Regime diese Pläne nicht realisieren sollte, brauchen BND und Waffenexporteure und die südafrikanischen Militärs (und natürlich nicht nur die)

sich keine Sorgen zu machen – nicht nur weil das Lieferverbot für „Spannungsgebiete“ als Regierungsbeschluß die Gesetze nicht bindend auslegt, in denen selbst schon „friedensstörende“ Lieferungen verboten sind – wozu der „Spiegel“ bemerkt, daß gerade die Aufrüstung eines Landes manchmal „friedensstabilisierende Wirkung“ haben könne –, vielmehr hat ein Bonner Gericht im Mercx-Verfahren (28) ja gerade festgestellt, daß die Regierung sich „um höherer Interessen willen über Gesetze hinwegsetzen“ könne, und somit den übergesetzlichen Notstand für den BND-Waffenhandel proklamiert. Was nicht wundert – angesichts der Lage des Imperialismus, und haben doch die südafrikanischen Rassisten schon ihren Krieg gegen das angolanische Volk und das Volk von Namibia zum Krieg „für die Freiheit des Westens“ erklärt. Auf die UN-Sanktionen gegen den Staat der Apartheid-Rassisten hinzuweisen, erübrigt sich unter diesen Umständen.

Die SWAPO meint weiter eine vom Verteidigungsminister der BRD finanzierte Raketenproduktion, die Südafrika vermutlich das Know-how für den Aufbau seiner Raketenindustrie lieferte – die „FAZ“ deckte das am 10.4.1964 auf und nannte die Namen der deutschen Firmen. Vor kurzem hat der südafrikanische Kriegsminister Botha erklärt, daß eine europäische Firma, die schon früher Einrichtungen in Südafrika installierte, einen Raketen Gürtel in Kooperation mit südafrikanischen Firmen aufbaut – genau die Art von Einrichtung, die bei einer Integration Südafrikas in die NATO relevant wäre.

Und die SWAPO meint die bestehende militärische Kooperation zwischen Südafrika und der NATO, vor allem den US und der BRD als ihrem Agenten, die Expansion der NATO in den südlichen Atlantik, die Einrichtung von Militärstützpunkten im Rassistenstaat – was mit der Aufdeckung der Reise des faschistischen NATO-Generals Rall durch die Befreiungsbewegung ans Licht gekommen ist, ist sicher nur ein Punkt im Netz der militärischen Beziehungen zwischen Südafrika und der BRD, die dabei als NATO-Führungsmacht im Rahmen und als Vermittlung der US-Strategie fungiert.

Der Oberkommandierende der südafrikanischen Streitkräfte



BRD-Interessen am Kap: Militärhubschrauber von MBB für die südafrikanische Polizei – „zur Verbrechensbekämpfung“.

Hugo H. Biermann erklärte schon 1973 in einem Interview die Notwendigkeit einer militärischen Präsenz des „Westens“ im südlichen Afrika und seinen ozeanischen Gebieten, zum Schutz gegen „die Bedrohung zu Wasser und zu Land durch die vom Kommunismus unterstützten schwarzen Terroristen“, und meinte, daß solche Allianz durch die Apartheid nicht behindert werden sollte: „Was immer die Leute zu unserer Politik sagen, wir erhalten hier eine entwickelte und hochindustrialisierte westliche Zivilisation, und wir sind die Bewahrer von sehr vielem, das zuzätzlich zu einer lebenswichtigen Seeroute von strategischem Wert ist. Ich kann mir nicht vorstellen – sagt Biermann –, daß der Westen dies alles aufgeben würde.“ („Newsweek“, 26.11.73) Und die Beteiligung des imperialistischen Bündnisses, der US, der NATO an der militärischen Aggression gegen die Volksrepublik Angola bestätigen inzwischen seine Vorstellung – und das kann nur mehr werden.

Schließlich meint die SWAPO, wenn sie die BRD als den „Erzfeind des Volkes von Namibia“ bezeichnet, daß Bonn sich zum Promoter der Bantustan-Führer gemacht, vier von ihnen im Oktober '74 in Bonn empfangen hat und dort die Ansichten über „getrennte Entwicklung“ geäußert hat, die sie der „jungen afrikanischen Generation“ erst noch durch akademische Ausbildung zu vermitteln hofft.

Am 17.1.75 sind sich Genscher und Bahr einig geworden, deutsches Kapital in die wirtschaftliche „Entwicklung“ der Bantustans – Konglomerate aus Wehrdörfern und Konzentrationslagern – zu pumpen. Daß die Bundesregierung im Herbst '75 die 33 Bantustan-Vertreter nicht durch Genscher persönlich, wie ursprünglich geplant, sondern auf niedriger diplomatischer Ebene empfangen hat, lag nur daran, daß sie sich gleichzeitig an die SWAPO ranschleichen wollte, was ihr allerdings mißlang, weil die SWAPO diese Politik kennt: Sie „hat der Bundesregierung vorgeworfen, Südafrika zu unterstützen und gleichzeitig die SWAPO beschwichtigen zu wollen“, und sie hat es gleichzeitig nicht nur abgelehnt, drei Tonnen Lebensmittel anzunehmen – die ihr die Bundesregierung förmlich aufzudrängen versuchte, indem sie sie ohne jede Ankündigung schickte –, sondern sie hat auch wegen der Bonner Kontakte mit den von Südafrika ausgesuchten Verrätern aus den Bantustans das Gespräch von SWAPO-Vertretern mit Genscher ausfallen lassen. („FR“, 22.10. und 3./4.11.75)

Wo der Versuch, die Befreiungsbewegung zu korrumpieren, sie durch Bestechung zu pazifizieren und mit den Bantustanvertretern zusammenzubringen, gescheitert ist, muß Genscher sich weiter an diese ausgesuchten Agenten des Rassistenregimes halten, um die Ziele des westdeutschen Kapitals dort durchzusetzen – und er weiß sie bei denen gut aufgehoben. Denn wo die westdeutschen Monopole es in der BRD nur bis zum Import billiger, rechtloser Arbeitsimmigranten gebracht haben und (noch) nicht bis zur Wiedererrichtung von Konzentrationslagern – deren wichtigste Funktion die Verfügbarkeit billiger, rechtloser Arbeitskräfte war –, kann sie diese in den Bantustans Südafrikas finden, in denen im Sinne von Hassel für die Afrikaner „gesorgt“ wird:

„Die Insassen einer solchen Institution – heißt es in der neuen „Bestimmung 133“ zur Errichtung sogenannter „Rehabilitationszentren“, in die Afrikaner bis zu drei Jahren wegen „Paßvergehen“ interniert werden können – die Insassen einer solchen Institution sollen dort zu dem Zweck festgehalten werden, ihren physischen, geistigen und moralischen Zustand zu verbessern, indem sie den Gewohnheiten von Fleiß und Arbeit unterworfen und wieder auf die Traditionen, die Kultur, Sitten und das Regierungssystem der nationalen Einheit orientiert werden, zu der sie gehören.“ („FR“, 29.7.75)

Der Journalist Günther Peus vom ZDF, der berichtet hatte: „Der Unternehmergeist der Weißen und die billige Arbeitskraft der Schwarzen verschafft Südafrika mit fast 8 Prozent die zur Zeit höchste wirtschaftliche Wachstumsrate unter den westlich orientierten Ländern der Welt“, wurde ausgewiesen. Er hörte, daß „Geschäftsleute aus der BRD sich über die Berichterstattung im ZDF beschwert hätten“. Der Informationsminister teilte ihm mit, „er habe Zuschriften aus der BRD, aus denen hervorgehe, daß die Berichterstattung für Südafrika nicht förderlich sei.“ („Welt“, 26.7.75)

Angesichts der Stärke der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, der Unterstützung, die sie bei den Völkern finden, kann das alles nur ein Zeichen dafür sein, daß die NATO-Zusammenarbeit läuft und laufen wird, daß der US-Imperialismus – der die meisten wirtschaftlichen Interessen in Südafrika hat – vermittelt seines Agenten BRD – im Einklang mit den deutschen Konzernen, für die Südafrika wichtigster Kunde in Afrika ist (1974 exportierten sie für 3,6 Mrd. DM dorthin und bezogen 40% ihres Urans von dort) – entschlossen ist, für die Rettung dieses faschistischen Systems, als eines der Subzentren in der imperialistischen Kette, Krieg zu führen.

Die Truppen des Rassistenregimes stehen jetzt mehrere hundert Kilometer tief im Territorium der Volksrepublik Angola. Angesichts der massiven Interventionen, die zu diesem Zweck schon laufen, versteht man, warum die „FR“ das Urteil der SWAPO als Alarm-Schlagzeile brachte – für die Kämpfer ist das Aussprechen der Wahrheit, der Tatsachen eine Waffe.

Indem die imperialistische Presse der BRD die Kooperation beim Bau von Atomkraftwerken und Urananreicherungsanlagen, die Frage, ob das Bonner Regime nun dem Rassistenstaat hilft, eigene Atombomben zu entwickeln, zur Hauptsache gemacht hat und sich darauf konzentrierte, von Dementis und Bestätigungen der Regierung, von der angeblichen Harmlosigkeit des Projekts und dem Gang der Bürgerschafts- und Genehmigungsanträge zu berichten, wird die Sache so dargestellt, als ob dieser Punkt problematisch sein könnte. Und das ganze Geflecht der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und militärischen Beziehungen zu dem rassistischen Apartheid-Staat etwas vollkommen Natürliches und Selbstverständliches sei.

Der tatsächliche Umfang und die Bedeutung dieser Beziehungen – und dabei allerdings im besonderen die nukleare Zusammenarbeit und ihr Fortgang jetzt – werden von der imperialistischen Informationsindustrie durch bewußte und gezielte Nicht- und Fehlinformationen verschleiert, in dem Dunkel gelassen, das Bonn so notwendig für seine Politik braucht. Wie „die Bevölkerung an den Anblick von Maschinenpistolen“ soll sie daran gewöhnt werden, daß die Außenpolitik des Bonner Regimes faschistisch, rassistisch, imperialistisch ist, daß sie Krieg bedeutet.

Denn zur gleichen Zeit, wie sie weitere Informationen über die Bonner Beziehungen zu Südafrika unterdrückt haben und weiter unterdrücken, ziehen die westdeutschen Medien jetzt die Hetzkampagne gegen die MPLA hoch – um das psychologische Klima zu determinieren (29): für die NATO-Intervention gegen das angolische Volk, für den Moment, wo sie offen wird.

Vor der UN hat Genscher erklärt, „daß in Südafrika selbst endlich das System der Apartheid aufgegeben wird, das wir verurteilen“, sei ein Ziel der Bonner Politik, während diese Politik tatsächlich das faschistische Apartheid-System massiv auf allen Ebenen unterstützt, vor allem beim Ausbau seines Counterinsurgency-Instrumentariums. Bahr allerdings erkennt schon, daß das, was hier an Dementis und Erklärungen zu den vom African National Council aufgedeckten Tatsachen gebracht wird, nicht mehr täuscht, und so wirft er dem Wirtschaftsministerium auch vor, daß dessen Reaktionen „den Eindruck einer Verschleierung machen und die Entwicklungspolitik der Bundesregierung in Afrika erheblich beeinträchtigen könnten. Bonn müsse den Verdacht meiden, als spreche es in dieser Frage mit gespaltener Zunge“ („FR“, 10.10.75) – gegen die Rede mit „gespaltener Zunge“ hat Bahr natürlich nichts: Sie ist sein eigenes Konzept – nur Verdacht soll nicht aufkommen.

Aber das ist der unauflösbare Widerspruch in der Konzeption dieser Politik: daß sie nicht mehr die Völker täuschen kann, während sie den Krieg gegen sie vorbereitet und schon führen muß. Das ist der tatsächliche Grund, warum sie Südafrikas Intervention gegen die Volksrepublik Angola beunruhigt: weil sie wissen, daß sie notwendig ist, um die imperialistische Hegemonie im südlichen Afrika zu retten, und weil schon klar wird, daß damit ihr Konzept „partnerschaftlicher Kooperation“ zu Afrika zusammenbricht.

Bahr – als Ideologe des Korporatismus – umschreibt das sozialdemokratische Bild des Nord-Süd-Konflikts und verbreitet den ideologischen Schein für das imperialistische Projekt der

Sozialdemokratie gegen die Völker der Dritten Welt – als Analogie zur reformistischen Integration der Arbeiterbewegung in den Metropolen in und für die kapitalistische Entwicklung: „Ich vergleiche die heutige Situation – sagt Bahr in einem Interview („Newsweek“, 22.12.75) – mit jener, die in Deutschland am Ende des vorigen Jahrhunderts vorherrschte. Zu dieser Zeit stellten die Massen der Unterprivilegierten ... Ansprüche an die kleine Minorität der Reichen. Sie forderten eine Gesetzgebung, die ihren Arbeitstag auf nicht mehr als 12 Std. reduzieren würde, und protestierten gegen Kinderarbeit. Und die Reichen sagten damals: Wenn wir das akzeptieren, wird die Wirtschaft zusammenbrechen. Wir wissen jetzt, daß die Wirtschaft nicht zusammengebrochen ist. Heute fordern die Massen der Armen in der Welt auch mehr Rechte von einer reichen Minorität. Die reiche Minorität sind wir; und wenn wir ihre Forderungen akzeptieren würden, würde die Weltwirtschaft nicht kaputt gehen. Sie würde blühen. Es würde eine große Hilfe für uns sein, wenn sich der durchschnittliche Inder einen Volkswagen oder Vega leisten könnte und wenn die Dritte Welt ein wirklicher Markt für Industriegüter werden würde.“

Er propagiert einen weltweiten Fabrikgesetzgebungs-Staat – während dieser Staat in der Metropole gerade beseitigt wird, weil sich eine Begrenzung der Ausbeutung des Proletariats nicht mehr vereinbaren läßt mit der fallenden Profitrate. Er phantasiert von Volkswagen für Inder – was nur noch Zynismus ist angesichts des Hungers, d.h. von der Einbeziehung der Massen der Dritten Welt in das imperialistische System über den Lohn und in seiner Funktion für die kapitalistische Entwicklung – während der Ausschluß der Massen der Dritten Welt von dieser Entwicklung Sache ist, d.h. ihre Reduzierung auf die Funktion billiger Arbeitskräfte und vor allem einer gigantischen marginalisierten Reservearmee, und die Funktion der Versorgung der Metropolen mit billigen Rohstoffen die absolute Notwendigkeit im Kampf gegen den Fall der Profitrate und für das Wachstum in den Metropolen ist. Bahrs Rechnung ist ein plumper Betrug. Die reformistische Integration der Arbeiterbewegung in den Metropolen wurde nur möglich durch die Exploitation der Dritten Welt, die die materielle Basis lieferte, auf der die Sozialdemokratie die kapitalistische Initiative für die Kapitalentwicklung in das Proletariat vermitteln konnte – und sie war nur vorübergehend möglich, solange es diese materielle Basis gegeben hat –; es gibt keine Möglichkeit, diesen Prozeß weltweit durchzustrukturieren, um die globale Insurrektion reformistisch aufzufangen. Was Bahr weiß – was er sich vorstellt, ist: die herrschenden Eliten für den Imperialismus einzukaufen. Sie sind die winzige soziale Schicht, für die die reformistische Demagogie Inhalt hat.

Für eine reformistische Integration der proletarisierten Völker der Dritten Welt gibt es keine materielle Basis, hat der Imperialismus keine Mittel, insofern sie allein aus eben den Bedingungen erzeugt werden könnten, die in der Dritten Welt beseitigt werden müssen, die der Befreiungskrieg beseitigt. Anders gesagt heißt das: Die ungleiche Entwicklung, die Entwicklung von Unterentwicklung an den Peripherien ist notwendige Bedingung für die Existenz des imperialistischen Weltsystems – sie zu beseitigen, heißt, den Imperialismus beseitigen.

Das allerdings ist ein Antagonismus zu den Zielen Bonns, ist das strategische Ziel des revolutionären Befreiungskriegs, und dagegen interessieren den Imperialismus nicht die hungernden Massen als potentieller Markt für seine Volkswagen, sondern dagegen ist er zum Krieg entschlossen, führt er Krieg, setzt er jedes Mittel ein, wobei es Sache der BRD als der zweitstärksten Macht im Staatensystem, als absolut zuverlässiger Agent in der Politik des US-Imperialismus ist, diese verbrecherische Politik zu vermitteln.

Und so – auch mal unter dem Gesichtspunkt, daß die Staatsschutz-Medien in der psychologischen Kriegsführung gegen uns zur Verschleierung des politischen, genau: politisch-militärischen Charakters des Verfahrens gegen uns, diese absurde Scheindiskussion inszeniert haben, ob das Verfahren gegen die RAF ein politischer Prozeß ist, oder – wie das „zur ruhigen und entschlossenen Behauptung des Normalzustands“ die Regierung, die BAW, Prinzing usw. dauernd gegen die von ihnen selbst produzierte Propaganda wiederholen müssen – ob es um

„normale Kriminalität“ geht –, haben wir zu dem Begriff des Kriminellen hier festzustellen:

Verbrecherisch ist die Politik der Sozialdemokratie, verbrecherisch sind ihre Funktionsträger als Agenten des Hauptfeinds der Menschheit, des US-Imperialismus;

verbrecherisch ist die Politik der Bundesregierung, die als Funktion für die globale Strategie des US-Imperialismus Beschlüsse der UN und die Normen des Völkerrechts mißachtet, die den Rassismus in seinen verschiedenen Formen – ob Apartheid oder rhodesischen Siedlerassismus oder den faschistischen Zionismus – unterstützt, die am Versuch des Völkermords gegen das vietnamesische Volk beteiligt war und die die Ausrottungsstrategie der vereinigten arabischen Reaktion Chaled, Hussein, Sadat, Gabus (30) und ihres Alliierten Pahlevi gegen die Revolution in Oman und den Befreiungskampf der Völker am Arabischen Golf mit „technischer Hilfe“, Geld und Waffen ebenso unterstützt, wie sie mit Geld, Waffen, Handelsverträgen, politischer und propagandistischer Hilfe die Ausrottungsstrategie Israels gegen das palästinensische Volk unterstützt und wie sie Folter und Terror im Iran wirtschaftlich, politisch und militärisch unterstützt und fördert – wie in zahlreichen anderen Staaten der Dritten Welt:

Verbrecherisch ist die Politik Bonns, indem sie die Ausplünderung und Entrenchung der Völker der Dritten Welt, ihren Hunger und ihr Elend erhält und vergrößert, um dem transnationalen Kapital die Profite zu sichern – für diese Profite unterstützt sie die brasilianischen Faschisten und integriert sich damit auch in die Völkermordstrategie an den autochtonen (31) Völkern –;

sie ist verbrecherisch, indem sie die nationale und kulturelle Identität der Völker durch imperialistische Gehirnwäscheprogramme über die Kommunikationssysteme, deren Verbreitung sie durchsetzt, zu zerstören versucht;

sie ist verbrecherisch, indem sie sich in der Dritten Welt an der Entwicklung von Counterinsurgency-Apparaten beteiligt, um den Befreiungskrieg des Volkes zu unterdrücken –.

Sie ist eine Totalisierung des Verbrechens, weil sie umfassend und in ihrer Gesamtheit gegen die Völker, gegen die Menschlichkeit gerichtet ist, auf militärischer, politischer, ökonomischer, kultureller und moralischer Ebene, und wir stellen fest, daß über diese Politik allerdings nicht vor den Gerichten dieses Staates verhandelt wird – denen bleibt der Versuch, die Verbrechen zu legitimieren bzw. sie selbst auszuführen oder auch, wenn nötig, Bonn zu bescheinigen, daß es sich um „höherer Interessen willen“ über Gesetze hinwegsetzen darf – über die Verbrechen Bonns, des Imperialismus wird verhandelt im Prozeß des weltweiten antiimperialistischen Kampfes, an der Front des Befreiungskrieges.

Die vom imperialistischen Weltsystem Ausgestoßenen, vom Prozeß der kapitalistischen Entwicklung Ausgeschlossenen, die Verdammten der Erde führen Befreiungskriege gegen eine imperiale Maschine, deren militärischen, ökonomischen und politischen Kommandozentralen in den Metropolen stationiert, d.h. im strategischen Hinterland disloziert sind.

Diese Sache begründet die strategische Möglichkeit und Bedeutung von Guerillaaktionen auf den äußeren Linien – auf dem Kriegsschauplatz der Weltrevolution sind das die Metropolen – im Rahmen von Operationen der Befreiungsarmeen der Völker der Dritten Welt, auf den inneren Linien.

Die computerbestückten Kommandozentralen der Kriegsführung, von denen aus der Einsatz moderner, elektronischer Waffensysteme gelenkt wird, sind nicht da, wo geschossen wird, wo Bomben fallen – dort ist nicht mehr als Gerät für Informationssammlungen, -eingabe und -ausgabe stationiert, Sensorsysteme und elektronische Überwachungsanlagen – sie liegen geschützt in den Metropolen, die das Pentagon für gesichertes Hinterland hält.

Ohne die Zentralcomputer zur Informationsverarbeitung und Produktion von Einsatzkoordinaten, logistischer Dienste usw. ist die Kriegsmaschine moderner imperialistischer Armeen nichts.

Sie wird kollabieren, ohne diese Steuerung nur noch wie ein geblendeter Elefant Amok laufen. Es ist diese strategische Basis, von der aus Daniel James, Abteilungsleiter im Pentagon, im Mai 1972 ankündigte, daß in Vietnam nichts mehr vor den Bom-

ben der B-52 sicher sein sollte: „Für die US-Luftwaffe bleibt bei Bombenangriffen in Vietnam künftige kein Ziel nördlich und südlich des 17. Breitengrades ausgenommen“, was heißt, der US-Imperialismus hatte dem Krieg totalen Völkermordcharakter gegeben, nachdem am 11. Mai die Häfen von Nordvietnam vermint worden waren, innerhalb derer es restlos zerbombt werden sollte.

Die Zentren sind in diesem Vernichtungskrieg in der Peripherie nicht Kriegsschauplatz, sondern Etappe, strategisches Hinterland, wie es die Bundesrepublik im Vietnamkrieg durch strategische Organisation und Dislozierung (32) gegen die Dritte Welt als Kommandozentrum, als Truppenstützpunkt und Nachschubbasis der US-Armee war. Ihre Bedeutung wird wachsen in dem Maß, wie die Steuerung der Kriegsmaschine aus den computerisierten Kommandozentralen wächst, weil imperialistische Basen in der Dritten Welt nicht mehr zu halten sind.

Dazu kommt die unmittelbar logistische Funktion der BRD – es waren die US-Stützpunkte, die als Schaltstelle für Truppentransporte nach und von Vietnam und für Waffenlieferungen fungierten, aus deren Arsenalen im Oktober '73 Israel mit Waffen versorgt wurde und weiter versorgt wird. Es sind die US-Depots und die der Bundeswehr, mit denen die Konterrevolution gegen die arabischen und afrikanischen Völker ausgerüstet wird, und es sind die elektronischen Kommandozentralen hier, von denen aus die Kriegsmaschine im südlichen Afrika und im mittleren Osten gesteuert wird.

Aus der logistischen Bedeutung der Waffen- und Ausrüstungsarsenale in den Metropolen zur Sicherung kontinuierlichen Nachschubs und vor allem aus der strategischen Bedeutung, die ungehindertem Kommunikationsfluß zwischen den Regelungs- und Steuerungszentralen und den Einsatzorten für die imperialistische Kriegsmaschine zukommt, ist eine militärische Funktion der Guerilla in der Metropole für den Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt bestimmt: die Notwendigkeit des Angriffs. Es darf, wie wir '72 gesagt haben, nirgends mehr eine Etappe für die imperialistische Maschine des Genocids geben; es darf keinen Platz mehr geben, an dem sie vor den Angriffen der Guerilla sicher sind, keinen Ort und keine Zeit, an dem nicht Krieg ist – sie müssen gezwungen werden, sich in der Verteidigung ihrer strategischen Stützpunkte mit ihrer komplizierten Technologie zu zersplittern.

„Es mag sein – schrieb Che vor fast zehn Jahren an die Tricontinentale –, daß der Moment der richtige ist, um den Kampf zu beginnen – oder auch nicht. Wir dürfen uns aber weder der Illusion hingeben, die Freiheit ohne Kampf erreichen zu können, noch haben wir ein Recht darauf. Und die Kämpfe werden nicht bloße Straßenkämpfe mit Steinen gegen Tränengas sein, nicht friedliche Generalstreiks und auch nicht der Kampf eines empörten Volkes, das in zwei oder drei Tagen das repressive Gerüst der regierenden Oligarchie stürzt. Es wird ein langer, blutiger Kampf, dessen Front die Stützpunkte der Guerillas in den Städten, in den Häusern der Guerilleros sein werden, dort, wo die Repression die wehrlosen Opfer unter Familienangehörigen suchen wird. Der Kampf wird inmitten der massakrierten Bauernbevölkerung stattfinden, in den von feindlichen Bombardements zerstörten Dörfern und Städten.“

Wir wissen heute nicht nur, daß die Repression sich auch in Europa ihre Opfer unter den Angehörigen der Guerillas sucht, und wir wissen, wie unsere Angehörigen vom Staatsschutz terrorisiert werden; wir wissen auch, daß der Staatsschutz, die Abteilung Terror des BKA oder vielleicht auch die in der Bonner US-Botschaft installierte Spezialeinheit der CIA für Counterinsurgency angefangen haben, die Städte und Zivilbevölkerung hier zu terrorisieren: die Anschläge im Bremer, Hamburger und Nürnberger Hauptbahnhof; wir wissen heute, daß sich die Counterinsurgency-Methoden des westdeutschen Staatsschutzapparates mit denen in den Staaten Lateinamerikas auch darin decken, daß hier gefangene Stadtguerillas gefoltert werden, um Aussagen zu erpressen und um sie zu brechen und daß Guerillas nach ihrer Gefangennahme ermordet werden: Holger, Siegfried, in Italien: Mara –

Aber wir wissen auch schon, daß „der Moment der Intervention“ der richtige ist, um den Kampf in den Metropolen zu beginnen, um die imperialistische Maschine anzugreifen und die Tak-

tik zu entwickeln, die zum Teil zu einer neuen internationalistischen Strategie des Weltproletariats aufsteigen wird.

(Quelle: Nr. 3, ohne Datum)

(1) Counterinsurgency wird im Wörterbuch der US-militärischen Ausdrücke für den gemeinsamen Sprachgebrauch definiert als: „diejenigen militärischen, politischen, ökonomischen, psychologischen und zivilen Handlungen, die von einer Regierung durchgeführt werden, um subversiven Aufruhr zu zerschlagen“. (nach „texte“ der RAF*)

(2) in der Vorlage fehlt: Teil

(3) Teil 2 wird hier nicht dokumentiert

(4) Insurrektion: Aufstand, Aufruhr, Erhebung

(5) Trikont: die drei Kontinente Amerika, Afrika, Asien. Der Hinweis auf Che's Botschaft an die Tricontinentale bezieht sich auf die Rede Ernesto Che Guevaras von 1967: „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!“ Che sagte dann, daß das strategische Ziel sein müsse, den Imperialismus zu zerstören, die Aufgabe, die der Trikont darin habe, sei die Eliminierung der Ernährungsbasen des Imperialismus. Der grundlegende Faktor dieses strategischen Ziels sei der bewaffnete Kampf, der die Eigenschaft haben werde, sich in eine sozialistische Revolution zu verwandeln. Weiter sagte er, der bewaffnete Kampf müsse dorthin getragen werden, wohin der Feind ihn bringe, zu seinem Haus, zu seinen Vergnügungsvierteln, zu seinen Kasernen ...

(6) konstituieren: gründen, festsetzen

(7) insistieren: auf etwas bestehen

(8) Walt Rostow: US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler. Er war Leiter des politischen Planungsstabes im State Department unter Kennedy und Johnson. Von 1947 bis 1949 Sonderbeauftragter beim Exekutivrat der europäischen Wirtschaftskommission (beteiligt am Marshallplan), weiterhin beteiligt an der Vorbereitung eines allgemeinen Plans für den Wiederaufbau Westeuropas; Strategie der Kalten Kriegsführung.

(9) evident: offenkundig

(10) transformieren: umwandeln, umgestalten

(11) Egon Bahr (SPD): Von 1969 bis 1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, beteiligt am deutsch-sowjetischen Vertrag, Verhandlungsführer der BRD mit der DDR (Grundvertrag); 1972 bis 1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1974 Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1976-81 SPD-Bundesgeschäftsführer, Mitglied des SPD-Parteivorstands.

(12) selektiv: auf Auswahl beruhend

(13) Idi Amin: vormals Unteroffizier der ugandischen Armee; führte 1971 den Militärputsch gegen Obote, danach wurde er Präsident von Uganda bis zu seinem Sturz durch die tansanische Armee 1979.

(14) Reza Pahlevi: ehemals Schah von Persien

(15) Frelimo: Befreiungsfront von Mozambique

(16) Hans-Jürgen Wischniewski (SPD): 1966 bis 1968 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1974 bis 1976 Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1976 bis 1980 und 1982 Staatsminister im Bundeskanzleramt; koordinierte 1977 die Aktion in Mogadischu.

(17) Sadat: ägyptischer Staatspräsident, fiel im Okt. 81 einem Attentat zum Opfer

Chaled: ab 1975 König von Saudi-Arabien

Rabin: 1974-1977 israelischer Ministerpräsident

Mobutu: 1960 von Lumumba, dem Führer des Befreiungskampfes in der ehemaligen belgischen Kolonie Kongo (heute Zaire), zum Oberst und Chef des Generalstabes der Armee ernannt. Er führte 1970 einen von den Imperialisten inszenierten Putsch und ließ Lumumba ermorden. Durch einen erneuten Putsch 1965 wurde Mobutu Staatschef, 1970, 1977 und 1984 in seinem Amt bestätigt.

(18) IWF-Sonderziehungsrechte: Das SZR ist ein am 1.1.70 neugeschaffenes internationales „Geld“, das in Gold definiert wird. Im bestimmten Verhältnis zu den gezeichneten, also eingezahlten Quoten kann danach ein Land vom IWF Geld zur Schuldzahlung abbuchen. Es ist neben Gold, US-Dollar und anderen Reservepositionen die vierte Art eines Kreditinstruments. Bei Zahlungsschwierigkeiten erhält ein Land vom IWF gegen Hingabe von SZR fremde Währung zur Abdeckung von Schuldzahlung, immer verbunden mit massiven wirtschaftspolitischen Auflagen.

(19) interdependent: voneinander abhängig

(20) D. Moynihan, Prof. Ph. D.: amerikanischer Politiker und Politologe. Ab 1975 wurde er als Nachfolger von Scali zum Vertreter der USA bei den UN ernannt, wo er „höchst diplomatisch den amerikanischen Standpunkt“ vertrat; er trat 1976 zurück.

(21) in der Vorlage: sind

(22) MPLA: Befreiungsfront in der ehemaligen portugiesischen Kolonie Angola

(23) Holden Roberto: Führer der pro-westlichen früheren Befreiungsbewegung FLNA in Angola; nach Gründung der VR Angola 1975 kämpfte er im Sold des US-imperialismus und Südafrikas für die Beseitigung der antiimperialistischen MPLA-Regierung.

(24) Günter Guillaume: Brandt-Berater im Kanzleramt, wurde als DDR-Agent enttarnt. Seine Enttarnung 1974 wurde der offizielle Anlaß für den Rücktritt Brandts und die Ablösung Brandts durch Helmut Schmidt.

(25) Dr. J.K. Nyerere: Von 1962 bis 1986 Präsident von Tansania, Vorsitzender der TANU (Tanganyika African National Union). Mitbegründer des „Ujamaa-Sozialismus“ (Ujamaa: Brüderlichkeit) als Modell für einen afrikanischen Sozialismus. Unterstützte die afrikanischen Befreiungsbewegungen.

(26) in der Vorlage: er

(27) Kai Uwe von Hassel (CDU): Nach Internierung ab 1956 einer der Stellvertreter Adenauers. Er löste im Januar 1963 Strauß („Spiegel“-Affäre) als Verteidigungsminister ab. Ab 1966 Vertriebenenminister. Löste 1969 bis '72 Gerstenmaier als Bundestagspräsident ab. Dann bis 1976 Vizepräsident. Danach Europaparlamentarier (WEU, EUCD). War 1985 als Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung in Südafrika, wo er die „vollkommen einseitige Haltung der Evangelischen Kirche Deutschlands“ in der Südafrika-Frage verurteilte.

(28) entfällt

(29) determinieren: bestimmen, entscheiden

(30) Hussein: jordanischer König, verantwortlich für das Massaker an den Palästinensern im September 1970 (Schwarzer September).

Gabus: Sultan von Oman

(31) autochton: eingeboren

(32) Dislozierung: räumliche Verteilung von Truppen

Ein weiterer Teil der „Erklärung zur Sache“ befaßt sich mit

b. Geschichte der BRD

Inhalt: Gründung der BRD als US-Kolonie; Funktion der BRD in der US-Counterstrategie; strategisches Zentrum in Westeuropa; Ausschaltung und Zerschlagung der alten Linken; Kritik der KPD; Rolle der Sozialdemokratie und des DGB; Restauration des Monopolkapitalismus; Kolonisierung des Proletariats; Reeducation, Repression und Hunger als Mittel; Ausbau des Repressionsapparates; Marshallplan; wachsende Abhängigkeit der BRD von den USA; Übergang zur Expansion auf äußere Märkte; Ausplünderung der Peripherie – Entwicklung „harmonischer“ Klassenbeziehungen im Innern – Rollback gegen die sozialistischen Staaten; Entwicklungshilfepolitik; Ausweitung des BRD-Einflusses; Kapitalexpansion; Änderung des internationalen Kräfteverhältnisses; Anpassung der imperialistischen Staatsmaschine; die Studentenbewegung und ihr Zerfall.

Geschichte der BRD

So ist einer der Gründe für die im europäischen Rahmen relative Stabilität des westdeutschen Staates und für die Effizienz des sozialdemokratischen Antikommunismus, mit der Folge, daß das, was auf Staatsebene jetzt der Radikalenerlaß ist, schon immer für die Organisation des Proletariats – Sozialdemokratie und Gewerkschaften – gilt: daß Radikale aus ihnen ausgeschlossen sind – die Schwäche der alten Linken, die Tatsache, daß die radikale Linke in diesem Staat immer isoliert war. Wir würden sagen, das hat fünf Determinanten, von denen jede einzelne ausreicht, eine politische Bewegung fertig zu machen, und von denen keine – so – auf eine Linke in einem anderen Land, Frankreich und Italien als Beispiel, zutrifft.

Einmal natürlich der Ökonomismus der 3. Internationale, ihre Fehleinschätzung sowohl der Kampfkraft des Proletariats, worin seine Neuzusammensetzung nach dem 1. Weltkrieg – Taylorismus, Dequalifizierung, neue organische Zusammensetzung des Kapitals – sowie die Irrationalität und das Repressionspotential der Bourgeoisie nicht begriffen war, so daß 1933 weniger eine Niederlage der Organisationen des Proletariats war als die Besiegelung ihrer Kapitulation – ihres Verzichts auf Offensive, proletarische Politik;

dann die Tatsache, daß der Faschismus massenhaft Kader des Proletariats ermordet und zerstört hat, und eben nicht im Kampf, sondern längst entwaffnet und in den Konzentrationslagern;

und in allen anderen Staaten, die der Faschismus besetzt hielt, gab es bewaffneten Widerstand – Resistance – gegen die ausländische Besatzungsmacht, mit der der Faschismus dort gleichgesetzt war;

durch die Spaltung saß die kommunistische Linke und überhaupt die intellektuelle Linke in der DDR;

sicher in keinem Staat, außer in den USA, ist der Kalte Krieg so scharf auch nach innen geführt worden, nicht nur propagandistisch, sondern materiell: 1951 wurde die FDJ verboten, 1956 die KPD – auf der Basis einer permanenten antikommunistischen Mobilisierung der NS-Faschisten verglichen werden kann, in und an Berlin;

schließlich die wenigen Gruppen, die im Faschismus illegal gearbeitet hatten, sind nach 1945 von den Alliierten systematisch aus dem Prozeß der Neugründung der Arbeiterorganisationen ausgeschaltet worden.

So wird die Antwort auf das Phänomen, daß diese Linke 1966 von der SPD – Heinemann und Brandt – so leicht geschnappt werden konnte, daß sie über die Entspannungspolitik, also für ein taktisches Manöver des Imperialismus gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten, um die DDR zu isolieren und sich freie

Hand in der Verteidigung des Imperialismus gegen die Befreiungskriege der Völker der Dritten Welt zu verschaffen – vergaß, wofür sie eingetreten war: Entmilitarisierung, Desengagement, Demokratisierung des Staatsapparates, Austritt der Bundesrepublik aus der Nato, kernwaffenfreie Zone – leicht:

Diese Linke, auch nicht Teile von ihr, hat je die Lösung ihrer Ziele durch proletarische Politik, bewaffneten Kampf, Eroberung der Macht gewollt – sie hatte keinen Begriff vom Klassenkampf, weil sie keinen von proletarischem Internationalismus hatte.

Ein wesentliches Moment war, daß ihre Politik aus der Identifikation mit Opfern – den Opfern des Faschismus, den Opfern von Hiroshima, den Opfern der Kommunistenverfolgung in der Bundesrepublik – kam – es gab keinen Kampf, mit dem sie sich hätte identifizieren können, als Beispiel für Konsequenz, materialistische Dialektik, revolutionäre Moral. Ihr Anschluß an Heinemann und Brandt war so einfach Ausdruck der Ermüdung einer Linken, die Verfolgung erlitten hatte, ohne in ihr einen materiellen Sinn, Kampf, finden zu können.

Es geht nicht darum festzustellen, daß ihre Politik irrelevant war – sie war eine Form des Überwinterns im Kalten Krieg –, es geht darum festzustellen, daß irrelevante politische Positionen zwangsläufig Korrumptierungsprozesse in Gang setzen, bis das Relative vom kleineren Übel abgelöst ist – es ist die Geschichte einer Linken, die sich des weltrevolutionären Prozesses aus ihrer Lage in der Bundesrepublik, dem reaktionärsten Staat im Staatensystem des US-Imperialismus, nicht bewußt war.

Wenn wir von Korrumptierungsprozeß sprechen, meinen wir auch die Bündnispolitik der Kommunistischen Partei, die darauf basierte, daß diese Partei selbst keine andere als eine bürgerliche Parteipraxis hatte. Oder besser: eine sozialdemokratische – institutionenorientierte – und bezogen auf eine Öffentlichkeit, die von den imperialistischen Medien besetzt ist. Hatte die alte KP die Neuzusammensetzung des Proletariats nicht begriffen, so die Linke nach 1945 nicht, daß sie in einem US-Counterstaat lebte, dessen Institutionen nur über Scheinlegitimation verfügten, deren politische Direktionsgewalt im US-Außenministerium und Pentagon sitzt, mit dem Kanzler in Bonn als Marionette.

Die Struktur – Persönlichkeitsstruktur, politische Geschichte, Erfahrungen – von denen die alte Linke ausging, waren dieselben oder ähnliche wie die der Kommunisten in osteuropäischen Regierungen – also 3. Internationale, Faschismus, 2. Weltkrieg, Kalter Krieg. Es ist eine Generation und eine Ideologie, die – banal gesagt – abgekämpft ist, alt, so schließlich dem Konsumangebot und Privilegierungen der hochindustrialisierten Staaten erlegen.

BRD-Geschichte

Bei der Entwicklung des imperialistischen Weltsystems unter der Hegemonie des US-Kapitals und seinem politisch-militärischen Ausdruck: der US-Außenpolitik und ihrem hauptsächlichsten Instrument – dem US-Militär – gründeten die USA nach '45 drei Staaten als Operationsbasen amerikanischer Außenpolitik außerhalb der USA: die Bundesrepublik, Südkorea und Südvietnam. Die Funktion dieser Staaten für den US-Imperialismus ging von Anfang an in zwei Richtungen: Sie waren Operationsbasen des US-Militärs zur Einkreisung und zum schließlichen Roll-back der Sowjetunion bzw. des sowjetischen Militärs, und sie waren Operationsbasen des amerikanischen Kapitals zur Organisation der Region Süd-Ost und Ostasien dort, Westeuropa hier unter das Interesse des US-Kapitals.

Daß die Innenpolitik und Außenpolitik von Südkorea und Südvietnam unmittelbar CIA-Politik war, ist eine Banalität aus der ökonomischen Schwäche der Kompradorenbourgeoisie in den Staaten des Neokolonialismus. Daß ein Staat mit dem ökonomischen Potential der Bundesrepublik für die Dauer von 30 Jahren über keine eigene Direktionsgewalt verfügt, ist einer der Gründe, weshalb in diesem Staat eine radikale politische Orientierung besonders schwierig und, wie wir erfahren haben, überhaupt nur durch bewaffneten antiimperialistischen Kampf zu erobern ist.

Das politische Projekt, das die USA als hegemoniale Kapital-

und Besatzungsmacht in den drei Westzonen mit dem westdeutschen Staat verfolgten, war von Anfang an legitimationsunfähig: Restauration des Monopolkapitals, Rekonstruktion der alten Herrschaftseliten in Wirtschaft und Staat, jetzt unter dem Kommando des US-Kapitals, Remilitarisierung und Integration der drei Westzonen in das Wirtschafts- und Militärsystem des US-Imperialismus nach dem Modell einer kolonialen Administration, Kontinuität des Antikommunismus als herrschende Ideologie, Ausschaltung des Proletariats aus der Politik. Diese Politik stand nie zur Disposition, über sie ist nie in Wahlen abgestimmt, sondern in Washington entschieden worden.

Als '49 nach Gründung der Bundesrepublik schließlich Wahlen stattfinden konnten, war die Währung der Bundesrepublik bereits in das Dollarsystem von Bretton-Wood (1) integriert, hatte der Parlamentarische Rat nach den Auflagen der Alliierten – und das hieß, der USA – diesem Staat eine Verfassung gegeben, in der Richtlinien von einer Figur, dem Kanzler, gemacht werden – das heißt die Verfassung eines Marionettenregimes, wenn man von der Praxis und Realität des Adenauerregimes ausgeht und mal nicht von den verfassungsrechtlichen Rationalisierungen, mit denen man vorgibt, aus Weimar gelernt zu haben.

In der Sozialdemokratie waren die Machtkämpfe zugunsten von Schumachers (2) antikommunistischer Linie abgeschlossen – sie hatte die alte Rolle wie 1918, Bollwerk gegen den Einfluß von Kommunisten gegen jeden Ansatz von Arbeiterautonomie zu sein – jetzt finanziert vom US-Kapital – wieder übernommen. Alle Schlüsselpositionen in den Bundesvorständen der Gewerkschaften und im DGB waren von den alten Funktionären besetzt, die sich schon in Weimar für das Kapital, für die Integration des Klassenkampfes in das Kapital bewährt hatten. Alle Ansätze, die das Selbstverständliche versucht hatten, die Organisation des Proletariats aus den illegalen Gruppen, die in der Zeit des Faschismus Widerstand geleistet hatten, zu rekonstruieren, waren zerschlagen.

Die Politik der USA in Vietnam und Korea hatte von Anfang an Rückwirkungen auf Westeuropa und auf die Funktion der Bundesrepublik für die USA im Prozeß der westeuropäischen Zusammenschlüsse auf der Ebene der Ökonomie – Schumannplan, also Montanunion (3) – und die Integration Westeuropas in die Nato. Die operationelle Rolle, die die USA der Bundesrepublik als dem westeuropäischen Staat, über den sie politisch, militärisch, ökonomisch und ideologisch total verfügten, bei der Unterwerfung Westeuropas unter die amerikanische Strategie zuweisen, ist mit der Südost-Asien-Politik untrennbar verbunden.

Das Interesse der USA, Frankreich in Indochina abzulösen, war wesentlich davon bestimmt, daß die Integration der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis nicht ohne das Einverständnis Frankreichs möglich war, Frankreich aber erst zustimmen wollte, nachdem es sein eigenes Militär zur führenden Militärmacht in Westeuropa ausgebaut hatte.

Kolko schreibt: Erstens und vor allen Dingen wollten die USA Frankreich über den Sieg in Vietnam nach Europa zurückbringen. 1961 hatte Cabot Lodge (4) erklärt: „Je eher sie – die Franzosen – dort zu einem erfolgreichen Ende kommen, desto besser für die Nato, dann können sie ihre Streitkräfte hierher verlegen und den Aufbau ihrer Armee in Europa forcieren.“ „Unter diesem Gesichtspunkt“ – schreibt Kolko – „war Vietnam der direkte Schlüssel zu Deutschland.“

Noch wichtiger vielleicht und fundamentaler für die Entwicklung der Bundesrepublik war der amerikanische Krieg in Korea. Daß Nordkorea den Süden überfallen hätte, ist eine der Legenden, die die USA brauchten, um Westeuropa das Projekt der Wiederaufrüstung des vom deutschen Monopolkapital beherrschten Teils Deutschlands aufzudrängen, um der Behauptung der Gefahr einer kommunistischen Aggression Evidenz zu verschaffen, die in Stalins Politik nach '45 keine Gründe fand. Stalins Politik war tatsächlich defensiv; eine Defensive, die so weit ging, daß er nicht mal der griechischen Widerstandsbewegung gegen die Engländer, später die USA bereit war, Waffen zu liefern, und Jugoslawien verboten hat, das an Griechenland angrenzende Terrain der Guerilla als Hinterland offen zu halten.

Die besondere Bedeutung des Korea-Kriegs für die Ge-

schichte der Bundesrepublik lag in dem durch diesen Krieg ermöglichten Wirtschaftsboom für die deutsche Investitionsgüterindustrie, der aufgrund des Potsdamer Abkommens verboten war, Rüstungsgüter zu produzieren, die aber genau den Bedarf an Investitionsgütern absetzen konnte, den die rüstungsproduzierenden Staaten England und Frankreich brauchten.

Die Bedingungen, aus denen die Bundesrepublik relativ schnell nach dem Krieg wieder zu wirtschaftlicher Prosperität kam, unterscheiden sich nicht von den Bedingungen, durch die der Faschismus nach 1933 das Kapitalverhältnis konsolidiert hatte – nur daß die Hungersnot in den Westzonen 1946-47 jetzt eine von den USA manipulativ erzeugte, nicht krisenbedingt war, um in der Bevölkerung den Konsens für die Westintegration der drei Westzonen, also die Spaltung zu erzwingen. Der künstlich erzeugte Hunger setzte schließlich die Zustimmung zur Marshallplanhilfe der USA und seinen politischen Bedingungen durch – über die vom US-Kapital beherrschte Sozialdemokratie und Gewerkschaften konnte das Proletariat gezwungen werden, bis 1951 einen totalen Lohnstopp hinzunehmen – d.h. durch die absolute Mehrwertproduktion die Bedingungen für das folgende Wirtschaftswunder zu finanzieren. – Daß die Währungsreform die größte Volksenteignungsmaßnahme – Maßnahme des Klassenkampfes von oben – war, die sich das Kapital je in einem Land leisten konnte, gehört zu den Tatsachen, die in das Bewußtsein des Volkes hier kaum eingedrungen sind.

Wir werden das jetzt etwas ausführlicher darstellen:

Diese totale Integration in den US-Staat ist eine Konsequenz der globalen Counterstrategie des US-Imperialismus und notwendige Bedingung der Funktion des BRD-Staats für diese Strategie.

Es war das antikommunistische Ausrottungsprojekt der Strategen des US-Imperialismus, die Sowjetunion durch die faschistischen Armeen vernichten zu lassen – woraus sich eben auch erklärt, weshalb die von der Sowjetunion immer wieder geforderte Errichtung einer zweiten Front im Westen von der US-Regierung immer wieder verzögert wurde.

Aber spätestens Anfang 1943 war klar, daß dieses Projekt zusammen mit den faschistischen Armeen vom Widerstand der Sowjets zerschlagen wurde – und obwohl die Sowjetunion die beabsichtigten ungeheuren Opfer und Verwüstungen erlitt, wurde klar, daß die Gegenoffensive der sowjetischen Armee die Kräfteverhältnisse in Europa umwälzen würde.

Als am 20.7.44 auch der Putschplan der „deutschen Bourgeoisie mit ihrem Junkergehirn“ (Brecht) am Dilettantismus der imperialistischen Junkergeneräle gescheitert war – nämlich durch den Sturz der Nationalsozialisten zu einem antikommunistischen Bündnis mit dem amerikanischen und britischen Imperialismus zu kommen und den Krieg gemeinsam gegen die Sowjetunion fortzusetzen –, mußte der US-Imperialismus zunächst den deutschen Imperialismus militärisch besiegen und unterwerfen, um dann mit ihm den antikommunistischen Krieg fortzusetzen. Diese Perspektive zeichnete sich schon ab in der taktischen Bestimmung des amerikanischen Bomberkommandos: Seine Ziele waren nicht die deutschen Industrieanlagen – die übrigens teilweise sowieso den US-Konzernen, z.B. Standard Oil, ITT, Ford und General Motors, gehörten, deren Profite unter dem Faschismus und in Zusammenarbeit mit dem faschistischen Staat ausgezeichnet waren –, dieses Potential blieb im wesentlichen unzerstört; Ziele der Terrorbombardements waren die Wohnviertel der Bevölkerung. Diese Bestimmung zielte ebenso wie die propagandistische Anstrengung der US-Regierung, die Deutschen insgesamt mit dem faschistischen Staat zu identifizieren, auf die totale Demoralisierung und präventive Ausschaltung jedes Widerstandes in Deutschland gegen die Pläne des US-Imperialismus.

Eine Bedingung des antikommunistischen US-Projekts war nach '45 einerseits die Erhaltung und Sicherung der monopolkapitalistischen Strukturen in den Westzonen – andererseits aber die Ausschaltung der alten antifaschistischen Linken, sie wurde aus der Administration hinausgesäubert, und alte Nazis wurden reintegriert. Die Leichtigkeit, mit der diese reaktionäre Strukturierung des Apparats durchgesetzt werden konnte, ver-

weist auf die Schwäche der alten Linken.

Mit der Konzeption „antifaschistisch-demokratische Übergangsperiode“, deren Ausgangspunkt in der Volksfront-Taktik der 3. Internationalen, dem Bündnis mit dem bürgerlichen Antifaschismus liegt, war diese Linke von vornherein politisch-militärisch und ideologisch entwaffnet und in der Defensive gegen die US-Counterstrategie.

Indem sie mit dieser defensiven Bündiskonzeption ignorierte, was spätestens nach der US-Taktik in der Antihitler-Koalition und der Verstärkung der expansionistischen Entwicklung des US-Kapitals in der Dritten Welt zu begreifen war: daß der Imperialismus ein Weltssystem ist, aus dessen sich entfaltendem Grundwiderspruch zwischen Überbau und ökonomischer Basis sich der Faschismus notwendig und unausweichlich entwickelt, und daß der Imperialismus diesen Widerspruch nur durch Krieg zu lösen versuchen kann, die Führungsmacht des Weltsystems, die USA also, der Hauptfeind ist – indem sie das ignorierte, hatte die Linke ihre reibungslose Ausschaltung programmiert.

Nachdem ihre Bemühungen, die Sozialisierung wenigstens der Schlüsselindustrien gegen die US-Besatzungsmacht durchzusetzen, gescheitert waren und sie aus allen Positionen der Administration ausgeschaltet war, ging der BRD-Staat seiner Funktion im US-Staaten-System entsprechend zu ihrer administrativen Verfolgung mit dem Ziel ihrer Vernichtung auch nur als oppositioneller Bewegung innerhalb der Formaldemokratie über; im August 1951 verabschiedete der Bundestag die „Blitzgesetze“, die die 1946 aufgehobenen Hoch- und Landesvertragsparagrafen neugefaßt wiedereinführten und neue „ins Vorfeld verlegte“ Staatsgefährdungsdelikte schufen, mit denen z.B. Beziehung zur DDR beliebig kriminalisiert werden konnte (5). Die Analogie dieser Maßnahmen zum McCarthyismus in den USA verweist auf die direkte Funktionalität dieses Staats für die US-Counterstrategie, die jeden seiner Schritte aus dem globalen Rahmen bestimmt: „ein Freiheitsopfer“ für den Koreakrieg, „um die Freiheit zu bewahren“, wie der damalige Bundesjustizminister Dehler zu den Gesetzen in der Bundestagsdebatte 1950 sagte.

Nachdem schon Hunderte aufgrund dieser Gesetze in die Gefängnisse gesperrt worden waren, stellte das KPD-Verbot 1956 im Grunde nur noch de jure fest, was faktisch schon seit Jahren Realität war: die Zerschlagung der im Rahmen der KP organisierten Linken – nicht weil sie revolutionäre Politik machte, was sie nicht tat, sondern weil die Vernichtung politischer Opposition Teil des Selbstverständnisses, konstituierender Teil dieses Staates ist:

weil dieser ganze Staat als Teil ihrer Counterstrategie von den USA konstituiert worden ist und es sein ganzes Wesen bestimmt, dieser Teil zu sein.

Die Politik der alten antifaschistischen Linken, die sie in ihre totale Niederlage führte, konnte sie nur genau dorthin führen: Denn sie war begründet und hervorgegangen aus dem Internationalismusbegriff Stalins – das hieß Politik zum Schutz des Sowjetstaats gegen die imperialistische Interventionsdrohung – ersetzte den proletarischen Internationalismus, die Politik zur Befreiung des Weltproletariats, den Klasseninhalt.

Der Internationalismus der KPD/SU unter Stalin hat den proletarischen Inhalt verloren und war nur mehr eine Funktion der internationalen Beziehungen des Sowjetstaates. Weil die sowjetische (Staats)politik nicht zu dem Begriff kam, daß der konterrevolutionäre Klassenkrieg nur mit dem revolutionären Klassenkrieg zu bekämpfen ist, mußte die als Schutz und Unterstützung der Sowjetunion gegen die imperialistische Bedrohung bestimmte Politik der Kommunistischen Parteien des Westens zum Pazifismus werden.

Der Rückzug von der Führung des internationalen Klassenkampfes und ihre Ersetzung durch die Außenpolitik der „friedlichen Koexistenz“ und die Instrumentalisierung der Kommunistischen Parteien für diese Politik der Sowjetunion konnte auch den Antifaschismus in Europa nur ohne Orientierung vom Klassenkampf aus lassen, ihn nicht auf seinen Begriff bringen: Zerschlagung des monopolkapitalistischen Systems, die soziale Revolution.

So mußten diesem Antifaschismus vom Kleinbürgertum und den von Hitler gestörten monopolistischen Bourgeoisien Euro-

pas ihre Ziele aufgezwungen werden: das Wesen des Imperialismus nicht mehr als Reaktion und Krieg zu begreifen; im Drang der USA nach Herrschaft nun Befreiung zu sehen; den Sturz des Kapitals nicht mehr als die notwendige Bedingung wirklicher Demokratie anzustreben – kurz: eine Form der Diktatur der Bourgeoisie gegen eine andere, den Faschismus, zu verteidigen. Der Antifaschismus wurde zur Apologie des Imperialismus – und indem das Proletariat, führungslos, sich die bürgerliche Demokratie als Ziel aufzwingen ließ, anstatt sie als eine Bedingung des Kampfes für sein Ziel – was sie immer nur war und sein kann – zu nutzen, überließ sie diese Bedingung dem Kapital, das sie allerdings vollkommen für sich nutzte. Das Proletariat war machtlos, entwaffnet.

Ohne eine proletarische Gegenmacht, ohne den Versuch, sie aufzubauen, konnte das Kapital gegen die Inhalte sozialistischer Politik und Agitation, ohne auf relevanten Widerstand zu stoßen, seine antikommunistische Hetze, den Dreck, das imperialistische Gift durchsetzen und das Bewußtsein des Volkes besetzen.

Das vernichtete die KPD – lange vor dem Verbot.

Dieser Staat BRD mußte uns in der Studentenbewegung notwendig ganz besonders unmißverständlich begreifen lehren.

Denn seine Reaktionen auf oppositionelle Bewegungen sind durch seine Geschichte bedingt. Sie resultieren aus seiner historischen und organischen Verbindung mit dem faschistischen Nazi-Staat und den Bestimmungen des US-Imperialismus nach 1945, denen die faschistische Tradition funktional war: Das heißt, mit dem militärischen Sieg und der Besetzung des westdeutschen Staates hat der US-Imperialismus sich die Herrschaft über das deutsche Monopolkapital angeeignet, das nach 1945 ungebrochen und an den aggressiven und expansionistischen Zielen festhaltend weiterbestand. Und mit der Schaffung des BRD-Staats hat der US-Imperialismus diesem deutschen Monopolkapital das Organ zur Realisierung dieser Ziele geliefert – als Kontinuum des faschistischen Nazi-Staates jetzt unter der Herrschaft des US-Kapitals und total in das Staatensystem des US-Imperialismus integriert: mit einer besonderen Funktion für das US-Staatensystem, nämlich strategisches Zentrum des US-Imperialismus in Westeuropa zu sein, gegen die sozialistischen Länder, gegen die Dritte Welt, gegen die noch bestehenden Reste nationaler Kapitale, d.h. für die Durchdringung und Kolonisierung Westeuropas durch das Kapital.

Der US-Imperialismus konnte diese besondere Funktion herstellen aufgrund der günstigen (militär)strategischen Lage Westdeutschlands und der Aggressivität des faschistischen deutschen Monopolkapitals, dem er nach seiner Unterwerfung und Integration die Möglichkeit gab, die alten, gerade von der Wehrmacht verfehlten Kriegsziele jetzt innerhalb der US-Strategie und für die globalen Ziele des US-Imperialismus weiterzuverfolgen.

Die besondere Funktion des BRD-Staats für das Staatensystem des US-Imperialismus hat die „besonderen Beziehungen“ zum US-Staat zur Voraussetzung, die sich mit einem klaren und einfachen Bild darstellen läßt: Mit dem BRD-Staat produzierte der US-Imperialismus 1945/49 seinen soundsovielten – damals wohl 31. – Bundesstaat. Was konkret bedeutet, daß z.B. nicht nur GI's aus Kalifornien und Ohio, sondern auch Rekruten der Bundeswehr in Texas ausgebildet werden; daß amerikanische Offiziere genauso wie bundesdeutsche in den Counterinsurgency-Lehrgängen in Fort Bragg und Leavenworth den Antiguerilla-Krieg lernen; und auch, daß z.B. 1961 ein Drittel der MdB und die Hälfte der Bundesratsmitglieder sowie zehn Minister der Adenauer-Regierung 1962 Teilnehmer eines vom State Department in den USA durchgeführten „Studien- und Informationsprogramms für Führungskräfte“ waren.

Und der Massenkonsum schließlich ab Mitte der 50er Jahre – denn vorher gab's ihn nicht – wirkte (nur noch) komplementär (6) zur antikommunistischen, psychologischen Aktion des Kalten Kriegs. Der Antikommunismus war der Operator der Politik des US-Imperialismus, das Instrument für die massenhafte Gehirnwäsche – „Reeducation“ –, und der Massenkonsum sicherte den Prozeß dann ab, indem er dem so kolonisierten Bewußtsein der Massen noch eine „materielle Grundlage“ unter-schob.



1953: Derart gesichert beschließt der Deutsche Bundestag die Verträge mit den Alliierten, die u.a. die Wiederaufrüstung vorsehen.

Den Massenkonsum zur Ursache für die ablehnende Haltung der Massen gegenüber sozialistischer Politik in der BRD in den 50er Jahren zu erklären, das ist nur die Sorte platter Interpretation von „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“, die Kalte Krieger, Kolonialschweine, Imperialismusapologeten wie Herbert Kremp (7) benutzen, um das Proletariat als korrumpierbar zu diffamieren – ist also selbst ein Bestandteil des antikommunistischen Drecks.

Die linken Organisationen, die damals der antikommunistischen Offensive nichts entgegenzusetzen hatten außer Pazifismus und Treue zur Sowjetunion, mußten in ihrer Defensive und Initiativlosigkeit verkümmern. Ihre unerbittliche Verfolgung, die überdeterminierte (8) Reaktion des Adenauer-Staates gegen sie – so, als ob sie revolutionär wären –, war in der Funktion der BRD für die US-Globalstrategie begründet, nicht in der Politik dieser Organisationen.

„Der Fehler des Kautskyanertums“ – sagt Lenin – „besteht darin, daß es, wenn es richtige demokratische Forderungen stellt, rückwärts schaut, auf den friedlichen Kapitalismus orientiert, und nicht vorwärts blickt, nicht Kurs auf die soziale Revolution nimmt. Er besteht darin, daß er Forderungen reformistisch stellt, die nur revolutionär gestellt werden dürfen.“

Und wir stellen das noch mal klar: Was die alte Linke ausschaltete, ihre Organisationen zur Bedeutungslosigkeit verurteilte, sie erst zerstörbar machte, war nicht der antikommunistische Terror des Adenauerstaats – die Bedingung, unter der dieser Terror erst (und nur) so effektiv werden konnte, war die Politik dieser Linken selbst. Es ist notwendig, die Politik der alten Linken zu kritisieren, denn wie sie auf der einen Seite exemplarisch zeigt, daß es in der Epoche des imperialistischen Weltsystems absolut unmöglich ist, proletarische Politik zu machen, ohne sich zu bewaffnen, Führung des Klassenkampfes zu sein, ohne Offensivpositionen der Klasse zu erobern, die Subjektivität der Klasse zu konstituieren, ohne die proletarische Gegenmacht aufzubauen – daß es unmöglich ist, das Kapital zu bekämpfen, ohne sein Antagonismus zu sein.

So ist die Korrumpierung der alten Linken auf der anderen Seite exemplarisch dafür, wie taktische Positionen verkommen und sich verselbständigen – „nicht Kurs auf die soziale Revolution nehmen“, wie Lenin sagt –, wenn sie nicht bestimmt sind vom Standpunkt und Ziel des Proletariats, sondern staatlicher Außenpolitik, wenn Internationalismus nicht begriffen wird als solidarisch praktisch-politische Beziehung zu den Revolutionären aller Länder, sondern als diplomatische Beziehung und Vertretung zu einem Staat, eben der Sowjetunion. Wenn also die Strategie nicht die Klasse ist, sondern der Staat, dann kann das strategische Ziel nicht die Emanzipation des Proletariats sein, sondern reduziert sich auf den Schutz des Staates.

Im Ost-West-Konflikt/Kalten Krieg auf der Seite der Sowjetunion und der von ihr bestimmten KPs zu stehen, bedeutet, daß es scheinbar nur die Alternative gab, auf der Seite der US-Imperialisten zu stehen, bedeutet, daß diese Linke sich in eine falsche Konfrontation stellte – weil sie nicht wußte, wo sie stand, ihre Analyse – wenn sie überhaupt eine hatte – nicht ausging vom Weltsystem des US-Imperialismus und der Funktion der BRD in ihm. Sie war desorientiert und lief so immer nur jeder taktischen Wendung des Imperialismus hinterher. Weil ihr Internationalismusbegriff der von diplomatischen Beziehungen war, war ihre Identität eine mit dem System, aber nicht mit den kämpfenden Völkern der Dritten Welt.

Von den Befreiungskriegen in der Dritten Welt, der antikolonialen Revolution fühlten sie sich höchstens am Rande tangiert. Ihr Verhältnis zu den proletarischen Massen in der Dritten Welt wie in den Metropolen war das einer Arbeiteraristokratie – Fanon (9) bezeichnet das genau, wenn er einen Satz des Franzosen Marcel Peju zitiert, 1960 während des Algerienkriegs geschrieben: „Wenn man den Aufbau des Sozialismus in Europa streng von den ‚Beziehungen zur Dritten Welt‘ trennt (als hätten wir lediglich diplomatische Beziehungen zu ihr), so gibt man, wesentlich oder nicht, der Ausnutzung kolonialen Erbes den Vorrang vor der Befreiung der unterentwickelten Länder; dann will man mit den Früchten imperialistischer Räuberei einen Sozialis-

mus des Luxus errichten – so wie man innerhalb einer Gang die Beute mehr oder weniger gerecht verteilt und den Armen ein bißchen davon abläßt, unter dem Zeichen der guten Werke, dabei aber vergißt, daß sie es sind, die man beraubt hat.“ Weil nicht die Identität mit dem Standpunkt der untersten Massen, sondern die Identität mit dem System imperialistischer Ausbeutung der Ausgangspunkt der alten Linken war und die Orientierung am Sowjetstaat ihre praktische Ausdrucksform, mußte die taktische Wendung des US-Imperialismus, die den Antagonismus zum Sowjetstaat scheinbar beseitigte, den grundsätzlich nicht-antagonistischen, grundsätzlich bürgerlichen Charakter der Politik dieser Linken restlos offensichtlich machen:

Mit dem Übergang des US-Imperialismus von der Politik des Kalten Kriegs zu „Entspannungspolitik“ als einer Notwendigkeit für ihn in seinem Krieg gegen die Völker der Dritten Welt wurde die manifeste Interventionsdrohung gegen die Sowjetunion beseitigt, und die als Schutz für die Sowjetunion bestimmte Politik der alten Linken wurde damit vollkommen auf ihren Begriff gebracht – die nackte Apologie imperialistischer Politik. Der Schein proletarischer Politik, den ihr die Ost-West-Konfrontation in den Jahren des Kalten Krieges bewahrt hatte, mußte sich genau an dem Punkt auflösen, wo die weltweite Ausbreitung der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt den US-Imperialismus zum taktischen Abschwächen und Einfrieren des Ost-West-Konflikts zwangen.

Das heißt, in der Verschärfung der tatsächlichen Konfrontation des Imperialismus mit bewaffneter proletarischer Politik wurde aus dem Schein der Politik der alten linken Arbeiteraristokratie sozialdemokratische Wirklichkeit hervorgebracht, die sie seit jeher war.

Keine der Protestbewegungen, die sie initiiert hat: gegen Wiederaufrüstung der Nato, von der Antiatombewegung bis zu den Notstandsgesetzen, kam zur Offensive gegen den BRD-Staat, dieses Produkt des US-Imperialismus, keine hat ihre Ziele erreicht – gegen die Taktik der Sozialdemokratie, sich an die Spitze der Proteste dann zu setzen, wenn sie eine Basis im Volk haben, um sie abzuwürgen und sich so die Bedingungen zur programmatischen Übernahme imperialistischer Politik und ihrer Ziele zu verschaffen.

Die Antifaschisten, die nach 1945 in der SPD waren, brauchten nicht von der US-Besatzungsmacht bzw. dem Adenauer-Regime ausgeschaltet zu werden, insofern die SPD dies selbst besorgte – das US-Kapital hatte ihre gesamte Führung schließlich nicht umsonst gekauft! Insofern die SPD-Führung von Anfang an vom US-Kapital bezahlt und also von ihm benutzt wurde, hatte sie mehr Erfolg als 1933 bei ihrem Versuch, sich den Nazis anzudienen – das sozialdemokratische Projekt war im wesentlichen das gleiche geblieben, wie es diese Agenten des Kapitals seit dem Weltkrieg I verfolgen, die Institutionalisierung der Klassenauseinandersetzung, um sie zu pazifizieren, um die autonome Aktion der Arbeiter als Antagonismus des Kapitalverhältnisses unmöglich zu machen. Der Unterschied bestand lediglich darin, daß die SPD jetzt nicht mehr für den deutschen, sondern für den US-Imperialismus agiert und daß sie nicht nur durch die bürokratische Organisation korrumpiert wurde, sondern direkt ihr Geld vom CIA bekam. Wo der Antikommunismus der SPD-Gruppe um Schumacher 1945 noch nicht oder nicht genug entwickelt war, sorgte jetzt die Politik Schumachers und das CIA-Geld dafür, diese Linie in der Partei durchzusetzen.

Die wesentliche Tatsache ist, daß Schumachers Antikommunismus (und der des übrigen Parteivorstands) die Politik der Partei bestimmte und daß er von Anfang an alles tat, um jede Zusammenarbeit mit der KPD zu blockieren. Gegen die von Otto Grotewohl (10) repräsentierte Tendenz zum Zusammenschluß der KPD und SPD auf der Grundlage des Kampfs gegen den Faschismus setzte Schumacher die demagogische Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus – also die Unvereinbarkeit von sozialdemokratischer Politik mit der Politik der KPD, was die Antifaschisten in der SPD dazu zwang, entweder Schumachers antikommunistische Linie zu akzeptieren oder die Partei zu verlassen.

War schon die traditionelle Bindung an die sozialdemokratischen Organisationen ein Hindernis gegen eine solche Entscheidung – eine „bürgerliche Arbeiterpartei“, eben: nicht Waf-

fen, sondern Besitz, 95% der SPD-Mitglieder nach 1945 waren schon vor 1933 sozialdemokratisch organisiert – und fehlte auf der anderen Seite die Alternative: proletarische Politik, so garantierten der Sozialdemokratie die Drohung mit staatlicher Verfolgung, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der SPD und des DGB, die Disziplinierungsmaßnahmen und Ausschlüsse, daß jeder Versuch auch nur eines Ansatzes der alten Antifaschisten in der SPD, die antikommunistische Linie zu ändern und zu einer Politik gegen die Restauration zu kommen, unmöglich waren.

Zugleich erhielt ihnen die SPD-Führung die Illusion, sich in einer „linken“ Organisation zu befinden – mit der Taktik, sich an die Spitze der Bewegung gegen Wiederbewaffnung und Nato, Atomtod und Notstandsgesetze zu setzen, um diese Bewegungen zu kanalisieren und abzuwürgen. An der grundsätzlichen Politik der SPD-Führung änderte diese Taktik natürlich absolut nichts – sie war vielmehr ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil genau dieser Politik – wie das, was an diesen Protestbewegungen mobilisiert wurde, auch irrelevant blieb für die Politik dieses Staates.

Während die alte Linke innerhalb des sozialdemokratischen Apparats – die Partei und Gewerkschaften – diszipliniert und integriert und damit durch den Apparat kontrollierbar und manipulierbar war, wurde tatsächlich jede politische Opposition außerhalb des sozialdemokratischen Apparats, egal ob revisionistisch, pazifistisch oder tendenziell radikal, von der KPD über die Gegner von Wiederbewaffnung und Atomtod bis zu Kriegsdienstverweigerern und Ostermarschierern, so verfolgt, als wäre sie revolutionär. Sie befand sich in der Lage, permanent von Kriminalisierung bedroht zu sein, ohne Illegalität als Offensivposition für bewaffneten Kampf begreifen zu können. Für sie galt, Illegalisierung war gleich Ausschaltung. Ihre Aktionen aus der vom Staat aufgezwungenen Illegalität waren wirkungslos – die Losungen an den Mauern, „KPD lebt“, die Flugblätter drückten nur das aus. Der Druck des Antikommunismus hat sie real deformiert – ihr fehlt schließlich jeder Begriff von Revolution, jeder Begriff von Dimension, die revolutionärer Kampf in den Metropolen bedeutet. Der US-Imperialismus als hegemoniale Macht, die aufgrund der strategischen Rolle der Bundesrepublik im US-Staatensystem die gesamte westdeutsche Innenpolitik beherrschte, blieb unbegriffen.

Der erste Schritt der Besatzungsmacht im ökonomischen Bereich bestand darin, daß sie das Kommando über die Unternehmen, also über die Arbeit in den für sie relevanten Bereichen mit der sogenannten „Treuhanderschaft“ übernahm. Sie fungierte damit in der Tat als Treuhänder des Monopolkapitals, denn ihr Militärapparat trat jetzt zur Sicherung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses an die Stelle der Nazi-Faschisten-Maschinerie, und als Treuhänder setzte sie Funktionäre ein, die genauso Nazis gewesen sind wie die früheren Wehrwirtschaftsführer, die nur für eine Zeitlang „aus dem Verkehr gezogen“ wurden, weil sie durch ihre Aktivitäten im Nazi-Staat allzu sehr kompromittiert waren.

Die monopolkapitalistische Struktur der westdeutschen Wirtschaft wurde von dieser Maßnahme nicht nur absolut nicht berührt – die Besatzer sicherten damit vielmehr die Kontinuität dieser Struktur.

Ebensowenig wurde die im Potsdamer Abkommen vereinbarte „Entflechtung“ von der US-Besatzungsmacht „mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermächtigen Konzentration des Wirtschaftslebens“ (Potsdamer Abkommen, § 12) durchgeführt. Die von den Besatzern als „Entflechtung“ durchgeführten Maßnahmen zielten nur darauf, die westdeutschen Monopole zu schwächen, um das Eindringen des US-Kapitals zu erleichtern und die Schlüsselindustrien unter die Kontrolle des US-Kapitals zu bringen. Enteignet und sozialisiert wurde da nichts – und wo die Arbeiter das forderten, stand ihnen nun nicht das geschwächte deutsche Kapital gegenüber, sondern – mit „treuen Händen“ – die US-Besatzungstruppen. Wo die Bevölkerung, wie in Hessen, für die Sozialisierung stimmte – wischte die US-Militärregierung diese Entscheidung mit einem Befehl vom Tisch.

Was von der Besatzungsmacht an formalen Veränderungen in der westdeutschen Wirtschaft realisiert worden ist, hatte den

Zweck, Illusionen zu schaffen, die Kontinuität der monopolistischen Struktur – das heißt der faschistischen Struktur – zu verschleiern, um sie zu sichern und, unter der Hegemonie des US-Kapitals, zu nutzen. Die Militärmaschine des US-Imperialismus löste den faschistischen Staatsapparat ab als Instrument der Organisation des Monopolkapitals in Westdeutschland für den Klassenkampf gegen das Proletariat – und für die Realisierung des US-Counterprojekts, die Errichtung des westdeutschen Staats, deren Voraussetzung diese Instrumentalisierung der Besatzungsmacht war: Wie dieser Staat ein Produkt der US-Globalstrategie war, so waren die Einheiten der US-Army auf seinem Territorium seine notwendige Voraussetzung und Existenzbedingung.

Wenn wir sagen, daß die US-Militärmaschine den nazi-faschistischen Staatsapparat ablöste, dann meinen wir damit, daß sie ihn keineswegs mit dem Ziel der Errichtung einer Demokratie zerschlug, sondern daß sie ihn nach den Erfordernissen der Restauration des Kapitalismus und der Herstellung günstiger Reproduktionsbedingungen für das Monopolkapital behandelte – das heißt, die Teile, die eine Funktion für den US-Imperialismus hatten, ohne wesentliche Veränderung von ihm übernommen und integriert wurden, wie die Organisation Gehlens (11), die ihre Aktivität unter CIA-Kommando (und mit dem Geld aus dem CIA-Budget) im Rahmen des Kalten Kriegs fortsetzte. Wie der nazi-faschistische Werkschutz, den die Besatzer erst vor der Wut der jahrelang von ihm geschundenen Arbeiter retteten, um ihn dann sofort in ihren Apparat der Kommandogewalt über die Arbeit einzugliedern.

Die „Deutsche Arbeitsfront“ der Faschisten gehörte zu jenem Teil des Apparats, den die US-Besatzer nicht übernehmen konnten, so daß sie – wie auch in Potsdam vereinbart – die Neugründung von Gewerkschaften zulassen mußten. Aber um sicherzustellen, daß nur Gewerkschaften entstehen nach dem Konzept des US-Imperialismus und wie in den USA selbst: nicht als Kampforganisation der Arbeiter, sondern als Organe der Klassenversöhnung, der Kontrolle und Institutionalisierung des Klassenkampfes, machte die Besatzungsmacht die Gründung von Gewerkschaften nicht nur von ihrer Genehmigung abhängig, sondern sie hatte auch die Durchsetzung ihrer Konzeption dadurch vorbereitet, daß sie sich mit dem Geld der US-Gewerkschaften – und das ist immer die CIA – die deutschen Gewerkschaftsfunktionäre gekauft hatte, die sich wie Hans Böckler (12) schon 30 Jahre vorher als Vertreter der „Arbeitsgemeinschafts“-Politik zum Verrat der Arbeiterinteressen qualifiziert hatten und die jetzt für die Institutionalisierung dieses Verrats in den Arbeiterorganisationen die Garantie sein sollten.

Ließ schon die Korruption dieser Funktionäre durch ihre Posten in der Bürokratie keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit, das imperialistische Konzept verpolizeilichter Gewerkschaften durchzusetzen, so konnte ihre direkte Bestechung mit den Geldern der CIA diese Entschlossenheit nur noch steigern.

Nachdem schon im Juni '45 die britische Besatzungsmacht in Hamburg die Auflösung der als Einheitsorganisation konzipierten „Sozialistischen Freien Gewerkschaft“ befohlen hatte, konnte Böckler Ende 1945 das Projekt des Deutschen Gewerkschaftsbundes als einer Dachorganisation zur hierarchischen Kontrolle der Einzelgewerkschaften durchsetzen – gegen die Vertreter der Basis, die die Einheitsgewerkschaft wollten, um die Arbeiter im ökonomischen Kampf zu vereinen – aber dafür in Übereinstimmung mit der Besatzungsmacht, die dieses anti-kommunistische Spaltungsprojekt natürlich anerkannte.

Die Gewerkschaften dieses Staates wurden nicht für die Arbeiter geschaffen – sondern gegen sie, für das Kapital und mit seinem Geld.

Sie sind Ausdruck eines Bruchs in der Geschichte der Kampforganisationen der deutschen Arbeiterklasse, sind Negation dieser Geschichte – wie überhaupt alles, was das US-Kommando nach 1945 gegen die Arbeiter unternahm, auf die Negation ihrer Geschichte, als Geschichte ihrer Klassenkämpfe, zielte –, und dem entspricht auf der Seite des Kapitals die vom US-Kommando gesicherte historische Kontinuität.

Der Begriff für die militärische Besetzung eines Landes und die Unterwerfung seiner Bevölkerung mit dem Ziel ihrer Ausbeutung ist Kolonisierung.

Kolonisierung ist immer wesentlich charakterisiert durch den Versuch der Besatzungsmacht, die Identität des unterworfenen Volkes zu vernichten, das Bewußtsein seiner historischen Existenz auszulöschen. Kolonisierung ist der Begriff für das, was die US-Besatzungsmacht nach 1945 in Westdeutschland gegen die Arbeiter durchgezogen hat. Und es ist eine Tatsache, daß sich diese Aggression gegen das Proletariat richtete – denn die deutsche Bourgeoisie zu kolonisieren, war natürlich nicht Sache des US-Imperialismus, insofern seine Interessen ihnen nicht widersprachen, sondern die der deutschen Bourgeoisie unter US-Hegemonie integriert werden konnten: Profit, die kosmopolitische Identität des Monopolkapitals –, und in seinem Wesen unterschied sich der Kolonisierungsprozeß nicht von denen in den Ländern der Dritten Welt. Unterschiede gab es nur in den späteren Phasen des Prozesses, weil das Ziel der Kolonisierung nicht die Entwicklung einer nur außengerichteten Funktion für die Kapitalakkumulation des US-Imperialismus war, sondern die Rekonstruktion eines selbstzentrierten Kapitalismus innerhalb des US-Staatensystems; die Abhängigkeit wurde über die Beherrschung aller strategischen Positionen durch das US-Kapital hergestellt und verankert. (Der selbstzentrierte Kapitalismus der BRD ist also sozusagen nur ein Bastard – was sich konkret ausdrückt in dem 30%igen Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt.)

Insgesamt ist die politische Kolonisierung des westdeutschen Proletariats gekennzeichnet durch die antikommunistische Offensive des US-Imperialismus und des deutschen Monopolkapitals an seiner Seite – Antikommunismus nach außen vermittelt durch die psychologische Kriegsführung im Rahmen der Roll-



Demonstration am 1. Mai 1949 in München

back-Strategie; nach innen vermittelt durch die Psychologisierung der Politik als Grundlage der „Reeducation“, der Gehirnwäsche gegen die Massen. Indem die Besatzungsmacht die Ursachen des Faschismus nicht nur in die Person seiner Führer, sondern mit der rassistischen Behauptung der „Kollektivschuld“ in den Charakter des ganzen Volkes verlagerte, verhinderte sie, daß die Niederlage der Arbeiterbewegung von 1933 als Konsequenz einer falschen Politik diskutiert wurde, und sie tabuisierte damit die tatsächliche Ursache des Faschismus: die herrschende Klasse des Monopolkapitalismus, das kapitalistische Produktionsverhältnis – und damit seine Kontinuität.

Psychologisierung der Repression

So wurde es möglich, daß die US-Besatzungsmacht in ihrer Gehirnwäschekampagne den Massen das Projekt einer Gesellschaftsordnung von „Freiheit und Demokratie“ losgelöst von den Prozessen an der ökonomischen Basis präsentieren konnte, als reine Ideologie, sozusagen als freischwebender Überbau: Das Funktionieren solcher Ordnung hinge nur ab von den sie tragenden Personen, vom „Charakter des Volkes“. Und ein wichtiges Moment dieser Kampagne, das vor allem den gekauften Führern der Sozialdemokratie zur Durchsetzung überlassen

wurde, war die Gleichsetzung der Kommunisten mit den Nazis unter dem „Totalitarismus“-Begriff als dem vermeintlichen Antagonismus zu Freiheit und Demokratie – zugleich auch ein wichtiges Moment nach außen in der Propaganda des Kalten Krieges.

Die Besatzungsmacht trat der deutschen Bevölkerung in der Reeducation-Kampagne nicht anders gegenüber als kolonialistische Eroberer der autochthonen Bevölkerung eines besetzten Landes in der Dritten Welt. Die Kampagne beruhte auf der wissenschaftlich verschleierte, rassistischen Behauptung einer „spezifischen Charakterstruktur des deutschen Volkes“, aus der sich seine „antidemokratische Einstellung“ ergebe und „in der Psyche des Volkes“ verankert sei usw., kurz: ein dem deutschen Volk „angeborener Fehler“, genauso wie für die französischen Kolonialherren die Algerier „geborene Verbrecher“ waren. Der „geistigen Infantilität der Eingeborenen“, mit der der Imperialismus seit je in der Dritten Welt operiert gegen die Völker, entspricht die „politische (demokratische) Infantilität“, mit der die US-imperialistische Besatzungsmacht in Westdeutschland gegen das Proletariat operierte.

Also ging es für die Besatzer darum, nach den Bestimmungen ihrer psychologischen Herrschaftstechniken „die Deutschen zur Demokratie zu erziehen“ – d.h. die Kultur, das Geschichtsverständnis, das Bewußtsein der historischen Existenz und Identität nicht nur zu verändern, sondern vor allem und zuerst zu brechen.

„Der Imperialismus mit seinen verschiedenen Namen“, sagt Yassir Arafat zur Kolonisierung, „ist in unsere Länder eingedrungen, um den Menschen zu erniedrigen, um ihn seiner (sie ihrer, Red.) zivilisatorischen, nationalen und menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten zu berauben, um ihm die grundlegenden Menschenrechte zu entziehen, um dann seine Rolle in der Geschichte und der Kultur zu unterdrücken, um seine geistigen und materiellen Energien auszubeuten und um seine schöpferische Fähigkeit zu lähmen.“ Diese allgemeinen Ziele der Kolonisierung verfolgte der US-Imperialismus auch mit dem spezifischen Projekt der politischen Kolonisierung des westdeutschen Proletariats. Ein Staatssekretär des State Department nannte die Behandlung eines einzelnen Kriminellen in einer modernen Strafanstalt eine „anschauliche Parallele“ zur „Behandlung Deutschlands“.

Die direkte Beziehung zwischen der Psychologisierung der Politik und Tabuisierung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses in der „Reeducation“ ist eine Reflexion des Versuchs, einen politischen Überbau zu schaffen, ohne daß sich ein Widerspruch zur ökonomischen Basis konkretisiert – anders gesagt: Um den Antagonismus von demokratischen Freiheiten und monopolistisch organisierter gesellschaftlicher Kapitalproduktion für das Monopolkapital zu lösen, mußten die Arbeiter daran gehindert werden, sich als das Subjekt dieses Antagonismus zu begreifen und gegen das Monopolkapital aufzustehen. Der Versuch, den Widerspruch zwischen Überbau und ökonomischer Basis mit Gehirnwäsche einfach wegzuerklären, verweist unmittelbar auf ein Hauptziel der Besatzer: den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit – den Klassenkampf – im Überbau zu institutionalisieren –, d.h. die Arbeiterorganisationen verstaatlichen, die Klassenauseinandersetzungen verrechtlichen und die Arbeiterautonomie, die sich in den Antagonismus zum Kapitalverhältnis stellt, kriminalisieren.

Die Psychologisierung der Politik durch die Besatzer in der Umerziehungskampagne als Mittel der Kolonisierung der Arbeiterklasse war eine Voraussetzung für die Institutionalisierung des Klassenkampfes – ihr grundlegendes, konstituierendes Element war die Politik der Klassenversöhnung, der „Kontrakt“ des Klassenfriedens, der dann schließlich den Namen „Sozialpartnerschaft“ erhielt – was nur eine andere Bezeichnung ist für die faschistische Volksgemeinschaft, deren Kontinuität die US-Besatzungsmacht mit ihrer Politik gesichert hat, denn ihre Voraussetzungen waren die gleichen (wie dann, zum Beispiel, die späteren Werkschutzinstitutionen in Westdeutschland aus dem Wort „Gefolgschaft“ nur das Wort „Belegschaft“ machten und ansonsten die Bestimmungen der Nazis gegen „Saboteure“ exakt für ihre Anweisungen übernahmen).

Dämonisierung des Faschismus, Tabuisierung der kapitalisti-

schen Produktionsverhältnisse und Antikommunismus als umfassender Rahmen – das war die psychologisch konzipierte Politik der Besatzer zur Kolonisierung des Proletariats auf der ideologischen Ebene.

Während die politische Kolonisierung des westdeutschen Proletariats auf der ideologischen Ebene durchgehend auf dieser Linie betrieben wurde, gab es auf der materiellen Ebene – im Bereich der Lebensbedingungen des Proletariats – zwei Phasen dieser einen Politik; sie sind gekennzeichnet durch verschiedene, miteinander unlösbar verknüpfte, sich überlagernde und in ihrer Wirkung gegenseitig ergänzende Mittel – die bekannten und erprobten Mittel der Kolonisierung: Repression und Hunger des Volkes; dann – um den Widerstand durch Bestechung auszuschalten – hier die Dollars des Marshallplans, die Überschußproduktion des US-Kapitals, Care-Pakete. Unter den Bedingungen zerschlagener Klassenorganisationen des Proletariats konnte die Besatzungsmacht die Politik des Hungers durch die Konsumentenkultur schrittweise ersetzen in dem Maß, wie es ihr gelang, den Widerstand zu kaufen. Die Gehirnwaschkampagne war das integrierende Moment dieser Politik – die Repression ihre grundlegende Bedingung – in allen Phasen.

Die militärische Eroberung und Besetzung Westdeutschlands 1945 bedeutete für die Arbeiter, daß nach zwölf Jahren Faschismus, Gestapo und KZ's ihre Bedürfnisse weiterhin und erneut unterdrückt wurden – jetzt von den „Besatzer-Bajonetten und den Gewehren des Terrors“ des US-Imperialismus. Die Restauration des Kapitalismus in den Westzonen vollzog sich unter einem Besatzungsregime mit dem Charakter einer Militärdiktatur.

Industriepolizei

Zum zentralen Hebel für die Durchsetzung der Restauration nach dem Plan der US-Besatzer wurde auf der Betriebsebene die „Industriepolizei“. Wurden zunächst – noch im Zuge der militärischen Eroberung – unsystematisch noch die nazistischen Werkschutzkader von den US-Truppen vor der Rache der freigelassenen Zwangsarbeiter gerettet und dann als Polizeischutztruppe von den US-Kommandeuren gleich wieder gegen die Arbeiter zur Unterdrückung von Aneignungsaktionen eingesetzt, nun mit den Armbinden der westalliierten Militärpolizei, so wurde dieses Modell der Übernahme faschistischer Kader nach wenigen Monaten verallgemeinert und systematisiert. Zum Schutz der amerikanischen, britischen und französischen Militärstützpunkte wurden seit Herbst 1945 über die deutschen Polizeistellen „Wachmänner“ rekrutiert und für die Aufstandsbekämpfung ausgerüstet; aber auch aus den bewußt intakt gehaltenen Resten der Wehrmacht, wie den „Dienstgruppen“, dem in den sogenannten „historischen Abteilungen“ der Alliierten zusammengezogenen Generalstab der Wehrmacht sowie der militärischen Abwehr wurden seit 1946 ständig neue Einheiten der „Industriepolizei“ formiert. Sie stellten – bis heute noch von einem fast vollständigen Schleier der Geheimhaltung umgeben – in allen drei westlichen Zonen das entscheidende Moment für die Unterdrückung der Arbeiterautonomie und für die schrittweise Rekonstruktion des gesellschaftlichen Gewaltapparats dar. Die „Industriepolizei“ war ein gigantischer Pool, in dem sich die großen und kleinen Werkschutz-, Gestapo- und Wehrmachtsoldaten vor der Entnazifizierung schützen und auf ihre neue Aufgabe vorbereiten konnten. Sie war ein Konservierungsprojekt, aus dem die meisten westalliierten Spezialdienste und später die Kader von Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei, Verfassungsschutz und politischer Polizei sowie seit '54/55 der Bundeswehr hervorgegangen sind. Die Industriepolizei war diejenige Polizeiformation der Westalliierten, die vor 1950 auf den Stützpunkten der US-Truppen eine vollständige Bürgerkriegsausbildung erhielt. Als unmittelbar gegen die Arbeiter eingesetzte Formation waren sie in Straßen- und Häuserkampf, in der Taktik der Besetzung von Industriezonen unterrichtet und mit allen Infanteriewaffen einschließlich Granatwerfern ausgerüstet.

Während die Westalliierten den Prozeß gegen die Nazi-Führung in Nürnberg vorbereiteten – weil das in Potsdam mit der

Sowjetunion vereinbart war, weil es auch politisch-propagandistisch opportun war und v.a., weil diese Verbrecher sowieso in ihrer Funktion für das Monopolkapital erledigt waren – wurden also alle wesentlichen Institutionen der Arbeiterunterdrückung auf unmittelbarer Betriebsebene samt der faschistischen Kader aufrechterhalten. Die Arbeiter waren buchstäblich vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten und in das Korsett einer vom Ausnahmezustand begünstigten und blockierten wirtschaftlichen Entwicklung eingezwängt. Daran änderte sich nach 1947/48, als die Einbeziehung der Ökonomie der Westzonen in die internationalisierte Containmentwirtschaft (13) einsetzte, praktisch nichts. Die Hungerrevolte von 1947 und die Ansätze zum Generalstreik gegen die Währungsumstellung 1948 wurden so systematisch unterdrückt, daß sie allenfalls den Umschlag von der selektiven Wirtschaftsblockade zur separaten westzonalen Rekonstruktion forcierten. Zwar ließ der US-General Clay in Hessen Streikenden mit der Todesstrafe drohen; ein umfangreicher Aufmarsch der Besatzungsarmeen war aber auch in den kritischen Perioden des Kurswechsels nicht nötig.

Es ist offensichtlich,

– daß bei Lebensmittelrationen von nominal 1550 Kalorien für jeden Erwachsenen im Durchschnitt, tatsächlich aber nur 1000 oder noch weniger Kalorien pro Tag, nur ein Regime des Ausnahmezustands, der Besatzungsmacht und der intakt gehaltenen faschistischen Repressionsapparate die Hungerrevolten unterdrücken und ihre Transformation in proletarische Kampforganisationen verhindern konnte;

– daß dieses Regime überhaupt notwendig war, um zu verhindern, daß sich die Arbeiter erheben gegen die Faschisten, die sie zwölf Jahre geschunden hatten und nun gleich wieder das Kommando erhielten;

– daß es notwendig war, um die ungebrochene Kontinuität der repressiven und ideologischen Staatsapparate der faschistischen deutschen Monopolbourgeoisie zu sichern und mit ihnen – auf der Grundlage ihrer wesentlich unveränderten Struktur – die Rekonstruktion der monopolistischen Kapitalproduktion zu organisieren.

Sobald die internationale Konstellation über die wirtschaftliche Rekonstruktionsplanung auch die separatstaatliche Rehabilitation der herrschenden Klasse zuließ, hatten die Fabrikkommandos ihre Funktion erfüllt. Die gesellschaftliche Maschinerie des Systems ging zur arbeitsteiligen Modernisierung der Klassenherrschaft über, und die Besatzungsverwaltungen zogen sich in Fabrik und Gesellschaft auf Reservepositionen zurück.

Von diesen Positionen aus bleiben die westzonalen Kapitalmasken trotz ihrer wiedergewonnenen Staatlichkeit tief in die internationale Containmentstrategie verstrickt. (Das heißt, sie blieben es gerade wegen des Charakters dieser neuen Staatlichkeit, die der von Ländern der Dritten Welt ähnelt, die in eine formale Unabhängigkeit entlassen werden und neokolonialistisch beherrscht sind.) Von keinem der an der Klassenkonfrontation Beteiligten – wenn man vom Arbeiterreformismus abieht – wurde der parlamentarische Institutionenkomplex des Separatstaates sonderlich ernst genommen. Seit 1949/50 hatten die westlichen Alliierten dem Adenauer-Regime grünes Licht für die endgültige Stabilisierung der inneren Klassenherrschaft gegeben, die Wiederaufstellung eines kontrollierten Armeekontingents für das osteuropäische Containment programmiert und gleichzeitig mit der Organisation eines geheimen militärischen Untergrundnetzes für den Fall eines größeren europäischen Krieges mit der Sowjetunion begonnen.

Im Schutz des Militärgeheimdienstes und der 1950 installierten „Bundeszentrale für Heimatdienst“, dem Vorläufer des späteren „Amt Blank“, konnten SS-Traditionsverbände, Kameradschaften von NS-Elitetruppen und militärische Jugendverbände wieder offen auftreten. Vor allem beim Bund Deutscher Jugend war der Versuch offensichtlich, daß damit eine außer-institutionelle, anti-parlamentarische Massenbasis zur Verschleierung des Übergangs der westalliierten Hilfstruppen in die Dienste des neuen Unternehmerstaates geschaffen werden sollte. Als die Besatzungsmächte 1950/51 ihre „Industriepolizei“ wieder aus den Betrieben abzogen, wandte sich die Bundesleitung des BDJ an die Ruhrindustriellen, um ihnen qualifizierte Kader für die Verstärkung der vorübergehend geschwächten Werksicher-

heitsdienste anzudienen; in einem entsprechenden Schreiben war das Bundesinnenministerium als Bürge für die Zuverlässigkeit des BDJ angeführt worden. Diese Offerte zum Ausbau eines parlamentarisch nicht kontrollierten repressiven Apparates in den Betrieben ist von den Unternehmen angenommen worden. Anders ist die Tatsache nicht zu erklären, daß der damals zweite Bundesvorsitzende des BDJ heute Werkschutzleiter bei Mannesmann ist.

Bei der Rekonstruktion des Werkschutzes haben auch andere, mit ihm assoziierte Terrorverbände, wie beispielsweise die in der DDR operierende „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“, deren Sabotagechef Baitz heute den Werkschutz der Chemischen Werke Marl leitet, eine bedeutende Rolle gespielt.

Im Hintergrund des BDJ operierte gleichzeitig ein „technischer Dienst“, bestehend aus mehreren tausend ehemaligen SS-Offizieren, der sich unter Anleitung des US-amerikanischen CIC auf den „Fall X“ – die Bekämpfung von großen Arbeiterunruhen und Massenliquidierung von SPD-, Gewerkschafts- und KPD-Funktionären im Fall militärischer Auseinandersetzungen vorbereitete. Anlässlich der Aufdeckung des „technischen Dienstes“ im Herbst 1952 in Hessen wurde bekannt, daß es mindestens 15 weitere solche Organisationen gab, deren Mitglieder – fast ausschließlich ehemalige Gestapo- und SS-Leute – sich auf den großen Sprung in die politischen Zentren der von den Westalliierten, Unternehmern und Bundesregierung projektierten neuen Unterdrückungsinstitutionen vorbereiteten.

Was dabei den Werkschutz betrifft, scheint dessen Übernahme in alleinige Unternehmerregie schon 1951 mit der Gründung der „Gesellschaft zum Schutz der deutschen Wirtschaft“ abgeschlossen gewesen zu sein. Hier brauchten bei den großen Konzernen die alten Kader nur geringfügig verstärkt und modernisiert zu werden, als sie 1950/51 den Status von Hilfstruppen der westalliierten Militärpolizei verloren.

So war das Unternehmerkommando voll restauriert, nachdem es sechs Jahre lang mit der Autorität des westzonalen Besatzungsregiments vor den Klassenaufeinandersetzungen der Nachkriegsära gerettet worden war. Auch konnte die präventiv-konterrevolutionäre Mobilisierung, wie sie Adenauer anlässlich der Neugründung der „technischen Nothilfe“ – jetzt: Technisches Hilfswerk – 1951 als Schritt zum „Aufbau der inneren Front“ gefeiert hatte, die die äußere Linie des Kalten Krieges ergänzte – nicht ohne Wirkung sein. Der Arbeiterreformismus hatte sich mit seinen Mitbestimmungskampagnen auf eine Defensivbewegung beschränkt, die, insofern sie die Arbeiterbedürfnisse nicht tangierte, eine ohnmächtige Geste blieb.

Politik des Hungers – Marshallplan

Das zweite auf der Unterdrückung der Arbeiterkämpfe beruhende und im Zusammenhang mit ihr, mit der Zerschlagung der Kampforganisationen und Bestechung der Führung sowie der Reeducation-Kampagne wirkende Mittel der Besatzungsmacht war die Politik des Hungers – sie war auch ein unverzichtbarer Bestandteil im Projekt der kapitalistischen Restauration und der Integration Europas in das Staatensystem des US-Imperialismus.

Das hieß zunächst: die Erhaltung des Hungers des Volkes und seine Verschärfung durch unzureichende Lebensmittellieferungen, Mangelrationen, Reglementierung der Produktion, Beschlagnahmungen und Zwangsexportierung der Rohstoffe, gegen die Anstrengung der Arbeiter in den Westzonen, die Produktion selbst zu reorganisieren und die Versorgung zu verbessern; kurz: eine Politik der Erpressung zur Durchsetzung des US-imperialistischen Projekts.

Dann, nachdem das antikommunistische Projekt schließlich auch von dem zwischen den gekauften Führern um Böckler und den Besatzungsbajonetten eingeklemmten und sowieso vom Geist der Klassenkollaboration bestimmten Funktionsapparat der westzonalen Gewerkschaften akzeptiert worden war und die Mobilisierung der Gewerkschaftsbasis durch die KPD gegen das Projekt ohne Wirkung blieb: die langsame Verringerung des Hungers. Die schrittweise Verbesserung der Ernährungslage, die etwa drei Jahre nach Kriegsende begann und zunächst nur in Richtung auf das Existenzminimum ging – das die Rationen

selbst nicht nominal erreicht hatten! –, folgte notwendig aus dem strategischen Interesse des US-Imperialismus an Europa und an Westdeutschland in besonderen: Sie war diesem Interesse direkt funktionell, was sich ausdrückte im Marshallplan als dem umfassenden Konzept des US-Imperialismus zur Realisierung seiner Interessen in Europa:

- die politische Beherrschung,
- die wirtschaftliche Durchdringung und Beherrschung,
- die Übernahme der Kolonien der europäischen Länder in der Dritten Welt bzw. ihre neokolonialistische Beherrschung,
- die Schaffung eines antikommunistischen Blocks mit militärischen Stützpunkten für die Roll-back-Offensive gegen die Sowjetunion.

Der Marshallplan lieferte die Mittel und schuf die Bedingung für diese Ziele.

Es ist sicher kein bloßer Zufall, daß die Ausarbeitung des Marshallplans zwischen Mai und Dezember 1947 erfolgte – dem gleichen Zeitraum, in dem in Westdeutschland die Streiks und Demonstrationen der Arbeiter gegen den Hunger und für die Sozialisierung und den Wiederaufbau im Interesse des Volkes ihren stärksten Umfang erreichten.

In seiner Rede zur Ankündigung des Plans am 5. Juni '47 sagte US-Außenminister Marshall, nachdem er erklärt hatte, daß die „sichtbare Zerstörung wahrscheinlich weniger schwerwiegend ist als die Tatsache, daß das gesamte europäische Wirtschaftssystem aus den Angeln gehoben wurde“ als Folge des Krieges:

„Das moderne System der Arbeitsteilung, auf das sich der Warenaustausch gründet, steht vor dem Zusammenbruch.“

„In Wahrheit liegt die Sache so, daß Europas Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Gütern – hauptsächlich aus Amerika – während der nächsten drei oder vier Jahre um so viel höher liegt als seine gegenwärtige Zahlungsfähigkeit, daß beträchtliche zusätzliche Hilfeleistungen notwendig sind, wenn es nicht in einen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verfall sehr ernster Art geraten soll ... Abgesehen von der demoralisierenden Wirkung auf die ganze Welt und von der Möglichkeit, daß aus der Verzweiflung der betroffenen Völker sich Unruheherde ergeben könnten, dürfte es auch offensichtlich sein, welche Folgen dieser Zustand auf die Wirtschaft der Vereinigten Staaten haben muß.“

Es ist nur logisch, daß die Vereinigten Staaten alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt zu fördern, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann.“

Auch den antikommunistischen Charakter des Plans stellte er klar:

„Aber eine Regierung, die durch Machenschaften versucht, die Gesundheit der anderen Länder zu hemmen, kann von uns keine Hilfe erwarten.“

Es war dieselbe Politik der ökonomischen Erpressung, mit der es der Sozialdemokratie inzwischen gelungen ist, Portugal wieder eine Regierung aufzuzwingen, die die innenpolitischen Bedingungen des Kapitals – Entpolitisierung der Klassenaus-einandersetzungen – erfüllt.

Anders gesagt, Regierungen, die sich nicht restlos den Bedingungen des US-Imperialismus unterwarfen, wurden von dem Projekt von vornherein ausgeschlossen.

Damit war klar, daß dieser Plan – den die US-Politiker ebenso wie die gekauften Gewerkschaftsführer der Westzonen als „Hilfsprogramm für die leidenden Völker“ (Marshall) propagierten – auf die Verhinderung von Sozialisierung und auf die Teilung Deutschlands abzielte – daß das überhaupt die Voraussetzung seiner Realisierung war. Böckler gab zu, daß „eine Nebenabsicht“ des „großen Hilfswerks“ Verhinderung der Sozialisierung und Wiederaufrüstung des Großkapitals ist, aber: *„Unsere Wirtschaft muß um jeden Preis – koste es, was es wolle – wieder in Gang gesetzt werden. Wir dürfen dem Hunger nicht weitere Opfer bringen.“* Und: *„Wir können den Plan nicht ablehnen. An wen sollten wir uns sonst wenden in unserer verzweifelten Notlage, daß er uns helfend beisteht?“* Mit der Konstruktion dieser ebenso erpresserischen wie liquidatorischen Alternative „Marshallplan“ oder „Hungertod“ – anstatt Kampf gegen das US-Projekt – konnte die Böckler-Gruppe dem Plan ihrer Herren und

Geldgeber in Washington die Zustimmung des Funktionsapparates verschaffen, gegen die Basis.

Tatsächlich hatte der Marshallplan mit Hilfe für die hungernden Massen nichts zu tun – er zielte nur auf ihre Einbindung in das imperialistische Projekt, und ein „großes Hilfswerk“ war er für das Monopolkapital.

Im Dezember 1947 bewilligte der US-Kongreß für 16 europäische Länder 17 Mrd. Dollar als Marshallplan-Gelder über einen Zeitraum von vier Jahren; Westdeutschland erhielt mit Inkrafttreten des Gesetzes im April 1948 etwa 1/2 Mrd. Dollar sofort. Eine wesentliche Funktion der Gelder wird offensichtlich aus der im Gesetz festgelegten Bedingung, daß Gelder nur in Verbindung mit der Verpflichtung, US-Waren zu importieren, gewährt werden.

Victor Perlo hat 1950 die allen Marshallplan-Aktionen gemeinsamen allgemeinen Merkmale so bezeichnet:

1. ist jede Transaktion so angelegt, daß sie bestimmten amerikanischen Monopolen große unmittelbare Profite bringt;

2. ist jede Transaktion darauf gerichtet, die europäische Wirtschaft zu schwächen und zu unterhöheln, die Hindernisse für den Erwerb von Eigentumsrechten des US-Kapitals an der europäischen Industrie zu beseitigen und die Ausbeutung der europäischen Arbeiter zu verstärken;

3. die westeuropäische Industrie zu einem vom US-Kapital innerhalb des antikommunistischen Blocks beherrschten Arsenal für einen neuen Krieg auszubauen.

Das US-Kapital mußte seine auf dem Binnenmarkt nicht verwertbare Überproduktion absetzen, die sich vor allem auch durch die Umstellung der Produktion von Kriegs- auf Friedens-erfordernisse krisenhaft verstärkte. Nach Angaben des damals stellvertretenden Außenministers Clayton war ein Exportüberschuß von 4 Mrd. Dollar nötig, um starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit und eine Depression in den USA während der Nachkriegsjahre zu vermeiden. Und da zwar in den europäischen Ländern potentielle Märkte bestanden, aber keine Zahlungskraft dafür vorhanden war, wurden diese Märkte für den Absatz der Überproduktion mit Krediten, Anleihen und Zuschüssen aus dem Marshallplan finanziert.

In den ersten neun Monaten des Jahres 1949 gingen 60 bis 80% aller USA-Ausfuhren an Mais, Erdnüssen, Kupfererzeugnissen, Ölsaaten, Weizen und Mehl, Baumwolle und Tabak in die Marshallplanländer. Dabei ging es keineswegs darum, einen notwendigen Bedarf zu befriedigen – das heißt, es war nicht entscheidend, ob und welche Waren die europäischen Länder tatsächlich brauchten, sondern daß das US-Kapital sie anders nicht verwerten konnte. Überschüssige Produktion zeigt sich daran – um hier nur ein Beispiel zu nennen –, daß 1948 nach Westdeutschland so viel Trockenobst aus den USA geschickt wurde, daß es für einen 2 1/2 mal so großen Pro-Kopf-Verbrauch wie in den USA ausgereicht hätte.

War das Resultat dieser Praxis für das US-Kapital die Eroberung neuer Märkte und damit rentable Erhaltung seiner Produktionskapazitäten, so war es für Westdeutschland eine Behinderung des Wiederaufbaus seiner Agrar-Produktion – zugunsten der Industrie – und Abhängigkeit von den USA in der Lebensmittelversorgung.

Außerdem dienten diese Waren – und gerade in dieser Menge – von Anfang an als Vehikel für den Transport der US-imperialistischen Ideologie, der Konsummuster und der antikommunistischen Politik nach Westdeutschland. Zu einem Teil fungierten die Lieferungen auch ganz unmittelbar als Mittel zur Durchsetzung der US-Politik: Die Weizenimporte nach Italien konzentrierten sich auf den Zeitraum vor den Wahlen im Frühjahr 1948 und wurden mit riesigem Propagandaaufwand in die antikommunistische Wahlkampagne integriert – und blieben danach zu einem großen Teil liegen, weil der Verkaufspreis zu hoch war für die hungernden italienischen Arbeiter.

Die Lebensmittellieferungen im Rahmen des Marshallplans bedeuteten allenfalls eine relative Verbesserung der Lebensbedingungen vom Niveau der Kriegsjahre – eben in Richtung auf das Existenzminimum! –, daß sie mehr gewesen seien, ist Erfindung der imperialistischen Gehirnwäsche-kampagne, ist CIA-Lüge, USA-Dreck. Marshallplan-Administrator Bissell nannte als höchste Grenze für die Ernährung in Europa das Niveau von

1938, für Wohnung, Kleidung und anderen Konsum ein Niveau unter dem Vorkriegszustand, „ungeachtet des beträchtlich angestauten Bedarfs, der sich während des Krieges entwickelt hat“. Die Reallöhne in Westdeutschland lagen im Juni 1949 um 13,5% unter dem Stand von 1930, der schon unter dem Krisen-tiefpunkt von 1932 lag.

Eine Modifizierung dieser Politik begann 1949, aus der Erkenntnis, daß der kapitalistische Wiederaufbau in Europa ohne eine Ausweitung der Konsumtionskapazität sofort zur Überproduktion und Krise führen mußte und daß die USA von der Unterhaltszahlung an den Kriegsgegner zur vollen Entfaltung des profitablen Geschäfts kommen mußten.

Hier wird auch eine spezifische Bedeutung Westdeutschlands für das US-Kapital innerhalb des komplexen Projekts des Marshallplans deutlich, dessen Ziel eben nicht Lebensmittellieferungen waren, sondern die industrielle Rekonstruktion unter US-Herrschaft. Der europäische Wiederaufbau war abhängig von der ökonomischen Entwicklung Westdeutschlands. Auf dem europäischen Markt war Westdeutschland bisher der größte Produzent und Lieferant von Industriegütern – „die Werkstatt Europas“ – und bezog andererseits einen wichtigen Teil des Agrarexports der anderen europäischen Länder. Nach dem Kriegsende war aber die Zerstörung des industriellen Potentials im übrigen Europa mindestens ebenso groß, oft sogar größer als in Westdeutschland. Das Rekonstruktionsprojekt hatte also auszugehen von einer auf dieser innereuropäischen Arbeitsteilung beruhenden Marktstruktur – das heißt von der regionalen Dominanz der westdeutschen Industrie; ein weiterer Grund für die Erhaltung dieser Struktur war die strategische Lage Westdeutschlands sowie die Tatsache, daß seine durch die militärische Besetzung gegebene totale Kontrolle es als Brückenkopf des US-Kapitals besonders geeignet machte, insofern damit Widerstände eines nationalen Kapitals gegen die US-Pläne von vornherein ausgeschlossen wurden.

Zu dem Absatz der amerikanischen Überproduktion auf den westdeutschen Markt kam also im Prozeß des Wiederaufbaus Europas die Notwendigkeit hinzu, einen Markt für die traditionell auf Deutschland bezogenen (Agrar-)Exportprodukte der übrigen europäischen Länder zu entwickeln. Es war dieser Zusammenhang, der neben dem strategischen Interesse und der Möglichkeit, intakte faschistische Organisationen zur Unterdrückung der Arbeiter zu übernehmen, eine wesentliche Ursache dafür war, daß Westdeutschland vom US-Kapital bevorzugt und vom Marshallplan besonders berücksichtigt wurde, so daß schließlich die Konsumtionskapazität der Massen ausgeweitet werden mußte – ab Mitte der 50er Jahre dann immer schneller.

Die Ausweitung konnte aber nicht etwa über Konsumförderung aus Marshallplan-Geldern laufen – die Sinnlosigkeit und Unrentabilität solcher Maßnahmen für das US-Kapital ist offensichtlich. Den Absatz der überschüssigen US-Produktion nach Europa auf längere Sicht mit US-Krediten zu finanzieren, wäre nur ein Zuschußgeschäft gewesen, ein vom US-Kapital über die Vermittlung des Staates auf die Massen in den USA Abwälzen, weil die Kredite zu Lasten des Steueraufkommens gehen – hätte also schließlich nur Konsumtionskapazität von den USA nach Europa umverteilt. An dieser Erkenntnis brachen auch der Morgenthauplan und ähnliche Projekte zur Reduzierung der westdeutschen Produktion auf Selbstversorgungsniveau zusammen. Die Bedingungen der Erschließung des europäischen Marktes für einen dauernden Absatz der US-Überproduktion war die eigene Zahlungsfähigkeit der europäischen Wirtschaften, daß sie diesen Markt wesentlich selbst finanzieren, das heißt, die Bedingung war die Rekonstruktion und Weiterentwicklung ihrer Industrieproduktion und ihre Reintegration in den Weltmarkt.

Gerade die US-Regierung konnte das bald erkennen, weil sie schließlich die Kredite geben mußte – und so verhinderte sie auch konsequent den national-bornierten Versuch des selbst von US-Kapital abhängigen britischen und französischen Kapitals, die westdeutsche Schwerindustrie als Konkurrenz durch Demontage auszuschalten. Obwohl formell noch an die Demontagevereinbarung von Potsdam gebunden, verfügte sie Anfang 1948 deren Einstellung und leitete auch die Rückgabe westdeutscher Unternehmen an die alten Besitzer ein.

Aber es ging eben nicht nur um den Absatz von überschüssi-

gen Produkten – die dazu erforderlichen Bedingungen waren zugleich funktional für die Expansion des US-Kapitals; durch den Marshallplan wurde ihm die Eroberung und Durchdringung der westdeutschen Industrie ermöglicht; er war das erste Instrument der Initiative des US-Kapitals zur ökonomischen Integration Westdeutschlands in das System des US-Imperialismus.

Der Warenexport diente diesem Ziel, insofern die Lieferungen von Industriegütern/Produktionsmitteln aus Marshallplan-Krediten für die Rekonstruktion in Westdeutschland die Hegemonie des US-Kapitals über die technologische Abhängigkeit herstellten, die sich in Form von Patenten, Lizenzen, Übernahme amerikanischer Verfahrenstechniken mit den US-Maschinen usw. multiplizierte und auch beim endlichen Ausbleiben der günstigen Kredite reproduzierte.

Der Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen als Mittel der Eroberung und Durchdringung wurde vom Marshallplan direkt oder durch die Schaffung günstiger Bedingungen gefördert. So gab der Plan Investitions Garantien, die Privatinvestitionen in Höhe von zunächst 300 Mio. Dollar sicherten und den US-Konzernen die Einnahme wichtiger strategischer Positionen erleichterten. Den US-Öl-Konzernen gelang mit dieser Unterstützung der erste wesentliche Schritt zur Expansion auf dem europäischen Markt und der Verdrängung der Kohle als Hauptenergieträger – denn die Bindung der Marshallplan-Kredite an US-Waren garantierte ihnen auch gleich den Absatz des Öls, das sie gerade in Nah-Ost zu erschließen begannen.

Mit der Marshallplan-Hilfe verschaffte der US-Imperialismus den westdeutschen Monopolen die wesentlichen ökonomischen Grundlagen für ihre expansive Entwicklung, jetzt unter seiner Hegemonie – wie er ihnen mit der Integration Westdeutschlands in die Roll-back-Offensive die Fortsetzung ihrer unter den Nazis gescheiterten Aggressionspolitik gegen die Sowjetunion ermöglichte, jetzt als Funktion der US-Globalstrategie; „Marshallplan-Beamte sind in Zusammenarbeit mit der Bonner Regierung dabei, die Wiederaufbauarbeiten in ein offenes Programm der Einschaltung der westdeutschen Wirtschaft in die westeuropäischen Verteidigungsbedürfnisse zu verwandeln“, berichtete die „New York Times“ am 12. 10. 1950.

In dem Maß, in dem Westdeutschland erst die aggressive Speerspitze des Nordatlantikpakts im Kalten Krieg, dann dazu das militärisch zweitstärkste Glied der Nato und politisch-ökonomische Führungsmacht in Westeuropa wurde, wurden die „besonderen Beziehungen“ zwischen USA und BRD vertieft, das heißt die Abhängigkeit der BRD von den USA nahm zu: ökonomisch als Abhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft von den Handelsbeziehungen mit den USA – Abhängigkeit der Produktion von Rohstofflieferungen der US-Konzerne, Abhängigkeit des Exports vom amerikanischen Markt (und auch hier war es der Marshallplan, der diese Ausrichtung des Exports erzwingen durch seine Verbindung mit einem Handelsembargo gegen die sozialistischen Länder, dessen Durchführung Bedingung für US-Hilfe war – womit Westdeutschland von seinen traditionellen Märkten im Osten abgeschnitten wurde); machtpolitisch als Unterwerfung des westdeutschen Kapitals unter das US-Kapital – die amerikanische Eroberung und Besetzung der Schlüsselindustrien: Chemie, Fahrzeugbau, Mineralölindustrie, Elektroindustrie – das sind die Industrien, die am stärksten monopolisiert sind, die sowohl die höchsten Waren- wie Kapitalexportraten haben und deren Produkte wie Technologien entscheidenden Einfluß auf den gesamten Produktionsprozeß eines Landes haben; sie sind die strategischen Industrien, weil sie die politischen Strategien der Staaten im System des US-Imperialismus bestimmen nach innen und außen; weil es ihre Kapitalbewegungen sind, auf die jede Regierung im Imperialismus reagieren muß – nicht nur weil sie Machtzusammenballungen innerhalb des Staatensystems und in jedem einzelnen Staat sind, deren ökonomische Verfügungsgewalt die politische Durchsetzung ihrer Interessen jederzeit erzwingen könnte, sondern auch weil ihre Kapitalbewegungen die stärksten gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen haben im Widerspruch zwischen vergesellschafteter Produktion und kapitalistischem Produktionsverhältnis – was sich am deutlichsten darin ausdrückt, daß weit über die Hälfte aller Arbeiter in der BRD (1970: 63%) in weniger als 100 Konzernen arbeiten, die untereinander so verflochten sind, daß

man sagen kann, die Vergesellschaftung der Produktion unter der Hegemonie des US-Kapitals ist in der BRD total (was anders gesagt heißt, daß es in dem Widerspruch zwischen vergesellschafteter Produktion und privater Aneignung, ökonomischer Basis und politischem Überbau keine Vermittlungen mehr gibt). Innerhalb bestimmter Schlüsselindustrien – Mineralöl und Elektronik – ist schließlich die machtpolitische Unterwerfung des deutschen Kapitals mit seiner ökonomischen Abhängigkeit von den Produkten dieser Industrie (Rohstoffe, Technologie) direkt verschmolzen und bringt den Verlust an Souveränität am schärfsten und ganz unmittelbar zum Ausdruck: Eine Handvoll US-Ölkonzerne kann über die Beherrschung der Mineralölwirtschaft die Entwicklung der westdeutschen Konjunktur ebenso beeinflussen wie die Politik des Bonner Regimes – und tut das auch.

Daß die westdeutschen Monopole durch ihre Rekonstruktion und expansive Weiterentwicklung noch mal zu einer Konkurrenz für die US-Konzerne hätten werden können, verhinderte das US-Kapital mit den durch die Fortdauer des Besatzungsstatus gegebenen politischen Interventionsmöglichkeiten. Das heißt, es hielt sich mit Kapalexportrestriktionen (14) die Konkurrenz der westdeutschen Monopole so lange und so weit vom Hals, bis einerseits das westdeutsche Militär als Interventionsinstrument des Kapitals für die Sicherung seiner Auslandsinvestitionen – „Kanonenboot-Politik“ – unter dem Kommando der Nato, also des Pentagon, wieder funktionsfähig gemacht war und bis andererseits die US-Außenpolitik als die Politik des westdeutschen Kapitals vermittels der CDU durchgesetzt war.

Zu formal politischer Souveränität, das heißt der Aufhebung der Vorbehalte der Besatzungsmacht, kam der westdeutsche Staat erst, nachdem der US-Imperialismus sich Mitte der 60er Jahre das ganze westdeutsche Kapital unterworfen hatte durch die Kapalexportoffensive nach der Rezession 66/67, deren Wirkung nichts anderes sein konnte als die totale Bindung der BRD an die Politik der USA – und so konnte die mit der strategischen Defensive des US-Imperialismus im Krieg gegen die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt opportunistisch gewordene Verleihung der politischen Souveränität auf eine bloß leere Formalität reduziert werden; sie war der Übertragung bestimmter aggressiver Aufgaben in der Dritten Welt an die BRD im Rahmen der US-Counterstrategie genau funktional – eben weil ein vom US-Imperialismus unter Besatzungsstatut gehaltener Staat sich kaum an die Stelle der USA dort einschleichen kann, wo sie nicht mehr reinkommen.

Daß es bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre von der BRD aus keinen relevanten Kapalexport gab, bis Ende der 60er Jahre keine ökonomisch relevante Rüstungsindustrie, bis dahin die westdeutschen Rüstungsausgaben in die USA flossen und seitdem – wenn auch immer noch erst zu einem Teil – in das US-beherrschte westdeutsche und westeuropäische Rüstungskapital, bedeutet, daß die Bewegung des westdeutschen Kapitals seit '45 Bewegung des US-Kapitals und Ausdruck von US-Politik sind.

Das meinen wir, wenn wir sagen, daß nach Kriegsende die Besatzungsmacht des US-Imperialismus hier alle für die Restauration des Kapitalismus relevanten Positionen besetzt und unter ihre Kontrolle gebracht hat.

Und das alles heißt: Als Kapital wie als Staat steht dem westdeutschen Proletariat seit '45 US-Kapital und US-Politik gegenüber, und bevor US-Kapital die westdeutsche Wirtschaft ganz beherrschte, war es von den USA politisch kontrolliertes westdeutsches Kapital, das heißt in seinen Bewegungen von den USA bestimmt.

Die westdeutsche Entwicklung als Resultat der Klassenkämpfe nach '45 ist nicht das Resultat der Klassenkämpfe im Innern der Bundesrepublik („im nationalen Rahmen“) – sondern auf eine bestimmte und spezifische Weise das Resultat der Klassenkämpfe zwischen dem Proletariat hier und dem US-Imperialismus, in denen der traditionelle Staat die Funktion des Vermittlers, nicht die einer unmittelbaren Instanz (als Organ einer nationalen Bourgeoisie) hatte und hat; sie ist Resultat des objektiv internationalisierten Klassenkampfes als Ausdruck des globalen Widerspruchs des internationalisierten Kapitals, seiner Bewegung.

Konkret: Die Verpolizeilichung der Gewerkschaften, in den USA von den CIA-Agenten Reuther, Murray & Co. während des New Deal durchgezogen und nach dem Krieg perfektioniert, wurde nach '45 in den Westzonen von den CIA-Agenten Böckler & Co. und all den ebenfalls vom CIA bezahlten Scharen von „Arbeitsattachés“, Marshallplan-Beauftragten, genau entsprechend realisiert. Dem antikommunistischen Terror des McCarthyismus lief die Ausschaltung und Kriminalisierung der Linken in Westdeutschland parallel. Die Annahme des McCarran-Nixon-Gesetzes gegen die Kommunisten in den USA 1950 fand (auch zeitgleich) seine exakte Entsprechung in der Verabschiedung der „Blitzgesetze“, dem bundesrepublikanischen „Freiheitsoffer“ für den Krieg gegen das koreanische Volk.

Das heißt: Die Initiativen des Kapitals gegen die Arbeiterklasse in Westdeutschland sind seit 1945 vom US-Imperialismus mit seinen Initiativen im eigenen Land synchronisiert und von ihm bestimmt – so wie das US-Kapital die Konjunktorentwicklung hier bestimmt: Sechs Jahre nach dem letzten selbständigen militärischen Expansionsversuch der deutschen Monopole partizipierten sie wieder an der Kriegskonjunktur der US-imperialistischen Aggression im Rahmen der Roll-back-Strategie gegen die koreanische Volksrepublik. Der Korea-Boom, auf der Grundlage der Marshallplan-Hilfe die Initialzündung für das, was hier als „Wirtschaftswunder“ verkauft wurde, war der bis dahin deutlichste Ausdruck der Integration der in der BRD operierenden Kapitale in den imperialistischen Zyklus; er basierte auf Rüstung und Krieg – wie alle Konjunkturen im Imperialismus. Er war nach innen Bedingung für die Wirksamkeit der antikommunistischen Offensive in der Konsumentenkultur.

Nachdem Mitte der 50er Jahre die Rekonstruktionsperiode abgeschlossen war, entfaltete der westdeutsche Kapitalismus die typischen Strukturen des monopolistischen Kapitalismus und integrierte sich immer stärker in das imperialistische Weltssystem. Schon in der Rekonstruktionsphase wird die Monopolisierung als Konzentrationsprozeß durch die fiskalische Begünstigung der Re-Investitionen gefördert, sie verschärft sich jedoch als Prozeß der Zentralisation in den folgenden Phasen. Während 1958 15 Groß-Fusionen, die einen Marktanteil von mehr als 20% erfassen, stattfanden, sind es 1965 bereits 50 und 1968: 168. Als Ergebnis dieser Prozesse erzielen 1970 im Bereich der industriellen Produktion 3,1% der Unternehmer 64,4% der Umsätze. Diesem Prozeß der Monopolisierung der Produktionsmittel entspricht die Herausbildung einer extrem minoritären Klasse (1,7% der Bevölkerung), die bereits 1960 70% des Betriebs- und Kapitalvermögens kontrolliert, während immer größere Schichten der alten Mittelstände proletarisiert werden – was auch die Schicht der Intellektuellen betrifft, deren bisherige Funktion und Stellung im kapitalistischen System der Zentralisierung der monopolistischen Kapitalproduktion und ihrem politischen Überbau dysfunktional wird. Dazu später.

Die Periode der Rekonstruktion des Monopolkapitalismus bedeutet für das in der BRD operierende Kapital eine relativ langdauernde, ungebrochene Prosperität, ohne daß die Expansion in äußere Ausbeutungssphären, auf äußere Märkte als wesentliche Funktion der selbstzentrierten Kapitalakkumulation bereits (wieder) eine vitale Notwendigkeit ist. Die Möglichkeit einer Senkung der Lohnquote bzw. die Erhaltung einer relativ niedrigen Lohnquote im gesamtwirtschaftlichen Prozeß ist während der ganzen Rekonstruktionsperiode gegeben mit der Ausbeutung der aus der DDR zuwandernden billigen Facharbeiterkräfte und ihrer Funktion als Druckmittel gegen die Löhne der übrigen Arbeiterklasse sowie mit der auf die gleiche Weise durchgezogenen Ausbeutung der Flüchtlingsmassen aus den Gebieten östlich der Oder. Diese Möglichkeit sichert in dieser Zeit die Profitrate, so daß sich das Problem der „Verwohlfleierung der Elemente des konstanten Kapitals“ noch nicht in der Schärfe stellt, wie es dem tatsächlichen Grad des Wachstums der Maschinerie, der Stufe der Monopolisierung des Produktionsapparates entsprochen hätte.

Die durch diese Spaltung der Arbeiterklasse erzeugte und reproduzierte Stabilität einer relativ hohen Ausbeutungsrate in der BRD selbst sowie die militärische Niederlage von '45 und die ihr folgende politische Entmündigung der westdeutschen Monopolbourgeoisie durch den US-Imperialismus sind die Grün-

de, weshalb in der ersten Aufbauphase von einer eigenständigen imperialistischen Politik der BRD auf ökonomischem Gebiet keine Rede sein kann. Die westdeutsche Kapitalakkumulation ist in dieser Zeit extrem selbstzentriert – im Sinne einer Eingrenzung der Profitquellen der westdeutschen Monopole auf das eigene Territorium –, und sie war zugleich extrem abhängig von den USA, deren Herrschaft der des „Mutterlands“ in einer kolonialistischen Beziehung entsprach.

In bezug auf die Rohstoffquellen war das westdeutsche Monopolkapital nach dem gescheiterten Expansionsversuch des 2. Weltkrieges noch abhängiger als vorher: Es hatte die schlesischen Kohlegruben, ein paar mitteldeutsche Erzvorkommen und, vor allem, die großen Getreideanbaugelände in Pommern, Mecklenburg und Ostpreußen jetzt auch noch verloren.

Während hier die Propaganda zur Mystifikation der Prosperität unter dem Namen „Wirtschaftswunder“ auf vollen Touren lief und den Arbeiter einen von Krisen „befreiten“ Kapitalismus mit Wachstum bis zum jüngsten Tag zu verkaufen versuchte, war es also nur eine Frage sehr kurzer Zeit, bis die Profitrate der Monopole wieder an ihre Grenze stieß, die ihr mit dem Wachstum der Maschinerie gesetzt ist. Um diese Grenze zu unter-schleichen, die fallende Tendenz zu bekämpfen, mußte das Kapital von isolationistisch selbstzentrierter Akkumulation wieder übergehen zur Expansion auf äußere Märkte, um sie für seine Akkumulation zu funktionalisieren.

Außer der akuten Notwendigkeit der spezifischen Situation Westdeutschlands am Ende der Rekonstruktionsperiode realisierte das Kapital das „ihm eigene Streben nach schrankenloser Ausdehnung“. Das heißt, auf der Suche nach äußeren Märkten, weil es Profit machen will, hätte es nicht ohne die aus der zeitweiligen Reduzierung seiner Profitquellen auf dem eigenen Territorium resultierende Notwendigkeit expandiert. Es geht hier darum, daß die Erfordernisse eben dieser spezifischen Situation die vom US-Kapital nach '45 gesetzten politischen Grenzen der Expansion Schritt für Schritt beseitigen und damit die Realisierung des generellen kapitalistischen Expansionsstrebens für die BRD-Monopole wieder möglich machte – kurz: daß sich die Situation des westdeutschen Kapitals wieder normalisierte.

Weil der Weg auf die äußeren Märkte noch offen war, andererseits die Stabilität der Mehrwertproduktion im Innern durch die Integration der Arbeiter in das Kapitalverhältnis erhalten wurde, konnten die BRD-Monopole auch zur imperialistischen, selbstzentrierten Akkumulation übergehen, ohne vorher einen Angriff gegen den Lohn zu führen. Im Gegenteil, die Expansion auf die äußeren Märkte ermöglichte (zunächst) noch eine Kontinuität der Ausweitung der Konsumentenkapazität, also steigende Reallöhne: Das westdeutsche Kapital trägt seine inneren Widersprüche in das Weltsystem hinaus, konkret: Es verlagert sie in die Peripherie des Systems und erhält damit die „harmonische Entwicklung“ der Klassenbeziehung innerhalb seines Territoriums.

Aus der spezifischen Situation nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode und der kurzen schläfrigen Phase entwickelt das westdeutsche Kapital die Expansion auf die äußeren Märkte mit den allgemeinen Zielen imperialistischer Expansion:

- die Beschaffung von Rohstoffen, um Bestandteile des konstanten Kapitals billig zu bekommen;
- die Beschaffung von Lebensmitteln und Grundprodukten für Konsumgüter, um das sich darin umsetzende variable Kapital zu entwerten;
- die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte (und die Verfügung über ein Reservoir billiger Arbeitskraft);
- die Eroberung von Märkten für den Warenexport.

Die ökonomische Funktion dieser Ziele ist, Mittel im Kampf gegen den tendenziellen Fall der Profitrate zu sein und die Reproduktionsbedingungen des Kapitals in den Metropolen zu halten und zu verbessern. Politisch sollte sie das Funktionieren des imperialistischen Systems gegen die nationalen Befreiungsbewegungen sichern.

Als wesentliches Instrument zur Realisierung der ökonomischen wie der politischen Bestimmung dient der Kapitalexport, mit dem die Voraussetzungen in der Peripherie geschaffen werden und mit dem die Bestimmungen durchgesetzt werden: als



1957: Krupp, Demag und andere westdeutsche Firmen lassen in Rourkela, Indien, ein Stahlwerk errichten. Original-Unterschrift: „Das Hilfsprogramm für entwicklungsfähige Länder wurde hier zu einem erhitzten west-östlichen Konkurrenzkampf, von dem die Inder profitierten.“

staatlicher Kapitalexport (Entwicklungshilfe) in Hinsicht auf die politische Bestimmung sowie zur Entwicklung günstiger Bedingungen vor allem im Bereich der Infrastruktur für den privaten Kapitalexport, das heißt Export von Kapital, das in der Metropole nicht produktiv, also profitbringend investiert werden kann und das andererseits in der Peripherie mit höherer Mehrwert-rate verwertet wird.

Eine andere Funktion der staatlichen und privaten Kapitalexporte besteht darin, den Markt der Peripherie für Warenexporte aus dem Zentrum zu finanzieren: Denn weil die wesentlichen produktiven Investitionen in der Dritten Welt aus den Metropolen kommen, werden auch die Profite im wesentlichen dorthin transferiert – es gibt zu diesem Profittransfer, der eine Hauptursache des blockierten Wachstums ist, kaum genaue Angaben, doch ist z.B. bekannt, daß 1965 fast 20% der US-Gesamt-Profite aus Auslandsinvestitionen stammten und daß diese Profite des Auslandskapitals 20 bis 25% des Bruttosozialproduktes der Länder der Dritten Welt ausmachen. Das heißt, mit der permanenten Ausplünderung der Peripherie würde sich das imperialistische Kapital selbst die Möglichkeit nehmen, seine Waren dorthin zu exportieren, wenn es dieser Verarmung nicht entgegenwirkt: eben mit staatlichen und privaten Krediten, die ihm als projektgebundene Kredite die Bestimmung ihrer Verwendung garantieren. Die Metropolen stellen also der Peripherie Mittel zur Verfügung, die sie der Dritten Welt weggenommen und damit unter ihre Verfügungsgewalt gebracht haben und dementsprechend anwenden: Sie beschleunigen damit ihren eigenen Warenexport und beherrschen die Länder der Dritten Welt mittels dieser Kredite ökonomisch und im Maß der wachsenden Verschuldung direkt politisch.

Es war der Kalte Krieger Truman (15), der im Januar '49 auch die erste programmatische Erklärung zur neokolonialistischen Kontrolle und Beherrschung der Dritten Welt ausspuckte:

„... wir müssen ein kühnes neues Programm entwerfen, um unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse und unsere industriellen

Fortschritte für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den unterentwickelten Ländern nutzbar zu machen. Mehr als die Hälfte aller Menschen lebt unter elenden Bedingungen. Ihre Ernährung ist ungenügend, sie leiden unter Krankheiten, ihre Wirtschaft ist primitiv, ihre Armut ist eine Gefahr für sie selbst und die besser entwickelten Gebiete ... Wir sollten den friedliebenden Völkern die Vorteile unseres Reichtums an technischem Wissen zur Verfügung stellen, um ihnen die Verwirklichung ihrer Wünsche nach einem besseren Leben zu erleichtern, zusammen mit anderen Nationen Kapitalinvestitionen in entwicklungsbedürftige Gebiete unterstützen ... Der alte Imperialismus – die Ausbeutung eines anderen – hat in unseren Plänen keinen Raum. Was wir im Sinne haben, ist ein Entwicklungsprogramm, das auf den Grundideen demokratischer Billigkeit beruht."

Mit dieser Erklärung brachte Truman für den US-Imperialismus zum Ausdruck, daß er seine Gefährdung durch den wachsenden Sturm der nationalen revolutionären Befreiungsbewegungen erkannt hatte, daß es an der Zeit war, etwas dagegen zu tun.

Die BRD schloß sich Mitte der 50er Jahre aktiv der Counterinitiative des Imperialismus gegen die Völker der Dritten Welt für die Erhaltung und Erhöhung der Profite der Metropolen an und stellte sich damit hinter das neokolonialistische Projekt – was allerdings in diesem Stadium des Imperialismus bedeutet, daß Expansion und Aggression nicht mehr als selbständige Initiative eines nationalen Kapitals laufen, sondern wesentlich nur noch als eine abhängige Funktion innerhalb des Staatensystems des US-Imperialismus, unter der Hegemonie der US-Konzerne, nach ihren Bestimmungen und für die Ziele der US-Globalstrategie.

Zunächst setzten die westdeutschen Monopole die politische Linie der großbürgerlichen Offiziersclique des 20. Juli fort, indem sie sich dem westlichen Bündnis anschlossen und die traditionelle Aggressionsrichtung des deutschen Imperialismus als die grundlegende Konstante der westdeutschen Außenpolitik festlegten: nach Osten, gegen die Sowjetunion, den Bolschewismus. Diese Bestimmung war jetzt identisch mit der Stoßrichtung der Roll-back-Offensive des US-Imperialismus, und sie war der Ausdruck der in der Containmentstrategie integrierten Funktion der BRD; ihr Ziel war die Rückeroberung der im Krieg und durch die Revolution für das gesamte kapitalistische System verlorengegangenen Länder im Osten Europas, die Reintegration dieser Märkte und Ressourcen in den kapitalistischen Weltmarkt.

Die westdeutsche Propaganda für „nationale Einheit“, Alleinvertretungsanspruch, Negation der Existenz der DDR dienten diesem US-imperialistischen Ziel, wie die Initiative zur Spaltung Deutschlands – und das bedeutete die Integration Westdeutschlands in die Containmentstrategie – eine notwendige Voraussetzung dazu war. Anders gesagt: Die westdeutsche Monopolbourgeoisie mußte die Spaltung Deutschlands durchziehen, um die antikommunistische Wiedervereinigungsforderung aufzustellen und als Propagandaspitze in der Roll-back-Offensive nach innen und außen einsetzen zu können. Die verkaufte Einheit der Nation für das Bündnis mit dem US-Imperialismus, um an seiner Seite wieder nach Osten marschieren zu können. Aber trotz schwerer Krisen unter dem Druck der imperialistischen Interventionsdrohung und der diversen Sanktionen gelang die als Vorstufe zur „Befreiung vom Bolschewismus“ im Pentagon geplante Destabilisierung der sozialistischen Gesellschaften nicht, und das wachsende militärische Potential der Sowjetunion wurde zum unüberwindlichen Hindernis der Roll-back-Offensive – ihr Scheitern hindert die westdeutsche Außenpolitik aber nicht, mit dem „Offenhalten der nationalen Frage“ an der Tradition des deutschen Imperialismus festzuhalten. Auch diese verlogene Haltung zur nationalen Frage, die am Beginn der Außenpolitik der BRD steht, charakterisiert sie als Funktion des US-Imperialismus und gibt ein Merkmal der Politik der BRD wieder, daß sie ihre Identität als Objekt und Produkt der Roll-back-Strategie des amerikanischen Kapitals immer propagandistisch verschleiern mußte.

Eine weitere grundlegende Konstante der Außenpolitik des westdeutschen Kapitals ist seine abhängige Beziehung zu den USA in ökonomischer Hinsicht. Aber die quantitative Bestimmung der ökonomischen Macht des US-Kapitals in der Bundes-

republik gibt die Abhängigkeit des BRD-Kapitals nur sehr unzureichend wieder – sie sagt nichts aus über die Qualität der besetzten Positionen, über die Struktur der Abhängigkeit, die sich aus der Beherrschung dieser Position aufgrund ihrer Bedeutung im gesamten Wirtschaftsprozess ergibt; und die Schlüsselsektoren, die das US-Kapital beherrscht, sind diejenigen, von denen die gesamte Wirtschaft abhängt, und sie sind die technologisch fortschrittlichsten und wachstumsintensivsten. Daraus resultiert eine Macht des US-Kapitals, die weit über die direkte ökonomische Verfügungsmacht hinausreicht. Außerdem kann sich die US-Herrschaft auf die Technologie stützen – das heißt, durch die Übernahme und Anwendung amerikanischer Verfahrenstechniken, Anlagen, Patente, Lizenzen und Nutzungsrechte ist das BRD-Kapital auch von den US-Konzernen abhängig und ihrer Kommandogewalt unterstellt. Wegen dieser Abhängigkeit ist die Außenpolitik der BRD immer die des US-Imperialismus, folgt sie immer seiner Linie im Rahmen seiner Gesamtstrategie – auch dann, wenn das im Widerspruch steht zu den unmittelbaren Interessen einzelner westdeutscher Kapitalgruppen. Das wurde deutlich bei der politischen Blockierung des Handels mit der Sowjetunion – das Stahlgeschäft z.B. – wie bei der Blockierung des Handels mit den arabischen Ländern, nachdem Bonn Israel anerkannt hatte, um die aggressive rassistische Siedlerkolonie des Zionismus als Polizist des US-Imperialismus gegen den Befreiungskampf der arabischen Völker zu stärken.

Ein weiterer bestimmender Faktor für die westdeutsche Außenpolitik ist die Exportabhängigkeit der westdeutschen Industrie, die sich durch das starke Wachsen der Exportquoten seit 1967 nur noch gesteigert hat – 1972 betrug die Exportquote 20%, 1974: 24,2%. Diese Abhängigkeit bindet die BRD total an den Weltmarkt, macht die Wirkung seiner Krisen besonders spürbar für das westdeutsche Kapital, wie sie es zu besonderer Aktivität in bezug auf die Sicherung des Funktionierens des Weltmarkts bringt.

Wenn sich die Exportorientierung der BRD in erster Linie auf die Metropolen bezieht, also auf die Länder der EG und auf die USA – insgesamt gehen etwa 70% des westdeutschen Exports in die entwickelten Industrieländer –, und dann erst auf bestimmte Regionen der Dritten Welt, so spiegelt sich darin nur die Struktur des gesamten Welthandels wieder: Der Handel der Metropolen läuft zu 80% zwischen ihnen ab und der Rest mit der Dritten Welt, während die Länder der Dritten Welt 80% ihres Handels mit den Metropolen tätigen. Diese Statistik sagt aber nichts aus über die tatsächliche Bedeutung der Dritten Welt als Markt wie als Rohstoff- und Billigarbeitskraftreservoir für die Metropolen in ihrem Kampf gegen den Fall der Profitrate. Denn sie mißt die Handelsbewegungen in ihrer Geldform, das heißt am Tauschwert der Waren – sie sagt also in Wahrheit nur etwas aus über den ungleichen Tausch zwischen den Metropolen und der Dritten Welt und darüber, daß die wertschöpfende Verarbeitung wesentlich in den Metropolen stattfindet, wo die Löhne höher sind als in der Peripherie, daß die „vergangene Arbeit“ hier auf die Produkte übertragen wird und sie dann ausgetauscht werden mit diesem vergrößerten Wert – so sind es eben auch ganz überwiegend verarbeitete Güter, die den Handel zwischen den Metropolen ausmachen und auch den Export in die Peripherie. Der hohe Anteil des Handels innerhalb des Zentrums drückt außerdem aus, daß er sich hier schneller entwickelt – während der Anteil der Peripherie abnimmt. Die Entwicklung des imperialistischen Weltsystems verstärkt die internen Handelsbeziehungen der Metropolen; in der Dritten Welt verstärkt sie nur die Handelsbeziehungen mit den Metropolen. Die Bundesrepublik ist also vollkommen in diese Entwicklung integriert: Die Struktur ihrer Handelsbeziehungen ist Ausdruck ihrer ausbeuterischen Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt.

So ist die starke Exportabhängigkeit des westdeutschen Kapitals nicht nur durch seine Bindung an den US-Markt begründet; sie ergibt sich auch aus dem Fehlen eigener Rohstoffquellen, was die Beschaffung von Devisen zum Kauf von Rohstoffen erfordert. Sie resultiert generell aus der kapitalimmanenten Tendenz zur Ausweitung des Marktes, deren Stärke in einem umgekehrten Verhältnis zur Größe des Landes steht, d.h. der bei ständig wachsender Produktivität relativ enge Binnenmarkt

verstärkt in einem kleinen Land wie der BRD die Tendenz zum Export ständig: Das Kapital wird imperialistisch.

Aber das westdeutsche Kapital konnte seine Expansion auch darum nur unter der Herrschaft des US-Imperialismus beginnen, weil es nicht in der Lage war, die Rohstoffquellen, Auslandsmärkte und Investitionen sowie die Transportwege selbst zu sichern – es war nach '45 entwaflnet und angewiesen auf den Schutz der US-Militärmaschine. Auch diese Tatsache zwang das westdeutsche Kapital, im Rahmen der Interessen des US-Imperialismus und in seinem „Aggressionsschatten“ zu operieren: Die Entwicklung der ökonomischen Stärke des westdeutschen Imperialismus ist bedingt durch seine Verbindung mit der US-Militärmaschine und beruht auf ihr – außerhalb der Globalstrategie des US-Imperialismus könnte es sie nicht geben. Unter dem militärischen Schutz der USA konnte sich das westdeutsche Kapital in aller Welt einnisten, seine Produktionsanlagen und Handelsstützpunkte einrichten.

Dieser Militärapparat allerdings wurde immer unverzichtbarer für das imperialistische Weltsystem, denn seit dem Ende des



Die Wiederaufrüstung wird forciert.

zweiten Weltkriegs kann es seine Entwicklung immer weniger aus den immanenten Gesetzen des Kapitals vorantreiben, sondern wird immer mehr von den Befreiungskämpfen der Völker der Dritten Welt blockiert: Das Weltsystem verliert Territorien und Märkte, und es ist mit dem ständigen Beispiel des siegreichen Befreiungskampfs konfrontiert – so daß neue Mittel, neue Methoden, eine neue Konzeption zur Beherrschung angewendet werden muß.

Während Truman diese Notwendigkeit schon 1949 zu sehen begonnen hatte, mußte das Bonner Regime erst von seinen US-Herren drauf gestoßen werden. Als die Bundesrepublik 1957 zum erstenmal Entwicklungshilfe gab, beliefen sich die privaten Direktinvestitionen der westdeutschen Monopole in der Dritten Welt gerade auf 63 Mio. Dollar (gegenüber 1,5 Mrd. der USA!), und unter dem Aspekt des nur noch durch Expansion zu bekämpfenden Falls der Profitrate begann die Schaffung günstiger Bedingungen für Auslandsinvestitionen durch Entwicklungshilfe gerade erst ein unmittelbares Erfordernis für das BRD-Kapital zu werden: Daher geschah die Vergabe auch zunächst auf den Druck der US-Regierung, die weniger vom Standpunkt der Profite westdeutscher Konzerne als vielmehr einfach von dem ihrer hegemonialen Macht richtig davon ausging, daß das verbündete Bonner Regime die Sicherung des imperialistischen Weltsystems mitfinanzieren muß, wenn schon

die militärischen Aufgaben Sache der USA sind.

Die BRD schien dem US-Imperialismus aber auch besonders geeignet zu sein, Auslandshilfeoperationen im Rahmen der globalen Counterstrategie gegen die nationalen Befreiungsbewegungen durchzuführen: Sie war der einzige Industriestaat, der seit 1918 keine Kolonien mehr besaß und daher das neokolonialistische Projekt nicht durch eine Vergangenheit verbrecherischer Kolonialherrschaft behinderte. Das wurde für den US-Imperialismus zunehmend wichtiger, denn nachdem ihm jahrzehntelang die Verschleierung seiner kolonialistischen Verbrechen, z.B. auf den Philippinen, Puerto Rico und in Panama, einigermaßen gelungen war, zerriß dieser Schleier nach dem zweiten Weltkrieg unter dem Ansturm der Befreiungsbewegungen, so daß die Völker der Dritten Welt überall die häßliche Fratze der Yankee-Herrschaft sahen und sich gegen sie erhoben. Die BRD sollte daher als Operationsbasis für die US-Konzerne fungieren, um in die Regionen der Dritten Welt eindringen zu können, wo sie sich selbst nicht mehr offen sehen lassen können.

Außerdem eignet sich die BRD mit ihrem „Wirtschaftswunder“ für den Versuch, diese Entwicklung, die aus einer von der Situation der Länder der Dritten Welt völlig verschiedenen und ihr antagonistischen Lage und Struktur resultierte, als Evidenz und Beispiel für die Realisierbarkeit von imperialistischer Propaganda der Sorte „Entwicklungstheorie“ Walt Rostow's zu verkaufen – also der Dritten Welt den Glauben an Wunder zu vermitteln. Die authentische Lektion, die sie den parasitären Bourgeoisien der Dritten Welt vermittelte, war die Lehre der Unterordnung unter den US-Imperialismus – daß sie sich lohnt. Während die alten Kolonialmächte Frankreich und England an ihrer nationalstaatlichen Politik festzuhalten versuchten, bot die BRD hier ein perfektes Modell – in dem es allerdings für die Bourgeoisie überhaupt nur einen Existenzgrund gibt: parasitärer Geschäftsführer des Imperialismus zu sein. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie konnte dagegen mit ihrem Produktionsapparat zu selbstzentrierter Akkumulation und ökonomischer Stärke kommen und dabei von den USA abhängig bleiben. Mit solchen Vorteilen ausgestattet, hatte die BRD aber vor allem die antikommunistische Bestimmung des Auslandshilfe-Programms zu realisieren. „Jeder Aufstand, jede Erhebung in der Dritten Welt gewinnt im Rahmen des Kalten Kriegs Bedeutung“ – stellt Fanon fest. Die konkrete Bedeutung der Insurrektion der Völker der Dritten Welt gegen den US-Imperialismus im Kalten Krieg bestand darin, daß jedes Volk, das sich befreit, eine in jedem Fall antiimperialistische und neutrale Position im Ost-West-Konflikt beziehen konnte – die Konferenz von Bandung 1955 (16) hatte das sehr klar gezeigt – und daß damit nicht nur der direkte Einfluß in der Dritten Welt verloren wurde, sondern auch eine Schwächung des imperialistischen Blocks im Kalten Krieg sich vollzog.

Weil die Nationen der Dritten Welt erkennen mußten, daß eine tatsächliche Unabhängigkeit und die Lösung ihrer Probleme nur mit einer tendenziell sozialistischen Politik zu erkämpfen war, und daher einige von ihnen schon Anlehnung an die sozialistischen Gesellschaften suchten, mußte das neokolonialistische „Hilfsprojekt“ auch explizit antikommunistisch bestimmt werden als ein Versuch, dem „Vormarsch des Kommunismus einen Riegel vorzuschieben“, wie Gerstenmaier (17) die Entwicklungshilfe bezeichnete. Aus den Verwendungszwecken der Hilfgelder selbst folgt schon, daß auf eine ihnen inhärente antikommunistische Wirkung kein großer Verlaß sein konnte, sie daher mit entsprechender Propaganda kombiniert werden mußte. Für die antikommunistische Propaganda in den Neokolonien war die BRD nicht zuletzt auch durch ihre reformistischen Organisationen besonders geeignet, die z.B. die Förderung antikommunistischer Gewerkschaften und die Spionage für imperialistische Geheimdienste übernahmen. Unternehmerverbände und imperialistische Stiftungen versuchten, die Ideologie des freien Unternehmertums und der gesellschaftlichen Notwendigkeit eines stabilen Mittelstandes zu popularisieren, wobei sie von staatlichen Versuchen, vermittels der Eroberung von Einfluß in den Medien der Länder der Dritten Welt die imperialistische Ideologie verbreiten zu können, ergänzt werden. Aber aus der zentralen Bedeutung der BRD im Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt kam es zu Schwierigkeiten und Widersprüchen bei der

Auslandshilfepolitik der BRD, insofern sie ihrem außenpolitischen Ziel des Marsches nach Osten den Vorrang gab: Ob ein Land Entwicklungshilfe erhielt, entschied sich daran, ob es die Hallstein-Doktrin (18) akzeptierte.

Solange die Auslandsinvestitionen des westdeutschen Kapitals relativ gering waren, konnte die Auslandshilfe des Staates noch hauptsächlich als ein Instrument unmittelbarer außenpolitischer Ziele – Unterstützung des deutschen Alleinvertragsanspruchs zu gewinnen – ohne langfristige Zielsetzungen im Interesse des Monopolkapitals weltweit ausgestreut werden: Einem Regierungschef aus der Dritten Welt, der angesichts der DDR-Grenze die „Schande der deutschen Teilung“ beklagte und die DDR-Regierung verdammte, war die Hilfe aus Bonn sicher.

Im Rahmen der Roll-back-Offensive konnte diese Methode noch laufen; mit der Evidenz ihres Scheiterns mußte jedoch seine Borniertheit und Ineffektivität in bezug auf die Sicherung der Interessen der US-Konzerne und des BRD-Kapitals gegen die Insurrektion der Völker der Dritten Welt zu einer Änderung führen. Die Orientierung der Auslandshilfe nicht in erster Linie an den Interessen des Monopolkapitals und der Sicherung des Weltsystems, sondern an der revanchistischen Deutschlandpolitik stellten eine Behinderung der Kapitalexpansion von der BRD in die Dritte Welt dar. Die Erpressungsversuche des Bonner Regimes: Anerkennung des Alleinvertragsanspruchs oder Verweigerung der Hilfe und Abbruch der Beziehungen wurde später von Eppler wegen der Ineffektivität und Plumpheit der Erpressung kritisiert: „Je sichtbarer das Motiv des Alleinvertragsanspruchs wurde, je mehr die wirtschaftliche Macht der Bundesrepublik wuchs, desto näher lag es, auch bei ihr neokolonialistische Absichten zu vermuten.“ Und der geringen Effektivität standen inadäquat hohe Kosten gegenüber, weil manche Länder – wie Indonesien unter Sukarno – die Erpressung umkehrten und Kontakte mit der DDR aufnahmen, was dann die Bonner Regierung wiederum zu einer Erhöhung ihrer Hilfe veranlaßte, um die Kontakte zu verhindern – was kaum gelang.

Ließ sich der westdeutsche Einfluß in der Dritten Welt auf diese Weise nicht vergrößern, so schränkte ihn der Abbruch von Beziehungen zu den Ländern, die die DDR anerkannten, nur weiter ein – womit diese Politik den Bestimmungen und Interessen des US-Imperialismus dysfunktional wurde.

Die Funktion der BRD im globalen Counterprojekt der „Entwicklungshilfe“ erforderte gerade eine Ausweitung ihrer Aktivitäten und ihres Einflusses: Anfang der 60er Jahre, nach dem Sieg der cubanischen Revolution, bestimmte die Kennedy-Administration die Auslandshilfe als komplementäre Funktion zu den militärischen Counterinsurgencyprogrammen. Auf der Grundlage faschistischer Repression, ausgehend von Maßnahmen zur Vernichtung von Befreiungskämpfern, sollte die Reformpropaganda und der Ausbau der Infrastruktur, der als Beginn von Entwicklung verkauft wurde, das Volk an das Regime binden oder wenigstens „neutralisieren“ und die Befreiungskämpfer von ihm isolieren. Die BRD hatte in diesem Projekt die Aufgabe, die nichtmilitärische Durchdringung der jungen Länder der Dritten Welt mittels finanzieller und technischer Hilfe zu organisieren und zu sichern; außerdem hatte sie als Operationsbasis der US-Konzerne für aggressive Investitionen gegen die Dritte Welt zu fungieren.

Zugleich wurde die Ausweitung des BRD-Einflusses in der Dritten Welt und die Schaffung günstiger Bedingungen für Auslandsinvestitionen durch staatliche Entwicklungshilfe auch eine unmittelbare Notwendigkeit unter dem Aspekt der Profitrate der westdeutschen Monopole – was sich aber mit der bisherigen Methode der Vergabe von Hilfe nicht ausreichend realisieren ließ. Zwar war es bis in die 60er Jahre mit der alten Vergabemethode gelungen, den Prozeß der Anerkennung der DDR in einem gewissen Maß zu verzögern, und trotz ihrer ungezielten Streuung hatte die Auslandshilfe noch mit dazu beigetragen, daß sich die Auslandsinvestitionen des BRD-Kapitals in der Dritten Welt verstärkten und 1964 auf 97 Mio. Dollar gewachsen waren. Doch für die Dimension der akut werdenden Probleme des Kapitals reichte das nicht – Eppler macht das klar, worum es ging: „Eine Entwicklungspolitik, die kurzfristige außenpolitische Ziele verfolgt, gefährdet mittel- und langfristige Beziehun-

gen zum Entwicklungsland“ und „dient damit auf Dauer weder der Wirtschafts- noch der Außenpolitik“ – aber gedient werden soll schließlich: „Eine Entwicklungspolitik, die größtmöglichen Nutzen für die Entwicklungsländer anstrebt, dient dem langfristigen Gesamtinteresse der deutschen Volkswirtschaft.“

Mit der enormen Steigerung des Kapitalexports ab 1967 war die bisherige Entwicklungspolitik endgültig zu beenden, um mit einem neuen Konzept die Bedingungen der Kapitalexportoffensive optimal zu entwickeln und dem wachsenden Warenexport die Märkte zu sichern. Diese Offensive war zur Notwendigkeit geworden, nachdem die steigende Produktivität in der BRD sowie die aus dem Warenexport in die BRD fließenden Gelder immer mehr Überschußkapital bildeten, die Krise 66/67 generell die Grenzen der Verwertungsmöglichkeiten des westdeutschen Kapitals innerhalb seines bisherigen Marktes deutlich machte – andererseits wurde diese Offensive möglich, weil die US-Konzerne mit ihrer gleichzeitig laufenden Kapitalexportoffensive nach Westdeutschland die Bindung der BRD an die USA total machten und die restlose Integration in die US-Globalstrategie als absolute Voraussetzung der Expansion des westdeutschen Kapitals konstituierten. Für die Politik des Bonner Regimes gegenüber den Ländern der Dritten Welt bedeutet das, daß sie auch dann, wenn sie primär auf Sicherung der Interessen der westdeutschen Monopole gerichtet zu sein scheint, sie immer nur Bestandteil der US-Strategie ist und den US-Konzernen dient – weil die BRD ein US-Staat ist und das hier dominierende Kapital das der transnationalen US-Konzerne. (Damit ist nicht gesagt, daß die Bonner Politik generell mit der außenpolitischen Linie Washingtons übereinstimmen muß, sondern – worüber noch zu reden sein wird – daß sie im Gegenteil den scheinbaren Widerspruch zum State Department erfordert, als ein taktisches Mittel, um in ihrer Funktion für den US-Imperialismus größte Effizienz zu erreichen.)

Die Veränderung der Bonner Entwicklungspolitik drückt das bereits aus: Mit der Konzipierung eines Zehnjahresprogramms für Entwicklungshilfe im Mai '68 ist die Politik der Bundesregierung gegenüber den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in ein neues Stadium getreten, das die Vertreter der Entwicklungshilfe selber als den „Übergang von der vorwiegend taktisch orientierten zu einer strategisch konzipierten Entwicklungspolitik“ charakterisieren; es ist die Konsequenz der speziellen westdeutschen Wirtschaftsstruktur und der Reproduktionsbedürfnisse des in der BRD operierenden Kapitals sowie der Erfordernisse der US-Globalstrategie, wie sie in der Nixon-Doktrin (19) formuliert worden ist.

Die nur an kurzfristigen außenpolitischen Interessen orientierte Entwicklungshilfepolitik wurde ersetzt durch eine Politik, die die Mittel nicht mehr breit ausstreut, sondern sie auf die Länder konzentrierte, die als Subzentren des US-Imperialismus eine regionale Polizeifunktion gegen die Befreiungsbewegungen haben: Brasilien und Iran z.B., so lange ihre Infrastruktur noch nicht ausreichend entwickelt war; Indonesien nach dem antikommunistischen Massaker '65; aber auch die Milliarden, die als sogenannte „Wiedergutmachung“ die Aufrüstung der aggressiven rassistischen Siedlerkolonien des Zionismus gegen die arabische Revolution finanzierten, gehören in diesen Zusammenhang – und sie konzentrieren sich auf die Länder, wo die neokoloniale Stabilität durch „Subversion und Aufruhr“ gefährdet wird. Die regionale Konzentration der westdeutschen Direktinvestitionen in der Dritten Welt stimmt nicht überein mit der der Entwicklungshilfe – was sich schon daraus ergeben muß, daß letztere ja erst die Bedingungen für den Kapitalexport verbessern soll.

Um so deutlicher ist daher aber die Konzentration der Auslandsdirektinvestitionen des BRD-Kapitals auf die Bastionen des Imperialismus in der Dritten Welt – und restlos klar wird das Bild der gesamten Aktivitäten der BRD in der Dritten Welt: Wo Faschismus und Folter herrscht, Antikommunismus und Terror gegen das Volk, da ist die Bundesrepublik, ihre Regierung und ihr Monopolkapital zu finden: in den imperialistischen Subzentren Brasilien – das an dritter Stelle deutscher Direktinvestitionen im Ausland liegt –, in Südafrika, im Iran, in der Türkei und im besetzten Palästina, in Taiwan, Chile – wo es die BRD war, die die Umschuldungsverhandlungen mit dem faschistischen Sy-

stem durchgesetzt hat, in Südkorea, schließlich in der britischen Kolonie Nord-Irland.

Wo immer die BRD in der Dritten Welt auftritt, steht sie an der Seite des US-Imperialismus, verfolgt sie die Interessen seines Weltsystems gegen die Völker, handelt sie im Rahmen seiner Globalstrategie. Das grundsätzliche Schema dieser Strategie:

Die Errichtung von Subzentren ist eine politische Entscheidung des US-Imperialismus aus seiner Erkenntnis, daß die faschistischen Counterinsurgency-Programme seit dem Sieg der cubanischen Revolution den siegreichen Vormarsch der Befreiungsbewegungen nicht hatte aufhalten können, daß die kämpfenden Völker der drei Kontinente den Übergang zu ihrer strategischen Offensive vollzogen haben. Das Schema ist eine Transformation der Kolonisierungsstrategie, die ihre Ursache in den Strategien der multinationalen Konzerne hat, d.h. in deren Entscheidung, den Kapitalexport in den Metropolen und in einigen Subzentren zentral zu lenken, die von seinen Staatsapparaten in den Metropolen bis an die Zähne bewaffnet wurden: politisch, ideologisch, militärisch. Ökonomisch ist diese Strategie der Konzerne notwendig geworden, weil ein breit gestreuter Kapitalexport es schließlich unmöglich macht, die Sicherheit der Investitionen zu garantieren – das würde von Anfang an schon zu einer völligen Zersplitterung des Potentials der Militärmaschine führen. Die Counterinsurgency-Aufgaben in den jeweiligen Regionen sind jetzt – zunächst – die Sache des Subzentrums, das dabei nicht zuletzt auch seine regionalen partikularen Interessen im Rahmen des imperialistischen Staatensystems zu sichern versucht, mit seinen Antiguerrilla-Truppen, die von US-Militärs oder auch BRD-Polizisten ausgebildet und beraten werden. Während die ökonomische Herrschaft des imperialistischen Kapitals im Subzentrum durch die Beherrschung der Schlüsselsektoren und – in wachsendem Maße – durch das Technologiemonopol gesichert ist, kann es der abhängigen Bourgeoisie des Subzentrums (tendenziell) überlassen werden, in den übrigen Ländern der Region Projekte durchzuführen, um diese Länder zu kolonialisieren – wobei die Finanzierung dieser Projekte auch Sache des Subzentrums wird. Nach innen versucht die abhängige Bourgeoisie des Subzentrums diese Aktivität zu benutzen, um den von ihr unterdrückten Massen eine Propaganda von „Unabhängigkeit, selbständiger Entwicklung“ usw. zu verkaufen und chauvinistischen Nationalismus zu erzeugen.

Das Ganze ist die taktische Offensive der transnationalen Konzerne und ihrer politischen und militärischen Instrumente: konzentriert im Pentagon – aus der strategischen Defensive, in die sie – ihre Profitraten – gedrängt wurden von den Befreiungskriegen der Völker der Dritten Welt.

Studentenbewegung

Der Moment, in dem die imperialistische Strategie quantitativ und qualitativ als aggressive und expansionistische Bewegung gegen die Dritte Welt wieder relevant wurde, ist notwendig mit dem (ersten) Moment der Krise des westdeutschen Monopolkapitals in seiner Entwicklung seit '45 zusammengefallen.

Der an diesem Punkt einsetzende Prozeß markiert das Ende der Nachkriegszeit, die charakterisiert war durch anhaltende Prosperität und den Aufstieg des US-Imperialismus zur Führungsmacht des Weltsystems – er markiert das Ende der unbestrittenen Vorherrschaft des US-Imperialismus und ist als einheitlicher Prozeß zugleich eine Reflexion der politischen und ökonomischen Wirkungen, die der siegreiche Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes, die Offensive der Befreiungsbewegungen auf den US-Imperialismus hatte und damit auf sein globales Staatensystem.

In der BRD fand das auf der Seite des Kapitals seinen politischen Ausdruck im Überbau, in Veränderungen der ideologischen und repressiven Staatsapparate – im Beginn der Transformation des Staates in den faschistischen Staat.

Mit der auch formellen Beseitigung von Opposition: die Bildung der Großen Koalition, war klar geworden, daß Opposition in diesem Staat überhaupt nur noch außerparlamentarisch, antiparlamentarisch, tendenziell illegal sein kann.

Das heißt nicht, daß die SPD nicht vorher, nicht schon seit 1945, prinzipiell bereit gewesen wäre, die Geschäfte des US-Imperialismus in der BRD zu führen, daß sich ihre Führung nicht dem US-Imperialismus als „regierungsfähig“ angedient hätte, wie sie ja schon zu einem Teil nach 1933 versucht hatte, mit den Faschisten zu kollaborieren – sie war immer dazu bereit, immer Partei des Imperialismus. Und das nicht klar erkannt zu haben, sagt nur was über die Illusion der Linken in diesem Land, die allerdings durch den Einzug der SPD in die Große Koalition, die Eliminierung des Monopolkapitals, sich auflösen mußte.

Die Eliminierung auch des bloßen Scheins von Substanz in der nach '45 übergestülpten parlamentarisch-demokratischen Hülle und die offene Reduzierung der parlamentarischen Instanzen auf einen bloßen Apparat der Akklamation, die Liquidierung auch der ausgehöhlten und zerfressenen Rituale parlamentarischer Opposition waren Ausdruck der Notwendigkeit, die imperialistische Staatsmaschine den veränderten Bedingungen der Reproduktion des Monopolkapitals anzupassen, ihre Effizienz zu steigern gegenüber der Gesellschaft, zur Sicherung der von der Veränderung des globalen Kräfteverhältnisses bedrohten Kapitalproduktion.

In den USA selbst fand diese Bewegung ihren Widerspruch in den Aufständen des schwarzen Volkes, das in den Ghettos schon immer einem offen faschistischen System unterworfen war, und im Anwachsen der Massenbewegung gegen den imperialistischen Krieg in Vietnam.

In der BRD entwickelte sich aus der transformierenden Bewegung des imperialistischen Staates als ihr Widerspruch die Studentenbewegung.

Es war die Schicht der Intellektuellen, ihre bisherige Ausbildung und soziale Position – sozusagen Fossilien aus der Epoche des Konkurrenzkapitalismus –, die von den Veränderungen im Überbau besonders unmittelbar betroffen waren.

Die Funktion des Intellektuellen – Träger der Ideologie des bürgerlich-demokratischen Rechtsstaats, seiner politischen und kulturellen Werte zu sein – geriet in Widerspruch zu ihrer veränderten Bestimmung als Funktion des Kontrolleurs und Technikers im monopolistischen Produktionsprozeß – wie eben der imperialistische Staat in der Form des bürgerlichen Rechtsstaats samt seiner Ideologie überhaupt der Entwicklung des transnationalen Kapitals in der strategischen Defensive, in der Bekämpfung des Falls der Profitrate, dysfunktional wird und sich auflösen muß, in den faschistischen Staat transformieren wird.

Was dieser Staat braucht, das sind nicht mehr Intellektuelle und Techniker, die sich noch dysfunktional machen über den Sinn ihrer Arbeit und über die Ideologie des Systems, sondern die bloß noch reibungslos als Teil der Maschinerie der Profitproduktion fungieren und nur im Produktionsprozeß: Profit – den Sinn ihrer Arbeit sehen – weiter nichts. Das bedeutete, daß die Ausbildung umstrukturiert, den Interessen des Monopolkapitals völlig unterworfen werden mußte, die Privilegien der Intellektuellen zu beseitigen waren.

Insofern sich der Protest der Studenten gegen dieses Eindringen des Monopolkapitals in den Ausbildungsbereich richtete und damit die Erhaltung der Privilegien anstrebte, war es ein sinnloser Appell an die herrschende Klasse, dessen reaktives, konservatives Moment in der Klassenauseinandersetzung der Studentenbewegung begründet ist. Aber was dem Protest der Studentenbewegung seinen Drive, seinen Inhalt gab, was der Bruch und der Schritt zur Entwicklung des Klassenkampfes auf einer qualitativ neuen Stufe: des Widerstands und der Offensive – ermöglichte, war, daß er aus den Veränderungen der ideologischen und repressiven Staatsapparate begründet war und daher gegen den imperialistischen Staat gerichtet sein mußte und daß er den Zusammenhang dieser Veränderungen mit den globalen Veränderungen des Kräfteverhältnisses, so die Einheitlichkeit des imperialistischen Systems begriff und damit antiimperialistisch war.

Die Studentenbewegung, die damit einerseits die Bedingungen für einen qualitativen Sprung in der Entwicklung der Klassenkämpfe schuf, sie objektiv war, ohne es zu realisieren, konnte selbst als Massenbewegung diesen Sprung nicht machen, weil es noch keinen bewaffneten Kampf, keine Guerilla

gab. Sie konnte diesen Sprung nicht machen, weil sie aus sich selbst – ohne den Motor der bewaffneten Avantgarde – weder die Kraft dazu entwickeln noch überhaupt die Notwendigkeit und Möglichkeit begreifen konnte; daß aus ihr diese Avantgarde, die antiimperialistische Guerilla: RAF hervorgegangen ist, widerspricht dem nicht.

Aber die Subjektivität der Massenbewegung löste sich auf – in der klassenspezifischen Borniertheit des Kleinbürgertums, das selbst nicht seine Radikalität in proletarische Politik verwandeln, seine Militanz nicht organisieren, nicht aus sich selbst – aus seiner Deklassierung die Funktion der Proletarisierung an sich bringen – sich als revolutionäres Subjekt begreifen kann und will. „Der Kleinbürger“ – sagt Marx – „kann nur so lange eine revolutionäre Stellung gegen die Bourgeoisie behaupten, wie das Proletariat hinter ihm steht.“ Hinter der Studentenbewegung stand die proletarische Politik des vietnamesischen Befreiungskriegs, des Aufstands der Völker der Dritten Welt – aber weil die Studentenbewegung in ihrer Revolte sich der Dimension ihres Aufbruchs und ihrer eigenen Proletarisierung nicht bewußt wurde, mußte die Unmittelbarkeit der staatlichen Counterbewegung in der Einheit von Repression und Integration schließlich das Bewußtsein des Zusammenhangs des Kampfes, hier mit dem Kampf der Völker der Dritten Welt, zerstören und die revolutionäre Stellung der Massenbewegung zerfallen lassen – nicht mehr die proletarische Politik hinter ihr, sondern die Konfrontation mit der sozialdemokratischen Politik bestimmte ihre Stellung und führte zum Verlust ihrer Subjektivität.

„Was uns zum Subjekt macht, ist der Kampf gegen die Verdinglichung als Kampf gegen den Apparat, den Staat, in dem sich diese Entfremdung verkörpert.“ (Lenin)

Weil die Studentenbewegung den Begriff des Proletariats – seine marxistische Bestimmung, wie sie sich in den Befreiungskriegen, den sozialistischen Revolutionen der Völker der Dritten Welt praktisch ausdrückte – nicht faßte, hatte sie schließlich auch keine wesentliche Schwierigkeit mehr, die Realität des imperialistischen Welt-Systems wieder aus ihrem Bewußtsein wie aus ihrer Praxis zu verdrängen. Die Countertaktik des Staates: das Amnestiegesetz kalkuliert diesen Prozeß der Entfremdung von der Realität, der Entfremdung als Interesse, fördert ihn als Maßnahme der offiziellen Rehabilitation der bürgerlichen Klassenzugehörigkeit – wobei als Alternative zu diesem Korumpierungsangebot die Drohung mit staatlicher Verfolgung stand. Die möglich gewordene Rückkehr zur alten Klasse erstickte Antiimperialismus und Internationalismus, löschte Erfahrungen aus, restaurierte die Identität mit dem Staat, statt die Identifikation mit den Befreiungsbewegungen als ihre reale Funktion zu entwickeln.

Und es folgte dann genau aus der Logik des Bewußtseins, mit dem dieses Geschäft getätigt wurde, daß diese Linke schließlich uns als „selbsternannte Avantgarde“ usw. bezeichnete und ihr damit eben nur noch das einfiel zu proletarischer Politik, was sie in der Tat nicht ist und nie sein wird: vom Staat, vom System ernannt, legitimiert oder ähnliches. Daß sie dabei nicht explizit sagen „vom Staat ernannt“, sondern „die Massen, das Volk“ beschwören, sagt nur etwas aus über ihr Objektverhältnis zu den Massen, hinter denen sie sich verstecken; sagt nur, daß sie nicht begreifen, daß, solange die Massen nicht den Bruch mit dem Kapitalverhältnis, also dem Staat, vollzogen haben, sie Objekt des Kapitals sind, ihre Identität also vom Staat bestimmt, verstaatlicht ist, daß sie den Bruch aber nur als bewußtes Subjekt des Prozesses des Aufbaus revolutionärer Gegenmacht vollziehen werden – das heißt: bewaffnet –, mobilisiert durch die Vermittlung der bewaffneten Aktion der Avantgarde, unserer Aktion, und zur Identität mit uns kommen werden: zu bewaffneter proletarischer Politik. Wie die Rede von der „selbsternannten Avantgarde“ die Identität der Linken im Prozeß des Zerfalls der Studentenbewegung mit dem Staat ausdrückt, so verweist dieser perverse, institutionalisierende Avantgardebegriff, den diese Linke hat, auf ihren verdinglichten Proletariatsbegriff.

Sie zog sich auf die unmittelbare Realität der Metropole/BRD zurück als Ausgangspunkt ihres Denkens und Handelns: Sie nahm diesen Sektor der konkreten Totalität des Weltsystems als „die ganze Realität“, so den Schein für die Wirklichkeit –

und gab damit die Voraussetzung jeder Dialektik auf. Sie kann daher diese Realität auch nur noch linear begreifen, und indem ihre Praxis sich darauf bezieht, dreht sie sich ohnmächtig verkrümmernd im Kreis der Reproduktion des Kapitalverhältnisses; beweist sie nichts – außer ihre Unfähigkeit zur Transformation der Spontaneität, d.h. ihre Unfähigkeit zum Bruch.

Weil sie mit der Abkehr von der konkreten Realität und ihrem verdinglichten Proletariatsbegriff schließlich die kämpfenden Völker der Dritten Welt nur noch zum Objekt überheblicher Pseudo-Analyse machen konnte, aus der Position des chauvinistischen Weißen der Metropolen über den Charakter und die Perspektive dieser Kämpfe grübelte – nicht aber in den kämpfenden Völkern der Dritten Welt die proletarischen Massen mehr erkannte, die „nichts zu verlieren haben als ihre Ketten“ und die zum Hauptkern des Welt-Proletariats geworden sind, d.h. in ihrem Aufstand und durch ihn zur Avantgarde der proletarischen Revolution, und in ihnen so auch nicht mehr sich selbst wiedererkannte – war Inhalt der Politik der Studentenbewegung von diesem Punkt an nicht mehr Internationalismus, antiimperialistischer Kampf im Zentrum des Weltsystems, solidarische Aktion mit den Befreiungsbewegungen und so Vermittlung ihrer Kämpfe hier; war ihre Aktion nicht mehr militant, ihre Perspektive nicht revolutionär: bewaffneter Kampf – sondern das Problem ihrer Politik war nur noch, wie sie an das, was sich an ihrem verdinglichten Begriff als Proletariat dieser Metropole darstellte, rankommen konnte: an die Ware, das Ding, käuflich; war, was sie als Vermittlung ausgab: Projektion ihrer Probleme auf die Massen, ihr Bezug auf die Massen, Verstecken hinter ihnen; war, was sie als Internationalismus und antiimperialistische Solidarität bezeichnete: Caritas; waren ihre Aktionen: Rituale in den ausgekrampften Klamotten der 3. Internationale, ihre Perspektive: stalinistische Sektenbildung – die imperialistische Realität jedenfalls war ihr Problem nicht mehr.

Wie sie einerseits ohne den Begriff des Weltsystems nicht zur Transformation der Bewegung ihrer massenhaften Potenz in bewaffnete proletarische Politik kommen konnte und so nicht zur revolutionären Taktik in den Metropolen im Rahmen der strategischen Offensive der kämpfenden Völker der Dritten Welt, in dem diese Taktik zur Strategie aufsteigen wird, so mußte sie sich andererseits ablösen von den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt, vom weltweiten antiimperialistischen Kampf. Mußte sie – weil es ohne die reale, praktische, integrierende Beziehung zu diesem Prozeß nur noch diese Möglichkeit und Perspektive gibt – opportunistisch, sektiererisch, revisionistisch werden; mußte sie den Begriff des Imperialismus auf eine leere Abstraktion reduzieren: eine Phrase in der Sektensprache.

Die Höhepunkte der Studentenbewegung bestimmten auch ihre Umkehr, den Schritt zurück – zur Revision des Bruchs statt zu seiner Entwicklung.

Als auf die Mai-Demonstration der APO in Berlin 30000 und fünf Tage später genauso viele zur Demonstration gegen die Notstandsgesetze in Bonn kamen, war die APO da angekommen, wo sie aufgebrochen war: Sie kämpfte mit parlamentarischen Mitteln. Nachdem „die Spielregeln brechen“, d.h. die bürgerliche Legalität, ihr die Entwicklung von Identität, von Subjektivität ermöglicht hatte, kämpfte sie gegen die Legalisierung von Bundeswehreinheiten im Innern mit programmatisch leeren Händen, war sie beim bürgerlichen Antifaschismus angekommen, bei der Verteidigung des konkurrenzkapitalistischen Rechtsstaates gegen den monopolkapitalistischen Planstaat, bei kleinbürgerlicher Opposition und Revisionismus. Auf der Notstandsdemonstration in Bonn – und wir machen das deshalb so ausführlich, weil drin deutlich wird, worum es geht und was bei der Trennung dieser Bewegung von uns, obwohl wir sie nicht losgelassen haben, gelaufen ist – hat sich die APO ihres eigenen antiimperialistischen Bewußtseins beraubt, die Dimension: Internationalismus und damit ihre politische Relevanz aufgegeben. Sie demonstrierte, weil friedlich, daß die Gesetze nicht gegen sie gemacht würden, daß proletarische Politik nicht ihre Sache ist, daß sie die Einheitlichkeit des Weltsystems, so die Einheit des Kampfes gegen den Faschismus des imperialistischen Staates und des bewaffneten Kampfes des vietnamesischen Volkes nicht mehr sehen wollte. Sie demonstrierte – weil friedlich und ohne Zusammenhang mehr mit Vietnam – ihre

Entfernung von der Realität, so ihre Distanz zum Proletariat, was ihr Verhältnis zu proletarischer Politik ist seitdem: caritativ, dünkelt, distanziert; ihr Verhältnis zur Politik des imperialistischen Staates seitdem: ängstlich, Komplizenhaft, korrupt; ihr Verhältnis zur Realität: zerbrochen, zerstört, entfremdet.

Was Frantz Fanon Anfang der 60er Jahre aus der Erfahrung der Insurrektion der Völker der Dritten Welt rausfand, daß man mit nur Wut, Haß, spontaner Bewegung „nicht in einem nationalen Krieg siegen, die furchtbare Kriegsmaschine des Feindes in die Flucht schlagen kann“, das fand seine Entsprechung in den Metropolen in der wesentlichen Erfahrung der Studentenbewegung: daß Spontaneität, Revolte integrierbar ist, wenn sie sich nicht bewaffnet.

(Quelle: Nr. 3, ohne Datum)



Ulrike Meinhof

Bericht der IUK: Der Tod Ulrike Meinhofs

Die Behauptung der staatlichen Behörden, Ulrike Meinhof habe sich durch Erhängen selbst getötet, ist nicht bewiesen, und die Ergebnisse der Untersuchungen der Kommission legen nahe, daß sich Ulrike Meinhof nicht selber erhängen konnte. Die Ergebnisse der Untersuchungen legen vielmehr den Schluß nahe, daß Ulrike Meinhof tot war, als man sie aufhängte, und daß es beunruhigende Indizien gibt, die auf das Eingreifen eines Dritten im Zusammenhang mit diesem Tod hinweisen ... ist jeder Verdacht gerechtfertigt angesichts der Tatsache, daß die Geheimdienste – neben dem Gefängnispersonal – Zugang hatten zu den Zellen des 7. Stocks, und zwar durch einen getrennten und geheimen Eingang.

(Quelle: Nr. 18, S. 102f)

Jan Carl Raspe erklärt am 11.05.1976 im Prozeß in Stuttgart-Stammheim:

Ich habe nicht viel zu sagen.

Wir glauben, daß Ulrike hingerichtet worden ist. Wir wissen nicht, wie, aber wir wissen, von wem, und wir können das Kalkül der Methode bestimmen. Ich erinnere an Herolds Satz: „Aktionen gegen die RAF müssen immer so abgewickelt werden, daß Sympathisantenpositionen abgedrängt werden.“

Und Buback: „Der Staatsschutz lebt davon, daß sich Leute für ihn engagieren. Leute wie Herold und ich finden immer einen Weg.“

Es war eine kalt konzipierte Hinrichtung – wie Holger Meins hingerichtet worden ist, wie Siegfried Hausner hingerichtet worden ist. Hätte sich Ulrike entschlossen zu sterben, weil sie es als letzte Möglichkeit sah, sich – revolutionäre Identität – gegen die langsame Zerstörung des Willens in der Agonie der Isolation zu behaupten – hätte sie es uns gesagt – auf jeden Fall Andreas:

So war ihr Verhältnis zueinander.

Ich glaube, die Hinrichtung Ulrikes jetzt – in diesem Moment – hat ihren Grund in der Kulmination – einem ersten politischen Durchbruch der internationalen Auseinandersetzung Guerilla – imperialistischer Staat Bundesrepublik. Darüber sprechen Informationen, über die ich jetzt nicht reden will.

Der Mord liegt auf der strategischen Linie aller staatlichen Bewältigungsversuche seit sechs Jahren:

physische und moralische Vernichtung der RAF, und zielt auf alle Guerillagruppen in der Bundesrepublik, für die Ulrike eine wesentliche ideologische Funktion hat.

- (1) Bretton Wood: Auf der Währungs- und Finanzkonferenz der UN vom 1. bis 27.7. 1944 in Bretton Wood (USA) wurde eine Neuordnung des internationalen Währungssystems beschlossen. Die 44 teilnehmenden Staaten legten die Paritäten ihrer Währungen fest, trafen Abkommen über die Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), der Dollar wurde als Leitwährung durchgesetzt. Der Internationale Währungsfonds verpflichtete die Mitglieder zur „Stabilisierung“ ihrer Währungen. Die in Bretton Wood geschaffene Währungsordnung umfaßte 125 Staaten außer den RGW-Ländern und der VR China; es ist mittlerweile durch die Sonderziehungsrechte überholt.
- (2) Kurt Schumacher: SPD-Vorsitzender von 1946 bis 1952, entschiedener Gegner einer Zusammenarbeit mit Kommunisten; 1952 gestorben.
- (3) Montanunion: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 1951 gegründet auf Vorschlag des französischen Außenministers Schumann; Vertrag zwischen Belgien, der BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden.
- (4) Cabot Lodge: ehemaliger US-Diplomat im Auswärtigen Dienst
- (5) „Blitzgesetze“: Erstes Strafrechtsänderungsgesetz von 1951, schuf die Voraussetzung für das Verbot der FDJ (Freie Deutsche Jugend) in Westdeutschland, für tausende Gesinnungsprüfungsverfahren und den Verbotsantrag der Bundesregierung gegen die KPD beim Bundesverfassungsgericht.
- (6) komplementär: sich gegenseitig ergänzend
- (7) Herbert Kremp: Springer-Journalist, langjähriger Chefredakteur der „Welt“
- (8) determiniert: bestimmt, entschieden
- (9) Frantz Fanon: 1924 in der französischen Kolonie Martinique geboren, studierte in Frankreich Philosophie und Medizin, ging 1953 als Arzt nach Algerien, demissionierte nach drei Jahren, um bei der Nationalen Befreiungsfront zu arbeiten. Fanon starb 1961.
- (10) Otto Grotewohl: früherer SPD-Politiker, Mitbegründer der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Zusammenschluß aus SPD und KPD), Ministerpräsident der DDR, gestorben 1964.
- (11) Reinhard Gehlen: 1942 bis 1943 Leiter der Abteilung „Fremde Heere Ost“ beim Generalstab des Heeres; ab 1945 im Auftrag der amerikanischen Besatzer Aufbau der „Organisation Gehlen“, die seit 1956 der Bundesnachrichtendienst (BND) ist, dessen erster Präsident Gehlen war; gestorben 1979.
- (12) Hans Böckler: von 1949 bis 1951 Vorsitzender des DGB
- (13) Containmentwirtschaft: Containment (engl.) bedeutet: in Grenzen halten, Begriff aus den USA für Entwicklungshilfeprojekte, die dazu dienen sollen, soziale Unruhen einzudämmen und Regimes zu stabilisieren.
- (14) Restriktion: Be-, Einschränkung
- (15) Truman: US-Präsident von 1945 bis 1952 (Truman-Doktrin, Marshall-Plan, Luftbrücke Berlin, Korea-Krieg)
- (16) Konferenz von Bandung: erste Konferenz von 29 unabhängigen Staaten aus Asien und Afrika nach dem zweiten Weltkrieg 1955 in Bandung (Indonesien); Vorläufer der „Konferenz der Blockfreien“.
- (17) Eugen Gerstenmaier: Theologe, von 1949 bis 1969 Mitglied des Bundestags, 1954 bis 1969 Präsident des Bundestags, mußte 1969 zurücktreten, da er „Wiedergutmachungsleistungen“ für ein nicht ausgeübtes Lehramt empfangen hatte, die in keinem Verhältnis zu Wiedergutmachungsleistungen standen, die an Opfer des Faschismus gezahlt wurden.
- (18) Hallstein-Doktrin: Alleinvertretungsanspruch der BRD; bedeutete die Festlegung, daß die BRD zu den Staaten die diplomatischen Beziehungen abbricht, die die DDR anerkennen.
- (19) Nixon-Doktrin: Von US-Präsident Nixon 1970 verkündete „neue Friedensstrategie“, bei der es um die Differenzierung des militärischen Engagements der USA in der Dritten Welt ging; Erhöhung der Verantwortung der Verbündeten und Satellitenstaaten für ihre Verteidigung.

24.04.1976 Das von den gesetzgebenden Körperschaften verabschiedete 14. Strafrechtsänderungsgesetz wird im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Es stellt die „verfassungsfeindliche Befürwortung“ von Gewalttaten und die „Anleitung“ dazu unter Strafe (u.a. §§ 88a, 130a).

08.05.1976 Ulrike Meinhof wird bei Aufschluß der Zelle tot aufgefunden.

Eine Internationale Untersuchungskommission, die ihren Tod untersucht, kommt zu dem Ergebnis:

Zu sagen ist noch –

Die ganze Zeit, die ich die Beziehung zwischen Ulrike und Andreas kenne – und ich kenne sie seit sieben Jahren –, war ihr Signal Intensität und Zärtlichkeit, Sensibilität und Genauigkeit.

Und ich glaube, daß es genau der Charakter dieser Beziehung war, aus dem Ulrike die acht Monate Trakt durchgehalten hat.

Es war eine Beziehung, wie sie sich zwischen Geschwistern entwickeln kann – orientiert an einem identischen Ziel, als Funktion dieser Politik.

Und so war sie frei – weil Freiheit nur möglich ist – im Kampf um Befreiung.

Es gab in diesen Jahren in ihrem Verhältnis keinen Bruch. Er wäre nicht möglich gewesen, weil es bestimmt war über die Politik der RAF. Und wenn in der Gruppe überhaupt grundsätzliche Widersprüche entstanden sind, waren sie definiert durch konkrete Praxis. In dem theoretischen Arbeitsprozeß, wie er im Gefängnis nur möglich ist, können sie aus der identischen Situation des Kampfes – und der Geschichte der Gruppe keine Basis haben.

Daß das genauso war, beweisen die Diskussionen, Ulrikes Briefe und Manuskripte bis zum Freitag abend. Sie drücken den wirklichen Charakter dieser Beziehung aus.

Jetzt „Spannungen“, „Entfremdung“ zwischen Ulrike und Andreas, zwischen Ulrike und uns zu behaupten, um mit dieser primitiven und dunklen Infamie das Projekt der Hinrichtung Ulrikes der psychologischen Kriegsführung verfügbar zu machen:

Das ist Buback. Und es ist Bubacks Dummheit:

Keiner dieser Versuche hat bis jetzt zu was anderem geführt als zum immer deutlicheren Begriff der Reaktion in der Bundesrepublik als Faschismus.

(Quelle: Nr. 1, S. 21f)

1976 Ernst Albrecht läßt in zweiter Auflage sein Buch „Der Staat – Idee und Wirklichkeit“ herausgeben. Der spätere niedersächsische Ministerpräsident (CDU) bereitet die Öffentlichkeit auf Situationen vor, in denen staatliches Töten und Folter sittlich geboten seien.

Ernst Albrecht Der Staat – Idee und Wirklichkeit

...
b) nicht absolute Rechte erster Ordnung

Sie umfassen das Recht auf

- Leben
- Freiheit von grausamer, unmenschlicher Behandlung und insbesondere von Folter
- physische Freiheit der Person
- Suche und Annahme von Arbeit zum Zwecke der Sicherung des Kulturminimums
- freie Familiengründung (Kinder) und Leben in einer ehelichen bzw. Familiengemeinschaft.

Diese Rechte sind keine absoluten Rechte, sie stellen keine unüberschreitbare Grenze für den Staat dar. Das bedeutet nicht ohne weiteres, daß ihnen in sachlicher Hinsicht ein minderer Rang zukäme. Das Recht auf Leben hat einen höheren Rang als das Recht auf Eheschließung, und das Verbot der Folter ist nicht weniger wichtig als das Verbot der Leibeigenschaft. Es ist nicht der Rang, der die absoluten und die nicht absoluten Rechte erster Ordnung voneinander scheidet, sondern ihr Verhältnis zur Staatstätigkeit. Die absoluten Rechte sind nur deshalb absolut, weil keine Situationen denkbar sind, in denen ihre Verletzung unerlässlich wäre, um viel größere Werte zu bewahren, in denen also eine sittliche Pflicht bestünde, auf die genannten Rechte zu verzichten.

Bei den nicht absoluten Rechten ist die Sachlage anders. Es kann Situationen geben, in denen ein noch größeres Unheil nur durch den Eingriff in diese Rechte abgewandt werden kann.

Da ist zunächst das Recht auf Leben, dessen ungeheure Be-

deutung sich aus der Eigenschaft des Lebens als eines fundierenden Grundwertes aller anderen Werte ergibt. Ohne Leben hört alles auf. Und doch erscheint es in extremis nicht ausgeschlossen, daß der Staat das Leben seiner eigenen Bürger oder auch fremder Menschen opfern muß, um noch größeres Unheil zu verhindern. Die schnelle Niederschlagung eines Aufstandes, der zu einem großen Blutbad zu führen droht, kann einen solchen Fall darstellen ... Es sind dies jedoch äußerste Grenzfälle, und die Frage, ob das Töten von Menschen in der konkreten Situation erlaubt – und das heißt bei der Struktur dieser Situationen dann immer auch geboten – ist oder nicht, kann nicht schematisch-kasuistisch, sondern nur in jeweils neuer Gewissensforschung und Prüfung aller Argumente für und wider sowie aller möglichen sonstigen Lösungen entschieden werden ...

An zweiter Stelle ist das Recht auf Freiheit von grausamer, unmenschlicher Behandlung und insbesondere von Folter genannt. Fälle, in denen der Staat dieses Recht verletzen darf, sind noch seltener als Fälle, in denen der Staat das Leben nehmen darf. Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte von 1952 hat dieses Recht sogar unter die absoluten Rechte eingereiht, und in praktischer Hinsicht läßt sich viel zugunsten dieses Standpunktes anführen, da die Gefahr einer mißbräuchlichen Verletzung dieses Rechtes unvergleichlich viel größer ist als die Gefahr eines versäumten Eingriffs in Fällen, in denen er geboten gewesen wäre. Immerhin kann das Vorliegen eines solchen Falles theoretisch nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Wenn es z.B. etabliert wäre, daß ein bestimmter Kreis von Personen über moderne Massenvernichtungsmittel verfügt und entschlossen ist, diese Mittel innerhalb kürzester Zeit zu verbrecherischen Zwecken einzusetzen, und angenommen, dieses Vorhaben könnte nur vereitelt werden, wenn es gelingt, rechtzeitig den Aufenthaltsort dieser Personen zu erfahren, so kann es sittlich geboten sein, diese Information von einem Mitglied des betreffenden Personenkreises auch durch Folter zu erzwingen, sofern dies wirklich die einzige Möglichkeit wäre, ein namenloses Verbrechen zu verhindern ...

(Quelle: Nr. 11, S. 172ff)

10.06.1976 Die Innenministerkonferenz beschließt einen Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz, das u.a. den polizeilichen Todesschuß legalisiert. Der rheinland-pfälzische Innenminister Schwarz beschreibt die damit verbundenen Absichten deutlich: „Aber es gibt Fälle, in denen sie (die Handgranaten, d. Red.) angewandt werden müssen, z.B. in einer vorrevolutionären Situation. Es muß doch die Chance bestehen, eine bewaffnete Revolution niederzuschlagen ... Die Polizei handelt in konkreten Situationen so, wie sie es für ihren Fahndungserfolg für richtig hält. Je unbestimmter das beschrieben ist, desto größer der Spielraum.“

24.06.1976 Das „Anti-Terror-Gesetz“ wird im Bundestag von SPD und FDP verabschiedet (Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Strafvollzugsgesetzes, veröffentlicht am 18. August 1976). Die CDU stimmt dem Gesetz am 29. Juli im Bundesrat zu. Das Gesetzespaket schafft zahlreiche neue Bestimmungen, insbesondere den Straftatbestand der „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ und die Möglichkeit, den Schriftverkehr zwischen Verteidigern und politischen Gefangenen zu überwachen.

27.06.1976 Ein palästinensisches Kommando entführt ein Flugzeug der Air-France nach Entebbe. Das BKA verbreitet, daß sich unter den Entführern auch Wilfried Böse (Revolutionäre Zellen) befindet. Das Kommando fordert die Freilassung von 53 politischen Gefangenen aus Israel, Frankreich,

der Schweiz, Kenia und von Mitgliedern der RAF u.a. aus der BRD.

Am 4. Juli überfällt eine israelische Elite-Einheit Entebbe, stürmt das Flugzeug und tötet alle sieben Personen des Kommandos.

29.06.1976 Auf Bemühen des Bundesinnenministers findet eine Europäische Konferenz zur Inneren Sicherheit statt. Die Minister verabschieden eine Resolution, in der sie ihre Beamten beauftragen, Expertengruppen zu bilden, die Lösungsvorschläge für eine engere Zusammenarbeit für folgende Gebiete ausarbeiten sollen:

- Terrorismusbekämpfung;
- Technik, Ausrüstung und Ausbildung der Polizei sowie Austausch von Polizeibeamten;
- Luftsicherung;
- Sicherheit von Kernkraftanlagen;
- Katastrophenschutz.

Innenminister Maihofer (FDP) bietet den anderen Ländern den gesamten Datenbestand des BKA an – diese Informationssammlung auf diesem Gebiet gilt inzwischen als die beste auf der Welt –, wenn auch die anderen Staaten ihre Informationen an das BKA weitergeben.

07.07.1976 Vier politische Gefangene, Monika Berberich, Juliane Plambeck, Gabriele Rollnick und Inge Viet brechen aus der Haftanstalt Lehrter Straße in Westberlin aus.

18.08.1976 In Bochum, Essen, Hamburg, Heidelberg, Köln, München, Tübingen und Westberlin werden auf Grundlage der neuen „Maulkorbgesetze“ § 88a und § 130a Buchläden und Verlage wegen des Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung von Beamten der LKAs und des BKA durchsucht. Bücher werden beschlagnahmt und in Bochum ein Buchhändler verhaftet, der erst einige Tage später wieder freigelassen wird.



02.09.1976 In Athen verurteilt die höchste Rechtsinstanz Griechenlands ihre Entscheidung über die Auslieferung von Rolf Pohle an die BRD auf unbestimmte Zeit, um „weitere Auskünfte“ aus der BRD einzuholen. Zuvor hat Bundeskanzler Schmidt in einem persönlichen Brief Ministerpräsident Karamanlis „schwerwiegende Konsequenzen“ für den Fall einer Nichtauslieferung angedroht. In Sorge

um den EG-Beitritt liefert Griechenland Rolf Pohle trotz heftiger Protestkundgebungen am 1. Oktober an die BRD aus.

01.01.1977 Das europäische Übereinkommen über die Auslieferung und Rechtshilfe tritt für die BRD in Kraft, so daß im Bereich der Auslieferung mit 14 Staaten und der Rechtshilfe in Strafsachen mit 13 Staaten eine im wesentlichen gleichartige Rechtsgrundlage besteht. Weitere Zusatzverträge mit Österreich und der Schweiz folgen Anfang 1977.

27.01.1977 Das „Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus“ („Anti-Terror-Konvention“) wird von 17 Staaten unterzeichnet. Die Staaten vereinbaren eine engere Zusammenarbeit. Die BRD hat ein wichtiges Ziel erreicht: In Zukunft können Staaten die Auslieferung an die BRD nicht mehr verweigern.

07.04.1977 Generalbundesanwalt Buback wird von einem RAF-„Kommando Ulrike Meinhof“ erschossen. In dem Kommuniqué „zur Hinrichtung Bubacks“ erklärt das Kommando u.a.:

Kommandoerklärung

Buback war direkt verantwortlich für die Ermordung von Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof. Er hat in seiner Funktion als Generalbundesanwalt – als zentrale Schalt- und Koordinationsstelle zwischen Justiz und den westdeutschen Nachrichtendiensten in enger Kooperation mit der CIA und NATO-Security-Committee – ihre Ermordung inszeniert und geleitet...

Die Konzeption der Bundesanwaltschaft, die seit '71 Fahndung und Verfahren gegen die RAF an sich gezogen hat, läuft nach der Linie der im Security Committee der NATO konzipierten Antisubversionsstrategie: Kriminalisierung revolutionären Widerstands – deren taktische Schritte Infiltration, Entsolidarisierung und Isolierung der Guerilla und Eliminierung ihrer Leader sind.

Im Rahmen der Counterstrategie der imperialistischen BRD gegen die Guerilla ist die Justiz kriegsführendes Instrument – in der Verfolgung der aus der Illegalität operierenden Guerilla und in der Vollstreckung der Vernichtung der Kriegsgefangenen. Buback – wie Schmidt sagt „ein tatkräftiger Kämpfer“ für diesen Staat – hat die Auseinandersetzung mit uns als Krieg begriffen und geführt: „Ich habe den Krieg überstanden. Dies ist ein Krieg mit anderen Mitteln.“

Wir werden verhindern, daß unsere Fighter in westdeutschen Gefängnissen ermordet werden, weil die Bundesanwaltschaft das Problem, daß die Gefangenen nicht aufhören zu kämpfen, nicht anders als durch ihre Liquidierung lösen kann.

Wir werden verhindern, daß Bundesanwaltschaft und Staatsschutzorgane sich an den gefangenen Fightern rächen für die Aktionen der Guerilla draußen.

Wir werden verhindern, daß die Bundesanwaltschaft den vierten kollektiven Hungerstreik der Gefangenen um die minimalen Menschenrechte benutzt, um Andreas, Gudrun (Ensslin) und Jan (Raspe) zu ermorden, wie es die psychologische Kriegsführung seit Ulrikes Tod offen propagiert.

(Quelle: Nr. 1, S. 451ff)

29.03.1977 Beginn des vierten Hungerstreiks (bis 30.4.77). Die Gefangenen fordern u.a.: „Für die Gefangenen aus den antiimperialistischen Widerstandsgruppen, die in der Bundesrepublik kämpfen, eine Behandlung, die den Mindestgarantien der Genfer Konvention von 1949 entspricht“; „die Abschaffung der Isolation und der Gruppenisolation in den Gefängnissen der Bundesrepublik und die Auflösung der besonderen Isolations-

trakte ... was für die politischen Gefangenen ... bedeuten würde, daß sie nach den Forderungen aller von den Gerichten in den Prozessen gegen die RAF bestellten Gutachter zu interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 15 Gefangenen zusammengefaßt werden." Innerhalb weniger Tagen befinden sich zunächst 35, dann ca. 100 Gefangene im Hungerstreik. Mit der Forderung nach Zusammenlegung, die erstmals im Laufe des dritten Hungerstreiks 1975 aufgestellt und seit 1977 systematisch entwickelt und begründet wird, tragen die Gefangenen den Erfahrungen mit dem Tode Ulrike Meinhofs Rechnung; sie stützen sich auf die medizinischen Sachverständigen-Gutachten, die die gesundheitsschädigenden Auswirkungen der Isolationshaft bestätigt und die „Ermöglichung größerer sozialer Interaktion“ dringend empfohlen haben.

20.04.1977 Bundeskanzler Schmidt gibt eine Regierungserklärung ab. Schmidts Problem: die staatliche Kriegsführung gegen die RAF zu rechtfertigen und trotzdem die einzigartige Freiheitlichkeit der BRD zu behaupten.

Regierungserklärung

... Aber ich wiederhole auch: Mit Gesetzgebung allein schaffen wir den Terrorismus nicht aus der Welt. Wir müssen ihm jeden geistigen Nährboden entziehen. Dazu ist es nötig, unseren Bürgern, zumal den jüngeren, die Einmaligkeit des liberalen Rechtsstaates in unserer nationalen Geschichte stärker erlebbar, stärker bewußt zu machen, als das bisher geschehen ist. Was die faschistische NS-Diktatur tatsächlich an gewaltsamer Vernichtung angerichtet hat und was sie anrichten wollte, muß jenen Menschen deutlich gemacht werden, jenen jungen Menschen, denen von Terroristen gesagt wird, man kämpfe gegen einen angeblich faschistischen Staat, während tatsächlich diese Menschen gleichzeitig dieselben Methoden benutzen wie viele Faschisten auf der Welt.

Die Intellektuellen in unserer Gesellschaft sollten den politisch Verantwortlichen im Prozeß der Aufklärung solcher junger Deutscher helfen, die noch ein unklares Urteil über Terroristen, über deren Motive und über deren scheinbare Rechtfertigung haben. Ich richte diesen Aufruf zumal an jene Universitätslehrer, Wissenschaftler, Philosophen, Schriftsteller, auf deren Stimme die junge Generation damals, in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in der APO-Zeit, so sehr gehört hat. Jene bedeutenden und einflußreichen Intellektuellen, die am Anfang viele junge Menschen mit ihren Vorstellungen beeindruckt haben und die sich dabei doch keinen Augenblick lang die Möglichkeit solcher schrecklichen Verbrechen vorgestellt haben, sollten ihre besondere Verpflichtung und Chance erkennen.

Diese Aufklärung gelingt allerdings nicht mit den Mitteln der Einschüchterung, sondern kann nur gelingen durch argumentative Wahrhaftigkeit. Es geht ja nicht darum, das freie Denken einzuschränken, sondern darum, denen, die bisher kein klares Urteil haben, die Trennungslinie zum Terrorismus zu verdeutlichen und ihren Willen zur Verantwortung zu schärfen.

Die Identifikation mit unserem freiheitlichen Rechtsstaat kann freilich nur gelingen, wenn wir dessen Grundsätze in der staatlichen Wirklichkeit auch tatsächlich bewahren. Dazu muß gerade der jungen Generation gesagt werden, daß wir uns nicht von der Brutalität eines in Wahrheit doch verlorenen Haufens verleiten lassen wollen, uns zu jener Parole des Obrigkeitsstaates zurückzuzufüchten, die da gebot, Ruhe sei die erste Bürgerpflicht, sondern das Recht auf Widerspruch, das Recht auf abweichende Meinung, das Recht auf deren Äußerung darf auch unter dem Eindruck verbrecherischer Anschläge gegen unsere liberale Ordnung nicht deformiert werden.

Wir haben unseren Staat nach den Erfahrungen der ersten deutschen Republik, der Weimarer Republik, auf ein Grundgesetz gebaut und mit Gesetzen ausgestattet, die uns erlauben,

die demokratische und soziale, die rechtsstaatliche freiheitliche Grundordnung, die Grundwerte, auf die es uns ankommt, wehrhaft und offensiv zu verteidigen. Jene anderen aber, die unseren Staat, die die Bürger und die Diener dieses Staates und die Gemeinschaft insgesamt mit schwerster Gewalttat bekämpfen, können nicht auf einen Staat rechnen, der sie als verlorene Söhne behandelt.

Wo nach ruhigem Abwägen durch Politiker, durch Juristen, durch Fachleute der inneren Sicherheit die Instrumente nicht wirksam genug erscheinen, dort sollen sie verbessert und ergänzt werden. Wir müssen aber der Versuchung widerstehen, ein Geflecht von Gesetzen herzustellen, hinter dem eines Tages die Freiheit unsichtbar wird. Wer einer falschen und verhängnisvollen Solidarisierung mit Desperados von großer krimineller Energie entgegenwirken will und wer die Täter von der Gemeinschaft total isolieren will, darf dabei nicht riskieren, daß die Freiheit der Person zu einem Ausstellungsstück wird, das nicht mehr berührt, sondern nur noch in der Vitrine besichtigt werden kann.

Wir haben in Wahrheit zwei Aufgaben zu leisten. Zum ersten: den Terrorismus ohne Wenn und ohne Aber und ohne jede sentimentale Verklärung der Tätermotive zu verfolgen, bis er aufgehört haben wird, ein Problem zu sein. Aber die andere Aufgabe muß es sein, die Meinungsfreiheit kämpferisch und entschlossen zu verteidigen und über jeden Zweifel klarzumachen, daß Kritik an den vielerlei Obrigkeiten nicht nur statthaft ist, sondern daß sie für jeden demokratischen Staat prinzipiell erwünscht ist ...

(Quelle: Nr. 6, S.1444ff)

28.04.1977 Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe werden in allen Anklagepunkten – gemeinschaftliches Begehen von sechs Bombenanschlägen in Tateinheit mit vier Morden und 34 Mordversuchen, des Begehens von Mordversuchen in Tateinheit mit der Gründung einer „kriminellen Vereinigung“ – für schuldig befunden und zu lebenslangem Gefängnis verurteilt. Das war der größte politische Prozeß der Nachkriegsgeschichte in der BRD, bei dem die verfassungsmäßigen Grundlagen des Strafverfahrens selbst auf dem Spiel standen, schreibt Pieter Bakker Schut zehn Jahre später in seinem Buch „Stammheim“. Die Staatsorgane hatten die RAF wegen „krimineller Vereinigung“ angeklagt und die ganze Zeit eine politische Prozeßführung unterdrückt, ihrerseits aber extra ein Gefängnisgebäude für den Prozeß errichten lassen.

Die Rechtsanwälte hatten in dem Verfahren immer wieder darauf hingewiesen, daß das Verfahren ein „Instrument innerhalb eines großangelegten Feldzuges psychologischer Kriegsführung gegen die RAF“ (Schily) sei. Kurz vor Beginn des Prozesses wurden drei Hauptverteidiger ausgeschlossen, so daß Andreas Baader zu Beginn des Verfahrens keinen Verteidiger hatte. Mehrfach mußten Bundesgesetze geändert werden, damit das Gericht das Verfahren überhaupt durchführen konnte. Der Prozeß wurde zum großen Teil ohne die Angeklagten geführt. Bereits am 26. August 1975 hatten die Vertrauensanwälte die Einstellung gefordert und auf die Vorverurteilung durch Politiker und Presse hingewiesen. Das Gericht führte 1976 zwei „Kronzeugen“ in das Verfahren ein. Am 20. Januar wurde dem 85. Antrag auf Befangenheit gegen den Vorsitzenden Richter Prinzing stattgegeben. Prinzing wurde fallengelassen, weil der Schein des unabhängigen Gerichts kaputt war und seine Beibehaltung zahlreiche Gründe für eine Revision des Verfahrens bieten konnte.

Am 17. März 1977 wurde bekannt, daß die baden-württembergische Landesregierung An-

geklagte und Verteidiger hat abhören lassen. Daraufhin verlassen die Vertrauensanwälte den Prozeß. Sogar die Zwangsverteidiger, die vom Gericht eingesetzt waren, plädierten in ihren Schlußworten für die Einstellung des Verfahrens.

03.05.1977 Günter Sonnenberg wird bei seiner Festnahme (zusammen mit Verena Becker) durch Kopfschuß schwer verletzt.

Am 22. September wird Knut Folkerts in Utrecht (Niederlande) festgenommen. Dabei wird ein Polizist erschossen.

31.05.1977 Zweite Konferenz der zuständigen Minister für innere Sicherheit der EG-Staaten. Sie kommen überein, ihre „ständige Zusammenarbeit sowohl im informativen wie im operativen Bereich zu intensivieren und zu systematisieren“. Im Mittelpunkt steht das Thema „Terrorismus“. Die Zusammenarbeit bei der Polizeitechnik, -ausrüstung und -ausbildung soll verbessert werden. Die Kontrollen des An- und Verkaufs von Schusswaffen sowie des Waffenhandels sollen verschärft werden. Vorschläge für intensive Grenzkontrollen sollen erarbeitet werden.

Am 21. November 1977 findet die dritte Ministerkonferenz statt, die sich vorwiegend mit der Drogenbekämpfung und der Verbesserung der Zusammenarbeit der Polizeibehörden befaßt.

27.06.1977 Die 12. Strafkammer des Landgerichts Stuttgart verhängt ein strafrechtliches vorläufiges und teilweises Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Croissant und schaltet ihn damit als Verteidiger in Staatsschutzsachen aus.

06.07.1977 Wolfgang Beer, Werner Hoppe und Helmut Pohl werden nach Stammheim verlegt und mit fünf weiteren Gefangenen zusammengelegt. In Lübeck und Westberlin existieren ebenfalls kleine Gruppen. Damit kommen die Staatsorgane den Forderungen aus dem letzten Hungerstreik nur geringfügig nach. Ende Juli teilt der neue Generalbundesanwalt Rebmann mit, daß damit den medizinischen Empfehlungen wegen der Isolationshaft genüge getan sei. Am 8. August überfällt ein Rollkommando die kleine Gruppe in Stammheim. Der Überfall ist Vorwand, die Haftbedingungen weiter zu verschärfen.

09.07.1977 Gegen Peter Brückner, Professor für Psychologie, fordert die „Welt“: „Distanzieren Sie sich oder gehen Sie.“ Gemeint ist die Distanzierung von der Nachveröffentlichung des sog. „Mescalero-Nachrufs“. Im Mescalero-Nachruf auf Generalbundesanwalt Buback hatte ein „Stadtindianer“ in einem „inneren Monolog“, der darlegt, warum „Gewalt“ für den Autor des Nachrufs nichts sei, gleichzeitig ein Gefühl der „klammheimlichen Freude“ erwähnt. Gegen die Kriminalisierung und Illegalisierung einer solchen Veröffentlichung hatten sich mehrere Hochschullehrer – darunter Peter Brückner – durch eine Nachveröffentlichung gewandt. Obwohl es nicht einmal einen sachlichen Grund für eine „Distanzierung“ von angeblicher Befürwortung von „Gewalt“ gibt, wie Peter Brückner von Anfang an festhält, distanzieren sich außer Brückner unter dem Druck reaktionärer Propaganda und disziplinarischer Drohungen alle Herausgeber von der Nachveröffentlichung. Am 17.9.1977 veröffentlichen 177 Hochschullehrer eine Anzeige in der „Frankfurter Rundschau“, in der sie erklären, sie wollten von nun an immer jeglichen „Bestrebungen“ nach

„klammheimlicher Freude“ und der „erschreckenden Gleichgültigkeit“ entgegentreten.

Brückners Positionen und ihre wissenschaftliche Begründung verfolgen Ministerpräsident Albrecht und das niedersächsische Innenministerium durch Disziplinarverfahren mit Suspendierung vom Dienst und – in zweiter Instanz – Kürzung der Bezüge. In diesen Auseinandersetzungen vertritt Brückner u.a.: „Ihr Gewaltmonopol haben die modernen Staaten historisch erungen, indem sie feudale, lokale, private Gewaltförmigkeit beseitigt haben, also gewaltförmig.“ „Das heißt also, das alte Spiel, wer hat angefangen, ist hier sehr einfach zu beantworten. Ich meine, der erste Terrorismus, dem die Protestbewegung begegnete, war ein Terrorismus des Staates und seiner Administration, seiner Exekutive, ich glaube, da ist kein Zweifel.“ Und: „Der Vorwurf, die RAF sei als Provokateur objektiv konterrevolutionär, ist entweder von Angst diktiert oder töricht – wenn nicht schlicht Parteienganz.“ Bereits die Äußerung und Vertretung dieser wissenschaftlich begründeten Positionen im Rahmen des Wissenschaftsbetriebes bzw. als Hochschullehrer in der Öffentlichkeit verfolgen Ministerpräsident Albrecht und sein Innenministerium als grungesetzwidrig. Es gelingt der Reaktion damit, neue Rechtsgrundsätze in der Anwendung des KPD-Verbotes und des Beamtenrechtes und in der Erhebung der freiheitlich-demokratischen-Grundordnung von der Staatsphilosophie zur Wissenschaft zu fixieren.

Die Suspendierung vom Dienst wird mit der Verurteilung zur Kürzung der Bezüge in erster Instanz aufgehoben. Seine Stelle kann Brückner wegen der Verschlechterung seines Herzleidens nicht mehr antreten. Im April 1981 stirbt Peter Brückner im Alter von 59 Jahren. Er war ein Drittel seiner Dienstzeit als Hochschullehrer vom Dienst ausgeschlossen. Zuerst wegen Verdachts der Unterstützung der Roten-Armee-Fraktion, weil er Ulrike Meinhof 1970 beherbergt hatte, dann wegen staatsfeindlicher Äußerungen und fehlender Mäßigung als Beamter.

20.07.1977 Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Bernhard Rössner und Lutz Taufer werden zu jeweils zweimal lebenslänglichen Gefängnisstrafen im „Stockholm-Prozeß“ verurteilt.

30.07.1977 Der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, wird bei einem mißglückten Entführungversuch der RAF getötet.

10.08.1977 Auf die Verschärfung der Isolation antworten die politischen Gefangenen mit einem neuerlichen Hungerstreik, der am 2. September abgebrochen wird. In der Abbrucherklärung schreiben die Gefangenen:

„Im Laufe der Woche haben wir von einem Mitglied von Amnesty international erfahren, daß der Vermittlungsversuch, den das Internationale Exekutivkomitee unternommen hat, um humane, d.h. Haftbedingungen, die den Forderungen der Ärzte entsprechen, durchzusetzen und den Hungerstreik zu beenden, abgebrochen wurde, weil ‚die Situation total verhärtet ist‘ und ‚in den Behörden von oben nach unten die Linie durchgesetzt wurde, nach den Anschlägen gegen den Bundesanwalt und Ponto an den Gefangenen ein Exempel zu statuieren‘. Das entspricht den Ankündigungen Rebmanns. Die Gefangenen haben daraufhin – um das Mordkalkül nicht zu erleichtern – am 26. Tag ihren Streik unterbrochen. Sie

haben sich dazu entschlossen, nachdem sie damit offen zu Geiseln des Staatsschutzes erklärt worden sind ..."

05.09.1977 Entführung des Präsidenten von BDI und BDA (Bundesverband der Deutschen Industrie und Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) und Vorstandsmitglieds von Daimler Benz, Hanns Martin Schleyer, durch das RAF-Kommando Siegfried Hausner. Drei Sicherheitsbeamte und der Fahrer Schleyers werden getötet. Das Kommando fordert die Freilassung von Gefangenen aus der RAF: Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Verena Becker, Werner Hoppe, Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Bernd Rössner, Ingrid Schubert, Irmgard Möller und Günter Sonnenberg.

Die Bundesregierung richtet Krisenstäbe ein.



Die „Kleine Lage“ tagt mehrfach täglich mit Bundeskanzler Schmidt und seinen engsten Beratern: Bundesinnenminister Maihofer, Justizminister Vogel, Außenminister Genscher (z.T. vertreten durch Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff), Staatsminister Wischniewski und Staatssekretär Schüler, Regierungssprecher Bölling, BKA-Präsident Herold und Generalbundesanwalt Rebmann. Dem „Großen Krisenstab“, der ein- bis zweimal wöchentlich zusammentritt, gehören neben den Mitgliedern der „Kleinen Lage“ an: Brandt, Kohl, Strauß, Wehner, Mischnik, Zimmermann und die vier Regierungschefs der Länder, in deren Gewahrsam sich RAF-Häftlinge befinden: Filbinger, Goppel, Kühn, Klose.

Beide Krisenstäbe sind in der Verfassung nicht vorgesehen. Die Situation komme einem „nationalen Notstand“ gleich, erklärt der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger. Die

„Kleine Lage“ tritt an Stelle der Regierung, die Legislative, das Parlament, wird ausgeschaltet. Ausdrücklich wird beschlossen, in den „Krisenstäben“ keinerlei Protokoll zu führen. – Der „Große Krisenstab“ verhängt eine totale Nachrichtensperre für alle Medien. Die Inlandspresse hält sich daran, die Auslandspresse kritisiert die Entscheidung und berichtet über den laufenden Stand der Entführung.

Der „Große Krisenstab“ leitet ohne Rücksicht auf Gesetze eine totale Fahndung ein, die auch nach Auffassung bürgerlicher Kräfte gegen das Rechtsstaats- und Verhältnismäßigkeitsprinzip verstößt. So werden z.B. an wichtigen Verkehrsknotenpunkten Datenfunkstationen aufgestellt, über die alle vorbeifahrenden Kraftfahrer im Alter zwischen ca. 20 und 35 über Interpol abgefragt werden, so erzwingt das BKA Vertragsdurchschläge von allen in der BRD gekauften PKW, so wird in Köln damit begonnen, alle Stromabnehmer auf ihre polizeiliche Meldung hin zu überprüfen u.ä.m.

06.09.1977 Die Justizverwaltungen der Länder, angewiesen von Bundesjustizminister Vogel (SPD), verhängen gegen alle aufgrund des § 129 verfolgten Gefangenen eine Kontaktsperre, die jeglichen Kontakt untereinander und zur Außenwelt abschneidet – ausgenommen die staatlichen Behörden, denen die Gefangenen um so schutzloser ausgeliefert sind. Entscheidungen von Gerichten, daß die Verteidiger von der Besuchssperre auszunehmen seien, werden mißachtet. Die Bundesregierung beruft sich bei der Zwangsmaßnahme der Kontaktsperre, für die es keine Rechtsgrundlage gibt, auf den „übergesetzlichen Notstand“.

Sept. 1977 Während die der Kontaktsperre unterliegenden politischen Gefangenen von jeglicher Wahrnehmung abgeschlossen, von allen Kontakten, selbst ihren Verteidigern, abgeschnitten sind, während sie damit zugleich den Staatsbehörden vollständig ausgeliefert sind, die freien, extensiven Zugang zu den Gefangenen haben, lassen sich die Politiker und öffentlichen Meinungsmacher freien Lauf. Ihre Denkausschweifungen sehen vor: Todesstrafe, standrechtliche Erschießung von Gefangenen, Bundeswehreinsetzung u.a. Vieles, was sie öffentlich erwägen, schon nach der Erschießung Bubacks öffentlich zu diskutieren begonnen haben, bleibt, auch das zeigt der **Pressespiegel**, nicht nur Erwägung.

Pressespiegel

Welt, 1.4.77

Der Kampf wird wirkungslos bleiben, wenn wir nicht lernen, uns anzupassen ... Die Idee der Notwehr, des übergesetzlichen Notstands ist nicht unzivilisiert.

Golo Mann in: WDR III, 15.4.77

(Der Staat) kann die Chancen der Verbrecher vermindern, und er kann – wie wir es heute vormittag ja hörten – möglichst viele und wünschbarerweise alle Mörder und potentiellen Mörder hinter Schloß und Riegel bringen, und zwar so, daß sie nicht mehr herauskönnen, nicht mehr ausbrechen können, wie es geschehen ist, nicht entlassen werden ...

Der politische Mörder dieser Art hat seine Grundrechte verwirkt. Das Gesetz hat nicht so sehr den Mörder als die vom Mord Bedrohten zu schützen, das sind doch einfache, aber doch ewig wahre Wahrheiten. Erfüllt das Gesetz seinen Zweck nicht, dann muß es erweitert, dann muß es verändert werden.

Es heißt immer, im Zweifel für den Angeklagten – in dubio pro reo – das ist eine schöne alte Regel, aber niemand kann doch an der Schuld dieser Angeklagten zweifeln. Man kann es im Detail, man kann es doch nicht in der Substanz ... – Frage: ... verzeihen Sie, diese Regel ist die Basis unseres Rechtsstaats. So verstehen wir unsere Freiheit. Können wir sie aus solch einem Anlaß aufs Spiel setzen? – Mann: Sie müssen selbstverständlich formal strikt eingehalten werden. Aber Sie können doch zum Beispiel dem Richter, der gegen die Stockholmer Mörder verfährt, nicht verwehren, daß er heimlich schon davon überzeugt ist, daß dies die Mörder gewesen sind ... Das sind keine gewöhnlichen, mehr oder weniger harmlosen Untersuchungsgefangene, das sind auf das schärfste gemeingefährliche Verbrecher, gegen die anders verfahren werden muß. Praktisch gesprochen. Formal nicht. (nach: Die Welt, 16.4.77)

Frankfurter Allgemeine, 7.9.77

... wenn die mörderische Macht der RAF gebrochen werden soll, wird die ganze politische Führung in der Bundesrepublik und auch das Volk – werden alle bald manches denken müssen, was sie bisher hartnäckig aus ihren Gedanken fernhielten.

Die Welt, 8.9.77

Es gibt keine praktikable Maßnahme der Bekämpfung und Unterbindung, die im Kriege erlaubt wäre und die nicht schon jetzt unternommen werden könnte.

Die Welt, 9.9.77

Daran wird sich so lange nichts Entscheidendes ändern, als nicht ein „deutsches FBI“ gebildet wird, eine Bundeskriminalpolizei, die von sich aus für bestimmte, besonders schwerwiegende Verbrechenarten zuständig ist, unter anderem für den Terrorismus. Und die nicht nur das Recht hat, begangene Verbrechen zu verfolgen, sondern auch aktiv alle Maßnahmen der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung zu ergreifen.

Die Zeit, 9.9.77

Da stellt sich die Frage, ob wir die Liberalität ohne jede Einschränkung auch jenen zuteil werden lassen, die sie zerschmettern wollen.

Süddeutsche Zeitung, 10.9.77

Am selben Tag steht in der Münchner Abendzeitung ein Interview mit Zimmermann, in dem dieser leidenschaftslos darauf hinweist, daß endlich das Umfeld der Terroristen „eliminiert werden“ müsse ... hat die Landesgruppe der CSU auf ihrer Zusammenkunft am Dienstagabend „auf sehr hohem Niveau“, wie zwei Teilnehmer sagen, die Konsequenzen der Kölner Tragödie diskutiert. Aber in der Diskussion war unter anderem eben auch die Frage der Wiedereinführung der Todesstrafe oder die Überlegung, wie man Erpressungsversuchen künftig standhalten könne – ob etwa durch die Erschießung der gefangenen Terroristen in halbständlichem Abstand – so lange, bis ein Entführter freigelassen werde.

Spiegel, 12.9.77

(Walter Becher, CSU-Landesgruppe) Ob man sich nicht tatsächlich mit den Terroristen „im Krieg befindet“, fragte er, ob nicht der Staat auf Geiselnahme und Geiselschießung mit gleichen Mitteln antworten müsse. Bei weiterer Eskalation des Terrors sollte dann auch etwa mit den Häftlingen von Stammheim kurzer Prozeß gemacht werden.

Die Welt, 13.9.77

Dregger fordert Elite-Kommandos zur Terroristenjagd ... Im einzelnen fordert er: im exekutiven Bereich die Bildung eines „Terroristen-Jagdkommandos“, dem Elite-Beamte aus Bund und Ländern angehören. Diese Männer müßten hochqualifiziert und mit den besten Waffen ausgerüstet sein. Das Kommando, das überall den ersten Zugriff haben soll, dürfe außerdem „keinen fragwürdigen bürokratischen Einwirkungen unterliegen“. Ergänzend dazu sei ein Kreis von Vertrauensleuten erforderlich. „Wir dürfen nicht nur reagieren, wir müssen die Terroristen aufsuchen und vorbeugend zuschlagen.“

Die Welt, 13.9.77

Der bayerische Innenminister Alfred Seidl (CSU) sprach sich gestern dafür aus, das Verbot der Todesstrafe aus dem Grundgesetz herauszunehmen. Er erklärte in München: „Fragen über Sinn oder Unsinn der Todesstrafe gehören meiner Meinung nach nicht in die Verfassung. Sie sollten besser im Strafgesetz geregelt werden.“

Die Welt, 14.9.77

(Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Kühn, SPD:) Die Terroristen müssen wissen, daß die Tötung von Schleyer auf das Schicksal der inhaftierten Gewalttäter, die sie mit ihrer schändlichen Tat befreien wollten, schwer zurückwirken müßte.

Süddeutsche Zeitung, 17.9.77

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hatte in einem Zeitungsinterview zu bedenken gegeben, ob es nicht möglich sei, zum Beispiel die Feldjäger der Bundeswehr für den zivilen Objektschutz einzusetzen und damit die Polizei bei ihrer Fahndung nach den Terroristen zu entlasten ... Auch der CSU-Abgeordnete Carl-Dieter Spranger meinte, die organisatorischen, technischen und logistischen Möglichkeiten der Bundeswehr sollten zur Terrorismusbekämpfung besser genutzt werden. Denkbar sei zum Beispiel, daß Soldaten bei Polizeieinsätzen Fernmeldeleitungen bauen, für den Objektschutz eingesetzt werden und Kasernen den Sicherheitskräften bei Demonstrationen als Unterkünfte bereitgestellt werden.

Frankfurter Allgemeine, 23.9.77

Die CDU/CSU hat die Absicht, den Artikel 18 des Grundgesetzes, der es dem Bundesverfassungsgericht erlaubt, unter anderem auf Antrag einer Landesregierung einzelnen Personen, aber auch juristischen Personen (wie etwa Zeitschriftenverlagen) bestimmte Grundrechte als „verwirkt“ zu entziehen, wenn diese gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht werden, im Zusammenhang der Bekämpfung der intellektuellen Wegbereitung des Terrorismus einzusetzen.

Frankfurter Allgemeine, 28.9.77

... im Bündel der CDU enthaltene gravierendste Vorschlag, nämlich Terroristen künftig nur noch vor den Bundesgerichtshof zu stellen, ihnen damit die Berufungsmöglichkeiten zu nehmen ...

Die Welt, 29.9.77

(Prof. Dr. Wilfried Lange, Düsseldorf) Auch die Wiedereinführung der Todesstrafe (durch Verfassungsänderung) ... wäre zu diskutieren ... bei Erpressungen wie in den Fällen Lorenz und Schleyer. Niemand wird bestreiten, daß die Todesstrafe hier einen von der Vernunft bestimmten Zweck erfüllt: Ein Staat, der seine Terroristen hinrichtet, kann nicht mehr genötigt werden, sie nach Südjemen auszufliegen. Auch scheidet ein exekutierter Verbrecher künftig als Attentäter aus.

Süddeutsche Zeitung, 7.10.77

(Strauß) Man sollte einmal die, die für Freiheit des Volkes angeblich kämpfen, dem Volk überlassen, dann brauchen die Polizei und die Justiz sich nicht mehr drum zu kümmern.

ARD, Panorama, 17.10.77, Golo Mann:

Der Moment kann kommen, in dem man jene wegen Mordes verurteilten Terroristen, die man in sicherem Gewahrsam hat, in Geiseln wird verwandeln müssen, indem man sie den Gesetzen des Friedens entzieht und unter Kriegsrecht stellt.

Frankfurter Allgemeine, 18.10.77

Der Staat muß sein rechtliches und moralisches Verhältnis zu den Terroristen, wie er es bisher gesehen und praktiziert hat, in Frage stellen, überprüfen. Er muß sich Einwänden, neuen Gedanken dazu öffnen. Das Tabu ist fortzuräumen, welches – verantwortlich geführte – Debatten darüber bisher verhindert ... So etwa könnten die Fragen lauten: Muß der Staat gegenüber einem hochorganisierten, hochspezialisierten und von ausländischen Mächten unterstützten Mord-Terrorismus in der fatalen

Grundsituation hoffnungsloser Unterlegenheit, gespenstischer Ungleichheit der Kampfmittel verharren? Muß es dabei bleiben, daß die Terroristen foltern, erpressen, morden und mit alledem jederzeit drohen können, der Staat jedoch auf die Erhaltung von Leben und Gesundheit der Bandenmitglieder verpflichtet ist und ihnen nichts androhen kann, was ihnen wirklich Angst macht – auch dann nicht, wenn sie selber sich anschicken, Geiseln grausam zu ermorden? Läßt sich nichts ändern an der demprimierenden Ungleichheit der Überlebenschancen zwischen den Bandenmitgliedern einerseits, den von Verfolgten und ihren Geiseln andererseits? ... Wäre es nicht an der Zeit, über ein Notrecht gegen Terroristen nachzudenken?

Frankfurter Allgemeine, 24.10.77

Auf Fragen, ob nach dem Muster des Republikenschutzgesetzes nach dem Mord an Außenminister Rathenau im Sommer 1922 ein Sonderrecht für den Kampf gegen den Terrorismus geschaffen werden solle, sagte Vogel, er habe gelernt, daß man auch Dinge, die heute noch undenkbar erschienen, bei einer veränderten Situation durchdenken und daß man sich darauf vorbereiten müsse. Deshalb könne er auf diese Frage nicht mit „nie“ oder „niemals“ antworten.

Spiegel, 24.10.77

Eine kleine Gruppe hoher Beamter hatte tatsächlich alle nur denkbaren Möglichkeiten erörtert, ohne Rücksicht auf außenpolitische Komplikationen, ohne Rücksicht selbst auf das Grundgesetz. So spielten sie den Plan durch, im Zielland auch gegen den Willen der jeweiligen Regierung die Ankömmlinge zu kidnappen oder gar zu exekutieren. Sie entwarfen Pläne, in einem befreundeten afrikanischen Land eine Attrappe des von den Terroristen angegebenen Zielflughafens aufzubauen.

Frankfurter Rundschau, 25.10.77

Soldaten halfen Kriminalamt / ... Bei den Observationen des Bundeskriminalamtes beziehungsweise der Landeskriminalämter gegenüber verdächtigen Personen habe das für solche Einsätze geschulte Personal nicht ausgereicht. Aus diesem Grunde sei auf Angehörige des MAD, die für Observationen ausgebildet sind, zurückgegriffen worden ...

Auslandspresse – The Economist (GB), 17.9.88

... Das Ziel müßte es sein, den harten Kern der aktiven Terroristen zu zerstören, ohne deren äußeren Ring von ... Personen zu vergrößern, die bereit sind, den Terroristen jetzt zu helfen und später ihren Platz einzunehmen. Weil dieser äußere Ring besteht, muß die Counterterrorismus-Strategie so spezifisch wie irgend möglich sein. Es ist ein Fall für Präzisionswaffen, nicht für Flächenbombardement ...

08.09.1977 Der DGB-Vorsitzende Vetter versichert der Regierung seiner Unterstützung. Kritiklos begrüßt er die staatliche Kriegsführung. Zusammen mit den Kapitalistenverbänden organisiert der DGB später eine Schweigeminute für den früheren NS-Funktionär und jetzigen BDI- und BDA-Chef, der sich allen Kämpfen und fortschrittlichen Bestrebungen der Arbeiterbewegung stets in den Weg gestellt hat.

Ansprache des DGB-Vorsitzenden Vetter

... wir müssen unsere gesamte Entschlossenheit zusammennehmen, um dem Terror zu begegnen. Trotz des Zorns in unserem Herzen brauchen wir einen kühlen Kopf.

Die Terroristen geben vor, politische Ziele erreichen zu wollen. Nun ist die freie Arbeiterbewegung, in Deutschland wie überall in der Welt, diejenige gesellschaftliche Kraft, die als erste legitimiert ist, etwas über politischen Kampf zu sagen.

Sie, die Arbeiterbewegung, hat in mehr als hundert Jahren ihrer Geschichte in harten Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern den politischen und gesellschaftlichen Fortschritt vor-

angetrieben. Kraft dieser bewiesenen und bewährten Legitimation sprechen wir dem Terror jeglichen politischen Charakter ab.

Die Terroristen wollen Furcht verbreiten und die politischen Kräfte lähmen. Sie stehen, mit diesem Wort hat Willy Brandt recht, nicht links. Sie haben mit den politischen Auseinandersetzungen nichts zu tun.

Alle staatlichen Maßnahmen können mit unserer Unterstützung rechnen, die die Wirksamkeit der Terrorbekämpfung sichern. Die Rechtssicherheit ist unabdingbarer Bestandteil unserer Zivilisation und Grundlage des Fortschritts.

Wir brauchen aber auch unseren kühlen Kopf, um uns nicht in unserer Empörung über die Mordanschläge zu Handlungen hinreißen zu lassen, die von den Mördern kalkuliert sind. Wir bleiben auf den Zentimeter genau auf dem Boden unseres freiheitlichen Rechtsstaates. Denn er allein ist unser Staat, ihn haben wir erkämpft. Jede Abweichung vom Rechtsstaat muß vermieden werden. Die Saat der Terroristen darf nicht aufgehen.

Dem Terror setzen wir mit aller Entschiedenheit unsere Ideale entgegen: die Freiheit des Menschen, die Unverletzlichkeit seiner Würde, auch im Arbeitsleben, die Chancen der Entfaltung für alle Menschen, die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit. Für ihre Verwirklichung werden wir sorgen.

(Quelle: Nr. 12, S. 72f)

16.09.1977 Beide Kirchen geben Erklärungen ab, mit denen sie die staatlichen Maßnahmen gegen die RAF absegnen. Als gesellschaftliche Ursachen des „Terrorismus“ präparieren EKD und Deutsche Bischofskonferenz heraus: Konfliktbereitschaft, Anspruchsdenken, Infragestellen von Grundwerten, Kritik am Staat, Nihilismus.

Erklärung des Rates der EKD

Die Evangelische Kirche in Deutschland bejaht den Staat, in dem wir leben. Die durch den Terror ausgelöste allgemeine Verunsicherung kann zu maßlosem Zorn oder zu tiefer Resignation führen. In dieser Situation bekennen wir uns zum fünften Satz der Barmer Theologischen Erklärung von 1934, in dem es heißt: „Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.“

Mord und erpresserische Gewalttätigkeit, die den Verlust von Menschenleben zynisch einkalkuliert, sind durch nichts, unter keinen Umständen und mit keiner wie auch immer gearteten Zielvorstellung zu rechtfertigen oder zu verharmlosen. Durch die jüngsten Terrorakte sind in der Person der Opfer Staat und Gesellschaft selbst betroffen. Wir alle sind darum verpflichtet, das uns Mögliche zur Aufklärung der Verbrechen beizutragen und einer weiteren Eskalation des Terrors entgegenzuwirken.

Nur ein starker Staat kann ein liberaler Staat sein. Stark aber ist der Staat in erster Linie durch die gemeinsamen Überzeugungen und Wertvorstellungen seiner Bürger. Die Verpflichtung auf die unserer gesellschaftlichen Ordnung vorgegebenen Werte bildet die Grundlage unserer politischen Existenz und ermöglicht den weiten Raum der Freiheit, in dem Menschenrecht und Menschenwürde beheimatet sind. Diese Grundlage der Freiheit bestimmt aber auch deren strikt zu wahrende Grenze. Dem tragen Gesetzgebung und Polizeigewalt in unserem Land angemessene Rechnung.

Wir sind uns bewußt, daß die politische Führung unseres Staates angesichts der erpresserischen Geiselnahme vor einer äußerst schwierigen Entscheidung steht. Auf der einen Seite hat der Staat die Aufgabe, Leben zu schützen. Auf der anderen

Seite ist zu fragen, ob die Erfüllung der Forderungen nicht zu weiteren Mordtaten führt. Auf diese Frage gibt es keine prinzipiell richtige oder falsche Antwort. Hier sind die Verantwortlichen vor letzte Gewissensentscheidungen gestellt. Wir versichern sie in dieser Situation unserer Bereitschaft, ihre Entscheidungen mit Vertrauen aufzunehmen, und rufen dazu auf, auch die Folgen gemeinsam zu tragen.

Bei vielen Bürgern ist heute das Verhältnis zu Staat und Gesellschaft gestört. Dies wird nur vordergründig durch Wohlstands- und Fortschrittsoptimismus verdeckt und verlangt nach einer geistigen und moralischen Orientierung, Begriffe wie Lebenssinn und Lebensstil sind von uns allen mit neuem Inhalt zu füllen. Persönliches Vorbild und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, werden auch der jungen Generation, die durch den Verlust verbindlicher Werte und Angst vor der Zukunft verunsichert ist, Halt und Hoffnung geben.

Das Aufkommen des Terrorismus in unserem Land weist auf Versäumnisse und Fehlentwicklungen, an denen alle Gruppen unserer Gesellschaft beteiligt sind. Auch die evangelische Kirche bekennt ihre Mithaftung am Geschehen dieser Wochen. Wir sind dem einseitig konfliktbetonten Verhalten in unserer Mitte nicht deutlich genug entgegengetreten und haben Gebot und Verheißung Gottes nicht klar genug verkündigt. Der Glaube an Gottes neuschaffende Vergebung muß von uns allen in überzeugende Taten solidarischer Mitverantwortung umgesetzt und in einem weltweiten Eintreten für Recht und Würde des Menschen verwirklicht werden.

Die Antwort der Christen auf die Herausforderung durch den Terrorismus ist das Gebet und das Tun dessen, was recht ist. Wir rufen daher alle Glieder unserer Kirche auf, in der Fürbitte nicht nachzulassen. Sie gilt den Opfern der Gewalt und den in ihrem Leben Bedrohten, daß die Barmherzigkeit Gottes sie umfange. Sie gilt den Angehörigen der Ermordeten, daß sie Trost und neue Hoffnung finden. Unsere Fürbitte umfaßt auch die Politiker, Polizisten und Beamten unseres Staates, die schwerwiegende Entscheidungen zu fällen und auszuführen haben. Sie erstreckt sich aber auch auf alle, die in Haß und Fanatismus verblindet sind, daß Gottes Menschenfreundlichkeit ihre Menschenverachtung überwindet und sie aus der Verstrickung des Bösen befreit. Die Evangelische Kirche in Deutschland weiß sich mit den Christen in aller Welt darin verbunden, Jesus Christus als Gott und Heiland aller Menschen zu bekennen. Sie ist insbesondere auch mit der europäischen Christenheit in der Gemeinschaft eines geschichtlichen Erbes vereinigt. In dieser Verbundenheit bitten wir die Mitchristen in aller Welt, um Gottes willen im Einsatz für Recht, Freiheit und Frieden zusammenzustehen. Die Erde darf nicht der Unbewohnbarkeit, die Menschen nicht dem Chaos preisgegeben werden. Der christliche Glaube verbindet nüchterne Welt- und Lebensorientierung mit der zuversichtlichen Hoffnung auf das Kommen des Reiches Gottes und dem Mut, den jeweils notwendigen Schritt entschlossen zu tun.

16. September 1977

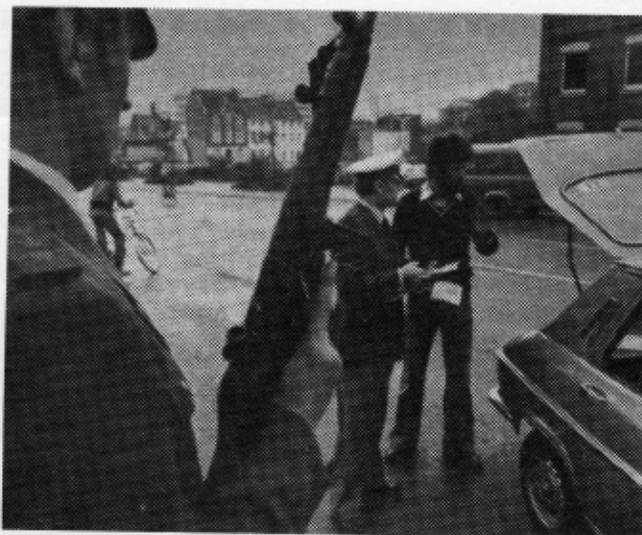
(Quelle: Nr. 12, S. 32f)

Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz

... Wir verurteilen gemeinsam mit allen rechtlich denkenden Menschen schärfstens alle Versuche, die Grundlagen unseres Staates und der Gesellschaft zu zerstören.

Den Regierungen von Bund und Ländern fällt die Aufgabe zu, mit allen geeigneten Maßnahmen die Rechtsbrüche der Terroristen zu ahnden und neue zu verhindern. Den Verantwortlichen, die vor schwierigen Entscheidungen stehen, gilt unsere besondere Solidarität und unser fürbittendes Gebet. Dankbar würdigen wir den Einsatz der Polizei, des Verfassungsschutzes und der in den Strafverfolgungsbehörden wie in der Justiz und im Justizvollzug tätigen Männer und Frauen. Sie alle haben ein Anrecht auf Rückendeckung durch den Staat und das Volk.

In dieser Lage müssen alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen über vorhandene Meinungsverschiedenheiten hinweg zusammenwirken. Dabei sollten alle in der Verfassung und in unserer rechtsstaatlichen Ordnung gegebenen Möglichkeiten



Polizei im Einsatz

ausgeschöpft, dauernd beachtet und konsequent verwirklicht werden, bevor überhaupt Verfassungsänderungen in Betracht gezogen werden.

Nachdrücklich wenden wir uns an jene Menschen und Gruppen in unserer Bevölkerung, die durch ihre bisherige Unterstützung – in welcher Weise auch immer – das unmenschliche Werk des Terrorismus ermöglicht und das Ergreifen der Täter verhindert haben: Geben Sie Ihre direkte oder indirekte Mitwirkung an Verbrechen auf. Begreifen Sie Ihre Mitverantwortung an dem furchtbaren Leid einzelner Menschen und ganzer Familien. Erkennen Sie endlich, daß gesellschaftliche Verhältnisse durch Haß, Brutalität und Mord nicht verbessert werden können. Kehren Sie um und verhindern Sie, daß Ihre Schuld noch größer wird.

Wir dürfen aber heute auch nicht der Frage ausweichen, wie es dazu kommen konnte, daß in den vergangenen Jahren in ständig wachsender Zahl und in zunehmender Bedenkenlosigkeit Anschläge auf Frieden und Freiheit, auf Menschenwürde und Menschenleben begangen worden sind. Wo sind Ursachen und Anfänge dieser Untaten, wer sind ihre geistigen Väter?

Ohne schon heute einer umfassenden Analyse vorgreifen zu wollen, dürfen und müssen wir einige Fragen stellen, deren Beantwortung nicht mehr länger aufgeschoben oder verschleiert werden darf.

– Allzu viele in unserer Gesellschaft vertreten die Ansicht, alles auf dieser Welt sei machbar und erreichbar. Die Begrenztheit des Menschen und die Wirklichkeit des Bösen wurden nicht mehr gesehen. Aus dem Glauben an das Machbare erwuchs gerade bei jungen Menschen die Unzufriedenheit über vorhandene Mängel, Ungerechtigkeiten und ungelöste Probleme. Diese wurden nur der bestehenden Ordnung angelastet.

– Hand in Hand damit ging vielfach geradezu eine zynische Herabsetzung der Grundwerte und Grundhaltungen eines menschenwürdigen Lebens. Aus verschiedenen Richtungen und auf verschiedenen Ebenen wurden Ehe und Familie, das Lebensrecht des Ungeborenen und andere ethischen Normen angegriffen. Wurden so nicht Fundamente unterhöhlt, ohne die unsere Gesellschaft ihre Stabilität verliert? In den letzten Jahren haben wir mehrfach auf diese gefährliche Entwicklung hingewiesen.

– Von manchen Kathedern unserer Hochschulen und Universitäten werden seit Jahren Theorien der Verweigerung und der Gewalt gegen die fortgeschrittene Industriegesellschaft gelehrt und empfohlen. Liegt der Gedanke fern, daß die Terroristen ihr ideologisches Rüstzeug hier erhielten und falsche und utopische Theorien in die Tat umsetzen wollen? Wir müssen auch fragen, ob nicht bestimmte Konflikt-Theorien, die in den Bildungsbereich Eingang gefunden haben, bei jungen Menschen eine geistige Verführung möglich machten?

– In Massenmedien und selbst im Unterricht gab und gibt es

Versuche, unseren Staat, seine Verfassung, seine Gesetze und seine Vertreter herabzusetzen und lächerlich zu machen. Wir sprechen hier nicht vom guten Recht des Journalisten, Politikers und Bürgers, in aller Öffentlichkeit sachliche Kritik zu üben. Wir meinen die gezielte Beleidigung, Verunsicherung und die Verfälschung von Tatsachen. Nicht selten wurde der Begriff von Recht, Ordnung und Institution zum Inbegriff des Reaktionären und Vorgestrigen abgestempelt.

– Die Darstellung von Gewaltverbrechen nimmt im Unterhaltungsteil von Zeitschriften und im Programm von Film und Fernsehen einen breiten Raum ein. Vermittelt das nicht auf die Dauer den Eindruck, daß Gewalt ein geeignetes Mittel zur Lösung von Konflikten im politischen Bereich ist?

– Uns selbst müssen wir die Frage stellen, ob wir rechtzeitig und ausreichend auf die geistigen Herausforderungen reagiert haben. Allzulange haben wir angenommen, es bestehe unveränderlich ein Konsens im Hinblick auf die Grundwerte. In die angeblich „heile“ und zur Selbsttäuschung neigende geistige Situation drangen gefährliche ideologische, ja nihilistische Strömungen ein.

– Nicht wenige unserer Mitbürger wissen keine Antwort mehr auf die Frage nach dem Sinn ihres Lebens. Wir Christen müssen uns fragen: Was haben wir getan oder unterlassen, durch Wort und Leben die Freude der Erlösung durch Jesus Christus und die Geborgenheit in Gott zu verkünden und damit anderen den Weg zu weisen? ...

17. September 1977

(Quelle: Nr. 12, S. 34ff)

02.10.1977 Mit dem Inkrafttreten des Kontaktsperregesetzes erhält der illegale Zustand, in dem die politischen Gefangenen gehalten werden, Gesetzesgrundlage. Das Kontaktsperregesetz wird unter Vorspiegelung falscher Tatsachen – Steuerung der RAF-Aktion aus den Zellen – am 29.9. in zweiter und dritter Lesung durchs Parlament gepeitscht, nachdem die freilich zaghafte Opposition innerhalb der SPD-Fraktion zuvor fast gänzlich niedergemacht worden ist. Nur drei SPD-Fraktionsmitglieder stimmen gegen das Gesetz, einige enthalten sich.

Auf die Frage des italienischen Fernsehens, ob die Schleyer-Entführung aus den Zellen heraus gesteuert worden sei, wird Vogel 1978 im Gegensatz zu seiner Begründung vor dem Bundesverfassungsgericht am 15.9.1977 sagen: „Nein. Das haben wir seinerzeit schon nicht angenommen, und es hat sich auch keine Bestätigung dafür gefunden ... Eine Planung oder überhaupt eine Steuerung im Detail aus den Zellen heraus, dafür gibt es keine Beweise.“

Kontaktsperregesetz

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrats das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz

In das Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 300-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch § 180 des Strafvollzugsgesetzes vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 581), werden hinter § 30 folgende Vorschriften eingeführt:

§ 31

Besteht eine gegenwärtige Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit einer Person und begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß die Gefahr von einer terroristischen Vereinigung ausgeht, und ist zur Abwehr dieser Gefahr geboten, jedwede Verbindung von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt einschließlich des schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit

dem Verteidiger zu unterbrechen, so kann eine entsprechende Feststellung getroffen werden. Die Feststellung darf sich nur auf Gefangene beziehen, die wegen einer Straftat nach § 129 a des Strafgesetzbuches oder wegen einer der in dieser Vorschrift bezeichneten Straftaten rechtskräftig verurteilt sind oder gegen die ein Haftbefehl wegen des Verdachts einer solchen Straftat besteht; das gleiche gilt für solche Gefangene, die wegen einer anderen Straftat verurteilt oder die wegen des Verdachts einer anderen Straftat in Haft sind und gegen die der dringende Verdacht besteht, daß sie diese Tat im Zusammenhang mit einer Tat nach § 129 a des Strafgesetzbuches begangen haben. Die Feststellung ist auf bestimmte Gefangene oder Gruppen von Gefangenen zu beschränken, wenn dies zur Abwehr der Gefahr ausreicht. Die Feststellung ist nach pflichtgemäßem Ermessen zu treffen.

§ 32

Die Feststellung nach § 31 trifft die Landesregierung oder die von ihr bestimmte oberste Landesbehörde. Ist es zur Abwendung der Gefahr geboten, die Verbindung in mehreren Ländern zu unterbrechen, so kann die Feststellung der Bundesminister der Justiz treffen.

§ 33

Ist eine Feststellung nach § 31 erfolgt, so treffen die zuständigen Behörden der Länder die Maßnahmen, die zur Unterbrechung der Verbindung erforderlich sind.

§ 34

(1) Sind Gefangene von Maßnahmen nach § 33 betroffen, so gelten für sie, von der ersten sie betreffenden Maßnahme an, solange sie von einer Feststellungen erfaßt sind, die in den Absätzen 2 bis 4 nachfolgenden besonderen Vorschriften.

(2) Gegen die Gefangenen laufende Fristen werden gehemmt, wenn sie nicht nach anderen Vorschriften unterbrochen werden.

(3) In Strafverfahren und anderen gerichtlichen Verfahren, für die die Vorschriften der Strafprozeßordnung als anwendbar erklärt sind, gilt ergänzend folgendes:

1. Gefangene, die keinen Verteidiger haben, wird ein Verteidiger bestellt.

2. Gefangene dürfen bei Vernehmungen und anderen Ermittlungshandlungen auch dann nicht anwesend sein, wenn sie nach allgemeinen Vorschriften ein Recht auf Anwesenheit haben; Gleiches gilt für ihre Verteidiger, soweit ein von der Feststellung nach § 31 erfaßter Mitgefangener anwesend ist. Solche Maßnahmen dürfen nur stattfinden, wenn der Gefangene oder der Verteidiger ihre Durchführung verlangt und derjenige, der nach Satz 1 nicht anwesend sein darf, auf seine Anwesenheit verzichtet. § 147 Abs. 3 der Strafprozeßordnung ist nicht anzuwenden, soweit der Zweck der Unterbrechung gefährdet würde.

3. Eine Vernehmung des Gefangenen als Beschuldigter, bei der der Verteidiger nach allgemeinen Vorschriften ein Anwesenheitsrecht hat, findet nur statt, wenn der Gefangene und der Verteidiger auf die Anwesenheit des Verteidigers verzichten.

4. Bei der Verkündung des Haftbefehls hat der Verteidiger kein Recht auf Anwesenheit; er ist von der Verkündung des Haftbefehls zu unterrichten. Der Richter hat dem Verteidiger das wesentliche Ergebnis der Vernehmung des Gefangenen bei der Verkündung, soweit der Zweck der Unterbrechung nicht gefährdet wird, und die Entscheidung mitzuteilen.

5. Mündliche Haftprüfungen sowie andere mündliche Verhandlungen, deren Durchführung innerhalb bestimmter Fristen vorgeschrieben ist, finden, soweit der Gefangene anwesend ist, ohne den Verteidiger statt; Nummer 4 Satz 2 gilt entsprechend. Eine mündliche Verhandlung bei der Haftprüfung ist auf Antrag des Gefangenen oder seines Verteidigers nach Ende der Maßnahmen nach § 33 zu wiederholen, auch wenn die Voraussetzungen des § 118 Abs. 3 der Strafprozeßordnung nicht vorliegen.

6. Eine Hauptverhandlung findet nicht statt und wird, wenn sie bereits begonnen hat, nicht fortgesetzt. Die Hauptverhandlung darf bis zur Dauer von dreißig Tagen unterbrochen werden; § 229 Abs. 2 der Strafprozeßordnung bleibt unberührt.

7. Eine Unterbringung zur Beobachtung des psychischen Zustandes nach § 81 der Strafprozeßordnung darf nicht vollzogen werden.

8. Der Gefangene darf sich in einem gegen ihn gerichteten Strafverfahren schriftlich an das Gericht oder die Staatsanwaltschaft wenden. Dem Verteidiger darf für die Dauer der Feststellung keine Einsicht in diese Schriftstücke gewährt werden.

(4) Ein anderer Rechtsstreit oder ein anderes gerichtliches Verfahren, in dem der Gefangene Partei oder Beteiligter ist, wird unterbrochen; das Gericht kann einstweilige Maßnahmen treffen.

§ 35

Die Feststellung nach § 31 verliert ihre Wirkung, wenn sie nicht innerhalb von zwei Wochen nach ihrem Erlaß bestätigt worden ist. Für die Bestätigung einer Feststellung, die eine Landesbehörde getroffen hat, ist ein Strafsenat des Oberlandesgerichts zuständig, in dessen Bezirk die Landesregierung ihren Sitz hat, für die Bestätigung einer Feststellung des Bundesministers der Justiz ein Strafsenat des Bundesgerichtshofes; § 25 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 36

Die Feststellung nach § 31 ist zurückzunehmen, sobald ihre Voraussetzungen nicht mehr vorliegen. Sie verliert spätestens nach Ablauf von dreißig Tagen ihre Wirkung; die Frist beginnt mit Ablauf des Tages, unter dem die Feststellung ergeht. Eine Feststellung, die bestätigt worden ist, kann mit ihrem Ablauf erneut getroffen werden, wenn die Voraussetzungen noch vorliegen; für die erneute Feststellung gilt § 35. War eine Feststellung nicht bestätigt, so kann eine erneute Feststellung nur getroffen werden, wenn neue Tatsachen es erfordern. § 34 Abs. 3 Nr. 6 Satz 2 ist bei erneuten Feststellungen nicht mehr anwendbar.

§ 37

(1) Über die Rechtmäßigkeit einzelner Maßnahmen nach § 33 entscheidet auf Antrag ein Strafsenat des Oberlandesgerichts, in dessen Bezirk die Landesregierung ihren Sitz hat.

(2) Stellt ein Gefangener einen Antrag nach Abs. 1, so ist der Antrag von einem Richter bei einem Amtsgericht aufzunehmen, in dessen Bezirk der Gefangene verwahrt wird.

(3) Bei der Anhörung werden Tatsachen und Umstände soweit und solange nicht mitgeteilt, als die Mitteilung den Zweck der Unterbrechung gefährden würde. § 33a der Strafprozeßordnung gilt entsprechend.

(4) Die Vorschriften des § 23 Abs. 2, des § 24 Abs. 1, des § 25 Abs. 2 und der §§ 26 bis 30 gelten entsprechend.

§ 38

Die Vorschriften der §§ 31 bis 37 gelten entsprechend, wenn eine Maßregel der Besserung und Sicherung vollzogen wird oder wenn ein Unterbringungsbefehl nach § 126a der Strafprozeßordnung besteht.

(Quelle: Nr. 13, S. 4ff)

Auszüge aus der 2./3. Lesung des Gesetzes

Weber, SPD:

Wir sind entschlossen, wie der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 15. September dieses Jahres ausgeführt hat, diesen Staat nicht unterminieren zu lassen, weil dieser Staat nicht ohnmächtig ist. Die Sozialdemokraten sind entschlossen, den inneren Frieden und die politische Stabilität in unserem Lande zu erhalten. Es kommt darauf an, unter exakter Wahrung des Verfassungsauftrags die Eindämmung des Terrorismus zu vollziehen. Wir Sozialdemokraten konzentrieren uns mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln auf die Verteidigung und den Schutz der Freiheit gegen den Terror.

Wir lassen diese unsere Bereitschaft nicht von anderen in Zweifel ziehen und sind deshalb auch bereit, die freiheitlichen Rechte einiger weniger, die diese Rechte mißbraucht haben, in verfassungsrechtlich zulässiger Weise einzuengen, um die

Rechte, um die Freiheit, um die soziale Sicherheit, die den Menschen unseres Landes eröffnet worden sind, im Gesamten zu erhalten ...

Wir brauchen dieses Gesetz, weil wir eine effiziente, schnell wirksame Regelung benötigen, die nicht allein durch die Justizvollzugsorgane oder die Gerichte gewährleistet werden kann, sondern die den politischen Instanzen unseres Landes übertragen werden muß. Wir, die wir verpflichtet sind, diesen Staat mit zu schützen, müssen auch die Verantwortung hierfür übernehmen ...

Wir haben dieses Gesetz auf den notwendigen, aber auch ausreichenden Eingriff beschränkt und eine Güterabwägung vorgenommen. Das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit des einzelnen sind uns mehr wert und müssen uns mehr wert sein als die Berufung auf prozessuale Freiheitsrechte derjenigen, die diese Freiheit mißbrauchen ...

Bangemann, FDP:

Das Gesetz beruht nicht auf dem Grundgedanken, daß einem Anwalt oder einem Häftling, einem Strafgefangenen, persönlich nachgewiesen werden muß, daß er eine Gefahr für Leib, Leben oder Gesundheit eines anderen Bürgers sein kann.

Kohl, CDU/CSU:

Meine Damen und Herren, die Bürger der Bundesrepublik Deutschland erwarten von diesem Bundestag, daß er seine Pflicht tut. Und „Pflicht tun“ heißt, in einer ungewöhnlichen, schrecklichen Heimsuchung und Herausforderung das Notwendige mit Mut zu tun, auf dem Boden unseres Grundgesetzes ...

Mischnik, FDP:

Sie haben gesagt, mit Mut handeln. Jawohl, wir wollen mit Mut handeln, und es kostet Mut, in dieser Situation rechtsstaatliche Grundsätze, die wir haben, in bestimmten Dingen so einzuschränken, wie wir das tun.

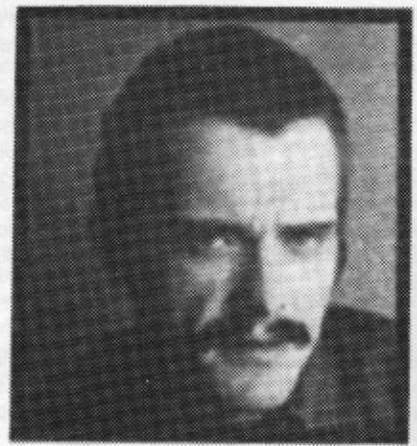
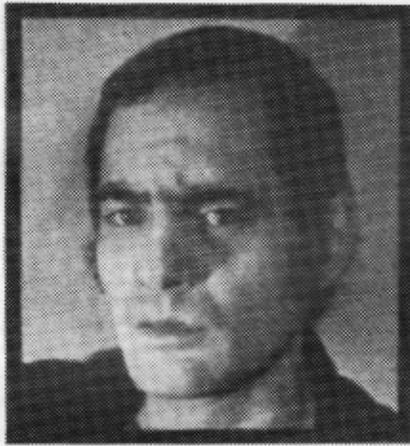
(Quelle: Nr. 6, S. 3366ff)

08.10.1977 20000 demonstrieren in Bonn gegen die Verbotsdrohungen gegen KBW, KPD und KPD/ML.

Auf Betreiben vor allem der niedersächsischen und baden-württembergischen Ministerpräsidenten Albrecht und Filbinger hatte der CDU-Bundesvorstand bereits seit Monaten einen Verbotsantrag diskutiert. Der damalige schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg erklärt am 29.9. in einer ARD-Fernsehdiskussion: „... unter dem Gesichtspunkt der akuten Bedrohung des inneren Friedens durch organisierte Gewaltaktionen, teils durchgeführt, teils geplant, erfolgt der Verbotsantrag, weil man es im Grunde ja auch nicht verstehen kann, daß Gruppen, die offen den bewaffneten Kampf proklamieren, den legalen Parteistatus haben.“

13.10.1977 Über dem Mittelmeer wird ein Lufthansa-Jet von der palästinensischen Kommandoeinheit „Martyr Halimeh“ der Operation Kofre Kaddum im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung gekapert. An Bord befinden sich Mallorca-Urlauber. Der Kapitän der „Landshut“ wird im weiteren Verlauf erschossen.

16.10.1977 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Freilassung der vom RAF-Kommando benannten Gefangenen. Das BVerfG lehnt den Antrag des Schleyer-Sohnes auf Einstweilige Anordnung gegen die Bundesregierung und vier Bundesländer ab, die genannten Gefangenen freizulassen. Bürgerliche Kritiker des Urteils stellen fest, daß das BVerfG mit seiner Begründung die Staatsräson als Kriterium zur qualitativen Gewichtung des Wertes von Leben einführt.



Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe

BVerfG zu den Grenzen verfassungsgerichtlicher Kontrolle

Grenzen verfassungsgerichtlicher Kontrolle bei der Bekämpfung lebensbedrohender terroristischer Erpressungen

Urteil des Ersten Senats vom 16. Oktober 1977
auf die mündliche Verhandlung vom 15. Oktober 1977
– 1 BvQ 5/77 –

... Die Rechtsvertreter des Antragstellers begehren den Erlaß folgender einstweiliger Anordnung:

Die Antragsgegner sind gehalten, den Forderungen der Entführer des Dr. Hanns-Martin Sch... auf Freilassung und Gewährung freier Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland von namentlich von den Entführern benannten Häftlingen als unabdingbare Voraussetzung zur Abwendung gegenwärtiger, drohender Gefahr für das Leben des Antragstellers stattzugeben.

Hilfsweise: Die Antragsgegner haben es zu unterlassen, die Freilassung und Gewährung freier Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland von namentlich von den Entführern des Antragstellers benannten Häftlingen zu verweigern, die zur Abwendung der gegenwärtigen, nicht anders zu beseitigenden Gefahr für Leib und Leben des Antragstellers unabdingbar erforderlich sind...

Die Eigenart des Schutzes gegen lebensbedrohende terroristische Erpressungen ist dadurch gekennzeichnet, daß die gebotenen Maßnahmen der Vielfalt singulärer Lagen angepaßt sein müssen. Sie können weder generell im voraus normiert noch aus einem Individualgrundrecht als Norm hergeleitet werden. Das Grundgesetz begründet eine Schutzpflicht nicht nur gegenüber dem Einzelnen, sondern auch gegenüber der Gesamtheit aller Bürger. Eine wirksame Wahrnehmung dieser Pflicht setzt voraus, daß die zuständigen staatlichen Organe in der Lage sind, auf die jeweiligen Umstände des Einzelfalles angemessen zu reagieren; schon dies schließt eine Festlegung auf ein bestimmtes Mittel aus. Darüber hinaus kann eine solche Festlegung insbesondere deshalb nicht von Verfassungs wegen erfolgen, weil dann die Reaktion des Staates für Terroristen von vornherein kalkulierbar würde. Damit würde dem Staat der effektive Schutz seiner Bürger unmöglich gemacht. Dies stünde mit der Aufgabe, die ihm durch Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG gestellt ist, in unaufhebbarer Widerspruch.

(Quelle: Nr. 9)

18.10.1977 Sturmangriff der GSG9 unter Beteiligung des britischen SAS auf die Lufthansa-Maschine in Mogadischu, Somalia. Nur ein Mitglied des Kommandos überlebt den Angriff schwer verletzt.

18.10.1977 Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Raspe kommen im Gewahrsam der Justiz zu Tode. Irmgard Möller überlebt schwer verletzt. Alle Gefangenen sind seit dem 6.9. von allen Kontakten sowohl untereinander wie mit Dritten abgeschnitten, währendhingegen die staatlichen Behörden ungehinderten, unkontrollierten Zugang zu den Gefangenen im 7. Stock des Stammheimer Traktes haben.

Die staatliche Selbstmordversion hinterläßt zahlreiche unauflösbare Widersprüche.

Irmgard Möller erklärt am 16.01.78 vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages von Baden-Württemberg:

Erklärung Irmgard Möllers

... Seit dem 15.09. waren Maßnahmen ergriffen worden, uns zum Selbstmord zu provozieren oder auch einem vorgetäuschten Selbstmord eine Motivation unterzuschleichen. Für uns war klar, Selbstmord ist nicht Sache. Wir sind entschlossen zu kämpfen. Niemand drohte mit Selbstmord... Wenn wir von toten Gefangenen sprachen, dann immer als Folge des Hungerstreiks. Es ist abstrus, zu behaupten, wir hätten mit Selbstmord gedroht... Nein. Ich habe mir die Verletzungen nicht selbst beigebracht. Ich weiß nicht, wie das zustande kam. An den Transport habe ich nur unklare Erinnerung...

(Quelle: Nr. 18, S. 271ff)

19.10.1977 Schleyer wird tot im Kofferraum eines Audi 100 in Mülhausen, Frankreich, gefunden.

20.10.1977 Justizminister Vogel teilt mit, daß die Kontaktsperre für die politischen Gefangenen aufgehoben sei. Bei einigen Gefangenen besteht sie noch einige Tage länger.

20.10.1977 Bundeskanzler Schmidt gibt eine Regierungserklärung ab: „Mogadischu“ als Beispiel für die Bedeutung der Grundwerte des BRD-Staates.

Regierungserklärung

Bundeskanzler Schmidt (SPD):

... In der Nacht von Montag auf Dienstag und am ganzen gestrigen Tage haben Millionen Deutsche und Abermillionen von Menschen in aller Welt aufgetaumelt, als in Mogadischu im ostafrikanischen Somalia nach einem Irrflug von 9000 km die Befreiung von 86 Menschen aus unmittelbarer Lebensgefahr gelungen war. Auch wenn wir unsere Toten tief beklagen und mit ihren Familien und ihren Freunden deren Trauer teilen, so dürfen

wir doch auch mit Genugtuung auf die Leistung der Beamten der Grenzschutzgruppe 9 und aller derer schauen, die wir nach Mogadischu entsandt hatten. Es wurden hier ein Beispiel und ein Vorbild für die Jungen in unserem Lande gesetzt, ein Bei-



Innenminister Maihofer und der „junge Held“. Pressestimmen zum Einsatz der GSG 9: „... wir waren heute vormittag schon vorbereitet, und das deshalb, weil es uns gelungen ist, dem Flugzeug mit der Sondereinheit der Wehrmacht sozusagen auf die Spur zu kommen.“ (Hessischer Rundfunk, 18.10, 6.15 Uhr) „Es darf diesen Mordkommandos niemand mehr ungestraft Asyl bieten.“ („FAZ“, 18.10.) „Daß die bundesdeutschen Terrorspezialisten auf fremdem Boden zum ersten Mal ihre nun weltweit anerkannten und beachteten Fähigkeiten beweisen können, ist nicht ohne symbolische Bedeutung.“ („FR“, 19.10.)

spiel dessen, wofür wir alle einzutreten haben, nämlich für die Erhaltung der Würde des Menschen, für die Erhaltung der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte, für das Recht auf Leben, für die Freiheit der Person. Ich weiß, daß viele junge Menschen die Überbetonung materiellen Lebensgenusses mißbilligen, die angesichts unseres hohen Lebensstandards bei manchen eingetreten ist, der sich manche allzu bereitwillig hingeben und die bei manchem die Frage nach dem Sinn seines Lebens in den Hintergrund treten läßt. Ich weiß, daß viele junge Menschen – nicht nur in unserem Staate – die Frage nach dem Sinn ihres Lebens stellen.

Jeder Mensch wird seine eigene Antwort suchen müssen. Sie kann nur in der Orientierung auf oberste Werte gefunden werden. Weil wir als einzelne nicht leben können, sondern vielmehr auf Gemeinschaft, auf Gesellschaft mit vielen anderen angewiesen sind, kann die Antwort nur im Bewußtsein jener Werte gegeben werden, auf denen die Gemeinschaft beruht und auf die unser Staat gegründet ist.

Die befreiende Tat in Somalia entspringt den bewußt erlebten Grundwerten der Freiheit und der Solidarität. Es wurde hier ein Beispiel für die Bedeutung unserer Grundwerte gegeben. Es wurde Orientierung gegeben. Es ist falsch, nur danach zu trachten, was ein einzelner oder eine Gruppe von der Gemeinschaft, von der Gesellschaft oder vom Staat empfangen oder sich verschaffen könnte. Es ist vielmehr notwendig, daß wir alle uns selbst fragen, was wir der Gemeinschaft zu geben haben und wie wir ihr dienen können ...

(Quelle: Nr. 6, S. 3756ff)

25.10.1977 Staatsakt für Schleyer. Bundespräsident Scheel erklärt den Krieg der BRD gegen die RAF zum Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei.

Walter Scheel: Mahnung und Verpflichtung des Todes von Hanns Martin Schleyer

Bundespräsident Scheel (FDP):

... Wenn wir unsere eigenen Gefühle prüfen, dann fallen uns Worte ein, die in den letzten Tagen schon sehr häufig ausgesprochen wurden, Worte wie Zorn, Wut, Empörung, Abscheu. Diese Worte bewegen uns nur noch wenig. Die Sprache ist ohnmächtig vor dem, was in diesen Tagen geschehen ist.

Ich möchte ein Wort hinzufügen: die Scham. In unserer Gesellschaft geschehen Dinge von einer Schändlichkeit, daß man ihren Anblick kaum erträgt, Dinge, die einen mit furchtbarer Deutlichkeit wieder auf etwas hinstoßen, was man so gerne vergessen mag: wie böse der Mensch sein kann. Ich schäme mich für die Bosheit dieser jungen verirrten Menschen. Sie selbst können sich wohl nicht mehr schämen.

Es gibt wohl kaum noch etwas, was diese jungen Menschen achten, was sie ehren, was ihnen heilig ist. Sie lachen über solche Worte. Sie sind stolz darauf, daß sie morden, rauben, erpressen können, daß sie für sich persönlich das Gewissen abgeschafft haben. Sie sind frei von jeder Hemmung, frei von jedem Tabu. Sie haben alle Werte einer 2000jährigen Kultur auf den Müll gekippt. Sie sind frei von ihnen. Aber was für eine furchtbare Grimasse der Freiheit schaut uns da an? Das ist die Freiheit der Bosheit, die Freiheit der Zerstörung.

Die Zerstörung, die Verwirrung, Angst und Schrecken – das heißt ja Terror –, das wollen sie. Und all dem liegt ein tiefer Haß auf die Welt und auf sich selbst zugrunde. Sie sind nicht nur Feinde der Demokratie – sie sind Feinde jeder menschlichen Ordnung. Diese Feindschaft ist die nackte Barbarei. Diese jungen verirrten Menschen bedrohen nicht nur demokratische Freiheiten. Sie sind die Feinde jeder Zivilisation.

Die Staaten der Erde beginnen das zu begreifen. Erschreckt erkennen sie, daß hier nicht diese oder jene Gesellschaftsordnung angegriffen wird, sondern jede Ordnung. Dies wurde uns deutlich, als die Regierungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik uns in diesen schweren Tagen ihre Hilfe anboten. Der Kampf gegen den Terrorismus ist der Kampf der Zivilisation gegen die alle Ordnung zerstörende Barbarei ... Wenn diese Flamme nicht rechtzeitig erstickt wird, wird sie sich wie ein Flächenbrand über die ganze Welt ausbreiten ...

(Quelle: Nr. 12, S. 25ff)

28.10.1977 Der Bundestag berät in erster Lesung ein weiteres Anti-Terror-Gesetzespaket, das am 13.4. 1978 in Kraft tritt. Die staatstragenden Parteien schreiten zur Abrechnung mit den „geistig-politischen Ursachen des Terrorismus“, als die sie bezeichnen: Angriff auf den Staat, Angriff auf das Vertrauen der Bürger in den Staat, Angriff auf die Wertordnung, maßlose Gesellschaftskritik, Marxismus, falsche Vergangenheitsbewältigung. Die Propaganda des „Zusammenrückens“ wird ergänzt durch Angriffe auf „anti-deutsche“ Kritiken im Ausland.

Auszüge aus einer Bundestagsdebatte

Vogel (SPD), Bundesminister der Justiz:

... Die Größe der Gefahr, das Potential des Terrors, die Einwirkungsmöglichkeiten der Terroristen – das alles muß ohne Übertreibung, ohne Verharmlosung, nüchtern und realistisch betrachtet werden. Zunächst haben wir es hier mit einem erhebli-

chen kriminellen Potential zu tun. Es handelt sich um mehrere gefährliche Banden, die teils selbständig, teils ins Kooperations untereinander und mit ausländischen Terroristen der Begehung einer Vielzahl schwerer und schwerster Verbrechen fähig waren, die eine immer breiter werdende Blutspur durch unser Land gezogen haben. Bisher sind ihren Anschlägen seit dem 1. Januar 1970 21 Menschen zum Opfer gefallen; 102 weitere Menschen sind Mordversuchen nur mehr oder weniger knapp entgangen. Der harte Kern dieser Banden besteht aus etwa 100 Personen. Davon sind 56 in Haft, die übrigen in Freiheit. Sie sind schwer bewaffnet und verfügen über eine beträchtliche und leistungsfähige Logistik.

Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist schon bedrohlich genug. Aber die Auswirkungen des Terrors beschränken sich nicht auf den unmittelbaren kriminellen Effekt. Insofern unterscheiden sich die terroristischen Vereinigungen von allen herkömmlichen Gangsterbanden, von denen es sicher in anderen Ländern, kriminalistisch betrachtet, noch weitaus gefährlichere gibt. Indes, die terroristischen Banden streben weiterreichende Wirkungen an und erzielen sie auch, zumindest zum Teil und zumindest für gewisse Zeit.

Wo sonst haben bandenmäßig verübte Verbrechen beispielsweise bisher ethische, gesellschaftspolitische, ja sogar theologische Diskussionen dieser Breite ausgelöst, Diskussionen etwa über legitime und illegitime Gewalt, über Bürgerkrieg und Staatsnotwehr, über die Realität des Bösen oder auch über eine Theologie der Gewalt? Haben wir es früher jemals erlebt, daß Verbrechen außerhalb der Unterwelt mit versteckter oder gar offener Zustimmung aufgenommen worden sind? Hier, meine Damen und Herren, ist es der Fall. Nicht nur, aber vor allem der Mord an Siegfried Buback hat ein solches Echo hervorgerufen. Ich denke dabei an den empörenden sogenannten Nachruf, der immer wieder, teils mit eindeutiger, teils mit halbherziger, teils aber auch ohne jede Distanzierung oder sogar mit Bekundungen der Sympathie nachgedruckt worden ist. Ich denke dabei an die Tatsache, daß dieser Nachruf von 43 Professoren, also beamteten, auf die Verfassung unseres Staates vereidigten Hochschullehrern in einem geradezu erbärmlichen Kontext unter schändlicher Vergleichung mit dem Tod eines zaristischen Polizeigouverneurs herausgegeben worden ist. Ich denke schließlich an einen Schriftsteller, der sich des Ermordeten eilends bemächtigte, um ihn in kümmerlichen Versen zu diffamieren. Diese Vorgänge, meine sehr verehrten Damen und Herren, erinnern an den Beifall, mit dem zu Beginn der Weimarer Republik Verblendete die Ermordung eines Matthias Erzberger und eines Walther Rathenau aufgenommen haben, oder an die Menschenverachtung, mit der Adolf Hitler 1932 die Mörder von Potempa (1) seiner Solidarität versicherte.

Keine andere Bande, meine Damen und Herren, hat es bislang fertiggebracht, daß Medien auch in uns verbündeten Ländern zumindest partielles Verständnis für die vorgeblichen Ziele ihres Terrors äußerten und die Ursachen der Gewalttaten eher im Zustand unserer Gesellschaft oder in der Art sehen wollten, in der wir auf diese Herausforderung antworten, als in dem verbrecherischen Fanatismus der Terroristen. Dabei ist mir durchaus bewußt, daß sich diese Stimmen auch auf einzelne Äußerungen aus der Bundesrepublik stützen. Auf solche aus früheren Zeiten, die Fehleinschätzungen erkennen ließen, aber auch auf aktuelle Äußerungen, die die Relationen außer acht lassen, die mehr die Beschädigung des politischen Gegners, das Begleichen alter Rechnungen als die Abwehr gemeinsamer Gefahr zum Ziel haben. Wir spüren doch fast täglich, welchen Einfluß dies vielerorts auf das Bild nimmt, das in Europa und darüber hinaus von unserem Land entworfen wird, das sich in den Köpfen von Europäern niederschlägt und auf unser Land zurückwirkt.

Aber nicht nur nach außen erzielen die Terrorbanden Wirkungen. Auch im Inland verändern ihre Gewalttaten unser Dasein. Gerade wegen der Brutalität ihrer Verbrechen nehmen sie die Aufmerksamkeit unseres Volkes über Tage und Wochen in Anspruch. Sie beschäftigen die Exekutive, aber auch die gesetzgebenden Körperschaften in einem Maße, das mitunter Besorgnis erregt. Sie treffen das Bewußtsein und die Gefühle der Menschen in einer Stärke, die ihresgleichen sucht. Sie zielen auch

ganz bewußt auf Konfliktfelder, die zwischen den Parteien unseres Landes, zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Kräften bestehen, um Gegensätze zu vertiefen, um die Polarisierung bis zu irreparablen Brüchen eskalieren zu lassen. Einige, die glauben, den Terror besonders nachdrücklich zu bekämpfen, sind dabei ihre unfreiwilligen Helfer.

Vielleicht meinen nun manche, es sei nicht zweckmäßig, dies von der Tribüne des Deutschen Bundestages auszusprechen. Es sei doch nur eine Handvoll von Verbrechern. Man dürfe sie nicht dämonisieren. Man sollte ihr Tun eher herunterspielen, wo immer möglich, mit Schweigen übergehen. Ich glaube, meine Damen und Herren, das wäre ein Irrtum. Wer eine Gefahr bannen will, muß sie zunächst erkennen und wahrheitsgemäß beschreiben. Dies habe ich soeben versucht. Eben dies halte ich auch für die Pflicht gerade des Justizministers.

Um es noch einmal mit anderen Worten zu sagen: Nicht daß Menschen getötet werden – so furchtbar das auch ist –, ist das Spezifikum des Terrors. Sein Spezifikum ist der frontale Angriff gegen unseren Staat, gegen das Vertrauen der Bürger in den Staat, gegen die Werteordnung unserer Gesellschaft und gegen den Grundkonsens der geistigen und politischen Kräfte, auf dem unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung ruht. Dabei nehmen die Terroristen und ihre Hintermänner bewußt in Kauf, daß dem Zerbrechen des Grundkonsens nicht sogleich der von ihnen angestrebte Zustand eines Zwangsparadieses folgt, sondern daß zunächst eine Metamorphose des Staates in Richtung auf die Praktizierung von Gegenterror einsetzt, eine Metamorphose, von der sich die Terroristen Zulauf an aktiver Unterstützung und an Sympathisanten versprechen.

Ich sage, die Terroristen zielen gegen unsere Wertordnung. Den höchsten Rang in dieser Ordnung nimmt die Menschenwürde ein, d.h. der sittliche Eigenwert jedes einzelnen Individuums als Person. Gerade diesen Wert wollen die Terroristen zerstören, indem sie Menschen zu Objekten, zu Sachen, zu Instrumenten herabwürdigen, indem sie die Vernichtung menschlichen Lebens als Kampfmittel einsetzen wie andere eine Waffe oder ein Argument. Hanns Martin Schleyer, die Passagiere der „Landshut“: Sie waren für die Terroristen nicht Individuen, die einen letzten Wert darstellen, sondern beliebig austauschbare Gegenstände, mit denen sie allein unter dem Gesichtspunkt ihrer Zwecke ohne jede Bindung an Recht und Regeln verfahren. Darin, meine Damen und Herren, liegt die eigentliche Herausforderung, darin liegt der zentrale Angriff auf die Menschenwürde und die humane Ordnung, auf die wir als Volk uns nach den bitteren Erfahrungen unserer jüngeren Geschichte im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geeinigt haben.

Für die Abwehr und Überwindung einer solchen Herausforderung kann es kein einfaches Rezept geben. Jeder, der glaubt, ein Mittel reiche aus, wenn es nur entschieden genug ergriffen werde, irrt. Nur eine Vielzahl von Anstrengungen auf den verschiedensten Gebieten kann weiterhelfen. Ich sehe vor allem drei Felder, auf denen die Auseinandersetzung geführt werden muß, nämlich das Feld der moralisch-politischen Auseinandersetzung mit dem Terror, seinen Ursachen und seinem Umfeld, das Feld des Gesetzesvollzuges und das Feld der Gesetzgebung.

Die moralisch-politische Auseinandersetzung steht für mich im Vordergrund. Hier vor allem müssen wir die Überlegenheit unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bewahren und voll zum Tragen bringen. Das heißt nicht, daß ich eine Diskussion mit den Terroristen für sinnvoll halte. Sicher, auch als Justizminister schließe ich nicht aus, daß den einen oder den anderen der Terroristen vielleicht Zweifel an seinem Tun beschleichen, daß er zumindest einen Augenblick über die Folgen seines Tuns erschrickt. Vielleicht denkt der eine oder der andere auch an Umkehr. Dem dürfen wir uns nicht verschließen, und kein Mensch – auch kein Terrorist –, der noch für die Menschlichkeit zu retten ist, darf aufgegeben werden. Aber insgesamt versteht der harte Kern der Terroristen nur die Sprache rechtmäßig geübter staatlicher Gewalt; die Sprache, die in Mogadischu gesprochen wurde und die besagt, daß das Risiko der Gewalt nicht einseitig verteilt ist, daß das Unheil auch auf die verbrecherischen Urheber zurückfallen und zurückschlagen kann.

Ich denke vielmehr an die Suche nach und die Auseinandersetzung mit den Ursachen des Terrors, an eine unbefangene, nicht von Vorurteilen und taktischen Überlegungen beherrschte Suche und Auseinandersetzung ...

Ist der Realitätsverlust der Terroristen nicht auch durch eine maßlos und bis zum Exzeß getriebene Gesellschaftskritik verursacht worden, durch eine Kritik, die Haß gegen unseren Staat erkennen ließ und sich nicht mehr mit den wirklichen Mängeln unserer Ordnung, sondern mit einem Zerrbild beschäftigte, mit einem Zerrbild, das, wäre es Wirklichkeit ..., die Frage nach der Gewalt als dem letzten Mittel nicht völlig erscheinen ließe? (2)

Welchen Einfluß – so wird weiter zu fragen sein – hatten darüber hinaus die verschiedenen Gewalttheorien, die subtil zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen unterschieden und die Anwendung des Rechts durch den Staat durch das Begriffspaar Gewalt und Gegengewalt auf die Ebene terroristischer Aktivitäten herabzudrücken suchten? Aber haben wir nicht auch selber, und zwar wir alle, Umstände gesetzt und Entwicklungen zugelassen, die partiell Überdruß, Ekel und Morbidität verursachten und die Fragen nach dem wirklichen Sinn des Lebens verschütteten? Haben wir nicht alle zu lange das rein materielle Mehr in den Mittelpunkt unseres Tuns und Lassens gestellt? ...

Ich habe die Gefahren, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bedrohungen geschildert, denen wir uns gegenübersehen. Ich verhehle nicht, daß uns weitere Anschläge bevorstehen. Indes: In der Größe der Gefahr, in der Erfahrung gemeinsam erlebter Bedrohung liegt auch eine Chance. Wir spüren es doch, daß die Menschen beginnen, sich unter dem Eindruck der furchtbaren Ereignisse wieder Wesentlichem zuzuwenden, daß es vielen wie Schuppen von den Augen gefallen ist, daß scheinbare und wirkliche Sorgen und Nöte wieder deutlicher voneinander geschieden werden und an ihren richtigen Platz in der Rangordnung der Probleme rücken.

Wir spüren ein Zusammenrücken in unserem Volke, ein Schrumpfen von Gegensätzen, die zwar fortbestehen und auch fortbestehen müssen, aber in ihrer Bedeutung realistischer gesehen werden. Die Zusammenarbeit aller politisch verantwortlichen Kräfte in der Großen Runde hat insoweit nur nachvollzogen, was draußen in unserem Volke schon geschehen ist und was die Menschen unseres Volkes von uns erwarten, übrigens auch in Zukunft erwarten, ja, geradezu verlangen ...

Meine Damen und Herren, es ist noch etwas in Gang gekommen: ein neues Verständnis unseres Staates. Die Menschen haben in diesen Tagen und Wochen gespürt, daß der Staat mehr sein muß als eine Schönwettervereinigung zur Wohlfahrtsmehrung, mehr als ein Gebilde, dem man nur als Fordernder, möglichst als lautstark und rücksichtslos Fordernder entgegentritt. Sie haben begriffen, daß dieser Staat, diese Bundesrepublik Deutschland Opfer verlangen und von der ihr anvertrauten Gewalt auch Gebrauch machen muß, wenn sie fähig bleiben will, den inneren Frieden zu bewahren und Leib und Leben der Bürger zu schützen. Die Menschen haben erfahren, daß es der Staat war, der die Geiseln rettete und die Väter, Mütter und Kinder – mit zwei schmerzlichen Ausnahmen und um den Preis der Toten von Köln – zu ihren Familien zurückbrachte –, meine Damen und Herren, der Staat, jener so oft geschmähte, verächtlich als „System“ abgetane, als Repressionsagentur verlästerte, aber auch wegen seiner angeblichen Schwäche und Orientierungslosigkeit belächelte und verhöhnte Staat. Diesem unserem Staat, für den wir in diesem Hause als Verfassungsorgan ein besonderes Maß an Verantwortung tragen, diesem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat unseres Grundgesetzes ist in den letzten Wochen ein Mehr an Autorität und Sympathie seiner Bürger zugewachsen, auch deshalb, weil alle Verantwortlichen in der Not gemeinsam handelten. Was dem Staat so durch gemeinsame Anstrengungen, unglückliche Umstände zugewachsen ist, das sollten wir nicht aufs Spiel setzen, weder bei der heutigen Debatte noch bei den weiteren Beratungen der vorliegenden Entwürfe. Denn: Wir werden dieses Mehr an Autorität und Zuneigung für unseren Staat in den Prüfungen, die uns mit Sicherheit noch bevorstehen, brauchen.

Dregger, CDU/CSU:

... Sollten sich in Zukunft noch einschneidendere Gesetze als erforderlich erweisen, um dem Terrorismus wirksam begegnen zu können, wäre nach meiner Auffassung daran zu denken, nicht nur materiell, sondern auch formell ein Sonderrecht zu schaffen, das verfassungsrechtlich klar abgesichert und vielleicht auch zeitlich befristet oder auch für eine zeitlich begrenzte Gefahrenlage gesondert in Kraft zu setzen ist.

So sehr wir uns davor hüten müssen, liberale Errungenschaften für alle aufzugeben, weil wenige eine besondere Gefahr für alle darstellen, so sehr müssen wir uns darum bemühen, dem Angriff der wenigen auf alle eine der Größe der Gefahr entsprechende Abwehr entgegenzustellen.

Was uns daran hindern kann, ist vor allem das, was ich als falsche Vergangenheitsbewältigung bezeichnen möchte. Wir, die wir für die Gegenwart und die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich sind, müssen uns vom Schatten Hitlers lösen. Weder die Kopie Hitlers – die niemand, der in Deutschland noch bei Sinnen ist, wiederholen möchte – noch das Gegenbild Hitlers können Maßstab unseres Handelns sein. Wir müssen uns an Erfahrungen orientieren, die über Hitler hinausweisen, und an Grundwerten, die Hitler zwar mißbrauchen, aber nicht außer Kraft setzen konnte.

Erinnern wir uns an das Schicksal der ersten deutschen Republik! In den ersten Jahren ihres Bestandes hat sie sich als entschlossen und fähig erwiesen, sich mit ihren Gegnern erfolgreich auseinanderzusetzen. Die Niederschlagung der Kommunistenaufstände in Sachsen und im Ruhrgebiet und des Hitlerputsches in München, aber auch die Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922, das den Morden an Erzberger und Rathenau auf dem Fuß folgte, haben das gezeigt. Niemand kann an der Rechtsstaatlichkeit dieses Republikenschutzgesetzes zweifeln. Ich weise auf dieses Gesetz hin, nicht um die Übernahme der dort genannten Bestimmungen zu empfehlen, sondern um die Wirksamkeit entschlossenen Handelns einer demokratischen Republik in Erinnerung zu rufen. Dieses Republikenschutzgesetz, mit den Stimmen auch der SPD verabschiedet, bedrohte bei einem Anschlag auf ein Regierungsmitglied nicht nur den erfolgreichen Attentäter mit dem Tode, es bedrohte auch den erfolglosen Attentäter und auch denjenigen mit dem Tode, der einer auf Attentate angelegten Vereinigung oder Verabredung angehörte, auch wenn er die Einzelheiten des Attentates nicht kannte. Mit dem Tode bedroht wurde auch, wer die terroristische Vereinigung mit Rat und Tat und insbesondere mit Geld unterstützte. Nach Verabschiedung des Republikenschutzgesetzes war die damalige Attentatsserie zu Ende, wobei zu untersuchen bleibt, ob und wie weit das diesem Gesetz zu verdanken ist ...

Nun zur dritten und wichtigsten Aufgabe: zur Bekämpfung der geistigen und politischen Ursachen des Terrorismus ...

Nährboden ist – und das ist jetzt der entscheidende Punkt – die geistige Heimatlosigkeit und die sich darauf gründende Fehlleitung (3) der idealistischen Energien eines Teils der deutschen Jugend. Es ist viel zu gering angesetzt, wenn man wie Bundeskanzler Schmidt sagt, das sei nur eine besondere Form der Wohlstandskriminalität. Das sind keine Playboys; das sind Fanatiker, meine Damen und Herren.

Erinnern wir uns an die deutsche Tragödie. Es begann mit dem Mißbrauch der Grundwerte und des Geschichtsbewußtseins der Deutschen durch Hitler. Es folgten nach zwölf Jahren Hitler – davon sechs Jahre Krieg – im Osten die Vertreibung, in der Mitte die Etablierung eines kommunistischen Zwangsregimes und im Westen eine Vergangenheitsbewältigung, die sich vielfach nicht darum bemühte, die von Hitler pervertierten und mißbrauchten Grundwerte in ihrer Reinheit wiederherzustellen, sondern sich bemühte, diese Grundwerte endgültig auszulöschen. Mit den zwölf schlimmen Jahren unter Hitler wurden auch gleich die übrigen 1188 Jahre unserer 1200jährigen Geschichte unter Anklage gestellt.

Damit war das geistige Vakuum geschaffen, das neuen Irrlehren Raum bot, die als Reaktion auf die braunen Jahre diesmal nur von links kommen konnten. Die dabei angewandte geistige Indoktrination bediente sich nicht nur der Medien, insbesondere der Monopolanstalten von Rundfunk und Fernsehen, sondern

auch der Einrichtungen des staatlichen Bildungswesens.

Basilius Streithofen hat sicher recht, wenn er im Bonner „General-Anzeiger“ im September schreibt, Studenten hätten in die Praxis umgesetzt, was Professoren sie gelehrt hätten.

Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“, selbst von Hochschul Lehrern getragen, hat sicherlich recht, wenn er in seinen letzten Veröffentlichungen schreibt – ich zitiere wörtlich –:

„Nachweisbar hat der Terrorismus um Baader/Meinhof von den Hochschulen seinen Ausgang genommen.“

An einer anderen Stelle heißt es:

„Es besteht die reelle Chance, mit der Lösung des Extremismusproblems an den Hochschulen auch das Ende des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen, solange der gewalttätige Extremismus noch an den Hochschulen lokalisiert werden kann.“

Ich glaube, auch Nipperdey hat recht, der zumindest früher Ihrer Partei angehört hat und ihr vielleicht auch jetzt noch angehört. Er sagt in der gleichen Veröffentlichung – ich zitiere wörtlich –:

„Die sinnvermittelnden Institutionen unserer Gesellschaft – Medien, Schulen, Hochschulen – sind von dem, was den Terrorismus ermöglicht, infiziert.“

Meine Damen und Herren, was hier theoretisch dargelegt ist, erkennt jeder, der in unsere Hochschulen hineingeht. Zehn Jahre lang wurde in manchen Fachbereichen mancher Universitäten ein Klima geistigen und physischen Terrors geduldet. Zehn Jahre lang wurde durch die Einübung von Rechtsbrüchen als alltäglichem Verhalten das für den Terrorismus geeignete Umfeld geschaffen.

Zehn Jahre lang haben wir dagegen Front gemacht und gewarnt, und andere haben verharmlost und begünstigt, wenn sie sicherlich auch nicht das Ergebnis wollten, das wir jetzt alle beklagen und das wir schon damals voraussahen.

All das blieb nicht auf den universitären Bereich beschränkt. Konfliktbewußtsein und Konfliktpädagogik beherrschten das Feld. Rahmenrichtlinien, d.h. Lehrpläne, Lehrbücher und Lehrerbildung, wurden Ansatzpunkte der Agitation und Indoktrination. Gezüchtet wurde Systemverachtung. Die Grundwerte der Verfassung wurden nicht in den Herzen unserer Jugend verankert, sie wurden „hinterfragt“. Das sozialste und freiheitlichste System nicht nur der deutschen Geschichte, ein System, das sich mit jedem anderen in der Welt messen kann und das insbesondere allen sozialistischen Systemen haushoch überlegen ist in seiner sozialen Wirklichkeit, wurde als kapitalistisch, als ungerecht und als ausbeuterisch diffamiert.

Wer jungen Menschen, die ihr Weltbild nicht aus der Erfahrung der Arbeitswelt, sondern aus Vorlesungen und Büchern gewinnen, einen derartigen teuflischen Unsinn einredet, darf sich nicht wundern, wenn einige von ihnen nachher mit dem gleichen Fanatismus morden, mit dem die Schergen Hitlers und Stalins gemordet haben. Größer noch als die moralische und rechtliche Schuld der Schießenden ist die moralische Schuld derer, die den Haß säen, aus dem Gewalt erwächst.

Was wir brauchen, sind daher nicht nur bessere Gesetze und eine bessere Vorbereitung der Sicherheitsdienste auf die Abwehr. Polizei und Justiz können die Zahl der Verbrechen einschränken; beseitigen können sie sie nicht. Notwendig ist eine Umkehr, eine geistige, moralische und eine politische Umkehr.

Notwendig ist auch eine Umkehr in der Bildungspolitik. Bildungspolitik und Unterrichtspraxis dürfen sich nicht an Karl Marx, Herbert Marcuse oder anderen Propheten orientieren, die die einen von uns als die richtigen Propheten und die anderen von uns als die falschen Propheten betrachten. Keine der verschiedenen philosophischen und politischen Richtungen in unserem Lande darf staatliche Bildungseinrichtungen zu ihrem Eigentum machen, meine Damen und Herren! Es sind unser aller Schulen. Jede Ideologisierung – in welcher Richtung auch immer – von Bildung und Ausbildung an staatlichen Monopolanstalten verletzt die Grundrechte der Eltern und Schüler und ist Verfassungsbruch, der ein Ende haben muß.

Front zu machen ist ferner gegen die Verfälschung unserer Geschichte. Meine Damen und Herren, die übrigen 1188 Jahre waren nicht weniger gut als die anderer Völker. Das müssen wir auch einmal sagen. Front zu machen ist gegen die Falschinforma-

tionen über die Gegenwart. Zu fördern ist die Einsicht in die Wirklichkeit sozialer, ökonomischer und rechtlicher Zusammenhänge. Schulen und Hochschulen müssen wieder mehr systematisches Wissen vermitteln, um kritisches Urteilen zu ermöglichen, um tatsachenbezogenes Urteilen zu ermöglichen.

Es ist doch erschreckend, festzustellen, was Abiturienten und Studenten alles nicht wissen über unsere Verfassung, über unsere Gesellschafts- und Sozialordnung, über die Voraussetzungen, über die ethischen Grundlagen ihres Funktionierens, über ihre Erfolge und Mißerfolge im Vergleich zu anderen Systemen.

Statt Tatsachenkenntnis zu vermitteln, wird ideologisiert und indoktriniert mit Bildern, Begriffen und Ideologien des 19. Jahrhunderts, die ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit einfach auf die Gegenwart übertragen werden. Manche Fachbereiche deutscher Universitäten – ich spreche das aus, obwohl mir das Kritik einbringen wird – sind auf diese Weise zu Ordensburgen für Systemveränderer und zu Klippschulen für Halbgebildete geworden ...

(Quelle: Nr. 6, S. 4090ff)

F.J. Strauß: Die Zeit der Entscheidung ist da

... Wie kaum je zuvor seit 1949 sehen sich jetzt Politik und Politiker der eindeutigen Herausforderung gegenüber, das Vertrauen des Volkes in die Führungs- und Entscheidungsfähigkeit des Staates nicht enttäuschen zu dürfen. Vom Bestehen oder Nichtbestehen dieser Herausforderung wird auf lange Sicht das Verhältnis der Bürger zum Staat bestimmt sein. Zu Recht fragt das Volk, wozu es Abgeordnete gewählt hat und diese Abgeordneten wiederum Regierungen und Regierungschefs bestimmt haben, wenn die Träger des Rechtsstaates nicht in der Lage sein sollten, dem Auftrag der Stunde gerecht zu werden. Der Maßstab, an dem der Bürger die Handlungsfreiheit seines Staates mißt und an dem er seine Einstellung zu diesem Staat ausrichtet, ist die Antwort auf die Frage, inwieweit und wie schnell es diesem Staat gelingt, der politisch verbrämten Kriminalität des Terrors ein Ende zu setzen.

Für Recht und Ordnung

Es ist einfach unnatürlich und dem Bürger auf Dauer nicht einsichtig zu machen, daß wir uns in einem geordneten demokratischen Staatswesen, in einem Rechtsstaat, in einem Sozialstaat, in einem Staat, der seinem Bürger mehr Freiheit und Wohlstand ermöglicht hat als je ein anderer deutscher Staat zuvor, bewegen und verhalten müssen, als ob wir uns im Belagerungsstand befinden. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, die nicht zum Normalzustand werden darf. Wir alle, die Bürger und jene, die für sie politische Verantwortung tragen, wollen wieder unser normales Leben führen, wollen nicht in ständiger Bedrohung für Leib und Leben die Organe der öffentlichen Sicherheit nur noch auf die terroristische Gefahr konzentrieren.

Unseren politischen Gegnern ist ihr Hohn und Spott von einst vergangen, als sie unsere Politik eines starken und nur dadurch liberalen Staates als „Law-and-order“-Gesinnung verleumdeten, als unser Einsatz für Recht und Ordnung diffamiert und als demokratiefeindlich hingestellt wurde, sozusagen als Liebäugeln mit dem Polizeistaat.

Ohne jede Rechthaberei können wir heute die Feststellung treffen, daß es zu einer terroristischen Gefahr des jetzt gegebenen Ausmaßes nicht gekommen wäre, wenn man rechtzeitig auf uns gehört, unsere Warnung ernst genommen und unsere Vorschläge in praktische Politik umgesetzt hätte. Stattdessen wurde seit 1969 in Bonn eine Politik des gefährlichen Gegenteils getrieben. Eine falsch verstandene Liberalisierung ließ den Staat immer schwächer, seine Gegner immer frecher und stärker werden. Rechtschaffene Bürger wurden immer unsicherer, linke Systemveränderer immer dreister. Gerade jene linken Kreise, die heute so emsig dabei sind, die Diskussion über die geistigen Ursachen des Terrorismus zu verhindern, die Spuren zu verwischen und mit Geschichtsklitterungen aufzuwarten, organisierten „spontane“ Empörung, wenn die Unionsparteien als Warner vor der drohenden Gefahr auftraten. Heute tut man so, als ob man nicht wüßte, daß vom sumpfigen Untergrund der

„Neuen Linken“ aus der Mitte der sechziger Jahre eine Entwicklungslinie zu jenen führen würde, die heute mit Gewalt, Erpressung und Mord unseren Staat zerstören und seine freiheitliche Ordnung abschaffen wollen.

Wir haben in der CSU unsere Politik immer als einen Auftrag verstanden, der aus den schmerzlichen und bitteren Erfahrungen der deutschen Geschichte seine Schlußfolgerungen zu ziehen verstand. Da wir wußten und wissen, daß erst die Schwäche der Weimarer Demokratie dem dann kommenden Unheil den Weg bahnte, vertraten wir immer und vertreten wir heute eine Politik der wehrhaften Demokratie und des in jeder Situation, vor allem in jener der Krise, handlungsfähigen Staates. Der Ausgangspunkt, von dem aus wir angetreten sind, hat jetzt seine dramatische Bestätigung und Aktualisierung erfahren. Was wir in der CSU uns damals, in den Anfangsjahren der neuen deutschen Demokratie, geschworen hatten, gilt auch und gerade in dieser Zeit: Wir wollen ein rechtlich geordnetes Leben, wir wollen ein freies Leben, wir wollen ein Leben als Kulturvolk und zivilisierte Nation; was wir nicht wollen, sind Abenteuer, Irrlehre, Verblendung, gleichgültig, ob sie als nationalistische Übertreibung von rechts oder als marxistische Entartung von links kommen.

Wenn jetzt von allen Seiten und auffälligerweise am meisten von jenen, die ein gehöriges Maß an Mitschuld an der eingetretenen Entwicklung tragen, die geistige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus und seinem Umfeld gefordert wird, so gehört in diese Auseinandersetzung die schonungslose Durchleuchtung der Rolle des Marxismus, auf den sich all jene berufen, innerhalb und außerhalb der Reihen der Terroristen, die angetreten sind, unseren Staat zu zerstören, unsere freie und offene Gesellschaft zu „verändern“, aus einer auf Freiheit abgestellten Rechtsordnung ein anarchisches Chaos zu machen. Die Folge wäre nicht die „Befreiung“ oder „Emanzipation“ des Menschen, sondern eine totale Diktatur. Der Marxismus ist als Geschichtslehre unbrauchbar, weil er längst durch die Wirklichkeit widerlegt worden ist. Der Marxismus ist als politische Ökonomie Steinzeitsozialismus. Der Marxismus ist auch keine soziologische Disziplin und auch keine Handreichung für den Bürger im täglichen Leben. Aber er enthält in sich verführerische Gifte, denen manche Menschen zum Opfer fallen, die in extremer Weiterentwicklung dann zu Bombe und Maschinenpistole greifen, „um die Gesellschaft zu ändern“. Wie freilich diese Veränderung aussehen soll, wissen sie nicht. Sie wollen nur das Bestehende zerstören, haben aber nicht die geringste Vorstellung, was an die Stelle des Bestehenden gesetzt werden soll. Der Marxismus ist hier nicht anders wie andere eifernde Ideologien, die den Weg zum Himmel versprechen und den Weg zur Hölle pflastern, ob das rechts oder links ist, ob das Faschismus oder Nationalsozialismus auf der einen oder Marxismus oder Kommunismus auf der anderen Seite sind. Deshalb stehen heute in der Bundesrepublik jene in Mitverantwortung und Mitschuld, die zu den Wegbereitern und Propheten des Marxismus in den letzten Jahren gehörten. So ist es nur ebenso leicht durchschaubar wie erklärlich, daß SPD-Vorsitzender Brandt den geradezu grotesken Versuch unternimmt, Herkunft und Hintergrund des Terrorismus nach rechts abzuschieben, oder wenn sich ein sattsam bekannter Theologieprofessor dadurch aus der geistigen Mitverantwortung stehlen will, daß er noch vor wenigen Tagen Unionspolitiker als die eigentlichen Sympathisanten der Terroristen verleumdete.

Wurzeln bei Marx und Lenin

Wir werden in der schonungslosen Auseinandersetzung mit Ursachen und Wirkungen des Terrorismus solche Lügen nicht hinnehmen. Dabei wird Brandts abenteuerliche Behauptung, der Terrorismus habe mit links nichts zu tun, beispielsweise allein schon durch die jüngsten deutschfeindlichen Ausschreitungen in Italien, Frankreich und anderswo nachdrücklich widerlegt. Überall dort nämlich sind es die extremistischen Linken, die sich als Gesinnungsgenossen der mordwütigen Baader-Meinhof-Terroristen erweisen und von außen auf dem Weg der Hetze und Verleumdung das gleiche Ziel anstreben wie der Terrorismus hiezulande, nämlich die Zerstörung des demokratischen Staates Bundesrepublik Deutschland. Und alle jene, die

im Ausland zu einer Treibjagd auf alles Deutsche im Namen einer Solidarität mit verurteilten Mördern blasen, berufen sich hinsichtlich ihrer politischen Wurzeln auf Marx und Lenin. Deshalb lassen wir es nicht zu, wenn so getan werden soll, als ob Terrorismus und Marxismus nichts miteinander zu tun hätten. Und deshalb hat Herr Brandt nicht zum ersten und letzten Mal der SPD geschadet, als er sagte, daß deutsche Marxisten selbstverständlich in der SPD und nirgendwo sonst ihren Platz hätten.

Zur geistigen Auseinandersetzung gehört auch, daß es seit Jahren geradezu zu den Pflichtübungen einer sich als Meinungsmachend aufspielenden linken Intelligenzia gehört, die Bundesrepublik schlechtzumachen, die Verhältnisse als schier unerträglich darzustellen und Systemveränderung zu predigen. Daß solche Dauerberieselung in manchen ungefestigten Köpfen zu gerade zwanghaftem Veränderungswahn, bis hin zum Einsatz gewalttätiger Mittel führen konnte und mußte, wollen heute die Ziehväter dieser verhängnisvollen Geisteshaltung nicht mehr wissen. Dabei versteht vor allem das deutschfreundliche Ausland nicht, warum eigentlich die Deutschen so wenig auf ihren eigenen demokratischen Staat stolz sind, warum in gewissen Kreisen der Bundesrepublik hämische und zerstörerische Kritik gewissermaßen zum guten linken Ton gehört. Dabei sind systematische Miesmacherei im Innern, Hetze von außen und die Anschläge des Terrorismus gegen die Bundesrepublik durchaus nicht isoliert zu betrachten. Indro Montanelli, einer der bedeutendsten italienischen Publizisten, hat vor einigen Tagen die einschlägige Strategie der Linksradiakalen gegen die Bundesrepublik analysiert: *„Man muß dieses Deutschland, die letzte und einzige europäische Bastion, zerschlagen. Und da man es von außen nicht tun kann, muß man es von innen heraus tun. Sie haben es zuerst probiert mit Terrorismus, der nicht zufällig in Deutschland, also einem Land, das sich hierfür am wenigsten eignet, seine heftigsten und grausamsten Explosionen gezeigt hat. Und jetzt probieren sie einen raschen und starken Gegenschlag mit dem Etikett des Nazismus zu versehen, indem sie die Gespenster der Vergangenheit ausgraben und gegen sie eine Hexenjagd veranstalten ... Mit allem können die Feinde der Demokratie sich abfinden, nur nicht mit einer stabilen, geordneten, reichen und selbstbewußten Demokratie, wie sie die deutsche ist.“* ...

Wehrhafte Demokratie

Die CSU hat, zuletzt in gebündelter und konzentrierter Form bei ihrem Parteitag im September, eine Reihe von wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus vorgeschlagen. Gegen diese Initiativen, die keine Verfassungsänderung erfordern, sind bislang keine ernstzunehmenden Argumente vorgebracht worden. Darüber hinaus muß, selbstverständlich im Rahmen rechtsstaatlicher Normen, ernsthaft geprüft werden, ob die Verfassung ergänzt werden muß. Die Terroristen sind keine Täter, die mit dem normalen Strafrecht – vom Diebstahl bis zum Mord, von Betrug bis zur Erpressung – zu umreißen und zu erfassen sind. Hier handelt es sich um eine besondere Art von Tätern, die alle Garantien des Rechtsstaats auf Unversehrtheit und Freiheit für sich beanspruchen, aber auch nicht annähernd bereit sind, den Bürgern, die sie ermorden, deren Leben und Gesundheit sie vernichten, einen Anspruch auf Unversehrtheit, Gesundheit, Freiheit und Leben zu gewährleisten. Auf die Dauer geht es nicht an, daß der Rechtsstaat schwächer ist als seine Erzfeinde.

Demokratie erfordert Wahrheit, Demokratie erfordert Diskussion, Demokratie erfordert aber auch Wehrhaftigkeit. Unser Rechtsstaat muß endlich Zähne bekommen, und der Rechtsstaat muß zubeißen, wenn es notwendig ist, seine Gegner schädlich zu machen. Die CSU ist dazu bereit. Sie erwartet, daß nunmehr auch die Regierungsparteien in Bonn endlich zu jenen Maßnahmen bereit sind, die als Mindestvoraussetzungen für eine größere Wirksamkeit der staatlichen Terrorbekämpfung erforderlich sind. Der Bundeskanzler hat begriffen, worum es geht. Daß es alle seine Genossen begriffen haben, ist allerdings mehr als zweifelhaft. Deshalb ist in der SPD – aber auch in der FDP – eine endgültige Scheidung der Geister unaufschiebbar. Eine Koalitionsregierung kann nicht glaubhaft den Anspruch

vertreten, alles Menschenmögliche gegen den Terrorismus und seine geistigen Helfershelfer getan zu haben, solange es in den Reihen der SPD und FDP und in ihrem Umfeld eine Reihe von Mitgliedern gibt, die durch die Weiterverbreitung einer üblen Schmähung „klammheimliche Freude“ über die Ermordung des Generalbundesanwalts bekunden. Dabei ist dies nur ein Beispiel für eine fatale Geisteshaltung in Teilen des Regierungslagers.

Die Zeit für eine Entscheidung ist überreif, eine Entscheidung darüber, was in der SPD und in der FDP noch möglich ist und was nicht. Bringen Schmidt, Genscher und ihre Parteien die Kraft zu dieser klärenden Entscheidung nicht mehr auf, hat diese Bundesregierung den letzten Vertrauensrest beim Bürger auch hinsichtlich ihrer Fähigkeit, dem Terrorismus wirksam entgegenzutreten zu können, verspielt. Das wäre das moralische und politische Ende der Regierung Schmidt. Ihr Überleben ist kein heilsgeschichtliches Gut, aber unser Staat, unsere Freiheit, unsere Demokratie müssen bleiben, wenn die heutige Koalition und ihre Regierungen längst der Vergangenheit und Vergessenheit angehören ...

Phantasie statt Routine!

Über all diesem Gedröhne und Getöse darf man doch einfach nicht vergessen, daß weder im Fall Buback noch im Fall Ponto noch im Fall Schleyer die Fahndung über erkennungsdienstliche Ergebnisse hinausgekommen ist. Man kennt die Täter und ihre Lebensläufe, hat eine Fülle kriminaltechnischer Einzelheiten gesammelt, wie aus öffentlichen Berichten zu entnehmen ist, aber man hat bis jetzt nicht einen der Täter erwischt. Das ist die andere, bittere Seite der Wahrheit. Sind die Täter in Belgien, in den Niederlanden, in Frankreich, in Japan, in der Schweiz oder auf deutschem Boden? Sind sie alle zusammen oder in Grüppchen? Offensichtlich rechnen die Terroristen damit, daß der fahndende Arm des Staates erlahmt und von einer für sie weniger gefährlichen Routine abgelöst wird. Der Polizeicomputer in Ehren, aber die polizeiliche Führung braucht eine noch stärkere Phantasie, einen noch größeren Einfallsreichtum und eine größere Vielseitigkeit, als die Terroristen offensichtlich haben. Ohne Zweifel sind in Stammheim Fehler und Versäumnisse begangen worden, die unglaubliche Zustände ermöglicht haben. Aber bei aller noch so verständlichen Aufregung über ministerielle Sünden, über Nachlässigkeit und Schlamperei im Vollzug darf man nicht vergessen, daß der von der Bonner Regierung und der Mehrheit ermöglichte Verkehr zwischen Anwälten und Häftlingen das Einreißen dieser Mißbräuche ermöglicht und begünstigt hat ... Es ist nur eine Übertreibung, wenn man sagt, daß diese Häftlinge die Herren des Gefängnisses waren – und das nicht zuletzt als Folge der jahrelangen Einschüchterungskampagne gegen Polizei und Justiz einerseits und als Folge der die Terroristen glorifizierenden Rechtfertigungshymnen andererseits.

Wenn Bundesjustizminister Vogel schon wieder in Polemik verfallen ist und in einer für eine intellektuell präzise Behandlung der Problematik unwürdigen Weise in die alte Leier verfällt, man solle die bestehenden Gesetze ausschöpfen, statt neue zu verlangen, dann muß man ihm sagen, daß dies einfach unzulässig ist. Man hätte sicher mit den bestehenden Gesetze mehr anfangen können, das gilt für Bund und Länder. Aber selbst bei den einsitzenden Häftlingen war es mit den bestehenden Gesetzen schon fast unmöglich, die Fortsetzung terroristischer Aktivitäten zu verhindern. Und nur mit den bestehenden Gesetzen ist es nicht möglich, den Verkehr zwischen Verteidigern und Häftlingen vor dem Mißbrauch zugunsten verbrecherischer Handlungen zu bewahren; und es ist mit den bestehenden Gesetzen noch weniger möglich, haftentlassene Terroristen am erneuten Untertauchen in die Terrorszene zu hindern; es ist auch nicht möglich, der Polizei einen wirkungsvolleren Zugriff ohne Verbesserung des Melderechts zu verschaffen.

Alle Vorschläge der Fraktion der CDU/CSU und des Parteitag des CSU dienen doch gerade dem Zweck, Staat, Gesellschaft und Menschen vor verbrecherischen Anschlägen wirksam schützen zu können. Hier handelt es sich also um zwei ganz verschiedene Themen, die allerdings zum gleichen Problemkreis gehören.

Ist man eigentlich schon einmal ernsthaft der Überlegung nachgegangen, wer in der Bundesrepublik Deutschland das Gehirn der Bande darstellt und wo sich das verbrecherische Hauptquartier der Täter befindet? Die Anzeichen und Eindrücke verdichten sich, daß der Mittelpunkt und Motor die Anwälte der Kanzlei Croissant sind, in deren Dienst die meisten männlichen oder weiblichen Terroristen für kürzere oder längere Zeit gestanden haben. Haben Anwälte dieses Schlages die Hungerstreiks als terroristische Waffe geplant, befohlen und wieder abbrechen lassen? Haben sie ihren Mandanten abstumpfende Medikamente zur Verfügung gestellt, mit denen sie sich die Häftlinge gefügig gemacht und diese gleichzeitig in die Lage versetzt haben, den Hungerstreik beliebig ertragen zu können? Deuten nicht die Selbstmorde in Stammheim, vor allem die Art der Selbsterschießung Baaders darauf hin, daß der Anstoß zu dieser Tat von außen ergangen ist? Warum tobt Croissant in seinem französischen Gefängnis und beschimpft die Bundesregierung als Mörder? Wenn man dazu noch sieht, wie gerade jetzt wieder der Terrorismus weltumspannend Schrecken verbreitet, wie sich zahlreiche nützliche Idioten als bewußte Helfer in den Dienst einer antideutschen Propaganda stellen, mit der man leicht wieder alte Leidenschaften auffrischen, alte Vorwürfe belegen, alte Feindschaften anheizen kann, dann muß man sich allerdings fragen: Cui bono? Wer hat den Nutzen davon? Das Ziel ist klar: Die deutsche Demokratie muß um jeden Preis zerstört werden! ...

(Quelle: Nr. 12, S. 126ff)

(1) Mörder von Potempa: fünf Faschisten, die des Nachts einen kommunistischen Arbeiter aus dem Bett geholt und ihn vor den Augen seiner Mutter bestialisch ermordet hatten. Im Gegensatz zu vielen anderen Fällen wurden die fünf Faschisten dafür von der Justiz der Weimarer Republik zum Tode verurteilt. Hitler telegraphierte ihnen: „Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichsten Bluturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre, der Kampf gegen eine Regierung, unter der dies möglich war, unsere Pflicht.“ Am 2. September 1932 bereits wurden die fünf Mörder begnadigt und wenige Monate später freigelassen. (Nach: Bernt Engelmann, „Einig gegen Recht und Freiheit“, 2. Teil, Fischer 1977, S. 106f) – Vogel vergleicht hier den kommunistischen Arbeiter, der Opfer faschistischer Mörder wurde, mit Generalbundesanwalt Buback und z.B. Peter Brückner und Erich Fried mit Hitler!

(2) Der Satz ist unvollständig im Original.

(3) in der Vorlage: Fehlleistung

12.11.1977 Ingrid Schubert kommt in Stadelheim im Gewahrsam der Justiz zu Tode.



Ingrid Schubert

- 17.11.1977 Rechtsanwalt Croissant, der im August 1977 um politisches Asyl in Frankreich nachgesucht hat, wird an die BRD ausgeliefert und in Stammheim inhaftiert.
- 28.11.1977 In Stuttgart-Stammheim beginnt der Prozeß gegen Verena Becker.
- 29.11.1977 Kongreß der CDU in Bonn: „Der Weg in die Gewalt“. Die Vorträge des Kongresses werden 1978 in einem Buch mit dem Untertitel: „Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen“ herausgegeben.
- „Der Kampf um die Interpretation unserer gesellschaftlichen Verhältnisse muß offensiv geführt werden“, sagt der CDU-Generalsekretär Geißler auf dem Kongreß. Die Zielsetzung des Kongresses ist, von verschiedenen Seiten aus die Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der BRD und der Rolle der BRD in der Welt auszurotten und die Vernichtung von Kritikern als höchsten ethischen Normen folgend zu rechtfertigen. Der Vortrag von E. Topitsch „Die Masken des Bösen“ steht in diesem Zusammenhang. Sein Inhalt: Die Verfechtung von Emanzipationsinteressen tarnt in Wirklichkeit nur Machtgier und Zerstörungslust, die Kritiker sind Opfer von Dämonen, die zu bändigen die humane Leistung des demokratischen Rechtsstaats ist.

Ernst Topitsch Die Masken des Bösen

Zur Kritik der Ideologie des Terrorismus

Gegen Ende seines Lebens schrieb Sigmund Freud in einem Brief an Albert Einstein die nachdenklichen Bemerkungen: „Manchmal haben wir, wenn wir von den Greueln der Geschichte hören, den Eindruck, die ideellen Motive hätten den destruktiven Gelüsten nur als Vorwand gedient, andere Male, zum Beispiel bei den Grausamkeiten der heiligen Inquisition, meinen wir, die ideellen Motive hätten sich im Bewußtsein vordrängt, die destruktiven ihnen eine unbewußte Verstärkung gebracht. Beides ist möglich.“ (1) Die Möglichkeit, Grausamkeiten könnten allein um guter Zwecke willen und ohne alle anderen Gründe verübt werden, hat dieser profunde Kenner der menschlichen Seele nicht einmal in Betracht gezogen. So hat er mit der ihm eigenen rücksichtslosen Unbestechlichkeit einen hochbedeutsamen Tatsachenkomplex angepackt, der in unserer permissiven (2) Gesellschaft wohl noch gründlicher verdrängt wird als einst die Sexualität in der Zeit der viktorianischen Prüderie. Es ist dies die unbewußte oder auch bewußte Tarnung der Machtgier und Zerstörungslust hinter einem Schleier hochmoralischer Ideale und Utopien.

Dieser Sachverhalt ist so offenkundig, daß er sogar einzelnen selbständig denkenden Marxisten nicht entgehen konnte. Beispielsweise schrieb vor einigen Jahre der jugoslawische Philosoph Svetozar Stojanović: „Es sieht so aus, als müsse man in Zukunft die Theorie des Unbewußten in stärkerem Maße auch auf die revolutionären Gruppen anwenden. Die Erscheinung der Inversion von Zielen und Mitteln erweckt den Verdacht, daß unter den bewußten Zielen von Beginn an andersartige unbewußte Ziele lagen. Die bewußten Ziele, deren Achse die klassenlose und staatslose Gesellschaft darstellt, dienen in solchen Fällen zur Verdeckung des unterbewußten Wunsches nach der Verabsolutierung der eigenen Macht.“ (3)

Faßt der jugoslawische Denker vor allem die Machtgier ins Auge, so überwiegt in anderen Fällen die bloße Zerstörungslust. Wir haben es dann mit dem Typ des kriminellen Utopisten zu

tu, den der Kriminalpsychologe Hans v. Hentig schon kurz nach dem Ersten Weltkrieg folgendermaßen charakterisiert hat: „Hinter seiner Utopie steht ein heftiger destruktiver Zug. Nicht die Verwirklichung seiner Phantasiewelt ist die Hauptsache, sondern der Angriff auf alles Bestehende, der angeblich Vorbedingung für den erträumten Neuaufbau ist. Es ist kennzeichnend für den kriminellen Utopisten, daß er alles ausnahmslos schlecht findet, was ihm von den alten Gesellschaftsformen entgegentritt und daß er niemals aus der Periode des Hasses und Niederreibens herauskommt ... Wenn eine überirdische Macht seine Utopie plötzlich fertig herbeizauberte, würde er unglücklich und verzweifelt sein.“ (4)

In vielen solchen Fällen liegt aber gar keine ausgeführte Utopie vor, keine inhaltlich bestimmte, diskutierbare und kritisierbare Vorstellung von der angeblich so viel besseren Zukunftsgesellschaft und dem Weg dorthin. Hier geht es eben in Wirklichkeit gar nicht darum, den Menschen zu helfen. Vielmehr beläßt man die hehren Ideen der Menschheitsbefreiung und Menschheitsbeglückung im beziehungsvollen Hell-Dunkel einer möglichst ungreifbaren und daher unangreifbaren Hintergrundideologie, denn so entsprechen sie dem in jenen Fällen tatsächlich maßgebenden Zweck weit besser – sie sollen nämlich bloß der Machtgier und Zerstörungslust, dem Geltungsbedürfnis und der Habgier, dem Haß, dem Neid und dem Ressentiment als Tarnung und Waffe dienen.

Daß es sich bei diesen Thesen nicht um perfide Unterstellungen böswilliger Reaktionäre handelt, geht keineswegs nur aus den eingangs angeführten Beobachtungen von Freud und Stojanović hervor. Vielmehr war sich sogar Marx selbst sehr wohl einiger Motive bewußt, die hinter dem Kommunismus stehen – freilich nicht seinem eigenen, sondern nur dem sogenannten rohen Kommunismus. Der darin wirksame „allgemeine und als Macht sich konstituierende Neid ist nur die versteckte Form, in welcher die Habsucht sich herstellt und nur auf eine andere Weise sich befriedigt. Der Gedanke jedes Privateigentums als eines solchen ist wenigstens gegen das reichere Privateigentum als Neid und die Nivellierungssucht gekehrt ... Der rohe Kommunist ist nur die Vollendung dieses Neides und dieser Nivellierung von dem vorgestellten Minimum aus.“ (5) Ja, manchmal empfand der Vater des historischen Materialismus sogar etwas wie ein geheimes Grauen vor einer ressentimentgeladenen Gleichmacherei. In einem Gespräch fragte ihn eine Dame: „Ich kann mir Sie auch nicht in einer nivellierenden Zeit denken, da Sie durchaus aristokratische Neigungen und Gewohnheiten haben.“ – „Ich auch nicht“, antwortete Marx. „Diese Zeiten werden kommen, aber wir müssen dann fort sein.“ (6)

Die verschiedenen Motive, von denen revolutionäre Bewegungen inspiriert sind, können miteinander bis zur Unterscheidbarkeit verschmelzen, aber auch in scharfen Konflikt geraten, wie sich besonders in dem Gegensatz zwischen Marxismus und Anarchismus gezeigt hat. Der erbitterte Kampf zwischen Marx und Bakunin war nicht nur auf rein persönliche Beweggründe zurückzuführen, und es ist kein Zufall, daß wir dem genialischen Anarchisten eine Reihe scharfsichtiger Beobachtungen verdanken, die den Willen zur totalen Macht als das entscheidende Motiv seines Gegners erkennbar werden lassen. Bakunin hat auch mit erstaunlicher Klarheit vorausgesehen, daß der Marxismus zum totalen Staat führen werde: „Die Ausdrücke wissenschaftlicher Sozialist und wissenschaftlicher Sozialismus, die unaufhörlich in den Schriften der Marxisten wiederkehren, beweisen durch sich selbst, daß der sogenannte Volksstaat nichts anderes sein wird als die despotische Regierung der proletarischen Massen durch eine neue und sehr beschränkte Autokratie von wahren und vorgeblichen Wissenschaftlern.“ (7) Doch so erbittert Marxisten und Anarchisten einander bis heute bekämpfen mögen, im Haß auf den demokratischen, liberalen und sozialen Rechtsstaat sind sie sich einig, und der Terrorismus wird aus beiden Quellen gespeist. Allerdings bevorzugt der Anarchismus die individuelle terroristische Aktion, während sich die Lehren von Karl Marx – oder richtiger: bestimmte ihrer Komponenten – mehr zum Aufbau und zur Rechtfertigung beständiger Herrschaftssysteme eignen.

Nicht von ungefähr werden also die Doktrinen des Karl Marx und vieler seiner Anhänger schon seit dem vorigen Jahrhundert

von dem Vorwurf begleitet, sie verfolgten unter dem Deckmantel der Emanzipation des Proletariats und damit überhaupt der Menschheit völlig entgegengesetzte Ziele. Führende Köpfe der europäischen und zumal der deutschen Sozialwissenschaften haben diesen Einwand erhoben, etwa Vilfredo Pareto, Max Weber, Werner Sombart und sein Schüler Arthur Prinz, Alexander Rüstow. Deren Kritik wurde durch neuere Forschungen – vor allem die Werke von Arnold Künzli, Ernst Kux und Robert Payne – weiter untermauert und vertieft, und ich selbst habe mich in meinem Buch „Gottwerdung und Revolution“ bemüht, diesen ganzen Tatsachenkomplex zu analysieren und in größerem Zusammenhang darzustellen.

Schon lange vor Marx hatten die meisten Revolutionäre und Utopisten in ihren Zukunftsvisionen für sich selbst eine, ja oftmals die schlechthin dominierende Rolle reserviert, und nur die wenigsten hatten die geistige Selbstdisziplin, in der künftigen Gesellschaft bloß eine bescheidene Stellung zu beanspruchen. Als künftige Herrscher oder Mentoren sahen sich etwa Bacon, Campanella und Milton. Der Frühsozialist Cabet betrachtete sich als Gesetzgeber seiner „Icaria“ und Marxens Rivale Wilhelm Weitling als schwertbewehrten Messias eines weltweiten Communia. Und der deutsche Utopist Johannes Valentin Andrae erklärt schon auf den ersten Seiten seiner „Christianopolis“ (1619) rundweg, er habe sich diese Stadt erdacht, um dort die Diktatur ausüben zu können.

So entwaffnende Offenheit lag Marx fern. Doch die Forschung hat außer Zweifel gestellt, daß der spätere Begründer des Historischen Materialismus schon als Student von cäsarischen Machtansprüchen, messianischem Sendungsbewußtsein und unbändigen destruktiven Gelüsten erfüllt war. Um seine eigene Person und diese ihre Bedürfnisse hat er schon längst vor dem „Kommunistischen Manifest“ aus dem über den deutschen Idealismus und wohl auch die Kabbala (8) tradierten Erbe der Selbstvergottungsmysterien eine Deutung der Weltgeschichte als eines Selbsterlösungsprozesses der Menschheit aufgebaut, wo ihm selbst die historisch einzigartige Rolle dessen vorbehalten ist, der diese Erlösung erst ermöglicht, indem er ihr Geheimnis entschlüsselt. Jeder Widerstand ist nicht nur sinnlos, weil er von der ehernen Notwendigkeit der Geschichte hinweggefegt werden wird, sondern er ist das schlechthin Unmenschliche und Unmoralische, weil er sich der wahren Menschwerdung des Menschen, der Menschheitsbefreiung und Menschheitsbeglückung entgegenstemmt.

Dabei sollte das Proletariat der Schwertarm sein, ja der Henker, der das von Marx im Namen der entsprechend präparierten „Geschichte“ über die adelig-bürgerliche Welt gefällte Urteil zu vollstrecken hatte – jenes Proletariat, das der verhinderte Diktator im Grunde verachtete und bloß in ähnlicher Weise als Instrument seines Machtwillens benützen wollte wie Napoleon seine Armeen.

Für diese seine Geschichtskonstruktion hat der revolutionäre Prophet zwar den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erhoben, aber er hat es geflissentlich vermieden, an entscheidenden Punkten für sie die Grundbedingung der Wissenschaftlichkeit zu erfüllen – nämlich sie so zu formulieren, daß sie an Tatsachen überprüft und daher auch durch solche widerlegt werden kann. Vielmehr hat er sich gerade über das Herzstück seiner Lehre, nämlich die zukünftige Gesellschaft der Freiheit und des Glücks sowie den Weg dorthin, gründlich ausgeschwiegen, um es auf diese Weise jeder kritischen Diskussion zu entziehen. Doch schirmt sich der Marxismus auch durch andere derartige Kunstgriffe oder Tricks – die Fachsprache nennt sie Immunisierungsstrategien – gegen Kritik und Kontrolle ab. Hierher zählt etwa der Versuch, jeden Zweifel oder Einwand von vorneherein als bloßen Ausdruck „bürgerlicher Ideologie“ oder eines „falschen Bewußtseins“ vom Tisch zu fegen oder die Berufung auf eine angeblich „höhere Logik“, die Dialektik, die der gewöhnlichen, „bloß formalen“ Logik weit überlegen sein soll, aber sich nicht in Regeln formulieren läßt, deren Einhaltung oder Verletzung überprüfbar wäre. Mit solchen und ähnlichen Mitteln erschleicht man sich den Anschein der Unfehlbarkeit.

Darüber darf allerdings nicht übersehen werden, daß Marx auch wichtige wissenschaftliche Einsichten erarbeitet und der Forschung wertvolle Anregungen gegeben hat. Das Pauschalur-

teil ist unzulässig, der Marxismus sei „nichts anderes als“ eine durch Immunisierungsstrategien abgesicherte Heilslehre und Herrschaftsideologie. Doch eine solche Heilslehre und Herrschaftsideologie ist eine seiner wichtigsten Komponenten, und sie vor allem ist der Grund seiner praktisch-politischen Wirksamkeit. So wird man auf Alexander Rüstow zurückgreifen dürfen, einen der letzten großen Liberalen und Humanisten auf deutschem Boden, und auf sein bedeutendes Werk „Ortsbestimmung der Gegenwart“, das heute leider fast vergessen ist. Dort findet sich eine hervorragend ausgewogene Würdigung des Vaters des Historischen Materialismus, die dessen wissenschaftlichen Leistungen durchaus gerecht wird, aber auch die unheilvollen Komponenten schonungslos aufdeckt. In höchstem Maße bedenklich erscheint dem Autor vor allem „die Diktatur des Proletariats (wenn auch nur als Mittel für einen extrem liberalen angeblichen Zweck), der Aufruf zum rücksichtslosen Machtkampf, die offene Entfesselung aller ihm dienenden Instinkte, des Neides, der Habsucht, des Hasses, endlich die ausgesprochen theologische, unverkennbar von der alttestamentlichen Prophetie beeinflusste Eschatologie, der Glaube an das große Wunder – „Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ –, wofür mangels jedes ernstlichen Versuches einer einsichtigen Begründung letzten Endes des sacrificium intellectus in Anspruch genommen wird: „Das Wunder ist des Glaubens liebstes Kind.“ (9)

Auch Lenin scheint sich zunächst kaum ernstliche Gedanken über die Zukunftsgesellschaft gemacht zu haben, und als nach dem Sieg der Revolution die ersten Krisen auftauchten, suchte er vergeblich in den Schriften von Marx nach Rat. Doch dieser hatte eben den Weg zu jener Gesellschaft selbst nicht gewußt. Welche Triebkräfte aber auch hier im Hintergrund standen, wird blitzlichtartig durch eine Passage aus der Zeitschrift „Rotes Schwert“ erhellt, dem offiziellen Organ der „Tscheka“. Dort heißt es in der Nummer vom 18. August 1919: „Unser ist ein neuer Moralkodex. Unsere Humanität ist absolut; denn sie gründet sich auf das glorreiche Ideal der Beseitigung von Tyrannei und Unterdrückung. Uns ist alles erlaubt; denn wir sind die Ersten in der Welt, die das Schwert nicht zu Zwecken der Versklavung und Unterdrückung ziehen, sondern im Namen der Freiheit und der Befreiung von der Knechtschaft.“ (10) Man mag Lenin und seinen Schwertträgern subjektiv guten Glauben zubilligen. Welche Bewandnis es jedoch mit einer „Humanität“ hat, in deren Namen „alles erlaubt“ ist, kann nach den seither gemachten Erfahrungen kaum mehr zweifelhaft sein.

Doch ist die Verwendung humanitärer und emanzipatorischer Parolen als Instrument und Maske der Machtgier, des Hasses, der Grausamkeit und der Zerstörungslust seit den Tagen von Marx und Lenin ganz erheblich weiterentwickelt worden. Daran haben spätere Revolutionäre aus der Dritten Welt wie Mao Tse-tung, Ho Chi Minh, Ernesto „Che“ Guevara und andere erheblichen Anteil. In zahlreichen ehemaligen Kolonien ist es macht hungrigen linksradikalen Gruppen auch tatsächlich gelungen, die europäische Verwaltung zu beseitigen, um an deren Stelle ihre eigene totale Herrschaft zu errichten. Dabei bildete der Terror ein hervorragendes Mittel, um die Farbigen durch künstliche Erzeugung von Haß- und Rachegefühlen gegen die Kolonialmächte zu mobilisieren. Einerseits suchte man durch gezielte Gewaltakte die Europäer zu unüberlegten und überharten Gegenmaßnahmen herauszufordern, von denen möglichst viele Unbeteiligte betroffen werden sollten. Andererseits richtete sich der Terror gegen Farbige, die sich neutral verhielten und den angeblichen Befreiungsbewegungen die Gefolgschaft verweigerten. Diese wollte man einschüchtern und ihnen zeigen, daß die Kolonialverwaltung sie nicht schützen konnte. Hauptleidtragende sind dabei letzten Endes aber nicht die Weißen, die meist wenigstens das Land verlassen können, sondern die Einheimischen, die nun nach der Fremdherrschaft die oft noch viel schlimmere Unterdrückung durch ihre „Befreier“ über sich ergehen lassen müssen.

Ideologie, Strategie und Taktik dieser Form der Machtergreifung ist wenigstens von einem Teil des Linksradikalismus in den Industrieländern, auch und vor allem in der Bundesrepublik, zum Angriff auf den demokratischen, liberalen und sozialen Rechtsstaat übernommen worden. Das war schon längst vor

den koordinierten Aktionen deutscher und arabischer Terroristen klar. Bereits vor fast einem Jahrzehnt erschienen auf den Flugblättern und Schmierereien der Studentenrevolte immer wieder Fäuste mit Maschinenpistolen und Bomben, immer wieder wurde zur Solidarität mit den angeblichen „Befreiungsbewegungen“ der Dritten Welt aufgerufen, und linke Verlage brachten einschlägige Literatur von Frantz Fanon bis Marighela. Doch die Troubadoure der permissiven Gesellschaft haben das alles verniedlicht, bis blutiger Ernst daraus wurde.

Eine solche Verniedlichung wirkt – auch dort, wo sie ohne Hintergedanken erfolgt – im Sinne eines Zangenangriffs, der durch das Zusammenwirken von ideologischer Propaganda und terroristischer Gewalt den demokratischen Rechts- und Wohlfahrtsstaat zerstören soll. Während dabei die Ideologen sich nach Möglichkeit der Schlüsselstellungen in den Massenmedien und im Erziehungswesen bemächtigen und aus diesen Positionen den psychologischen Krieg gegen die demokratische Ordnung führen, bilden die Terroristen den anderen Arm der Zange. Auf diese Weise soll die demokratische Regierung vor die Alternative gestellt werden, entweder die weiße Fahne zu hissen oder sich – im Falle der Gegenwehr – als angeblich „undemokratisch“ zu kompromittieren. Dabei werden die Freiheiten und Garantien des demokratischen Rechtsstaates extensiv und systematisch zu dessen Zerstörung in Anspruch genommen. Wenn sich dieser etwa gegen die Unterwanderung zu schützen sucht, wird wegen angeblicher „Berufsverbote“ eine Protest- und Solidarisierungskampagne vom Stapel gelassen, und wenn er Terroristen vor Gericht stellt, wird eine Welle der Empörung über einen solchen Akt „brutaler Unterdrückung“ inszeniert. Genießen dann die Verbrecher im Gefängnis die unglaublichsten Privilegien, so kennt die Entrüstung über diese „Isolationsfolter“ keine Grenzen. Dadurch will man nicht zuletzt jede wirkungsvolle Überwachung verhindern und hatte immerhin den Erfolg, daß die Banditen in der Haftanstalt ganze Kommunikationssysteme und Waffendepots anlegen konnten. So haben die jüngsten Ereignisse bestätigt, was Bertrand de Jouvenel bereits seinerzeit feststellen konnte: *„Der Trick, die Verhaltensweisen des Gangsters mit den sittlichen Vorteilen des Märtyrers zu verbinden, ist das ganze 20. Jahrhundert hindurch entwickelt worden.“* (12) Ihren makabren, nicht einmal von de Jouvenel vorge-

sehenen Höhepunkt hat diese Strategie darin erreicht, daß die Gangster ihren eigenen Selbstmord als ein von der Hand „fascistischer Schergen“ erlittenes Martyrium zu dramatisieren versuchten. War hier selbst noch der Tod zur bewußten Propaganda läge geworden, oder waren diese Leute so in ihre Hirngespinnste verrannt, daß sie ihr Verhalten irgendwie als gerechtfertigt empfanden?

Dies hat nochmals gezeigt, wie hoffnungslos jeder Versuch ist, Terroristen durch rationale Diskussion zu beeindrucken oder gar zu überzeugen. Die so viel beredete „politische Auseinandersetzung“ ist hier einfach sinnlos. Um so wichtiger ist eine solche Auseinandersetzung mit jenen Kräften, die gewissermaßen den anderen Arm der Zange bilden, nämlich den intellektuellen oder pseudointellektuellen Gruppen, welche durch ihre publizistische Tätigkeit den Gangstern die Gloriole von Märtyrern oder doch von unschuldigen Opfern einer unmenschlichen Gesellschaft verschaffen. Gewiß sind diese Leute angesichts der Erbitterung der Öffentlichkeit im Augenblick ein wenig kleinlaut geworden und distanzieren sich geflissentlich von den Verbrechen, doch bleibt offen, ob es sich um einen echten Gesinnungswandel oder bloß um ein taktisches Manöver handelt.

Damit eröffnet sich aber ein höchst schwieriges Kapitel, das mit dem verbreiteten Schlagwort vom Sympathisantentum nicht ganz zutreffend gekennzeichnet ist, nämlich das Problem der sogenannten kritischen Intelligenz. Dazu muß schon eingangs außer Zweifel gestellt werden: Kritik ist ein Lebensnerv der Freiheit und Demokratie, weshalb sie in den Diktaturen rechter und linker Observanz unterdrückt und bestraft wird. Doch ist sie leider auch dazu verwendbar, um unter dem Deckmantel freiheitlich-demokratischen und humanen Engagements völlig entgegengesetzten Entwicklungen Vorschub zu leisten.

So stellt sich die wichtige und schwierige Frage, wie man die legitimen, ja unerläßlichen Funktionen der Kritik von ihren bedenklichen oder gefährlichen unterscheiden und wie man auf die letzteren reagieren soll. Eine präzise Antwort, die eine klare und unbestreitbare Grenzziehung ermöglichen würde, gibt es leider nicht. Vielmehr finden sich breite Übergangs- und Grauzonen, und diese gestatten ja erst alle jene heimtückischen Tarnungen. Immerhin aber gibt es eine Reihe von Kriterien, die eine



Kent (USA) 1970: Die Nationalgarde erschießt Kritiker des US-Überfalls auf Kambodscha.

Abgrenzung wenigstens im Groben gestatten. Diese sind leider noch nicht folgerichtig geklärt und systematisch durchdacht worden, obwohl dies eine der faszinierendsten und praktisch bedeutsamsten Aufgaben politischer Theorie in der Gegenwart wäre. So müssen vorerst einige vorläufige, aber wichtige Hinweise genügen.

Einer der auffallendsten Kunstgriffe, deren sich die „linke Welle“ – auch in ihren nichtterroristischen Ausprägungen – zur Rechtfertigung ihres Verhaltens und zur Tarnung ihrer Motive bedient hat, ist der selektive Humanismus oder Moralismus. Er wurde während des Krieges in Indochina in besonders auffällender und daher leicht durchschaubarer Weise zum Nachteil der westlichen Welt praktiziert. Gewiß war die Welle der Vietnam-Proteste aus verschiedenen Quellen gespeist, und die Ursachen des damals unter den jungen Menschen vieler Länder verbreiteten aggressiven Mißmutes sind bis heute nicht befriedigend geklärt. Eine deutliche, wenn auch zuerst noch außerhalb des politischen Bereiches verbleibende Emotionalisierung war schon in den frühen sechziger Jahren spürbar. Aus einer solchen Stimmung heraus haben offenbar Teile der amerikanischen Jugend den Einberufungsbefehl als höchst unerwünschte Störung ihres Komfortdaseins und als unerhörte Zumutung seitens der Staatsführung empfunden. Zwar waren die Studenten vom Kriegsdienst befreit, aber sie mußten fürchten, bei längerer Dauer und Verschärfung der Kämpfe dieses Privilegs verlustig zu gehen. In dieser Lage kamen sie auf den ingeniosen (13) Gedanken, den Krieg in Indochina für einen „ungerechten Krieg“ zu erklären, um auf diese Weise nicht als Feiglinge und Drückeberger, sondern als moralische Helden dazustehen, und als solche wurden sie nicht nur von der Sowjetpropaganda gefeiert.

Freilich war auch dieser Gedanke nicht ganz neu. Max Weber hat ähnliches schon gegen Ende des Ersten Weltkrieges beobachtet und kritisiert. Er bezeichnete es als eine sittlich höchst fatale Berufung auf die Ethik, *„wenn jemand unter den Fürchterlichkeiten des Krieges seelisch zusammenbricht und nun, anstatt schlecht zu sagen, es war eben zu viel, jetzt das Bedürfnis empfindet, seine Kriegsmüdigkeit vor sich selbst zu legitimieren, indem er die Empfindung substituiert: Ich konnte das deshalb nicht ertragen, weil ich für eine sittlich schlechte Sache fechten mußte.“* (14)

Daß die moralischen Argumente des Vietnam-Protestes zum größten Teil nur vorgeschoben waren, um die ganz andersartigen tatsächlichen Motive zu verdecken und den Anschein der Respektabilität zu erschleichen, war bereits sehr früh zu vermuten und ist heute so gut wie sicher. Allein schon die Penetranz und Aggressivität, mit der sie vorgebracht wurden, mußte stutzig machen. Auch zeigte sich sehr bald, wie selektiv dieses angebliche Engagement für Moral und Humanität verfuhr. Während man die angeblichen oder wirklichen Missetaten, ja überhaupt das militärische Eingreifen der Amerikaner in wahren Ekstasen der Entrüstung als Verbrechen an der Menschheit brandmarkte, blieben vergleichbare oder noch schlimmere Vorgänge, in welche andere Mächte verwickelt waren, so gut wie unbeachtet. Worum es wirklich ging, wurde schon recht peinlich offenkundig, als die Vereinigten Staaten – nicht zuletzt unter dem Eindruck dieser psychologischen Kampagne – die allgemeine Wehrpflicht abschafften und ihre Truppen zurückzogen: Zwar dauerte das Blutvergießen in Indochina an, schien aber plötzlich den größten Teil seiner Verwerflichkeit eingebüßt zu haben. Der tragische Abschluß des Kriegsgeschehens brachte dann die totale und endgültige Entlarvung. Amerika ließ seine Verbündeten fallen, und die Sieger errichteten erwartungsgemäß ihre Schreckensherrschaft. Besonders in Kambodscha kam es zu Orgien der Grausamkeit, welche die Taten eines Hitler oder Stalin womöglich noch in Schatten stellen. Doch von einem Aufschrei gequälter Gewissen war weit und breit keine Spur, und die selbsternannten Gralshüter der wahren Moral, Humanität und Demokratie brachten kein Sterbenswörtlein der Mißbilligung, geschweige denn des Protestes über die Lippen.

Aber diese ganz leicht durchschaubare Maskerade hätte nie ihren makabren Erfolg erzielt, wäre sie nur von Drückebergern, Radikalen und Sowjetagenten praktiziert worden. Ihre verblüffende Wirksamkeit verdankte sie vor allem einer Publizistik, die

sich mit Hilfe eines angemessenen moralischen Zensorenamtes als Neben-, ja als Überregierung etablieren wollte, ohne jedoch die Verantwortung der Regierung zu übernehmen. Dazu kam das Heer der Opportunisten verschiedenster Schattierungen, welche nicht müde wurden, die angebliche „moralische Sensibilität der kritischen Jugend“ usw. zu preisen und so dem Falschspiel in verhängnisvoller Weise Vorschub zu leisten. Schließlich gab es noch die Arglosen, welche die moralische Mimikry (15) für bare Münze nahmen und sich nicht vorstellen konnten, was hier wirklich gespielt wurde. Erst dadurch wurde weithin der Eindruck suggeriert, es handle sich bei jener Mimikry um echtes moralisches Engagement, und erst dadurch wurde der Erfolg einer Strategie ermöglicht, die den Selbstbehauptungswillen der westlichen Welt durch ein eigens zu diesem Zweck erzeugtes schlechtes Gewissen lähmen sollte.

Man muß nicht nur deshalb länger bei dem Kapitel „Vietnam“ verweilen, weil hier der selektive Moralismus besonders deutlich erkennbar und weil der Terrorismus zu erheblichem Teil aus der Mentalität der Protestbewegung hervorgegangen ist, sondern vor allem, weil diese Mentalität auch dort, wo sie nicht direkt zu Gewalttaten führt, außerordentlich folgenschwere Auswirkungen haben kann. Es muß nämlich jeden Aggressor ermutigen, ja geradezu herausfordern, wenn er damit rechnen darf, daß der Selbstbehauptungswille seines Opfers auf die eben geschilderte Weise gelähmt wird.

Diese Einsichten sind leider selbst bei den sogenannten bürgerlichen Kräften noch lange nicht zum Gemeingut geworden, obwohl inzwischen der Terror eine neue Stufe der Abgründigkeit erreicht hat. Sogar die Gewalttaten der Nationalsozialisten und Kommunisten richteten sich im wesentlichen gegen wirkliche oder vermeintliche Widersacher, nun aber sind auch völlig Unbeteiligte bedroht, die der politischen Erpressung als Geiseln dienen sollen. Dennoch kann eine gewisse Publizistik noch immer nicht davon lassen, die Verbrecher als Vorkämpfer wahrer Humanität und Emanzipation oder als Menschen hinzustellen, die von der Vision einer „besseren Welt“ inspiriert sind und sich allenfalls in den Mitteln zur Verwirklichung ihrer Ideale vergriffen haben.

Eine vielhundertjährige Debatte hat sich um das Problem entzündet, ob und in welchem Ausmaße ein guter Zweck die Verwendung bedenklicher, gefährlicher oder verwerflicher Mittel rechtfertigt, und dahinter mag noch die sibyllische Frage lauern, was denn eigentlich das Gute sei. Völlig eindeutig wird jedoch die Situation, sobald es sich erweist, daß der angebliche edle Zweck nur vorgespiegelt wird, damit man sich fragwürdiger, ja verbrecherischer Mittel zur Erreichung eines ganz anderen tatsächlichen Zweckes bedienen kann. Dann hatten wir es mit einer Form des kriminellen Utopismus zu tun.

Um hier Klarheit zu schaffen, müssen einige Fragen beantwortet werden: Haben die Rebellen überhaupt einigermaßen faßbare Vorstellungen von der „besseren Welt“, die anzustreben sie behaupten? Legen sie sich Rechenschaft ab, wie weit die von ihnen vorgesehenen Mittel zur Erreichung jenes erhabenen Zieles geeignet sind und mit welchen Nebenfolgen zu rechnen ist, die alles in Frage stellen könnten? Stehen die mit jeder Gewaltanwendung verbundenen Leiden in einem diskutablen Verhältnis zu dem angeblich bezweckten Glück, und ist dieses überhaupt erreichbar? Wird die Gewalt ohne Freude und nur in dem Ausmaß angewendet, das absolut notwendig ist?

Solange diese Fragen nicht mit entsprechender Klarheit beantwortet sind, muß auf Grund leidvoller geschichtlicher Erfahrungen angenommen werden, daß die vorgeblichen hehren Ziele der Menschheitsbefreiung und Menschheitsbeglückung nicht viel mehr sind als ein Instrument des Willens zur Macht und ein pseudo-ethisches Alibi für die Lust an Zerstörung und Gewalt. Damit soll nicht behauptet werden, jene Leute seien von Anbeginn nichts als Heuchler, die ihre verbrecherischen Gelüste mit bewußtem, eiskaltem Zynismus hinter einem Tarnschleier erhabener Ideale zu befriedigen suchen. Meist denken sie über die irritierende Problematik gar nicht nach und werden schließlich selbst zu Opfern der Dämonen, die Engelsmasken tragen. Für sie gilt eben, wie übrigens für uns alle, was Max Weber in seiner klassischen Rede „Politik als Beruf“ formuliert hat: *„Die alten Christen wußten sehr genau, daß die Welt von Dämonen regiert*

sei und daß, wer mit der Politik, das heißt: mit Macht und Gewalt-samkeit als Mitteln, sich einläßt, mit diabolischen Mächten einen Pakt schließt.“ (16)

Die Bändigung dieser Dämonen, oder – ohne Bild gesprochen – die Ritualisierung oder Hegung der unter Menschen nun einmal unvermeidlichen Konflikte, ist aber die wahre humane Leistung der parlamentarischen Demokratie. Darin, nicht etwa in der Illusion einer Unfehlbarkeit jeweiliger Mehrheiten, liegt die Legitimation dieser Staatsform. Wer sie zerstören will, der muß wissen und von dem muß man wissen, welche Gewalten er entfesselt.

Doch sollte das spektakuläre Auftreten der Terroristen keinesfalls darüber hinwegtäuschen, daß die Gefahr einer Zerstörung der Demokratie nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie von dieser Seite droht. Vielmehr tritt diese neue Bedrohung zu drei älteren hinzu: dem Expansionsdrang des totalitären Kommunismus, der Feindseligkeit großer Teile der Dritten Welt und der inneren Zermürbungsarbeit jener intellektuellen Cliquen, welche moralisierende Argumente als Mittel zur Durchsetzung ihrer Machtansprüche verwenden. Mit jeder einzelnen davon könnten die demokratischen Staaten fertig werden. Ob jedoch die westlichen Gesellschaften mit ihrer Atmosphäre der Freiheit und Unverkrampftheit einen gleichzeitig losbrechenden und aufeinander abgestimmten Angriff von diesen vier Seiten überleben können – also ob sie überleben können, wenn die ideologisch-politische Feindschaft der Kommunisten die Ressentiments der Dritten Welt als Mittel zur Einkreisung des Westens benützt und dieser noch von innen her durch den Terrorismus und die sogenannte „kritische Intelligenz“ zermürbt wird, kann nur Gegenstand sorgenvoller Fragen sein.

Dennoch mag der durch den Terrorismus ausgelöste Schock auch positive Folgen haben. Er könnte in den Menschen des Westens und zumal der Bundesrepublik wieder das Bewußtsein wecken, wie bedrohlich ihre Lage ist. Viele Jahre hindurch hatte man ja bei uns in einem Trancezustand von Euphorie und Illusion nicht einmal mehr Niederlagen als solche empfunden. Man wollte die Schrift an der Wand nicht sehen. Eine schwer greifbare, aber alles durchdringende Kapitulationsatmosphäre schien die widerstandslose Selbstpreisgabe vorzubereiten. Wenn der Terrorismus mit seinen Schlägen den Selbstbehauptungswillen der demokratischen Welt wachpeitscht, dann ist er wohl ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft.

(Quelle: Nr. 14, S. 80ff)

(1) F. Freud, Warum Krieg? Brief an Albert Einstein, Werke Bd. XVI, S. 21f

(2) permissiv: die Einhaltung bestimmter Verhaltensnormen nur locker kontrollierend

(3) S. Stojanović, Kritik und Zukunft des Sozialismus, München 1970, S. 182

(4) H.v. Hentig, Terror. Zur Psychologie der Machtergreifung, Ffm/Berlin 1970, S. 122

(5) K. Marx, Nationalökonomie und Philosophie, in: K. Marx, Die Frühschriften, hrsg. v. S. Landshut, Stuttgart 1953, S. 233

(6) Zit. n. F.J. Raddatz, Karl Marx. Eine politische Biographie, Hamburg 1975, S. 417

(7) M. Bakunin, Staatlichkeit und Anarchie, Berlin 1972, S. 234

(8) Kabbala: jüdische Geheimplatz, die ihren Höhepunkt im Mittelalter hatte

(9) A. Rüstow, Ortsbestimmung der Gegenwart, 3. Bd., 1957, S. 310

(10) Zit. nach B.D. Wolfe, Marx und die Marxisten, Berlin (West) 1968, S.324

(11) Vgl. C. Schmitt, Theorie des Partisanen, Berlin 1963

(12) B. de Jouvenel, Reine Theorie der Politik, Neuwied-Berlin 1967, S.215

(13) ingenüös: scharfsinnig, erfindarisch

(14) M. Weber, Ges.politische Schriften, Tübingen 1958, S. 536f

(15) Mimikry: der Täuschung dienende Anpassung

(16) M. Weber, Politik als Beruf, Berlin 1964, S. 60

(17) E. Topitsch, Dr. phil., Professor für Philosophie und Soziologie, 1977 an der Universität zu Graz

10.07.1978 Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Hamburg verurteilt Rechtsanwalt Groenewold „wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung in einem besonders schweren Fall“ zu zwei Jahren Gefängnis mit Bewährung.

Rechtsanwalt Croissant wird nach einem fast einjährigen Verfahren am 16. Februar 1979 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis ohne Bewährung und vier Jahren Berufsverbot verurteilt.

Die Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Newerla werden am 31. Januar 1980 wegen Unterstützung und Werbung für eine kriminelle Vereinigung vom OLG Stuttgart verurteilt. Müller: 4 Jahre / 8 Monate und 5 Jahre Berufsverbot; Ne-

werla: 3 Jahre / 6 Monate und 5 Jahre Berufsverbot.

Der Rechtsanwalt Jörg Lang, der 1972 etwa fünf Monate in Untersuchungshaft gesessen hat und 1974 für einige Jahre untertauchte, wird nach längeren Auseinandersetzungen und ersten Ablehnungen 1986 vom Bundesgerichtshof wieder als Rechtsanwalt zugelassen.

Der Rechtsanwalt Siegfried Haag, damals der letzte noch verbliebene Vertrauensanwalt von Andreas Baader, war am 11.5.1975 nach einer vorläufigen Festnahme untergetaucht. Er wurde am 30.11.1976 festgenommen und später zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Juni 1978 Das Symposium der Carl Friedrich von Siemens Stiftung in München: „Der Ernstfall“, liefert nachträgliche Rechtfertigung der Entfesselung der Exekutive im Herbst 1977. Mit der Rechtfertigung befaßt sich nachträglich mehrfach ebenfalls Bundeskanzler Schmidt.

Gesetzesfreie Bewältigung aktueller Ernstfälle

Prof. Josef Isensee auf dem Symposium der Siemens-Stiftung: Das Jahr 1977 lieferte in der Entführung Schleyers und in der Abhöraffaire Traube zwei Lehrstücke dafür, daß sich der Ernstfall der Republik in ein noch so fein geknüpftes Gesetzesnetz nicht einfangen läßt ... Im realen Effekt jedenfalls haben die Verfassungsorgane mit ihrer Reaktion den Polizeirechtsfall als Ernstfall der Republik akzeptiert und den Störern den Kombattantenstatus, den sie sich anmaßen, zugebilligt ... In beiden Ereignissen, im echten Ernstfall und im vermeintlichen Ernstfall, flammte das archaische Notrecht des Staates auf. In der Grenzlage der totalen Herausforderung zerriß die Staatsgewalt das verfeinerte, effizienzhemmende Geflecht der Legalität – unter Berufung auf die Legitimität.

(Und die Lösung des Konflikts zwischen Legalität und Legitimität sollte eine preußische Generalklausel sein, nämlich:)

eine rechtsstaatliche Vereinigung von Zukunftsoffenheit und Rechtssicherheit, von Elastizität staatsrechtlicher Gefahrenabwehr und grundrechtssichernder Staatsbegrenzung. (Quelle: Nr. 15)

Bundeskanzler Schmidt im Bundestag am 15.6.78:

Ich glaube, daß wir bis an die Grenzen des Rechtsstaats gegangen sind. Der Hinweis auf die Inanspruchnahme des §34 des Strafgesetzbuchs mag hier heute morgen ausreichen. Die Juristen unter Ihnen wissen, daß wir da bis an die Grenzen gegangen sind. Aber wir haben sie nicht übertreten.

Wir haben sogar in der Gesetzgebung – wenn ich nun gegenüber dem exekutiven Handeln ein anderes Feld betreten darf – mit dem Kontaktsperregesetz ein rechtsstaatliches Risiko in Kauf genommen, das Gott sei Dank durch das Bundesverfassungsgericht anschließend gerechtfertigt worden ist. (Quelle: Nr. 6, S. 7770)

Bundeskanzler Schmidt im „Spiegel“-Interview am 15.1.79:

... Ich war auch bereit, den Kopf hinzuhalten für Mogadischu. Ich kann nur nachträglich den deutschen Juristen danken, daß sie das alles nicht verfassungsrechtlich untersucht haben. Man kann nicht alles regeln wollen.

Spiegel: Wir bleiben dabei, daß Verfassungsbruch Verfassungsbruch bleibt.

Schmidt: Ich auch! Aber Sie wollen mir nicht erzählen, daß es in der Schweiz oder in England oder in den Vereinigten Staaten von Amerika keinen Geheimdienst gäbe. Ich will gar nicht von den Militär- und kommunistischen Diktaturen reden. Es ist deutscher Unfug zu glauben, ein so angreifbarer, verletzbarer Staat wie der deutsche könne ohne seine geheimen Dienste auskommen. Das kann er nicht. Worauf es ankommt, ist, daß ... es Men-

schen gibt, die aufpassen, daß der Staat sich im Gebrauch solcher Instrumente zurückhält; daß Freiheitsrechte nicht beschädigt werden ...

Ihre Freiheitsrechte sind doch nicht abgebaut worden. Meine auch nicht. Rechte sind vorübergehend eingeschränkt worden für Leute, die wegen Mordverdacht in Untersuchungshaft saßen und ihren Prozeß abwarteten oder die wegen Mordes schon verurteilt waren ...

25.07.1978 Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) läßt mit direkter Unterstützung der sozial-liberalen Bundesregierung von einem gemischten Kommando des niedersächsischen Verfassungsschutzes und der GSG9 einen Sprengstoffanschlag auf die Außenmauer der Haftanstalt Celle durchführen. Die Operation soll wie ein „Befreiungsversuch“ für den dort inhaftierten RAF-Gefangenen Sigurd Debus aussehen und auf diese Weise zwei „glaubwürdige V-Leute“ („Bombenleger“) zwecks Infiltration der RAF produzieren.

Knapp drei Wochen vor dem Anschlag, am 7.7.1978, hatte Albrecht in der Bundesratssitzung den CDU/CSU-Vorschlag einer Sicherheitsverwahrung für politische Gefangene aus RAF und verwandten Bewegungen begründet: „Er könne nachweisen, daß es Terroristen gebe, die freigelassen werden müßten und bei denen man heute schon wisse, welches die Mordpläne sind, die sie aushecken. Das können wir auf den Heller genau – würde ich sagen – nachweisen. Wir können sogar Namen von Leuten nennen, die ermordet werden sollen.“ ...“ (dpa Bonn/Hannover, 2.8.78) Der selbstinszenierte Sprengstoffanschlag ist ein Glied in Albrechts „Beweis“kette. Er dient zugleich dazu, die Haftbedingungen für den in Celle einsitzenden politischen Gefangenen Sigurd Debus zu verschärfen.

Ende April 1986, nach Bekanntwerden der Urheberschaft und Inszenierung des Sprengstoffanschlags, zieht Ministerpräsident Albrecht das, was mit dem Anschlag „bewiesen“ werden sollte – ein Ausbruchversuch von Sigurd Debus –, als „Beweis“ für die Legitimität eines solchen selbstinszenierten Anschlages heran. In einer Regierungserklärung sagt er, einer der beiden V-Leute habe „dazu beigetragen, daß ein Ausbruch von Gefangenen in Celle, den der damals einsitzende Terrorist Debus geplant habe, ebenso wie ein vorgesehener Mord an einem Vollzugsbeamten verhindert worden sei“. (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 26./27.4.86)

Das Bekanntwerden des Sachverhalts hat für die Verantwortlichen keine Folgen, im Gegenteil: Die staatstragende Bombe wird dem Instrumentarium des Rechtsstaats einverleibt.

01.08.1978 Das Bundesverfassungsgericht erklärt das Kontaktsperregesetz für verfassungskonform: Damit wird für den gegebenen Fall die totale Isolation von Gefangenen für gerechtfertigt erklärt, die ihre verfassungsfeindlichen Zielvorstellungen in der Haft nicht aufgeben.

BVerfG zum Kontaktsperregesetz

Das Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 30. September 1977 (BGBl. I S. 1877) – sogenanntes Kontaktsperregesetz – ist mit dem Grundgesetz vereinbar.

Beschluß des Zweiten Senats vom 1. August 1978

... 1. Die angegriffenen Maßnahmen richten sich nicht gegen die beschwerdeführenden Anwälte, sondern gegen ihre Mandanten, deren Kontakt zu Mitgefangenen und zur Außenwelt vorübergehend unterbrochen werden sollte ...

Ob eine unter dem Gesichtspunkt des Art. 12 GG verfassungsrechtlich erhebliche Beeinträchtigung der Rechtsposition des Verteidigers in Fällen der vorliegenden Art denkbar ist, bedarf hier indessen keiner Entscheidung; denn das Vorbringen der beschwerdeführenden Anwälte läßt bereits hinreichende Angaben darüber vermissen, inwiefern die angegriffenen Maßnahmen ihre Tätigkeit als Verteidiger überhaupt verhindert haben sollen. Wie das Bundesverfassungsgericht durch Beschluß vom 4. Oktober 1977 ... entschieden hat, sind Verteidigerbesuche bei inhaftierten Mandanten nach § 148 StPO nur zu Zwecken der Verteidigung zulässig ... Rügt dieser im Wege der Verfassungsbeschwerde, die gegen seinen Mandanten verhängte zeitweilige Kontaktsperre verletze ihn – den Verteidiger – in seinem Grundrecht der freien Berufsausübung, so genügt zur Begründung der Verfassungsbeschwerde nicht die pauschale Behauptung, die Tätigkeit, an deren Ausübung er gehindert worden sei, habe Verteidigungszwecken dienen sollen. Vielmehr bedarf es konkreter Angaben darüber, um welche Art von Verteidigungstätigkeit es sich handeln sollte und – soweit dies den Beschwerdeführer nicht ausnahmsweise zur Preisgabe wesentlicher Teile seiner Verteidigungskonzeption zwingt – weshalb sie gerade zu dem in Frage stehenden Zeitpunkt erforderlich gewesen wäre ...

3. a) Das Grundgesetz verwehrt dem Staat nicht schlechthin, verfassungsrechtlich geschützte Rechtsgüter auf Kosten anderer Güter, deren Bestand ebenfalls verfassungsrechtlich verbürgt ist, zu bewahren, mag es sich bei solchen Rechtsgütern um Grundrechte oder andere, verfassungsrechtlichen Schutz genießende Belange handeln. Diese Abwägung ist verfassungsrechtlich unausweichlich, wenn sonst die staatlichen Organe die ihnen nach dem Grundgesetz und der verfassungsmäßigen Ordnung obliegenden Aufgaben nicht mehr sachgerecht wahrnehmen können. Dabei ist nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts davon auszugehen, daß die verfassungsmäßige Ordnung ein Sinn Ganzes bildet, ein Widerstreit zwischen verfassungsrechtlich geschützten Belangen mithin nach Maßgabe der grundgesetzlichen Wertordnung und unter Berücksichtigung der Einheit dieses grundlegenden Wertsystems zu lösen ist ... In diesem Rahmen können auch uneinschränkbare Grundrechte Begrenzungen erfahren ...; denn schlechthin schrankenlose Rechte kann eine wertgebundene Ordnung nicht anerkennen ...



Das Bundesverfassungsgericht erklärt, daß die Kontaktsperre keine übermäßige Belastung der Gefangenen darstelle.

Eine zum Schutz von Leib, Leben oder Freiheit unerläßliche, zeitweilige Beschränkung des Beschuldigten in der Ausübung seiner gesetzlichen Verfahrensrechte, aus der ihm kein erheblicher bleibender Nachteil erwächst, verstößt deshalb auch nicht gegen das Gebot fairer Verfahrensführung. Damit verbundene unvermeidbare Verzögerungen laufen dem Beschleunigungsgebot nicht zuwider. Auch im Bereich des Grundrechts aus Art. 6 Abs. 1 GG kann eine Güterabwägung der vorbezeichneten Art Beschränkungen rechtfertigen ...

a)aa) Das Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz ermächtigt die staatlichen Organe, zum Schutz einer gefährdeten Person in Grundrechte solcher Gefangener einzugreifen, die zwar in der Regel die Gefahr nicht unmittelbar verursacht haben, von denen aber nach den vorliegenden Erkenntnissen eine gefahrerhöhende Einflußnahme auf die Ereignisse außerhalb der Haftanstalten zu befürchten ist. Dem zu begegnen, ist die Verhängung einer – absoluten – Kontaktsperre, also die Unterbrechung jedweder Verbindung der betreffenden Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt, geeignet. Daß es auch erforderlich war, den staatlichen Behörden die gesetzlichen Mittel zur Anordnung und Durchführung einer solchen Maßnahme in die Hand zu geben, zeigen die Ereignisse im Entführungsfall Dr. Schleyer mit exemplarischer Deutlichkeit. Der Senat verweist insoweit auf die Ausführungen des Bundesministers der Justiz in dessen Antragschrift vom 4./11. Oktober 1977, die – über den konkreten Fall hinaus – die Notwendigkeit einer solchen Regelung überzeugend aufzeigen. Solange die Gefahr besteht, daß bestimmte Gefangene, die Kreisen des organisierten Terrorismus zugeordnet werden, die verfassungsfeindlichen Zielvorstellungen ihrer Organisation aus den Haftanstalten heraus verwirklichen, zu diesem Zweck den Informationsfluß zu ihren noch in Freiheit befindlichen Gesinnungsgenossen aufrechtzuerhalten und unter den tatsächlichen Voraussetzungen des § 31 Satz 1 EGGVG die Geschehnisse außerhalb der Anstalten zum Nachteil der gefährdeten Person zu beeinflussen suchen, toleriert die Verfassung im Interesse der Selbsterhaltung des Staates und der Erfüllung der ihm obliegenden Aufgabe, Leben, Gesundheit und Freiheit seiner Bürger zu schützen, das Instrument der Kontaktsperre ...

c) Die nach dem Gesetz zulässigen Maßnahmen belasten die betroffenen Gefangenen nicht übermäßig.
(Quelle: Nr. 9)

06.09.1978 Willi Peter Stoll wird in Düsseldorf erschossen. Am 25.09.1978 wird Michael Knoll in Dortmund erschossen.

Am 04. Mai 1979 wird Elisabeth v. Dyck in Nürnberg erschossen, und am 9. Juni 1979 wird Rolf Heissler in Frankfurt ohne Warnung angeschossen und schwer verletzt.

Am 25. Juli 1985 kommen Juliane Plambeck und Wolfgang Beer bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

08.02.1979 Haftverschonung für Werner Hoppe, dessen Gesundheit sich aufgrund jahrelanger Isolation in lebensbedrohlichem Zustand befindet.

Sept. 1979 Generalbundesanwalt Rebmann spricht auf dem Deutschen Richtertag über „Terrorismus und Rechtsordnung“. Inhalt seiner Rede: Innere Sicherheit als Anliegen der Strafjustiz; Überprüfung der bis dahin verabschiedeten „Anti-Terror-Gesetze“, ob sie diesem Anliegen gegen die RAF und verwandte Bewegungen genügen; Feststellung zu schließender „Lücken“ wie z.B. die Beseitigung des Angeklagten aus der Verhandlung – das Ziel der Ausschaltung des politischen Gegners vor Augen, hakt er ab, als vernichte er Akten, nicht Rechte und Menschen, was erledigt und was noch zu erledigt ist.

Generalbundesanwalt Rebmann Terrorismus und Rechtsordnung

Einleitung

I. Vorbemerkung

Die Gewährleistung des inneren Friedens in unserem Staat gegen politisch motivierte Kriminalität ist eine Aufgabe, die der Justiz schon bald nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, nämlich durch das Strafrechtsänderungsgesetz vom 30.8.1951, zugewiesen worden ist. Dem Gesetzgeber ging es bei jener Novelle vor allem darum, dem sogenannten gewaltlosen Umsturz entgegenzuwirken, wie er damals von kommunistischer Seite angestrebt wurde. Durch das Einschreiten der Strafjustiz konnten die illegale KPD und ihre Tarnorganisationen im wesentlichen zerschlagen werden.

In der ersten Hälfte unseres Jahrzehnts erwuchs der Strafrechtspflege eine neue Aufgabe unter anderen Bedingungen, nachdem Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Horst Mahler und andere versucht hatten, in der Bundesrepublik eine bewaffnete Untergrundarmee aufzubauen. Mit der Strafverfolgung terroristischer Gewalttäter leisten Staatsanwaltschaften und Gerichte heute ihren Beitrag zur Gewährleistung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit in unserem Staat. Zur Bewältigung des Terrorismus als einer neuen und besonders gefährlichen Form der Kriminalität durch die Justiz bedarf es eines ausreichenden gesetzlichen Instrumentariums sowohl im materiellen Recht, um schuldangemessen bestrafen zu können, als auch im Verfahrensrecht, um die Terroristenprozesse trotz ihrer spezifischen Schwierigkeiten ordnungsgemäß durchführen zu können. Von dieser Erkenntnis ausgehend hat der Bundesgesetzgeber in den vergangenen Jahren das materielle und das formelle Strafrecht in wichtigen Punkten geändert. Er hat damit die Grundlage dafür geschaffen, daß die politisch verbrämte Gewaltkriminalität terroristischer Vereinigungen nachhaltig und in überschaubarer Zeit und zugleich – das muß betont werden – unter Wahrung rechtsstaatlicher Garantien verfolgt und geahndet werden kann.

II. Überblick über die Gesetzesänderungen der vergangenen Jahre

Diesem Ziel sind nicht weniger als fünf bedeutende Gesetze gewidmet. Es sind dies:

1. Das Ergänzungsgesetz zum 1. Strafverfahrensreformgesetz von 20.12.1974. Es brachte namentlich Änderungen im Recht der Verteidigung und verschiedene Regelungen im Interesse eines möglichst reibungslosen Ablaufs der Hauptverhandlung.

2. Das „Anti-Terrorismusgesetz“ vom 18.8.1976. Es fügte insbesondere die Vorschrift des § 129a – Bildung terroristischer Vereinigungen – in das Strafgesetzbuch ein und schuf für dieses Vergehen die originäre Ermittlungszuständigkeit des Generalbundesanwalts und die erstinstanzliche Zuständigkeit der Oberlandesgerichte.

3. Das während des Entführungsfall Schleyer verabschiedete sogenannte Kontaktsperregesetz vom 30.9.1977 und

4. das Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 14.4.1978, mit dem nach den Erfahrungen aus den Terroranschlägen des Jahres 1977 besonders dringliche gesetzgeberische Maßnahmen verwirklicht wurden.

Einen vorläufigen Abschluß der Reformen hat

5. das seit dem 1.1. dieses Jahres geltende Strafverfahrensänderungsgesetz vom 5.10.1978 gebracht, mit dem die Bemühungen um eine Beschleunigung des Strafverfahrens fortgesetzt wurden.

Daneben hat der Bundesgesetzgeber wichtige Änderungen des Waffengesetzes und des Kriegswaffenkontrollgesetzes verabschiedet und im Bereich der präventiven Bekämpfung des Terrorismus weitere Änderungen vorgesehen. Ich nenne hier

nur stichwortartig das Recht des Meldewesens und Bestrebungen, fälschungssichere Kraftfahrzeugkennzeichen und fälschungssichere Ausweisdokumente einzuführen.

III. Grundsätzliche Würdigung

Das Bemühen der Bundesregierung und der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes, die gesetzlichen Grundlagen zur Bewältigung des Terrorismus zu verbessern, verdient aus der Sicht derjenigen, die an vorderster Front mit dieser Aufgabe betraut sind, Anerkennung. Einige Forderungen, die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten noch weiter auszubauen, sind freilich unerfüllt geblieben. Gleichwohl ist – das möchte ich vorweg betonen – die Position der Organe der Strafverfolgung wesentlich gestärkt worden.

Lassen Sie mich, bevor ich auf die mit den Rechtsänderungen gemachten Erfahrungen eingehe und mich mit dieser und jener zusätzlichen Forderung auseinandersetze, als grundsätzliche Würdigung drei Thesen voranstellen:

1. Die Gesetzesnovellen haben die Möglichkeiten der Bekämpfung des Terrorismus erheblich verbessert. Insbesondere gewährleisten sie mehr als bisher die Durchsetzung der einschlägigen Normen des Strafrechts mit den Mitteln des Strafprozeßrechts. Sicherlich wäre aus der Sicht meiner Behörde die Verwirklichung einiger zusätzlicher Vorschläge erwünscht gewesen. Die wesentlichen Anliegen aber sind erfüllt.

2. Eine Demontage des Rechtsstaats hat nicht stattgefunden. Die Befürchtung, der Gesetzgeber sei dabei, den freiheitlichen Rechtsstaat zu Tode zu schützen, ist unbegründet. Das Schlagwort von der „Niederlage des Rechtsstaates“ ist abwegig (1). Auch im internationalen Vergleich ist das deutsche Strafprozeßrecht noch immer eine der liberalsten Verfahrensordnungen.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich mehrfach mit den einschlägigen Gesetzesänderungen auseinandergesetzt und keinen Anlaß zu durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken gesehen. Das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes, aus dem die Verpflichtung des Staates zur Sicherung einer funktionsfähigen Strafrechtspflege folgt, ist durch die Neuregelungen nicht angetastet worden. Die Frage ist erlaubt, ob das Rechtsstaatsprinzip über die Gesetz gewordenen Neuregelungen hinaus nicht sogar noch mehr an Eingriffsmöglichkeiten ertragen hätte.

3. Es war justizpolitisch richtig, kein Sondergesetz zur Bekämpfung des Terrorismus zu schaffen. Damit sind alle Probleme, die ein solches Gesetz mit sich gebracht hätte, aus den Hauptverhandlungen verbannt worden. Die Neuregelungen fügen sich gut in die für jedermann geltenden Gesetze ein. Erst recht hat keine unerträgliche Verschärfung dieser allgemeinen Gesetze stattgefunden.

B. Erfahrungen mit den Rechtsänderungen der letzten Jahre

... c) Bei der Anwendung von § 129a StGB haben sich in der Praxis keine besonderen Schwierigkeiten ergeben. Dies ist nicht zuletzt der Rechtsprechung des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofes zu verdanken, die dazu beigetragen hat, den Tatbestand griffig zu machen.

Nach dieser Rechtsprechung, aus der ich hier nur einige Beispiele anführen kann, stellt ein Zusammenschluß von nur zwei Personen keine kriminelle oder terroristische Vereinigung dar und setzt der Begriff der Vereinigung ein Mindestmaß an Organisation voraus, das beispielsweise in Fällen sogenannter Hausbesetzungen vorliegen kann. Die Gründung einer kriminellen Vereinigung ist ferner auch dann gegeben, wenn eine zunächst legale Vereinigung später in eine solche umgewandelt wird, deren Zwecke oder Tätigkeiten auf die Begehung strafbarer Handlungen gerichtet sind. Und schließlich: „Werben“ im Sinne von § 129a StGB heißt nicht Mitgliederwerbung, sondern Sympathiewerbung, als Propaganda ...

e) Eingespielt hat sich auch die Zuständigkeitsregelung in den §§ 120 und 142a GVG. Die originäre Zuständigkeit des Generalbundesanwalts gewährleistet eine zentrale Verfolgung aller wichtigen terroristischen und – über § 74a Abs. 2 GVG – auch kriminellen Vereinigungen. Ebenso hat sich für Fälle min-

derer Bedeutung eine gut funktionierende Abgabep Praxis nach relativ eindeutigen Kriterien herausgebildet ...

1. Neuregelungen im Bereich des Ermittlungsverfahrens

a) Feststellung der Identität, Einrichtung von Kontrollstellen und Durchsuchung von Gebäuden

Für das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren hat das Strafprozeßänderungsgesetz 1978 wichtige Eingriffsbefugnisse zur Bekämpfung des Terrorismus geschaffen: Die Ermächtigung zu einer erweiterten Identitätsfeststellung, zur Einrichtung von Kontrollstellen und zur Durchsuchung von Gebäuden eröffnet zusätzliche Möglichkeiten für Ermittlung und Fahndung, aber auch für Prävention im Bereich des Terrorismus. Mit den neuen Vorschriften werden terroristische Aktivitäten besser als bisher schon im Vorfeld, im Stadium der Planung, entdeckt werden können ...

2. Kontaktsperregesetz

Noch während der Entführung von Dr. Schleyer ist das sogenannte Kontaktsperregesetz verabschiedet worden. Im Entführungsfall Lorenz hatte sich gezeigt, daß die erpresserische Geiselnahme zum Zwecke der Befreiung inhaftierter Terroristen größere Aussicht auf Erfolg verspricht, wenn Informationen zwischen Entführern und Häftlingen und unter diesen ausgetauscht werden können. Die Unterbindung dieses Kontakts verbessert die Möglichkeit, eine Geiselnahme ohne Verlust von Menschenleben beenden zu können.

Unter diesem Blickwinkel hat das – mit dem Grundgesetz zu vereinbarende – Kontaktsperregesetz im Entführungsfall Schleyer seine erste Bewährungsprobe bestanden. Durch die während der Geiselnahme verhängte Kontaktsperre konnten Absprachen zwischen den Entführern und den freizulassenden Häftlingen über das Ziel der Befreiungsaktion ebenso verhindert werden wie Vereinbarungen der Häftlinge untereinander über ein Zielland. Die dadurch entstandene Unsicherheit verschaffte der Bundesregierung einen erheblichen Zeitgewinn und damit zusätzlichen Handlungsspielraum für Anstrengungen, das Leben von Dr. Schleyer zu retten. Ich halte die Kontaktsperre für ein wichtiges und unverzichtbares Mittel zur Verringerung von Gefahren für Menschenleben, die mit einer erneuten Geiselnahme verbunden wären ...

3. Neuregelungen im Recht der Verteidigung

Besonders umfangreich waren die gesetzlichen Änderungen im Recht der Verteidigung. Sie waren erforderlich, weil die Strafverfolgung von Terroristen vor allem in den ersten Jahren durch das Verhalten bestimmter Verteidiger erheblich erschwert worden ist. Manche Rechtsanwälte haben ihre Verteidigerrechte über lange Zeiträume hinweg dazu mißbraucht, Kontakte zwischen inhaftierten Terroristen und noch in Freiheit befindlichen Bandenmitgliedern zu vermitteln. So gelang es dem inzwischen rechtskräftig verurteilten Rechtsanwalt Groenewold, ein nahezu perfektes Informations- und Kommunikationssystem zu schaffen, das es den inhaftierten Rädelsführern ermöglichte, den organisatorischen Zusammenhalt ihrer terroristischen Vereinigung aus der Haft heraus aufrechtzuerhalten ...

a) Beschränkung der Zahl der Verteidiger

Zu nennen ist hier zunächst die Beschränkung der Zahl der Wahlverteidiger auf drei in § 137 StPO. Sie hat eine erhebliche Erleichterung für die Durchführung von Terroristenprozessen gebracht. Eine Massierung von Verteidigern, wie zum Beispiel im großen Stammheim-Verfahren gegen Baader und andere, kann jeden geordneten Verfahrensablauf unerträglich behindern ...

b) Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung

In der Praxis bewährt hat sich auch das Verbot der Mehrfachverteidigung in § 146 StPO; es hat manches Ausschließungsverfahren erspart. Die Auslegung dieser Bestimmung hat zwar zunächst einige Schwierigkeiten bereitet. Inzwischen hat der Bundesgerichtshof jedoch die verfahrensrechtlichen Konsequenzen im wesentlichen klargestellt, das Bundesverfassungsgericht den Anwendungsbereich verfassungskonform und sachgerecht begrenzt. Ich trete daher Bestrebungen, das Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung zu beseitigen, mit Nachdruck

entgegen.

c) Ausschuß des Verteidigers

Unverzichtbar für die Praxis ist weiterhin der Verteidigerausschluß. Verteidiger, die mit inhaftierten Beschuldigten konspirativ zusammenwirken, müssen aus dem Verfahren ausgeschlossen werden. Diese Möglichkeit geben die seit dem 1.1.1975 geltenden §§ 138a ff. StPO, die durch das Strafprozeßänderungsgesetz 1978 teilweise neu gefaßt wurden. Die anfänglichen Schwierigkeiten, die die Praxis mit der Anwendung des neuen Rechtsinstituts des Verteidigerausschlusses hatte, sind inzwischen im wesentlichen überwunden. Die Vorschriften sind jetzt auch effektiver geworden, nachdem der Gesetzgeber sie dahin erweitert hat, daß Verteidiger in Strafverfahren gegen Terroristen bereits dann ausgeschlossen werden dürfen, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht des Mißbrauchs von Verteidigerrechten begründen, und daß der Ausschuß über das konkrete Verfahren hinaus für alle Verfahren gilt, die eine Straftat nach § 129a StGB zum Gegenstand haben.

d) Überwachung des schriftlichen Verkehrs

Der Gesetzgeber konnte sich mit den aufgezeigten Maßnahmen jedoch nicht begnügen. Es erwies sich als unvermeidlich, den Austausch von Schriftstücken zwischen Verteidiger und inhaftiertem Beschuldigten kontrollieren zu können, um die Übergabe verteidigungsfremder Informationen zu verhindern. Zu diesem Zweck sieht der durch das „Anti-Terrorismusgesetz“ vom 18.8.1976 eingefügte § 148 Abs. 2 StPO vor, daß Schriftstücke und andere Gegenstände zunächst durch die Hand eines „neutralen“ Richters (vgl. § 148a StPO) gehen müssen, sofern – zumindest auch – wegen des Verdachts eines Vergehens nach § 129a StGB ermittelt wird ...

e) Überwachung des mündlichen Verkehrs

Der mündliche Verkehr zwischen dem Verteidiger und dem wegen Verdacht einer Straftat nach § 129 StGB inhaftierten Beschuldigten ist nach § 148 Abs. 2 Satz 3 StPO im sogenannten Parloir-System, also mittels Trennscheibe, abzuwickeln. Dies hatte sich angesichts der Stammheimer Vorfälle als unausweichlich erwiesen. Die Regelung hat sich voll bewährt ...

4. Änderungen zur Beschleunigung der Hauptverhandlung

Das seit dem 1.1.d.J. geltende Strafverfahrensänderungsgesetz 1979 hat vornehmlich zum Ziel, eine zügigere Durchführung von Hauptverhandlungen zu ermöglichen. Der Mißbrauch prozessualer Rechte zu verfahrensfremden Zwecken ist jetzt in dreifacher Hinsicht erschwert worden:

- Die Besetzung des erkennenden Gerichts ist vorab zu prüfen,
- die Richterablehnung führt nach § 29 Abs. 2 StPO nicht mehr zur Unterbrechung der Hauptverhandlung, und
- nach § 245 StPO können auch präsentierte Beweismittel nur mehr durch förmlichen Beweis Antrag in die Beweisaufnahme eingeführt werden.

Die ersten – wenn auch noch spärlichen – Erfahrungen mit diesen Neuregelungen berechtigen zu der Annahme, daß sie eine merkliche Entlastung der Hauptverhandlungen auch gegen Terroristen bringen werden.

Der Verfahrenssabotage mit Hilfe des Mißbrauchs des Anwesenheitsfordernisses hat bereits das Ergänzungsgesetz zum 1. Strafverfahrensreformgesetz mit den §§ 231a, 231b StPO einen Riegel vorgeschoben. Führt ein Angeklagter absichtlich, namentlich durch Hungerstreik, seine Verhandlungsunfähigkeit herbei oder ist er wegen Ungebühr von der Sitzung ausgeschlossen worden, kann das Gericht jetzt die Hauptverhandlung ohne den Angeklagten durchführen. Diese Gesetzesänderungen haben sich als äußerst hilfreich erwiesen. Ohne sie könnten große Terroristenprozesse praktisch kaum mehr durchgeführt werden ...

II. Unterstützte Vorschläge

... halte ich die Verwirklichung der folgenden Anregungen de lege ferenda (2) zumindest für erwünscht.

1. Materielles Recht

Schaffung eines Straftatbestandes gegen die Befürwortung der Anwendung von Gewalt gegen Personen oder Sachen

Auf dem Gebiet des materiellen Rechts wird nicht zu Unrecht

beklagt, daß in unserem Staat die Anwendung von Gewalt in einem wichtigen Bereich sanktionslos gutgeheißen werden kann. In der Tat fehlt eine Strafvorschrift gegen das Befürworten noch nicht begangener Gewalttaten durch öffentliche Propagierung oder pressemäßige Verbreitung der Auffassung, daß ganz allgemein die Anwendung von Gewalt gegen Personen oder Sachen zur Durchsetzung bestimmter Ziele begrüßenswert, notwendig oder aber doch unvermeidbar sei ... In der Praxis bereiten mir vor allem zwei Erscheinungsformen der Befürwortung von Gewalt Sorge: Einmal die auf dieser Befürwortung aufbauende und an Brutalität zunehmende Gewaltkriminalität, wie sie sich vor allem bei Kernkraftwerksdemonstrationen gezeigt hat; zum anderen das Bestreben zahlreicher periodisch erscheinender Druckschriften (wie z.B. ID oder INFO-Bug) mit „linksradikaler“ Tendenz, in unserem Staat ein Klima der Gewalt zu erzeugen. Die hier öffentlich vorgetragene Billigung von Gewalt kann in ihrer Bedeutung für terroristische – oder auch anderer Zielsetzung dienende – Gewalttaten oder auch nur für die Werbung um Verständnis für solches Tun gar nicht gefährlich genug eingeschätzt werden. Um dem nachhaltig entgegenwirken zu können und zur Erhaltung des Gefühls der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens in der Bevölkerung halte ich es für geboten, gegen das öffentliche Gutheißen von Gewalt in jedweder Form strafrechtlich vorgehen zu können. Dabei stelle ich mir einen Tatbestand vor, der denjenigen mit Strafe bedroht, der

öffentlich oder in einer Versammlung oder durch die Verbreitung von Schriften (§ 11 Abs. 3) die Anwendung von Gewalt gegen Personen oder Sachen in einer Weise befürwortet, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

Dabei könnte die Sozialadäquanzklausel des § 86 Abs. 3 StGB (3) ganz oder teilweise für entsprechend anwendbar erklärt werden.

2. Verfahrensrecht

a) Einführung einer prozessualen Mißbrauchsklausel

Auf dem Gebiet des Verfahrensrechts wird – ich habe dies bereits erwähnt – eine Mißbrauchsklausel für erwünscht bezeichnet, weil anders gegen den übermäßigen, auf Prozeßverschleppung angelegten Gebrauch strafprozessualer Befugnisse durch manche Verteidiger in Terroristenprozessen nicht angegangen werden kann. Da sich diese Verteidiger in aller Regel – rein formal gesehen – nur gesetzlich vorgesehener Mittel bedienen, stehen die Gerichte diesem für Verfahrensforgang und zügige Rechtsfindung höchst schädlichen Verhalten weitgehend machtlos gegenüber ...

Diese Situation legt die Einführung einer prozessualen Mißbrauchsklausel nahe. Eine solche Vorschrift könnte etwa dahin gehen, daß Anträge der Beteiligten, die ersichtlich oder gar offenkundig nichts zur Wahrheitsfindung beitragen sollen und können, ohne weiteres mit dieser Begründung zurückgewiesen werden können. Ähnlich könnte daran gedacht werden, böswillige oder haltlose sowie sachfremde Fragen und Erklärungen als mißbräuchlich untersagen zu lassen. Der Zweck dieser Regelung dürfte allein darin bestehen, der Strafrechtspflege ungehinderten Fortgang zu ermöglichen und sie von sachfremder Einflußnahme freizuhalten.

Dies aber ist ein legitimes rechtsstaatliches Anliegen.

b) Einschränkung der Anwesenheitspflicht des inhaftierten Angeklagten

Möglichst bald ändern sollte man die Regelung des § 231 StPO über die Pflicht des Angeklagten zur Anwesenheit in der Hauptverhandlung. Während gegen den auf freiem Fuß befindlichen Angeklagten, der der Hauptverhandlung eigenmächtig ferngeblieben ist, unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 2 StPO verhandelt oder weiterverhandelt werden kann, ist dies gegen den in Haft befindlichen Angeklagten nicht möglich. Er muß zur Sitzung vorgeführt werden und kann sodann seinen Ausschuß von der Verhandlung nur durch Störungen erzwingen. Das hat gerade in Strafverfahren gegen Terroristen immer wieder zu bösen Beschimpfungen des Gerichts und zu unwürdigen Szenen geführt. Man sollte deshalb § 231 StPO dahin ändern, daß die ernstliche Weigerung des inhaftierten Angeklagten, sich zur Hauptverhandlung vorführen zu lassen, dem eigen-

mächtigen Fernbleiben gleichgestellt wird.

c) Vorabanklage

Alle Verbesserungen des Prozeßrechts können freilich nichts daran ändern, daß in Strafverfahren gegen terroristische Gewalttäter bei oft schwieriger Beweislage häufig umfangreiche Sachverhalte aufzuklären sind, mit der Folge, daß diese Verfahren relativ lange dauern. Der Prozeßstoff muß deshalb – wenn irgend möglich – beschränkt werden. Ich klage daher in allen geeigneten Fällen neben dem Organisationsdelikt des § 129a StGB nur noch einzelne leicht beweisbare Taten und nicht mehr das gesamte strafbare Verhalten eines Terroristen an.

Die Möglichkeiten eines solchen strafprozessualen Verhaltens geben die §§ 154, 154a StPO in ihrer seit dem 1.1.1979 geltenden Fassung. Danach hat die Staatsanwaltschaft jetzt die Befugnis, das Verfahren auch wegen schwerwiegender Verbrechen – mag es sich auch um Mord oder Mordversuch handeln – einzustellen, wenn deren Ahndung neben einer rechtskräftig verhängten oder zu erwartenden Strafe nicht beträchtlich ins Gewicht fällt. Selbst die Möglichkeit der Verurteilung zu lebenslanger Freiheitsstrafe steht jetzt der Einstellung grundsätzlich nicht entgegen, sofern der Täter bereits wegen einer anderen Tat zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt worden ist oder eine solche Strafe zu erwarten hat ...

Mit Rücksicht auf alle diese Schwierigkeiten habe ich vorgeschlagen, die gesetzliche Möglichkeit der stufenweisen Anklage und Aburteilung einzelner in Tateinheit mit dem Dauerdelikt des § 129a StGB begangener Straftaten zu schaffen. Durch eine solche Vorabanklage würde die Straffung umfangreicher Prozeßstoffe erleichtert und vor allen Dingen die Möglichkeit eröffnet werden, für klar zu Tage liegende Einzelhandlungen gefährlicher Rechtsbrecher auch von geringerem Gewicht alsbald eine Strafe zu verhängen und zu vollstrecken, ohne daß dadurch die zusätzliche Ahndung weiterer, noch nicht genügend aufgeklärter Rechtsverstöße abgeschnitten wird. Damit bleiben auch alle mit der Verfolgung des Delikts nach § 129a StGB verbundenen Eingriffstatbestände und meine Zuständigkeit erhalten, ferner könnte die Dauer der Untersuchungshaft in den meisten Fällen erheblich verkürzt werden.

Ich messe der Verwirklichung dieses Vorschlags, das heißt der Einführung eines Vorbehalts- und Ergänzungsverfahrens, wesentliche Bedeutung zu. Als selbstverständlich gehe ich dabei davon aus, daß sich der Gesetzgeber bei der Regelung des Vorbehalts- und Ergänzungsverfahrens innerhalb des Spielraums hält, den Artikel 103 Abs. 3 des Grundgesetzes gewährt. Der Grundsatz „ne bis in idem“ (4) und das Verbot der Doppelbestrafung müssen aber nicht und dürfen auch nicht so ausgelegt werden, daß wir zu unsinnigen, der materiellen Gerechtigkeit grob widersprechenden Ergebnissen kommen. Ich weiß mich darin mit unseren Richtern und Staatsanwälten einig.

D. Schlußbetrachtung

Mit den dargestellten Gesetzesnovellen der letzten Jahre sind wesentliche Verbesserungen in der Bekämpfung des Terrorismus durch die Strafjustiz erreicht worden. Die von mir vorgetragenen Vorschläge de lege ferenda, insbesondere die prozessuale Mißbrauchsklausel und die Vorabanklage, würden zweifellos noch weitere Erleichterungen für die Staatsanwaltschaften und Gerichte bringen. Gleichwohl kann ich mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß es mit dem jetzt geltenden Recht auch unter manchmal widrigen Umständen doch immer gelungen ist, die Verfahren zu einem ordnungsgemäßen prozessualen Abschluß zu bringen. Bei meinen Vorschlägen handelt es sich deshalb mehr um Verbesserungen in einzelnen, wenn auch gewichtigen Punkten und nicht um unverzichtbare Voraussetzungen für die strafrechtliche oder strafprozessuale Bewältigung terroristischer Taten.

(Quelle: Nr. 16, S. 109ff)

(1) Hier bezieht sich Rebmann auf den Aufsatz von RA Dr. Hans Dahs, Bonn, Das „Anti-Terroristen-Gesetz“ – eine Niederlage des Rechtsstaats, in „Neue Juristische Wochenschrift“, Heft 47, 24.11.1976

(2) de lege ferenda: gesetzlich noch zu regeln

(3) Sozialadäquanzklausel des § 86 Abs. 3 des Strafgesetzbuches: Der § 86 sieht eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren für denjenigen vor, der Propagandamittel u.a. einer vom BVerfG für verfassungswidrig erklärten Partei oder einer wegen Verfas-

sungswidrigkeit verbotenen Vereinigung verbreitet. Absatz 3 sieht Strafbefreiung vor, „wenn die Handlung im Rahmen der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen oder ähnlicher Zwecke vorgenommen wird.“ (4) ne bis in idem: bedeutet das Verbot, zweimal für dieselbe Sache zu bestrafen

Sept. 1980

Die von der Gesellschaft für Wehrkunde herausgegebenen Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ veröffentlicht den Aufsatz eines Jesuitenpaters: „Wehrethik in Theorie und Praxis“. Der Pater erklärt Todesschuß gegen „Terroristen“, Verhängung der Todesstrafe und ihre Vollstreckung an Gefangenen in Fällen „terroristischer Geiselnahme“ und Folterung politischer Gefangener für sittlich geboten.

Wehrethik in Theorie und Praxis

– Versuch eines Modellfalls –

Von Pater Lothar Groppe SJ (1)

... Wohl kein Politiker oder militärischer Fachmann hält die Gefährdung des öffentlichen Lebens durch Terroristen für überwunden. Der Verfasser stimmt der These Gustav Dänikers in dessen „Antiterror-Strategie“ zu, „daß der moderne Terrorismus erst in seinen Anfängen steht und daß die Weiterentwicklung terroristischer Praktiken für die westlichen Industrieländer zu einem Sicherheitsproblem erster Ordnung werden wird, wenn nicht – in letzter Minute – sinnvolle und umfassende Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Terrorismus wird deshalb als ein Problem moderner Sicherheitspolitik gesehen, als eine Bedrohung, die sich denjenigen der Massenvernichtungsmittel, des konventionellen Krieges und der politisch-psychologisch-wirtschaftlichen, der sogenannten indirekten Kampfführung als ein militanter Teil der letzteren zugesellt und höchste Aufmerksamkeit verdient.“ (S. 16) Selbstverständlich kann es in einer kurzen Abhandlung nicht um eine allumfassende Sicht des angesprochenen Komplexes gehen. Die Fallstudie einer Wehrethik hat eine wesentlich begrenztere Aufgabe ...

In der Fallstudie geht es um effektives, aber sittlich verantwortbares Handeln in einer schwierigen Grenzsituation: Terrorismus mit Geiselnahme.

Die Ausgangslage sieht folgendermaßen aus:

1. Terroristen nehmen Geiseln ...

2. Mögliche Entscheidungen des Krisenstabes ...

3. Abwägen der einzelnen Möglichkeiten unter ethischen Aspekten ...

3.2.5. Anwendung von Gegengewalt

Mehrere Möglichkeiten bieten sich an:

Repressalien gegen bereits inhaftierte Terroristen.

N.B. Die folgenden Überlegungen sind aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen (noch nicht) möglich und erscheinen auch aus ethischer Sicht zumindest nicht ganz unbedenklich. Gewissenhaftes Handeln schafft nicht selten gegenüber einem Feind, der sich nicht um Moral kümmert, eine beträchtliche Unterlegenheit. Um so mehr sind aber alle irgendwie gerechtfertigten Möglichkeiten voll auszuschöpfen. In Situationen, die den Bestand des Rechtsstaats ernsthaft zu untergraben geeignet sind, gilt das Axiom: In extremis extrema tentanda sunt. (2)

a) Unter der Voraussetzung, daß sich der Staat trotz grundsätzlicher Bedenken gegen die Todesstrafe entschließen sollte, diese für Terrorismus wiedereinzuführen, wäre eventuell zu überlegen, Terroristen, die wegen Mordes zum Tode verurteilt wurden, bedingt zu begnadigen. (Hier handelt es sich um eine Rechtsfigur, die es bisher nicht gibt, schon allein deswegen nicht, weil die Todesstrafe abgeschafft ist.) Im Fall terroristischer Erpressung könnte der Staat die Vollstreckung des Todesurteils androhen, wenn die Geiseln nicht freigelassen werden. Diese Art der Repressalie schlugen u.a. auch ein britischer Abgeordneter und der Generalsekretär der Schweizerischen Gesellschaft für eine europäische Menschenrechtskonvention

vor. Däniker wendet sich in seiner „Antiterror-Strategie“ scharf gegen eine solche „brutale Betrachtungsweise, die derjenigen der Terroristen kaum nachsteht“. (S. 166) Jedoch kann es nicht darum gehen, wie er schreibt, „gefangene Terroristen vorsorglich zum Tode zu verurteilen“ (S. 165), sondern es kämen ohnehin nur „todeswürdige“ Verbrechen in Frage, für die durchaus auch in Demokratien, wie den USA und Frankreich, die Todesstrafe vorgesehen ist. Gerade im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung wäre erneut die Frage aufzuwerfen, ob der Staat in Extremsituationen, in denen seine Überlebensfähigkeit schwerwiegend bedroht ist, auf die Wiedereinführung der Todesstrafe verzichten kann. Hier möchte der Verfasser Däniker voll zustimmen, wenn er schreibt: „Unvermeidlicherweise wurde aber auch die Wiedereinführung der Todesstrafe heftig diskutiert. Ihre Gegner mögen mit noch so vielen Argumenten und Statistiken aufwarten, wonach sie keinen Abschreckungswert besitzen; das Volk wird sich nach jedem Abscheu erregenden Ereignis erneut mehrheitlich zu ihren Gunsten melden. Wer sich vor Augen führt, daß es terroristischen Gepflogenheiten entspricht, ihre einsitzenden Genossen auch nach Kapitalverbrechen wieder freizupressen und bei solchen Aktionen unschuldige Geiseln mit dem Tode zu bedrohen, muß sich in der Tat fragen, ob das Leben der Terroristen heute nicht höher bewertet wird als dasjenige gleichsam zwangsläufig zu erwartender Opfer.“ (S. 165)

b) Verweigerung der Hilfeleistung für verletzte Terroristen oder deren Einstellung, wenn sich der Terrorist bereits in Behandlung befindet. Etwa bei dem OPEC-Überfall in Wien wäre es z.B. möglich gewesen, die Terroristen mit ihrem schwerverletzten Kumpan unter entsprechenden Druck zu setzen.

c) Androhung und Durchführung verschärfter Vernehmung bereits gefangener Terroristen, die beim gleichen Überfall gefangen genommen wurden. Es wird hier vorausgesetzt, daß die Schuld der Terroristen erwiesen ist – wenn auch noch nicht gerichtlich – und sie auch wissen, wie die drohende Gefahr (versteckte Bomben) abgewendet werden kann. (Es wurden z.B. die Funksprüche der Terroristen abgehört.)

3.2.6. Sturm des Gebäudes mit dem Ziel, die Geiseln unverseht zu befreien. Hierzu ist der Einsatz von Scharfschützen erforderlich. Er ist auch auf die Gefahr, daß er nicht zum gewünschten Erfolg führen sollte, als einziges, geeignetes und notwendiges Mittel vom sittlichen Standpunkt aus gerechtfertigt ...

4.2. Der Scharfschütze, der den gezielten Todesschuß abgeben muß, ist davon zu überzeugen, daß sein Handeln in der Situation extremer Notwehr sittlich gerechtfertigt ist. (Es kommen ohnehin nur ausgesuchte Freiwillige in Betracht, die nach den Prinzipien der französischen Antiterrorgruppen auszuwählen wären: Männer mit Kameradschaft und Disziplin, über 30 Jahre alt, verheiratet und Väter von Kindern, für die ein solcher Dienst kein „Abenteuer“ darstellt.)

Der tödliche Schuß ist das einzige geeignete und notwendige Mittel zur Rettung unschuldiger Menschen. Der Einsatz von Scharfschützen ist um so mehr gerechtfertigt, als es um die Unschädlichmachung gemeingefährlicher Mörder geht, während man im Krieg Scharfschützen gegen Soldaten des Gegners einsetzt, die keineswegs Verbrecher und Mörder sind.

4.3. Die für den Einsatz verantwortlichen Stellen, die nach Ausschöpfen aller anderen Möglichkeiten – soweit hierfür noch Zeit bleibt – nicht den gezielten Todesschuß anordnen, oder, wie man ihn nach einem neuen Gesetz auch nennt, den Rettungsschuß, handeln im Grunde unsittlich, da sie das Leben von Schwerverbrechern über das unschuldige Menschen stellen ...

5. Zusammenfassung

Abschließend muß festgestellt werden, daß jede Möglichkeit, die Geiseln zu befreien, auszunutzen ist, auch wenn hierfür die gezielte Tötung der Terroristen notwendig ist. Eine solche Handlung wäre gerechtfertigt, um die Stabilität des Rechtsstaats nicht zu erschüttern. Ein auch nur teilweises Eingehen auf die Forderungen der Terroristen ist – wenn nicht extreme Situationen bei relativ harmlosen Forderungen vorliegen – unsittlich, da erfahrungsgemäß eine Eskalation des Terrors droht und damit eine schwere Mitschuld an allen weiteren, sich hieraus ergebenden Anschlägen verbunden ist.

Im Zuge von Terrorüberfällen getötete Geiseln sind, auch in den rechtlichen Folgen, als Kriegsopfer zu behandeln. Die Unterstützung der Terroristen durch Sympathisanten ermöglicht diesen weitgehend erst ihr verbrecherisches Treiben. Sie müßte mit wirksam abschreckenden Strafen geahndet werden, um deutlich zu machen, daß es sich nicht um Kavaliersdelikte oder Nervenkitzel der Schickleria handelt. In Frage kämen langjährige Gefängnisstrafen, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Aberkennung aller akademischen Grade und staatlichen Auszeichnungen, Verlust des Beamtenstatus, Einzug des Vermögens, das einem Fonds zur Entschädigung der Opfer zuzuführen wäre ...

Die Frage, die bisweilen von Soldaten gestellt wird, ob denn die Bekämpfung des Terrorismus – jedenfalls im Großmaßstab – etwas mit dem Soldaten zu tun habe, ist heute bereits eindeutig geklärt. Bei den Terrorüberfällen von Beilen und Assen sowie beim Unternehmen Jonathan (Entebbe) waren und in Nordirland sind noch Soldaten im Einsatz. Ohne ihren Einsatz wären der Blutzoll entschieden höher und der Erfolg wohl unmöglich gewesen ...

(Quelle: Nr. 20, 9/80, S. 448ff)

(1) SJ: Societas Jesu (Gesellschaft Jesu), Bezeichnung für den katholischen Orden der Jesuiten

(2) In extremis extrema tentanda sunt: In äußersten Situationen muß das Äußerste gewagt werden.

16.04.1981 Sigurd Debus, der seit dem 11.2.1981 an einem Hungerstreik der politischen Gefangenen gegen Isolationshaft und für Zusammenlegung teilnimmt, stirbt. Sigurd Debus ist seit dem 19.3.1981 gegen seinen Willen und gegen seinen Widerstand im Zentralkrankenhaus des Untersuchungsgefängnisses Hamburg zwangsernährt worden. Sein Verteidiger schreibt: „Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Zwangsernährung im ZKH des UG den Tod von S.D. bewirkt hat.“



Sigurd Debus

Am 15.3.1981, d.h. wenige Tage, bevor die Zwangsernährung an Sigurd Debus vollzogen wird, haben sich westdeutsche Ärzte in einem **Offenen Brief gegen Isolationshaft und Zwangsernährung** gewandt und von den dafür Verantwortlichen die Erfüllung der Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen und die Beendigung der Zwangsernährung gefordert.

Offener Brief westdeutscher Ärzte

An den Herrn Bundesminister der Justiz,
an die Damen und Herren Justizminister der Länder,
an die Anstaltsärzte in den Gefängnissen
der BRD und Westberlins,
an den Herrn Ermittlungsrichter Kuhn am BGH.
Nachrichtlich an Amnesty International, London
und IKRD, Genf

Wie Sie wissen, befinden sich seit dem 2.2.81 zahlreiche Gefangene im Hungerstreik. Sie wenden sich gegen die zerstörerischen Haftbedingungen, denen sie zum Teil seit Jahren ausgesetzt sind. Sie werden immer systematischer in speziellen Abteilungen bzw. Trakten allein, zu zweit oder in Kleingruppen isoliert, so daß jeder Kontakt zu den anderen Gefangenen ausgeschlossen ist.

In dieser Isolation werden sie ständig von Fernsehkameras durch Trennscheiben im Beisein von Justizbeamten, BKA-Spezialisten und Psychologen beobachtet. Nach den Besuchen, auch von Verwandten, müssen sie sich nackt ausziehen und einer entwürdigenden Kontrolle unterziehen. Durch ständige Beleuchtung und Kontrollen auch nachts wird ihnen der Schlaf entzogen. Geräusche von anderen Zellen oder von außen können sie nicht hören. Der Blick nach außen ist ihnen durch Sichtblenden bzw. Fliegengitter abgeschnitten.

Wie inzwischen weltweit bekannt, sind diese Bedingungen Bestandteil eines wissenschaftlichen Programms, das seit den fünfziger Jahren unter dem Begriff „Gehirnwäsche“ entwickelt worden ist. Wenn der Wille auf diese Weise nicht gebrochen werden kann, dann werden Gesundheit und Leben zerstört.

Wir erinnern nur an das Leben von Katharina Hammer Schmidt und Holger Meins!

Offensichtlich ist die Situation dermaßen zugespitzt, daß die Gefangenen zur letzten Widerstandsmöglichkeit greifen, die ihnen auf existentieller Ebene geblieben ist: zum unbefristeten Hungerstreik.

„In dieser Lage jahrelang voneinander isoliert und von jedem gemeinsamen politischen Prozeß und der Außenwelt abgeschlossen, sind wir entschlossen, mit unserem einzig wirksamen Mittel – dem kollektiven, unbefristeten Hungerstreik – die Trennung zu durchbrechen und uns die Bedingungen für kollektive Lern- und Arbeitsprozesse zu erkämpfen, um als Menschen zu überleben.“ (aus der Hungerstreikerklärung)

Wir fordern Sie als für die Haftbedingungen der Gefangenen Verantwortliche auf, ihre Forderungen zu erfüllen.

Diese Forderungen sind:

- Zusammenlegung
- Auflösung der Hochsicherheitstrakte
- Aufhebung aller Formen von Isolation
- Freilassung von Verena Becker, die an offener Tuberkulose leidet, und von Günter Sonnenberg, dessen Genesung von der Hirnverletzung in Gefangenschaft nicht möglich ist.

Zur Zeit sind drei hungerstreikende Gefangene, Gabriele Rollnik, Gudrun Stürmer und Andreas Vogel, schon in Lebensgefahr, bei anderen Gefangenen verschlechtert sich die gesundheitliche Lage rapide.

In Nordrhein-Westfalen werden die Gefangenen bereits zwangsernährt. In Westberlin, Lübeck und in anderen Bundesländern weigern sich die Anstaltsärzte, Zwangsernährung durchzuführen.

Wir unterstützen die Haltung dieser Ärzte, denn Zwangsernährung ist keine medizinische Maßnahme, sondern nur ein Gewaltmittel, den Widerstand von Menschen zu brechen. Übereinstimmend mit 80 Ärzten aus Holland meinen wir, daß Zwangsernährung als Folter zu betrachten ist. Sie ist in dieser lebensbedrohlichen Situation sogar ein direkter Angriff auf das Leben.

Unsere nordrhein-westfälischen ‚Kollegen‘ fordern wir dringend auf, sofort die Zwangsernährung zu beenden, wenn sie sich nicht für den Tod einzelner Gefangener verantwortlich machen wollen!

Mai 1982 Die RAF-Schrift „Guerilla, Widerstand und anti-imperialistische Front“ erscheint.

Inhalt: '77 als Übergang von der ersten zur nächsten Etappe der Guerilla, von der Durchsetzung des Konzepts zum Aufbau der antiimperialistischen Front im imperialistischen Zentrum; Instabilität des imperialistischen Systems „nach Vietnam“; veränderte Kampfbedingungen; Westeuropa als Schnittpunkt der Linien Ost-West, Nord-Süd, Staat-Gesellschaft; Bedeutung des Kampfs im Zentrum für den weltweiten Klassenkrieg; Strategie der Befreiung; Erklärung zu '77 und den Gründen der Niederlage.

Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front

Wir reden von dem, was wir in den letzten Jahren erfahren haben und was wir daraus machen wollen. Das muß hier natürlich auf seine allgemeinen Bestimmungen begrenzt bleiben.

Wir sagen, daß es jetzt möglich und notwendig ist, einen neuen Abschnitt in der revolutionären Strategie im imperialistischen Zentrum zu entfalten.

Hier wollen wir als eine Voraussetzung dafür, aus dem, was sich in den letzten zwei, drei Jahren in Diskussionen, Versuchen, realen Schritten zusammengeschoben hat, ein Stück von dem Boden holen, auf dem die Sache laufen kann.

Die Idee, die Vorstellung hat eingeschlagen, davon kann man ausgehen. Die praktischen Anfänge zeigen, daß es geht und daß es trifft: Guerilla und Widerstand – eine Front.

Jetzt geht es darum, was insgesamt als Möglichkeit quer durch alle Gegenden und Scenen schon lebt, oft diffus und nur als ungefähre Vorstellung spürbar, auf neuer Stufe Kampf werden zu lassen, das heißt zur Wirksamkeit und Strategie zu bringen. Jetzt, weil sonst das Neue, Produktive und Offene, der Stachel des ganzen, die Möglichkeit so noch nicht dagewesener Entwicklungen wieder verschwimmt und zerfällt.

Wir haben '77 als den Übergang von der ersten zur nächsten Etappe der Guerilla bestimmt

Der Zusammenstoß zwischen Guerilla und Staat '77 war Katalysator für einen Umschlag der politischen Situation hier. Die Bedingungen des Kampfs haben sich in der Dialektik von Angriff und Reaktion verändert. Und wie sich die Bedingungen ändern, können und müssen sich die Formen des Kampfs ändern. Nach '77 war nichts mehr wie vorher. Der Staat nicht, die Linke nicht, die Rolle der BRD in der internationalen Politik nicht, die Stellung des bewaffneten Kampfs im Zentrum im Rahmen des internationalen Klassenkriegs nicht. Wir haben '77 Fehler gemacht, und die Offensive wurde zu unserer härtesten Niederlage. Dazu werden wir hier noch im einzelnen etwas sagen.

Die Situation heute – daß wir durch die Wirkung, die die Konfrontation entwickelt hat, stärker als vorher daraus hervorgekommen sind – zeigt, daß Fehler und Niederlage nicht das Entscheidende waren.

In grundsätzlicher Sicht hat die Offensive '77 unseren Kampf seit 1970 zusammengefaßt und zur Entscheidung gestellt. Die gesamte Phase der Kämpfe um die Entstehung und Entwicklung der RAF war in der einen Machfrage konzentriert: ob diese Gefangenen freikommen, mit denen der Staat die RAF und die Staatsraison verbunden hat – wie überhaupt der Kampf um die Durchsetzung des Konzepts der Metropolenguerilla: ob bewaffnete Politik in der BRD sich tatsächlich verankern und so die revolutionäre Perspektive eröffnen kann, die erste grundsätzliche Machfrage war, die in allen Aktionen, Gefechten, Fahndungen, Medienkampagnen in den Jahren bis dahin als Kern enthalten war. Hundertmal hat die Regierung deshalb unser „Scheitern“ verkünden lassen. Tausendmal hat deshalb das Gezeter

des größten Teils der Linken die „Aussichtslosigkeit“ des bewaffneten Kampfs beschworen. Isolation, Trakts, der Schauprozeß in Stammheim sollten auslöschen, was aufgetaucht war. Schließlich '77.

Wir sind uns heute sicher, daß sie sich für den Tod Schleyers, für die Möglichkeit, fast 100 Leute in Mogadischu in die Luft fliegen zu lassen, entschieden haben und sich entschlossen haben, die Stammheimer Gefangenen zu liquidieren, weil sie wirklich gehofft und geglaubt hatten, daß damit ein für allemal oder jedenfalls für die nächsten Jahre Schluß ist.

Die Dialektik der Entwicklung, durch die jetzt alles anders aussieht, zeigt genau, was Guerilla ist und was der Staat ist und wie der Kampf läuft.

Sie hätten es fast geschafft – aber die Ironie ist, daß sie genau dadurch eine Situation geschaffen haben, in der wir unter veränderten und so besseren Bedingungen weiterkämpfen konnten.

In dieser äußersten Anstrengung, in der es für sie keine Grenzen mehr gab, durch die Niederschlagung der Offensive '77, die sie wie nichts vorher an der Gurgel hatte, unser Ende herbeizuführen, waren sie gezwungen, zum reinen starken Staat zu werden, die Unterwerfung des gesamten oppositionellen Spektrums zu erzwingen, jede auch nur kritische Geste niederzuwalzen und sich als unentrinnbarer Apparat der Gesellschaft bis in die feinsten Verästelungen gegenüberzustellen. Damit haben sie im Herbst '77 jeder Fundamentalopposition neue Verhältnisse und existentielle Lebensbedingungen gesetzt – als aktuelle Erfahrung und als Perspektive zukünftiger Kämpfe, die jeden gezwungen haben, grundsätzlich neu zur Macht in Beziehung zu treten – oder sich aufzugeben.

An dem Punkt ist diese objektive Situation in ihrer einfachsten Rückführung auf die Frage, ob jetzt vielleicht tatsächlich Schluß ist mit der Guerilla, subjektiv für viele, für die es hier keine Perspektive mehr gibt, zum Augenblick der existentiellen Erfahrung geworden, daß, wenn es wirklich so wäre, ihre ganzen Hoffnungen und Vorstellungen von einem anderen Leben auch verschwunden sind. Daß es nur Hoffnung gibt, solange es Kampf gibt. Daß sie die Guerilla wollen und brauchen, daß unsere Niederlage ihre Niederlage ist. Aus dieser neuen Erfahrung der Notwendigkeit der Guerilla kann der Sprung zu einem neuen Bewußtsein leicht sein: Wenn der Kampf der Guerilla die eigene Sache ist, kann die Verwirklichung davon nur sein, sich selbst – auf welcher Ebene auch immer – politisch und praktisch in den Zusammenhang der Strategie der Guerilla zu stellen.

Der Sprung ist das innere, lebendige, in konkreten Personen verkörperte Moment der Veränderung der Bedingungen für den Kampf hier: für die Entwicklung der revolutionären Front in der Metropole.

Es ging sieben Jahre lang darum, in dieser politischen Wüste, in der alles nur Schein, Ware, Verpackung, Lüge und Betrug ist, den Geist und die Moral, die Praxis und die politische Orientierung des unwiderruflichen Bruchs und der Zerstörung des Systems hereinzubringen. Guerilla. Aus der Verbindung und der Identität mit den Kämpfen in Südostasien, Afrika und Lateinamerika gewaltsam hier hereinzubrechen und sich festzusetzen. Was Che die Phase des Überlebens und der Verankerung genannt hat, war hier die Phase der Durchsetzung des Konzepts, das weiterlebt und aufgegriffen wird, selbst wenn die in einem bestimmten Moment existierenden illegalen bewaffneten Gruppen aufgerieben wären. Gewaltsam durchgesetzt, allerdings. In jeder Beziehung. Und isoliert. Nicht nur gegen einen historisch beispiellosen Repressionsapparat, auch gegen die Vorstellung von Leuten, mit denen wir lieber anders zusammengekommen wären. In dieser seit Generationen niedergewalzten und eingeebneten Landschaft konnte der Gedanke an Befreiung kaum mehr durch die meterdicken Schichten von Korruption, Entfremdung, Deformierung die Herzen und Hirne erreichen.

Jetzt ist die Frage, ob in der BRD und Westeuropa bewaffnet gekämpft werden soll und gekämpft werden wird, erledigt. Es ist evident. Das heißt nicht, daß Guerilla gesichert wäre, das ist nie so, aber die Existenz der Politik der Guerilla ist jetzt Grundlage, auf der der Kampf entwickelt wird.

Im internationalen Klassenkrieg ist die Entfaltung der authentischen revolutionären Strategie im imperialistischen Zentrum aktuell geworden

Nachdem aus dem internationalen Zusammenhang der Kampf um Befreiung vom isolierten Guerillaprojekt zur greifbaren Wirklichkeit in den Auseinandersetzungen des Tages durchgebrochen ist, geht es jetzt um den Sprung mit beiden Beinen auf den Boden der Situation hier, um Widerstand in der Metropole in der umgekehrten Bewegung von hier aus zur Front im internationalen Klassenkrieg zu bringen.

Also die Strategie, die ihre Wurzel hier hat. Im existentiellen Hunger nach einem anderen Leben, in der Erfahrung der Totalität des imperialistischen Zentrums, in der Notwendigkeit des Widerstands hier. Die daraus die revolutionäre Front im Zentrum als weiteren Abschnitt neben den Kämpfen in Asien, Afrika, Lateinamerika erobert.

Das heißt, radikal sich selbst in dem, wo man Guerilla, Kampf um Befreiung verbunden ist, zum Ausgangspunkt der Entwicklung des antiimperialistischen Kampfs zu machen. In einem offenen strategischen Konzept zu kämpfen, wo jeder, der aus dem Ernst seiner eigenen Lage, aus seiner Geschichte und seinem subjektiven Prozeß sich über das gemeinsame Ziel der Zerstörung des imperialistischen Systems und der revolutionären Umwälzung der Gesellschaft in den konkreten Kampf, den Zusammenhang der Politik der Guerilla stellt, Teil der revolutionären Front hier ist. Und es vom ersten Moment an seine wie unsere Sache ist, daß und wohin die Front im Zentrum sich entwickelt. Das meinen wir mit: zusammen kämpfen. Eine Front.

Wenn man so will, unterscheidet sich unsere Aktionslinie bis '77 von der jetzt darin, daß es bis '77 immer auf das ankam, was direkt zum bewaffneten Kampf gekommen ist oder diesen Schritt vorbereitet hat, und daß es jetzt darauf ankommt, daß Guerilla, militante und politische Kämpfe als integrale Komponenten im perspektivischen Fluchtpunkt der zu entfaltenden Metropolenstrategie zusammenkommen.

Wir sagen: Wenn auch bewaffnete, illegale Organisation der Kern dieser Strategie ist, bekommt sie erst ihre ganze notwendige Kraft, wenn bewaffnete Politik mit militanten Angriffen, mit den Kämpfen aus der ganzen Breite der Erdrückung und Entfremdung und mit dem politischen Kampf um die Vermittlung ihres Prozesses zusammen zu einem bewußten und gezielten Angriff gegen die Dreh- und Angelpunkte des imperialistischen Zentrums gebracht wird.

Wir stellen die subjektive Seite der Entwicklung aus der Dialektik von '77 – die Möglichkeit der Front im Zentrum – in den Mittelpunkt. Sie steht hier immer im Mittelpunkt. Sie ist das Entscheidende im Kampf in den imperialistischen Zentren, aus denen gesetzmäßig – allein aus den sich entwickelnden objektiven Widersprüchen und Bedingungen unter dieser Herrschaftsweise von Krisenmanagement und Transformierung jeder gesellschaftlichen Entwicklung zum Herrschaftsmittel – keine revolutionären Bedingungen, sondern nur Zerstörung und Fäulnis kommen können.

Aber natürlich zieht sich keiner am eigenen Schopf auf eine neue Stufe. Die qualitativ veränderte Situation jetzt ist aus der objektiven Entwicklung des internationalen Klassenkriegs entstanden und nur in ihm zu begreifen.

Im Kampf der Befreiungsfront in Vietnam war die lange Geschichte der Befreiungskriege in den kolonisierten Kontinenten wie in einem Brennpunkt konzentriert, und ihr Sieg hat die gesamte historische Phase der nationalen, antkolonialen Befreiung der vom Imperialismus unterworfenen Völker entschieden.

Die Wirkungen dieses historischen Durchbruchs: die neue Stärke der jungen Nationalstaaten auf der Ebene der internationalen Politik – die ökonomisch-politisch-soziale Gesamtkrise der imperialistischen Kernländer – und der mit den Befreiungskämpfen gleichzeitige Aufstieg der Sowjetunion zur den USA gleichwertigen Großmacht – haben das Gesamtkräfteverhältnis aus den Linien Nord-Süd, Ost-West und Staat-Gesellschaft innerhalb der imperialistischen Zentren zu einem zugespitzten, labilen Gleichgewicht zwischen Imperialismus und Befreiung gebracht. Mit anderen Worten: Die Instabilität des imperialisti-

schen Systems bedeutet seitdem weltweit eine Situation, in der der Imperialismus mit seiner Niederlage an jedem Punkt des Weltsystems oder dem Verlust irgendeiner seiner Machtpositionen – ob es um eine militärstrategische Position (wie südliches Afrika, Naher Osten) oder die Verfügung über eine ökonomische Komponente (wie Öl, strategische Rohstoffe, technologischer Vorsprung) oder die politische Dominierung einer geographischen Region (wie Mittelamerika, Golf) geht – in die endliche Krise des Systems kippen kann.

Die Auseinandersetzung hat sich nach Vietnam von einer Konfrontationsstellung: Zentrum des Befreiungskriegs, Front und Hinterland zu einer Linie hin verschoben, die weltweit quer durch jeden Abschnitt, jeden Kontinent, jedes Land geht. Weil jeder Abschnitt aus seiner Verflechtung und Bedeutung im Gesamtsystem zum Auslöser des Einsturzes des Kräfteverhältnisses werden kann – und so tendenziell zur Front des Befreiungskriegs.

Die imperialistische Reaktion mußte sich, bildlich gesagt, auf das Konzentrat ihrer Macht: Staat, die vereinheitlichten Apparate der US-Staatenkette, die Rekonstruktion ihrer militärischen, ökonomischen und politischen Handlungsfähigkeit und ihrer Durchsetzungsinstrumente zusammenballen, um von da aus, im Versuch, die globale Entwicklung wieder zu bestimmen, überall in den jetzigen Kämpfen in Asien, Afrika, Lateinamerika, in den jungen Nationalstaaten, am Ost-West-Gegensatz, in Westeuropa anzugreifen mit dem Ziel, aus dieser Gesamtoffensive die Übermacht wieder zu erreichen.

Für den antiimperialistischen Kampf heißt das, daß gegen diese Einheit der imperialistischen Reaktion die Kämpfe an allen Linien jetzt parallel geführt werden müssen. Es sind verschiedene Abschnitte einer einzigen Front. Und als Kämpfe, die Seite an Seite geführt werden, wird jeder Abschnitt – so auch der westeuropäische – nur aus seiner eigenen Kraft, aus seiner besonderen Entwicklung und seinen besonderen aktuellen und historischen Bedingungen wirklich zur Front, die den Imperialismus erschüttern kann.

So ist der Sprung aus der Dialektik der Konfrontation '77 zu qualitativ veränderten subjektiven Bedingungen des Kampfs hier und unser Schritt zur Basis des Prozesses des Widerstands im Innern dieses Zentrums vollkommen in die Entwicklung, in die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des internationalen Klassenkriegs integriert. Er kam sozusagen gerade rechtzeitig.

Tatsächlich hat '77 der Staat auch in diesem Zusammenhang gehandelt. Gegen Ende der ersten Formierungsphase der US-Staatenkette hat er sich an unserer Niederlage als diese Übermacht, die so erscheinen wollte, als gäbe es für seine Grenzen, keineswegs als Nationalstaat, sondern in der Dimension des globalen konterrevolutionären Projekts aufgetürmt. Als die europäische Führungsmacht, die in ihrer Funktion für das US-Staatensystem die innerstaatliche und innerwesteuropäische politische Stärke gegen jede Form von Widerstand durchsetzen will, um international den Angriff führen zu können. Aber damit haben sie die Auseinandersetzung in zwei Richtungen vorangetrieben, auf deren Linien die entscheidenden Kämpfe auch laufen werden: in die Breite zur Guerillabekämpfung als vereinheitlichte westeuropäische Staatspolitik – gegen die die Perspektive der westeuropäischen Front der Guerilla real geworden ist – und in die Tiefe der Gesellschaft, woraus die schärfste Polarisierung und der gesellschaftlich breiteste Riß aus der Einbindung in diesen Staat, aus seiner Logik und seinen Gesetzen in der Geschichte der BRD gefolgt ist – und damit die Möglichkeit der revolutionären Front hier.

Es ist jetzt nicht mehr der Punkt, die inneren Veränderungen hier im einzelnen zu analysieren. Denn die Haltung und die Lebenspraxis derjenigen, die seitdem kämpfen, hat die veränderte Situation schon in sich und geht ganz einfach von ihr aus. Wir stellen einfach fest: Fundamentalopposition ist mit diesem System wie nie zuvor grundsätzlich fertig. Kalt, illusionslos, vom Staat nicht mehr zu erreichen. Da ist nichts mehr von „Systemveränderung“ und „alternativen Modellen“ im Staat. Sie sind nur noch skurril. Da ist einfach Schluß – und erst hinter dem Ende des Systems wird eine Lebensperspektive vorstellbar.

Der Imperialismus verfügt über keine positive, produktive Per-

spektive mehr, er ist nur noch die von Zerstörung. Das ist der Kern der Erfahrung, die die Wurzel der neuen Militanz in allen Lebensbereichen ist. Materiell in der ökonomischen Lebensgrundlage, in Rüstung und atomaren Kriegsplänen, die der natürlichen und sozialen Lebensbedingungen und in der Person selbst, wo Entfremdung und Erdrückung in massenhafte Deformierung und Abtöten von individuellem Reichtum des Denkens, Fühlens, der Persönlichkeitsstruktur umgeschlagen ist. Die meisten verzweifeln daran. Soweit hat der Imperialismus in den Zentren seine Herrschaft perfektioniert und systematisiert, daß sie die Kraft zum Widerstand nicht mehr finden. Steil ansteigende Selbstmorde, Flucht in Krankheit, Suff, Pillen, Drogen, das ist die Reaktion auf die Wirklichkeit aus der langen Geschichte von Niederlagen, Ertragen und Leiden, aus der Entpolitisierung, in der die äußere Gewalt nicht mehr als die Ursache gesehen werden kann.

Aber aus dieser Dimension des Elends kommt jetzt auch die existentielle Tiefe der Kämpfe und der Haß. Das ist nicht mehr die spontane, kurze Wut. Die ist in den ganzen Jahren verbrannt. Das ist der Boden, aus dem sich jetzt im Zentrum die revolutionäre Front entwickelt. Denn wenn die Entwicklung des Systems letztlich auf Zerstörung und Vernichtung zurückgeführt wird, trägt der Widerstand – bewußt oder auch nicht – das Moment in sich, daß es jetzt gegen und um das Ganze geht. Innerhalb konkreter Einzelkämpfe und über sie hinaus. Die Einheit des revolutionären Kampfs wird möglich und notwendig. Eine Aktionslinie für jeden, der diesen Kampf will, auf der Bruch mit dem Staat, Revolte, militante Kämpfe überall zur Politik – zur Strategie des Angriffs auf das imperialistische Zentrum zusammenkommen können und die aus ihrer Praxis zwingend macht, daß sie darin zusammenkommen.

Antiimperialistische Front

Es hat in den letzten zwei Jahren eine Menge Flugblätter und Aktionen mit der Parole „eine Front mit der RAF“ gegeben, und wir wissen, daß das Bedürfnis und die Bereitschaft dazu durch alle politisierten Bereiche geht. Aber zwischen dem, was in Bedürfnis, Bereitschaft, Anfängen potentiell an Front existiert, und dessen Realisierung in Entwicklungsprozessen, Organisation, Bewegung ist immer noch eine enorme Diskrepanz.

Die Front stellt sich nicht automatisch über ein Nebeneinander von Kämpfen und durch ihre Proklamation her. Sie verkommt in der Proklamation, und die Mobilisierung dahin wird wieder zerfallen, wenn nicht mehr als jetzt schon dieses Konzept als praktische Frage – wie es laufen kann und daß es läuft – angepackt wird. Nicht nur von uns.

Die Front wird nur darüber real werden, daß jeder, egal an welcher Stelle, es zu seiner Sache macht, die Momente und Formen der Einheit des bewaffneten Kampfs aus der Illegalität und des politisch-militanten Widerstands aus der Legalität, die Mittel, die Taktiken und die Struktur, also ihren Handlungs- und Entwicklungsraum, der illegal ist, praktisch herauszufinden und sie bewußt im strategischen Prozeß selbst weiterzubringen.

Die Front ist Entwicklung des politischen und praktischen Zusammenhangs des Angriffs gegen die imperialistische Macht – oder sie ist nichts.

Unsere Erfahrung aus den letzten zwei Jahren, in denen wir einen ersten Kern dieser neuen Struktur der Guerilla erreicht haben, ist, wie leicht sich der Zusammenhang spontan herstellt, wie stark er ist – subjektiv und objektiv-materiell als Möglichkeit zum Angriff – und wie schwer es andererseits ist, den Prozeß der Strategie über einzelne politische Initiativen, Aktionen und begrenzte praktische Zusammenhänge hinaus als kontinuierlichen in Gang zu bringen. Das ist der Knoten, der jetzt durchschlagen werden muß.

Es geht dabei nicht um Moral, Eifer, Leistung. Es geht darum, aus der Entscheidung für diesen Kampf sich in voller Konsequenz die reale Vorstellung davon zu machen, wie das System hier tatsächlich zu brechen ist, und darin sich selbst zu bestimmen.

Wir haben es mal an uns selbst erfahren und erfahren es jetzt mit denen, die wir direkt kennen: Das sprengende Moment für den Durchbruch, von dem jetzt abhängt, wie weit wir

kommen, ist der Kampf derer, die angefangen haben, in diesem Konzept zu kämpfen, oder die das wollen, um den Begriff von sich selbst als Subjekte der antiimperialistischen Front zu gewinnen (1). Sie in und mit sich selbst zu antizipieren und jede politische Initiative, jede Aktion aus ihr und für sie zu bestimmen: sich selbst in dem, was man anfängt, bis zur Front des Angriffs zu denken.

Praktisch verhindern seit den ersten Diskussionen '79 um die Einheit des antiimperialistischen Kampfs immer wieder dieselben Blockierungen in und zwischen den antiimperialistischen Gruppen, was schon längst sein könnte: die handelnde Front. Wir können mit den Scheingefechten um den Fetisch militante Aktion oder um die Beschwörung der „Verbindung mit den Massen“ nichts anfangen. Auch das Ringen um ein Bekenntnis zu uns bzw. umgekehrt das Lauern auf die Aufdeckung einer Verbindung zu uns in den Auseinandersetzungen sind überflüssig. Tatsache ist, daß dabei nur rauskommt, daß die einfachsten nächsten Schritte nicht gemacht werden.

Front meint mehr als Actions. Front, also Kämpfe, die in ihren gemeinsamen Zielen zu einem Kampf werden und von daher sich politisch und praktisch verbinden können, wird im westeuropäischen Zentrum in vielen Gestalten leben. Die antiimperialistische Front in der BRD jetzt – das sind militärische Angriffe, einheitliche koordinierte militante Projekte, die darauf aus sind, die imperialistische Strategie zu durchkreuzen, politische Initiativen zur Vermittlung der Politik, die im aktuellen Widerstand eingreifen, sie ist struktureller und organisatorischer Kampf um die Handlungsfähigkeit, sie ist zu jedem Moment ihrer Entwicklung Kampf um die Möglichkeit und den praktischen Zweck von Diskussion und Kommunikation für den Prozeß der Strategie.

Front meint etwas anderes als die Erweiterung der Guerilla um eine Struktur aus der Legalität. Wir haben gesagt, daß es einen „legalen Arm der RAF“ nicht gibt und nicht geben kann. Natürlich haben wir Verbindung zu Leuten an verschiedenen Ecken und Enden, und natürlich machen wir darin ganz konkrete Politik der Guerilla – antiimperialistischer Widerstand kann aber nur als selbständige, spezifische Entwicklung auf diesem Terrain auf das gemeinsame Ziel hin Teil der antiimperialistischen Front werden, und erst darin ist die Trennung aufgehoben. Der Kampf auf diesem Terrain kann nur so politisch zünden, nur so Kontinuität und Stärke erreichen – und grundsätzlich ist Selbstbestimmung und volle Verantwortlichkeit an jeder Stelle des Kampfs revolutionärer Politik im westeuropäischen Zentrum substantiell.

Die Auseinandersetzungen auf immer derselben Stelle, in denen isolierte Standpunkte und Glaubensbekenntnisse einander entgegengehalten werden, die Enge des vereinzelt Gruppdenkens, die Entschlußlosigkeit, es selbst anzupacken, fallen dort einfach weg, wo sich der Begriff der Situation zu eigen gemacht wird: daß die antiimperialistische Front so dringend notwendig wie schwach entwickelt ist – und dabei potentiell stark in ihrer Position im westeuropäischen Zentrum und in ihrer enormen Möglichkeit im internationalen Befreiungskrieg sein kann.

Die relevante, kämpfende Front gegen die imperialistische Strategie muß das unmittelbare nächste Ziel sein.

Die Menge Wissen über Imperialismus und seine Pläne, wie es immer aus den Papieren quillt, und die Entschiedenheit und das Feuer in militanten Aktionen sind umsonst, wenn aus beidem nicht der Entschluß kommt, den Zusammenhang herzustellen, der sich vornimmt, eine ganze Entwicklung zusammen durchzukämpfen.

Aus dem, was jetzt ist: aus dem, was im aktuellen Widerstand steckt, und aus den Bedingungen des Kampfs in der Metropole, die politischen, strukturellen, praktischen Elemente und Linien des Angriffs auf den Kern der imperialistischen Macht hier: BRD-Staat und NATO herauszuziehen, um sie offensiv weiterzuentwickeln.

Die Situation ist – daß der antiimperialistische Kampf hinter der Offensive der zwar widersprüchlich, aber doch vereinheitlichten imperialistischen Maschine zurück ist. Die Anfänge der neuen antiimperialistischen Mobilisierung haben sich nicht gegen die imperialistische Rekonstruktion nach Vietnam und dem Beginn der Krise, gegen die Vorbereitung und Einleitung ihrer

Offensive gebildet – in dieser Phase war der Widerstand im Abfack und schließlich Zusammenbruch der 68er Linken gelähmt –, sondern erst gegen die längst laufenden reaktionären Angriffe auf allen Ebenen. Ihre Offensive rollt, spontan gibt es großen Widerstand, antiimperialistische Politik ist darin aber keine durchschlagende Orientierung. Dazu muß sie als initiativer, relevanter Faktor in den Auseinandersetzungen um und gegen die imperialistischen Projekte überhaupt präsent sein, an denen sich der Verlauf der realen Geschichte jetzt bestimmt. Die US-Kriegsstrategie in Europa – die reaktionäre Offensive des Staats nach innen – die internationale Rollback-Strategie der imperialistischen Staatenkette gegen die Befreiungsbewegungen und die jungen Nationalstaaten und gegen die sozialistischen Staaten.

Die Situation ist – daß es tatsächlich offen ist, wie die Geschichte jetzt verlaufen wird. Der US-Imperialismus kann in seiner historischen Krise – in der es seit 40 Jahren zum erstenmal um seine Existenz geht – zu den äußersten Mitteln greifen und wird das auch tun, wenn das System in die unkalkulierbare Krise rutscht und wenn sie nicht daran gehindert werden. Das hat angesichts seines nuklearen Vernichtungspotentials allerdings eine katastrophische Perspektive – die zu fürchten wir, die international Unterdrückten und Ausgebeuteten, keinen Grund haben. Denn bedeutet sie in jedem Fall das Ende des Imperialismus, so bedeutet der Imperialismus in jedem Fall unser Ende. Unsere Haltung zur Perspektive nuklearer Vernichtung ist erstens, daß wir sie nicht fürchten, und zweitens, daß wir sie nur durch den revolutionären Krieg verhindern können und verhindern werden. Viel mehr als in der Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs liegt die Schärfe der Situation darin, daß der US-Imperialismus mitten in der Entfaltung einer umfassenden Offensive ist, die alle Dimensionen enthält, deren Ziel es ist, sich wieder als die Weltmacht aufzurichten, was dann nur auf einer erweiterten Stufe seiner gesamten Herrschaft möglich ist – in die eingegriffen werden kann und es entscheidend auch vom antiimperialistischen Kampf in Westeuropa abhängt, ob ihr Versuch für sie ausgeht oder zu einem weltweiten Sprung im Kampf um Befreiung gegen sie wird. Erweiterte Stufe von Herrschaft heißt eben auch ohne den großen Krieg: Produktion von Vernichtung im täglichen Leben, in den Lebensbedingungen, in Manipulation und Repression – Sterben und die Zerstörung von menschlicher Substanz für Millionen und für lange.

Für uns, aus der relativen Schwäche gegenüber einer Macht, die hier fast alles hat, ist die Situation auch – daß sie zwar in der Lage sind – und das noch länger –, eine Front, die hier ihre Macht bedroht, nicht zustandekommen zu lassen, daß sie zur Lösung ihrer Gesamtkrise aber auf sozialer, gesellschaftspolitischer, militärpolitischer Ebene gezwungen sind, aggressiv Macht an sich zu reißen und damit die politischen Grenzen in der Metropole, die „Belastbarkeit“, zu überschreiten – Demokratie, Wohlstand, innerer Friede – und sie das nicht ewig durchhalten werden, wenn es immer wieder im antiimperialistischen Kampf gebrochen, d.h. in der Konfrontation offen wird und so der dünne ideologische Faden zwischen Staat und Gesellschaft reißt. Diese politischen Grenzen sind für das imperialistische Zentrum Westeuropa historisch konstitutiv geworden. Sie sind als Säulen des Systems gerade gegen Arbeiterbewegung und Befreiungskriege aufgebaut worden und lassen sich nicht mehr ohne Auseinanderbrechen der gesamten Gesellschaft generell wegräumen. An diesem Punkt kann die relative Schwäche des antiimperialistischen Kampfs im westeuropäischen Zentrum zur Stärke im internationalen Kampf gemacht werden. Denn im Maßstab des gesamten imperialistischen Systems wird ihr globales Restrukturierungsprojekt nur funktionieren, wenn die Formierung im Innern der imperialistischen Zentren ohne ernsthafte, durchgreifende Friktion verhältnismäßig glatt und zügig läuft. Über den Bruch im antiimperialistischen Kampf hier kommt ihr Projekt in den internationalen Widersprüchen nicht durch – oder sie erzwingen Lösungen nach innen wie außen mit ihrer Übermacht um den Preis eines internationalen, vereinheitlichten Klassenkriegs auf höherer, intensiverer und weiterreichender Stufe, d.h. um den Preis der Aktualität des Kampfs zur Zerschlagung des imperialistischen Systems.

Von hier aus kämpfen wir. Und nur das, der Begriff unserer

Möglichkeit, der eigenen Kraft, der Chance, die nur wir hier haben – und damit auch der unserer Verantwortung –, kann das Mobilisierende sein, an dem die antiimperialistische Front hier aufsteht und sich entwickelt.

Die Entwicklung in Westeuropa ist zu einem Angelpunkt in der weltweiten Auseinandersetzung geworden

Aus der Bewegung des internationalen Klassenkriegs ist einerseits für die imperialistische Strategie die Offensive in und aus Westeuropa mit dem Kernstaat BRD zentral für den Versuch, sich in einer neuen Runde als funktionierendes Weltsystem Herrschaft und Kapitalreproduktion zu sichern, und andererseits, von unserer Seite aus, die Entwicklung der Front im Zentrum wie als pure Lebensnotwendigkeit dagegen zwingend, so als Bedingung dafür notwendig, daß die Tendenz zur Stagnation des globalen Befreiungsprozesses jetzt im Ost-West-Gegensatz und durch die Zwänge der staatlichen Entwicklung in den national befreiten Ländern aufgebrochen werden kann.

Die Zentren selbst und Westeuropa als Schnittpunkt der Linien Ost-West, Nord-Süd und Staat-Gesellschaft im besonderen sind Ausgangspunkt und Kernstück ihres Restrukturierungsprojekts. Hier müssen sie versuchen, die militärische Macht für den Druck auf die sozialistischen Staaten und gegen den nationalen Befreiungskampf herauszuholen und die ökonomische Potenz, die schlingernde wirtschaftliche und soziale Krise im Innern in den Griff zu kriegen und die sich entwickelnden jungen Staaten zu dominieren und sich einzugliedern und – als Bedingung von allem – die innere politische Homogenität wenn nicht als Konsens, dann jedenfalls als Ruhe im eigenen Haus gewaltsam zu erzwingen. In diesem Sinn sind sie auf die Zentren zurückgeworfen. Sie müssen und werden offensiv und aggressiv im Zentrum das reaktionäre Gesamtkonzept versuchen durchzusetzen, auf allen Ebenen und mit allen Kräften.

Mittelstreckenraketen, Neutronenbombe, konventionelle Hochrüstung – Kapitalkonzentration und -zentralisation, Rationalisierung, eingeplante massenhafte Arbeitslosigkeit, Instrumentalisierung des Menschen als Anhängsel der Maschine – die wegen der Bedeutung als Kriegsmittel auf dem Weltmarkt für sie unabdingbare Forcierung der Energiepolitik – die Zerstörung der gesellschaftlichen Strukturen nach dem Interesse der Polizei und des großen Geldes – Auspowerung beim Run nach dem Lebensunterhalt, Ausbildung als Fabrik – Bullen, Justiz, Knast – usw. sind Vorstöße dieser militärisch konzipierten Offensive, die eiserne Klammer um alle Teilbereiche der Metropolengesellschaft, die uns längst keine Wahl mehr läßt, ob wir die Front im Zentrum wollen oder nicht – der Krieg läuft. Die Frage ist nur noch, ob es gegen die reaktionäre Offensive die revolutionäre Front geben wird oder nicht.

Gegen diesen Horizont entsteht die antiimperialistische Front im Zentrum. Ihre Wirkung ist allein an der Verhinderung oder Nicht-Verhinderung einzelner, aktueller imperialistischer Projekte hier nicht zu messen, was sie erreicht, erreicht sie immer als Kampfabschnitt der internationalen Front für sie, und erst aus dieser Totalität der Konfrontation Imperialismus-Befreiung kann das Kräfteverhältnis geschaffen werden, das die soziale Revolution hier möglich macht.

Widerstand gegen die hier ausholende imperialistische Maschine – das ist auch unsere Definition der Aktion der Guerilla und der Entwicklung der antiimperialistischen Front – ist Angriff und Entwicklung der revolutionären Front im Zentrum im Rahmen des weltweiten Kampfs.

Angriff, den die ganze Situation jetzt verlangt – und der von hier kommen muß. International stehen sich die beiden Blöcke waffenstarr versteinert im Overkill-Potential gegenüber, Befreiungsbewegungen sind Staaten geworden, und die ihn noch nicht haben, handeln im Kampf um ihn als Quasi-Staaten. Das Hauptterrain auch für die Befreiungsbewegungen und die jungen Staaten ist das der internationalen Politik, der internationalen Beziehungen geworden – zwischen dem Ost-West-Gegensatz, der sich in diesen Ländern reproduziert, dem Weltmarkt, in dem und gegen den sie gezwungen sind, sich zu entwickeln, und der neuen politischen Stärke der national befreiten Staaten

in den internationalen Gremien, die ihnen etwas Raum gibt. Das ist die logische Entwicklung. Ausdruck der Stärke, die der nationale Befreiungskampf erreicht hat, und Ausdruck der Schwäche, sich noch auf das vom Imperialismus bestimmte System der Staaten beziehen zu müssen.

Die Entwicklung des Landes in dieser Situation bringt die politische Führung der jungen Staaten in den doppelten Widerspruch – zum sich vertiefenden Elend, der Armut der Bevölkerung, der Unterentwicklung und den Forderungen daraus nach radikalen Lösungen – und zu der Unvermeidlichkeit, im Kampf um die Mittel dafür, über die fast völlig die imperialistischen Staaten verfügen, sich mit ihnen auch arrangieren zu müssen, der sie tendenziell in eine immer weiter auseinanderklaffende Schere von Zwängen treibt, die sie katastrophal in Bürgerkriegen, Hunger, Verzweiflung, Repression, Intervention auseinanderreißen kann. Diese Widersprüche haben sie sich aber nicht ausgesucht. Sie sind zuallererst Ergebnisse der Kolonialgeschichte, aus der der Imperialismus selbst noch aus den hinterlassenen Zerstörungen profitiert, auch wenn er schon aus dem Land hinausgeflogen ist.

Die Guerilla in den Metropolen und die militanten Kämpfe heute sind Ergebnisse einer Dynamik, die die Befreiungsbewegungen ausgelöst haben – und wenn durch ihren Kampf überhaupt eine Bewegung hier nach über 30 Jahren hochgekommen ist, dann ist die Situation jetzt dort zentral darin bedingt, daß die Kämpfe hier so wenig entwickelt sind.

Es kann keine Perspektive zur Zerstörung des imperialistischen Systems geben, solange die Perspektive der Zerstörung in seinen Macht-, Kommando- und Produktionszentren nicht eröffnet ist. Das heißt, solange die Politik nicht materielle Gewalt (2) geworden ist, die als eine relevante Kraft im internationalen Kampf, in ihrer realen Bewegung, den Zielen und der Kontinuität, den Willen und die Möglichkeit zum Ende des Systems zeigt. Erst dann wird ein revolutionärer Sprung denkbar. Der Imperialismus bricht nicht an sich selbst zusammen. Er bricht auch nicht durch eine Einkreisung und Einschnürung von außen zusammen. Ohne Entwicklung der Front hier wird in weltweiter Dimension kommen, was in der Geschichte der Klassenkämpfe in Europa und politisch im Ost-West-Konflikt das Tödliche geworden ist: erstarrter, verbitterter Grabenkrieg. Ein imperialistischer Apparat, militärpolitisch aggressiv, technologisch und produktions- und organisationstechnisch hochgepusht, der sein Ziel, wieder einzige Weltmacht zu werden, militärisch gegen den Willen der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten, gleichwertige Macht zu bleiben, und politisch gegen das Selbstbewußtsein der Völker in Afrika, Lateinamerika, Asien nicht mehr erreichen wird – der mit seinen umfassenden politisch-ökonomisch-militärischen Kriegsmitteln aber stark genug ist, den national befreiten Ländern die Bedingungen ihrer Entwicklung zu diktieren und sie damit zu blockieren, und vielleicht stark genug, die sozialistischen Staaten durch Rüstungszwang und über den Weltmarkt ökonomisch zu zerrütten – und der in der Metropole, in der der Staat nicht aufhören wird zu versuchen, die imperialistische Macht doch noch zur Übermacht aufzurichten, unter Auspowerung, Polizeistaat und Krisenmanagement eine faulende Gesellschaft festpreßt.

Kampf um Befreiung

So zwingend Widerstand und revolutionärer Angriff aus der eigenen Lage hier ist, ist auch unsere Möglichkeit – und nur unsere –, diese Perspektive zum Ende des Systems zu eröffnen. Eine Perspektive, die in der Funktion zum Bruch der imperialistischen Macht über diese Funktion hinausgeht:

Aus der Reife der Metropole, in der die produktive gesellschaftliche Entwicklung begonnen hat, in Vernichtung umzuschlagen, weist revolutionärer Kampf hier in seinen Zielen und in der Struktur der kämpfenden Front in eine gesellschaftliche Zukunft über die historischen Grenzen des existierenden Staatensystems hinaus. Im historischen Abschnitt des auf den äußeren Linien zurückgedrängten und im Innern in der Gesamtkrise sich zersetzenden Imperialismus ist die Reife der Metropole, umgewälzt zu werden, auch die Reife zum Kampf, der radikal auf den Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse zu den

kommunistischen Zielen orientiert ist. Worin Leben nicht in einer weiteren Übergangsetappe, Sieg nicht als Übernahme des Staats vorgestellt ist, sondern der einheitliche Prozeß des Widerstands, der Gegenmacht und der Umgestaltung zur Befreiung ist.

Revolutionäre Politik hier ist die Strategie, die in einem den Widerstand in der täglichen Realität hier als Prozeß des Kampfs um Befreiung faßt – und ihn als Teil, Abschnitt und Funktion der weltweiten Kämpfe, in deren Zusammenwirken das Ziel nur erreicht werden kann.

Diese Politik hat mit Weltanschauung nichts zu tun. Sie stellt nicht noch eines dieser sich ablösenden ideologischen Modelle auf, von denen behauptet wird, daß sie später verwirklicht werden. Sie kann nur realer Prozeß sein. Signal der Utopie, ist sie eine langfristige und direkte Strategie – man kann auch sagen, eine Lebensweise –, in der das strategische Ziel der Zerstörung der imperialistischen Macht verbunden ist mit realer Veränderung jetzt – der Prozeß, der in den Schritten der Entwicklung der Front die Besetzung des politischen Terrains und der Person durch den Staat zerstört – der sich in der Produktion von Gegenmacht die jeweiligen Bedingungen zur politisch-militärischen Offensive schafft und als Produktion, als materielle Entwicklung, die Wiederherstellung der vollen Dimension des Menschen in den Beziehungen der Kämpfenden in sich hat. Unmittelbare Veränderung, befreites Gebiet, Revolution sind vollkommen in den Prozeß des Widerstands integriert – und nur so haben sie Wahrheit.

Revolutionäre Strategie ist hier einfach die Strategie gegen ihre Strategie.

Die ihren strategischen Plan in ihren konkreten Projekten angreift und durch den materiellen Angriff die imperialistische Offensive nach innen und außen politisch bricht und damit Bewußtsein schafft, das neuer Widerstand und Prozeß der Front national wie international wird, die ihre Pläne blockiert, bevor sie sie ausführen können.

Die als relevante kämpfende Front hier den Bruch des Konsens im imperialistischen Zentrum materiell macht und durch die internationale Vermittlung des inneren Bruchs ihnen die Legitimität bzw. Attraktivität nimmt, das System aus Geld, Manipulation und Vernichtung in einer neuen Phase weltweit reproduzieren zu können.

Und die als radikale Wendung der Lage in der Metropole die Möglichkeit des Endes der imperialistischen Macht und ihrer Existenz unter den Menschen, die Reife zur befreiten Gesellschaft zeigt.

Zu '77

Das Problem, das sich während der Schleyerentführung gegen uns ausgewirkt hat, war, daß wir – auf unser konkretes Ziel, die Gefangenen rauszuholen, konzentriert – die Entwicklung des politischen Ziels in der ganzen Offensive, die Vertiefung der Widersprüche in der Krise, nicht angepackt haben. Obwohl die Aktion den Staat an seinem Nerv getroffen hatte, haben wir nicht auf dem politischen Niveau der Herausforderung gehandelt.

Im Sommer '77 war die Situation bei den Gefangenen so zugespitzt, daß wir uns nicht mehr lange Zeit lassen konnten für eine Befreiungsaktion. Die Gefangenen waren im Durststreik, und Gudrun lag im Sterben.

Wir wußten, daß wir den Angriff zu diesem Zeitpunkt aus einer relativen politischen Schwäche heraus machen würden, aber wir wollten ihn, weil Krieg nicht einfach als Zustand zwischen uns und ihnen existiert, sondern nur wenn er materiell entwickelt wird als Machtfrage. Seit Stockholm ist der Kampf um die Gefangenen zu einer Kernfrage in der Auseinandersetzung Guerilla = Staat geworden, die Kernfrage, in deren Forderung nach den Gefangenen beides zusammenkommt wie in einem Kristallisationspunkt: das Verhältnis einer Guerilla zu ihren gefangenen Genossen, die Beziehung untereinander, die Funktion dieses Kampfs ist, und die Bedeutung jedes Einzelnen für das Ganze – und das Machtverhältnis überhaupt, weil die Guerilla darin die Machtfrage materiell und direkt an den Staat stellt, ihr Angriff bewußt auf die politische Krise zielt, indem er

ihnen wie mit Schleyer einen Pfeiler ihrer Macht unter den Füßen wegzieht (nur dann gibt es eine realistische Chance), und so die innere Struktur der Macht durch den Zwang zur Reaktion sichtbar macht und gleichzeitig auseinanderreißt.

Unser Gedanke war, der SPD die Frage des Austauschs an den beiden Figuren zu stellen, die die ökonomische Weltmacht des BRD-Kapitals direkt verkörperten wie höchstens zehn andere: Ponto für ihre internationale Finanzpolitik (und daran der ganze Begriff der Funktion der deutschen Banken, im besonderen seiner, der Dresdner, für die reaktionären Regimes in den sich entwickelnden Ländern und der BRD-Geldpolitik als Mittel der institutionellen Strategie, nach der die europäische Integration läuft) – und Schleyer für die nationale Wirtschaftspolitik (die fetten Konzerne, Konzertierte Aktion, BRD als internationaler Modellfall des sozialen Friedens). Das heißt Macht im Staat, auf die die SPD als Regierungspartei Rücksicht nehmen muß, wenn sie an der Regierung bleiben will.

Die Spannung zwischen der Strategie des amerikanischen Kapitals, von der das Staatsverständnis der SPD seit '45 und jedes einzelne ihrer reaktionären innen- und außenpolitischen Manöver bestimmt ist, und den Banken und Konzernen, wenn man so will, dem nationalen Kapital, war der Widerspruch, auf den die Aktion zielte. Zwar kann das nationale Kapital gegenüber der hegemonialen, der amerikanischen Linie keine eigene Politik formulieren – wenn man nicht die provinziell-bornierten Varianten Kohls, Albrechts usw. oder das Grand Design (3) von Strauß, aus dem seit über 20 Jahren nichts wird, dafür halten will –, aber die Macht, mit der es innerhalb der Vertikale des gesamten kapitalistischen Mechanismus konkurriert und expandiert, hat natürlich ihren Ausdruck in einem Konsens und einem Selbstbewußtsein der nationalen Eliten, das Schmidt nach oben und nach unten im internationalen und nationalen Kontext vermitteln muß.

Die politische Eskalation der Aktion war erstmal dadurch entschärft, daß die Entführung Pontos schiefling und so der eine Fuß in der ganzen taktischen und politischen Bestimmung fehlte. Unser entscheidender Fehler aber war, die Aktion nicht noch mal von Grund auf neu zu bestimmen, nachdem die Bundesregierung das erste Ultimatum hatte verfallen lassen, also klar war, daß sie Schleyer aufgegeben hatten und auf seinen Tod warteten, der ihre schnelle Konsolidierung hätte bringen sollen. An Schleyers Anstrengungen, doch noch den Austausch zu erreichen, hatten wir gesehen, daß seine Connections (4) und sein Einfluß einen Dreck wert waren gegen die Macht der geschlossenen imperialistischen Strategie.

Ihr Verhalten an der Taktik und Psychologie des BKA entlang die offizielle Regierungsentscheidung zu vermeiden, durch als-ob-Verhandlungen die Aktion hinzuziehen, um sie polizeilich zu beenden, durch die Nachrichtensperre öffentlichen Druck von vornherein auszuschalten und mit Wischnewskis Reise in die sogenannten Aufnahmelande eine internationale „Absage an den Terrorismus“ am Beispiel dieser Gefangenen durchsetzen zu wollen, gab uns objektiv Zeit und die Möglichkeit, mit dieser Situation politisch zu arbeiten. Das wäre gewesen, die Gespräche mit Schleyer sofort einzusetzen, um so die Widersprüche, die inzwischen wieder die „Einheit aller Demokraten“ auseinandergetrieben hatten, auch tatsächlich auf die Spitze treiben zu können. Widersprüche, die so weit gingen wie z.B. der Anlauf der CSU, Schmidt um die Regierung zu bringen mit dem Vorschlag, die Gefangenen freizulassen und hinterher den Notstand zu erklären, was so das Ende aller SPD-Politik bedeutet hätte, nämlich das offene Eingeständnis der Staatskrise, was sie mit allen Mitteln verhindern mußten.

In dieser eskalierten Situation, in der unsere Defensive offensichtlich geworden war, hat das Kommando Martyr Halimeh sich entschlossen zu intervenieren – wie es ihnen unter dem objektiven Druck möglich war.

Es war das erstmal, daß ein Kommando einer Befreiungsbewegung direkt in die Auseinandersetzung hier eingegriffen hat, den Kampf in der Metropole zu seiner Sache gemacht hat. Über die taktisch und strategisch falschen Bestimmungen dieser Aktion, die der BRD erst die Chance gegeben haben, selbst in die Gegenoffensive zu gehen, ist viel geredet worden. Die Verantwortung dafür liegt ganz bei uns.

Es war unser Fehler, die Entscheidung, die aus dem Kräfteverhältnis nur hier fallen kann, weil es um die Gefangenen geht, die für den Kampf hier stehen, und weil es darum ging, die BRD zu isolieren, nicht in der Metropole selbst zu suchen, sondern die Zuspitzung in einen der jungen Nationalstaaten zu verlagern. Im Zusammenhang mit einer Aktion aus der Metropole, mit dem Ziel der Polarisierung in der Metropole, den Bruch zwischen Volk und Staat, mußte das Mittel – Flugzeugentführung – gegen den ganzen Angriff kippen, weil es die, die in dem Flugzeug saßen, zwangsläufig in die gleiche Objektsituation gedrückt hat, wie es der imperialistische Staat sowieso und immer mit den Menschen macht – worin aber das Ziel einer revolutionären Aktion gebrochen ist.

Gegen das Kommando war die falsche Bestimmung der Aktion die Zange, mit der das Kalkül der Bundesregierung operieren konnte, ausgehend davon, daß das Kommando natürlich alles versuchen wird, solange weiterverhandelt wird, wie sie noch irgendeine Hoffnung sehen, daß die BRD die Gefangenen freiläßt. Für die SPD war das Massaker wie schon in Stockholm die Lösung, weil sie auf jedes populäre Image verzichtet, wenn das amerikanische Interesse, Herrschaftssicherung im Zentrum, angegriffen ist. „Es war unbekannt, ob es zu einem erträglichen Ausgang kommt“, so Schmidt damals.

Es war die Entscheidung für die militärische Lösung zu einem Zeitpunkt, wo ein Sieg der Guerilla in der BRD, dem Kernland der reaktionären Integration der westeuropäischen Staaten, ihr ganzes Konzept der imperialistischen Rekonstruktion entscheidend zurückgeworfen hätte. Sie war der Sprung an die Spitze der reaktionären Gegenoffensive zur Vereinheitlichung der Apparate der inneren Sicherheit in Westeuropa, aber an Stammheim und Mogadischu ist auch ein zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Politik, die verdeckte Kriegsführung, zerbrochen. Da stand der offen reaktionär auftretende imperialistische Staat, der den Vergleich mit seiner faschistischen Vergangenheit nicht mehr scheute, sondern feierte. Die „Desert Foxes“ von Mogadischu als Vorbild für die deutsche Jugend. An ihm ist aber auch die politische Schwäche der Metropolenstaaten, die innere Brüchigkeit der ganzen nach außen so potenten Struktur, so evident geworden wie nie.

Rote Armee Fraktion
Mai 1982
(Quelle: eigene Broschüre)

- (1) In der Vorlage fehlt: zu gewinnen
(2) in der Vorlage: Gestalt
(3) etwa: großartiger Entwurf
(4) Connection: Verbindung

17.11.1982 Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes erläßt für den RAF-Gefangenen Christian Klar ein 24-Punkte-Haftstatut, das in ähnlicher Weise seit Jahren gegen die Gefangenen aus der RAF und verwandten Bewegungen angewandt wird und in der dokumentierten Form z.B. gleichermaßen auch für Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt gilt, die wie Christian Klar im Sommer/Herbst 1982 festgenommen worden sind. Die Gefangenen sind dem Haftstatut während der gesamten Untersuchungshaft – in der Regel mehrere Jahre – unterworfen. Mit dem Eintritt der Rechtskraft des Urteils gelten für die Gefangenen die Sonderhaftbedingungen der jeweiligen Vollzugsanstalten. Die nach dem Strafvollzugsgesetz möglichen und auch praktizierten Isolationsmaßnahmen sind in der Konsequenz dem 24-Punkte-Haftstatut für Untersuchungsgefangene angeglichen.

24-Punkte-Haftstatut

Beschluß

In dem Ermittlungsverfahren gegen Christian Klar, geboren am

20. Mai 1952 in Lörrach, z.Zt. in U-Haft in der VA Hamburg, wegen Verdachts des Vergehens nach § 129a StGB werden gemäß §§ 119, 148 Abs. 2 StPO nachfolgende Haftbedingungen angeordnet:

1. Die Unterbringung des Beschuldigten gemeinsam mit anderen Untersuchungs- und Strafgefangenen in demselben Raum ist ausgeschlossen.
2. Die Tür des Haftraumes des Beschuldigten ist mit einem zusätzlichen Schloß zu versehen.
3. Das Fenster des Haftraumes des Beschuldigten ist mit einer Schutzvorrichtung – z.B. Fliegendrahtgitter oder Lochblech – zur Vermeidung unkontrollierter Kontaktaufnahmen zu versehen, wobei ausreichende Sicht, ausreichender Lichteinfall und ausreichende Belüftung gewährleistet sein müssen.
4. Der Haftraum des Beschuldigten darf nicht über die in der Justizvollzugsanstalt vorgeschriebene und für andere Gefangene geltende Zeit hinaus beleuchtet werden. Die Benutzung anderer Lichtquellen, wie Stehlampen, Taschenlampen, Kerzen u.ä., ist untersagt.
5. Die Teilnahme an Veranstaltungen der Justizvollzugsanstalt und am Gottesdienst ist ausgeschlossen. Im übrigen darf der Beschuldigte bei Vorführungen und zum Baden nicht mit anderen Gefangenen zusammengebracht werden.
6. Die Ausgabe von Mahlzeiten erfolgt einzeln durch zwei Beamte der Justizvollzugsanstalt ohne Gegenwart anderer Gefangener. Die Selbstverpflegung durch Vermittlung der Justizvollzugsanstalt im Rahmen von § 50 Abs. 3 UVollzO ist nicht verwehrt.
7. Die Bewegung im Freien ist als Einzelfreistunde durchzuführen, deren Dauer der jeweiligen Freizeit der anderen Untersuchungsgefangenen entspricht. Die Einzelfreistunde ist sofort abzubrechen insbesondere bei Nichtbefolgung von Anweisungen, Beleidigungen von Anstaltsbediensteten und Begehung von Körper- und Sachschäden.
8. Der Beschuldigte darf sich die vom Anstaltsleiter zugelassenen Zusatznahrungsmittel und Genußmittel sowie Gegenstände des persönlichen Bedarfs, soweit diese nicht durch richterliche Anordnung ausgeschlossen sind, über den Anstaltseinkauf beschaffen. Der Beschuldigte darf dabei die für die Untersuchungsgefangenen geltenden Regelgeldbeträge überschreiten, und zwar jeweils bis zu einem monatlichen Höchstbetrag von 300,- DM.
9. Dem Beschuldigten ist es untersagt, eigene Oberbekleidung zu benutzen. Soweit aus medizinischen Gründen das Tragen anderer als anstaltseigener Kleidung erforderlich ist, entscheidet über die Zulassung im Einzelfall der Anstaltsleiter nach Absprache mit der Bundesanwaltschaft.
10. Stücke der Habe, die sich zum persönlichen Gebrauch oder zur Ausstattung des Haftraumes eignen, können vom Anstaltsleiter nach Absprache mit der Bundesanwaltschaft dem Beschuldigten überlassen werden.
11. Der Beschuldigte, sein Haftraum und die darin befindlichen Sachen sind täglich zu durchsuchen. Kenntnisnahme vom Inhalt der als Verteidigerpost gekennzeichneten Schriftstücke ist nicht zulässig.
12. Der Beschuldigte ist bei Tag und Nacht unauffällig zu beobachten.
13. Der Beschuldigte darf den Hörfunk über die Gemeinschaftsanlage der Justizvollzugsanstalt, so wie sie auch den anderen Untersuchungsgefangenen zugänglich ist, empfangen. Der Beschuldigte darf ein Rundfunkgerät ohne UKW- und KW-Empfangsteil benutzen, das durch Vermittlung der Vollzugsanstalt zu beziehen ist. Wird das Gerät durch Dritte beschafft, so ist es vor der Erstaushändigung durch Beamte des Bundeskriminalamtes oder des zuständigen Landeskriminalamtes darauf zu untersuchen, ob es den vorgenannten Empfangsbedingungen entspricht und ob in ihm nicht Gegenstände enthalten sind, die zu ihrer Einbringung in die Anstalt der Genehmigung bedürfen.
14. Der Beschuldigte darf bis zu vier deutschsprachige Tageszeitungen durch Vermittlung der Justizvollzugsanstalt beziehen. Durch Vermittlung der Justizvollzugsanstalt darf der Beschuldigte ferner bis zu vier deutschsprachige Wochen- und Monatszeitungen oder -zeitschriften, die im allgemeinen Handel erhältlich sind, beziehen. Weitere Druckschriften sind dem für die



Stammheim

Haftkontrolle zuständigen Gericht vorzulegen.

15. Der Beschuldigte darf jeweils bis zu 20 Bücher in seinem Haftraum aufbewahren.

16. Zur Vorbereitung und Durchführung seiner Verteidigung darf der Beschuldigte in seinen Hafträumen eine eigene Schreibmaschine benutzen. Wird die Maschine nicht durch Vermittlung der Anstalt, sondern durch Dritte beschafft, so ist sie vor der Erstaushändigung durch Beamte des Bundeskriminalamts oder des zuständigen Landeskriminalamts darauf zu untersuchen, ob in ihr nicht Gegenstände enthalten sind, die zu ihrer Einbringung in die Anstalt der Genehmigung bedürfen. – In jedem Fall ist vor der Erstaushändigung eine Schriftprobe anzufertigen.

17. Der Beschuldigte darf nach Maßgabe der jeweiligen Einzelgenehmigung Besuch empfangen. Mehrere Personen werden nur ausnahmsweise zum gemeinschaftlichen Besuch zugelassen. Die allgemein gültige Besuchszeit von 30 Minuten kann nur bei Gestattung der jeweiligen Einzelgenehmigung überschritten werden. Der Besuch ist unverzüglich abzubrechen, wenn er vom Besucher oder dem Beschuldigten mißbraucht wird (z.B. durch Nichtbefolgung von Weisungen der überprüfenden und überwachenden Beamten, Übergabe von Sachen, Mitteilung verschlüsselter oder verschleierte Nachrichten, Gespräche über kriminelle Aktivitäten in der „Terroristenszene“ oder in den diese unterstützenden Gruppen, Gespräche über Widerstand in Vollzugsanstalten einschließlich „Hungerstreik“).

18. Den Besuchern ist es nicht gestattet, dem Beschuldigten Nahrungs- und Genußmittel sowie andere Gegenstände auszuhandigen. Soweit die Besucher dem Beschuldigten Nahrungs- und Genußmittel zuwenden wollen, steht es ihnen frei, den entsprechenden Geldbetrag auf das Konto des Beschuldigten bei der Justizvollzugsanstalt einzuzahlen. Von diesem Geld darf der Beschuldigte durch Vermittlung der Justizvollzugsanstalt Obst, Süßwaren und Zigaretten in der anstaltsüblichen Menge kaufen, und zwar über den ihm sonst zur Verfügung stehenden Einkaufsbetrag hinaus.

19. Pakete mit anderem Inhalt als Druckschriften sind unmittelbar der jeweiligen Justizvollzugsanstalt zu übersenden, deren Leiter zunächst über die Aushändigung in eigener Zuständigkeit entscheidet.

20. Besucher des Beschuldigten sind vor jedem Besuch zu durchsuchen, und zwar durch Abtasten über der Kleidung und Durchsuchung der mitgebrachten Behältnisse.

21. Der Beschuldigte ist vor und nach jedem Besuch bei völliger

Entkleidung und Umkleidung zu durchsuchen.

22. Verteidiger dürfen vor jedem Besuch durch Abtasten der Kleidung und Durchsicht der Behältnisse auch unter Zuhilfenahme eines Metalldetektors auf nicht der Verteidigung dienende Gegenstände durchsucht werden. Es ist ihnen nicht gestattet, Diktiergeräte, Tonbandgeräte u.ä. einschließlich Zubehör in den Sprechraum mitzunehmen. Schriftstücke oder andere Gegenstände der Verteidiger sind vor Aushändigung an den Beschuldigten dem zuständigen Richter zur Prüfung vorzulegen. Sie sind zurückzuweisen, sofern sich der Absender oder derjenige, der sie unmittelbar übergeben will, nicht damit einverstanden erklärt, daß sie zunächst dem zuständigen Richter vorgelegt werden.

23. Bei akuter Gefahr für Leib oder Leben des Beschuldigten kann der Anstaltsleiter auch ohne richterliche Zustimmung über die Ausführung entscheiden.

24. Soweit durch die vorstehenden Einzelanordnungen Regelungen nicht getroffen worden sind, finden die Bestimmungen der Untersuchungshaftvollzugsordnung Anwendung.

Gründe:

Die Eigenart des Tatvorwurfs gebietet bei dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen die vorstehend angeordneten Sicherungsmaßnahmen.

(Gollwitzer)

Richter am Bundesgerichtshof

(Quelle: Nr. 19, S. 39f)

04.12.1984 Die RAF-Gefangenen Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt geben in ihrem Prozeß eine „Erklärung zu '77“ ab.

Inhalt des dokumentierten Auszugs: '76/77 Ziel der Neuformierung der Guerilla mit dem Kampf um die Gefangenen verbunden; Politik des Bruchs durchgesetzt; der imperialistische Staat wandelt die politische Situation in eine militärische um, aufgrund des Verlusts seiner Fähigkeit zu politischen Lösungen; führende Rolle der BRD bei der Formierung Westeuropas zum Kriegszentrum; Gründe für die harte Linie der BRD '77; reaktionärer Weltstaat als Projekt gegen die Weltrevolution; zweite Phase der Guerilla.

Erklärung zu '77

Christian:

Es geht hier noch mal um '77, dazu einmal um den politischen Begriff der ersten Phase des bewaffneten Kampfes, in der diese Angriffe liefen, weiter darum, wie sich aus dieser Auseinandersetzung neue Bedingungen revolutionärer Politik entwickelt haben, und außerdem um ein paar Tatsachen dazu, was nach der Gefangennahme von Schleyer und der Forderung nach Austausch der Gefangenen gelaufen ist.

Nach den Verhaftungen '72 und nach der Aktion in Stockholm hatte der sozialdemokratische Staat jedesmal noch seine Bewältigungsversuche auf die Hoffnung ausgerichtet, diese vollständige Negation des Kapitalsystems durch die Guerilla und den Bruch, den sie aufriß, wieder zuzuschmieren. Es sollte eine Episode bleiben, die an ein paar Typen hängt, historisch gebunden an die Aktualität des Vietnam-Kriegs und vielleicht dem alten, sterilen Antifaschismus zum Fraß vorgeworfen – wie es die neueste Variante des Verrats will –, damit die Möglichkeit zu revolutionärem Kampf hier keine Orientierung wird. Wir sind '76 an dem Ziel zusammengekommen, das Guerilla-Projekt zu vertiefen und dem politisch bestimmten Bruch in der Metropole durch die Fortsetzung des Kampfs Kontinuität zu geben; diesen Bruch unumkehrbar zu machen, weil er die Bedingung dafür ist, den revolutionären Prozeß in Gang zu setzen. Dieses Ziel der Neuformierung der Guerilla '77 haben wir mit dem Kampf um die Gefangenen verbunden ...

Anfang '77 war hier die Frage, ob es weiter nach vorne oder wieder zurückgeht. Jeder, der sich damals nach der militärischen Lösung gegen das Kommando in Stockholm für den Kampf in der Guerilla entschied, hat sich daran entschieden, nicht zuzulassen, daß die Möglichkeit von revolutionärer Strategie im geschichtlichen Prozeß der Metropolenstaaten wieder zugeschüttet wird. Es war die Entscheidung gegen die strategische Absicht der Sozialdemokratie, die vernichten wollte, was hochgekommen war, durch Entpolitisierung, Hetze und repressiven Normalzustand mit den ganzen Potenzen von Massenkontrolle und modernem Faschismus. Brandt sagte, die Counterstrategie müsse wieder die „Immunsierung der Gesellschaft“ bringen, ein Begriff, der für Sozialdemokratismus steht wie kaum ein anderer. Dabei war der SPD das wichtigste, was die US-Counterstrategen ihr zur Umkehrung der Entwicklung nahegelegt hatten: die Stammheimer Gefangenen so tief es geht zu vergraben, aber der offen liquidatorische Zug des Staates für dieses Ziel bestimmte dann das Tempo und die Schärfe, in der sich die Guerilla neu organisierte und die Offensive entwickelte.

Der Kampf um die Gefangenen hatte den politischen Zweck in sich. Es entstand daraus die Auseinandersetzung, in der sowohl die Bedingungen, unter denen hier eine Politik des Bruchs steht, als auch das Niveau, das sie erreichen kann, deutlich wurden. Gleichzeitig wurde '77 zum Schnittpunkt, an dem der Guerillakampf seine erste Phase beendete und dabei den politischen Zweck dieser Phase, den Bruch in der Metropole, durchsetzte.

Die Gefangennahme von Schleyer konfrontierte den BRD-Staat mit seinem Legitimationsproblem – durch diesen Funktionalen des 3. Reichs und seines Nachfolgestaats, dessen Herrschaftsgrundlage lediglich von außen erbeutet und nach innen erzwungen wurde. Die Aktion konfrontierte die Bundesregierung mit diesem Legitimationsproblem weiter, weil die Lösung Verhandlungen erfordert hätte, mit denen ein System, das gegen die historische Reife zur Umwälzung politisch mit dem Rücken zur Wand steht, seinen Antagonisten offen anerkennen würde. Und die Aktion konfrontierte die Bundesregierung mit dem antifaschistischen Gefälle in Westeuropa, das nicht nur aus der Geschichte existiert, sondern sich in der Durchdringung Westeuropas mit dem neuen Machtanspruch der BRD reproduziert. Schmidt sagte im Bundestag: „Die Hoffnung, die Erinnerung an Auschwitz und Oradour werde im Ausland absinken, wird sich nicht erfüllen. Wenn bei uns Terroristen erschossen werden ... so werden uns Fragen gestellt, die andere Nationen nicht aushalten müssen.“

Aber tatsächlich klappte der alte Antifaschismus ohne Widerstand zusammen. Hier, weil er von einer Linken getragen wird, die seit dreißig Jahren auf Strauß wartet, um Faschismus schreiben zu können, und heute nicht tickt, daß alles, was die CDU auf die Beine bringt, das ist, was sie von der SPD gelernt hat. Und im westeuropäischen Ausland verlor der alte Antifaschismus seine Kraft in dem Maß, wie er zu den aufkommenden revolutionären Kämpfen im eigenen Land und zu ihrer Verallgemeinerung in Westeuropa Stellung nehmen mußte. Dieses Kräfteverhältnis, also die Schwäche des Alten und weil das Neue, das aus antiimperialistischem Widerstand entsteht, noch nicht da war, war die Grundlage dafür, daß sich die staatliche Sinngebung – „Zivilisation oder Barbarei“, Superkriminalität – für den Krieg gegen den inneren Feind und die militärische Lösung der Aktion durchsetzen konnte. Entlang Schmidts Parole, zumindest für diese Wochen und erzwungen: Es dürfe in der Gesellschaft erst gar nicht zu einer Auseinandersetzung mit der Politik der Guerilla kommen.

Weil die Sozialdemokratie historisch aus dem Verrat an der Arbeiterbewegung kommt, ist ihr Gespür für das grundsätzliche Legitimationsproblem des Kapitalsystems besonders ausgeprägt. Das hat sich auch in den Auseinandersetzungen im Krisenstab abgebildet. Die SPD wollte auf der Basis von Ausnahmezustand handeln, ohne ihn zu propagieren. Wehner forderte, man solle aufhören, öffentlich von Staatskrise zu reden. Die CDU/CSU war drauf, diese Linie zu verlassen, z.B. im Vorschlag der CSU, die Gefangenen freizulassen, anschließend den Notstand auszurufen und alles, was sich daran mobilisiert, mit dem Instrumentarium des Notstands wieder niederzumachen. Oder Rebmanns Idee, gefangene Guerillas nach Standrecht zu erschießen. Gegen den traditionellen Faschismus setzte Schmidt auf die Effektivität des institutionalisierten. Auch er wollte die Gefangenen als Geiseln, aber gesetzlich geregelt durch das Kontaktsperregesetz. Auch er wollte die militärische Lösung gegen die Aktion, aber mit der Verpolizeilichung des Krieges und dem dazugehörigen ideologischen Überbau. Das Ziel war das gleiche. Dabei konzentrierte sich alles auf die Gefangenen, weil das Kommando der Guerilla nicht erreichbar war.

Am 8.9.77 läßt der Krisenstab „Die Welt“ fordern, Rebmanns Vorstellung durchzuführen. Am 10.9. veröffentlicht die „SZ“ die gleiche Sache als Diskussion der CSU-Landesgruppe, die die Erschießung der Gefangenen in halbständigem Abstand wollte, bis Schleyer freigelassen wird. Einen Tag später fordert der „Frühschoppen“ die Einführung der blutigen Folter, weil damit in Lateinamerika die Guerillagruppen besiegt worden seien. Noch mal einen Tag später ist „Der Spiegel“ die Plattform für Becher und Zimmermann aus der CSU, die den Tod der Stammheimer Gefangenen verlangen. Am 13.9. kommt dann das gleiche aus der SPD durch Heinz Kühn, nur vornehmer ausgedrückt: „Die Terroristen müssen wissen, daß die Tötung Hanns Martin Schleyers auf das Schicksal der inhaftierten Gewalttäter, die sie mit ihrer schändlichen Tat befreien wollen, schwer zurückschlagen müßte.“ Nachdem die Vor- und Nachteile der Todesstrafe von katholischer Kirche bis „Stern“ diskutiert wurden, fordert Strauß in der „SZ“ das Pogrom gegen die Gefangenen, denn „dann bräuchten die Polizei und Justiz sich nicht mehr darum zu kümmern“. Am 16.10. drückt das BKA noch mal die Linie der psychologischen Kriegsführung in alle gleichgeschalteten Medien, nach der die Aktion aus dem 7. Stock gesteuert würde. Am Tag darauf baut „Der Spiegel“ mit Staatsschutzmaterial Andreas zum Drahtzieher der Aktion auf, und das mit Material, das für jeden Journalisten leicht als manipuliert erkennbar war. Am selben Abend fordert Golo Mann in „Panorama“, die Gefangenen als Geiseln zu erschießen. Das war ausschnittsweise die öffentliche Dramaturgie des Krisenmanagements, die propagandistische Vorbereitung. Das Bindeglied zwischen der öffentlich lancierten Linie und den operativen Möglichkeiten im Vakuum der Kontaktsperre war Rebmann.

Die Entscheidung der Bundesregierung für die harte Haltung erklärt sich vor allem aus dem Zusammentreffen dieser Aktion mit der globalen Rekonstruktion der imperialistischen Politik für einen neuen konterrevolutionären Aufschwung und aus der Funktion der BRD darin, die Führung der reaktionären Formierung Westeuropas für einen kontinentalen Polizeistaat zu über-

nehmen. Deshalb wurde es für die Bundesregierung auch um den Preis des Zusammenbruchs der alten sozialdemokratischen Ideologie und Politik zwingend, die aufsteigende Entwicklung revolutionären Kampfs im westeuropäischen Machtzentrum zu verhindern. Das verband sich alles mit der Frage des Austauschs. Scheel sagte auf dem Staatsbegräbnis: Wenn die Flamme nicht rechtzeitig erstickt werde, werde sie sich wie ein Flächenbrand über die ganze Welt ausbreiten, und die Freilassung der Gefangenen wäre der Beginn davon gewesen. Für uns bedeutete das, daß wir um die neuen Möglichkeiten, die wir für die weitere Entwicklung zusammen mit diesen Gefangenen gesehen haben, in den Jahren danach auf der Basis einer Niederlage kämpfen mußten.

Die Voraussetzung für die Bundesregierung, die Entscheidung gegen den Austausch durchzusetzen, war die Mobilisierung aller Möglichkeiten des institutionellen Faschismus, der Putsch des BKA auf die Ebene der Politik – kurz, die Umwandlung der politischen Situation in eine militärische. Dazu gehörte die Manipulation von Parlament und Bundesverfassungsgericht genauso wie die Gleichschaltung der Medien zur Produktion einer offiziellen Öffentlichkeit und die Nachrichtensperre, die begründet wurde als Schutz für Schleyer, wozu der allerdings auf dem Video-Band vom 14.9. selbst meinte, daß er sich eben der Öffentlichkeit in dieser Situation zu seinem eigenen Schutz mitteilen möchte. Nachdem der Krisenstab sich gegen ihn entschieden hatte, ging es ihm vor allem darum, Verhandlungen zu verhindern und eine öffentliche Diskussion zu verhindern, die in der Lage sein könnte, gegen diese Lösung zu stehen. Immerhin gab es auch nach fünf Wochen pausenloser Hetze laut einer Umfrage in der Öffentlichkeit noch genauso viele Stimmen für den Austausch wie dagegen. Es durfte aber eben nur eine, die Nato-Lösung, aus der Krise geben, und das auch schnell, um den Zustand, daß die Bundesregierung nicht mehr handlungsfähig ist, zu beenden. Dem Krisenstab dieses Monopol zu sichern, war – neben dem Ziel, Rebmann alle Möglichkeiten zu geben – der Zweck der Kontaktsperre. Sie schützte nie Schleyer, sondern nur die Pläne des Krisenstabs.

'77 sind Inhalt und Form des BRD-Staats identisch geworden. Der politische Inhalt: Nazi-Nachfolgestaat und antikommunistisches Bollwerk im Rahmen der Nato. Die Form: der diktatorische Kern der Nato-Demokratie, der Staatsschutzstaat, der Staat, der die Menschen vernichtet, um sich vor ihnen zu schützen. Insofern ohne jede Vermittlung das Konzentrat der Struktur des Gebildes BRD, die von Anfang an proletarische Politik auf autonome, d.h. illegale Organisation und bewaffneten Kampf verwiesen hat. Aber eben nicht die Struktur der alten Form, sondern der Faschismus hatte sich umgewälzt. Die SPD war mit seiner Institutionalisierung schon so weit, daß der offiziell verkündete Notstand zu einer altmodischen Kategorie wurde, entsprechend wie '75 in Stammheim eben nicht Hochverrat angeklagt wurde, weil das noch zuviel politische Substanz widergespiegelt hätte. Brandt sagte '74: „Seit die sozialliberale Koalition in Bonn regiert, sind die wesentlichen Voraussetzungen geschaffen, um den Staat auch im Innern zu sichern.“ Und er bezog sich dabei neben der Verrechtlichung der Counter-Insurgency auch auf diese Programmatik, die sein Parteigänger Herold schon 1968 entworfen hatte: den Faschismus im Zeitalter der Automation und Datenverarbeitung, der institutionellen Durchdringung der Gesellschaft – um sie zu paralisieren. Der Faschismus, der keine Massenmobilisierung, keine ideologisierten Faschisten mehr braucht, sondern nur noch den Funktionär und Technokraten im Dienst des imperialistischen Staates. In der Situation des Ernstfalls '77 wurde das ganze Potential mobilisiert. An die Stelle der Fiktion von Gewaltenteilung und parlamentarischer Politikbildung trat der Maßnahmestaat, in dem die wirklichen Machtstrukturen sichtbar werden und in dem die polizeilichen und militärischen Apparate über das Monopol der Analyse, dem „Erkenntnisprivileg“ (Herold), die Politik strukturieren.

Der spektakuläre Teil der Krisenstruktur, also Krisenkabinett usw., wurde zwar nach der militärischen Lösung der Situation wieder aufgehoben, aber trotzdem war dieser Aufmarsch des Staates nicht nur eine repressive Konjunktur als Reaktion auf eine besonders zugespitzte Offensive der Guerilla. Sondern es

ist das gelaufen, was Marighela schon aus der Erfahrung der Stadtguerilla in Lateinamerika herleitete. Daß der Staat gegen Widerstand, der ihn grundsätzlich in Frage stellt, die politische Situation in eine militärische verwandelt. Es ist das, was heute in internationalem Ausmaß die Situation ist. In dem Maß, wie der Imperialismus die Fähigkeit zu politischen Lösungen verliert, militarisiert sich seine Strategie. Nach innen, in die Gesellschaft rein, bedeutet das, daß der Staatsschutz, seine Zentren, seine Sonderabteilungen, seine psychologischen Kampagnen usw. zur tragenden Säule der Herrschaft werden. Damit verändert sich aber auch die Staatsideologie, und anstelle des Projekts des „inneren Friedens“, für das die Sozialdemokratie im besonderen angetreten war, tritt die offensive Propagierung der Vernichtung aller politischen Ausdrucksformen des gesellschaftlichen Antagonismus. Der Staat bestätigt den Bruch, von dem die Guerilla hier als erstes gekämpft hat. Vogel beklagt Ende Oktober '77 die „irreparablen Brüche“, weil das genau ihre Niederlage ist, denn ihre innen- und außenpolitische Selbstdarstellung wurde dabei in die Zersetzung getrieben und mit der Zersetzung der Ideologie die Möglichkeit für die Linke aufgemacht, von den Tatsachen auszugehen.

Diese Veränderung kam nicht allein aus '77. Sie kam als Prozeß, der sich aus den ersten Angriffen der RAF, an den Streiks der Gefangenen und dann noch über '77 raus entwickelte und sich an der Kontinuität des Kampfs entschieden hat. Dazu waren die Aktionen im Herbst '81 besonders wichtig. Es gab nach '77 und gibt bis heute immer wieder den Versuch, den entstandenen Bruch wieder zuzuschütten. Nachdem sich der alte staatskritische Liberalismus und Antifaschismus '77 desavouierte, hat diese Aufgabe heute eine neue staatstragende Linke, die ihren Standort „zwischen Guerilla und Staat“ definierte und sich inzwischen den Parlamentarismus zu eigen macht. Aber diese Linke hat strategisch kein Gewicht. Nicht nur, weil der objektive Spielraum für Reformismus durch die politisch-ökonomische Krise noch geringer ist als Anfang der siebziger Jahre. Sondern weil hier ein Widerstand lebendig geworden ist, der damit nicht mehr zu erreichen ist, dessen Politisierung schon trägt, der den Zusammenstoß '77 begriffen hat und sich in den Bedingungen, die der Staat jeder grundsätzlichen Opposition gesetzt hat, zurechtfindet. Dieser Widerstand gründet gerade auf dem Selbstbewußtsein, daß der Reformismus hier nicht an der Grenze der Ökonomie aufgelaufen ist, sondern an der politischen Grenze, die ihm durch die revolutionäre Aktion gesetzt wurde.

Der Bruch in den Metropolen bleibt unumkehrbar. Von diesen in einem knappen Jahrzehnt veränderten Verhältnissen spricht auch Kissinger, dessen Parole im Zusammenhang mit dem Zweck der SPD '76 noch die „Idee des inneren Friedens“ war und der Anfang '84 feststellte:

„Auf beiden Seiten des Atlantik sehen wir uns bedroht durch die Vorherrschaft der Innenpolitik über die weltweite Strategie.“ Das ist sein Reflex auf die Tatsache, daß der Imperialismus mit seinem globalen Projekt zur Verewigung des Kapitalsystems nicht mehr nur an die Grenze der Befreiungskämpfe im Süden stößt, sondern auch an die Front in seinem Inneren gefesselt wird.

Brigitte:

... Front in der Metropole ist internationalistisch aus ihrem Ziel: Befreiung – soziale Revolution und antiimperialistisch aus dem Begriff der Machtverhältnisse, deren Antagonist sie ist.

Die RAF hat ihren Angriff auf den beiden Linien Krieg entwickelt: gegen die innere Machtstruktur, den imperialistischen Staat, und gegen die Klammer des Ganzen, den US-Militärapparat. Das war die grundlegende Erfahrung für uns, mit der wir angefangen haben: daß sich der revolutionäre Prozeß als antagonistische Kraft nur durchsetzen kann, wenn wir von der Einheit des imperialistischen Systems ausgehen und daraus unser eigenes strategisches Ziel bestimmen – die soziale Revolution als Weltrevolution. Denn solange das System nicht als Ganzes zerstört ist, kann sie sich an keinem Abschnitt nach ihren Bedürfnissen und Zielen entfalten. In den Metropolen selbst sowieso nicht. Hier zieht niemand ab.

Wir wollen das an '77 konkretisieren, weil es auch der Einschnitt war, an dem beide Linien praktisch in eine zusammengefallen sind und ihre strategische Identität sich direkt vermittelt hat. Zusammengekommen sind sie darin, daß die Machtfrage, die die Aktion dem BRD-Staat gestellt hatte, die Reaktion des Systems als Ganzes mobilisiert und erfordert hat. Sie haben damals zum erstenmal offen in der Dimension internationaler Klassenkrieg gehandelt und entschieden, weil mit diesem Staat gleichzeitig seine Funktion im imperialistischen Gesamtprojekt angegriffen war: hier in Westeuropa die Bedingungen für ihre globale Offensive durchzusetzen – und weil sie Aktionen auf der Ebene auch nur noch als Gesamtsystem auffangen können.

Sie haben als Bündnis gegen den Austausch entschieden, weil es um eine strategische Entscheidung ging, an der die Grundlage ihres militärischen Projekts hing: ob sie es hier durchbringen oder nicht. Es ging ihnen drum, die erste Stufe der Vereinheitlichung, die bis '77 in Westeuropa gelaufen war – polizeiliche Integration und Zentralisierung der Counterinsurgency – unbedingt zu halten, weil sie die innere Voraussetzung für die zweite war: Aufrüstung und Formierung der westeuropäischen Staaten zum Kriegszentrum.

Ein Sieg der Guerilla in der BRD, dem Land, das diesen Prozeß geführt und vorangetrieben hat, hätte das grundsätzlich in Frage gestellt. Er hätte das Kräfteverhältnis hier und insgesamt verändert. So hat Schmidt auch den Moment, wo der neue Metropolenfaschismus sich nach innen und außen präsentierte, ausgenutzt, auf die nächste Stufe anzusetzen. Am 28.10., zehn Tage nach Stammheim und Mogadischu, fordert er in London, die „Raketenlücke“ zu schließen und die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren.

Also aus der Gesamtsituation die Härte der Konfrontation '77 und ihre Dimension: die Koordinierung sämtlicher Schritte mit Carter, Giscard und Callaghan, worüber Schmidt nachher jedes Wort aus der offiziellen Dokumentation der Bundesregierung herausgestrichen hat; der Krisenstab im amerikanischen Außenministerium, der wie der in Bonn während der ganzen Zeit im Einsatz war; der Druck auf die Staaten, die die Gefangenen als mögliche Aufnahmelande aufgeschrieben hatten; schließlich die integrierte imperialistische Aktion, um den GSG-Einsatz gegen das palästinensische Kommando in Mogadischu durchführen zu können.

Weil es um eine strategische Entscheidung auf der Ebene Gesamtsystem ging, war darin auch das Interesse der westdeutschen Wirtschaft, einen der Ihren wenn möglich wiederzubekommen, aufgehoben. Schmidts Job war, diese Priorität nach innen zu vermitteln, gegenüber Wirtschaft und Opposition. Seinen praktischen Ausdruck hat das darin gehabt, daß er Zahn und Brauchitsch (1) in den Krisenstab geholt hat, wo sie in die unmittelbare Entscheidungsebene einbezogen waren. Als solche konzertierte Aktion lief dann auch die Strauß-Reise nach Saudi-Arabien, wo er den Saudis offensichtlich Flicks Leopard versprochen hat, damit sie in Somalia ihre Beziehungen einsetzen. Somalia war ja das Land, das zu dem Zeitpunkt schon öffentlich die Aufnahme der Gefangenen zugesagt und Wischniewskis Lügen dementiert hatte. Erst als die Saudis viel später nachgefragt haben, wo der Leopard nun bleibt, und weder Schmidt noch Kohl sich damit gegen die pro-israelische Lobby im Bundestag durchsetzen konnten, kam das raus. Schleyer hat natürlich voll auf Brauchitsch gesetzt, wie seine Briefe zeigen. Das ist auch klar, nachdem mehr oder weniger alle wichtigeren Bonner Figuren am politischen Netz dieses Konzerns hingen, was er wußte. In der Situation waren das allerdings sekundäre Linien geworden, und so blieb das Engagement der Wirtschaft für ihn auch von vornherein ein Scheinengagement.

Daß in der Phase, in der wir jetzt sind, nicht mehr das Interesse einzelner Fraktionen, sondern das imperialistische Gesamtinteresse entscheidet, hat Friderichs, Pontos Nachfolger, deutlich gesagt: „Ein Problem wird es erst, wenn es an die Substanz geht“ – also wenn nicht nur einer oder zwei ihrer wichtigsten Leute ein Loch reißen, sondern wenn das Funktionieren ihrer innersten Machtstruktur gefährdet ist. Weil davon die ganze Maschine berührt wird.

Genauso Schmidt vor dem Bundestag: „Wenn wir in diese La-

ge kämen, Sie, Herr Kohl, oder ich, würde jeder hier im Hause wissen, daß wir zu dem gleichen Opfer verurteilt wären.“ Schmidt hat ja auch gesagt: Das wird Normen setzen – und tatsächlich ist nach '77 kein Nato-Staat mehr hinter diese Linie zurückgegangen. Sie ist, nachdem Kissinger sie schon '74 angegeben hatte, mit '77 für Westeuropa zur Doktrin geworden. Mit Stärke hat das nichts zu tun. Die ganze harte Linie kommt aus der Notwendigkeit, mit allen Mitteln einen revolutionären Durchbruch in den Metropolen zu verhindern, und gegen diese Möglichkeit halten sie auch den offenen Ausnahmezustand gegen die Guerilla wie '77 hier, '78 und '82 in Italien zumindest kurzfristig für das kleinere Übel. Nicht die Freilassung der Gefangenen ist das wirkliche Problem, sondern daß mit ihr die Anerkennung des revolutionären Prozesses in der Metropole als politische Tatsache verbunden ist. Kuppermann, der bei der US-Abrüstungsbehörde Berater für Notstandsplanung und Terrorbekämpfung ist, hat das auf einer Anti-T-Konferenz in Hamburg kurz nach der Schleyer-Aktion so gesagt: „Was die Frage von Verhandlungen angeht und wie das auf einer politischen Ebene erfolgen kann, meine ich, daß wir zumindest in strategischer Hinsicht außerordentlich hart sein müssen. Regierungen können es sich nicht leisten, ihre Souveränität an einen Schwarm Bienen zu verlieren, denn das sind die Terroristen im Vergleich mit dem bewaffneten Staat.“

Das ist aber auch alles relativ, weil es immer von den konkreten Bedingungen abhängt, also von der Relevanz einer Aktion und auch von ihrer Dauer: was ihr Angriff mobilisieren kann, welche Friktionen und langfristigen politischen Wirkungen er auslöst. Das Entscheidende an einer Aktion, die mit dem militärischen Angriff nicht abgeschlossen ist, sondern erst anfängt und aus ihm die Machtfrage entwickelt, ist, auf der neuen Stufe die damit aufgemacht wird, handlungsfähig zu sein. Also die nächsten Schritte schon aus der neuen politischen Qualität zu bestimmen – was nicht im militärischen Sinn gemeint ist, sondern insgesamt als Antizipation einer neuen Phase, und so kann auch nur der militärische Angriff politische Kraft haben. Das ist die wichtigste Erfahrung aus der Schleyer-Aktion für uns gewesen.

Weil die Militärstrategie zum Angelpunkt geworden ist, ist auch die Politik gestorben – bzw. darin kommt sie auf ihren „reinen Begriff“. Stümper (2) sagt das schon: Sicherheitspolitik ist zur Existenzpolitik geworden für die imperialistischen Staaten. Die Form, die diese Existenzpolitik nach innen annimmt, ist der Staatsschutzstaat, und zwar als präventive Reaktion auf die globale Zuspitzung zwischen Imperialismus und Revolution, von der sie ausgehen – gegen die „nationalen und weltweiten Kämpfe in diesem Jahrzehnt“ (Boge, 3), „den epochalen Umbruch“ (Stümper), gegen die Perspektive eines „internationalen Bürgerkriegs“ (Geißler).

Gegen den Horizont der Weltrevolution stellen sie ihr Konzept des reaktionären Weltstaats auf. Wenn Maihofer schon vor Jahren von der Weltinnenpolitik und der Weltgesellschaft geredet hat, in der es nur noch Kriminelle und keine Revolutionäre mehr gibt, und Rebmann vom kommenden Weltrecht spricht, wo er dann auch endlich zuständig für die Verfolgung der Befreiungsbewegungen ist, dann ist das nicht nur ihre Projektion vom tausendjährigen imperialistischen Reich, sondern hat auch einen knallharten und realen Boden. Westeuropäischer Rechtsraum, europäisches BKA, Nato-Außenpolitik „mit einer Stimme“ sind die Beine, auf denen das laufen soll. Es ist Teil und Funktion der ganzen Offensive, deren Spitze die Militärstrategie ist.

Das ist auch das Elend der Reformisten: Sie bringen den imperialistischen Krieg auf die Ebene von Wahnsinn und Irrationalismus, um ihn auf eine unbegreifliche und unwirkliche Apokalypse runter zu entpolitisieren, weil sie zwar ihn nicht wollen, aber – um selbst nicht weggeblasen zu werden – noch viel weniger den Kampf dagegen. Irrational ist da gar nichts. Er hat das eine, elementare und präzise Ziel, weltweit den Antagonismus zu vernichten, um selbst zu überleben. Und ob das unreal ist, kann auch nur der Kampf beantworten. Er ist jedenfalls offen, und genau da bewegt sich die Auseinandersetzung jetzt.

Die Guerilla in Westeuropa hat in diesem Krieg gleichzeitig besonders komplexe strategische Möglichkeiten und besonders schwierige Bedingungen. Eine ungeheure Konzentration

militärischer Präsenz und militärischer Mittel, einen hochgerüsteten Polizeiapparat, der sich über die ganze Gesellschaft zu stützen versucht, integrierte Medien usw., und sie kämpft aus einer Geschichte von großen Opfern und Niederlagen in allen revolutionären Kämpfen, weil das Proletariat hier schon immer mit zwei Sorten Feind konfrontiert war: mit der Konterrevolution, Krieg, Faschismus und den differenzierten Methoden, Sozialdemokratie, Konsum, Staat. Aus dem Nichts kommt sie deswegen nicht, sondern genau aus dieser Geschichte und Erfahrung Metropole hat sie eine Schule, die ihr alles beigebracht hat, was sie wissen und kennen muß, um der Antagonist sein zu können.

Die Guerillagruppen in Westeuropa haben ihren Kampf unter verschiedenen Bedingungen angefangen und mit unterschiedlichen Vorstellungen. In den 15 Jahren hat er sich aufeinander

zubewegt. Als praktischer Lernprozeß aus der Entwicklung und voneinander. „Die Identität in der Differenz“ hat Jan das mal genannt, und das ist jetzt, wenn wir diese Phase als die zweite für die Metropolenguerilla bezeichnen wollen, die Metropolenstrategie als westeuropäische Strategie zu fassen und in jedem Schritt darauf zuzugehen.

(Quelle: Manuskript)

(1) Zahn: ehemals Vorstandsvorsitzender von Daimler Benz und Vizepräsident des BDI

Brauchtsch: bis 1970 und wieder ab 1973 persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter in der Flick KG, tätigte den Verkauf des 29%-Anteils an Daimler Benz im Besitze von Flick an die Deutsche Bank (in diesem Zusammenhang maßgeblich beteiligt an der „Flick-Affäre“), bis 1982 Vizepräsident des BDI.

(2) Stümper: Landespolizeipräsident in Baden-Württemberg, zuvor Polizeipräsident von Mannheim

(3) Boge: 1978 bis 1981 Leiter der BMI-Abteilung Polizeiangelegenheiten, ab 1981 Präsident des BKA in Nachfolge von Herold.



Am 4. Dezember 1984 treten die politischen Gefangenen erneut in den Hungerstreik gegen Isolationshaft, für ihre Anerkennung als Kriegsgefangene gemäß der Genfer Konvention. Bild: Angehörige der hungerstreikenden politischen Gefangenen besetzen das Psychologische Institut in Hamburg.

Literaturhinweise

Für die Dokumentation wurden die folgenden Quellen benutzt:

1. Texte: der RAF, Verlag Bo Cavefors, Malmö 1977
2. D. Rjazanov, Zur Frage des Verhältnisses von Marx zu Blanqui, Utrecht 1973
3. Zusammen kämpfen, Zeitung für die antiimperialistische Front in Westeuropa
4. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 6. Wahlperiode
5. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode
6. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 8. Wahlperiode
7. Der Baader-Meinhof-Report, Aus den Akten des BKA, der „Sonderkommission, Bonn“ und des Bundesamts für Verfassungsschutz, Wiesbaden/Mainz 1972
8. Ulf Stuberger (Hrsg.), „In der Strafsache gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin wegen Mordes u.a.“, Dokumente aus dem Prozeß, Frankfurt 1977
9. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, versch. Jahrgänge
10. Kursbuch 32, Folter in der BRD, Zur Situation der Politischen Gefangenen, Westberlin 1973
11. Ernst Albrecht, Der Staat – Idee und Wirklichkeit, Stuttgart 1976
12. R. von Voss, Die Herausforderung des Terrorismus, Bonn 1978
13. Kommunistische Volkszeitung, Weg mit dem Kontaktsperregesetz!, Dokumentation des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Frankfurt 1977
14. H. Geißler (Hrsg.), Der Weg in die Gewalt, München 1978
15. A. Peisl, A. Mohler (Hrsg.), Der Ernstfall, Schriften der Carl Friedrich von Siemens Stiftung
16. Deutscher Richterbund (Hrsg.), Kurskorrekturen im Recht, Köln 1980
17. entfällt
18. B. Rambert, R. Binswanger, P. Bakker Schut, Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht, 1983
19. D. Adler, E. Biskamp u.a., Dokumentation zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand, 1985
20. Europäische Wehrkunde, Zeitschrift für alle Wehrfragen, Organ der Gesellschaft für Wehrkunde e.V.
21. Rote Hilfe Zürich, Glaubt den Lügen der Mörder nicht, Zürich 1978

Für die Chronologie wurden darüber hinaus folgende Quellen benutzt:

D. Adler, E. Biskamp, A. Brenneke-Eggers, M. Schubert, Dokumentation zum Verfahren gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar vor dem OLG Stuttgart, Einstellungsantrag der Verteidigung, 13.12.1984

St. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, Hamburg 1986

P. Bakker Schut, Stammheim, Kiel 1986

Dokumentation der Bundesregierung zur Entführung von Hanns Martin Schleyer, 1977

Jahresberichte der Bundesregierung 1976 und 1977

Kommunistische Volkszeitung, Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Jahrgänge 1974 bis 1977

Kommunismus und Klassenkampf, Arbeitshefte Nr. 3, Restauration und Ausbau der imperialistischen Unterdrückungsmaschinerie, hrsg. vom ZK des KBW, Mannheim 1976

H.G. Lehmann, Chronik der Bundesrepublik Deutschland, München 1981

P. Mosler, Was wir wollen, was wir wurden, Hamburg 1977

Politische Berichte, Reihe Arbeitshefte, Arbeitsheft 2, Liberale Innenpolitik, und Arbeitsheft 3, Die ideologische Reaktion sammelt sich, hrsg. im Auftrag des ZK des Bundes Westdeutscher Kommunisten, Köln 1981

Th. Wittke, Terrorismusbekämpfung als rationale politische Entscheidung, Frankfurt 1983

Weitere Literaturhinweise:

- * L. Adamic, Dynamit, Geschichte des Klassenkampfes in den USA (1880-1930), Trikont-Verlag
- * Agee, Bissinger, Unheimlich zu Diensten, Steidl Verlag
- * H. Arendt, Über die Revolution, Serie Piper 76
- * Augstein, Doebel u.a., Terrorismus contra Rechtsstaat, Luchterhand SL 216
- * St. Aust, Die Verwicklung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Ulrich Schmücker, Neuer Konkret Literatur Verlag
- * Nina Baader, Ilse Ensslin, Helmut Ensslin (Hrsg.), Wer jetzt noch von Selbstmorden in Stammheim spricht, redet einer Lüge des SPD-Staates das Wort, Verlag fantasia-Druck
- * P. Bakker Schut (Hrsg.), Das Info, Briefe von Gefangenen, Malik 1987
- * M. Bakunin, Philosophie der Tat, Kegner-Verlag
- * Bericht der internationalen Untersuchungskommission, Der Tod Ulrike Meinhofs, Commune-Rhizom
- * E.G. Bermejo, Hände im Feuer, ein Tupamaro blickt zurück, Focus-Verlag
- * Black Panther, Suhrkamp-Verlag
- * Der Blues. Texte der Bewegung 2. Juni, 2 Bände
- * Böll, Dutschke, Fried u.a., Die Erschießung (Georg v. Rauch), Wagenbach Politik, Sonderband
- * A. de Borchgrave, R. Moss, Die Falschmelder, Ullstein
- * Brückner, Clarssen u.a., Kritisches Tagebuch, Thema: Modell Deutschland, Heft 2/77, Initiative Verlagsanstalt
- * P. Brückner, Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse, Wagenbach WAT-29
- * P. Brückner, Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus, Europäische Verlagsanstalt
- * P. Brückner, Zur Zerstörung des Gehorsams, Wagenbach
- * T. Bower, Klaus Barbie, Rotbuch
- * Amilcar Cabral, Die Revolution der Verdammten, Rotbuch 113
- * Carmichael, Gerassi, Goodman, Marcuse, Sweezy, Dialektik

der Befreiung, rororo aktuell

* Aimé Césaire, Über den Kolonialismus, Rotbuch 3, Wagenbach Verlag

* Richard X Clark, Leonard Levitt, Attica. Entstehung, Verlauf und blutige Zerschlagung einer Gefangenenrevolte, Trikont-Verlag

* S. Cobler, Die Gefahr geht vom Menschen aus, Rotbuch 152

* B. Davidson, Die Befreiung Guineas, März Verlag

* Angela Davis, Mein Herz wollte Freiheit, Hanser Verlag

* R. Debray, Revolution in der Revolution, Trikont-Verlag

* W. Dreßen, Die pädagogische Maschine – zur Geschichte des industrialisierten Bewußtseins in Preußen/Deutschland, Ullstein, Materialien

* R. Dutschke, Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, Wagenbach Verlag

* F. Duve (Hrsg.), Weizen als Waffe, rororo aktuell 4058

* B. Engelmann, Einig gegen Recht und Freiheit, Ein deutsches Anti-Geschichtsbuch, Goldmann

* ETA, Operation Ogro (Menschenfresser). Wie und warum wir Carrero Blanco in die Luft gejagt haben, Trikont-Verlag und Karin Kramer Verlag

* R. Faligot, Britains Military Strategy in Ireland. The Kitson Experiment

* O. Fallaci, Ein Mann, Fischer-Taschenbuch 5204

* Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde, Suhrkamp, ST 668

* A. Fellez, Sabaté, Stadtguerilla in Spanien, Bürgerkrieg 1945-60

* I. Fetscher, Rohmoser, Ideologien und Strategien, Analysen zum Terrorismus, Westdeutscher Verlag

* V. Figner, Nacht über Rußland, Klaus Guhl-Verlag

* E. Forst, Tagebuch und Briefe aus einem spanischen Gefängnis, Raith-Verlag

* Foucault, Geismar, Glucksmann, Neuer Faschismus, neue Demokratie, Rotbuch 43, Wagenbach

* Foucault, Überwachen und Strafen, Suhrkamp

* J. Friedrich, Freispruch für die Nazi-Justiz, rororo aktuell 5348

* Fröbel, Heinrichs, Kreye, Umbruch in der Weltwirtschaft, rororo aktuell 5744

* Für eine Gesellschaft ohne Knäste, Texte aus Italien, Rhizom Verlag

* Gauche Proletarienne, Bewaffneter Kampf und Massenlinie, Trikont-Verlag

* Gauche Proletarienne, Volkskrieg in Frankreich? Rotbuch 34

* Ch. Geissler, Das Brot mit der Feile, Rotbuch-Verlag

* Vo Nguyen Giap, Volkskrieg, Volksarmee, Trikont-Verlag

* Gössner, Herzog, Der Apparat, Ermittlungen in Sachen Polizei, Verlag Kiepenheuer&Witsch

* Gössner, Herzog, Im Schatten des Rechts, Methoden einer neuen Geheim-Polizei, Verlag Kiepenheuer&Witsch

* E. Che Guevara, Bolivianisches Tagebuch, rororo 8312

* E. Che Guevara, Der Partisanenkrieg, Rixdorfer Verlagsanstalt Berlin

* E. Che Guevara, Botschaft an die Völker der Welt, in: Gesammelte Texte, Weltkreis-Verlag

* Hansen, Peinicke, Reizentzug und Gehirnwäsche in der BRD, Libertäre-Assoziation-Verlag

* M. Herzog, Nicht den Hunger verlieren, Rotbuch-Verlag 232

* F. Hetman, Eine schwierige Tochter, Die Geschichte einer irischen Rebellin, Fischer

* W. Hinckle, Guerillakrieg in den USA, Deutsche Verlagsanstalt

* Holger, der Kampf geht weiter! Dokumente und Beiträge zum Konzept Stadtguerilla, Politladen Verlagsgesellschaft, Gaiganz

* C. Hofman, Smog im Hirn, Von der notwendigen Aufhebung der herrschenden Wissenschaft, Päd.Extra Buchverlag

* D. Horowitz (Hrsg.), Strategien der Konterrevolution, März Verlag

* D. Horowitz, Kalter Krieg – Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Politik 13/14, Wagenbach

* D. Horowitz, Imperialismus und Revolution, Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes, Politik 22, Wagenbach

* Abu Ijad, Heimat oder Tod, Econ-Verlag

* Il Manifesto, Plattform für den Kommunismus, Merve Verlag

* George Jackson, In die Herzen ein Feuer

* George Jackson, Unser Leben für die Menschheit

* Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD, Der Kampf gegen die Vernichtungshaft, Eigenverlag

* Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD, Folter durch sensorische Deprivation an politischen Gefangenen in der BRD, – Folterforschung in Hamburg, – Folterforschung beim Militär, Hamburg 1974

* H.J. Krahl, Geschichte und Klassenbewußtsein

* H. Kern, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, STW 548 Suhrkamp

* O. Kirchheimer, Politische Justiz, Fischer-Wissenschaft

* F. Kitson, Im Vorfeld des Krieges, Seewald-Verlag

* M. Langer, Von Wien bis Managua, Kore-Verlag

* W. Laquer, Terrorismus, Suhrkamp ST 723

* W.I. Lenin, Der Partisanenkrieg

* W.I. Lenin, Die Lehren des Moskauer Aufstands von 1905

* W.I. Lenin, Brief an die Kampfgruppen

* G. Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein, Luchterhand SL 11

* Mao Tse-tung, Militärische Schriften

* V. Marchetti, J. Marks, CIA, Deutsche Verlagsanstalt

* H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Luchterhand SL 4

* E. Marensin, Stadtguerilla und soziale Revolution, Editora Queimada

* C. Marighella, Stadtguerilla, erschienen als Broschüre und enthalten in „Zerschlagt die Wohlstandsinself der 3. Welt“, rororo aktuell

* C. Marighella, Für die brasilianische Revolution

* K. Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte

* K. Marx, F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei

* K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich

* U. Meinhof, Die Würde des Menschen ist antastbar, Wagenbach Verlag

* U. Meinhof, Bambule, Rotbuch-Verlag

* Müller-Borchert, Guerilla im Industriestaat, Hoffmann und Campe

* G. Mury, Schwarzer September, Politik 48, Wagenbach

* H. Nagel, Carlos Supermann, Nautilus-Verlag

* S. Natarnicola, Die Bankräuber aus der Barriera, Trikont

* Narr, Hannover, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Der Prozeß, Justiz in der BRD

* M. Nettlau, Eugenik der Anarchie, Büchse der Pandora

* H. Newton, Selbstverteidigung, Verlag Roter Stern

* N. Poulantzas, Faschismus: Theorie und Praxis

* Th. Powers, CIA, Die Geschichte, die Methoden, die Komplote, Bastei-Lübbe

* Der Prozeß gegen Bobby Seale, Verlag Roter Stern

* Der Prozeß gegen Klaus Croissant, Verlag fantasia-Druck

* RAF: Der bewaffnete Kampf in Westeuropa, Verlag Rote Sonne

* J. Reiche, M. Sell u.a., Jahrbuch Politik 8, Wagenbach Politik 82

* Revolution und Konterrevolution in der BRD, eco-Verlag

* G. Rivers, Der Spezialist, Geheimaktionen gegen den Terrorismus

* Rote Brigaden – Fabrikguerilla in Mailand 1980-81, Kolonne Walter Alasia, Karlsruher Stadtzeitung

* K.H. Roth, Die andere Arbeiterbewegung, Trikont-Verlag

* B. Russell, J.P. Sartre, Das Vietnam-Tribunal I + II, rororo aktuell

G. Sanguinetti, Über den Terrorismus und den Staat, Edition Nautilus

- * J.P. Sartre, Der Westen wird rot. Die Maos in Frankreich, Trikont-Verlag
- * J. Schickel (Hrsg.), Guerilleros, Partisanen, Theorie und Praxis, Reihe hanser 42
- * A. Schubert, Stadtguerilla, Politik 26, Wagenbach
- * C. Schuhler, Zur politischen Ökonomie der armen Welt, Trikont
- * H.J. Schulz, Die geheime Internationale, Spitzel-Terror und Computer, ISP-Verlag
- * D. Schulze-Marmeling, Die NATO, Anatomie eines Militärpaktes, Verlag die Werkstatt
- * J. Schumacher, Die Angst vor dem Chaos, Makol-Verlag
- * A. Seghers, Das siebte Kreuz, Luchterhand
- * A. Seghers, Die Toten bleiben jung, Luchterhand
- * N. Sheehan (Hrsg.), Die Pentagon-Papiere, Die geheime Ge-

schichte des Vietnamkrieges, Deutscher Bücherbund, Stuttgart

- * H. Stowasser, Leben ohne Chef und Staat, Eichborn Verlag
- * R. Taber, Der Krieg der Flöhe. Guerilla: Theorie und Praxis, List Verlag
- * R. Tophoven, Politik durch Gewalt, Guerilla und Terrorismus heute, Wehr und Wissen
- * Tuchatschewski u.a., Der bewaffnete Aufstand, EVA Verlag, Reihe Basis
- * J. Valtin, Tagebuch der Hölle, Greno
- * 200 Jahre USA. Resistance, Texte der Weathermen, Verlag Roter Stern
- * A. Zago, Tagebuch einer Guerillakämpferin, Peter Hammer Verlag